Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

In Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder

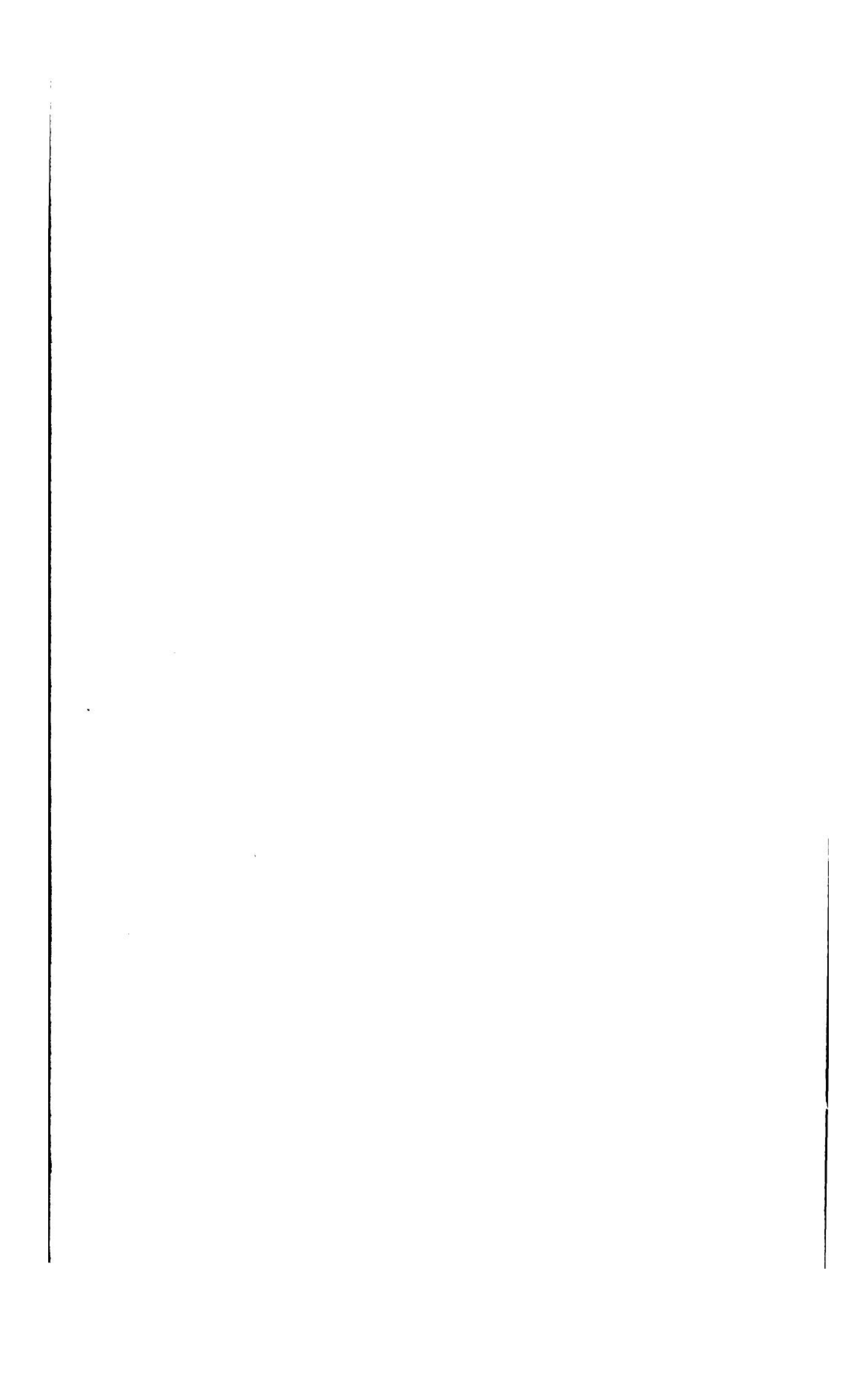
herausgegeben von

Carl Grünberg

Zweiter Band.



Leipzig
Verlag von C. L. Hirschfeld
1912.



Inhalt des zweiten Bandes.

Abhandlungen.

Urkundliche Mitteilungen.

Literaturbericht.

Chronik.

einandersetzung zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie, und der Triumph des antidemokratischen Militärstaats hielt anfänglich die sächsischen und süddeutschen Arbeiter bei den Fahnen der großdeutschen „Volkspartei“ fest. Aber kurz vor dem deutsch-französischen Kriege arbeiteten sich hier ebenfalls die theoretischen und taktischen Gegensätze schärfer heraus; und nach der im August 1869 in Eisenach erfolgten Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, ließ sich auch in den 1866 besiegten Landesteilen trotz der Gemeinsamkeit der nächsten politischen Ziele das Auseinanderfallen der beiden Richtungen der Demokratie nicht länger verhindern.

LASSALLES und SCHWEITZERS Kämpfe gegen die Deutsche Fortschrittspartei haben jetzt für alle ihre Phasen eine hinreichende quellenmäßige Behandlung gefunden. Über die Vorgänge, die in Preußen zur Loslösung einer besonderen Arbeiterpartei von der radikalsten Organisation des Bürgertums führten, darf unsere Darstellung deshalb schnell hinwegschreiten. Mit einer Ängstlichkeit, die manchen Demokraten verstimmte, hatten zu Anfang der Neuen Ära die preußischen Liberalen und nicht zuletzt die Wortführer des Nationalvereins Wert darauf gelegt, daß aus ihren Reihen nur keine der Persönlichkeiten zu sehr hervortrete, deren Vergangenheit dem Prinzregenten und seinen Ministern anstößig erscheinen mochte. Man fühlte, daß die liberalen Hoffnungen sich nur erfüllen könnten, wenn die leitenden Männer sich in freiheitlicher und nationaler Richtung fortentwickelten! Der Nationalverein suchte die beiden großen freisinnigen Parteien, Konstitutionelle und Demokraten, zu einem bestimmten Zwecke zu verbinden. (So drückte sich u. a. im August 1859 FRANZ DUNCKER in einem Brief nach Königsberg aus.) Ein noch weiteres Ziel steckten sich anderthalb Jahre später die Gründer der Fortschrittspartei: sie hatten es auf eine dauernde Verschmelzung der konstitutionellen und der demokratischen Partei abgesehen. Nur einer Sammlung aller freiheitlich gesinnten Elemente trauten sie die Kraft zu, für alle Zukunft einen Rückfall in die kaum überwundene Reaktionszeit zu verhindern. Um dieses große Ziel nicht zu gefährden, sollten in das Programm der neuen Partei solche Punkte nicht aufgenommen werden, deren gesetzliche Regelung vom nächsten Landtage ohnehin nicht zu erwarten war, die aber leicht ein

Wiederauflammen alter Gegensätze bewirken konnten. Durch ihre vernichtende Niederlage von 1849 belehrt, waren jetzt die Demokraten, die sich seit 1850 von der Politik fern gehalten hatten, zu Zugeständnissen bereit. Sie räumten ein, daß nur die monarchische Staatsform dem Preußischen Staat wie er aussah, angemessen war. Und sie trugen nun auch kein Bedenken mehr, die oktroyierte Verfassung anzuerkennen, deren Rechtsgültigkeit sie zuvor geleugnet hatten [1]). Doch schwerer wog es für die Parteibildung der Zukunft, daß sie einem Programm beitraten, welches die Forderung des allgemeinen Stimmrechts nicht enthielt und „diese hochwichtige Frage" ausdrücklich offen ließ [2]).

Sämtliche Mitglieder des von der neuen Partei eingesetzten Zentralkomitees gehörten auch dem Nationalverein an, acht von ihnen, darunter UNRUH, FRANZ DUNCKER, FORCKENBECK, HOVERBECK saßen in dessen Ausschuß. SCHULZE-Delitzsch und FORCKENBECK hatten sogar die neue preußische Partei ursprünglich „nationale Partei" taufen wollen; SCHULZE bezeichnete sie noch 1862 als die „Exekutive des Nationalvereins" in Preußen; und auch BENNINGSEN identifiziert in seinen Briefen die Ziele beider Organisationen. Sichtet man die vertrauten Briefe der entschiedenen Liberalen aus den Jahren 1860 und 1861, soweit sie der Forschung bisher zugänglich geworden sind, so findet man als Hauptmotive für die Unzufriedenheit mit dem Ministerium Auerswald—Schwerin und der Führerschaft „Caesar" VINCKES immer wieder deren mangelnde Entschiedenheit bei der Verwirklichung

1) Schon im Beginn der neuen Ära hatte JOHANN JACOBY in seiner Königsberger Rede über „Die Grundsätze der preußischen Demokratie" (10. und 11. November 1858) zugestanden, daß man „vielleicht mit Recht" den Demokraten von 1848 und 1849 „unpolitische Überstürzung im Handeln" vorwerfen könne und daß es damals ein Irrtum gewesen, in Preußen eine andere als monarchische Regierung für möglich zu halten: „Jetzt gibt es in unserem Lande in der ganzen demokratischen Partei nicht einen einzigen, der für Preußen, wie es ist, eine andere als monarchische Staatsform zu wollen, geschweige zu erstreben, sich nur im Traume einfallen läßt". Vgl. JACOBY, Gesammelte Schriften und Reden II S. 96 ff.

2) Das allgemeine gleiche Stimmrecht bildete bekanntlich den umstrittensten Punkt bei den Vorberatungen. Für dessen Aufnahme in das Programm trat u. a. HOVERBECK ein; energisch widersprochen wurde von MOMMSEN. Vgl. PARISIUS, HOVERBECK I, 209. Über den Namen der neuen Partei und seine Entstehung vgl. W. v. SIEMENS, Lebenserinnerungen S. 188.

eines „verfassungsmäßigen Rechtsstaats" und ihre Lässigkeit gegenüber den deutschen Einheitsbestrebungen. Nationale und verfassungsrechtliche Forderungen beherrschten durchaus das Programm und die ersten Kundgebungen der jungen Partei, die das soziale Gebiet übersah und auf dem wirtschaftlichen bloß die Entfesselung und freie Bewegung aller Kräfte forderte. Dieses Auftreten der Fortschrittspartei in engster Verbindung mit dem Nationalverein hatte für sie den Nachteil, daß unitarisch gestimmten Großpreußen der Beitritt erschwert wurde [1]). WALDECK und sogar FRANZ ZIEGLER überwanden dieses Bedenken am Ende mit Rücksicht auf die innere preußische Politik. Doch ist ZIEGLER, der übrigens erst 1865 ins Abgeordnetenhaus eintrat, mit seinem offenen Blick für die soziale Frage [2]), in der Fraktion, wo man ihn als

1) Gleichzeitig mit den Vorbesprechungen der FORCKENBECK, HOVERBECK und Genossen, die zur Gründung der Fortschrittspartei führten, erfolgte hinter den Kulissen eine hernach im Sande verlaufene Aktion, die von A. BERNSTEIN, dem politischen Redakteur der Volkszeitung ausging, der sich dabei die Mitwirkung ZABELS, des Redakteurs der Nationalzeitung, gesichert hatte. Ihnen schwebte vor, daß die Führer der „demokratischen Partei" — und zwar nennt BERNSTEIN in unveröffentlichten Briefen an JACOBY diesen selbst, WALDECK, UNRUH und RODBERTUS — eine Petition „um Untersuchung der Lage des Landes" an das Abgeordnetenhaus richten sollten. Dieses Schriftstück müsse einen formalen Antrag enthalten und u. a. Beseitigung des reaktionären Beamtentums, Ministerverantwortlichkeit usw. fordern. „Die Frage ist nur, ob es richtig ist, daß die Demokratie hier wieder einmal die Initiative ergreift". Wäre eine neue Partei unter gemeinsamer Führung dieser Männer zustandegekommen, so hätte sie auf sozialem Gebiet wohl ein abweichendes Gepräge getragen. Auf die Entstehungsgeschichte der Fortschrittspartei hoffe ich in anderem Rahmen zurückzukommen.

2) Über ZIEGLERS sehr fortgeschrittene Auffassung der sozialen Frage unterrichtet gut seine Schrift: Wie ist dem Handwerkerstande zu helfen? Berlin 1850. ZIEGLER betont dort u. a. auch die ungeheure Bedeutung des allgemeinen Stimmrechts für die „Ausgleichung der sozialen Übelstände". Bekanntlich ließ sich LASSALLE von ZIEGLER für eine große Arbeiterversicherungsgesellschaft Statuten entwerfen, die er hernach auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein übertrug. Vgl. BECKER, Arbeiteragitation Lassalles S. 31. Es läge nicht fern, LASSALLES Verkehr mit ZIEGLER einigen Einfluß zuzuschreiben, wenn er das allgemeine Stimmrecht zum Angelpunkt seiner Agitation machte. Übrigens tritt ZIEGLER auch schon für die Förderung der Produktivassoziationen durch den Staat ein: „Die Pflicht des künftigen Staats ist es, die Initiative der industriellen Reformen zu übernehmen, welche die Arbeit organisieren und vom Lohnverhältnis zur Asso-

WALDECKS bösen Geist beargwöhnte, niemals heimisch geworden. Verloren gingen der Fortschrittspartei, mit deren kleindeutschem Programm sie nicht übereinstimmten, zwei Persönlichkeiten, die in einer nahen Zukunft sie von verhängnisvollen Fehlern hätten zurückhalten können: RODBERTUS und LOTHAR BUCHER[1]). Die treibenden Kräfte der Partei, die Männer von Junglitauen, hatten in ihrer agrarischen Heimat den Unterschied des modernen Industriearbeiters vom zünftigen Handwerksgesellen und ländlichen Tagelöhner nicht kennen gelernt. Aus dem preußischen Industriegebiet stammte keiner der Führer; UNRUH hätte sein Beruf am ehesten über die Strömungen in der arbeitenden Klasse aufklären können, aber gerade er war mehr auf die „Beteiligung der besitzenden Klassen" bedacht, und als die besitzlosen im Jahre nach der Gründung der Fortschrittspartei sich energischer zu regen begannen, verhinderte er ihren massenhaften Beitritt zum Nationalverein. Das meiste Verständnis für die erwachende Klasse besaß SCHULZE-DELITZSCH; aber selbst ihm zeigte erst LASSALLES Erfolg, daß die Arbeiterschaft in einer Epoche des sich entfaltenden Kapitalismus

ziation führen", a. a. O. S. 42. Dem Staat überweist er die Initiative für die Sicherung eines allgemeinen Rechts auf Arbeit und die sukzessive Anbahnung sozialer Reformen, ibid. S. 64.

1) RODBERTUS lehnte 1862 ein ihm von fortschrittlicher Seite angebotenes Landtagsmandat für Breslau mit der Motivierung ab, er könne nicht Gothaer sein. So berichtet MAX SIMON am 3. Mai 1862 an JOHANN JACOBY. DIETZELS Mitteilungen über die politische Entwicklung RODBERTUS' ließen sich noch sehr vervollständigen. Ganz vergeblich sucht man bei POSCHINGER nach Angaben über BUCHERS politisches Verhalten in den ersten Monaten nach seiner Rückkehr aus dem Exil. Beider Politiker Standpunkt in der inneren Politik wird am deutlichsten aus der von ihnen beiden gemeinsam mit dem Kaplan VON BERG veröffentlichen Broschüre: „Was sonst? Ein deutsches Programm." Berlin 1861. Dort sprechen sie sich auch zugunsten des allgemeinen gleichen und geheimen Stimmrechts aus für den Fall, daß das Dreiklassenwahlrecht verändert werden sollte. In sozialer Hinsicht verlangen auch sie dort nur „Freiheit der Arbeit". Aber man muß scharf berücksichtigen, daß neben der Bekämpfung der von Nationalverein und Fortschrittspartei verfochtenen kleindeutschen Politik an jener Stelle für sie alle anderen Interessen zurücktraten. Bei dem Herbstfest der Berliner amerikanischen Kolonie hielt BUCHER Ende 1861 eine Rede, die der radikalen Berliner Reform vom 4. Dezember die folgende Klage eingab: „BUCHER ist sehr friedlich und konservativ geworden. Von den Volkskämpfen hat er sich offenbar abgewandt und setzt sein Vertrauen auf die Staatsweisheit der Diplomatie!"

auch auf politischem Gebiet spezifische Interessen besaß, welche die Fortschrittspartei nicht vernachlässigen konnte, ohne ihre Herrschaft über die Massen zu gefährden. SCHULZE war hernach von diesen Männern der erste, der sich vor der Öffentlichkeit entschieden für das allgemeine Stimmrecht einsetzte. Aber im Oktober 1865 war es zu spät, um die Unterlassungssünde, die bei der Abfassung des Parteiprogramms begangen worden war, unschädlich zu machen!

Der schwere Kampf für die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses, in den die junge Partei sich sofort nach ihrer Gründung verstrickt sah, führte ihr nachträglich fast alle jene demokratischen Elemente zu, denen die programmatischen Konzessionen an die Konstitutionellen anfänglich Bedenken eingeflößt hatten. Ein gewaltiger Nimbus umkleidete in der ersten Hälfte der Konfliktszeit die „Männer des Volkes", die das ganze demokratische und liberale Deutschland umjubelte. Einen alten Demokraten freilich hatte der Systemwechsel vom Herbst 1858, dem die Enttäuschung so schnell folgte, von Anfang an bei kaltem Mißtrauen erhalten: kein einzelner Mensch außer BISMARCK ist der Fortschrittspartei so gefährlich geworden, wie LASSALLE. Als dieser sich nach seiner Übersiedelung von Düsseldorf in Berlin umzusehen begann, bemerkte er mit Entrüstung, wie rasch bei der „stumpfen Kleinbürgerdemokratie, in deren Schlepptau hier noch die Arbeiter" lägen, der Riß von 1848 verharrscht war. Ein Brief an MARX vom 31. Januar 1859 verspottete bitter den allgemeinen „Krönungsochsenjubel" und die Vertrauensseligkeit der Volkszeitung, die Hals über Kopf ins ministerielle Lager übergegangen wäre: würde man die Windeln des eben geborenen Prinzen (des späteren Wilhelm II.) meistbietend versteigern, es wäre damit schönes Geld zu verdienen! —

Aber die Übernahme der Geschäfte durch BISMARCK drängte die Fortschrittspartei in die Verteidigungsstellung und den Nationalverein bald unaufhaltsam ins Hintertreffen. Da benutzte LASSALLE (und nach ihm der Fortsetzer seiner jäh abbrechenden Wirksamkeit J. B. VON SCHWEITZER) die Gunst der Stunde, die der Verfassungskonflikt bot. Um die breiten Volksmassen von der Fortschrittspartei loszureißen, schrieb er auf sein Banner die beiden demokratischen Forderungen, die jene in ihrer Gründungsurkunde beiseite gelassen hatte: allgemeines, gleiches und geheimes Stimm-

recht und Staatshilfe für die Besitzlosen! Dabei erhob der große Demagoge ausdrücklich den Anspruch, daß er als der erste das vor dreizehn Jahren eingerollte Banner der achtundvierziger Demokratie von neuem wieder entfalte! Dieses Banner hätten die Gründer der „liberalen Bourgeoisbewegung“ verleugnet, als sie den alten Namen der Demokratie aufgaben [1]) und der oktroyierten Verfassung zustimmten! Zwar gelang es dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nur sehr allmählich, die Massen des Proletariats der Forschrittspartei abspenstig zu machen. Aber bei seiner rücksichtlos radikalen Agitation, deren Erfolg wuchs, je mehr er sich zu einer umfassenden sozialdemokratischen Partei erweiterte, mußten hinfort in Preußen alle Versuche scheitern, die links von der Fortschrittspartei und ihren Fortbildungen die bürgerliche Demokratie selbständig zu organisieren trachteten. Stets von neuem unternommen, sobald die beiden seit 1866 organisatorisch geschiedenen Flügel der Liberalen einander nicht rücksichtslos befehdeten, blieben diese Bemühungen erfolglos, weil die Massen ihre Notwendigkeit nicht anerkannten. Die Sozialdemokratie aber wurde im Hohenzollernstaat immer mehr zur Wortführerin für jene Gruppe demokratischer Forderungen aus den Revolutionsjahren, an denen das Interesse der linksliberalen Parteien unter dem Einfluß mannigfacher Einwirkungen zeitweise oder dauernd erkaltete.

---

1) Der Name „Demokratie“ war in Preußen nach der Revolution bis tief in die liberalen Kreise hinein in Mißkredit geraten, und eine Fusion mit der großen Mehrheit der ehemaligen Konstitutionellen unter diesem Namen wäre von vorne herein aussichtslos gewesen. In einer Zuschrift JACOBYS an die Danziger Zeitung änderte RICKERT zu Anfang Januar 1861 die Worte: „demokratische Partei“ in „entschieden freisinnige Fortschrittspartei“ und entschuldigte sich damit, daß man in Danzig „selbst bei entschiedenen Gegnern des Ministeriums“ einen Horror vor dem Worte „Demokratie“ hätte. Ein gleiches berichtete im Juli d. J. ebenfalls an JACOBY aus Breslau MAX SIMON. Diese Antipathie gegen die Bezeichnung als „Demokratie“ oder als „Volkspartei“ herrschte noch während der Konfliktszeit innerhalb der Fraktion der Fortschrittspartei. Vgl. TEMMES Erinnerungen, S. 487 f. Dort u. a.: „Die Worte Volk und Volksrechte wurden auch hier nicht gehört und die Namen Demokrat und Demokratie waren geradezu verpönt . . Sie wollten keine Demokraten sein; die Demokratie habe die Revolution von 1848 gemacht, 1849 das Land in das Unglück gerissen —“. TEMMES Bemühung, eine Sezession des demokratischen Flügels der Partei zu bewirken, scheiterte an der Weigerung WALDECKS.

II.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die nationale Frage mehr als unbedingt notwendig in diese Darstellung hineinzuziehen. Aber war es schon bei der Schilderung des Entwicklungsganges in Preußen nicht möglich, diesen Gesichtspunkt völlig außer acht zu lassen, so drängt er sich erst recht in den Vordergrund, sobald wir uns dem außerpreußischen Deutschland zuwenden. Preußen war damals schon längst ein historisches Gebilde mit autonomen Entwicklungstendenzen und sein Parteiwesen gliederte sich unter klaren Gesichtspunkten. Wohl spielte die ungelöste deutsche Frage auch hier in den Programmen eine beträchtliche Rolle, aber sie trat zurück hinter den krypto-sozialen Machtkämpfen der inneren Politik, und an den Beruf Preußens, dereinst die Führung Deutschlands zu übernehmen, glaubte die überwiegende Mehrzahl seiner Bevölkerung! Unvergleichlich tiefer, man darf sagen bestimmend, wurde die Parteigestaltung im außerpreußischen Deutschland vom nationalen Problem beeinflußt. Hier mußte Freiheit und Wohlfahrt der Einwohnerschaft, die Selbständigkeit der Staaten, die Eigenart der Stämme und der Fortbestand der Dynastien gefährdet erscheinen, solange der Weg im dunkeln lag, auf dem die Einigung des großen Vaterlandes sich vollziehen würde. Preußen galt bei den breiten Massen des mittleren und südlichen Deutschlands als die konterrevolutionäre Militärmacht, die in der Zeit des Völkerfrühlings in Sachsen und Baden die freiheitliche Bewegung in Blut erstickt hatte. Und die spärlichen moralischen Eroberungen, die der Berliner Regierung zu Anfang der Neuen Ära jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle geglückt waren, gingen rasch wieder verloren, als der Verfassungskonflikt dem BISMARCKschen Scheinkonstitutionalismus die Maske vom Gesicht riß. In den meisten Mittelstaaten hatten in den Jahren 1861 und 1862 die liberalen Fraktionen den Namen Fortschrittspartei übernommen und schon dadurch ihre warme Übereinstimmung mit den Bestrebungen der preußischen Oppositionspartei zum Ausdruck gebracht. Als sich aber BISMARCK in der deutschen Frage immer mehr zum Vollstrecker des liberalen Programms machte und Fortschrittspartei und Nationalverein trotz aller Opposition im einzelnen hierbei in sein Schlepptau gerieten, da regte sich in der achtundvierziger

Demokratie des außerpreußischen Deutschlands die lebhafte Sehnsucht nach einer großen deutschen Volkspartei[1]), welche die freiheitlichen Forderungen der Nation vor Verkümmerung bewahren sollte. Mit allen Kräften wollte man sich einer Einigung Deutschlands widersetzen, wenn sie nur feil war um den Preis der Unterwerfung eines freien Volkes unter die preußische Kasernensklaverei. Während eines kurzen Zeitraumes setzten die süddeutschen Demokraten sogar auf den Nationalverein ihre Hoffnung. Als dieser, von dem Verlauf der inneren Entwickelung in Preußen tief enttäuscht, auf seiner Leipziger Generalversammlung die Reichsverfassung von 1849 als Werbefahne heraushängte, erklärten sie ihre Zustimmung und wollten um der Grundrechte willen über den kleindeutschen Ursprung jener Urkunde hinwegsehen. Aber dieser radikalen Richtung gelang es nicht, sich die Führerschaft im Nationalverein zu erobern. Sie wurde entscheidend aufs Haupt geschlagen, als sie auf der Generalversammlung in Eisenach am 6. Oktober 1864 unter Führung LUDWIG ECKARDTS den Eintritt in eine revolutionäre Agitation für die Grundrechte und dazu die vollständige Preisgabe der preußischen Spitze erzwingen wollte. Der neuen „Aktionspartei" bewies hier MIQUEL, daß sie mit ihrem Preußenhaß gerade an der Aufrichtung der von ihr perhorreszierten Mainlinie arbeite, und SCHULZE-DELITZSCH verspottete die „Theorie vom Urbrei", die mit „beneidenswerter Naivität" alle deutschen Staaten in Atome zerschlagen wolle, um dann, während die übrige Welt ruhig zusähe, nach ihrem Gutdünken den Teig neu zu kneten. Erst diese Rede SCHULZES enthüllte KARL MAYER und JULIUS HAUSSMANN, die aus Württemberg herbeigekommen waren, um mit ECKARDT und anderen Gesinnungsgenossen entweder die Entpreußung oder die Sprengung des Nationalvereins durchzusetzen, die unüberbrückbare Kluft, die zwischen ihrem Standpunkt in der deutschen Frage und dem der preußischen Fortschrittspartei bestand[2]). Aber trotz der so gewonnenen Erkenntnis verhielten die Württemberger sich

1) Mitteilungen über die ersten Anfänge dieser Bewegung, die in das Jahr 1863 zurückreichen, findet man in ECKARDTS Darmstädter Rede vom 18. Sept. 1865.

2) Vgl. die Verhandlungen der Eisenacher Generalversammlung des Nationalvereins vom 31. Oktober und 1. November 1864 sowie A. RAPP, die Württemberger und die nationale Frage 1863—1871, Stuttgart 1910. S. 111.

anfänglich spröde, als der geschäftige ECKARDT[1]) in einer privaten Besprechung der Minderheit auf einen engen organisatorischen Zusammenschluß der demokratisch-föderalistischen „rein deutschen" Partei hindrängte. Ihrer Ansicht nach sollte alle Arbeit für die Einigung und Befreiung des Vaterlandes in den Einzelstaaten beginnen und ein Zusammenwirken erst erfolgen, wenn die Volksparteien in den Einzelstaaten einigermaßen organisiert wären. Aber weder die Lauheit der schwäbischen Föderalisten noch die Warnungen seines engeren Landsmannes VENEDEY, der von einer Gegengründung gegen den Nationalverein eine Beschleunigung des Bürgerkrieges befürchtete, vermochten ECKARDTS Eifer abzukühlen. Nachdem sein Auftreten in Eisenach ihn seinen Bibliothekarposten am Großherzoglichen Hofe in Karlsruhe gekostet hatte, gründete er mit dem 1. Januar 1865 in Mannheim ein Deutsches Wochenblatt, das der deutschen Volkspartei, deren Errichtung ihm vorschwebte, als Sprechsaal dienen sollte.

III.

Damals nun war es im westlichen und südwestlichen Deutschland bereits allen weiter blickenden Politikern klar geworden, daß eine neue Volkspartei links vom Nationalverein nur unter energischer Heranziehung der Arbeitermassen zu Kräften kommen konnte. An Main und Rhein spielte die Industrie eine ungleich größere Rolle als im kleinbäuerlichen Schwabenland oder gar in Ostelbien. Schon im November 1861 waren in Frankfurt unter SCHWEITZERS Leitung, im Februar 1863 durch LUDWIG BÜCHNER und den Buchhändler DIEHL in Darmstadt, einige Monate später in Höchst, Bocken-

1) Genaue biographische Daten über ECKARDT vermochte ich bisher nicht aufzubringen. Er hatte offenbar an der Revolution teilgenommen, lebte dann literarisch tätig in den fünfziger Jahren in der Schweiz und war wohl 1862 nach Baden zurückgekehrt. Geschrieben hat er ästhetisch-philosophische Werke, Novellen und Dramen, von denen einige in Berlin, Karlsruhe und anderorten aufgeführt wurden. Später reiste er auch in Deutschland umher und las in verschiedenen Städten aus seinen Dichtungen vor. GOTTFRIED KELLER war ECKARDTS Agitation für eine Schweizer Nationalbühne verhaßt, er hat ihn mit GOETHES Pater BREY verglichen („wie er will Berg und Tal vergleichen, alles Rauhe mit Gips und Kalk verstreichen"). Treffend sagt er von ihm (in „Am Mythenstein"): ein „Unternehmungslustiger, der gern, was gemacht werden kann, gleich machen möchte".

heim, Hanau, Offenbach und anderen Orten der Nachbarschaft Arbeiterbildungsvereine ins Leben getreten, die sehr bald begannen, auf periodisch stattfindenden Arbeitertagen ihre Klasseninteressen zu besprechen. Dann hatte im Mai 1863 LASSALLES berühmter Einfall in den Maingau stattgefunden, und als unmittelbare Gegenorganisation gegen seinen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, dem hier wenn nicht zahlreiche so doch rührige Anhänger erstanden, war auf SONNEMANNS Betreiben der Verband Deutscher Arbeitervereine ins Leben getreten. Unter Ausschluß der Politik sollte dieser die geistigen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrnehmen; auf seinem ersten Vereinstag in Frankfurt waren als Delegierte u. a. BÜCHNER, EICHELSDÖRFER, RÖCKEL und BEBEL erschienen [1]). Die Mehrzahl der hier führenden Persönlichkeiten bestand wohl von vorneherein aus großdeutschen, mehr oder weniger republikanisch gesinnten Demokraten, aber auch preußische Fortschrittler und weiter rechts stehende Nationalvereinler fehlten nicht. Sie alle erblickten in dem Versuch LASSALLES, die Arbeiter als eine besondere politische Klassenpartei zu organisieren, eine Schädigung der „deutschen Freiheits- und Einheitssache". Mochten selbst in dem engeren Kreis der Demokraten über wesentliche Punkte die Ansichten auseinandergehen, so stimmten doch F. A. LANGE wie SONNENANN, LUDWIG BÜCHNER wie ECKARDT darin überein, daß die freiheitliche Gestaltung der deutschen Zustände *nur aus einer gemeinschaftlichen politischen Aktion resp. Organisation der Arbeiter und der demokratischen Elemente des Bürgertums* hervorgehen könnte.

---

1) Charakteristisch für die soziale Gesinnung, aus der diese Verbandsgründung hervorging, sind zwei Telegramme, die auf dem ersten Vereinstag verlesen wurden. Das des Arbeiterfortbildungsvereins in Göppingen lautete: „Göppingen am Hohenstaufen Gruß entbeut dem Bruderhaufen, der in Frankfurts Mauern jetzt SCHULZES Fahnen wehen läßt". Der deutsche Verein in Glarus aber telegraphierte: „SCHULZE-DELITZSCH lebe hoch, Brüder brecht LASSALLES Joch, gehet einig Hand in Hand für das deutsche Vaterland!" Die Geschichte des Verbandes deutscher Arbeitervereine und die des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins muß hier als bekannt vorausgesetzt werden. Quellenmäßige Darstellungen, findet man u. a. in MEHRINGS Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, bei EYCK, Vereinstag deutscher Arbeitervereine, und in meinem Buch über SCHWEITZER. Vgl. auch BEBEL, Aus meinem Leben, Bd. I.

Während aber LANGE [1]) und auch SONNEMANN wegen der Ungeklärtheit der allgemeinen Verhältnisse den Zeitpunkt zu einem organisatorischen Versuch auf politischem Gebiet noch nicht für gekommen erachteten, wollte ECKARDT, „was gemacht werden konnte gleich machen" und war Feuer und Flamme, als bei LASSALLES plötzlichem Tode die Aussicht auftauchte, in den Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Agitationszentren für die Volkspartei der Zukunft zu gewinnen! Gleichzeitig und wohl im Einverständnis mit ihm, da er auch in Mannheim wohnte, suchte EICHELSDÖRFER den Präsidenten des Verbandes zu einer Aktion für die Vereinigung der beiden sozialen Richtungen zu gewinnen [2]). Aber SONNEMANN ging auf diese Anregung nicht ein. Wahrscheinlich hoffte er, daß der sichtlich auf die Persönlichkeit seines Stifters zugeschnittene Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ohne fremdes Zutun auseinanderfallen würde. Geschah dies, so wurde der Verband der Arbeitervereine ganz von selbst zur einzigen Vertretung der sozialen Interessen der aufstrebenden Klasse! Eine zu frühzeitige Aufnahme der noch eng zusammenhaltenden Gemeinden der Lassalleaner in den Verband barg zudem die Gefahr, daß ihre sozialradikalen Bestrebungen hier das Übergewicht erlangen konnten. Dann aber war es geschehen um das Zustandekommen der Arbeiter und Bürger gleichmäßig umspannenden Volkspartei, die ihm am Herzen lag! Ein so gewitzter Politiker wie SONNEMANN wußte, daß man unter Umständen mit Zögern weiter kommen konnte als mit raschem Zugreifen. Doch ECKARDT und BÜCHNER, die nun in den nächsten Monaten vielfach gemeinsam handelten, ließen sich durch solche Erwägungen

1) Vgl. seinen von ELLISSEN mitgeteilten Brief an SONNEMANN vom 31. Juli 1865. Einen scharf antimonarchischen Passus, den der Biograph — weshalb nur? — fortgelassen hatte, trägt BEBEL in seinen Memoiren jetzt dankenswerter Weise nach. LANGE schreibt dort über die Fürsten: „Man kann in den Händeln dieser Menschen keine andere Partei ergreifen als gegen alle, und zwar unveränderlich und gegen diejenigen, welche liberal flöten, erst recht."

2) Vgl. sein höchst interessantes Schreiben an SONNEMANN bei BEBEL, Aus meinem Leben I S. 92. Dort u. a.: „Ich glaube, wir haben inzwischen gelernt, daß ohne allgemeines Stimmrecht und dadurch herbeigeführte Umgestaltung der jetzigen staatlichen Zustände auf eine durchgreifende Hilfe nicht zu rechnen ist. Vielleicht wäre der jetzige Moment ein günstiger, daß von unserer Seite etwas geschähe, um eine Vereinigung der beiden Strömungen auf Grund eines entsprechenden Programms herbeizuführen ..."

nicht beirren: eine Verschmelzung der Demokratie des Südens, an deren Organisation sie arbeiteten, mit der sozialen Demokratie des deutschen Nordens, wie sie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein verkörperte, stand als ein zu lockendes und erreichbares Ziel vor ihren Augen! Hatte nicht LASSALLE selbst in seiner Frankfurter Rede betont, daß er eine allgemeine demokratische Volksbewegung und keine bloße Klassenbewegung ins Leben rufen wollte? Enthielt sein Programm andere Forderungen als die alte demokratische des allgemeinen Stimmrechts und staatlicher Maßregeln für die arbeitenden Klassen? Ihnen war klar, daß „Staatshilfe“ und „Selbsthilfe“ in Wirklichkeit sich keineswegs ausschlössen, wie die bequeme Schablone der fortschrittlichen Presse es hinstellte. Auf dem Arbeitertag des Maingaus hatte sich ECKARDT schon im Juli des Jahres in diesem Sinne vernehmen lassen[1]), als er dort das Programm entwickelte, mit dem er die Lassalleaner zu ködern gedachte. Mit Argumenten, wie sie damals auch LIEBKNECHT anwandte, bewies er hier den Arbeitern, daß sie sich weder mit ausschließlich politischen noch mit ausschließlich sozialen Zugeständnissen begnügen dürften, daß sie aber eine gleichmäßige Förderung in beiden Richtungen so wenig wie von der Reaktion „vom beschränkt gothaischen Bürgertum“, das sie sogar von der Wahlurne ausschlösse, zu erwarten hätten. Nur ein Bündnis mit der Volkspartei könne sie diesem Ziel entgegenführen. Demokratie und Arbeiterpartei gehörten eng zusammen, und man täte am besten, wenn man sie überhaupt nicht mehr als zwei verschiedene Elemente ansehen wollte. Als nach dem Kölner Abgeordnetenfest, dem ECKARDT als Korrespondent der Frankfurter Zeitung beiwohnte, die „liberalen Kommerzienräte“ sich nur mit sauersüßer Miene die Unterstützung der von SCHWEITZER für die Verteidigung der Versammlungsfreiheit mobil gemachten Proletarier gefallen ließen, fand das Deutsche Wochenblatt noch stärkere Töne, um seine Richtung auf Kosten der Fortschrittspartei den Sozialdemokraten anzupreisen. Die Kritik der lauen Haltung der Liberalen gegenüber dem allgemeinen Stimmrecht führte jetzt ganz von selbst

1) Seinen dort gehaltenen Vortrag: „SCHULZE-DELITZSCH und LASSALLE, Selbsthilfe und Staatshilfe“ findet man im Deutsch. Wochenbl. 23. Juli 1865. Lassalleaner und Bildungsvereinler waren anwesend und nahmen eine Resolution für die Vereinigung an. Vgl. BEBEL a. a. O. S. 124.

dahin, daß der Gedankengang des Blattes ins Sozialistische hinüberschillerte. So wurde der Fortschrittspartei der Vorwurf gemacht, daß sie die Ungleichheit des materiellen Besitzes weder aufheben noch ausgleichen wolle und die schlimmste Blöße des Dreiklassenwahlrechts aufgedeckt durch die Feststellung, daß es die Menschen nach den Steuern, also nach dem Gelde in Klassen von ungleicher Berechtigung einteile![1]) ECKARDT gestand zwar zu, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein noch eine weit tiefergreifende soziale Umgestaltung anstrebe, als der Volkspartei und dem Verband der Arbeiterbildungsvereine, die er hier zusammenwirft, vorerst einleuchte. Aber die völlige Gemeinsamkeit der politischen Ziele bürgte ihm dafür, daß auch in diesen Kreisen die Erkenntnis bald obsiegen werde, daß ausschließlich politische Reformen nicht mehr hinreichten. Dann aber würden Volkspartei, Verband der Arbeitervereine und Lassalleaner in eine große sozialdemokratische Partei aufgehen[2])!

Freilich mit leeren Händen durfte man den Lassalleanischen Arbeitern nicht kommen! Wollte man sie gewinnen, so mußte man zu ausreichenden und genau bezeichneten Zugeständnissen bereit sein! ECKARDT und BÜCHNER bemühten sich, die entstehende

1) Deutsch. Wochenbl. 10. Sept. 1865. „Die Konstitutionellen in Preußen“. L. BÜCHNER hatte schon bei der Besprechung von F. A. LANGES Arbeiterfrage im Deutschen Wochenblatt ein förmliches sozialistisches Bekenntnis abgelegt und die schrittweise Abschaffung des Erbrechts als Mittel angepriesen, um „auf friedlichem und allmählichem Wege zu der nun einmal unvermeidlichen Umänderung der sozialen Zustände“ hinzuleiten. Die von LASSALLE empfohlenen Produktivassoziationen mit Staatshilfe nannte er dort ein „Palliativmittel“, das die Bildung eines fünften Standes nicht verhindern würde. LASSALLES historische Bedeutung erkennt er an, aber er wirft ihm vor, daß er durch seine zu kategorische Ablehnung der Selbsthilfe ohne Not den deutschen Arbeiterstand in zwei sich befehdende Parteien gespalten habe. Der Artikel schließt mit den Worten: „Warum der Zwiespalt? Wir sagen: vereinigt Euch!“ — In einem späteren Aufsatz im Deutsch. Wochenbl. vom 11. Mai 1866 betonte BÜCHNER, daß er nicht eine Aufhebung des Eigentums und des Unterschieds der Stände sondern nur eine Beschränkung jenes Eigentums anstrebe, das seine Entstehung dem Fleiß oder Glück anderer verdanke. Dadurch ließe sich verhindern, daß der ungeheure Spalt zwischen Besitzenden und Besitzlosen immer größer werde und zu einem furchtbaren Klassenkampfe führe.

2) Deutsch. Wochenbl. 17. Sept. 1865. (Am Vorabend der Darmstädter Tagung).

Volkspartei in diese Richtung zu drängen. Weder das allgemeine und gleiche Stimmrecht noch die Sozialreform durch den Staat hatte eine der bürgerlichen Parteien bis dahin in ihr Programm aufgenommen! Mit dem Ansinnen, solches zu tun, traten die beiden jetzt an einen Delegiertentag heran, der besonders auf ihr Betreiben am 18. September 1865 in Darmstadt stattfand und den Grundstein für die neue Volkspartei legen sollte. Aus Schwaben hatten sich KARL MAYER und OESTERLEN eingefunden, aus Hessen PRETORIUS und TRABERT, aus dem Königreich Sachsen Professor WUTTKE und der Redakteur PETERMANN, aus Schleswig-Holstein RICHARD VON NEERGARD und der Zimmermeister RIEPEN. Auch der unglückliche Phantast AUGUST RÖCKEL war erschienen, der damals in Frankfurt ein Lokalblatt redigierte und die katholische Demokratie in die neue großdeutsche Partei aufgenommen sehen wollte. Doch aus dem größten rein deutschen Bundesstaat hatte kein Politiker von Bedeutung seine Anwesenheit notwendig erachtet bei einer Beratung, über deren partikularistischen und antipreußischen Einschlag im voraus kein Zweifel bestand. Der Dichter EMIL RITTERSHAUS aus Barmen und der Tagesschriftsteller WILHELM ANGERSTEIN aus Berlin konnten nicht JOHANN JACOBY oder FRIEDRICH ALBERT LANGE ersetzen. JACOBY gehörte noch zur Fortschrittspartei und war durch den inneren Konflikt in Anspruch genommen; zwischen LANGE und LUDWIG BÜCHNER hatte sich im Juni des Jahres eine persönliche Bekanntschaft angebahnt, die ihnen bewies, daß sie auf politischem Gebiet besser übereinstimmten als auf philosophischem, aber LANGE erachtete, wie wir wissen, die Zeit noch nicht für gekommen, wo man mit Aussicht auf Erfolg an die Gründung einer „Volkspartei“ herangehen konnte [1]), die, wenn sie ihm genügen sollte, eines starken sozialen Einschlags nicht hätte entbehren dürfen. Am meisten aber verdachte man es der demokratischen Neuen Frankfurter Zeitung, daß keiner ihrer Redakteure nach Darmstadt hinübergereist war. Offenbar rechneten SONNEMANN und seine Kollegen damals noch auf eine Lösung der deutschen Frage, die sie davor bewahrte, dem in Darmstadt von OESTERLEN angepriesenen bizarren Projekt einer Konförderation der Mittel- und Kleinstaaten gegen die Vergewalti-

1) Vgl. ELLISSENS Biographie LANGES, Leipzig 1884, S. 143, und in meinem Buch über SCHWEITZER und die Sozialdemokratie den Exkurs über LANGE.

gung der Vormächte zustimmen zu müssen [1]). Vielleicht begriff SONNEMANN auch innerlich die Unvermeidbarkeit einer machtvollen Zentralgewalt, doch als Demokrat konnte er, zumal bei der Stimmung in Frankfurt, unmöglich die Hegemonie eines von BISMARCK regierten Preußens empfehlen! Aber nicht einmal in der nationalen Frage vermochte man sich in Darmstadt über etwas anderes zu einigen, als über das, was man nicht wollte! Noch weniger gelang es auf dem der Interessensphäre der meisten Anwesenden noch fern liegenden sozialen Gebiet eine Verständigung zu erzielen. ECKARDTS und BÜCHNERS Vorschlag, die „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klassen durch soziale Reformen" als Forderung in das provisorische Programm aufzunehmen, fand keine Gegenliebe. Die Mehrzahl der Teilnehmer war der Ansicht, daß ihre Zustimmung zu der Forderung des allgemeinen Stimmrechts schon eine hinreichende Konzession an die besitzlosen Volksklassen bedeutete [2]).

Ein solcher Verlauf der Darmstädter Tagung konnte bei den Lassalleanern keinen Beifall finden. In ihrem unoffiziellen Organ, dem Hamburger „Nordstern", bekämpfte FREILIGRATH von dem unitarischen Programm des Vereins aus den föderalistischen Standpunkt der entstehenden Partei, nicht ohne seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die deutsche Demokratie nach den langen Jahren des Zuwartens überhaupt wieder an eine Organisierung dachte. SCHWEITZER hingegen, der den „Socialdemokrat" redigierte, empfand es wie unlauteren Wettbewerb, daß man überhaupt anderswo als im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein es gewagt hatte, über die soziale Frage zu diskutieren, die er für seine Partei als ausschließliche Domäne in Anspruch nahm [3]). Durch OBERWINDER wußte er, daß ECKARDT die Frankfurter Gemeinde des Vereins zu gewinnen suchte; derartigen Bemühungen der „kleinstaatlichen Föderativrepublikaner", die er verachtete, wollte er gleich ein für allemal den Riegel vorschieben! Über die Ab-

1) Vgl. Geschichte der Frankfurter Zeitung S. 159.

2) Vgl. L. B(ÜCHNER): Die soziale Frage und das Programm der Volkspartei in Deutsch. Wochenbl. 1. Okt. 1865. Dort u. a.: „Auf das allgemeine Stimmrecht vertrösten — heißt, dem leidenden Teil der Menschheit Steine statt Brot bieten". BÜCHNER tritt für eine stark progressive Erbschaftssteuer ein, von deren Ertrag die notwendigsten Staatslasten bestritten werden sollten.

3) Socialdemokrat 26. Sept. 1865.

sage der großdeutschen Demokratie an den Nationalverein drückten beide sozialistischen Zeitungen ihre Genugtuung aus, aber auch hierbei unterschieden sie sich merklich in der Nuance, da FREILIGRATH im Gegensatz zu SCHWEITZER wenigstens für die Zukunft „eine Annäherung und Besprechung für möglich erklärte[1]).

Wesentlich günstiger äußerte sich, politisch damals noch obdachslos, LIEBKNECHT über die Darmstädter Tagung. Beim Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgewiesen, hoffte er nun mit Hilfe der neuen Partei, deren großdeutschen Standpunkt er leidenschaftlich teilte, Einfluß auf die Arbeiterklasse zu gewinnen. Er rühmte, daß die Volkspartei das allgemeine Stimmrecht und überhaupt jede Grundlage und Garantie der bürgerlichen Freiheit verlangte und damit eine Basis schüfe, von der aus selbst der Föderalismus, falls er sich als unpraktisch erwiese, später bekämpft werden könnte[2]). Seit seiner Ausweisuug aus Berlin lebte LIEBKNECHT in Leipzig, wo er im Spätsommer 1865 die folgenreiche Freundschaft mit BEBEL schloß, der trotz seiner Jugend bereits Ausschußmitglied des Verbandes der Arbeitervereine und Vorsitzender des sächsischen Gauverbandes und des Leipziger Arbeiterbildungsvereins war. Diesen hatte ECKARDT, als er im Oktober in Leipzig einen Vortrag hielt, im Deutschen Wochenblatt als einen Demokraten bezeichnet, der mit dem Nationalverein gebrochen hätte. Die Reise ECKARDTs bezweckte die Gewinnung Sachsens und Thüringens für die entstehende Volkspartei. Das Fiasko des Nationalvereins, die Verständnislosigkeit der säch-

---

1) Nordstern 30. September 1865. Über FREILIGRATHS Verhältnis zur Sozialdemokratie vgl. neuerdings die Artikel von E. BERNSTEIN und W. BLOS in der illustrierten Festnummer des Vorwärts zum hundertsten Geburtstage des Dichters (17. Juni 1910). Erwähnt sei, daß gerade damals FREILIGRATH mit BLIND u. a. sich an einer von dem Londoner Verein „Deutsche Freiheit und Einheit" herausgegebenen Zweimonatsschrift beteiligte, deren Titel „Der deutsche Eidgenosse" zu seinem unitarischen Standpunkte eigentlich nicht recht paßte. Die Zeitschrift erschien vom März 1865 bis Mai 1867, sie stand der Volkspartei nahe, lehnte aber den extremen Föderalismus ab und forderte offen die Republik.

2) Oberrheinischer Courier 13. Oktober: „Zur Lage". Man beachte, daß LIEBKNECHT das allgemeine Stimmrecht stets ausdrücklich im Zusammenhang mit den Garantien der bürgerlichen Freiheit fordert. Dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein warf er bekanntlich vor, daß er jene Garantien, die erst ermöglichten, es zum Vorteil der Arbeiter auszuüben, vernachlässige. Vgl. LIEBKNECHTs Berliner Rede vom 19. Juni 1865.

sischen Liberalen für die Bedürfnisse der Industriearbeiter und die seit LASSALLES Tod bei den Lassalleanern herrschenden Zerwürfnisse kamen solchen Bestrebungen entgegen. LIEBKNECHT wurde jetzt Leipziger Korrespondent des Deutschen Wochenblatts, und in ihm und BEBEL gewann die Volkspartei agitatorische Kräfte von außergewöhnlichen Fähigkeiten.

Trotz des mangelnden Entgegenkommens in beiden Lagern setzte der „Vereinigungsapostel" (so taufte ihn die Hessische Landeszeitung) seine Bemühungen unverdrossen fort. Sein Ehrgeiz wollte nun einmal die Verschmelzung der Lassalleaner mit der entstehenden Volkspartei bewirken, und er glaubte, daß sich das durch programmatische Abmachungen erreichen ließe[1]. Seine Hoffnungsseligkeit nahm noch zu, als sich im September auf ihrem Vereinstag in Stuttgart auch die Bildungsvereine ausdrücklich für die Eroberung des allgemeinen Stimmrechts aussprachen. Die Grenzboten konstatierten damals mit Bedauern, daß den von den „Koryphäen der föderalistischen Demokratie" geführten Arbeitern, „der Appetit nach politischer Beschäftigung" wüchse, aber LANGE und BEBEL waren mit dem Ergebnis dieser Tagung zufrieden, die, wie sie meinten, auf politischem und auf sozialpolitischem Gebiet zur Klärung beigetragen hätte!

Über allgemeines Stimmrecht (ebenso wie über parlamentarische Regierung und Abschaffung der stehenden Heere) hatten sich in Darmstadt auch jene Demokraten geeinigt, die, wie wir sahen, über die nationale und soziale Frage sich nicht verständigen konnten. Eine Konferenz sollte nun zu Weihnachten in Bamberg auch über diese beiden wichtigen Punkte eine Einigung zu erzielen suchen. Für das soziale Programm lagen hier drei Anträge vor; die Württemberger, als die einzige Gruppe, die bereits im eigenen Lande Einfluß auf die Volksmassen besaß, waren offiziell mit der Vorlegung eines Entwurfs betraut worden. Aber auch ECKARDT und BÜCHNER hatten es sich nicht nehmen lassen, Vorschläge zu unterbreiten. Der Badener verlangte, die Volkspartei solle das Entstehen von Produktivassoziationen „als den Weg der Selbstbefreiung des Arbeiters" begrüßen und es als „Pflicht des Staates" anerkennen,

1) Vgl. ECKARDTS Artikel im Deutsch. Wochenbl. 22. Okt. und 12. Nov. 1865 und seine Rede in einer Mainzer Arbeiterversammlung 19. Nov. 1865.

„für die verwahrloste Jugend wie für die Invaliden der Arbeit einzutreten". Mit diesem Programm glaubte er, den Lassalleanern Genüge zu tun, ohne die individualistischen Überzeugungen, die in Darmstadt vorgeherrscht hatten, zu verletzen. Aber Produktivassoziationen ohne Staatshilfe, wie er sie hier vorschlug, konnten den Sozialdemokraten nichts bedeuten, während wiederum die liberalen Demokraten für die Übertragung von sozialen Pflichten auf den Staat noch nicht gewonnen waren. Die entscheidenden Faktoren richtiger einschätzend drückte BÜCHNER sich allgemeiner aus. Er wollte fürs erste bloß die „möglichste Verbesserung oder Erleichterung der Lage der armen und arbeitenden Klassen" als Forderung in das Programm einschmuggeln und reservierte sich vermutlich die Ausgestaltung und Spezialisierung dieses Passus für bessere Zeiten. Aber selbst seine bescheidene Fassung schloß in den Augen der noch starr antiinterventionistischen Mehrheit der Delegierten das verhaßte Lassalleanische Prinzip der Staatshilfe nicht genügend aus. Der Entwurf der Württemberger hatte eine ursprünglich von dem Frankfurter Bankier HOHENEMSER stammende Formulierung von rein negativem Gehalt wörtlich übernommen. Diese Fassung forderte nur die „Beseitigung der in bezug auf die arbeitenden Klassen noch bestehenden gesetzlichen Ungleichheiten und der Hindernisse einer freien volkswirtschaftlichen Entwicklung." Bei so weit auseinander gehenden Auffassungen ließ sich keine Übereinstimmung erzielen. Aber auch in der nationalen Frage verständigte man sich nicht. ECKARDT forderte, daß man sich, „selbstverständlich (!) theoretisch und ohne Putschgelüste" [1]) offen und ehrlich als eine republikanische Partei auftue und für die „deutsche Eidgenossenschaft nach dem Vorbilde der Schweiz auf förderativer Grundlage" eine „Konzentrierung der Reichsgewalt in einer freigewählten obersten Bundesbehörde". Aber den partikularistischen Schwaben sicherte selbst ein solcher Vorschlag noch nicht hinreichend „die Freiheit und Selbstbestimmung der einzelnen Bundesglieder". Auch erschien ihnen in diesem Zeitpunkt, wohl im Hinblick auf die inneren Zustände Württembergs, ein programmatisches Bekenntnis zur Republik bedenk-

1) J. Ph. BECKER hatte von seinem Standpunkte nicht unrecht, wenn er der Volkspartei (Vorbote Aprilheft 1866) „Überklugheit" und „Mangel an revolutionärem Schneid" vorwarf.

lich, obgleich sie im Herzen dieser Staatsform anhingen [1]). Am Ende machten die Delegierten aus der Not eine Tugend und erklärten in einer feierlichen Tagesordnung die Aufstellung eines Programms „zur Zeit“ für überflüssig. [2])

War der Ausgang der Bamberger Verhandlungen wenig befriedigend für die Organisationsbestrebungen der großdeutschen Demokratie im allgemeinen, so bedeutete er im besonderen für Eckardt eine entscheidende Niederlage. Man hatte hier Stuttgart zum Vorort der Partei ernannt, und damit kam tatsächlich die Führung der Bewegung aus seinen Händen in die der entschiedensten Gegner seiner weiterreichenden Pläne [3]). „Pater Breys“ politische Rolle war ausgespielt. Aber sieht man auch von der Persönlichkeit ab, die Ereignisse des folgenden Sommers hätten ohnehin Fusionsbestrebungen von der Art, wie er sie betrieb, gegenstandslos gemacht. Sobald die Lassalleaner sich zur Anerkennung der „vollendeten Tatsachen“, der preußischen Spitze, herbeiließen, wurden sie von der Volkspartei und der Mehrheit der Arbeiterbildungsvereine in Acht und Bann getan!

IV.

In der ersten Hälfte des Jahres 1866 traten vor der Zuspitzung der deutschen Krisis und ihrer schließlichen Lösung mit den

1) Payer in der „Patria“ a. a. O.

2) Vgl. Eckardt im Deutsch. Wochenbl. 14. Jan. 1866: „Das Programm der Volkspartei“.

3) In diesem Sinne äußerten sich u. a. das Frankfurter Journal und die Hessische Landeszeitung. Vgl. auch H. B. Oppenheims Briefe aus Süddeutschland S. 69. Schweitzer beurteilte die Bamberger Tagung im „Socialdemokrat“ in der Artikelfolge: „Die reine Demokratie und die Sozialdemokratie“ (16. bis 30. Jan. 1866): die reine Demokratie trete mit sich selbst in Widerspruch, wenn sie einer abstrakten Vorstellung zu Liebe den gewaltigen Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden und die daraus folgenden entgegengesetzten Anforderungen an die Gesetzgebung und Verwaltung übersähe. Sie teile das Schicksal jedes abstrakten Prinzips, das die Macht des Wirklichen weder kennen noch anerkennen mag; sobald es einmal ernst wird im Kampfe der beiden Klassen, geht die eine wie die andere über die reine Demokratie zur Tagesordnung über. Noch mehr betrachtete J. Ph. Becker in seinem „Vorboten“ die entstehende Volkspartei als eine „Eintagsfliege“ die „verspätet“ käme. Sie werde wohl die letzte bürgerliche, rein politische, auf nicht sozialistischer Grundlage beruhende Parteientwicklungssphäre vorstellen.

Waffen, vor jenem „Bruderkrieg“, dessen Ausbruch viele Demokraten bis zuletzt für eine Unmöglichkeit gehalten hatten, alle Gegensätze in den Hintergrund, die nicht unmittelbar an der nationalen Frage hingen. Aus der Unzufriedenheit mit der zu sehr auf Preußen bauenden Politik des Nationalvereins war die Volkspartei hervorgewachsen, von einem einigen Deutschland, das nicht zugleich ein freies Deutschland war, wollte sie zu keiner Zeit etwas wissen, und der Stuttgarter „Beobachter“, der nun ihr führendes Organ wurde, hatte oft genug und ohne Widerspruch aus den Reihen der Partei, die Freiheit über die Einheit stellend, mit klaren Worten ausgesprochen, daß er ein freies Württemberg höher werte, als ein einiges aber unfreies Deutschland [1]). Für diese abstrakten Demokraten, die besonders in Württemberg, Baden, Hessen, Frankfurt und Schleswig-Holstein das große Wort führten, beruhten alle politischen Kämpfe ausschließlich auf dem Gegensatz zwischen „Knechtschaft“ und Freiheit. Und da der Föderalismus, zu dem sie schworen, aus einer rein individualistischen Wurzel emporschoß, so dachten sie immer bloß an die Freiheit des einzelnen oder kleinerer Gruppen, ohne sich zu der Erkenntnis durchzuarbeiten, daß die Begründung und Erhaltung der Selbständigkeit (das ist der äußeren Freiheit) eines großen und geeinten Staats ohne Zwang und kriegerisches Aufgebot nicht durchführbar war. In den Augen dieses doktrinären Individualismus galt es als die einzige Aufgabe und als die Rechtfertigung des Staats, dem einzelnen den Genuß der Menschenrechte zu gewährleisten [2]). Als aber die Ereignisse jetzt dieses Staatsideal ad absurdum führten, suchten die Unbelehrbaren darin Trost, daß sie den nationalen Gedanken auf eine niedere Bildungsstufe verwiesen

---

1) Eine Kritik der Parole „Durch Freiheit zur Einheit“ vom Standpunkt des Württembergischen Liberalismus findet man bei C. A. Fetzer, Über die Stellung und Aufgabe der Nationaldemokratie in Württemberg, Stuttgart 1868, S. 29 ff.

2) Die Durchwachsung der politischen Begriffe mit außerpolitischen Wertungen im deutschen Liberalismus für seine verschiedenen Epochen und mannigfachen Schattierungen aufzuweisen und als Entwicklung darzustellen, wäre eine schwierige aber reizvolle Aufgabe, für die das Interesse in jüngster Zeit im Wachsen ist. Eine fruchtbare Problemstellung nach der ideengeschichtlichen Seite findet man bei Wahl, Beiträge zur deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, München 1910.

und, dem föderalistischen Postulat getreu, die Völkerverbrüderung in einer europäischen Eidgenossenschaft, die „Vereinigten Staaten von Europa" als das wahrhaft menschenwürdige Ideal verkündeten.[1]) Doch auf die Bestrebungen der Friedens- und Freiheitsliga soll hier noch nicht näher eingegangen werden. Man weiß, daß ihre kosmopolitischen Bemühungen erst durch die internationale Tendenz der in allen Kulturstaaten mächtig empordrängenden Arbeiterbewegung auch für die verantwortlichen Machtpolitiker zu einem ponderablen Faktor wurden.

Die meisten Wortführer der „Volkspartei" waren Gefühlspolitiker, die der Zauberkraft der Ideale vertrauten, von deren Allgemeingültigkeit sie wahr und tief durchdrungen waren[2]). So versprachen sie sich jetzt Berge von einer allgemeinen Volksbewaffnung und glaubten bis zuletzt an die Möglichkeit und die Siegesaussichten einer Massenerhebung gegen den drohenden Bruderkrieg. Selbst LIEBKNECHT hatte ein langjähriger Umgang mit MARX und ENGELS nicht gelehrt, die realen Faktoren richtiger einzuschätzen und auch er teilte bis in den Frühling hinein die Illusionen seiner demokratischen Parteifreunde[3]). Zu ihrem Schaden hatte ihr föderalistisches Bekenntnis die Volkspartei davon abgehalten, sich nach dem Vorbild des Nationalvereins und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine zentralistische Organisation zu geben. Ihre organisatorische Tätigkeit hatte sich darauf beschränkt, an Orten, wo die Aussichten günstig waren, Volksvereine zu

---

1) Auf die „reale Ursache" dieser Bestrebungen nach „Verbrüderung der freien Nationen" weist MEINECKE in „Weltbürgertum und Nationalstaat" hin. Vgl. dort S. 200.

2) Charakteristisch speziell für die Württembergische Volkspartei ist eine Rede SIEGMUND SCHOTTS in der Stuttgarter zweiten Kammer, in der es heißt: „Ich wüßte nicht, warum es in der Politik anders sein sollte, als überhaupt in allen wichtigen Vorkommnissen privater oder öffentlicher Natur, welche an den einzelnen herantreten und bei welchen die oberste Direktive immer das Herz zu geben hat. Aus dem Herzen kommen die großen Gedanken und die großen Entschlüsse." Vgl. RAPP a. a. O. S. 204. Eine auffallend große Zahl der Württembergischen demokratischen und liberalen Führer hat lyrische Gedichte veröffentlicht. So KARL MAYER, LUDWIG PFAU, SIEGMUND SCHOTT, LUDWIG SEEGER, C. A. FETZER.

3) Für LIEBKNECHTS und der übrigen sozialdemokratischen Wortführer Verhalten im Jahre 1866 verweise ich auf meine Abhandlung in der Lexisfestschrift und auf S. 147 ff. in meinem Buch über SCHWEITZER und die Sozialdemokratie.

gründen, die dann, soweit die Vereinsgesetze es gestatteten, sich regional zusammenschlossen und Landesversammlungen beschickten. Erst als die Magnetnadel auf Sturm wies, drängte sich ihr die Wahrheit jener Ansicht auf, die Bebel und Liebknecht seit ihrem Beitritt vergebens verkündeten, daß nämlich eine so lose zusammengefügte politische Partei einer Krisis völlig hilflos gegenüberstehen müßte. Nun da es nicht mehr helfen konnte, wurde Energie aufgeboten. Zu Pfingsten setzte eine große Versammlung im Frankfurter Zirkus, die den Bismarckschen Parlamentsvorschlag „als unredlichen Motiven entsprungen" abtat und scharf preußenfeindliche Resolutionen faßte, einen Ausschuß ein, dem Delegierte aus den verschiedenen deutschen Staaten, aber weder Preußen noch Österreicher, angehörten und in dem die sächsische Demokratie durch Bebel vertreten war[1]. An dem wiederum nur provisorischen Programmentwurf, den dieser Ausschuß in Eile zustande brachte, fand Büchner mit Recht zu tadeln, daß er zu sehr auf die augenblickliche politische Situation berechnet war und an dem Herbeiziehen von Faktoren litt, über welche die Volkspartei nicht verfügte[2]. Bald darauf versammelte sich in Mannheim auch der Zwölferausschuß des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, um zu der Krisis Stellung zu nehmen. Stürmisch forderte hier Bebel die endgültige Verabschiedung einer politischen Neutralität, die sich nicht länger aufrecht erhalten ließe, die Arbeitervereine sollten sich der Volkspartei anschließen und in die Agitation für ein konstituierendes Parlament eintreten. Kam es auch zu keiner förmlichen Abstimmung über diesen Vorschlag, so hatte der Antragsteller doch die große Mehrheit der Anwesenden, darunter Lange und Sonnemann, auf seiner Seite[3]. Alle waren sie jetzt

---

1) Außerdem saßen darin u. a. Karl Mayer, Eichelsdörfer, Kolb, Gögg, Struve, Trabert, Röckel, von Neergard.

2) Vgl. Deutsches Wochenblatt 24. Juni 1866.

3) In seinem Hochverratsprozeß erklärte Bebel sechs Jahre später, daß in dieser Ausschußsitzung, die er dort versehentlich statt in den Juni schon in den Mai verlegte, ein offizieller „Bruch des Verbandes mit dem Liberalismus" erfolgt sei. Vgl. Der Hochverratsprozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner usw. S. 720. „Die Majorität des Ausschusses, worunter ich und mit ihm die Majorität der Vereine, entschied sich gegen die Fortschrittspartei und damit gegen Schulze-Delitzsch". „Liberal" und „Preußenfreundlich" waren damals für Bebel nahezu synonyme Begriffe.

zu der Überzeugung gelangt, welche die von dem Verband herausgegebene Deutsche Arbeiterhalle bald danach in die Worte zusammenfaßte: „Die Arbeiter können hinfort aus der Politik so wenig heraus wie der Fisch aus dem Wasser!“ [1]).

V.

Eine unmittelbare Folge der Besetzung Sachsens durch die Preußen und seiner Einbeziehung in den Norddeutschen Bund war die Gründung der sächsischen Volkspartei durch BEBEL und LIEBKNECHT. Während BEBEL sich in Frankfurt und Mannheim der hoffnungslosen Aufgabe unterzog, noch in letzter Stunde Demokratie und Arbeitervereine aktionsfähig zu machen, war LIEBKNECHT in Sachsen umhergezogen und hatte überall im Lande Volksvereine und Arbeitervereine ins Leben gerufen. Die Industriellen, der Großhandel und ein beträchtlicher Teil der Intelligenz billigten hier die neuen Zustände, die Arbeiterklasse aber, zu der die Hausindustrie noch das Hauptkontingent stellte, war, abgesehen von einer kleinen HATZFELDschen Clique, ebenso wie Handwerk und Kleinhandel altdemokratisch und antipreußisch gesinnt. LIEBKNECHTS und BEBELS glühender Wunsch ging auf die Bildung einer ganz Deutschland umspannenden Arbeiterpartei. Da sie aber nunmehr ihre vornehmste politische Aufgabe darin sahen, für die Wiederzerstörung jenes Werkes der Gewalt zu wirken, das ganz Deutschland der preußischen Militärmacht unterworfen hatte, so durften sie den Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Kleinbürgern nicht zu scharf hervortreten lassen. Mehr noch als BEBEL war LIEBKNECHT bereit, seine sozialen Endabsichten zurückzustellen, soweit sie dem engen Zusammenschluß aller Gegner der „vollendeten Tatsachen“ im Wege waren. Das von diesen beiden Männern ausgearbeitete Programm, das eine Landesversammlung der sächsischen Demokratie in Chemnitz am 19. August 1866 annahm, wiederholte im wesentlichen die zu Pfingsten in Frankfurt von der deutschen Volkspartei aufgestellten Forderungen. Denn als ein Zweig dieser Organisation der groß-

1) Von der „Deutschen Arbeiterhalle“ (Herausgeber EICHELSDÖRFER in Mannheim) konnte ich leider nur ein unvollständiges Exemplar benutzen. Das Zitat stammt aus der Artikelserie „Der deutsche Arbeiter und die Politik“ von K(arl) G(rün). Vgl. dazu SONNEMANNS Äußerungen auf der Landesversammlung der württembergischen Arbeitervereine in Biberach am 22. Juli 1866.

deutsch gesinnten Demokratie wollte die neue Partei gelten, wie nachdrücklich hervorgehoben wurde. Sozialistischen Geist atmete keine Zeile des Chemnitzer Programms. In sozialer Hinsicht verlangte es bloß die „Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen" und Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, „namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde". Vom Klassenkampf oder auch nur von einer Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung war keine Rede, und nicht einmal über die von ECKARDT in Bamberg aufgestellten Forderungen ging das Programm sichtlich hinaus. Als den Grund für diese auffällige Zurückhaltung hat BEBEL später angegeben, daß eine größere Dosis von Sozialismus die sächsischen Arbeiterbildungsvereine noch kopfscheu gemacht hätte. Mindestens gleich stark ins Gewicht fiel aber wohl bei ihm und LIEBKNECHT die Rücksichtnahme auf die süddeutsche Demokratie, ohne deren Bundesgenossenschaft ihre antibismarckischen Revanchehoffnungen ihnen noch aussichtsloser erscheinen mußten, als sie es tatsächlich selbst mit dieser Bundesgenossenschaft waren [1]).

Der Umschwung in den Machtverhältnissen, der in diesem Sommer stattgefunden hatte, revolutionierte die politische Wertungsweise großer Schichten des deutschen Bürgertums so stark, daß der Einfluß jenes abstrakten Idealismus, der, von dem Getriebe der Weltzentren unberührt, die öffentliche Meinung besonders des außerpreußischen Deutschlands bis dahin beherrscht hatte, vor der Wucht der Ereignisse zusammenbrach. Nun erkannte man, wie unfruchtbar es gewesen war, auf kahle Prinzipien sich einzuschwören und politische Wünsche zu hätscheln, ohne ernsthaft zu prüfen, ob denn die Kräfte zu ihrer Verwirklichung vorhanden waren. Nun drängte sich die schmerzliche Erfahrung auf, daß die Politik ein realistisches Handwerk ist, dessen Erfolge auf sehr anderen Voraussetzungen beruhen, als auf der Gesinnungstüchtigkeit braver Bürger. Für die Demokratie war damit ebenso wie für den

1) Im Berliner Arbeiterverein gestand LIEBKNECHT am 14. Oktober 1867 offen, daß man die soziale Frage vorläufig zurückstellen müsse, damit sie nicht das Zusammengehen der Arbeiter und des „liberalen Bürgertums" gefährde. LIEBKNECHTS und BEBELS Politik während dieser Jahre schildere ich ausführlich in meinem „SCHWEITZER und die Sozialdemokratie".

Liberalismus eine Zeit der Einkehr gekommen; und die Umwälzung des politischen Denkens machte sich Luft in zahllosen Broschüren und Zeitungsaufsätzen. Solche Demokraten, die jetzt unter dem Eindruck der Begebenheiten ihre Ansichten fortentwickelten, nahmen die Schlagworte der eigenen Partei unter die kritische Lupe[1]). Besonders schlecht erging es da dem alten vieldeutigen Schlachtruf: „Durch Freiheit zur Einheit“, denn jetzt ließ sich leicht dartun, daß Freiheit nur erblühen könne in einem gegen auswärtige Feinde gesicherten Staatswesen, wie es ein einiges Deutschland war. Die Einigung freilich, die man erstehen sah, galt als das Werk eines reaktionären Staatsmannes; sie ging nicht aus einer Volksbewegung, sondern aus einem Bruderkriege hervor. Aber nun zeigte es sich, wie auch in den Kreisen der Demokratie die optimistische Auffassung Anhänger zählte, daß das deutsche Volk, wenn es erst einmal seine Einheit hätte, sich die Freiheit im Innern schon selbst erkämpfen würde. Nicht zuletzt unter den politischen Flüchtlingen, deren Patriotenherz draußen in der Fremde am schwersten die Verachtung deutschen Namens empfunden hatte, begleiteten viele die neue Wendung der Dinge mit hoffnungsvollem Vertrauen. Und selbst so mancher, der es nicht aussprach, dachte mit HECKER[2]), daß die Bismarcks „nicht wie die Morcheln jeden Frühling neu wüchsen“, daß aber die volkswirtschaftliche Entwicklung mit der Zeit ganz von selbst den Triumph der Demokratie her-

1) Daß das alte demokratische Postulat vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu ganz entgegengesetzten Folgerungen führe, je nachdem man es zentralistisch oder föderativ auffasse, zeigte u. a. die Schrift von EDUARD LÖWENTHAL, Politische Mondsucht und Realpolitik Berlin (Mai) 1886. Dieser von der Demokratie über LASSALLE zu BISMARCK gekommene Literat, suchte darzutun, daß die Selbstbestimmung jedes einzelnen deutschen Stammes und Staates die nationale Zersplitterung verewigen würde. Zu einer wirklichen nationalen Selbstbestimmung käme Deutschland nur auf dem von Preußen eingeschlagenen Wege. Würde man die Geschichte des Vaterlandes in die Hände KARL MAYERS, ECKARDTS oder RÖCKELS geben, so könnten sich die Feinde Deutschlands dazu gratulieren. Auch die allgemeine Volksbewaffnung bestünde (in der Form der allgemeinen Wehrpflicht) gerade in Preußen, während die Mittel- und Kleinstaaten noch Stellvertretung und Loskauf zuließen.

2) Gepfefferte Briefe, Mannheim 1868 (geschrieben von 1865 bis 1867). Zu den „Überläufern“ rechneten die unentwegten Demokraten damals u. a. KAPP, BAMBERGER, KINKEL, RUGE und KARL HILLEBRAND.

beiführen müßte! Dabei ließ sich nun beobachten, daß von den einstigen Führern der revolutionären Volksbewegung am ehesten jene sich zu solchen Ansichten bekehrten, denen ein langer wenn auch unfreiwilliger Aufenthalt in ausländischen Großstaaten und die ständige Berührung mit der praktischen Volkswirtschaft den Wirklichkeitssinn geschärft hatten. Andere, die als verbitterte Einsiedler in den noch engen heimischen Verhältnissen oder als Flüchtlinge in der kleinen Schweiz die absolute Gültigkeit ihrer Ideale an fremden Verhältnissen nachzuprüfen nicht gelernt hatten, blieben der unerwünschten Wendung der Dinge gegenüber fassungslos stehen!

In Preußen fanden die Ereignisse, die auf Königgrätz gefolgt waren, die Billigung der öffentlichen Meinung, die fast ausnahmslos der Errichtung des Norddeutschen Bundes, der Absetzung altlegitimer Fürstengeschlechter und selbst der Annexion ihrer Länder ohne Rücksicht auf das „Selbstbestimmungsrecht“ der Bevölkerung zustimmte. Die Begeisterung über die ruhmreichen Taten des Heeres und den Machtzuwachs des Vaterlandes ergriff hier sogar die Arbeiterklasse, die durch die Verleihung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts ihre Hauptforderung erfüllt sah und sich anfangs voll froher Zuversicht auf den Boden der „vollendeten Tatsachen“ stellte. Bloß ein kleiner Kreis von doktrinären Demokraten verhielt sich in Preußen ablehnend gegen eine Umgestaltung Deutschlands, die ihrem Ideal von der Volkssouveränität und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ins Gesicht schlug. Diesen Männern, die sich von den politischen Eindrücken der Jahre, in denen sie selbst geistig am empfänglichsten gewesen waren, nicht losmachen konnten, mußte in der Tat die neue Lage der Dinge trostlos erscheinen. Sie waren zu alt oder zu einseitig, zu charaktervoll oder zu halsstarrig, um ihr von vormärzlicher Freiheitssehnsucht beseeltes politisches Ideal den umfassenderen Bedürfnissen der veränderten Zeit einzuordnen. Und eingeschworen auf die Lehren des Naturrechts, wie die demokratische Tradition sie geformt hatte, sahen sie in der plötzlichen Begeisterung vieler bisheriger Gesinnungsgenossen für „Realpolitik“ eine verabscheuungswürdige Kapitulation vor dem Zeitgötzen, die aufrechte und feste Charaktere mit Abscheu erfüllen müsse. Diese starren Idealisten schmerzte es tief, als von den Männern, an deren Seite sie in der

Revolution gefochten hatten, jetzt einer nach dem anderen mit dem Erzfeind Frieden schloß. So war es menschlich, wenn der ehrliche aber kraftlose WALESRODE fürder alle Gemeinschaft verleugnete mit jedem, „der seinen Segen über das vergossene Blut von 1866 gesprochen". GUIDO WEISS halte das Volk für ganz tot und meine, auch die Presse könne nicht mehr wirken, so schilderte der wackere FRANZ ZIEGLER, selbst tiefem Pessimismus anheimgefallen, in einem Brief an JACOBY den Redakteur des einzigen Blattes, das in der Hauptstadt des neuen Bundes gegen einen Wall von Feinden den Standpunkt der großdeutsch gebliebenen Demokratie vertrat[1]). Einem Propheten des alten Testaments ähnlich rief JACOBY damals sein schrilles Wehe! Wehe! von der Tribüne des Abgeordnetenhauses in die allgemeine Siegesfreude hinein. Der stolze, aber enge und starre Rechtlichkeitssinn dieses alten Kämpfers sträubte sich, „an die Ereignisse der Gegenwart einen anderen Maßstab anzulegen, als den altgewohnten der Freiheit". Aber dem neudeutschen Liberalismus klangen in seinem „Fanatismus des Erreichbaren" die Worte des apodiktischen Bekenners bereits wie eine Stimme aus dem Grabe! Und nur noch der Führer der preußischen Sozialdemokraten in seiner eigentümlich objektiven Art wurde JACOBY gerecht, indem er Sätze von bedeutsamer historischer Perspektive niederschrieb. „Inmitten[2]) der Fahnenflucht und Auflösung der Fortschrittspartei" gefiel SCHWEITZER „die markige Stimme eines Mannes, der den alten Ruf der Freiheit, den Kampfruf seines langen Lebens erhebt, unbeirrt von dem wuchtigen Eindruck des Stückes Weltgeschichte, das vor seinen Augen gespielt!" Wäre JACOBYS Geist im liberalen Bürgertum lebendig, so bedürfte man vorerst keiner selbständigen Arbeiterpartei, aber er stände allein: „Dies gerade gibt der sozialdemokratischen Partei ihre Existenzberechtigung, daß die Freiheitsfrage, diese größte und edelste unter den Fragen der menschlichen Gesellschaft, nicht mehr auf direktem, sondern nur noch auf indirektem Wege — durch die materiellen Interessen des vierten Standes hindurch — ihre Lösung finden kann, daß die politische Bewegung in Europa mürbe und alters-

1) Aus ungedruckten Briefen an JOHANN JACOBY; der WALESRODES ist vom 27. November, der ZIEGLERS vom 12. Juni 1867 datiert.

2) Socialdemokrat 26. August 1866.

schwach ist und mehr und mehr der sozialpolitischen Bewegung Platz machen muß . . An die Arbeiter, an den enterbten vierten Stand wende sich JACOBY, wenn er noch etwas wirken will."

Diesen Schritt tat der Alte von Königsberg wirklich in der Rede über „Das Ziel der deutschen Volkspartei", die er vor seinen Berliner Wählern am 30. Januar 1868 hielt[1]). Freilich auf seine Weise tat er ihn und nicht im Sinne LASSALLES oder SCHWEITZERS. Unumwunden räumte er hier ein, daß ohne Teilnahme des Arbeiterstandes keine dauernde Besserung der politischen Verhältnisse möglich sei. Die demokratische Partei müsse deshalb aufhören, eine bloß politische Partei zu sein, und die Umgestaltung der sozialen Mißverhältnisse zu einer ihrer vornehmsten Aufgaben machen. JACOBY erhob sich hier bis zur Anerkennung des Rechtes jedes einzelnen Mitgliedes der Gesellschaft auf ein menschliches Dasein und zu der Forderung an die Gesetzgebung, daß sie aufhören möge, die herrschenden und besitzenden Klassen zu begünstigen. Trotz der Verschwommenheit ihrer ökonomischen Formulierungen erhielt diese den damaligen Anschauungen des Bürgertums weit vorauseilende Rede den Beifall des Demokratischen Wochenblattes, das Liebknecht seit Anfang 1868 herausgab, während gleichzeitig in Stuttgart unter Redaktion des geflüchteten früheren preußischen Fortschrittsmannes JULIUS FRESE die Demokratische Correspondenz als offizielles Organ der Volkspartei zu erscheinen begonnen hatte. Zu tadeln fand LIEBKNECHT anfänglich, daß JACOBY auch jetzt noch nicht gleich mit den Fortschrittlern brach. Denn sein Urteil über diese kleindeutsche Partei war dadurch nicht milder geworden, daß sie in den parlamentarischen Kämpfen um die Verfassung des Norddeutschen Bundes die alten demokratischen Forderungen soeben nachdrücklich verteidigt hatte. Als sich aber JACOBY bald darauf doch entschloß, eine selbständige Organisierung der preußischen Demokratie zu versuchen, da knüpfte LIEBKNECHT überschwengliche Hoffnungen[2]) an ein Unter-

---

1) Abgedruckt in seinen „Gesammelten Schriften und Reden" Bd. II. Die ihm angebotenen Kandidaturen für den Norddeutschen Reichstag hatte er abgelehnt.

2) Vgl. JACOBYS Aufsatz: Die Notwendigkeit der Organisation einer demokratischen Partei, in der „Zukunft" vom 1. Mai 1868. Dazu Demokratisches Wochenblatt 7. Mai.

nehmen, das aussichtslos war, sofern, wie doch zu erwarten stand, SCHWEITZER die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in ihrer Klassenorganisation festzuhalten vermochte. JACOBY muß gefühlt haben, daß hiervon der Erfolg seines Schrittes abhing: in dem Aufruf, den er veröffentlichte, bekämpfte er nachdrücklich die „irrtümliche Auffassung, als bestehe zwischen der sogenannten sozialen und der allgemeinen politischen Demokratie irgend ein feindlicher Gegensatz.“

VI.

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre hatte das Eintreten der Demokratie für das allgemeine Stimmrecht als das sichtbarste Merkmal gegolten, wodurch sie sich vom Liberalismus unterschied. Dieses Kennzeichen war hinfällig geworden, seitdem das allgemeine Stimmrecht in dem größten Teile Deutschlands gesetzliche Geltung besaß. Und der mit dem Anfang des Jahres 1868 zum zweitenmal lebhafter einsetzenden Agitation für die Sammlung der Demokratie in Deutschland lagen wirklich wesentlich andersartige Bestrebungen zugrunde. Eine starke Abneigung gegen die „preußische Spitze“ war den Anhängern der Volkspartei von Anfang an gemeinsam gewesen; seit der Entscheidung bei Königgrätz erschien ihnen aber jede fernere Bemühung um eine Demokratisierung Deutschlands zwecklos, sofern es nicht zuvor gelang, die Herrschaft des preußischen Militarismus zu brechen, das Werk von 1866 rückgängig zu machen. Aber über den Weg zur Erreichung dieses Ziels war man jetzt ebensowenig einig wie in den Tagen von Darmstadt und Bamberg. Den Volksparteien in den von Preußen annektierten Provinzen hatte sich, durch Preußenhaß getrieben, eine größere Zahl von Anhängern der „angestammten“ Landesfürsten angeschlossen, und diese Verbindung zeitigte jetzt vorübergehend eine seltsame Mischung von Demokratie und reaktionärstem Partikularismus[1]). Die schwäbische Volkspartei, die in diesen Jahren des nationalen Provisoriums ihre bedeutendste Entfaltung erlebte, hatte einen Südbund nach

1) Ein aus der Nähe aufgenommenes anschauliches Bild von den verschiedenen Elementen innerhalb der Volkspartei findet man bei PAYER, „Die deutsche Volkspartei und die BISMARCKsche Politik“, in NAUMANNS „Patria“ 1908.

dem Vorbild der Schweizer Eidgenossenschaft auf ihr Programm geschrieben. Einen solchen hielten die sächsischen Demokraten für aussichtslos, sofern nicht auch Österreich, das daran nicht dachte, ihm beitrat, und die kleine Sekte der preußischen Demokraten, die sich um die Berliner „Zukunft" scharte, bekämpfte dieses Projekt ebenfalls, weil dasselbe ein Einverständnis der Volkspartei mit den süddeutschen Regierungen voraussetzte. „Pater Brey" endlich sah der Verwirklichung schon ganz nahe eine große republikanische Organisation, in die alle Parteien aufgehen würden, welche in Nord und Süd an der Freiheit des Individuums und dem „deutschen Gedanken der Föderation" festhielten[1]). Liebknecht bekämpfte jetzt schon mit größerer Offenheit den Föderalismus als für Nord- und Mitteldeutschland ungeeignet und gestand, daß die Demokratie dieser Länder notwendig sozialistisch sein müsse[2]). Eine praktische Aufgabe aber, über die in allen Kreisen der Volkspartei Einigkeit herrschte, obgleich auch sie mit dem nationalpolitischen Endziel zusammenhing, wurde jetzt mit Leidenschaft in Angriff genommen: der Kampf für die Demokratisierung des Heerwesens im Sinne des Milizsystems. Im Süden, besonders in Württemberg, hat diese Agitation kurz vor dem Ausbruch des französischen Krieges gewaltige Dimensionen angenommen. Auch Bebel und Liebknecht beteiligten sich daran eifrig, und es beirrte sie nicht, daß einer ihrer Meister, der Rheinpreuße Friedrich Engels, ein Eingehen auf solche Phantasien für den größten Bock erklärte, den ein Staat mit so exponierten Grenzen wie Preußen begehen könnte[3]). Weil die Fortschrittspartei in der Bundeshauptstadt ihre Herrschaft über die Massen nur noch mit Mühe gegen die Konkurrenz der Sozialdemokratie verteidigte, stellte auch sie jetzt aus agitatorischen Rücksichten im Abgeordnetenhause den Antrag, die Regierung möge diplomatische Verhandlungen über allgemeine Abrüstungen einleiten. Aber Virchow und seine Freunde wurden von den Lassalleanern übertrumpft, denen es hierbei nichts ausmachte,

1) Deutsches Wochenblatt 30. Sept. 1966: „Die Aufgabe der Volkspartei im Norden und Süden".

2) Demokratisches Wochenblatt 14. März 1868.

3) Engels, Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei. Hamburg 1865.

sich auf den viel radikaleren Standpunkt der sonst von ihnen bekämpften Volkspartei zu stellen[1]).

Alle die verschiedenartigen Elemente, die sich aus neuen oder alten Tagen zur Volkspartei zählten, unter einen Hut zu bringen, war kein leichtes Ding. Aber der Mann fand sich, der, mit ungleich größerem politischen Talent als einst ECKARDT, sich an diese Aufgabe wagen durfte. Nach der Besetzung Frankfurts durch die Preußen hatte SONNEMANN mit seiner Zeitung während einiger Monate in Stuttgart inmitten der schwäbischen Volkspartei Aufenthalt genommen, und es scheint, daß er in dieser Zeit die dortigen Führer in einer doppelten Hinsicht beeinflußt hat. Einmal weckte oder vertiefte er bei ihnen das Verständnis für die sozialen Probleme und zweitens überzeugte er sie von der Notwendigkeit einer festen Organisation der gesamten deutschen Demokratie und der Vereinbarkeit einer solchen mit ihren föderalistischen Prinzipien. Zur vertraulichen Beratung über diese Organisationsfrage versammelten sich am 22. Dezember 1867 aus den verschiedenen Landesstrichen wiederum in Bamberg Delegierte der einzelnen demokratischen Gruppen. LIEBKNECHT trat hier den Übertreibungen der Föderalisten entgegen, und auch BEBEL war anwesend; dem JACOBYschen Kreise, der sich um die „Zukunft" gruppierte, wurde es verdacht, daß er keinen Vertreter geschickt hatte[2]). Doch die paar großdeutschen Demokraten in Preußen wollten

1) Näheres hierüber bei BERNSTEIN, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Bd. II. S. 198 f., und in meinem „SCHWEITZER etc." S. 355 f.

2) Ein hinterdrein freilich desavouierter Artikel der Zukunft vom 28. Dezember 1867 über den Bamberger Delegiertentag beginnt mit dem hübschen Satz: „Die Partikularisten kommen noch immer nicht zur Ruhe". Für die Einzelheiten der Organisationsgeschichte der Volkspartei vgl. K. HOLTHOF, Zur Geschichte der deutschen Volkspartei, in der „Wage" (Herausgeber GUIDO WEISS) 1877. Über den Bamberger Delegiertentag schrieb der dortige Advokat N. TITUS am 3. Februar 1868 an JACOBY: „Nur an der Allgemeinheit und Unbestimmtheit eines Programms sind alle bisherigen Versuche der Neubildung einer demokratischen Partei gescheitert. Auch in Bamberg bei der jüngsten Versammlung wurde ein bestimmtes Programm nicht aufgestellt und nur die Ihnen bekannte Demokratische Correspondenz als teilweises Surrogat für ein solches ins Leben gerufen. . . . . Es ist wohl selbstverständlich, daß ich und meine Freunde bei der Neubildung einer deutschen Volkspartei einen besonderen Wert auf Ihren Namen legen; ich ersuche Sie daher, mir in kurzem ihre Ansichten über die Möglichkeit Ihrer und Ihrer

sich erst eine eigene Organisation geben, bevor sie an allgemeinen Vereinbarungen teilnahmen. JACOBYS Ansichten enthüllte seine schon erwähnte Rede vom 30. Januar 1868. Noch näher entwickelte er sie in einem Schreiben an den Hamburger Rechtsanwalt DR. RAMBACH JUN., der im Auftrage des dortigen demokratischen Vereins ihm als dem einzigen „sichtbaren Oberhaupt" der deutschen Demokratie ebenfalls einen Plan zur Reorganisation der radikal-demokratischen Partei zur Begutachtung übersandt hatte. Die praktischen Hamburger verschnupfte es freilich nicht wenig, als der zum Organisator ganz ungeeignete Alte ihnen statt eines Statuts einen Programmbrief schickte, zumal sie an dessen Inhalt auszusetzen hatten. In JACOBYS sozialen Forderungen, die er hier noch weitgehender formulierte[1]) als in seiner Rede, erblickten sie einen „Sozialismus von oben her, ähnlich der Garantie der Arbeit der französischen Republik im Jahre 1848, die den ersten Hebel zum Sturz der Freiheit darbot." Diesen Manchesterleuten hätte es genügt, „die Forderung der Schweizer Volkswehr" als „Schiboleth und Erkennungszeichen der ganzen demokratischen Partei" empfohlen zu sehen. Ein solcher Vorgang enthüllt deutlich, wie in den sechziger Jahren selbst dem politisch radikalen Bürgertum, weil es sich unter dem Banne einseitiger ökonomischer[2]) Theorien befand, das Verständnis für die Notwendigkeit jener sozialen Reformen abging, auf welche die Arbeiterklasse mit Recht Anspruch erhob!

Der Zusammentritt des Zollparlaments vereinigte zum ersten Male Parlamentarier aus allen Teilen Deutschlands in der Hauptstadt des Norddeutschen Bundes. Eine solche Gelegenheit durfte nicht vorübergehen, ohne daß man sie für die Förderung des Zusammenschlusses der Volkspartei von Nord und Süd ausnutzte. In einer großen Volksversammlung am 14. Mai 1868 traten neben

---

Freunde Beteiligung mitzuteilen." Am 7. März berichtet SONNEMANN an JACOBY: „Auch beschweren sich die Schwaben namentlich darüber, daß niemand von dort der Einladung nach Bamberg gefolgt ist".

1) Der Brief ist in den Gesammelten Schriften und Reden abgedruckt.

2) LIEBKNECHTS Demokratisches Wochenblatt spricht einfach von einer „Gesellschaftslehre der Kapitalpartei", welcher jene Arbeiter, die sich von der Beschäftigung mit der Politik bislang zurückgehalten hätten, unbewußt gefolgt seien; vgl. den Artikel: „Staat und Gesellschaft" ebda. Nr. 40.

anderen Rednern die demokratischen Zollparlamentsabgeordneten KOLB, OESTERLEN, TAFEL, BEBEL, LIEBKNECHT auf. Zum vorbereitenden Komitee hatten u. a. LUDWIG LÖWE, PAUL SINGER und FRIEDRICH STEPHANY gehört. In Berlin hatte seit Menschengedenken keine großdeutsch-demokratische Kundgebung mehr stattgefunden. Bei den Reden, die gehalten wurden, trat viel unreife politische Anschauung zutage; die soziale Frage wurde kaum gestreift. LIEBKNECHTS Diatriben gegen die Sieger von Königgrätz waren nicht angetan, seiner Richtung unter den Berliner Arbeitern Anhänger zu verschaffen. Zu gleicher Zeit zeigte sich SONNEMANN eifrig tätig, um im westlichen Preußen, besonders in den teils ultramontanen teils Lassalleanischen Hochburgen an Rhein und Wupper, der Volkspartei Boden zu gewinnen. Für Ostelbien, wohin seine Beziehungen noch nicht reichten, machte er sich vergebliche Hoffnungen auf die Hilfe JACOBYS. Dieser schwer bewegliche Mann ließ sich nicht einmal bestimmen, zugunsten seiner in arger finanzieller Kalamität vegetierenden „Zukunft" einen Fischzug nach dem Süden zu unternehmen, obgleich SONNEMANN und JULIUS HAUSSMANN bei seinem persönlichen Erscheinen klingenden Erfolg in Aussicht stellten. Wie umfassend SONNEMANNS Pläne in diesen Jahren waren, zeigt ein Brief, den er in dieser Angelegenheit am 1. Juni 1868 an JACOBY schrieb:

„In Hannover organisieren dortige Freunde, Kurhessen und Nassau organisieren wir von hier aus. In Sachsen und Württemberg ist die Partei gut organisiert, in Baden sind wenigstens Anfänge gemacht, in Bayern sind die Freunde nicht untätig, wie Sie aus dem neulich veröffentlichten Programm ersehen haben [1]). Auf Österreich mache ich mir besonders viel Rechnung. Dort existieren bereits eine Reihe von Vereinen, und wir werden die Zeit des Schützenfestes benutzen, um dieselben auf die nach meiner Meinung im Oktober einzuberufende Delegiertenversammlung von Volksvereinen vorzubereiten. Die Einladung zu dieser Versammlung sollte nach meiner Ansicht am besten von einer Anzahl von Vereinen ausgehen, z. B. vom Berliner, einem Wiener, dem Hamburger, Frankfurter, [dem] Württemberger und Sächsischen Ver-

1) Vgl. hierzu MEHRING, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Bd. III 313, und mein Buch über SCHWEITZER und die Sozialdemokratie S. 219 f.

bande. . . . . Nach meinem Dafürhalten sollten auch gleich die Arbeitervereine eingeladen werden von beiden Richtungen. Vielleicht könnte die Delegiertenversammlung sich an den Vereinstag der Arbeitervereine, welcher voraussichtlich in Nürnberg Anfang Oktober stattfindet, anschließen . . . . Die Sache wird noch viel Arbeit machen, da die Rücksichten auf das Vereinsgesetz große Vorsicht zur Pflicht machen; allein sie muß durchgesetzt werden, denn so lange wir nicht eine Versammlung aus ganz Deutschland abgehalten haben, so lange können wir nicht von einer organisierten Partei sprechen. Sagen Sie mir baldmöglichst Ihre Ansicht über meinen Vorschlag. Vielleicht können wir die Mittel aufbringen, um LIEBKNECHT, der sich sehr gut dazu eignet, im Laufe des Sommers eine Reise durch einzelne preußische Provinzen machen zu lassen". Es ist nicht klar ersichtlich, was sich der Schreiber unter den „Arbeitervereinen beider Richtungen" vorstellte, ob er bloß die radikale und die zahmere Richtung innerhalb des Verbandes im Auge hatte, die einige Monate später auf dem Nürnberger Vereinstag auseinandergingen, oder ob er auch auf einzelne Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins seine Hoffnung ausdehnte! Hierzu hätte ihn ermutigen können, daß die Lassalleaner anfangs JACOBYS der Sozialdemokratie weit entgegenkommende Kundgebungen vieler Orten mit entschiedenem Beifall aufgenommen hatten. Selbst SCHWEITZERS Urteil war nicht ohne Wohlwollen gewesen, bis in einer großen Versammlung auf der Asse BRACKE und SPIER die hohe Bedeutung dieses Programms in einer besonderen Resolution hatten anerkennen lassen. Da fuhr er mit einem Quos ego unter seine Leute, und der Erfolg seines energischen Einschreitens bewies von neuem die Überlegenheit der von dem Diktator in straffer Zucht gehaltenen Lassalleanischen Partei gegenüber der vor lauter föderativen Bedenken zu keiner Organisation gelangenden großdeutschen Demokratie.

VII.

Die Feier des dritten deutschen Bundesschießens in Wien während der ersten Augusttage dieses Jahres bedeutete für die Agitation der schwarz-rot-goldenen Demokratie gegen die Zerreißung Deutschlands durch den Prager Frieden den Gipfelpunkt.

„Wenn Heimatlaute traut ans Ohr in Gruß und Sang Euch gleiten,
Ihr fühlt's, wie deutsch dies Land und Volk, kerndeutsch seit Urweltzeiten,
Deutsch ist sein Blut, deutsch ist sein Herz und deutsch sein Tun und Treiben,
Deutsch sind wir noch und wollen deutsch trotz dem und dem auch bleiben".

Auf den Ton dieser Verse aus dem langen Gedicht, mit dem ANASTASIUS GRÜN die Schützen aus Nord und West begrüßte, waren alle Reden gestimmt, in denen hier KARL MAYER, FRESE, ECKARDT, LIEBKNECHT die Gefühle der deutschen Demokratie zum Ausdruck brachten. Aber diese Männee verfolgten mit ihrer Anwesenheit auch parteipolitische Zwecke. Sie wollten für die „Deutsche Volkspartei" im Donaureiche Anhänger werben. Jedoch die große Volksversammlung in Wien, der diese Aufgabe besonders zugedacht war, nahm einen für den Hauptveranstalter FRESE und seine engeren Freunde unerwarteten Verlauf. Denn hier wurde von den Arbeitervertretern aller Welt enthüllt, daß die großdeutsche Volkspartei zu der immer brennender gewordenen sozialen Frage noch immer nicht programmatisch Stellung genommen hatte. Mit den österreichischen Gesinnungsgenossen war im voraus der Wortlaut jener unvermeidlichen Resolution vereinbart worden, die zum Schluß einer Versammlung sonst meist unter großem Jubel angenommen zu werden pflegt: Protest gegen die Zerreißung Deutschlands, Zustimmung zu den Bestrebungen der Volkspartei usw. Die soziale Frage dabei zu erwähnen, hatte man nicht für nötig erachtet. „Die Sache war gut eingeleitet", klagte hernach einer der Hauptmatadore, „da haben uns die Arbeiter die Sache so gut wie verdorben". Seit der ein Jahr zuvor erfolgten Gewährung eines freien Versammlungsrechts hatte in Wien die vom Geist der Internationalen Arbeiterassoziation und desKlassenkampfes erfüllte Sozialdemokratie einen bedeutenden Aufschwung erfahren, und die Gelegenheit erschien ihr günstig, um in dieser demokratischen Versammlung ihre Forderungen anzumelden. Als sie nun den unerwarteten Antrag einbrachte, daß die Volkspartei sich in der sozialen Frage zum mindestens auf den Boden von JACOBYS Programm stellen müsse, suchte FRESE sie mit dem Gemeinplatz abzufertigen, daß Konkordat und Militarismus ebenfalls soziale Fragen wären, und daß zuerst an deren Lösung gedacht werden müßte. Derartige Reden verbitterten die Arbeiter, und es entstand

eine große Katzbalgerei. Als diese ihr Ende erreichte, stellte es sich heraus, daß die aus Arbeitern bestehende Mehrheit der Versammlung nicht sowohl den „freiheitlich patriotischen Bestrebungen der Volkspartei“ zugestimmt, sondern — auf OBERWINDERS Vorschlag — den „Anschluß an die Bestrebungen der europäischen Sozialdemokratie“ für wünschenswerter erklärt hatte. Niemand war über diese Niederlage der Volkspartei erboster als der Redakteur ihrer offiziellen Korrespondenz. Sein volles Herz schüttete FRESE gleich am folgenden Tage in einem Brief an JACOBY aus, von dessen Einmischung er sich merkwürdigerweise eine günstige Wendung versprach. Dieser großdeutsche Don Quichotte, der vor Jahren an der Gründung des Nationalvereins und der Fortschrittspartei mitgewirkt hatte, fühlte sich hier der Verzweiflung nahe. Er hörte aus dem Arbeiterprotest allein die Melodie heraus: „Wir sind keine Deutschen, nur Menschen“ — und diese klang ihm wie „die wüsteste Frage von 48 in widerwärtigster Wiederholung“. Für Österreich zog er denn auch aus den Ereignissen schon jetzt die Folgerung: „daß das Bürgertum in solchen Wüstheiten nur die dringende Aufforderung sehen müsse, sich seinerseits zu organisieren für die deutsche Freiheitsarbeit!“

Aber auch für jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle erkannten kühle Beurteiler diese Wiener Vorgänge als das Vorspiel von einer Absage der Arbeiter an die rein politische Demokratie. LIEBKNECHT freilich wollte dies vorläufig nicht wahr haben. Er wies darauf hin, daß die beiden ersten Resolutionen, die sich gegen die Gewaltpolitik Preußens im Jahre 1866 und die Herausstoßung Österreichs aus Deutschland gerichtet hatten, auch unter allgemeiner Zustimmung der Arbeiter angenommen worden seien. Wenn diese sich hernach statt für die „Volkspartei“ für die „europäische Sozialdemokratie“ eingesetzt, so ließe sich darüber streiten, ob es in jenem Fall angemessen gewesen, die weitergehende Forderung aufzustellen. Ihrem Inhalte nach verurteilen dürfe man diese nicht, denn unter der „europäischen Sozialdemokratie“ hätten die Antragsteller natürlich die „Internationale Arbeiterassoziation“ verstanden, deren Programm zwei Mitglieder der Volkspartei, LIEBKNECHT und BEBEL, dem bevorstehenden Vereinstage des Verbandes der Arbeitervereine in Nürnberg zur Annahme empfehlen würden. Bei einer solchen Sach-

lage wäre der ein Tor, der einen „künstlichen Gegensatz“ zwischen den Arbeitern und der Volkspartei aufrichten wollte [1]). Mit ängstlicher Beflissenheit suchte so LIEBKNECHT die bürgerlichen und bäuerlichen Elemente der Volkspartei von der Harmlosigkeit der Internationalen Arbeiterassoziation zu überzeugen!

Diese Vorsicht war um so mehr am Platz, als der für die Endziele der beiden Leipziger Freunde überaus wichtige Vereinstag in Nürnberg vor der Tür stand und dieser zeitlich mit dem Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation in Brüssel zusammenfiel. Seit dem Bestehen des Verbands der Arbeitervereine verfolgte BEBEL mit Zähigkeit das Ziel, ihn politisch aktionsfähig zu machen. Vor den Ereignissen von 1866 hatte sich SONNEMANN, dessen Einfluß in diesen Kreisen, obgleich er den Vorsitz längst abgegeben hatte, noch immer beträchtlich war, solchen Bestrebungen mit Rücksicht auf die Einheitlichkeit der politischen Opposition widersetzt. Seither war auch ihm die Hoffnung auf ein Bündnis mit der Fortschrittspartei geschwunden, und seinen Widerstand gegen BEBELS Plan konnte er um so eher einstellen, als er jetzt der Erwartung lebte, daß die Arbeitermassen die Kerntruppe der Deutschen Volkspartei werden würden. Zwar entging ihm nicht, daß BEBEL, seit dem Vorjahre der Präsident des Verbandes, für die Arbeiterklasse, der sein Herz gehörte, weitere Ziele hegte als nur politisch-demokratische. Aber dieser Praktiker, der theoretische Gegensätze nicht hoch bewertete, war selbst ein überzeugter Vorkämpfer einer entschiedenen Sozialreform und sah darin kein Hindernis für ein dauerndes politisches Zusammenwirken. Den etwa 130 Arbeitervereinen, die sich in Nürnberg versammelten, schlugen BEBEL und LIEBKNECHT vor, sie sollten, wie es gerade damals auch die Schweizer Arbeiterbildungsvereine getan hatten [2]), das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation zu dem ihrigen machen. (Die Vereinigung dieser Arbeiterbataillone mit denen, die zur Zeit noch SCHWEITZERS Kommando gehorchten, zu einer großen sozialdemokratischen Arbeiterpartei war dann bloß eine Frage der

1) „Der Arbeitertag in Nürnberg und die nationalliberale Partei“ im Demokr. Wochenblatt vom 15. August 1868.

2) Auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte Ende August 1868 auf seiner Generalversammlung in Hamburg seine Übereinstimmung mit den Zielen der Internationale erklärt.

Zeit.) An den internationalen Bestrebungen der Assoziation, die gerade in diesen Tagen in Brüssel sich zum erstenmal für eine kommunistische Resolution aussprach, konnten die bürgerlichen Anhänger der Volkspartei um so weniger Anstoß nehmen, als viele ihrer Führer ebenfalls einer internationalen politischen Gesellschaft angehörten, der Friedens- und Freiheitsliga, die mit dem Motto: „si vis pacem para libertatem“, das nebelhafte föderalistische Ideal der Vereinigten Staaten von Europa verfocht. Diese Friedens- und Freiheitsliga bedeutete für die bürgerliche Demokratie der europäischen Länder dasselbe, wie die Internationale Assoziation für die Arbeiterbewegung. LANGE, GÖGG, JULIUS HAUSSMANN, SONNEMANN, BÜCHNER, JACOBY u. a. waren ihre Mitglieder, und zur Internationale stand sie vorerst in keinem feindlichen Gegensatz. Alles dieses darf man nicht aus dem Auge lassen, will man SONNEMANNS und seiner Freunde Verhalten auf dem Nürnberger Vereinstag richtig einschätzen. Da er nicht zweifeln konnte, daß die Mehrzahl der Vereine hinter dem Präsidenten stand, so stimmte auch SONNEMANN, der einen Zwiespalt zwischen dem Verbande und der Volkspartei gar nicht aufkommen lassen wollte, für die Annäherung an die Internationale. Hiermit erreichte er eine kleine Abschwächung der vorgeschlagenen Resolution dahin, daß der Kongreß, statt das Programm der Internationale „zu dem seinigen zu machen“, sich begnügte, seine „Übereinstimmung“ in namentlich aufgeführten Punkten auszusprechen. Darunter befanden sich einige für die bürgerliche Demokratie nicht ganz unbedenkliche Sätze, mit denen man sich aber abfinden konnte, da sie den Klassenkampf nicht ausdrücklich predigten: „Die Emanzipation der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen *selbst* erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist *nicht ein Kampf für Klassenprivilegien* und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die *Abschaffung aller Klassenherrschaft*. . . . . Die politische Bewegung ist das *unentbehrliche* Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im *demokratischen Staat*.“ Der Sieg der Radikalen bestimmte bekanntlich eine mehr auf dem Boden der preußischen Liberalen stehende Minderheit der Vereine

zum Austritt aus dem Verband, während die Mehrheit, die nun völlig unter den Einfluß BEBELS und LIEBKNECHTS geriet, schon im August des folgenden Jahres in Eisenach mit einer aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgeschiedenen Gruppe von Lassalleanern zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei verschmolz. Noch sechs Jahre weiter und auch der Rest des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins vereinigte sich mit den „Eisenachern" zur „Sozialistischen Arbeiterpartei", der heutigen „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

VIII.

Der Siegesbericht des Demokratischen Wochenblatts über die Nürnberger Tagung verschwieg wohlweislich nicht, daß dieselbe auch mit zwei Abgesandten der Württembergischen Volkspartei beschickt worden war, mit denen die Besprechungen in jeder Hinsicht zu den günstigsten Resultaten geführt hätten. LIEBKNECHT verhehlte jetzt kaum noch, daß die politische Einigung aller deutschen Arbeiter auf dem Boden der internationalen Sozialdemokratie das vornehmste Ziel seines Strebens ausmachte; aber deshalb war er noch nicht gesonnen, die bestehende enge Verbindung mit der Volkspartei aufzugeben. Wenn die großdeutsche bürgerliche Demokratie sich auch mit den sozialen Interessen des Proletariats nicht identifizierte, so bekämpfte sie doch gleich leidenschaftlich wie dieses den herrschenden Cäsarismus und Militarismus. Und wenn irgend einem, so war LUDWIG PFAUS berüchtigter Satz: „Caeterum censeo Borussiam esse delendam", LIEBKNECHT aus der Seele gesprochen!

Gerade um der Einigkeit willen hielten er und BEBEL bei ihrer radikaleren Auffassung der sozialen Frage es wohl für taktisch klüger, nicht persönlich an der Konferenz der Volkspartei teilzunehmen, die am 20. September 1868 in Stuttgart endlich mit einem Programm niederkommen sollte. Aus Berlin erschien zu dieser Beratung als Vertreter der preußischen Demokraten GUIDO WEISS, der Redakteur der „Zukunft", um „dagegen zu wirken, daß die Schwaben, wie es die Demokratische Correspondenz wiederholt durchblicken ließ, an dem Worte sozial mit einem Katzenbuckel vorbeischleichen".[1]) Aber diese Sorge war überflüssig

1) WEISS an JACOBY 16. Sept. 1868.

geworden, seitdem die Vorgänge in Wien und Nürnberg dem klugen HAUSSMANN die Augen darüber geöffnet hatten, daß die Volkspartei in ihrem eignen dringenden Interesse um die Aufstellung eines entschiedenen sozialreformatorischen Programms nicht herumkam. Eine völlige Verschmelzung der Volkspartei mit der Arbeiterbewegung, wie sie JOHANN JACOBY oder auch SONNEMANN vorschwebte, hielt HAUSSMANN für „verfrüht". Während seine Rede in der Stuttgarter Konferenz auf die Gemeinsamkeit der politischen Ziele den größten Nachdruck legte, ließ sie durchblicken, daß die Arbeiter in sozialer Hinsicht ihre Sonderinteressen selbständig verfolgen könnten. Die Notwendigkeit der Aufnahme der sozialen Frage in das volksparteiliche Programm begründete er realpolitisch damit, daß die Arbeiterorganisationen auch für die Politik ein sehr wichtiger Faktor seien, theoretisch aber nur rein individualistisch mit einem Hinweis auf das demokratische Ideal des gleichen Rechts für alle. Wie schon in Nürnberg, so war auch in Stuttgart ernsthaft allein SONNEMANN bemüht, das Band, das Arbeitervereinspartei und Volkspartei umschlang, nicht nur nicht reißen zu lassen, sondern fester zu schlingen. Während er aber dort, vierzehn Tage zuvor, in mäßigendem Sinne gewirkt hatte, mußte er hier darauf bedacht sein, daß das Zugeständnis an die Arbeiter, zu dem die Volkspartei endlich entschlossen war, nicht zu mager ausfiele. Sein Vorschlag, daß die Konferenz ihre „Übereinstimmung" mit dem in Nürnberg angenommenen Programm aussprechen möge, stieß auf den Widerspruch FRESES und des kurhessischen Partikularisten DR. ADAM TRABERT aus Hanau. Diesem gaben die inzwischen bekannt gewordenen Beschlüsse des Brüsseler Kongresses der Internationale die Befürchtung ein, daß ein zu weites Entgegenkommen in ihrem Hauptland Württemberg der Volkspartei die Bauern und das Kleinbürgertum entfremden könnte. Auf diesen Elementen beruhe doch ihre Kraft und ihr Abfall würde den Untergang der Partei bedeuten. Ferner vermißte TRABERT in dem Nürnberger Programm die ausdrückliche Erklärung, daß die dort aufgestellten Ziele nur auf legalem Wege verfolgt werden sollten. Aber am Ende nahm der Kongreß doch mit 35 gegen 2 Stimmen SONNEMANNS Antrag mit der kleinen Abschwächung an, daß es nicht mehr „in Übereinstimmung" sondern „im Anschluß" an das Nürnberger Programm

hieß, dem übrigens die verschiedenen programmatischen Kundgebungen JACOBYS offiziell zur Seite gestellt wurden. Dieses Stuttgarter Programm sprach aus, „daß die staatlichen und gesellschaftlichen Fragen untrennbar sind und daß sich namentlich die wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Klassen und die Verwirklichung der politischen Freiheit gegenseitig bedingen“. „In Anwendung dieses Grundsatzes“ wurde neben der Beseitigung der noch bestehenden Ausnahmegesetze, sonderlich aller Schranken der Koalitionsfreiheit, neben Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der allgemeinen Einführung gewerblicher Fortbildungsschulen sowie Förderung des Genossenschaftswesens ausdrücklich der Erlaß von Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzen gefordert[1]).

Dieses entschiedene und verständnisvolle Entgegenkommen gegenüber den Arbeiterinteressen stellte die Volkspartei auf sozialpolitischem Gebiet an die Spitze des deutschen Bürgertums und hatte für sie zur Folge, daß sich in der nächsten Zeit die Mehrzahl der Württembergischen Arbeitervereine ihr angliederte. Der Machtzuwachs, der daraus vorübergehend der schwäbischen Demokratie zukam, wurde besonders freudig von SONNEMANN begrüßt, der nun hoffen durfte, daß KARL MAYER und seine Gefährten ihr Zugeständnis auf sozialem Gebiet nicht zu bereuen haben würden. In ihrem Rückblick auf das Jahr 1868 bezeichnete es die Frankfurter Zeitung mit Stolz als einen Vorzug der Volkspartei vor den liberalen Parteien, daß sie die Berechtigung der sozialen Frage anerkenne: sie prüfe und vergleiche fortlaufend die Tatsachen, wie sie sich entwickelten, und an der Hand der so gewonnenen Erfahrungen strebe sie dann von Fall zu Fall nach gründlichen Reformen! Auch die „Zukunft“ war mit dem Ergebnis von Stuttgart überaus zufrieden und versprach sich davon eine noch engere

---

1) Das Programm ist abgedruckt bei SALOMON, Die Deutschen Parteiprogramme. Bd. I. Es forderte den Erlaß „ausreichender Gesetze zum Schutze der Arbeiter und Bediensteten in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung, insbesondere in den gesundheitsgefährlichen Gewerbszweigen“, ferner Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder, der Nachtarbeit der Frauen, der Sonntagsarbeit, die Erweiterung der Fabrikinspektion, internationale Abmachungen zugunsten des zehnstündigen Arbeitstages, örtliche und allgemeine Einigungsämter, endlich den Erlaß eines Invaliditätsgesetzes mit „Rechtsanspruch auf ausreichende Versorgung“.

Verknüpfung der zwischen Volkpartei und Arbeiterbewegung bestehenden Interessengemeinschaft!

IX.

Es lag in den Verhältnissen, daß BEBEL und LIEBKNECHT bald nach ihrem Nürnberger Siege in eine recht unbehagliche und auf die Dauer unhaltbare Situation gerieten. Auf der einen Seite wollten sie ihre demokratischen Parteifreunde in Schwaben, Frankfurt, Berlin davon überzeugen, daß sie auch nach der Festlegung des Verbandes auf ein besonderes politisch-soziales Programm das unveränderte Fortbestehen des engen Bündnisses mit der Volkspartei wünschten. Diese Vorsorge war nicht überflüssig nach den Brüsseler Beschlüssen über das Kollektiveigentum, die gezeigt hatten, in welche Richtung die Internationale Arbeiterassoziation steuerte, in deren Schlepptau sich die Nürnberger Mehrheit begeben hatte. Deshalb lehnte BEBEL, als die in Nürnberg unterlegenen Vereine bei ihrem erfolglosen Versuch, sich als Deutscher Arbeiterbund zu organisieren, die Sieger beim Bürgertum als Kommunisten anschwärzten, diese Bezeichnung, die damals mit Sozialismus noch nicht identisch war, im Demokratischen Wochenblatt nachdrücklich ab, und in einer wahrscheinlich von LIEBKNECHT verfaßten Adresse empfahlen gleichzeitig die Sozialdemokraten Sachsens den Demokraten des in Revolution befindlichen Spaniens die Erhaltung und Festigung der Einigkeit zwischen Arbeitern und Bürgern. Aber auf der anderen Seite verhehlten BEBEL und LIEBKNECHT sich auch nicht, daß solche friedfertige Äußerungen für sie eine große Gefahr in sich schlossen. Bis zum Nürnberger Vereinstag hatte es SCHWEITZER für klüger erachtet, die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins über die im Entstehen begriffene zweite sozialdemokratische Arbeiterpartei dadurch, daß er diese im Social-demokrat totschwieg, in Unkenntnis zu lassen. Eine solche Taktik war wirkungslos und für ihn selbst sogar gefährlich, seitdem BEBEL und LIEBKNECHT tatsächlich an der Spitze eines Arbeiterheeres standen und, in ausgesprochener Feindschaft gegen seine Diktatur, auf die Einigung sämtlicher deutscher Sozialdemokraten mit allen Kräften hinarbeiteten. Der Kampf um die Macht, der jetzt zwischen den Arbeiterführern entbrannte, ist von mir in einem anderen Zusammenhang ausführlich geschildert worden. Hier ge-

nügt es, zu erinnern, daß SCHWEITZER absichtlich zwischen dem sozialen und dem partikularistischen Flügel der Volkspartei keinen Unterschied machte. Er erreichte damit, daß er um so leichter die ganze großdeutsche Demokratie in den Sündenpfuhl der einen reaktionären Masse verdonnern und bei der Arbeiterklasse LIEBKNECHT und BEBEL als Männer verdächtigen konnte, die bloß darauf bedacht wären, sie zu spalten, um sie dann um so leichter für die reaktionäre Politik Österreichs und der entthronten Fürsten zu mißbrauchen. Wo solche Entstellungen aber nicht verfingen, da bedienten SCHWEITZER und seine Anhänger sich eines Arguments, das auf Lassalleaner, die im Glauben an die Heilswahrheit des Klassenkampfes großgeworden waren, die Wirkung nicht leicht verfehlte. Sie wiesen auf die Tatsache hin, das LIEBKNECHT und BEBEL mit bürgerlichen Elementen in einer und derselben Partei saßen, und zogen daraus die Folgerung, daß sie im günstigsten Falle nur Halbsozialisten wären. Der Umstand, daß LIEBKNECHT im Norddeutschen Reichstag die Unterstützung von SCHWEITERSZ Arbeiterschutzgesetzentwurf abgelehnt hatte, diente ebenfalls dazu, die Ehrlichkeit und Arbeiterfreundlichkeit seiner Bestrebungen in Zweifel zu ziehen. Es sollte damit bewiesen sein, daß „der volksparteiliche Literatentroß“ wirklich „im Solde partikularistischer Fabrikanten und Frankfurter Bankiers“ tätig war. Auf einer höheren Stufe politischer Ehrlichkeit stand SCHWEITZER dort, wo er die Unentbehrlichkeit eines zentralistischen Zusammenschlusses für die politische Arbeiterbewegung behauptete und auf die Gefahr hinwies, die aus zu weitgehenden Zugeständnissen an föderalistische Tendenzen auf organisatorischem Gebiet erwachsen konnten. Das Demokratische Wochenblatt aber erklärte das ganze Gerede über Föderalismus für überflüssig; denn nach der Erkämpfung des freien Volksstaats würde es sich von selbst ergeben, welches Maß von Zentralisation mit der individuellen Freiheit vereinbar wäre.

Bekanntlich gelang es BEBEL und LIEBKNECHT im Sommer 1869, eine Reihe der tüchtigsten und einflußreichsten Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, wie BRACKE, GEIB, SPIER, YORCK u. a. mit beträchtlichem Anhang auf ihre Seite hinüberzuziehen. Zu dem Kongreß in Eisenach, auf dem man sich gemeinsam konstituieren wollte, erschien auch SONNEMANN, um wie in Nürnberg auch hier Beschlüsse zu verhindern, die für das

Fortbestehen des organischen Bündnisses zwischen Volkspartei und Arbeiterbewegung gefährlich werden könnten. Diesmal jedoch unterlag der kluge Rechner dem Feuergeist seines alten Feindes LASSALLE. Denn die vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein herübergekommenen Elemente verweigerten stürmisch ihren Beitritt zu einer Organisation, die den Klassenstandpunkt auch nur irgendwie bemäntelte, und BEBEL und LIEBKNECHT sahen sich gezwungen, wollten sie nicht ein mit unendlicher Mühe angebahntes Unternehmen scheitern lassen, darein zu willigen, daß man sich ausdrücklich als sozialdemokratische Arbeiterpartei auftat [1]). Da mußte SONNEMANN erkennen, daß für ihn hier nichts mehr zu erreichen war, und als am folgenden Tage der einst von ihm selbst begründete Verband der Arbeitervereine sich in die neue Partei auflöste, war er der Mitwirkung bei solchem Beschluß durch Abreise aus dem Wege gegangen. Einer proletarischen Klassenpartei konnte der Herausgeber des aufstrebenden Handelsblatts nicht zugehören, mochte er sich im übrigen noch so entschieden für eine radikale Sozialreform einsetzen. Kein bürgerlicher Politiker Deutschlands ging in dieser Richtung damals weiter als SONNEMANN, auf dessen Antrag noch gleich darauf der Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga in Lausanne Beschlüsse faßte, die eine Verstaatlichung der Transportmittel und der Bergwerke sowie die Demokratisierung des Kredits mit Hilfe des Staats forderten [2]).

Das von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach angenommene Programm verschmolz die 1866 in Chemnitz und 1868 in Nürnberg aufgestellten Leitsätze, zu denen noch einige vorsichtige Zugeständnisse an das von den Lassalleanern verfochtene Prinzip der Staatshilfe traten. Kommunistische Forderungen enthielt es aber nicht, denn das Recht auf den vollen Arbeitsertrag entspricht eher individualistischen Erwägungen. Die bürgerlich-demokratische Presse nahm denn auch diese Leitsätze freundlich auf, ungeachtet daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich nicht mehr wie ihre Vorgängerin, die sächsische Volkspartei, aus-

---

1) Ausführliches über alle diese Vorgänge in meinem „SCHWEITZER etc.“ S. 357 ff.

2) Der Volksstaat (Fortsetzung des Demokrat. Wochenblatts) bemängelte freilich an diesen Beschlüssen, daß sie nicht auch die Anerkennung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag enthielten.

drücklich als eine der Deutschen Volkspartei zugehörige Gruppe bezeichnete. „Wir halten uns mit Freuden an das Gemeinsame", schrieb FRESES Demokratische Correspondenz, „an den abermals behaupteten gemeinsamen Besitz — das ist: das Programm der gemeinsamen Arbeit um den freien Volksstaat, welcher für uns nicht das letzte Ziel, für die Arbeiter nunmehr wiederum als ein erstes Ziel, als die Vorbedingung zu weiterem erklärt ist". Und der Stuttgarter „Beobachter" gab der festen Hoffnung Ausdruck, daß diejenigen Parteien, denen es wirklich um der Völker und Menschen Freiheit und Selbstbestimmung zu tun sei, sich immer einiger zusammenschließen würden. Der einzige Punkt des Eisenacher Programms, dem KARL MAYER seine Zustimmung versagen zu müssen glaubte, war die Beschränkung der Frauenarbeit. Der Nachfahre der Burschenschaft und der Schwäbischen Dichterschule sah darin einen unbefugten Eingriff in die Freiheitssphäre der Individuen, aber er gab zu, daß der Beschluß auf eine soziale Wunde hindeute, die studiert werden müßte [1]).

Dem Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation, der am 5. September 1869 in Basel zusammentrat, sah man in den Kreisen der großdeutschen Demokraten diesmal mit besonderer Spannung entgegen. Denn seitdem die neue Arbeiterpartei das Programm dieser Vereinigung in das ihrige aufgenommen hatte, konnte es der Volkspartei nicht mehr gleichgültig sein, ob die in Brüssel begonnene Entwicklung jener Assoziation in kommunistischer Richtung jetzt weitere Fortschritte machen würde. Die Führer der Schwäbischen Volkspartei hegten keine großen Befürchtungen, weil LIEBKNECHT, dem sie vertrauten, die Arbeiterpartei in Basel vertrat und ihnen auf der Rückreise in Stuttgart mündlich Bericht erstatten wollte. Dagegen schlug die badische demokratische Presse bereits Alarm vor dem Bekanntwerden der auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse. Diese Zeitungsstimmen gingen auf JACOB VENEDEY zurück. Der alte Burschenschafter zweifelte seit dem Nürnberger Vereinstag nicht mehr daran, daß der Kommunismus einer Riesenspinne gleich die altdemokratischen

1) Beobachter 1. Sept. 1869: „Der bevorstehende Internationale Arbeiterkongreß". KARL MAYERS Bedenken befremdet, da ja auch das vom Beobachter gebilligte Stuttgarter Programm seiner eigenen Partei die Abschaffung der Nachtarbeit der Frauen fordert!

Ideale, an denen sein Herz in Treue hing, umklammert hielt und zu erwürgen drohte. Er kannte MARX von ihren gemeinsamen Pariser Flüchtlingstagen her genug, um zu wissen, was die Demokratie von einer Gesellschaft zu erwarten hätte, die jener leitete. Aber der Ingrimm „KOBES“ VENEDEYs gegen die Kommunisten wurde noch besonders geschürt durch seinen persönlichen Haß gegen diesen rheinischen Landsmann, dem er die Schuld daran beimaß, daß er von HEINRICH HEINE als der „dümmste der Schöpse“ und die „Blume der Knoten“ zum Karnevalskaiser gekrönt worden war! Wirklich sah VENEDEY was kommen würde richtiger voraus als MAYER und HAUSSMANN! In Basel erklärte sich eine große Mehrheit der Delegierten für die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden und für dessen Umwandlung in gemeinsames Eigentum. Die französischen Proudhonisten hatten sich dieser Resolution u. a. deshalb widersetzt, weil sie fürchteten, daß ihre Annahme im kleinbäuerlichen Frankreich dazu beitragen könnte, die Massen auf dem Lande dem bereits wankenden Cäsarismus von neuem in die Arme zu treiben. Aus einem ähnlichen Grund wäre es LIEBKNECHT unendlich lieber gewesen, wenn man dieses Problem hier nicht angeschnitten hätte, zumal er voraus sah, daß seiner jungen Partei daraus besondere Ungelegenheiten erwachsen würden. Als überzeugter Kommunist konnte er sich jedoch nicht entschließen, seine Stimme gegen die Resolution abzugeben [1]).

Zwischen „Sozialismus“ und „Kommunismus“ wurde dazumal noch ein gewaltiger Unterschied gemacht. Das Wort „Sozialismus“ deckte sich im wesentlichen mit dem heutigen Begriff der „Sozialreform“, und selbst ein Blatt wie die Frankfurter Zeitung bezeichnete seine Richtung bei Gelegenheit auch mal als „sozialdemokratisch“. Wer sich hingegen zum „Kommunismus“ und „Kollektivismus“ bekannte, der empfahl die Aufhebung der

---

1) Vgl. seinen Brief an BRACKE vom 17 November 1869, abgedruckt in „Hochverratsprozeß“ usw. S. 196: „Ich selbst bin Kommunist, also prinzipiell mit dem Beschlusse einverstanden, bedaure aber aus praktischen Gründen, daß er in dieser Form gefaßt worden. Die Grundeigentumsfrage kann den Bauern nur nach und nach klar gemacht werden. Die Franzosen wußten, was sie taten, als sie auf dem Baseler Kongreß gegen die Abstimmung protestierten. Wir brauchen die Bauern nicht, um Revolution zu machen, aber keine Revolution kann sich halten, wenn die Bauern dagegen sind“.

bestehenden Gesellschaftsordnung, Gütergemeinschaft, sozialen Umsturz und „rote“ Republik, also die Auferweckung aller jener Forderungen, die nach liberaler Auffassung im Jahre 1848 die Spaltung und damit die Niederlage der revolutionären Bewegung verursacht hatten.

KOBES VENEDEY war als der erste am Platz, um dem liberalen Bürgertum die Baseler Beschlüsse als Kommunismus von der schlimmsten Sorte zu denunzieren. Mit diesem Grundsatz, schrieb er in der Mannheimer Abendzeitung, überliefere der Kongreß die ganze Zivilisation des 19. Jahrhunderts einem Gesellschaftsorganisationsversuch, von dessen Endergebnis sich kein Mensch im voraus einen klaren Begriff machen könne. Einer praktischen Durchführung des Kommunismus müsse der Umsturz aller bestehenden Verhältnisse des Ackerbaus, der Industrie, des Handels, der staatlichen Zustände, der gesellschaftlichen Einrichtungen vorausgehen. Wenn die Arbeiter diese Resolution annähmen, verlören sie unter ihren Füßen den Boden der Tatsachen, sie verscherzten die Sympathien der nicht der kommunistischen Theorie huldigenden Arbeiterfreunde und zögen sich die Todfeindschaft aller anderen Klassen der Gesellschaft zu, die diese Theorie fürchten müßten. Käme diese Theorie im Lager der Arbeiter zur Herrschaft, so würden alle anderen Klassen dadurch mehr oder weniger in das Lager des Cäsarismus getrieben werden. Deshalb könnte auch niemand den Urhebern der Resolution dankbarer sein als Napoleon III. und Bismarck. Für diese beiden „kranken Männer“ sei der Beschluß ein Labsal, denn er bedeute eine neue Stütze für ihre wurmstichigen und von Einfall bedrohten Gebäude. Daß der Baseler Kongreß zum Exekutor seiner Beschlüsse den Generalrat der Internationale ernannt hatte, fand VENEDEY unter diesen Umständen nur logisch. Denn „Herr MARX, die Seele und der Schöpfer dieses Generalrats war zu allen Zeiten und ist heute mehr denn je der eigentliche Führer des Kommunismus, Kollektivismus, oder wie man es nennen mag“. Bedeutungsvoll wurde dieser Artikel dadurch, daß der größte Teil der deutschen Zeitungen, nicht nur der demokratischen, ihn nachdruckte und lebhaft kommentierte. Der Stuttgarter Beobachter, das Organ HAUSSMANNS und MAYERS, veröffentlichte ihn am 18. September und nahm schon am folgenden Tage seinerseits Stellung gegen die Resolution, die „einen flammenden

Zwietrachtsspan" in die deutsche Arbeiterbewegung hineingeworfen hätte. Aber das leitende Blatt der schwäbischen Volkspartei verbrannte nicht gleich alle Brücken zur Verständigung. Es wollte abwarten, ob die der Demokratie bis dahin eng verbündete deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei so „unsinnigen" Beschlüssen, die mit dem Nürnberger Programm in Widerspruch ständen, ausdrücklich ihre Zustimmung geben würde. Geschähe dieses, setzte sie sich wirklich in einen so entschiedenen Gegensatz zur „Freiheit", so würde sie damit in der Tat ihre Gemeinschaft mit der Volkspartei lösen. Denn über Deutschland solle ebenso wenig wie eine Diktatur Bismarcks die Diktatur von MARX kommen. Vorher aber empfahl der „Beobachter" den deutschen Arbeitern, reiflich zu wählen zwischen dem „freien Menschentum", zu dem sie bisher strebten, und dem „unduldsamen und herrschsüchtigen Knotentum", zu dem die Baseler Richtung sie führen müsse! In das gleiche Horn wie KARL MAYER stieß auch FRESE in der parteioffiziösen Demokratischen Correspondenz[1]. Sein Tadel richtete sich am stärksten gegen die „ganz allgemeine und nur allgemeine" Formulierung der Resolution. „Wir bekämpfen", schrieb er, „diesen Kollektivismus so gut wie den Kommunismus und wenn wir ihn auf irgend einem Gebiet als verderblich und unmöglich, als prinzipiell falsch, als freiheitlichen Rückschritt bezeichnen, so ist's nach unserer Kenntnis der Dinge gerade beim ländlichen Eigentum. Das Kollektiveigentum ist die Form für Anfangszustände, nicht für entwickelte".

Während diese Artikel, besonders der des Beobachters, den eine bayerische Zuschrift an LIEBKNECHTS Organ bereits einen „Fehde- und Absagebrief an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei" nannte, von der gesamten volksparteilichen Presse Süddeutschlands mit Wohlbehagen und Zustimmung nachgedruckt wurden, unternahm die auf höherem geistigen Niveau stehende Berliner „Zukunft" den Versuch, die drohende Spaltung zu verhindern. Zwar erklärte auch sie sich entsetzt über die „haarsträubende Majorität", die der Baseler Beschluß gefunden, und die „empörende Beiläufigkeit", mit der LIEBKNECHT sich in der Diskussion als prinzipieller

1) Dem. Corr. 21. Sept. 1869. „Die internationale Assoziation gegen das ländliche Eigentum".

Gegner jedes Privateigentums enthüllt hätte. Aber GUIDO WEISS klammerte sich daran, daß der Kongreß die Beratung der praktischen Maßregeln, die jene Umwandlung herbeiführen sollten, auf eine künftige Gelegenheit vertagt hatte. Er legte Wert darauf, daß in der Schweiz, wo in der Allmende das Gemeineigentum noch weit verbreitet war, die demokratische Presse jene Beschlüsse weit ruhiger und sachlicher aufgenommen hatte als in Süddeutschland, und erklärte dies damit, daß in der freien Eidgenossenschaft ein unverwüstliches Vertrauen auf den gesunden Sinn des Volkes als auf die Grundlage und Vorbedingung jeder Demokratie bestünde. Der Angstschrei des Philisters fälsche die Sachlage und arbeite mit seiner Wehleidigkeit jenen in die Hände, die das Baseler Kolloquium benutzen wollten, um zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum einen Keil zu treiben. Niemandem stehe noch das Recht zu, von einer Spaltung zwischen den beiden Parteien zu reden. Gingen sie nicht in einander, so ständen sie doch auch nur auseinander, und ihr nächster Weg sei und bleibe gemeinsam. Diese Gemeinsamkeit gründe sich auf das beiden Richtungen heilige Bekenntnis, daß nur im freien Volksstaat die soziale Reform ehrlich und ersprießlich in Angriff genommen werden könne: Allererst und allernächst und mit aller Kraft die politische Freiheit! Diese Forderung verbände nach wie vor die Elemente, denen die Sonne von Sadowa die Farben nicht gebleicht habe, sie verbände die Volkspartei mit der demokratischen Arbeiterpartei. Diese habe sich bis jetzt über die Baseler Beschlüsse noch nicht geäußert; wolle sie, nachdem die politische Freiheit gemeinsam erkämpft wäre, in den Tagen sozialer Reform ihre eigenen Wege gehen, so möge sie sehen, wie sie mit der Volksmehrheit fertig werde! Bis dahin aber gelte Bangemachen nicht![1]. Skeptischer als die Zukunft zeigte sich jetzt schon die Frankfurter Zeitung. Sie äußerte die Befürchtung, daß das bisherige Miteinandergehen sich in ein kühles Nebeneinanderstehen verwandeln würde, falls die Arbeiterpartei die Baseler Beschlüsse, die zur individuellen Freiheit im Gegensatz stünden, zu den ihrigen machte[2].

LIEBKNECHTS Wunsch war, „nicht vorzeitig mit der süddeut-

---

1) Zukunft L. A. vom 24. u. 25. September 1869.

2) Geschichte der Frankfurter Zeitung S. 171.

schen Volkspartei in Krakehl zu geraten" [1]). Um sich an dem Ultimatum, das ihm durch jene Zeitungskanonade gestellt wurde, womöglich noch vorbeizudrücken, verfocht er in der letzten Nummer seines Demokratischen Wochenblatts, das vom 1. Oktober 1869 an als „Volksstaat" in den Besitz der Partei überging, die These, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei als solche zu den Baseler Beschlüssen Stellung überhaupt nicht zu nehmen habe, denn Beschlüsse theoretischer Natur erhielten bindende Kraft bloß für diejenigen, die persönlich für sie gestimmt hätten. Ferner bezeichnete er das Votum als „prinzipiell" und stritt ihm den Charakter eines revolutionären Machtspruchs ab, den „die gesinnungstüchtigen Herren Demokraten" aus Furcht vor dem „roten Wauwau" ihm aufstempeln wollten. Recht gelegen kam ihm dabei die Hilfe von Amand Gögg [2]), weiland Kriegsminister der Badischen Republik, der an der Spitze der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz stand und in Basel ebenfalls für die verketzerte Resolution gestimmt hatte. Der suchte den bürgerlichen Demokraten darzutun, wie unnötig sie sich aufregten. Sei doch nichts anderes beschlossen worden, als daß der Gesellschaft das Recht zustehen sollte, auf dem Wege der direkten Gesetzgebung gegen entsprechende Entschädigung der bisherigen Besitzer den Grund und Boden durch Majoritätsbeschluß für ihr Eigentum zu erklären. Dieses Verfügungsrecht der Nation sei aber sowohl in der großen französischen Revolution und der russischen Bauernbefreiung, wie bei zahllosen Expropriationen für Eisenbahnen schon oft praktisch durchgeführt worden.

Indeß Liebknechts und Bebels friedfertigen Neigungen waren durch die Verhältnisse selbst Schranken gezogen, die sie nicht überschreiten konnten. Mochten sie persönlich die Baseler Beschlüsse für unzeitgemäß halten; sie von Partei wegen zu verleugnen, wie die bürgerliche Demokratie es ihnen zumutete, das durften sie nicht anraten, weil sie damit ihre junge Partei einfach in die Luft gesprengt hätten. Der geschäftsführende Ausschuß, der in Braun-

---

1) Liebknecht an Bonhorst Oktober 1869. Vgl. Hochverratsprozeß usw. S. 195 f.

2) Zuschrift vom 27. September im Volksstaat vom 9. Oktober 1869. Gögg wollte übrigens noch 1873 von einem „Bruch" zwischen Volkspartei und Arbeiterpartei nichts wissen, wie seine Briefe an Jacoby beweisen, der damals ebenfalls noch beiden Parteien angehören wollte.

schweig seinen Sitz hatte, bestand aus drei ehemaligen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der, von Anfang an eine reine Klassenorganisation, sich mit der bürgerlichen Demokratie niemals im Bundesverhältnis befunden hatte. Diese Männer und die Massen, die hinter ihnen standen, begriffen garnicht die Beweggründe des Zauderns von LIEBKNECHT und BEBEL und dadurch nervös gemacht, daß SCHWEITZER unaufhörlich ihre sozialistische Ehrlichkeit anzweifelte, drohten sie jetzt, selbständig mit einer Zustimmungserklärung zu den Baseler Beschlüssen hervorzutreten. SCHWEITZER witterte offenbar Morgenluft, blies erst recht kräftig ins Feuer und versäumte natürlich nicht, LIEBKNECHTS und BEBELS Zögern aus ihrer angeblichen pekuniären Abhängigkeit von der „bürgerlichen Gelddemokratie“ abzuleiten [1]). In Basel war noch der Beschluß gefaßt worden, den Generalrat der Internationale mit der Aufrechterhaltung des Zusammenhangs zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Länder zu betrauen, und auch gegen diese Resolution hatte die demokratische Presse unter VENEDEYS Vorangang mit freiheitlichen und sogar mit patriotischen Tiraden stürmisch protestiert. In einem Artikel gegen die hierin sich äußernde „Gespensterfurcht“ schlug LIEBKNECHT im Volksstaat vom 6. Oktober 1869 zum erstenmal einen entschiedenen Ton gegenüber der bürgerlichen Demokratie an, der dieser zeigen mußte, daß seiner Nachgiebigkeit Schranken gesetzt waren. „Wir haben den Zwist nicht begonnen“, schrieb er, „wir wünschen ihn beigelegt. Doch alles hat seine Grenzen. Werden die Angriffe auf uns und die Internationale, zu der wir im innigsten Verhältnis stehen . . . ., in dieser Weise fortgesetzt, so werden wir tun, was unser Prinzip, was die Würde unsrer Partei uns gebietet“.

Den führenden Männern der Volkspartei mag es kaum bekannt geworden sein, daß LIEBKNECHT und BEBEL mit einer gefährlichen radikalen Opposition in den eigenen Reihen zu kämpfen hatten und daß diese die offizielle Anerkennung der Baseler Resolution forderte. War man in ihrem Lager überhaupt realistischen Erwägungen zugänglich und begriff man, daß die Arbeiterpartei, trotz ihrer jugendlichen Schwäche, wenn es zu einer Sprengung des Bündnisses kam, im Hinblick auf die Zukunft weniger ver-

1) Vgl. mein Buch über „SCHWEITZER usw.“ S. 347.

lor als die Volkspartei, so mußte man LIEBKNECHT seine schwierige Stellung erleichtern, anstatt die Dinge auf die Spitze zu treiben, so mußte man einsehen, daß man eine unerfüllbare Forderung stellte, wenn man die offizielle Verleugnung der Baseler Beschlüsse verlangte. Nun stand zum Unglück gerade jetzt eine wichtige Delegiertenversammlung der Volkspartei vor der Tür, die organisatorischen Zwecken dienen sollte, aber an dieser brennenden Frage nicht schweigend vorübergehen konnte. Am Vorabend der Zusammenkunft, die in Braunschweig stattfand, brachte der „Beobachter" eine Artikelserie „Wider die Baseler Beschlüsse"[1]), an deren Veröffentlichung der Doktrinär FRESE seinen reichlichen Anteil haben mochte. Ihr Verfasser mußte den Bruch bereits als unvermeidlich ansehen, sonst hätte er die prinzipiellen und persönlichen Gegensätze weniger scharf auf die Spitze getrieben. Die Volkspartei verteidigte er gegen den in seinen Augen fürchterlichen Verdacht, als ob auch sie bloß eine Vereinigung zur Erringung der Macht und nicht die Partei der Freiheit κατ' ἐξοχήν wäre. Darauf ließ er ein Glaubensbekenntnis zum föderalistischen Ideal folgen, das aus dem angeborenen gleichen Recht aller Individuen emporwüchse. Nun bedeute die schärfste Verneinung des Föderalismus in der Gesellschaft der Kommunismus, im Staat die zwingende Einheit, die Zentralisation, der Absolutismus, ganz gleich ob er von einer einen und unteilbaren Republik oder von einem allein bestimmenden Herrscher ausgeübt würde. In Basel hätte man das doppelte Verbrechen begangen, den Kommunismus zu proklamieren und den republikanischen Einheitsstaat als Ideal aufzustellen. Mit Richtungen, die solchen Ansichten huldigten, könne die Volkspartei nicht länger in der gleichen Organisation verbleiben[2]). Zwar sei bis zur Stunde zwischen den beiden großen Volksorganisationen, den „Arbeitervereinen" und der Volkspartei, eine Verschiedenheit in den Zielen noch nicht in die Erscheinung getreten. Aber die Delegierten der Arbeiterpartei seien in Basel in prinzipiellen Fragen von dem daheim festgesetzten Programm abgewichen. Obgleich im Vorjahre auf dem Berner Kongreß der

1) Stuttg. Beob. 13., 14., 15. Okt. 1869.

2) Tatsächlich war seit dem Aufgehen der sächsischen Volkspartei in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei diese Organisationsgemeinschaft nicht mehr vorhanden!

Friedens- und Freiheitsliga BAKUNIN unterlegen wäre, als er der Demokratie den Kommunismus aufzwingen wollte, habe LIEBKNECHT, unbekümmert um dieses Verdikt, die Beschlüsse gegen das Privateigentum an Grund und Boden sanktionieren helfen!

Gegen LIEBKNECHT erhob der Beobachter hier auch noch schwere persönliche Vorwürfe. Seine Behauptung, daß es sich in Basel bloß um theoretische Sätze gehandelt hätte, wird nicht etwa aufgegriffen, sondern verächtlich als „Ausrede" abgetan und dann der wahre, aber unkluge und unpolitische Vorwurf ihm ins Gesicht geschleudert, daß er sich mit der Volkspartei überhaupt nur verbunden hätte, um sich ihrer zu bedienen: „Diese vermeintlichen Parteigenossen haben also, wenn wir mit ihnen berieten, ihren letzten Gedanken nicht gesagt, und wir wissen nicht, was alles wir noch erfahren, wenn sie dereinst definitiv mit demselben herausrücken." Die braven schwäbischen Gesinnungspolitiker, die sich nur von Sympathien und Doktrinen leiten ließen, glaubten sich von den Arbeiterführern übertölpelt, und die Vorstellung überkam sie jetzt, daß sie eine Schlange an ihrem Busen großgezogen hätten! Dem Artikel des Beobachters merkt man deutlich an, wie sehr die literarisch gebildeten Schriftsteller und guten Redner aber schlechten Politiker, die in seiner Redaktion saßen, durch die Baseler Beschlüsse überrascht worden waren. Erst jetzt ging ihnen auf, daß die bisherigen Bundesgenossen gerade das Gegenteil von dem herbeiführen wollten, auf was ihr ganzes Streben ging, „die Zentralisation, den diktatorischen Einheitsstaat, die Klassenherrschaft und die Gütergemeinschaft." Und nun plötzlich bekreuzigten sie sich auch vor dem „imperatorischen Führerelement" und den „apostolischen Männern", welche die neue Heilslehre von Basel verkündeten. Sie sprachen aus, daß nicht die Verschiedenheit der Ideen, sondern die der Interessen den Entfremdungsprozeß rasch und unaufhaltsam vollenden würde! Daß die Volkspartei durch diese Trennung zeitweise um die Früchte ihrer Anstrengungen gebracht werden könnte, gaben sie zu. Aber auf das Eintreffen einer Prophezeiung, mit welcher der Beobachter sich tröstete, wartet noch jetzt nach vierzig Jahren mancher ehrliche Demokrat: „Der Arbeiterstand", hieß es dort, „ist ja der freieste und beweglichste von allen, der sich immer aufs neue ersetzt, ergänzt, verjüngt, und wenn heute Tausende seiner Angehörigen

sich in eine falsche Richtung verirren und der eisernen Disziplin folgend gegen ihren eigenen besseren Sinn sich zu Werkzeugen fanatischer Führer hergeben, morgen schon sind neue Tausende da, die sich mit hellem Kopf und gesundem Geist an dem großen Wohlfahrts- und Weltverbesserungsprozeß beteiligen und dorthin stellen, wo die uralten Banner der wahren Befreiung wehen, die allen Gedrückten und Zurückgesetzten gilt, nicht bloß den Leiden einer einzelnen Klasse."

Am lebhaftesten fürchtete SONNEMANN, den die Enttäuschung von Eisenach noch nicht um jede Hoffnung gebracht hatte, daß eine Diskussion über die Baseler Beschlüsse auf der Braunschweiger Tagung den Bruch mit der Arbeiterpartei endgültig machen würde; und da die Konferenz für die Beratung des Organisationsstatuts der Volkspartei einberufen worden war, so stellte er gemeinsam mit EICHELSDÖRFER den Antrag, über die andere Frage zur Tagesordnung überzugehen. Aber die Württemberger widersprachen. Im Auftrage der Arbeiterpartei hatte sich dasjenige Mitglied des Ausschusses, das LIEBKNECHT nach Basel begleitet hatte, der Lehrer SPIER aus Wolfenbüttel, ein achtbarer und besonnener Mann, zur Begrüßung eingefunden. Nur seinem geschickten Auftreten war es zu verdanken, daß die dreistündige Diskussion über den vielumstrittenen Punkt in den Grenzen der Sachlichkeit blieb und in eine Resolution ausklang, wie sie sich BEBEL und LIEBKNECHT maßvoller nicht wünschen konnten. SPIER legte, ohne von den theoretischen Ansichten seiner Partei etwas zu opfern, allen Nachdruck auf die nicht zu bestreitende Tatsache, daß die ganze Frage für Deutschland noch auf lange Jahre hinaus bloß ein akademisches Interesse besaß. Ähnlich wie die „Zukunft" erklärte er es deshalb für eine Torheit, wollte man sich durch eine Theorie abhalten lassen, auch fürder gegen den gemeinsamen Feind der Freiheit und Gleichheit zusammenzustehen. SPIERS Rede wirkte so günstig, daß HAUSSMANN, der Delegierte der Württembergischen Volkspartei, eine mit großer Mehrheit angenommene Resolution beantragte, die das Zusammenwirken beider Parteien in allen praktischen Freiheitsfragen, auf sozialem wie politischem Gebiet, freudig begrüßte. Dieselbe beauftragte den Vorstand, „die inzwischen auf dem Arbeitertag zu Eisenach festgestellten Beschlüsse der Erwägung

und Beschlußfassung der Volkspartei zu unterbreiten, über den Baseler Grundeigentumsbeschluß aber zur Zeit und solange nicht eine Generalversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei das Gegenteil konstatiert hat, als über einen rein theoretischen Meinungsausdruck zur Tagesordnung überzugehen[1]." Als er auf der nächsten Landesversammlung der Württembergischen Volkspartei im Januar 1870 zur Rede gestellt wurde, weil nicht bereits in Braunschweig eine offizielle Absage an die Baseler Beschlüsse erfolgt war, verteidigte HAUSSMANN sich mit der Behauptung, daß er und seine Freunde dort noch Grund zu der Annahme gehabt hätten, eine solche Gegenerklärung würde aus den Arbeiterkreisen heraus erfolgen. Wie schlecht waren doch die Stuttgarter Führer der Demokratie über die Strömung im sozialistischen Lager unterrichtet!

X.

Aber die Stimmen, die von der Arbeiterpartei eine baldige offizielle Stellungnahme zu den Baseler Beschlüssen forderten, kamen auch jetzt nicht zur Ruhe. Zu ihrem Wortführer machte sich von nun ab FRESE. In der parteioffiziösen Demokratischen Correspondenz protestierte er gegen eine Auslegung der Braunschweiger Resolution in dem Sinne, als ob ein offizielles Votum der Arbeiterpartei nunmehr beliebig vertagt werden und ihre Stellung in der Schwebe bleiben könne. „In dem Sinne, daß wir nicht die Macht der sofortigen Ausführung haben, sind leider unsere wichtigsten Beschlüsse samt und sonders „rein theoretisch", und so angesehen, dürfte kein noch so tiefgehender Unterschied im Parteiprogramm eine Trennung der Parteiorganisation herbeiführen"[2]. Er klagte,

1) Auf die in Braunschweig vollzogene endgültige Konstituierung der Deutschen Volkspartei und alles, was damit zusammenhing, braucht hier um so weniger eingegangen zu werden, als der Krieg von 1870/71 diesen Bestrebungen die Entwicklung versagte. Vgl. übrigens HOLTHOF, Zur Geschichte der deutschen Volkspartei, in der von GUIDO WEISS herausgegebenen „Wage" Jahrgang 1877.

2) Demokr. Corresp. 26. Oktober 1869. LIEBKNECHT schrieb am 17. November an BRACKE: „Die Volkspartei verlangen (?) ein Desaveu der Baseler Beschlüsse. Nimmermehr! Ich selbst bin Kommunist, also prinzipiell mit dem Entschluß einverstanden, bedaure aber aus praktischen Gründen, daß er in dieser Form gefaßt worden". Vgl. Hochverratsprozeß S. 196.

daß die Arbeiter das ihnen in Braunschweig gemachte Zugeständnis nicht gebührend als eine Aufforderung ansähen, sich klipp und klar zu erklären, und wies dem „Volksstaat" die Aufgabe zu, die Formel zu finden, durch die der Fehler von Basel wieder gutgemacht werden könnte: „Jenes Braunschweiger Zugeständnis war ein Akt der Loyalität. Die Erfüllung der darin liegenden Aufforderung ist's nicht minder, und im Interesse der über allen Persönlichkeiten stehenden gemeinsamen Sache dringen wir darauf mit aller Bestimmtheit"[1]).

So stand die Frage, als BEBEL auf einer von langer Hand vorbereiteten Agitationsreise durch Süddeutschland im schwäbischen Hauptquartier der Volkspartei eintraf. Bei den württembergischen Arbeitern hatte die Baseler Resolution keine freundliche Aufnahme gefunden, weil in diesem kleinbäuerlichen Land viele von ihnen noch ihre eigene winzige Scholle besaßen und die ganze soziale Struktur und politische Tradition des Südens der starren Sonderung der Klassen, wie sie sich in dem kapitalistisch entwickelteren Norden durchsetzte, noch nicht entsprach. Obgleich der Landesverband der württembergischen Arbeitervereine sich seither formell der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angeschlossen, hatte er sich nicht aufgelöst, und die Mitglieder befanden sich noch stark unter dem Einfluß der vom „Beobachter" verfochtenen Ideen[2]). Wollte BEBEL die schwäbischen Arbeiter endgültig gewinnen, so mußte er in ihrer Mitte vorsichtig auftreten und in Stuttgart einer schroffen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Demokratie, falls sie sich vermeiden ließ, aus dem Wege gehen. Am 22. November 1869 hatte er mit KARL MAYER, HAUSSMANN und wohl noch anderen Führern der Richtung eine Besprechung über die brennende Frage, von deren Verlauf der Beobachter sich befriedigt zeigte, und folgenden Tags trat er in einer großen öffentlichen Versammlung so vorsichtig auf, daß KARL MAYER, im Gegensatz zu anderen Rednern, die alte Waffenbrüderschaft für wiederhergestellt erklärte[3]).

---

1) Demokr. Corresp. 12. November 1869: „Das Junkertum der Blouse" (besonders gegen SCHWEITZER gerichtet).

2) Vgl. die Artikel des Schriftführers des Gauverbandes BRONNENMAYER im Beobachter vom 25. September und 16. Oktober 1869.

3) BEBEL selbst schrieb zwei Jahre später über diese Versammlung: „Nach Schluß des Vortrages trat ein Herr Bankier HAUSMEISTER, Mitglied

Noch zufriedener waren die württembergischen Arbeitervereine von den Mitteilungen, die BEBEL ihnen machte; auf ihrer Landesversammlung in Göppingen im Februar 1870 beschlossen sie nunmehr die Auflösung ihres Gauverbandes und den endgültigen Beitritt der Mitglieder zur Eisenacher Partei[1]).

Eine friedliche Beilegung des Konflikts hätte den Wünschen der eingeborenen schwäbischen Parteiführer kaum weniger entsprochen, als denen LIEBKNECHTS und BEBELS, SONNEMANNS und JACOBYS. Aber JULIUS FRESE bestand auf der Austragung der „prinzipiellen" Fehde. Dieser verbohrte Doktrinär, der 1866 die Heimat verlassen hatte, übertrumpfte seither in seinen publizistischen Äußerungen die schlimmsten Preußenfresser im Schwabenland. Von der vielgestaltigen Wirklichkeit hatte er verlangt, daß sie sich nach dem Schema abwickeln sollte, das in seinem Kopf fertig dastand, und als sie ihm diesen Gefallen nicht tat, sich mit ihr überworfen. Mit offenen Armen empfingen die württemberger Demokraten den Preußen, der sein Vaterland als die Krankheit Europas[2]) verabscheute und es impertinent nannte, daß dieser Staat für sich Forderungen erhöbe, die Bern niemals an die anderen Kantone stellen würde. Durch sein weltmännisches Auftreten und seine literarische Bildung[3]) imponierte FRESE den Süddeutschen und gelangte an die Spitze der offiziösen Parteikorrespondenz, die er mit unleugbarem Geschick redigierte. Für einen demokratischen Kalender, dessen Erscheinen der Ausbruch des Krieges verhinderte, schrieb er als Motto unter sein Porträt: „In Nord und Süd ein Wanderer, Nimmer ein anderer, In Süd und Nord, Ein Mann, ein Wort." Auf diese Starrheit seiner Überzeugung war er stolz, auch konnte man ihm Konsequenz nicht abstreiten. Als hernach

---

der Volkspartei, auf und bekämpfte die sozialistische Tendenz derselben. Ich antwortete widerlegend. Unzweifelhaft wäre es schon hier zwischen der Volkspartei und mir zum offenen Bruch gekommen, wenn nicht der damalige Redakteur des Stuttgarter Beobachter, Herr KARL MAYER, dazwischentrat und Versöhnung predigte." (Vorwort zu „Unsere Ziele").

1) Vgl. die Proteste einzelner Vereine gegen diesen Beschluß im Beobachter bes. 15. März, 26. Juni, 3. und 4. Juli 1870.

2) Dem. Corresp. 2. Febr. 1869 u. a. a. O.

3) FRESE hat zahlreiche literarische Werke aus dem Englischen ins Deutsche übertragen. Einige Mitteilungen über ihn verdanke ich Herrn Direktor THEODOR CURTI in Frankfurt.

die Ereignisse von 1870/71 der großdeutschen Bewegung in Schwaben den Boden entzogen, soll er seine Feder dem unversöhnlichsten Gegner Preußens, dem entthronten Welfenfürsten, zur Verfügung gestellt haben. An die sozialen Probleme, die ihm bis dahin fern gelegen hatten, trat er jetzt mit dem für ihn charakteristischen Geständnis heran, daß sie sich von den politischen Freiheitsfragen unvorteilhaft unterschieden, weil bei ihnen selbst mit der allseitigen Anerkennung eines bestimmten Grundsatzes erst verzweifelt wenig gewonnen wäre. Als der Volksstaat ihm hierauf Ignoranz vorwarf, betonte er, daß er sich nicht als Wissenden ausgäbe, sondern nur als redlich Forschenden! Aber BEBEL erwiderte ihm: „Wenn ein Blatt, wie die Demokratische Correspondenz, das in gewissem Sinne als leitendes Blatt der Volkspartei dasteht, aus dem viele Parteigenossen erst ihr sozialpolitisches Wissen schöpfen, sein Nichtwissen in einer Frage offen bekennt, welche die brennendste Frage der Welt ist, wie muß es da um das Wissen und das Urteil der Masse der Parteimitglieder bestellt sein?"

Seit Basel sah FRESE Grundsätze und Schlagworte, die sich ausschlossen, einander gegenüberstehen und obgleich auch er, wohl unter dem Druck der Parteigenossen, nach BEBELS Stuttgarter Vortrag zeitweise mildere Seiten aufgezogen hatte, hielt er den Bruch für unvermeidlich. KARL MAYER war Gesinnungspolitiker wie nur einer, er stand und fiel mit seinen Überzeugungen, dennoch war es ihm und erst recht dem taktisch geschulten JULIUS HAUSSMANN klar, daß der Einigkeit in den wichtigsten praktischen Fragen für die unmittelbare Politik mehr Bedeutung zukam, als der Übereinstimmung über die letzten Prinzipien. FRESE also trieb jetzt in der Parteikorrespondenz den theoretischen Gegensatz auf die Spitze und zwang dadurch BEBEL, den außer SCHWEITZER jetzt auch die bayerischen Sozialdemokraten [1]) wegen

1) Die Bayern konnten sich trotz ihres Bruchs mit SCHWEITZER anfangs nicht zum Eintritt in die Eisenacher Partei entschließen, der sie vorwarfen, daß sie mit der Volkspartei eng verbunden sei und nicht genug auf dem Boden des Klassenkampfes stände. Im Volksstaat vom 15. Januar 1870 erwiderte ihnen BRACKE. Dieser wies nachdrücklich darauf hin, daß die Volkspartei sich kürzlich in Braunschweig eine eigene Organisation gegeben habe, just weil sich die Arbeiter zuvor ohne Rücksicht auf sie in Eisenach selbständig organisiert hätten.

der engen Freundschaft mit der Volkspartei angriffen, zu seiner berühmt gewordenen Erwiderung, die vom 9. Februar bis 16. März 1870 im Volksstaat und im folgenden Jahre als Broschüre erschien. In den ersten Tagen des neuen Jahres sprachen sich BEBEL und LIEBKNECHT über die Volkspartei in einer Weise aus, die schon erkennen ließ, daß sie sich mit dem Gedanken an einen endgültigen Bruch vertraut gemacht hatten. Mehr noch als FRESES werden SCHWEITZERS Angriffe und der Wunsch, die von jenem abgefallene bayerische Sozialdemokratie zu gewinnen, diesen Entschluß gereift haben. Am 13. Januar hatte auf einem Diskussionsabend des Leipziger Arbeiterbildungsvereins der Volksstaatsredakteur HEPNER als Vortragender unter heftigen Angriffen auf FRESE die Frage aufgeworfen, welche von den sich widersprechenden Stimmen der demokratischen Blätter, die sich über die soziale Frage äußerten, für die Volkspartei bindend wären. Da gestanden BEBEL und LIEBKNECHT in der Debatte, daß die Volkspartei in der Tat aus sehr disparaten Elementen bestünde, die lediglich durch ihren „ohnmächtigen" Haß gegen den Norddeutschen Bund zusammengehalten würden. Der Cäsarismus, erklärte LIEBKNECHT jetzt, beruhe auf der Ausbeutung des Klassengegensatzes, er habe eine ökonomische Grundlage, und eine Partei, die dies nicht begreifen wolle, sei auch unfähig, ihn mit Erfolg zu bekämpfen. Sie könnte poltern und weiter nichts. Überhaupt hätten die rein politischen Parteien sich überlebt; in dem ökonomisch entwickelteren Norddeutschland bestünde die bürgerliche Demokratie bloß noch aus ein paar Namen [1]), doch selbst in Schwaben, wo sie mit ihrem

---

1) Als JOHANN JACOBY am 7. Januar 1870 in Berlin seine bekannte Rede: „Das Ziel der Arbeiterbewegung" hielt, die der Sozialdemokratie noch weiter entgegenkam, und als dann einige Monate später seine Berliner Anhänger mit einem neuen demokratischen Parteigründungsversuche hervortraten, der ohne vorherige Unterhandlungen mit den Süddeutschen zum Ziele kommen wollte, da wurde dieses aussichtslose Unternehmen vom Volksstaat dennoch freudig begrüßt. LIEBKNECHT äußerte die Hoffnung, es möge dem Kreise der „Zukunft" gelingen, das preußische Kleinbürgertum der Demokratie zurückzugewinnen und die großbürgerlichen Reste der Fortschrittspartei völlig ins nationalliberale Lager zu drängen. Vgl. Volksstaat 25. Juni und 9. Juli 1870. Die innerpolitischen Folgen des Krieges machten diese Bestrebungen und Entwicklungsansätze gegenstandlos. Interessant und, soviel ich weiß, bisher unbekannt ist, daß BEBEL und LIEBKNECHT im Frühling 1870 die in fort-

Kampf gegen die Verpreußung die Massen noch festhielte, werde sie über kurz oder lang zwischen den Mühlsteinen Sozialdemokratie und Nationalliberalismus zerrieben werden.

Aus der Polemik zwischen FRESE und BEBEL sei hier bloß auf jene allgemeinen Gesichtspunkte hingewiesen, die damals viel dazu beitrugen, das Publikum über den prinzipiellen Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialismus aufzuklären. Den Ausgangspunkt von FRESES Betrachtungen bildete die Freiheit des Individuums. Sie war sein A und Ω, und mit Hilfe dieser Abstraktion verdonnerte er das von den Sozialisten vertretene Prinzip der Staatseinmischung zugunsten der wirtschaftlich Schwachen in Grund und Boden. Ihm gegenüber hielt es BEBEL, weil die Selbsthilfe nicht ausreiche, für notwendig, anstatt vom einzelnen von der Gesellschaft auszugehen. Die Gesellschaft bedürfe zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Organisation, und diese böte ihr der Staat. Der bestehende Staat beruhe jedoch auf der Herrschaft einer Minorität; er müsse deshalb in einen Volksstaat verwandelt werden, in dem es keine Privilegien mehr gebe und wo die Gesamtheit die genossenschaftliche Produktion an die Stelle der einzelnen Privatunternehmung treten lassen könnte. Freilich an einem Staat, der ausschließlich die politische Freiheit als Zweck betrachte, könne der Arbeiter nicht viel Anteil nehmen. Was ihm die Eroberung der politischen Freiheit und Gleichberechtigung verlockend mache, sei die Aussicht, damit auch die ökonomische Unabhängigkeit zu gewinnen. Gerade die von den bürgerlichen Demokraten so sehr gepriesenen Republiken in der Schweiz und den Vereinigten Staaten bewiesen, daß die politische Freiheit allein die Lage der Arbeiterklasse noch nicht verbessere. Der Sozialdemokratie gelte die politische Freiheit nur als ein Mittel zum Zweck; als Zweck betrachte sie die ökonomische Gleichheit: „Die Freiheit hört da auf, wo sie hinübergreift in die Sphäre des

---

währenden finanziellen Schwierigkeiten vegetierende „Zukunft" mit ihrem Volksstaat verschmelzen wollten, daß aber GUIDO WEISS ein Aufgehen seines Blattes in die Frankfurter Zeitung vorgezogen hätte. Doch auch dieses Projekt, dem SONNEMANN anfänglich geneigt war, vereitelte der Krieg. Ich entnehme die Tatsachen einem ungedruckten Brief von WEISS an JACOBY vom 13. April 1870.

anderen, d. h. wo sie durch Übergriffe die Gleichheit verletzt". Mit diesen Ausführungen deckte BEBEL den tiefen Gegensatz auf, der den abstrakten politischen Individualismus von einem sozialen oder sozialistischen Standpunkt trennte, der das negative Ideal der persönlichen Freiheit nicht mehr als die ausschließliche Norm des politischen Lebens anerkennen wollte. Wie er die Ansprüche der Gesellschaft denen des Individuums überordnete, so stellte BEBEL das Ideal der Gleichheit, unter dem er soziale Gerechtigkeit begriff, der persönlichen Freiheit voraus. Es ginge zu weit, wollte man aus dieser Gelegenheitsschrift des jungen Drechslermeisters den ganzen Gegensatz zweier Gesellschaftsanschauungen herausdestillieren. Doch würdigt man die kleine Arbeit historisch nur dann richtig, wenn man berücksichtigt, daß die Auseinandersetzung zwischen der liberalen Orthodoxie und dem Kathedersozialismus, die nächst LASSALLES und LANGES Schriften zur Klärung des populären Urteils über diese Probleme das meiste beitrug, damals noch nicht erfolgt war [1]).

Den Abschluß des Scheidungsprozesses innerhalb der Demokratie brachte dann zu Anfang Juni 1870 der erste Jahreskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der nach einem Referat BEBELS über diese Frage die Verwandlung des Ackerlandes in gemeinschaftliches Eigentum für eine gesellschaftliche Notwendigkeit erklärte und die Baseler Resolution damit ratifizierte. Obgleich diese Generalversammluug in Stuttgart stattfand, schickte die Volkspartei, im Gegensatz zur früheren Gepflogenheit, keine Begrüßungsdelegation. Der Verzicht der Arbeiterführer auf ein

1) FRESES Erwiderung auf BEBELS Ausführungen förderte keine fruchtbaren Gesichtspunkte zutage. Wieder nannte er die persönliche Freiheit das A und Ω aller Demokratie, der die Vielregiererei eines allmächtigen Staates stracks widerspräche. Nach dem Vorbild der spekulativen Philosophie konstruierte er ein natürliches Recht des Menschen auf Privateigentum, wogegen die Lehre von der direkten Staatseinmischung verstoße. Die Sozialisten ließen die Idee entgelten, was der Verwirklichung anhafte, sie fänden bewußte Verschuldung, wo allein menschliches Schicksal walte, bedingt durch nähere und fernere Vergangenheit, durch persönliche Ungleichartigkeit usw. Die Heilung des Übels durch Staatskontrolle usw. würde ein unendlich größeres Übel sein als das Übel selbst! Vgl. Dem. Corresp. 22., 25., 29. März 1870: „Zur Frage von der Staatshilfe".

ferneres Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie kam am schärfsten in LIEBKNECHTS Referat über die bevorstehenden Reichstagswahlen zum Ausdruck. Er warf der Volkspartei, der er noch vor kurzem selbst angehört hatte, ihre Programmlosigkeit vor — „Preußenhaß ist doch kein Programm" — und bekämpfte am Ende sogar den Abschluß eines Wahlbündnisses. Bestimmend für diesen radikalen Bruch LIEBKNECHTS mit den bisherigen Genossen, den BEBEL, im Hinblick auf die Gemeinsamkeit der politischen Kampfesfront, in dieser Schärfe auch jetzt nicht gewünscht hatte, war die Rücksicht auf die Haltung der bayerischen Sozialdemokraten. Ihr Delegierter erklärte sich in der Tat danach für hoch befriedigt, weil Kompromisse mit den „Zukunftsjesuiten", wie er die bürgerlichen Demokraten titulierte, hinfort ausgeschlossen sein sollten, und er stellte fest, daß SCHWEITZERS Verleumdungen durch diesen Beschluß Lügen gestraft wären.

Mehr als BEBEL, der es verschmerzen konnte, bedauerte SONNEMANN, der mit ihm im Ausschuß des Verbandes der Arbeitervereine Jahre hindurch einträchtig zusammen gewirkt hatte, daß theoretische Meinungsverschiedenheiten das Zusammengehen in praktisch-politischen Fragen für die Zukunft unmöglich machen sollten. Vielleicht um einen letzten, wenn auch wenig hoffnungsreichen Versuch zur Verständigung zu unternehmen, erklärte deshalb die Frankfurter Zeitung, daß der Stuttgarter Kongreß die entstandene Kluft *nicht* erweitert hätte [1]). Dadurch wurde aber auch dem Beobachter der Mund geöffnet, der bis dahin geschwiegen hatte, weil er einer offiziellen Parteikundgebung nicht vorgreifen wollte. Dieses in den eigenen Reihen der Partei einflußreichste Organ der bürgerlichen Demokratie erklärte nunmehr bündig, daß das Bekenntnis der Arbeiterpartei zum Geist der Baseler Resolution und ihre Ablehnung jedes Wahlbündnisses den Bruch zwischen ihr und der Volkspartei endgültig gemacht hätte [2]). Für die nächste Gelegenheit stellte der Beobachter den Sozialdemokraten eine *offizielle* Absage der Volkspartei in Aussicht.

1) L. A. vom 11. Juni 1870.

2) Die Demokratische Correspondenz, die sich schon am 14. Juni 1870 mit voller Schärfe ähnlich ausgesprochen hatte, setzte in ihrer folgenden Nummer vom 21. Juni ihre Polemik fort unter dem Titel: „Der neue Bauernkrieg".

XI.

Aber eine solche Gelegenheit fand sich nicht mehr. Jene endgiltige Absage des Beobachters an die Arbeiterpartei ist vom 25. Juni 1870 datiert. Wenige Wochen darauf hatte der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges das gemeinsame nationalpolitische Programm der beiden Volksparteien in die historische Rumpelkammer geworfen. Die großdeutsch-revolutionäre Bewegung war tot, und den Demokraten blieb keine andere Wahl, als sich der nationalen Hochflut zu überantworten oder entgegenzuwerfen. Zu dem ersteren entschlossen sich notgedrungen KARL MAYER [1]) und seine Freunde, der andere Weg führte LIEBKNECHT und BEBEL als „Hochverräter" nach Lötzen und Hubertusburg.

Doch nicht allein das nationalpolitische Programm der Demokratie wurde gegenstandslos durch die Ausdehnung der preußischen Hegemonie auf den deutschen Süden, auch die übrigen Lieblingsforderungen der Volkspartei verloren teils für immer teils auf lange Jahre hinaus jeden Bezug zu den Aufgaben und Kämpfen, die das neue Reich im Zeitalter BISMARCKS erfüllten. Konnte es da verwundern, daß das Volk sich von den verblaßten Idealen der „reinen" Demokratie abwandte? Ein Wortführer der Internationalen Arbeiterassoziation, JOHANN PHILIPP BECKER, prophezeite schon zu Anfang 1870 der bürgerlichen Demokratie, sie werde infolge von Desertion, Altersschwäche und Absterben „spätestens mit der jetzigen Generation zu Grabe sinken" [2]). Für die dumpfe Verzweiflung, die sich jetzt der Männer bemächtigte, die bis dahin, von der Entwicklung eines Menschenalters unberührt, mit religiöser Inbrunst ausschließlich für die alten abstrakten Freiheitsforderungen gekämpft hatten, fand ich im Nachlaß JOHANN JACOBYS ergreifende Zeugnisse. Da ist besonders ein Brief, den GUIDO WEISS, der Redakteur der Zukunft, seinem verehrten „Meister" am 27. August 1870 schreibt: „Von der Zukunft", heißt es dort, „weiß ich Ihnen nicht mehr zu sagen, als daß sie eben noch erscheint von Tag zu Tag: an ihre Zukunft glaube ich nicht mehr. Über den Krieg hinaus halte ich sie wohl noch, dann mag sie unter Protesten,

---

1) „Wenn die Schwa(l)ben heimwärts ziehen"!, spottete der Volksstaat vom 27. Juli 1870.

2) Vorbote 1870, S. 68.

Konfiskationen usw. zu Grabe gehen. Von SONNEMANN weiß ich nichts, würde ihm auch verdenken, wollte er jetzt sich zu einem Unternehmen der Art verpflichten. Der Begriff unserer Partei ist so rein geworden, daß er nahe daran ist, aller Körperlichkeit zu entsagen. Ich bin etwas befangen von persönlichem Leide [1]), aber ich sehe kein Licht mehr vor uns" [2]).

Wohl taten auch der Sozialdemokratie die nationale Erhebung der Reichsgründungsmonate und die noch über den Krieg hinaus anhaltende patriotische Hochstimmung empfindlichen Abbruch. Aber die tiefen Ursachen, die zur Entstehung selbständiger Arbeiterparteien geführt hatten, blieben nicht allein in Wirksamkeit unter den veränderten politischen Verhältnissen, sondern sie gewannen sogar mit der jetzt anhebenden großzügigen kapitalistischen Entfaltung noch an Kraft. Und dieser enge Zusammenhang zwischen der Arbeiterbewegung und den Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft gewährte den Führern der Sozialdemokratie Rückhalt und Sicherheit während der Jahre des Stillstandes und scheinbaren Niederganges. „Das Jahr 1870 bringt noch zu Falle, was das Jahr 1866 an politischer Wankelmütigkeit stehen ließ", so schrieb BEBEL am 1. November 1870 in einem die süddeutsche Volkspartei scharf kritisierenden Brief an JACOBY, der bald darauf seinen tragischen Übertritt zur Sozialdemokratie vollzog. „Und das ist sehr gut. Mögen auch momentan die Schläge noch so hageldicht auf uns niederfallen, die Zukunft gehört uns und ich glaube wohl behaupten zu dürfen, daß die Ernüchterung nach 70 noch schneller eintritt wie nach 66. Die Entwicklung der Dinge schreitet rasend schnell vorwärts und unsere größten Gegner sind es, die sie gegen ihren Willen am meisten fördern".

GUIDO WEISS und BEBEL waren und blieben einander freundschaftlich gewogen. Daß aber diese beiden ehrlichen Demokraten

1) Der einzige Sohn GUIDO WEISS' hatte sich kurz vorher in Zürich das Leben genommen.

2) XAVER VON HASENKAMP, Redakteur des Frankfurter Journals, schrieb am 3. November 1870 an JACOBY: „Fahnenflucht, Servilismus, der Angstschrei der verödeten Knopflöcher überall. Wir haben bei den Wahlen die vollständigste Niederlage in Aussicht. Dem ruere iu servitium ist fortan der freieste Spielraum . . ."

zur gleichen Zeit mit so entgegengesetzten Erwartungen der Zukunft entgegensahen, beleuchtet heller als viele Worte es vermöchten den Ausgang des Trennungsprozesses zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie Deutschlands!

XII.

Im Programm der deutschen Volkspartei hatte ihr nationales Ideal einen überragenden Platz eingenommen, und so war kaum zu erwarten, daß sie den schmählichen Schiffbruch desselben überleben würde. Aber an ihrem Schicksal erwies sich jene Beharrungskraft, die politischen Organisationen öfter eigen ist. Wohl blieb das Bereich dieser Partei, die einst ganz Deutschland hatte umspannen wollen, fast ausschließlich auf Württemberg beschränkt, und Jahrzehnte vergingen, in denen die Aufgaben des militärischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ausbaus des nationalen Einigungswerks jene Forderungen, an denen sie jetzt noch festhalten durfte, in den Hintergrund drängten. Von 1871 bis 1877 war SONNEMANN ihr einziger Vertreter im Reichstag; die Septennatswahlen schalteten sie vorrübergehend gänzlich aus, und zu keiner Zeit brachte es die kleine Fraktion auf mehr als zwölf Abgeordnete [1]). Das Bündnis mit der Sozialdemokratie blieb zerrissen, aber ihre demokratischen Grundsätze verboten der Volkspartei auch, den antiklerikalen und antisozialistischen Volksströmungen, die BISMARCKS gewaltsame Politik zu Ausnahmegesetzen verdichtete, Zugeständnisse zu machen. Von den Liberalen hielt gerade der Umstand sie fern, daß ein Teil dieser gespaltenen und seit 1879 zur völligen Ohnmacht verurteilten Partei dazu sich verleiten ließ. So schien ein mühseliges Hinsiechen der Volkspartei beschieden zu sein und nur die Zugehörigkeit der zu einem Weltblatt aufschießenden Frankfurter Zeitung ihr noch künst-

1) HOLTHOF in der „Wage" a. a. O. 1877, PAYER in der „Patria" a. a. O. und (O. HÖRTH), Die deutsche Volkspartei. Ein Rückblick in „Frankf. Ztg." vom 13., 18., 22. März 1910. — Zu einseitig durch die nationalliberale Parteibrille erblickt die Volkspartei der B. gezeichnete Aufsatz der „Grenzboten" vom 13. Juli 1910. Unhaltbar ist z. B. die Behauptung, daß die Frankfurter Zeitung in der sozialen Gesetzgebung sich einfach BISMARCK angeschlossen habe. SONNEMANN hatte schon den Vereinstagen des Verbandes deutscher Arbeitervereine in den sechziger Jahren Entwürfe zu Arbeiterversicherungsgesetzen vorgelegt.

liches Leben einzuflößen. Da schob die Zeitströmung Probleme in den Vordergrund, für welche sie sich aus den Tagen des Bündnisses mit der Arbeiterbewegung ein Verständnis bewahrt hatte, das dem der anderen bürgerlichen Parteien, besonders des Liberalismus, überlegen war. Die frühzeitige Salbung ihres Programms mit sozialem Öl kam ihr jetzt zugute. Einst war die Fortschrittspartei daran gescheitert, daß sie unter dem Einfluß großkapitalistischer und manchesterlich-dogmatischer Elemente ihre wirtschaftlichen Forderungen zu einseitig auf das Laisser faire et laisser passer eingestellt, daß sie die Lehren der Freihandelsschule auch auf sozialpolitischem Gebiet zum Dogma erhoben hatte. Die Volkspartei übernahm jetzt die Mission, in den Reihen des liberalen Bürgertums, dem leidenschaftlichen Widerstand Eugen Richters, der sie deswegen haßte, zum Trotz, das Verständnis zu wecken für die sozialen Aufgaben des Staates. Mit dieser allmählichen Abwendung der freisinnigen Parteien des Nordens vom Manchestertum fiel auch ein wesentliches Hindernis, das ihrem dauernden Zusammenwirken mit der Volkspartei im Wege gestanden hatte. Als daher im zweiten Jahrzehnt nach Bismarcks Sturz dem freiheitlichen Bürgertum allgemeiner zum Bewußtsein kam, daß die Hauptursache seiner Einflußlosigkeit in seiner heillosen politischen Zersplitterung lag, da gab die Volkspartei, auf ihrer Jahresversammlung in Heilbronn 1903, den Anstoß zu der, seither erfolgten, Verschmelzung der zwischen den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie stehenden politischen Organisationen des deutschen Liberalismus.

Ob aber in unserer Epoche der Blöcke die Nachfahren der deutschen Volkspartei einmal noch die schwerere Aufgabe zu lösen haben werden, die Brücke zu einer neuen politischen Wirkensgemeinschaft des freiheitlichen Bürgertums mit der Arbeiterklasse zu schlagen, darüber Mutmaßungen anzustellen, ist nicht mehr Aufgabe des Historikers!

Bernhard Bolzano und seine Utopie „Vom Besten Staat“.

Von

Cyrill Horáček.

I.

Der Lebenslauf BERNHARD BOLZANOS, des ehemaligen Religionsprofessors an der Prager Universität, fällt in jene an politischen Ereignissen und umstürzenden Ideen reiche Zeitepoche, die die Grenze zwischen der mittelalterlichen Lebensanschauung und dem aufgeklärten Rationalismus bildet. Für Österreich und Böhmen insbesondere ist diese Zeit noch dadurch gekennzeichnet, daß sie die ersten Anzeichen des keimenden öffentlichen Lebens und der erwachenden Nationalitätsidee, die in die weiten Volksschichten einzudringen begann, mit sich brachte. Dieses eigenartige Milieu konnte auf die Geistesrichtung BOLZANOS, der von der Natur reich begabt und vom Streben nach dem allgemeinen Besten erfüllt war, nicht ohne Einfluß bleiben. Äußerlich verlief sein Leben einfach und ruhig, doch nicht ohne dramatische Konflikte.

Er wurde im Jahre 1781 als Sohn eines italienischen, in Prag ansässigen Handelsmannes geboren. Sehr früh verriet er eine seltene Begabung. Man ließ ihn daher studieren, obzwar seine körperliche Gesundheit manches zu wünschen übrig ließ. Er wandte sich erst der Philosophie, dann aber der Theologie zu und wurde nach reiflicher Überlegung katholischer Priester. Doch widmete er sich nicht der Seelsorge, sondern oblag weiteren Studien und tat sich namentlich in der Mathematik hervor. In jungen Jahren unterzog er sich allen vorgeschriebenen Prüfungen, erlangte das Doktorat der Philosophie und konkurrierte mit bestem Erfolge um die Professur sowohl der Mathematik als auch der Religion an der Prager Universität. Die letztere trat er auch tatsächlich im Jahre 1805 an und erfreute sich sehr bald bei der akademischen Jugend

einer außergewöhnlichen Beliebtheit und Popularität. Der Grund davon lag nicht nur in dem eigenartigen Zauber seiner persönlichen Erscheinung, sondern auch im Inhalt und Wesen seiner Vorlesungen und Exhorten. Dieselben waren nämlich nicht, wie in damaliger Zeit zumeist, eine geistlose Paraphrase des vorgeschriebenen Lehrstoffes, sondern zeichneten sich durch sichere selbständige philosophische Auffassung aus, die von freisinnigem, aber dabei tief religiösem und ethischem Geist durchdrungen war. In der Zeit der heiligen Allianz erregte solch freimütiges Auftreten eines akademischen Lehrers recht bald in politischen und orthodox-katholischen Kreisen Anstoß. BOLZANO wurde gewarnt, ermahnt, endlich im Jahre 1820 mit einer kleinen Pension seines Lehramtes entsetzt. Nicht genug an dem, leiteten auch die kirchlichen Behörden gegen ihn wegen Äußerungen, die angeblich dem Wesen der katholischen Glaubenslehre widersprachen, eine Untersuchung ein, und diese drohte für ihn eine verhängnisvolle Wendung zu nehmen. War ja einige Zeit sogar seine persönliche Freiheit gefährdet. Doch gelang es ihm schließlich, die Anklagen seiner Widersacher in dieser Beziehung zu entkräften, und er selbst hielt sich bis zu seinem Lebensende für einen glaubenstreuen Katholiken[1]).

Bei seiner Bescheidenheit und seinen geringen persönlichen Bedürfnissen empfand BOLZANO den Verlust der Professur als kein Unglück. Er behauptete vielmehr, diesem Zwischenfalle die Verlängerung seines Lebens zu verdanken, weil seine erschütterte Gesundheit den Ansprüchen, welche die Lehrtätigkeit an ihn stellte, kaum längere Zeit gewachsen gewesen wäre. Auch fand er als durch keine Berufspflichten gehinderter Privatgelehrter viel eher Muße zur literarischen Tätigkeit. Er lebte abwechselnd in Prag in Hausgemeinschaft mit seinem unverheirateten Bruder oder bei befreundeten Familien auf dem Lande. Dabei widmete er sich ausschließlich wissenschaftlichen Arbeiten und unterhielt regen Verkehr mit zahlreichen Freunden und Schülern, deren Liebe und Anhänglichkeit zu seiner Person auch nach dem unfreiwilligen Abbruch seiner Lehrtätigkeit bis zu seinem Tode fortdauerten. Diese Schüler und Anhänger, obzwar sie in weiter Welt zerstreut und zum Teil, wie

1) Vgl. Lebensbeschreibung des Dr. B. BOLZANO, Sulzbach 1836; B. BOLZANO und seine Gegner. ebda 1839. — Beide anonym erschienenen Schriften stammen von einem Schüler B.s, FESL.

FESL, wegen ihrer Beziehungen zu BOLZANO sogar persönlichen Verfolgungen ausgesetzt, scharten sich trotzdem um ihren angebeteten Meister in festgeschlossenem, durch gemeinsame Ideen zusammengehaltenem Kreis. Sie besuchten ihn häufig, standen mit ihm im brieflichen Verkehre, schrieben seine Manuskripte ab, ja legten dieselben sogar ohne sein Vorwissen in Druck. So entstand eine Schule, welche die Lehrmeinungen BOLZANOS eifrig weiterverbreitete.

In so geartetem stillen aber rührigen geistigen Schaffen erreichte BOLZANO ein ziemlich hohes Alter. Er erlebte noch das bewegte Jahr 1848, ohne sich allerdings an den Ereignissen während desselben aktiv zu beteiligen, und starb vor dessen Ablauf (18. Dezember 1848), von der gesamten Prager Bevölkerung hoch geschätzt und tief betrauert.

Die literarische Tätigkeit B.s umfaßt drei Gebiete: Mathematik, Religionswissenschaft und Philosophie. Die Anzahl seiner zum Teil ungedruckt gebliebenen Schriften ist ungemein groß.

Seine sozialpolitischen Anschauungen, die allein uns hier interessieren, gelangen am deutlichsten zum Ausdruck in seinen Exhorten [1]). Dieselben enthalten zahlreiche Erwägungen, Ratschläge und Anregungen in nicht nur religiös-ethischer, sondern auch sozialer und politischer Richtung. So erscheint hier B. als eifriger Verfechter der Aufklärungsbestrebungen (S. 26). Nach dem Vorbilde ROUSSEAUS schwärmt er für die Rückkehr zur Natur (S. 86). Er verlangt: Gleichstellung der Frauen mit den Männern (S. 171), Teilnahme des Volkes an der Regierungsgewalt (S. 118), Freiheit der Presse (S. 116). Der einzelne ist seiner Meinung nach zu schwach, um gesellschaftliche Reformen durchzusetzen; um so erfolgreicher können in dieser Richtung Vereinigungen und Verbindungen mehrerer Menschen wirken (S. 119) [2]). Ernstlich zieht er in Erwägung, ob und in welchen Fällen man berechtigt ist, dem Befehle vorgesetzter Behörden Widerstand zu leisten (S. 149), und wann man den gesetzlichen Anordnungen nicht zu gehorchen brauche (S. 40, 56, 88, 364) [3]).

---

1) DR. BERNHARD BOLZANOS Erbauungsreden an die akademische Jugend, herausgegeben von einigen seiner Freunde, bevorwortet von DR. F. PŘIHONSKÝ. Prag 1849.

2) Es ist bezeichnend, daß einige Schüler BOLZANOS später tatsächlich wegen Geheimbündelei verfolgt wurden.

3) Ebenso in den Erbauungsreden. Neue Folge I, Wien 1884. S. 33.

Sehr weitgehend und kühn sind auch manche seiner Forderungen. Er eifert gegen Ungleichheit der Menschen (S. 36, 47, 171) sowie gegen Vermögensunterschiede unter denselben (S. 5, 84, 96, 115, 160) und sehnt sich nach dem Kommunismus des Urchristentums, „wo die frostigen Worte mein und dein unbekannt waren“ (S. 264). Auch das Erbrecht findet bei ihm keine Billigung (S. 66, 136). Er behauptet ferner, daß viele Menschen deswegen Hunger leiden, weil andere ein arbeitsloses Dasein führen (S. 198), und fordert allgemeinen Arbeitszwang und Bestrafung des Müßigganges, denn wer nicht arbeite, solle auch nicht essen (S. 194, 214, 205, 215, 208). Es sei auch nicht wahr, daß die Armen von den Reichen ernährt werden (S. 207).

Ausführlich befaßt sich Bolzano ferner mit dem Wesen des Eigentumsrechtes, betont die Pflichten, die mit demselben verbunden sind, und weist auf die Beschränkungen hin, denen es zu unterwerfen sei (S. 267, 270, 271). Er tadelt diejenigen Unternehmer, welche die Arbeitslöhne kürzen (S. 275), ja er hält es sogar für erlaubte Notwehr, wenn diejenigen, die das allernötigste entbehren und darüber in Verzweiflung geraten, sich dessen, was sie zum Leben brauchen, wenn auch mit Gewalt, bemächtigen (S. 1). Derartige gewiß sehr radikale soziale Anschauungen finden sich auch in anderen seiner Schriften[1]).

Doch B. vertrat solche Grundsätze nicht bloß theoretisch, sondern handelte danach auch im praktischen Leben. Seine asketische Lebensweise und die außerordentliche Bescheidenheit seiner Bedürfnisse waren allbekannt. Seine unbeträchtliche Pension — 300 Gulden jährlich! — hat ihm vollkommen genügt, und manchmal äußerte er sogar seine Befriedigung über ihre kärgliche Bemessung, weil er Überfluß und Reichtum stets für gefährlich hielt[2]).

---

1) So beispielsweise im Buche über „Die Wohltätigkeit“. Prag, 1847.

2) In seiner Autobiographie (Lebensbeschreibung des Dr. B. Bolzano, S. 77) erzählt er selbst darüber: „Daß ich von meinem Gehalte von 800 fl. — so viel bezog ich jedoch erst in den letzten Jahren — auf eine Pension von 300 fl. herabgesetzt worden bin, hat mich bisher noch im geringsten nicht verdrossen, ja wenn man mir diese Pension nicht freiwillig zugestanden hätte, ich wäre schwerlich je zu bewegen gewesen, um eine anzusprechen. Aber einen Jahresgehalt, den man von freien Stücken mir anbot, zurückzuweisen, wie einige mir zumuteten, hätte ich für Torheit erachtet. Denn da

Über einige charakteristische Momente aus dem Leben BOLZANOS, die seine Lebensanschauung und seine sozialen Bestrebungen beleuchten, berichtet uns sein Hausarzt DR. WISSHAUPT: B. war nie servil und untertänig, namentlich gegenüber höherstehenden Personen war sein Benehmen immer höflich oder würdevoll. Er war auch im Verkehre mit den Schülern vermögender und adeliger Familien zwar gerecht aber ihnen gegenüber immer strenger als gegenüber den armen Studenten. Auch ließ er sich jeden Dienst, den er einem Wohlhabenden erwiesen hatte, reichlich belohnen, er behielt jedoch das Geld nicht für sich, sondern verschenkte dasselbe. — Eine fürstliche Persönlichkeit besuchte einst BOLZANO und ersuchte ihn um Gutachten über gewisse mathematische Arbeiten, die von ihr herrührten und denen sie hohen Wert beilegte. Doch als BOLZANO die Überzeugung gewann, daß der Fürst jedweder Veranlagung für Mathematik entbehre, sagte er ihm das offen heraus und forderte ihn auf, sich auf einem anderen Gebiete Verdienste zu erwerben. Er machte ihn aufmerksam auf den Mangel billiger und gesunder Wohnungen, unter dem die ärmeren Klassen leiden, und auf das Unheil, das daraus für die menschliche Gesellschaft entstehe. Er munterte ihn daher auf, eine Aktiengesellschaft zu gründen und an deren Spitze zu treten, welche von gemeinnützigen Grundsätzen geleitet, Wohnhäuser mit billigen und gesunden Wohnungen herstellen würde[1]). — Auf dem Gute Techobuzy, welches der mit ihm befreundeten Familie HOFFMANN gehörte und wo er im Sommer zu verweilen pflegte, beabsichtigte BOLZANO eine Arbeitersparkasse zu gründen,

---

ich kein eigenes Vermögen habe und die Erteilung einer jeden Art von Unterricht mir verboten wurde, so könnte ich ja durch Verschmähung dieser Güte früher oder später in einen Mangel geraten, vor dem der Weise zwar nicht erzittern darf, wenn er ihn ohne sein Verschulden erleidet, bei welchem aber ich mir mit Recht Vorwürfe gemacht haben würde. Daß jedoch diese Pension nur so gering ausfiel, das hat bei meiner Art zu denken eher etwas Wohltuendes als Betrübendes für mich. Denn von jeher war es mein Wunsch, von den Gütern der Erde nicht allzuviel, höchstens nur so viel zu genießen, als bei einer gleichen Verteilung derselben auf einen jeden ausfallen würde, von jeher war mir nicht bänger zu Mute, als wenn es schien, daß ich vor anderen begünstigt sei."

1) Vgl. WISSHAUPT, Skizzen aus dem Leben DR. BERNHARD BOLZANOS. Leipzig 1850. S. 2, 18, 37.

mußte jedoch auf die Ausführung seines Vorhabens verzichten wegen Schwierigkeiten, die ihm die Regierung hierbei in den Weg legte. — Als im Gespräche einmal die Rede auf die Armenfrage gekommen war und der Bruder BOLZANOS, ein überzeugter Anhänger der Malthuslehre, das Eheverbot für arme Leute als das einzig wirksame Mittel gegen die Verbreitung der Armut empfahl, rief BOLZANO aus: „Armes Volk, bald sollst du auch noch kastriert werden.“

II.

Eine einheitliche und systematische Zusammenfassung seiner sozialpolitischen Anschauungen gibt B. in seiner Schrift. „Von dem besten Staate“ wieder. Wann dieselbe verfaßt wurde, ist aus ihr selbst nicht zu entnehmen. BOLZANO selbst erzählt im Vorwort: er habe sie in vorgeschrittenem Lebensalter zu schreiben angefangen, die in ihr enthaltenen Ideen seien jedoch die Frucht jahrelangen Nachdenkens. Er hat diese Arbeit nicht drucken lassen; und zwar geflissentlich. Denn obzwar er bei ihrer Abfassung von idealsten Beweggründen geleitet war und die reinsten Zwecke verfolgte, war er sich doch vollkommen dessen bewußt, daß der von ihm behandelte Stoff höchst heikler Natur sei und daß eine irrige Auffassung der Schrift gefährliche Folgen haben könne. Namentlich hielt er das stürmische Jahr 1848 für gänzlich unpassend zu ihrer Veröffentlichung, indem er befürchtete, es könnten hierdurch im Volke schlummernde polititsche und soziale Leidenschaften geweckt werden[1]). So ist diese interessante Arbeit neben anderen Schriften BOLZANOS — und zwar bis heute — Manuskript geblieben. Heute freilich bestehen zweifellos die Bedenken, von denen BOLZANO sich beherrschen ließ, nicht mehr, und es sprechen gleichermaßen Pietätsrücksichten, wie literarhi-

1) Vgl. WISSHAUPT a. a. O. S. 13, 14; ebenso ČERVNKOVA, BERNARD BOLZANO, Prag 1881, S. 52. Daselbst wird S. 38 nachstehende Episode aus dem Leben Bs. erzählt. Als Graf LEO THUN in den letzten Lebensjahren B.s demselben durch Vermittlung des P. FRANZ SCHNEIDER eine Jahrespension angeboten hatte, wollte sie B. nicht eher annehmen, als THUN die Schrift Vom besten Staate gelesen habe, in der gegen alle Geburtsprivilegien Stellung genommen wird. THUN hat das Manuskript gelesen und die Pension trotzdem gewährt. B. verwendete dieselbe jedoch nur zur Ergänzung seiner Bibliothek und hat diese nach seinem Tode dem Grafen THUN vermacht.

storisches Interesse dafür, dieses Werk durch den Druck endlich allgemein zugänglich zu machen[1]).

Es besteht aus einem Vorworte, einer Einleitung und 28 Abteilungen.

Im Vorwort versichert B., der einzige Beweggrund, dem die Schrift ihr Entstehen verdanke, sei die Nächstenliebe. Von seiner Jugend an habe er darüber nachgedacht: ob und wie das Übel aus der Welt ausgerottet oder wenigstens eingeschränkt werden könne, und er sei zur Überzeugung gelangt, daß wenn auch nicht die einzige, so doch die Hauptursache alles Übels die bisherigen bürgerlichen Einrichtungen seien. Deshalb habe er einen beträchtlichen Teil seiner einsamen, dem stillen Nachdenken geweihten Stunden der Untersuchung gewidmet: wie ein Staat eingerichtet sein müßte, um der Förderung des allgemeinen Wohles auf das vollkommenste zu entsprechen. Erst in vorgerückten Jahren habe er sich entschlossen, diese Frage zu beantworten. Er tue dies allerdings nicht in der Erwartung, daß man in irgend einem Lande alsbald die bestehende Verfassung niederreißen und ein ganz neues Gebäude nach dem von ihm angegebenen Grundrisse aufrichten werde. Ein solches Beginnen wäre übereilt und müßte verderbliche Folgen haben. Er wolle bloß, seine Gedanken möchten vorurteilsloser Prüfung unterzogen werden. Denn bevor so weitgehende und wichtige Änderungen der gesellschaftlichen Ordnung ins Werk gesetzt werden könnten, müßten sie von den verständigsten und weisesten Männern gebilligt werden. Und auch dann dürften sie nur behutsam, allmählich und übergangsweise eingeführt werden, um den Widerstand derjenigen zu vermeiden, deren bisherige Interessen hierdurch etwa berührt würden. Erworbene Rechte wären zu schonen und erst die künftige Generation müßte durch eine angemessene Erziehung auf die neue gesellschaftliche Ordnung vorbereitet werden. Ferner müßte auf die verschiedene Entwicklung in den einzelnen Ländern Bedacht genommen werden. Weiter erwähnt Bolzano, daß er sich bloß mit der Beantwortung der Frage beschäftigt habe, welche Einrichtungen für einen Staat

1) Das vorhandene Manuskript befindet sich in Verwahrung des Museums des Königreiches Böhmen. Es dürften jedoch noch mehrere andere Exemplare existieren, weil alle ungedruckten Arbeiten B.s in zahlreichen Abschriften in Händen seiner Schüler verbreitet waren.

geziemend seien, der auf den Namen des vollkommensten Anspruch machte. Auf die zweite Frage jedoch, wie ein solcher Staat allmählich herbeigeführt werden könnte, habe er sich nirgends eingelassen. Gleichzeitig legt er auf die Ergebnisse seiner Arbeit einen ungemein großen Wert und glaubt, daß sie, trotz ihres geringen Umfangs das beste und wichtigste Vermächtnis sei, das er der Menschheit hinterlassen habe. Und er beschließt das Vorwort mit nachstehenden eindringlichen Worten an den Leser: „Darum wer du auch immer bist, dem diese Papiere einst zu Gesicht kommen, wisse, daß ihr Verfasser über den Gebrauch derselben die Rechenschaft abfordern wolle, bis er mit dir einst steht vor Gottes Richterstuhle. So wenig er es verlangt, daß du seinen Ansichten ungeprüft beistimmst, oder seine Vorschläge mit Übereilung oder durch Mittel, die ungerecht sind, ins Werk zu setzen versuchst, so strenge fordert er, daß du mit Unbefangenheit prüfest und nicht aus bloßer Leidenschaft bestreitest, was dir im Innersten vielleicht als Wahrheit einleuchten wird. Noch dringender warnt er dich vor dem Vergehen, der Unterdrücker solcher Wahrheiten zu werden. Leicht ist es allerdings, diese wenigen Blätter, zumal sie dir noch als Handschrift vorliegen, in die lodernde Flamme zu werfen, und somit alles Gute, was sie etwa zu stiften vermöchten, im Keime zu ersticken, aber das überlege vorher, ob du es eben so leicht werdest verantworten können, wenn du auf diese Weise schuld daran würdest, daß auch nur eine ersprießliche Wahrheit unter den Menschen später, als es sein müßte, anerkannt würde.“

In der Einleitung betont B. vorerst die Wichtigkeit der staatlichen Einrichtungen für das menschliche Wohl und wendet sich gegen diejenigen, welche diese Frage unterschätzen. Es sei wohl wahr, daß es in allen Ländern, trotz ihrer so verschiedenen Staatsverfassung, genug unzufriedene Menschen gebe, und es lehre auch die Geschichte, daß die verständigsten Völker ihre Verfassungen oft gewechselt und trotzdem unter keiner derselben das gehoffte Heil gefunden haben. Doch sei die Anzahl der Unzufriedenen in allen Staaten nicht die gleiche und ebensowenig könne die Möglichkeit einer im Vergleich mit allen bisherigen viel besseren Verfassung bestritten werden. Jede Einrichtung habe ihre guten und schlimmen Seiten. Einmal überwiegt diese, ein andermal jene. So habe es beispielsweise bei vielem Guten freilich auch

einiges Schlimme, wenn niemand durch Zwang genötigt werde, sich zu einem gewissen Glauben zu bekennen, und andererseits habe es bei vielem Schlimmen auch einiges Gute, wenn Ämter und Würden erblich seien. Allerdings könne die vollkommenste Staatsverfassung allein alle Menschen nicht glücklich machen, es blieben noch genug Leiden, die durch keine Gesellschaftsordnung aus der Welt geschafft werden könnten. Aber trotzdem könnten durch zweckmäßigere soziale Einrichtungen manche gegenwärtige gesellschaftliche Übel gelindert werden. B. verweist auf viele physische Krankheiten, die ihre Ursache in verkehrter Erziehung, mangelhafter Ernährung, ungesunden Wohnungen haben, und fährt fort: „Wie viele Tausende von unseren Brüdern entbehren . . . der Mittel zur Befriedigung ihrer wesentlichsten Bedürfnisse, vergehen in ihrer Not, nicht weil die Erde nicht reich genug ist an Gütern, um alle ihre Kinder mit Überfluß zu versehen, sondern nur darum, weil zweckwidrige Einrichtungen im Staate es dulden, daß diese Güter auf eine so ungleiche Art unter uns verteilt sind, und weil der größte Teil der Erdoberfläche so gut wie unangebaut bleibt." Durch die Vervollkommnung der Staatseinrichtungen ließe sich daher zweifellos vieles Übel auf der Welt beseitigen. Allerdings könnte vom theologischen Standpunkte eingewendet werden, warum also Gott selbst die vollkommenste Verfassung der Menschheit nicht offenbarte. Doch beruhigt sich B. mit der Antwort, daß es nicht Sache der Vorsehung, sondern der Menschen selbst sei, ihre Glückseligkeit anzustreben. Das täten sie jedoch bedauerlicherweise nicht. „Ja, in den meisten Ländern darf die Frage vom besten Staat entweder gar nicht zu einem Gegenstande der öffentlichen Untersuchung erhoben werden, oder man darf sich darüber nur derart äußern, daß die Verfassung, die eben hier besteht, als die zweckmäßigste gepriesen werde."

Auf die weitere Frage nach dem Zweck der gesellschaftlichen Einrichtungen, definiert B. diesen als die möglichste Förderung der Tugend und Glückseligkeit der Gesamtheit. Hieraus folgt ihm, daß diese Einrichtungen nicht in allen Zeiten und überall die gleichen sein können, sondern gegebenen Verhältnissen anzupassen sind. Doch erscheinen ihm gewisse Verhältnisse allen Ländern gemeinsam und auch die menschliche Natur als überall gleich. Deshalb lassen sich, meint er, gewisse allgemeingültige und absolute

Grundsätze der gesellschaftlichen Ordnung aufstellen. Doch sieht er ein, daß es ein Fehler wäre, den konkreten Boden zu verlassen und nur mit idealen und vollkommenen Menschen zu rechnen. Man müsse wirkliche Menschen nehmen, mit allen ihren sittlichen Mängeln. „Denn wenn die Menschen schon vollkommen wären, dann wäre freilich auch die mangelhafteste Verfassung noch erträglich, aber eben weil wir fehlerhaft sind, so ist es notwendig, daß wir Verfassungen erhalten, in welchen mit diesen Fehlern schon gerechnet und alles so eingerichtet wäre, daß wir auch trotz dieser Fehler uns aufgelegt fühlen, gerade das zu tun, wodurch wir das Wohl des Ganzen befördern."

In dem folgenden I. Abschnitt der Schrift: „Von den Bürgern des Staates, von dessen Umfange und dessen Abteilungen" bespricht B. ausführlich: wer als Staatsbürger zu betrachten sei, und betont, daß mit der Staatsbürgerschaft neben den Rechten auch Pflichten verbunden sind, namentlich die Pflicht zur Befolgung der Staatsgesetze. Mit Rücksicht auf den räumlichen Umfang des „Besten Staates" hoffte er, „es komme einst die Zeit, wo das gesamte menschliche Geschlecht sich nur als ein einziges Ganze betrachten wird dergestalt, daß jeder einzelne Mensch verpflichtet sein wird, sich in gewissen Stücken nach demjenigen zu richten, was ihm als Wille aller Übrigen bekannt wird, und daß man auch Mittel haben werde, ihn zur Erfüllung dieser Pflichten nötigenfalls sogar durch Zwang zu verhalten." Dann werde die ganze Menschheit einen einzigen Staat oder einen Bund sämtlicher Staaten ausmachen. Aber abgesehen von dem Umfange des betreffenden Staates wird derselbe eine Menge anderer kleiner Gesellschaften und Vereine, namentlich also Kreis-, Gemeinde- und Familienverbände in seiner Mitte einschließen müssen, so daß beispielsweise das Land aus 100 Kreisen, ein Kreis aus 100 Gemeinden, eine Gemeinde aus 100 Familien bestände. B. verspricht sich von einer derartigen Organisation die Erkenntnis gemeinsamer Interessen auf allen wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Gebieten, sowie deren zweckmäßigere und ökonomischere Befriedigung.

Im II. Abschnitt behandelt B. die Gesetzgebung. Nach ihm soll jeder Staatsbürger an der gesetzgebenden Gewalt teilnehmen, doch hätte er nicht über sämtliche Fragen zu entscheiden, namentlich nicht über solche, die er offenbar nicht verstehen kann.

Jedermann solle auch, ohne seinen Namen angeben zu müssen, zur Gesetzesinitiative befugt sein. Derartige Anträge sollten einer Vorprüfung durch sechs unparteiische und unabhängige Bürger unterzogen und von diesen auch a limine verworfen werden können. Letzterenfalls solle jedoch der Antragsteller berechtigt sein, die Hinterlegung seines Antrages im Archiv zu verlangen. Wenn ein sonst nützlicher Antrag gewissen Bevölkerungskreisen mutmaßlich Schaden bringen könnte, so sind dieselben auf Grund sachverständiger Schadensermittlung zu entschädigen. Zur Beschließung eines Gesetzes genügt nicht die Mehrheit der stimmberechtigten Bürger, sondern es bedarf dasselbe, um in Kraft zu treten, noch der Genehmigung eines besonderen Organes: des „Rates der Geprüften", einer Art von Senat aus Personen beiderlei Geschlechtes, die regelmäßig über 60 (bei besonderen Verdiensten auch schon bloß 40) Jahre alt sind und auf 3 Jahre gewählt werden. Diese Korporation überprüft nun in einer Versammlung von 10 Mitgliedern jeden bereits beschlossenen Gesetzentwurf. Wird derselbe mit 9 Stimmen verworfen, so kann er nicht Gesetz werden. Hingegen kann durch einhelliges Votum des Rates auch ein solcher Antrag zum Gesetze erhoben werden, der bei der Abstimmung der Bürgerschaft die Mehrheit nicht erhalten hatte.

Der III. Abschnitt handelt von der Regierung. Dieselbe wird durch gewählte, aus öffentlichen Mitteln besoldete Organe mit 1—3 jähriger Funktionsdauer besorgt. Die Wahlen erfolgen indirekt, indem die Bürger den Gemeindevorstand, dieser den Kreisvorstand und dieser den Landesvorstand wählt, oder richtiger: vorschlägt, durch Bezeichnung nämlich mehrerer zur betreffenden Regierungsfunktion tauglicher Personen, deren definitive Wahl dann durch die bisherigen Regierungsbehörden geschieht. — Die Regierungsorgane entscheiden kollegial alle wichtigeren Angelegenheiten.

Im IV. Abschnitte werden die Zwangsanstalten besprochen. Denn auch im besten Staate muß die Befolgung der Gesetze nötigenfalls erzwungen werden können. Es müssen daher hierzu geeignete Organe vorhanden sein, welche bei Beobachtung aller möglichen Vorsichtsmaßregeln auch von Waffengewalt Gebrauch machen dürfen. Denn es ist — so lange neben dem „besten Staat" noch andere Staaten bestehen — weder die Gefahr eines Angriffes von diesen her noch die einer inneren Erhebung ausge-

schlossen. B. will daher die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und sämtliche Bürger gehörig ausgerüstet wissen. Doch soll der „beste Staat“ keineswegs durch Anordnung von Gewalt zustande kommen. Verwirft ja B. grundsätzlich jedes Blutvergießen. Übrigens hält er im „besten Staate“ die Gefahr eines inneren Aufruhrs für viel geringer, als gegenwärtig, wo die Ursachen der Unzufriedenheit weit zahlreicher sind.

Der V. Abschnitt handelt von der Freiheit. Jede gesellschaftliche Organisation muß gewissen Freiheitsbeschränkungen unterworfen werden, die an und für sich noch kein Übel sind, insofern sie die notwendige Grenze nicht überschreiten und durch das allgemeine Wohl bedingt sind.

Der VI. Abschnitt ist der Besprechung der Gleichheit gewidmet. Eine absolute Gleichheit mit Bezug auf Rechte und Pflichten sämtlicher Bürger hält B. für undurchführbar. „Freiheit und Gleichheit — führt er aus — lautet das Losungswort, das man von allen Seiten her ertönen hört, so oft sich der wütende Pöbel in einem unglücklichen Lande erhebt, um die bestehende Ordnung der Dinge wegen der Mängel, die sie an sich hat, gewaltsam umzustoßen, in der Meinung, dies wäre das schnellste Mittel, nun eine bessere herbeizuführen.“ Die Rechte und Obliegenheiten der Menschen sollen sich nach ihren Bedürfnissen und Kräften richten. Diese sind aber bei einzelnen Menschen schon von Natur aus sehr verschieden und es ist nicht möglich, hierin eine künstliche Gleichheit zu schaffen. Doch soll die Ungleichheit dort beseitigt werden, wo sie dem Gemeinwohl widerspricht, willkürlich ist, und zu unverdienter Bevorzugung eines Teils führt. — Als besonders verderblich verwirft B. die Besitzungsgleichheit und schon durch die Geburt begründete Standesunterschiede. Zwar gibt er zu, daß eine vollkommene Vermögensgleichheit weder möglich noch wünschenswert sei. Es sollte jedem freistehen, durch Fleiß und Sparsamkeit ein größeres Vermögen zu erwerben als ein anderer. Aber die Vermögensunterschiede sollen nicht allzu bedeutend sein. Namentlich soll verhindert werden, daß großer Reichtum als Mittel zur Bestechung des Willens anderer diene und somit zu einer Art verderblicher Herrschaft über sie werde. „Allein das eine sowohl als das andere ist der Fall, wenn die Ungleichheit in dem Vermögen der Bürger so ungemein groß ist, wie fast in allen bis-

herigen Staaten, worin es einzelne gibt, die als ihr wohl erworbenes und vom Staate geschütztes Eigentum eine Summe von Gütern betrachten, welche bei einer gleichen Verteilung für viele Tausende hinreichen müßten. Ein solcher Reichtum bei einzelnen kann unmöglich zustande kommen, ohne daß viele andere verarmen, er kann noch weniger fortdauern, ohne daß seine Besitzer allmählich einen gefährlichen Einfluß auf die übrigen Mitbürger gewinnen." Wohl sei es richtig, daß die Vermögensungleichheit seinerzeit von Vorteil war und daß ihr der Kulturfortschritt zu verdanken sei. Heutzutage aber gelte das nicht mehr.' Wohl biete der Reichtum Gelegenheit zu Wohltätigkeit. Gerade das eben sei jedoch bedenklich, daß der Reiche nach Belieben sein Vermögen zu sowohl guten als schlechten Zwecken verwenden könne. Viel besser wäre es, wenn die Armen auf das, was ihnen die Reichen gnadenweise zuwenden, ein Anrecht hätten. Durch die Beseitiguug der Vermögensungleichheit, falls sie sich allmählich und etappenweise vollzöge, würden die Reichen kein Unrecht erleiden. Ja, sie würden davon sogar Vorteil haben, weil Reichtum stets für sie Gefahren in sich berge. — Und ebenso wie die Vermögensungleichheit sollen auch verschiedene Geburtsprivilegien und erbliche Vorrechte abgeschafft werden. Niemand soll lediglich infolge seiner Geburt auf gewisse Ämter und Würden Anspruch haben, sondern dieselben sollen jedem hierzu Befähigten zugänglich sein.

Der VII. Abschnitt handelt von der Religions- und Glaubensfreiheit. Niemand soll zu einem bestimmten Bekenntnisse gezwungen werden und keine Religion soll vor einer anderen einen Vorzug haben. Die Geistlichen sollen von den Bekennern ihrer Religion frei gewählt und unterhalten werden. Eine ganz neue Religionslehre darf allerdings ohne behördliche Bewilligung nicht verbreitet werden, namentlich nicht unter Kindern, welche ihre Tragweite noch nicht begreifen können. Der Religionswechsel soll jedermann freistehen, jedoch erst dann, wenn dargetan wird, daß er aus innerer Überzeugung unternommen wird.

Der VIII. Abschnitt befaßt sich mit dem Erziehungs- und Unterrichtsproblem. Die erste Erziehung sollen die Kinder von den Eltern erhalten, wenn kein besonderer Grund obwaltet, sie deren Aufsicht zu entziehen. Die Schulpflicht dauert bis zum 14. oder 15. Jahre. Der Lehrplan enthält für beide Geschlechter:

Anleitung zum Gebrauche der Sinne; Leibesübungen (für Knaben und Mädchen abgesondert); Gesundheitspflege; eine vernünftige Religion (mit Erlaubnis der Eltern); Naturgeschichte, Arithmetik und Geometrie; Lesen und Schreiben; Gesang; die Muttersprache und eine andere Weltsprache; Geschichte, Erdbeschreibung, Staatsgesetzkunde; Handarbeiten. B. ist überzeugt, daß mit Hilfe guter Methode dieser gesamte Stoff von den Kindern gründlich und nicht nur halb und lückenhaft bewältigt werden könne. Übrigens will er auch höhere Lehranstalten errichtet wissen, jedoch nur nach Bedarf und mit behördlicher Bewilligung. Denn die Zahl jener, die sich höherer Bildung widmen, soll beschränkt sein und sind zu ihr nur vorzüglich veranlagte Personen zuzulassen. Studierende an solchen höheren Schulen sollen gemeinschaftlich unter Aufsicht Älterer und Erfahrener erzogen werden. — Zur Ergänzung der Privatbildung sind öffentliche Bibliotheken zu errichten.

Im IX. Abschnitt wird die Gesundheitspflege erörtert. Kein Opfer, welches behufs Rettung oder Verlängerung des Menschenlebens getragen wird, sei groß genug, erklärt B. Sämtlichen Bedingungen, von denen die Erhaltung und Hebung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung abhängt, soll daher die größte Sorgfalt gewidmet werden. Namentlich sollen ärztliche Hilfe und die gebräuchlichsten Arzneimittel aus öffentlichen Mitteln beschafft werden.

Der X. Abschnitt behandelt die Eigentumsrechte. Ob und inwieweit das Privateigentum anerkannt werde, hängt nach B. von den Staatseinrichtungen ab. Oberster Grundsatz soll hierbei sein, daß das Eigentum nur soweit anzuerkennen sei, als es dem Gesamtwohl zuträglich sei. In unbeschränktem Privateigentume dürften daher nur solche Gegenstände stehen, die keinem anderen einen nützlicheren Gebrauch gewähren, als dem sie gerade gehören. Dagegen soll das Eigentum an Gütern, die, wie z. B. Gemälde einem Blinden, ihrem Besitzer keinen Nutzen bringen, während sie anderen höchst nützlich werden könnten, niemals anerkannt werden. Insbesondere soll das Eigentumsrecht nie so weit reichen, daß der Eigentümer gemeinnützige Güter willkürlich vernichten dürfte. Ebensowenig soll die Okkupation herrenloser Sachen einen Eigentumstitel bilden, denn nicht immer ist es der Finder, der eine gefundene Sache am besten verwenden kann. Und weil auch

die Erzeugung eines Gutes noch nicht bedeutet, daß das Erzeugnis für den Produzenten die größte Brauchbarkeit habe, so soll auch die Arbeit lediglich den Anspruch auf Entlohnung gewähren und nicht schon an sich einen Eigentumstitel auf das Arbeitsprodukt abgeben. Am richtigsten ist es vielmehr, daß das Eigentum an einer Sache nur demjenigen zustehen soll, der sie am besten benutzen kann. Auch dürfen sich im Privateigentum keine Güter von großer Seltenheit befinden, namentlich wenn dieselben einzelnen keinen besonderen Nutzen gewähren. Denn nach solchen Gütern strebe man nur aus unlauteren Motiven. Solche Gegenstände sollen in der Regel nur der Gemeinde angehören und Ausnahmen hiervon nur aus besonderen Gründen, z. B. wenn es sich um Familienandenken handelt, zugelassen werden.

Aber auch Eigentumsübertragungen von einer Person auf eine andere, also private Tauschgeschäfte, will B. nicht zulassen, weil sonst leicht — unerlaubtes — Eigentum sich herausbilden würde. Und aus gleichen Gründen werden private Schenkungen oder Gebrauchsüberlassungen, namentlich Gelddarlehen, verpönt. Dagegen soll es jedermann freistehen, Geldersparnisse zu machen. Dieselben müssen dann beim Staate angelegt werden, wie auch dieser allein berechtigt ist, einzelnen zu nützlichen Zwecken sehr gering, nämlich mit höchstens 1/2 Proz. verzinsliche Gelddarlehen zu gewähren.

Auch das Erbrecht will B. abschaffen und letztwillige Verfügungen zugunsten Angehöriger nur inbetreff geringwertiger Andenken gestatten. Jeder Nachlaß fällt also an die Gemeinde, beziehungsweise an den Staat. Denn gerade im Wege der Erbfolge gelangt oft Vermögen in den Besitz von Leuten, die es nicht zum Gemeinwohle benutzen können, abgesehen davon, daß die Hoffnung auf eine Erbschaft ein schlechtes Erziehungsmittel ist. Allerdings müßte dann der Staat die Versorgung der minderjährigen Kinder selbst übernehmen. Das bedeutet aber, daß Güter, die durch den Gebrauch nicht zerstört werden, sondern von mehreren entweder gleichzeitig oder nacheinander benutzt werden können, wie Wohnhäuser, Werkzeuge, Bücher, Gemälde u. a. niemals als Eigentum eines einzelnen anerkannt werden dürfen. Es steht ihnen an denselben bloß ein zeitlich begrenztes Nutzungsrecht zu. Sonst könnte der Privateigentümer einen anderen von dem Gebrauche

derartiger nützlicher Gegenstände ausschließen oder für deren Benutzung, wie es tatsächlich der Fall ist, ein verhältnismäßig hohes Entgeld fordern. Könnte nicht irgend ein reicher Mann sämtliche kostbaren Sammlungen, Kunstwerke, seltenen Bücher u. a. zusammenkaufen und nachher aus purer Bosheit vernichten?

Aus diesem Grunde kann auch ordnungsmäßig erworbenes Eigentum im Verlaufe der Zeit durch Veränderung gewisser Umstände wieder eingebüßt werden, wenn ein anderer von der betreffenden Sache besseren Gebrauch zu machen in der Lage ist. Der Staat verfügt dann, daß der frühere Besitzer seines Eigentumes zugunsten jenes anderen sich begebe, wobei es bloß eine Frage der Billigkeit ist, ob er entschädigt wird oder nicht.

Es wird ferner notwendig sein, den Preis jedes Gutes, das jemand an sich bringen will, wie auch die Höhe der Entlohnung für Dienstleistungen an den Staat oder an einzelne zu bestimmen. Wenn jemand vom Staat Güter erwerben will, zu deren Erwerb er befugt ist, ohne den nötigen Kaufpreis zu haben, so werden sie ihm unentgeltlich überlassen, falls kein anderer Bewerber da ist, für den sie größeren Nutzen hätten. Beim Vorhandensein mehrerer Bewerber mit gleichem Interesse, wird jener bevorzugt, der dem Staat wichtigere Dienste geleistet hat. Benutzt der Bewerber einige ihm selbst entbehrliche Güter, oder vermag er durch seine Arbeit dem Staate nützliche Dienste zu leisten, so ist der Staat berechtigt, von ihm angemessenen, im Verhältnis zur (subjektiven) Wichtigkeit des überlassenen Gutes stehenden Ersatz zu fordern. Die Preise der Güter steigen daher nicht im Verhältnis zu ihrer Entbehrlichkeit, sondern bewegen sich in entgegengesetzter Richtung. — Gleiche Grundsätze gelten auch in betreff der privaten Tauschgeschäfte, soweit solche überhaupt zulässig sind. Derartige Tauschgeschäfte unterliegen staatlicher Kontrolle und Genehmigung.

Eine zum Nutzen des Staates unternommene Arbeit soll in gleicher Weise belohnt werden, als wenn sie im Interesse einer Privatperson verrichtet würde. Die Höhe dieser Entlohnung soll jedoch nicht im Verhältnis zur Wichtigkeit und Seltenheit der Leistung, der mit ihr verbundenen Anstrengung, der vorangegangenen Ausbildung usw. steigen, wie es gegenwärtig zu sein pflegt. Denn hierdurch würde wiederum die Besitzungleichheit gefördert. Manche Dienste, die im Interesse einzelner geleistet werden, belohnt

der Staat selbst, namentlich wenn keine Befürchtung eines Mißbrauches vorliegt, wenn sie so wichtig sind, daß ihr Unterbleiben von großem Übel wäre und wenn sie mit besonderer Sorgfalt ausgeübt werden müssen: so vornehmlich ärztliche Hilfe.

Soweit die Preise autoritativ festgesetzt werden, muß dies in öffentlicher Weise erfolgen. Auch privatrechtliche Verträge müssen öffentlich abgeschlossen werden, sonst sind sie rechtsunwirksam und strafbar.

Der kurze XI. Abschnitt befaßt sich mit dem Gelde. Auch im „besten Staate“ soll das Geld als Tauschmittel fortbestehen. Doch bedient man sich des Metallgeldes nur im Verkehre mit auswärtigen Staaten. Im Binnenverkehr werden Umlaufsmittel verwendet, die keinen inneren Wert besitzen, also Papiergeld. Wenn im Laufe der Zeit der Geldwert eine Änderung erfährt, sollen die aus früherer Zeit herrührenden Verbindlichkeiten nicht im ursprünglichen Nennwerte, sondern im faktisch bestehenden Werte erfüllt werden. Deshalb soll der wirkliche Wert des Geldes zeitweise amtlich festgestellt werden.

Im XII. Abschnitte spricht B. von den Beschäftigungen der Bürger. Obzwar jede Erfindung und jede Menschenarbeit ersparende Maschine von Vorteil ist, so ist doch die Arbeit selbst dem Menschen nützlich, und ist jeder Bürger verpflichtet, zu arbeiten. Doch die Art und das Ausmaß der Arbeit eines jeden soll die Gemeinde beziehungsweise der Staat bestimmen. Dadurch wird dem heutigen Übel vorgebeugt, daß auf einer Seite Mangel an Arbeitskräften, auf der anderen aber Beschäftigungslosigkeit herrscht. Arbeitsunfähige, Kinder und Greise, sollen aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden.

Die Beschäftigung einzelner soll möglichst abwechseln und deshalb jeder schon in der Jugend in einem oder mehreren praktischen Berufen ausgebildet sein, namentlich in Handwerken, so daß z. B. auch Gelehrte, anstatt zweckloser Spaziergänge und Unterhaltungen, zu ihrer Erholung zeitweise ein nützliches Handwerk betreiben können. Gänzlich nutzlose Beschäftigungen sind nicht zuzulassen. Ebensowenig solche Handarbeiten, die erfolgreicher durch Maschinen verrichtet werden können, und jene Beschäftigungen, die lediglich Erzeugung von Luxussachen zum Gegenstande haben, wie beispielsweise von feinen Speisen, Ge-

tränken, Juwelen usw. Auch die Poesie wäre als Lebensberuf nicht zu dulden. Höchstens könnte dichterisch besonders Begabten für bestimmte Zeit Befreiung von anderen Beschäftigungen gewährt werden. Gänzlich wäre jedoch als Lebensberuf auszuschließen Musik und Schauspielkunst.

Junge Leute sind behufs Bereicherung ihrer Kenntnisse auf Reisen ins Ausland zu schicken. Auch sollen sie in fremden Gemeinden ihre Gattinnen suchen, damit Familienbeziehungen unter verschiedenen Gemeinden unterhalten werden.

Besondere Inspektoren sollen die in jeder Gemeinde erzeugten Gütervorräte in Evidenz halten und ausweisen. Der Staat selbst entscheidet hierauf: wie viele junge Leute sich den verschiedenen Beschäftigungen alljährlich zu widmen haben, damit in einzelnen Berufen Gleichgewicht in den Arbeitskräften besteht. Dabei soll jeder zu einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Beschäftigung angehalten werden. Hierin soll sorgfältige Auswahl stattfinden, im Gegensatz zu der gegenwärtigen Übung, wonach über die Berufswahl meistenteils Zufall, Vorurteil, Abstammung entscheiden, und beschwerliche und verantwortliche Leistungen oft niedriger belohnt werden als solche, mit denen keine Arbeit verbunden ist. — Endlich möge jedermann Gelegenheit geboten werden, in besonderen Arbeitsräumen während der Mußestunden irgend eine nützliche Arbeit zu verrichten. Solche Räume könnten an Stelle der heutigen Wirtshäuser treten.

Im XIII. Abschnitte wird von den produktiven Gewerben gehandelt. In jedem Lande läßt sich unter günstigen Verhältnissen ein Zuwachs der Bevölkerung erwarten. Deswegen ist es notwendig, auch für eine hinreichende Menge von Lebensmitteln Sorge zu tragen. Es ist daher besondere Aufmerksamkeit dem Ackerbau, der Viehzucht und sämtlichen produktiven Gewerben zu schenken. Jede Erfindung, welche die Erzeugung der Bedürfnisbefriedigungsmittel steigert oder erleichtert, ist als eine der Gesamtheit erwiesene Wohltat anzusehen.

Die meisten Gewerbe müssen von mehreren Personen gemeinsam betrieben werden. Das wechselseitige Verhältnis dieser derart Zusammenwirkenden jedoch soll anders gestaltet werden als heute, wo einer in der Regel, der Unternehmer, Herr und die übrigen, die Arbeiter, ihm untergeben sind. Künftig sollen sämtliche Mit-

wirkende gleichen Anteil am Produktionserfolg haben. Die Aufsicht soll älteren und erfahrenen Personen, die hierzu ihre Tauglichkeit erwiesen haben, anvertraut werden. In Berufen, in denen, wie in der Landwirtschaft, Saisonarbeiten eine erhöhte Zahl von Arbeitskräften erfordern, können im Bedarfsfalle auch Angehörige anderer Berufsarten zur zeitlichen Aushilfe angehalten werden. Elementarschäden werden aus öffentlichen Mitteln ersetzt.

Der XIV. Abschnitt betrifft den Handel und Transport. Heute gibt es allzuviele Vermittler zwischen Produzenten und Konsumenten und deren Gewinn ist zu hoch, ungleichmäßig und mit großem Risiko verbunden. Im „besten Staate“ gäbe es überhaupt keinen Privathandel, sondern es würde lediglich der Staat durch seine Angestellten den Güteraustausch vermitteln. Er besorgt den notwendigen Transport vom Erzeugungsorte der Güter in die öffentlichen Verkaufshallen und verkauft hier die Erzeugnisse zu angemessenen Preisen, das heißt nach dem Maße der darauf verwendeten Arbeit. Dadurch wird an Transport, Regiekosten, Zwischengewinn usw. gespart. Gleichzeitig läßt ein derartiges allgemeines Handelsmonopol eine einfache Art der Besteuerung zu. Behufs Hintanhaltung von Unterschlagungen könnten die Waren mit besonderen Marken versehen und zu festgesetzten Preisen verkauft werden. Produkte, bei denen eine solche Vorkehrung untunlich ist, wären nur zur bestimmten Zeit unter behördlicher Aufsicht zu verschleißen.

Der XV. Abschnitt handelt von den Gelehrten. Die wissenschaftliche Forschung kann als Lebensberuf nur mit staatlicher Bewilligung gewählt werden und genießen die Gelehrten keine Vorrechte vor anderen Bürgern. Wissenschaftliche Hilfsmittel, namentlich Bücher, können keinen Gegenstand des Privateigentums bilden, sondern werden bloß einzelnen zur Benutzung überlassen. Die Namen der Entdecker neuer Wahrheiten sollen öffentlich bekannt gemacht werden; ebenso aber auch die Namen jener, die einer Wahrheit widersprechen. Eine Lehre, die von dem Rate der Geprüften einhellig als schädlich erklärt wurde, darf nicht verbreitet werden.

Der XVI. Abschnitt befaßt sich mit den Büchern und der Zensur. Die letztere soll auch im „besten Staate“ weiter bestehen, denn nicht nur schlechte Bücher sind zu unterdrücken, weil sie großes

Unheil schaffen können, sondern auch solche, die überhaupt unnütz sind und deren Lektüre nur kostbare Zeit raubt. — Die Namen der Zensoren sollen in der von ihnen genehmigten Schrift angeführt werden. Auch sollen dieselben Vorschläge zwecks Verbesserung, Berichtigung und Ergänzung der Schrift machen. Von dem Ausspruche der Zensoren findet Berufung an eine höhere Instanz statt. Übrigens wäre die Herausgabe von Büchern nicht Privaten zu überlassen wie heute, wo nicht der innere Wert des Buches, sondern die Hoffnung des Verlegers auf Gewinn maßgebend ist und schlechte und schädliche Bücher leicht Verleger finden, sobald nur ihre Herausgabe Profit erwarten läßt, gute hingegen oft vergeblich des Druckes harren.

Der XVII. Abschnitt behandelt die schönen Künste. Kunstwerke sollen möglichst verbreitet werden und jedermann zugänglich sein. Die Künstler, jedoch bloß die wirklichen und tatsächlich talentierten, sollen vom Staate unterhalten werden. Dagegen ist die dramatische Kunst zu verbieten, weil sie nur Verstellung ist und nicht das wirkliche Leben darstellt.

Im XVIII. Abschnitte wird von der Nahrung gesprochen. Es ist Aufgabe des Staates, für eine hinreichende Menge nahrhafter und gesunder Nahrungsmittel Vorsorge zu treffen. Auch sollen Versuche angeregt werden, ob nicht auf künstlichem Wege neue Nahrungsmittel erfunden und erzeugt werden könnten. Örtlicher Mangel an Nahrungsmitteln soll durch Transportverbesserungen ausgeglichen werden. Nahrungsmittel, die insbesondere zur Stärkung der Gesundheit dienen, sollen an Gesunde erst dann verkauft werden, wenn die Kranken bereits versorgt sind. Der Genuß von Luxusspeisen und seltenen Getränken soll überhaupt verboten oder wenigstens besteuert werden. Die gemeinschaftliche Verköstigung der Bürger empfiehlt sich nicht, weil eine solche den individuellen Bedürfnissen nicht entspricht. — Unmäßigkeit im Essen und Trinken wird gestraft.

Im XIX. Abschnitte ist von der Kleidung die Rede. Dieselbe soll möglichst einfach und frei sein. Jedweder Luxus in der Kleidung ist verpönt. Doch brauchen die Kleider nicht gleichförmig zu sein, sondern ist Farbenmannigfaltigkeit mit Rücksicht auf Alter, Geschlecht, Beruf, Jahreszeiten usw. zulässig.

Im XX. Abschnitt erörtert B. die Wohnungsfrage. Kein

Wohnhaus soll sich im Privateigentum befinden. Alle Wohnhäuser gehören der Gemeinde. Die Höhe des Mietzinses soll die Herstellungs- und Erhaltungskosten nicht übersteigen. Heutzutage lebt der Hausbesitzer mühelos vom Einkommen seiner Mieter. „Muß man nicht eingestehen, meint hierzu B., daß das Hausherrenrecht eine Grausamkeit sei, welche der des Robotsystems und anderer wenig nachgibt?“ Die Wohnungen sollen ohne jede Pracht, jedoch gesund, bequem und zweckmäßig eingerichtet sein.

Der XXI. Abschnitt ist den Problemen des Geschlechtsunterschiedes gewidmet. Der Geschlechtstrieb soll als Mittel zur Vervollkommnung und nicht zum Verderben der Menschheit beitragen. Die reifere Jugend soll über die sexuellen Fragen in der Schule aufgeklärt werden. Die Anschauung, daß Ehelosigkeit sittlich vollkommener sei als das Eheleben, ist als Vorurteil abzuweisen und soll niemand gegen seinen Willen zum Zölibate gezwungen werden. Die Ehe soll nur aus wichtigen Gründen auflösbar sein. Die Armut soll niemals ein Ehehindernis bilden, nahe Verwandtschaft nur dann, wenn die Verwandten gemeinschaftlich erzogen wurden. Uneheliche Kinder sollen den ehelichen rechtlich gleichgestellt sein.

Bei Abstimmungen haben die Ehegatten zusammen zwei Stimmen, doch nur in dem Falle, wenn beide in gleicher Weise stimmen, sonst heben sich ihre Stimmen gegenseitig auf. Die Kinder sollen die Namen sowohl des Vaters als auch der Mutter tragen oder aber sollen die Söhne nach dem Vater heißen, die Töchter nach der Mutter.

Der XXII. Abschnitt handelt über die Befriedigung des Ehrtriebes. Niemandem soll ein Vorrecht auf besondere Ehren und Würden zustehen. Mit der Bekleidung von Ämtern sind keine Titulaturen verbunden. Nur das Alter gewährt einen Vorrang vor der Jugend und das weibliche Geschlecht vor dem männlichen.

Der XXIII Abschnitt befaßt sich mit dem Reisen. Reisen junger Leute sollen gefördert werden, weil sie zur Erweiterung der Kenntnisse beitragen. Dieselben sind jedoch zu Fuß und in Gesellschaft von Älteren vorzunehmen. Die Reisekosten sollen aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.

Der XXIV. Abschnitt ist den Vergnügungen gewidmet. Dieselben sollen wo möglich auf den häuslichen Kreis beschränkt

sein. Für öffentliche Unterhaltung wird gesorgt durch Veranstaltung von Vorträgen, Vorlesungen, Spielen, Wetten, Gesang, Tanz, Musik und gemeinschaftlichen Mahlzeiten. Jedoch sind Alkoholgenuß, Tabakrauchen und Schnupfen, Jagen, Lotteriespiel verboten. Bestimmte Tage werden, falls sie nicht bereits als religiöse Feiertage gelten, in beschränkter Anzahl von der Regierung als Ruhetage bestimmt. Auch können gewisse nationale Gedenktage gefeiert werden.

Der XXV. Abschnitt erörtert die Schlichtung von Streitigkeiten. Sie findet durch einen Schiedsrichter statt. Können sich die streitenden Parteien über dessen Person nicht einigen, so wird er von der Gemeinde ernannt. Von dessen Ausspruch ist die Berufung an ein Schiedsgericht zweiter Instanz zulässig. Gegen gleichlautende Urteile findet keine weitere Berufung statt. Anderenfalls kann noch die Entscheidung einer dritten Instanz angerufen werden.

Der XXVI. Abschnitt behandelt die Besteuerung der Bürger und die Staatsausgaben. Wichtig ist nicht die absolute Höhe der Steuern, sondern zu welchen Zwecken ihr Ertrag verwendet wird. Übrigens werden nicht die Steuern die ordentliche Quelle der Staats- und Gemeindeeinnahmen bilden, sondern die Haupteinnahmen werden aus dem Heimfallsrecht fließen. Außerordentlich große Privatvermögen allerdings dürfen nicht unbesteuert bleiben. Die Steuern sollen namentlich Luxusbedürfnisse treffen und von dem Konsumenten getragen werden. Eine Zwangsbesteuerung soll nur im Notfalle Platz greifen.

Von den Staatsausgaben werden die wichtigsten diejenigen sein, die zur Deckung nachstehender Zwecke dienen: Unterhalt armer und verwaister Kinder, kranker, alter und arbeitsunfähiger Personen; Ersatz von Elementarschäden; Güterproduktion und Transport, insoferne der Staat diesen und jene selbst besser zu besorgen imstande ist, als Private; endlich hat der Staat die Entlohnung der Beamten, Gelehrten, Ärzte, Lehrer, Richter, Handelsleute (keineswegs aber der Geistlichen) zu bestreiten.

Sollten die Gemeinden mit ihren Einnahmen nicht auslangen, so stehe es ihnen frei, bei den Ländern vorübergehende Anleihen aufzunehmen; desgleichen die Länder beim Staate. Die Schuldscheine über diese Anleihen könnten dann in Umlauf gesetzt werden und als Papiergeld zirkulieren.

Im XXVII. Abschnitt werden die Belohnungen und Strafen besprochen. Jedermann ist verpflichtet, alles Gute und Böse, das er an seinen Mitbürgern bemerkt, gehörigen Ortes anzuzeigen, damit jenes belohnt, dieses bestraft werden könne. Die Belohnungen sollen jedoch weder in Geld noch in Ämtern bestehen, weil Ämter nur nach persönlicher Eignung vergeben werden sollen, sondern in öffentlicher Belobung durch ein besonderes Sittengericht, das von Zeit zu Zeit in jeder Gemeinde abgehalten werden soll. Die belobende Anerkennung soll auch den Verwandten der betreffenden verdienten Person bekannt gemacht werden. Auch kann das Andenken hoher Verdienste durch Bildnisse, Denkmäler, Medaillen u. a. geehrt werden. Doch wie gute Taten Belohnung verdienen, ebenso böse Taten Strafe. Alle Gesetzübertretungen sollen angezeigt werden. Unwahre Anzeigen sind zu ahnden.

Durch den Schulunterricht wird für allgemeine Kenntnis der Gesetze gesorgt. Die Strafen sollen nicht für jedermann gleich hoch sein, sondern sind je nach dem Zwecke, der durch sie erreicht werden soll, und je nach den verschiedenen Motiven der strafbaren Tat zu individualisieren. Deshalb soll das Gesetz die Strafsätze nur in sehr weiten Grenzen bestimmen. Im Laufe der Strafuntersuchung ist die Anwendung von Zwangsmitteln unzulässig, jedoch zur Schuldigerklärung wird das ausdrückliche Geständnis des Angeklagten nicht erfordert. Die Entscheidung über Schuld und Strafe soll getrennt stattfinden. Aber während heutzutage dort, wo Schwurgerichte bestehen, über die Schuldfrage die Geschworenen und über die Straffrage die gelehrten Richter entscheiden, soll im „Besten Staate“ das Gegenteil Platz greifen, weil gerade die Beantwortung der Schuldfrage oft juristischen Scharfsinn erfordert, wogegen die Straffrage mehr Gefühlssache ist.

Die Urteile sollen öffentlich verkündet werden und die Strafen haben zu bestehen in: Amtsentsetzung, Geldbußen, Gefängnis verbunden mit Zwangsarbeit, bei Kindern und sehr rohen Personen auch in körperlicher Züchtigung, in öffentlicher Ausstellung auf der Schaubühne. Schließlich wird — allerdings mit einziger Beschränkung auf vorsätzlichen Mord — auch die Todesstrafe beibehalten. Die Hinrichtung soll geheim mittelst einer Maschine stattfinden. — Die Kerkerstrafe soll niemals lebenslänglich sondern zeitlich begrenzt sein.

Der XXVIII. Abschnitt schließlich handelt vom Tode. Den Ausschluß des Erbrechtes kennen wir bereits. — Nach dem Tode jedes Erwachsenen wird über ihn eine Art von Gericht gehalten und ihm ein ehrenvolles Begräbnis in dem Falle versagt, wenn wichtige Klagen gegen seine Lebensweise erhoben werden, d. h. seine Leiche darf dann von niemandem als den allernächsten Verwandten zu Grabe geleitet werden. Hingegen kann wieder das verdienstvolle Andenken eines Verstorbenen in den Gedenkbüchern der Gemeinde, durch ein Denkmal u. a. der Nachkommenschaft erhalten bleiben. Unnütze Pracht wird bei Leichenfeiern nicht geduldet. Jedermann soll sich dessen bewußt werden, daß die Verstorbenen in keiner würdigeren Weise, als durch Nachahmung ihrer Tugenden geehrt werden können, daß sie von uns wissen und daß wir sie wiedersehen werden.

III.

Dies ist der wesentliche Inhalt des B.schen Manuskriptes „Vom besten Staate“. Es wäre nun vorerst die Frage zu beantworten, ob die in demselben enthaltenen Ideen B.s ursprüngliches geistiges Eigentum sind, oder ob er sie anderen Schriftstellern entnommen hat, und welchen? Aus seiner Lebensbeschreibung kann man schließen, daß er kaum viel belesen war. Die damalige Zeit und die Verhältnisse, unter denen B. lebte, machten es ihm gewiß äußerst schwer, sich ausländische literarische Quellen zu verschaffen, aus denen er hätte schöpfen können. Namentlich gilt dies von dem Gebiete der staatswissenschaftlichen und sozialpolitischen Forschung. Die damaligen Gelehrten waren ohnehin entweder auf eigene Privatbibliotheken beschränkt oder mußten kostspielige Reisen ins Ausland unternehmen, um fremde öffentliche Bibliotheken aufzusuchen, was jedoch B. schon mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand und seine unzulänglichen Geldmittel versagt war.

Daraus folgt jedoch durchaus nicht, daß die Schrift „Vom besten Staate“ eine ganz originelle Schöpfung darstellt, die ohne jede Kenntnis der einschlägigen Literatur in B.s Geiste selbständig herangereift wäre. Zwar zitiert B. ebensowenig, wie dies auch sonst seine Gewohnheit war, seine Vorläufer. In der Vorrede er-

wähnt er aber ausdrücklich, daß er seine Arbeit unparteiisch mit allem verglichen hatte, was über den Gegenstand bisher von andern gesagt worden sei. Weiterhin stellt er fest, daß er sich mit allen diesen Fragen schon lange Jahre hindurch befaßt habe. Es ist also undenkbar, daß die damals so äußerst reichhaltige sozialistische Literatur seiner Aufmerksamkeit entgangen sein sollte. B. schrieb seinen „Besten Staat" etwa in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, d. h. zu einer Zeit, in der in England das Wirken Owens bedeutendes Aufsehen machte und in Frankreich die Saint-Simonistische Schule noch ziemlicher Popularität sich erfreute. B. kümmerte sich zwar wenig um Tagespolitik und gesteht selbst, niemals Zeitungen gelesen zu haben[1]). Ernstere fremde Literatur aber ist seiner Aufmerksamkeit gewiß nicht entgangen. So zitiert er beispielsweise in seinen Erbauungsreden Rousseau, und es steht außer allem Zweifel, daß ihm dessen Schriften über den Gesellschaftsvertrag und über den Ursprung der menschlichen Ungleichheit sehr gut bekannt waren. Dasselbe läßt sich auch von den Schriften Mablys, Morellys, vielleicht auch mancher englischer Schriftsteller, wie Thompson und Owen vermuten. Namentlich aber Fourier und Saint-Simon scheint B. gelesen zu haben, und diese beiden Männer waren es allem Anscheine nach, an die er sich bei Abfassung seines „Besten Staates" anlehnte. Dem entspricht wenigstens die Übereinstimmung seiner Anschauungen über die Abschaffung der Geburtsprivilegien, die Schädlichkeit des Erbrechtes u. a.[2])

Andererseits jedoch muß betont werden, daß viele soziale Ideen und Anschauungen des „Besten Staates", so über die Besitzgleichheit, das Eigentums- und Erbrecht, den Reichtum und die Arbeit, das Verhältnis zur Obrigkeit u. a. sich vielfach, sogar wörtlich, bereits in den Reden vorfinden, die B. in den Jahren 1805/1820, also um ein volles Vierteljahrhundert früher gehalten hatte. Geschieht ja daselbst schon einer neuen und vollkommenen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtung im Sinne des „Besten

1) Lebensbeschreibung, 42.

2) Vgl. auch A. Bráf, Die politischen Wissenschaften in Böhmen am Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrh. Vortrag i. d. Jahresversammlung der böhm. Akademie d. Wissenschaften 1906.

Staates“ Erwähnung[1]). Diese Momente weisen wieder auf die gedankliche Selbständigkeit und Originalität B.s hin.[2])

Eine weitere Frage ist, ob man B.s Schrift unter die Utopien einreihen kann. Für alle in diese Kategorie gehörigen halb wissenschaftlichen, halb belletristischen Arbeiten, welche die Schilderung besserer, idealer Gesellschaftszustände zum Gegenstande haben, ist bezeichnend: daß ihre Verfasser vom wirklichen Leben und den gegebenen Verhältnissen ganz absehen, daß für sie kein historischer Zusammenhang besteht, daß sie sich in kühnster Weise über die schwierigsten psychologischen Probleme hinwegsetzen, indem sie Welt und Menschen nicht so nehmen, wie sie sind, sondern wie sie ihrer Meinung nach sein sollen, und daß sie überhaupt in einem manchmal naiven Optimismus ihrer üppigsten Phantasie die Zügel schießen lassen, um Gesellschaftsgebilde auszumalen, die außerhalb jeder Realität liegen. B. nun stellt allerdings in Abrede, daß er seinen „Besten Staat“ unverzüglich und auf gewaltsame Weise errichten wolle. Er spricht im Gegenteile von allmählichen Änderungen der heutigen Gesellschaft, bis dieselbe jene hohe Stufe erreicht haben werde, auf der sie für den „Besten Staat“ reif sein wird. Aber er legt nirgends diesen angedeuteten Entwickelungsgang näher dar, er schildert nirgends, und das ist das Wesentliche, auf welche natürliche, organische Weise, ohne äußere Einwirkung diese Fortentwickelung vor sich gehen soll. Und die gesellschaftlichen, rechtlichen und Besitzeinrichtungen im „Besten Staate“ widersprechen gewiß derart der heute geltenden Rechtsordnung, zwischen der von ihm geforderten und der bestehenden Gesellschaftsverfassung öffnet sich eine so tiefe Kluft, daß ein organischer Zusammenhang zwischen beiden kaum denkbar ist. Auch mit

---

1) Erbauungsreden vom J. 1816 (Prag, 1849, S. 116) und von 1818 (Wien, 1884, S. 409).

2) Aus diesem Grunde kann ich nicht der Meinung Schindlers beipflichten, daß B. lediglich und allein aus dem Werke L. Steins „Der Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs“, und aus der bekannten Utopie Cabets „Voyage en Icarie“, geschöpft hat. Denn die erste Auflage des Stein schen Buches ist erst 1842 und die Schrift Cabets 1840 erschienen. Daß B. bei der letzten Anordnung seiner Arbeit diese Schriften benützt hat und daß sich deren Einfluß im „Besten Staate“ widerspiegelt, ist allerdings zuzugeben.

Bezug auf das psychische Wesen der menschlichen Natur betont zwar B., daß die einzuführende Gesellschaftsordnung mit Menschen zu rechnen hat, so wie sie sind und nicht etwa, wie sie sein sollen oder wie sie einst vielleicht sein werden; und auch an anderer Stelle spricht er von „der Einfältigkeit unsinniger Schwärmer, welche vor einigen Jahrzehnten in der bürgerlichen Gesellschaft vollständige Freiheit und Gleichheit haben wollten“ [1]. Doch wenn man die Einrichtungen, wie sie im „Besten Staate“ vorgeschlagen werden, näher ins Auge faßt, treten die psychologischen Schwächen und Zweifel klar hervor. Welche Gewähr ist beispielsweise vorhanden, daß in das wichtige, mit einer geradezu absoluten Macht ausgestattete Amt, welches im „Besten Staate“ die Institution des „Rates der Geprüften“ vorstellt, oder als Beamte, Richter usw. durch die Wahl Personen berufen werden, welche dazu am besten qualifiziert sind? Wie läßt sich bei der Lohnbemessung das Prinzip der Gerechtigkeit mit den individuellen Bedürfnissen in Einklang bringen? Kann sich jedermann gleichzeitig und gleichmäßig geistige Bildung und handwerksmäßige Fertigkeiten aneignen? Ist beliebige Abwechslung verschiedener Berufe und Beschäftigungen durchführbar? Namentlich aber läßt auch B. ebenso wie alle sonstigen Utopisten die Fragen unbeantwortet: durch welch anderes psychisches Motiv das Privatinteresse zu ersetzen sei, das heute den wirksamsten Beweggrund wirtschaftlichen Handelns bildet. Würde in dieser Richtung bei jedermann bloß etwa das Pflichtbewußtsein, das Solidaritätsgefühl, die Hoffnung auf öffentliche Belohnung oder die Furcht vor Bestrafung genügen? Endlich kommen im „Besten Staate“ auch verschiedene Einrichtungen vor, die mit dem wirklichen Leben kaum vereinbar sind. So beispielsweise die willkürliche territoriale Gliederung des Staates; die wirtschaftliche Abgeschlossenheit und Selbstgenügsamkeit der territorialen Verbände; die sonderbare Art, wie die gesetzgebende Gewalt zu funktionieren hätte; die Art und die Beschränkungen des Tauschverkehres, die Verpflichtung zur Eigentumsabtretung eines Gutes an denjenigen, der dasselbe vorteilhafter benutzen könnte als der bisherige Eigentümer; die Einführung des Papiergeldes; die Unzulässigkeit unnützlicher Beschäftigungen, namentlich gewisser Künstlerberufe; die

1) Erbauungsreden, Prag, 1849. S. 162.

strenge Zensur; die Verstaatlichung und Kontrolle des Handels; die unmögliche Steuertechnik; und das wichtigste: die unerträgliche Einschränkung der persönlichen Freiheit. Wie sämtliche Utopisten, so hegt endlich auch B. die optimistische Hoffnung, daß die Einrichtungen des „Besten Staates“ sobald ihre Vorteile allgemein werden, von selbst über alle Ländergebiete der gesamten Welt ihre Verbreitung finden werden.

Alle diese Umtsände kennzeichnen B.s Schrift als eine richtige Utopie mit allen Mängeln, allen inneren Widersprüchen und Inkonsequenzen in logischer, psychologischer, technischer und ökonomischer Beziehung, wie sie auch den sonstigen Utopien eigentümlich sind.

Schließlich wäre noch B.s Stellung zum Sozialismus zu erwähnen. Ist der „Beste Staat“ eine sozialistische Utopie? Das wesentliche Kennzeichen des Sozialismus ist gewiß die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Nun scheint es, als ob es im „Besten Staate“ derartigen Kollektivismus nicht gebe. Denn es soll in ihm bis zu einem gewissen Grade Privatbesitz zugelassen werden, ebenso Eigentum an Verbrauchsgütern, die Abschließung von Privat- und insbesondere von Darlehensverträgen, der Geldgebrauch, die privatwirtschaftliche Organisation der Produktion, Aufrechterhaltung der Ehe und des Privatfamilienlebens. Jedoch werden alle diese Institutionen so vielen Beschränkungen unterworfen und ihr Bestand an solche Vorbehalte und Bedingungen geknüpft, daß falls überhaupt die zahlreichen Unklarheiten und Widersprüche eine klare Vorstellung hiervon zulassen, die gesammte heutige Rechts- und Wirtschaftsordnung im „Besten Staate“ eine durchgreifende Umgestaltung erfahren würde. Man bedenke nur: lediglich das Bedürfnis bildet den Rechtstitel des Eigentums, richtiger gesagt: des bloßen persönlichen Gebrauchs. Also nicht einmal die Arbeit soll, wie B. ausdrücklich betont, eigentumsbildend sein. Hier geht der „Beste Staat“ gewiß noch über den Kollektivismus hinaus. Die privatrechtlichen Vertragsbeziehungen sollen beinahe ganz ausgeschlossen sein; desgleichen das Erbrecht; dadurch aber das Privateigentum, auch soweit es zugelassen erscheint, auf je eine Generation beschränkt. Die Lohnhöhe soll ferner nicht nach Wichtigkeit der Arbeitsleistung abgestuft werden, sondern für alle gleich sein; Ungleichheit des Besitzes über ein gewisses nicht

näher bestimmtes Maß hinaus soll nicht geduldet werden; Güterpreise wären autoritativ festzusetzen, der gesamte Handel zu verstaatlichen und zu kontrollieren. Von freier Berufswahl endlich wäre keine Rede; Arbeitsangebot und Nachfrage in einzelnen Berufen würden von Staats wegen ausgeglichen, die Produktion reguliert und gemeinschaftlich betrieben, ohne soziale Differenzierung von Unternehmern und Arbeitern; die liberalen Berufe wären ebenfalls verstaatlicht. Man muß ferner bedenken, daß einerseits die ganze politische Verfassung auf rein demokratischer Grundlage aufgebaut wäre und andererseits wieder, daß die persönliche Freiheit eingeschränkt, die individuelle Erziehung und Bildung in engere Bahnen geleitet und die freie wirtschaftliche und geistige Betätigung durch Einführung von Zensur, Sittengerichten u. ä. unterbunden wäre. Es kann demnach kaum Zweifel bestehen, daß eine so aufgebaute menschliche Gemeinschaft ihrem ganzen Wesen nach sozialistisch, ja sogar kommunistisch genannt werden müßte. Man kann daher die Frage, ob „der beste Staat" eine sozialistische Utopie sei, mit Recht bejahen.

Mithin kann B. ohne Bedenken unter die sozialistischen Utopisten eingereiht werden. Dadurch allein schon wird seine Persönlichkeit zu einer interessanten Erscheinung, namentlich wenn man die Zeit berücksichtigt, in der er gelebt und die sonstigen Verhältnisse, unter denen er gewirkt hat. Es war im vormärzlichen Österreich, welches damals noch in tiefem politischen und sozialen Schlaf versunken war, von dem noch viele Jahrzehnte später ein hervorragender Staatsmann sagen durfte: die soziale Frage höre an seinen Grenzen auf. Die sozialen Ideen, die damals in den westeuropäischen Ländern die Geister bewegten, das keimende Klassenbewußtsein der arbeitenden Bevölkerung, das im industriellen England bereits heftige, soziale Kämpfe hervorrief, all das fand noch keinen Widerhall innerhalb der schwarzgelben Pfähle. Lange Jahre mußten noch verlaufen, bevor auch hier die soziale Bewegung trotz den ihr im Wege stehenden nationalpolitischen Streitigkeiten sich ausbreitete und gebieterisch jene Beachtung erzwang, die ihr in der weltgeschichtlichen Entwickelung zweifellos gebührt. Und auf diesem hier noch in tiefes Dunkel gehüllten, ganz unerschlossenem Gebiete tritt uns die Gestalt B.s als eines Mannes entgegen, der seinen Zeitgenossen weit voranschreitet. Seine edle Erscheinung

und interessante Persönlichkeit verdienen es gewiß, daß ihm in der Literaturgeschichte der sozialen Ideen sein Platz eingeräumt werde.[1])

---

1) Von der neueren Litteratur über den „Besten Staat“ sind die Abhandlungen von Dr. A. SALZ: „Bernhard Bolzanos Utopie »Vom besten Staate«, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, XXXI., und von F. ST. SCHINDLER: „Bolzano als Sozialpolitiker“, in Deutsche Arbeit, VIII., zu erwähnen“.

Die soziologischen Anschauungen Proudhons in den „Contradictions économiques".

Von

Ch. Bouglé [1]).

Zwischen 1843 und 1846 vollzieht sich die ökonomistische Entwicklung PROUDHONS. Wie ADOLPHE BLANQUI nimmt ihn auch JOSEPH GARNIER wohlwollend auf. Sie bringen ihn in Beziehung zur „Coterie", den Mitgliedern der Société d'économie politique und ihrem Verleger GUILLAUMIN. Ein starker Bücherverschlinger, macht sich PROUDHON bald mit den in diesem akademischen Kreise gangbaren Lehren vertraut und orientiert sich rasch über all die Interpretationen, Berichtigungen und Widerlegungen der DUNOYER, ROSSI, MICHEL CHEVALIER, die den von J. B. SAY auf französischen Boden verpflanzten englischen „Industrialismus" modifizieren sollen. Und über die Tradition hinweg knüpft er an ADAM SMITH an, dessen geniale Konzeptionen er besser zu verstehen und fruchtbarer anwenden zu können glaubt als dessen Jünger aus der Bourgeoisie. Zu diesen theoretischen Studien fügt er Erfahrungen der Praxis.

Während mehrerer Monate war er Kleinunternehmer. Der einstige Setzer fand einen Gesellschafter und etablierte sich selbständig. Diese Erfahrung dauerte lange genug, um ihn mit den Sorgen eines Unternehmers bekannt zu machen; und diese Kenntnis ermöglicht es ihm später gegen die Arbeiter, die das „Manifest der 60" unterzeichnet hatten, den Vorwurf zu erheben, daß sie die Sorgen und Beschwerden des Kleinbürgers verkennen. Andere Erfahrungen eröffnen ihm einen Einblick in das Leben des Großhandels. — Seine Druckerei ging zugrunde. Seine Jugendfreunde,

1) Aus dem französischen Originalmanuskript übersetzt von A(UGUSTE) SZ(ANTO).

die GAUTIERS bieten ihm nun eine Stelle in ihrem Hause, das sich mit Stückkohlentransport auf dem Rhone-Rhein-Kanal befaßt. — PROUDHON sollte ihr Geschäftsträger und Sachwalter in Streitsachen sein. In Lyon, wo er am häufigsten Aufenthalt nimmt, nennt man ihn den Advokaten der GAUTIERS und hier vervollkommnet er durch die Geschäftspraxis seine Erziehung zum Ökonomisten.

„Ich vervielfache — schrieb er damals — meine Beobachtungen und vollende ab experto meinen Kursus der politischen Ökonomie, den ich mit ADAM SMITH und SAY begonnen habe. Meine Zeit wird nicht verloren sein: Als Industrieller durch die Konkurrenz zugrunde gegangen, trage ich nun meinerseits dazu bei, andere zu ruinieren. Und niemand kann sich die entsetzliche Wirkung einer gelehrten Theorie vorstellen, die als Mittel der Vernichtung angewendet wird“ [1]. Berufsmäßig beschäftigt er sich jetzt mit Buchhaltung. Er lernt die in der Bewegung der Menschen zum Ausdruck kommende meßbare Bewegung der Werte abschätzen. Seine Einbildungskraft sieht die Mechanismen an der Arbeit, die, je nachdem sie die Zirkulation fördern oder hemmen, die Vitalität des ganzen Gesellschaftsorganismus vergrößern oder vermindern. So gewinnt der ehemalige Buchdrucker ein sicheres Urteil über die Konjunktur, den Blick des Finanzmanns.

Das Buch, das PROUDHON unter diesen Einflüssen schreibt, ist wohl eine volkswirtschaftliche Abhandlung, streift aber zugleich alle metaphysischen Probleme. Eine wahre Bibel, sagt MARX später, der seinerseits PROUDHON dieselben „Offenbarungen“ vorwirft [2], wie dieser SAINT-SIMON und FOURIER.

Die „Contradictions économiques“ (1846) handeln nicht bloß von Arbeitsteilung und Maschinismus, von Steuern und Eigentum, sondern auch von den Beziehungen des Menschen zu Gott und gleichzeitig von dem Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft. PROUDHON verzichtet in dieser Schrift noch nicht auf die Herrlichkeit einer Erschaffung der Weltordnung. Er bleibt überzeugt, daß die Ökonomisten nur darum ihre Theorie nicht konsequent zu Ende gedacht haben, weil sie nicht weit genug sahen.

1) Brief vom 20. September 1843 (Correspondance, t. II, S. 100). 2) Im Vorwort zu „Misère de la philosophie“. 1847.

Der philosophische Sinn habe ihnen gemangelt. Verständnislos seien sie an jener Wahrheit vorbeigegangen, die der „Serien"-Gedanke erhellen sollte, daß nämlich alles in der Wirtschaftswissenschaft beschlossen sei. Richtig interpretiert, sei sie zu gleicher Zeit Ontologie, Logik, Psychologie, Theologie, Politik, Ästhethik, Symbolismus und Moral.

Das Buch wirkte, wie es scheint, auf die Leser einigermaßen verwirrend. Denjenigen, die bereits eine Lösung der sozialen Frage gefunden hatten, mißfiel es vollkommen; die anderen aber die noch keine hatten, nahmen es ohne Befriedigung auf.

Damals gewann Proudhon ein deutlicheres Bewußtsein seiner Zwischenstellung. Ausdrücklich erklärt er: er wolle seinen Standpunkt zwischen den beiden Mächten einnehmen, die „um die Herrschaft der Welt ringen und sich mit dem Haß zweier feindlichen Religionen verfolgen", zwischen politischer Ökonomie und Sozialismus [1]). Diene jene nur der Gewohnheit, so predige dieser lediglich Utopien. Leugne jene die Vernunft, so dieser die Erfahrung. Rechne jene nicht mit den Tatsachen und verleumde die Vergangenheit, so berücksichtige dieser nur die Fakten, versuche gar nicht, die neue Ordnung zu erfassen, die durch diese Tatsachen vorbereitet und hervorgerufen wird, und mißachte die Zukunft.

Bedeutet das nun, es habe weder die eine noch die andere dieser beiden Parteien eine fruchtbare Wahrheit entdeckt? Keineswegs! Denn es gibt Wahrheiten, die sich gegenseitig aufheben. Entgegengesetzte Behauptungen haben das gleiche Recht, für wahr gehalten zu werden. So mag es denn sein, daß in vielen Punkten die politische Ökonomie recht hat, ohne daß deshalb der Sozialismus im Unrecht ist.

Es ist z. B. wahr, daß die Arbeitsteilung die Menschheit entwürdigt hat, ebenso wahr aber auch, daß sie die unerläßliche Bedingung nicht nur für den industriellen Fortschritt ist, sondern auch für die soziale Gleichheit selbst. Die Konkurrenz ist notwendig für die Erregung der Schaffenskraft und für die Emanzipation der Arbeit; gleichzeitig aber vernichtet sie durch ihre zerstörenden Wirkungen die tatsächliche Freiheit der Massen. Um uns durch Steigerung des Austauschverkehrs zu bereichern, er-

1) Correspondance, II, 225; Contradictions économiques, t. I, S. 37.

zeugen wir möglichst viel Werte; allein dies heißt unglücklicherweise, sie gleichzeitig herabsetzen; und in diesem Sinne zerstört, wer schafft. PROUDHON gefällt sich darin, Antinomien dieser Art zu häufen. Credo quia contrarium, ruft er aus. Er ist erst dann zufrieden, wenn er eine Argumentation in ihr Gegenteil verkehrt und nach dem Für das Wider verteidigt hat. Daher der Eindruck des Bizarren, den das Werk hinterläßt. Man sieht Ideen sich nach allen Richtungen hin bewegen, sich stoßen, fallen, sich wieder erheben: eine heiße und regellose Schlacht, in der man vergebens nach den Siegern sucht. Ist der Organisator dieses intellektuellen Tumults nicht ganz einfach ein Sophist, der sich damit amüsiert, uns zu verblüffen?

Man weiß, welche Erklärung diese Vorliebe PROUDHONS für die Antinomie gefunden hat. Er soll das Opfer der deutschen, insbesondere der HEGELschen Philosophie gewesen sein, welche lehrt, daß jeder Fortschritt durch Bejahung, Verneinung und Verneinung der Verneinung sich vollzieht. Ich bin es — erklärt KARL MARX — der für die „Sophistikation" PROUDHONS verantwortlich ist; ich bin es, der ihn mit dem Hegelianismus angesteckt hat[1]). An anderer Stelle bemüht sich MARX darzutun, daß dieser ungeduldige Schüler nichts von seinen Unterweisungen verstanden hat. Der Verfasser der Contradictions économiques glaubte, die HEGELsche Dialektik in Funktion gesetzt zu haben. In Wahrheit hat er sie verunstaltet und gefälscht. Er ist zu versöhnlich und bricht ihr dadurch die Spitze ab. Wollte er nicht aus der Geschichte jene „schlimme Seite" austilgen, die doch ihre eigentliche Triebkraft ist? Sobald er die Vor- und Nachteile eines wirtschaftlichen Fortschreitens gegeneinander abwägt, die Arbeitsteilung gegen die Konkurrenz, besteht das Problem für ihn darin, jene zu erhalten, indem man diese vernichtet. Er ist im Grunde genommen viel eher ein Eklektiker als ein Hegelianer. Und er ist Eklektiker, weil er wirklich zwischen den gegeneinander kämpfenden Klassen die Rolle eines Vermittlers spielt. Seine Sinnesweise ist die des Kleinbürgers.

Daß PROUDHON leidenschaftlich die Systeme der deutschen

1) In einem im Januar 1865, kurz nach PROUDHONS Tode, an den „Sozialdemokrat" gerichteten Schreiben (Veröffentl. im Anhange zur Pariser Ausgabe der „Misère de la philosophie" von 1896, S. 253—272).

Philosophen und besonders dasjenige HEGELS studiert hat, steht außer Zweifel. Ohne Kenntnis des Deutschen konnte er zwar unübersetzte Werke gar nicht selbst lesen. Allein er versäumte keine Gelegenheit, sich mit ihren Theorien bekannt zu machen. 1844 verbrachte er mit MARX und späterhin mit KARL GRÜN oder BAKUNIN Nächte mit Diskussionen über die Logik und Phänomenologie [1]. Kann man aber behaupten, daß ihm ohne die Unterweisungen dieser Hegelianer niemals der Gedanke gekommen wäre, der Gegensatz sei die Bedingung des ökonomischen Fortschrittes? In dieser Hinsicht nun ist es bemerkenswert, daß er lange vor 1844 spontan eine dialektische Methode anwendet. Schon in der ersten Denkschrift über das Eigentum („Qu'est ce que la propriéte? 1840) stellt er bekanntlich den Besitz dar als Synthese zweier sich gegenseitig aufhebender Begriffe: des Sonder- und des Gemeineigentums. In den „Lettres à BLANQUI" (1841) zeigt er in einer Formel, die man den hegelianischen Teilen des MARXschen Werkes entnommen glauben könnte, wie die Gesellschaft durch die Negation ihrer Prinzipien gerettet wird [2]. In der Tat entsprach eine Methode, die den schroffen Übergang von einer Behauptung zu ihrem Gegenteil gestattete — wie man ja auch zu erweisen versucht hat [3] — am meisten dem Intellekt PROUDHONS. Nicht nur weil er stets lebhaftes Vergnügen am Widerspruch fand, sondern auch deshalb, weil diese Methode ihm erlaubte, die ihm in Fülle zuströmenden Ideen rechts und links in den bereitstehenden Reihen der Antinomien zu verteilen, ohne auch nur eine derselben verlieren zu müssen.

Bestand somit zwischen seinem Geiste und der Dialektik eine Art prästabilierter Harmonie? Jedenfalls steht fest, daß das Beispiel HEGELS von dem Augenblick an, als er dessen Lehre genauer erfaßte, ihn in seiner Richtung bestärkt. Seit der Abfassung der Schrift „De la création de l'ordre dans l'humanité" (1843) bemüht er sich das Dreieinigkeitssystem dem Seriengesetz anzu-

---

1) Vgl. Karl Grün, Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien, 1845. S. 406 71; und: Saint-Beuve, P.-J. PROUDHON, sa vie et sa correspondance. 1872. S. 202/21. 2) Vgl. meine Abhandlung: La méthode de PROUDHON dans ses premiers mémoires sur la propriété (Revue d'économ. politique, 1910, S. 712/31). 3) Vgl. FAGUET, Politiques et moralistes du 19e siècle. III. Série, S. 124.

passen[1]). Die Autorität der deutschen Philosophie festigte in ihm die entschiedene Überzeugung, daß der Fortschritt auf allen Gebieten eine Folge von Gegensätzen zur Voraussetzung hat.

Aber er nimmt, meint MARX[2]), die Gegensätze selbst nicht ernst. Er beeilt sich zu versöhnen, und zu diesem Zweck muß er erhalten. So setzt er seine Kraft daran, die Geschichte aufzuhalten: er will das Böse aus ihr vertilgen, das nichts anderes ist als der Nerv des Fortschritts.

Auch hier ist die Anklage MARX' nur mit Reserve aufzunehmen. Wohl ist es vollkommen wahr, daß PROUDHON mehr als einmal wie ein Eklektiker spricht, der davon träumt, die guten Seiten der einander feindlichen Systeme zu konservieren. Überall verfährt er wie ein Mann, der gewohnt ist, das Gleichgewicht herzustellen. Er eröffnet zwei Rechnungen und verzeichnet als guter Buchhalter systematisch das Soll und Haben jeder Institution. Beschränkt er aber als verstockter und inkonsequenter Konservator, seinen Ehrgeiz darauf, die Vorteile der widersprechenden Einrichtungen selbst dann zu kombinieren, wenn sie selbst kraft ihrer Natur einem Nebeneinanderbestehen widerstreben? Zweifellos verkündigt und erstrebt PROUDHON die Versöhnung der Gegensätze, die er aufstellt. Er entrüstet sich über die Neuem nachspürenden Logiker, die zu glauben scheinen, daß die Antinomie Selbstzweck und die Wahrheit selbst ist. In seinen Augen ist sie nur der „Vorläufer der Wahrheit, welcher sie sozusagen den Stoff liefert“[3]). Allein die von ihm erstrebten Synthesen müssen — darauf rechnet er — etwas anderes sein als die Vereinigung zueinander gehäufter Vorteile. Er weist mit Heftigkeit jede Assimilation zwischen seiner Philosophie und der des juste milieu, die lediglich die Philosophie des status quo ist, zurück[4]). Seiner Meinung nach muß in der Zusammensetzung, aus der Berührung antithetischer Begriffe, etwas Neues erscheinen. Die Zusammensetzung enthält ohne Zweifel positive Eigenschaften der vereinigten Elemente, aber in einer noch nicht dagewesenen Form. Die Antinomie ist vor

1) Vgl. De la création de l'ordre dans l'humanité (Neuausg.) S. 114 ff. Das Buch wurde 1843, also ein Jahr vor PROUDHONS erster Begegnung mit MARX veröffentlicht. 2) Misère de la philosophie. II. Kap., S. 1. (La méthode.) 3) Contradict. économ. I, 68. 4) Correspondance, II, 231.

allem der Reiz zu einer Veränderung. Sie ist „das Gesetz des Lebens und des Fortschritts selbst, das Prinzip der unaufhörlichen Bewegung“ [1]).

Ist es danach wahrscheinlich, daß PROUDHON, wie MARX behauptet [2]), „die Geschichte zu eliminieren sucht“, indem er jene „böse Seite“ ausschließt, welche den Kampf unterhält und dadurch eigentlich die Geschichte macht? PROUDHON ist so wie jedermann überzeugt, daß der Kampf die Bedingung des Fortschritts ist. Er weiß, daß die Negation eine notwendige Phase ist. Ja, er geht so weit zu sagen: „Die Umkehrung der Gesellschaft ist mein System“ [3]). Freilich glaubt er nicht, daß für diese Umkehrung diese und jene materiellen und brutalen Formen des Kampfes unvermeidlich oder unentbehrlich seien. Und hierin stößt sich sein Gedankengang seit 1848 an den von MARX [4]). Er traut, erklärt er, den sogenannten revolutionären Erschütterungen nicht mehr. Das will nicht sagen, daß er jeden Glauben an die Macht des Antagonismus verläßt. Man kann im Gegenteil annehmen, daß PROUDHON sich mehr und mehr jenem Glauben nähert, je weiter er seine Philosophie entwickelt. Es kommt ein Augenblick, da er nicht mehr an die Möglichkeit der Synthesen glaubt; immer aber glaubt er an die Notwendigkeit der Antithesen [5]).

Der Gedanke aber, an dem er jedenfalls am dauerndsten festhält, ist in der Tat der einer beständigen Bewegung. „Nichts besteht, sagen die alten Weisen, alles ändert sich, alles fließt, alles entsteht; folglich verkettet sich alles, folglich ist alles im Weltall Opposition, Schwankung, Gleichgewicht. Es gibt nichts, weder außerhalb, noch innerhalb dieses ewigen Tanzes; und der Rhythmus, der ihn beherrscht, die reine Form der Existenzen, die höchste Idee,

---

1) Contradict. économ., I, 399. 2) Misère de la philosophie, S. 173 f. (der Ausg. v. 1896). 3) Contradict. économ., I, 188. Daselbst ein Anfang zur Apologie des Krieges, der bereits die Thesen in „La guerre et la paix“ vorausahnen läßt. 4) Brief vom 17. Mai 1846 (Correspondance II. 198), in dem PROUDHON eine an ihn ergangene Aufforderung MARX zur Mitarbeit ablehnend antwortet. Die Wichtigkeit dieses Schreibens, in dem die Temperamente bei der Denker scharf zu Tage treten, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. MARX' Brief ist leider nicht erhalten. 5) Bekanntlich bildet diese These den Ausgangspunkt zum nachgelassenen Werke: Théorie de a propriété.

der keine Wirklichkeit zu entsprechen vermag, ist die erhabenste Anschauung, zu der sich die Vernunft aufschwingen kann".

Erst in den Briefen, die er im Jahre 1853 für ROMAIN CORNUT als eine Art Zusammenfassung seiner Philosophie geschrieben hat[1]), gelangt PROUDHON zu dieser Formulierung. Aber dieselbe macht sich bereits seit den „Contradictions économiques" bemerkbar. Seine Stellung zwischen dem Sozialismus und der politischen Ökonomie kennzeichnend, schreibt er: „Was uns betrifft, die wir von unserer Meinung über die soziale Wissenschaft geleitet sind, so behaupten wir im Gegensatz zu den Sozialisten und Ökonomisten nicht, daß man die Arbeit organisieren müsse, oder daß sie organisiert sei, sondern, daß sie sich organisiert"[2]). Hier beruft er sich auf die Idee des Werdens. Und weil die dialektische Methode vor allem die Notwendigkeit des Werdens zum Ausdruck bringt, ist sie ihm so kostbar. Er hofft mit ihrer Hilfe die Epochen der Geschichte bestimmen zu können, wie BUFFON die Epochen der Natur bestimmt hat.

Daher erklärt sich die gewaltige Anstrengung PROUDHONS, die verschiedenen volkswirtschaftlichen Prozesse festzustellen, die er seiner Betrachtung unterzieht. Er will in ihnen die Phasen einer ablaufenden Reihe aufzeigen. Es ist nicht Zufall, daß er nach der Arbeitsteilung den Maschinismus studiert, hierauf die Konkurrenz und nach dieser das Monopol. Die durch die Arbeitsteilung hervorgerufenen Gegensätze bringen ein Problem zur Entstehung, das die Erfindung der Maschinen zu lösen bemüht ist. Die durch die Maschinenarbeit verursachte Gegenbewegung wirft ihrerseits ein Problem auf, das durch die Entwicklung der Konkurrenz beantwortet wird. Und so geht es fort bis zu dem Tage, an dem die Widersprüche erschöpft sind und das so lange angestrebte Gleichgewicht erreicht ist.

Zuzugestehen ist, daß der Leser hier nicht ohne Mühe, in PROUDHONS Gedankengang einzudringen vermag. Gegen diese historische Reihung erhebt sich eine Fülle von Einwänden. Hier hat MARX, indem er die Zeugenschaft der Tatsachen aufruft[3]), leichtes Spiel. Was berechtigt z. B. PROUDHON zur Behauptung, daß die

---

1) Veröffentl. u. d. T. „Philosophie du progrès." 1854. (Neuausg., S. 14.)
2) Contradict. économ. I, 45. 3) Misère de la philosophie. Kap, II, S. 5.

Konkurrenz, um sich voll zu entfalten, erst abwarten muß, bis alle widerspruchsvollen Konsequenzen des Maschinismus wirksam geworden sind? Allerdings erklärt Proudhon: er schreibe Geschichte nicht nach der Folge der Zeiten, sondern nach der Aufeinanderfolge der Ideen. Eine Schwierigkeit aber bleibt noch. Zwei Einrichtungen in ihrer Aufeinanderfolge zu verknüpfen — sei es auch in rein logischem und nicht in chronologischem Sinne — heißt behaupten, daß man, um die Entwicklung der ersten zu begreifen, es nicht nötig hat, sich die Entwicklung der zweiten vorzustellen. So hat z. B. der Fortschritt der Konkurrenz den Fortschritt des Maschinismus zur Voraussetzung, aber nicht umgekehrt. Würden sich jedoch in einer Welt ohne Konkurrenz die Maschinen vermehren? Die beiden Phänomene sind, wie es scheint, viel mehr durch gegenseitige Beziehungen miteinander verbunden als durch das Verhältnis der Aufeinanderfolge. Proudhon gesteht denn auch selbst zu, daß oft die Einrichtungen, die er nach einander behandelt, sich gegenseitig voraussetzen. Positivistisch könnte man sagen, daß ihn seine Methode zwingt, die Statik mit der Dynamik, die Betrachtung der Wechselbeziehungen mit jener der fortschreitenden Entwicklung zu vermengen.

* * *

Man wird diese Geschichtsphilosophie vielleicht besser verstehen, wenn man sie von der „Metaphysik der Gruppe“ [1]) zu lösen sucht, die ihr als Unterbau dient.

Mit den „Contradictions économiques“ ist einer Theorie der Kollektivvernunft Bahn gebrochen, welche die spezifische Natur der Beziehungen erklärt, die Proudhon zwischen den von ihm unterschiedenen Begriffsreihen feststellt. In seinen Augen ist die Gesellschaft vor allem ein Intellekt, und die ökonomischen Einrichtungen entsprechen ebenso vielen Ideen, die er einander gegenüberstellt und nacheinander nach ihren Wirkungen beurteilt.

---

1) Diesen Ausdruck gebraucht Proudhon in „Théorie de la propriété“ (S. 218) zur Bezeichnung der soziologischen Konzeption, der er unter den sechszehn positiven Demonstrationen, mit denen er die Welt ausgestattet zu haben meint, den ersten Rang zuweist: Une théorie de la force collective: métaphysique du groupe“.

In gewissem Sinne also führen Arbeitsteilung und Maschinismus, Konkurrenz und Monopol als Ideen eine Koexistenz im Gehirne der Menschheit. Damit aber diese eine Ordnung einführe, in der jede dieser Ideen ihren Platz findet, müssen dieselben ihre Kräfte gezeigt und die ihnen eigentümliche Macht in der sozialen Welt zum Ausdruck gebracht haben. So erklärt sich der wirtschaftliche und auch der historische Charakter der „Demonstrationen", durch welche sich die Erziehung der unpersönlichen Vernunft vollzieht, ihr ökonomischer Charakter, denn die Erscheinungen der Produktion und des Verkehrs sind ebenso viele Verkörperungen der Ideen des Intellekts. Diese erregen das aktive Nachdenken der Menschheit erst dann, wenn sie ihre Kraft daran gesetzt haben, das Leben selbst zu organisieren. Nun aber überträgt sich diese Anstrengung durch die Vorgänge, welche die Ökonomisten untersuchen, ohne zu ahnen, welche ideelle Kräfte durch ihre Studien enthüllt werden. Die ökonomischen Erscheinungen sind also wohl die wesentlichen; sie bestimmen die Geschichte; aber sie sind tatsächlich „Phänomene", sichtbarer Ausdruck ideeller Wesenheiten.

Man versteht nun, worin sich die Philosophie PRUDHONS dem historischen Materialismus annähert und worin sie sich von ihm entfernt. Sie nähert sich ihm, indem sie unsere Aufmerksamkeit auf die industrielle Praktik lenkt, welche die Reflexion reizt und ihr die Richtung gibt. — Sie entfernt sich von ihm, weil sie in dieser Praktik selbst die Wirkung ewiger Ideen, jener geheimen Triebkraft menschlicher Instinkte erblickt.

Damit aber diese „Demonstrationen" durch die Tatsachen entscheidende Bedeutung erlangen, müssen jene Ideen der Reihe nach sich erproben, weshalb sie in einem Sinne ewig miteinander existieren, in einem andern aber aufeinanderfolgen. Mit ewig als Ideen, steigen sie doch nur nacheinander in die Welt der Tatsachen herab, oder treten wenigstens nur nacheinander in ihren Wirkungen vorherrschend in den Vordergrund. „Nacheinander übernehmen sie die Leitung der Dinge und behaupten den ersten Rang" [1]).

PROUDHON geht also nicht so weit, zu behaupten, daß es Epochen gebe, wo diese oder jene ökonomische Kategorie vollständig fehlt. Damit die Vernunft wählen und ihre „diakritischen" Fähigkeiten

1) Idée générale de la révolution au 19e siècle. (Neuausg. S. 114)

üben könne, müssen ihr alle Möglichkeiten offenstehen. Genau besehen, sind alle Prinzipien, die einst versöhnt das schließliche Gleichgewicht begründen werden, in allen Phasen der ökonomischen Entwicklung gegenwärtig. Gelangt nicht von dem Augenblick an, da Vertragsbeziehungen zwischen den Eigentümern zweier benachbarter Felder entstehen, das Gesetz der gleichen Freiheit in Erscheinung? Überall „funktioniert so die synthetische Idee gleichzeitig mit ihr widerstrebenden Elementen“[1]). Es braucht nur jedes dieser Elemente seinerseits an erste Stelle zu rücken und einer Epoche seinen Stempel aufzudrücken. Ein zweifellos notwendiger Eingriff, damit die gegensätzlichen Folgen des in Rede stehenden Prinzips allgemein sichtbar werden. Die Negation erscheint alsdann unabweisbar, als reale Verneinung, die gleichzeitig die Institutionen und Geister revolutioniert. Die Natur der Vorgänge, durch welche die Kollektivvernunft ihre Selbsterziehung vollzieht, erklärt das Maß dialektischen Fortschritts, den die Wirtschaftsgeschichte darbietet.

Der Ausdruck Offenbarung war also etymologisch aufzufassen: Offenbarung, ἀποκάλυπσις, Ablauf. Die Aufeinanderfolge der gegensätzlichen Tatsachen ist es, die uns nach und nach die Bedingungen der ewigen Ordnung enthüllt. Die Analyse des vollzogenen Fortschritts läßt den Fortschritt erkennen, der noch zu machen bleibt[2]). So gleicht die Gesellschaft einem Gelehrten, der in seinem Gehirn alles Wissen birgt. „Will aber etwa derselbe Mensch die Wissenschaft erzeugen? Keineswegs! Er muß sie vielmehr in Worten, Vorschlägen und aufeinanderfolgenden Erörterungen entfalten, d. h. er muß, was ihm als unteilbares Ganzes erscheint, als Progression darstellen[3]).“ Die Progression ist also, wenn man will, nur scheinbar, aber ein notwendiger Schein. Der Gruppenmensch kann nur langsam die Bedingungen der Harmonie enträtseln; mitten in ein Chaos hineingeworfen, baut er Stück für Stück im Schweiße seines Angesichtes die Ordnung wieder auf. In seinen ersten Schriften sprach Proudhon von einem in Ruinen liegenden Tempel, dessen Plan erst wieder aufgefunden werden müsse. In den Contradictions économiques nun bedient er sich eines nicht weniger

---

1) Contradict. économ. II, 80. 2) Correspondance t. III. Anhang (Brief vom 4. März 1843). 3) Contradict. économ. II, 252.

charakteristischen Bildes für das, was man den platonischen Zug seines Denkens nennen könnte: „Stellen wir uns die Schöpfung als einen Fall vor von Ideen aus der übergeordneten Intelligenzsphäre in die untergeordneten Sphären von Zeit und Raum, einen Fall, während dessen die ursprünglich reinen Ideen Körperlichkeit gewinnen, eine Abstraktion, die sie real gestaltet und zum Ausdruck bringt, so wird uns die Gesamtheit des Geschaffenen, die Erscheinungen der Natur und die Manifestationen der Menschheit, als Projektion erscheinen des immateriellen und einheitlichen Geistes auf eine Ebene, die bald fest und gerade ist — den Raum — bald geneigt und beweglich — die Zeit. Daraus folgt, daß die untereinander gleichen, gleichzeitigen und im Raum nebengeordneten Ideen in der Menschheit und in der Natur durcheinander geworfen, verstreut, lokalisiert, einander untergeordnet und aufeinander folgend erscheinen, und daß sie Bilder und Geschehnisse darstellen, die keine Ähnlichkeit mit dem ursprünglichen Plan zeigen. Die ganze menschliche Wissenschaft besteht darin, in diesem Wirrsal das abstrakte System des ewigen Gedankens wieder zu finden [1])."

Kurz, die Ideen, deren Synthese eine unwandelbare Weltordnung bilden soll, bestehen seit Ewigkeit im Weltgeist. Wer sie in der Gesamtheit ihrer Beziehungen durch eine Art von gleichzeitig spekulativer Intuition erfaßte, könnte der Gesellschaft gleichermaßen den ewigen Frieden wie die absolute Gerechtigkeit verschaffen. Allein ein Sturz ist eingetreten. Die ewigen Ideen sind fortan wie im Dunkel verstreut. Der Kollektivgeist der Menschheit, dem die höchste Intuition versagt ist, kann nur nach und nach und tastend jene Ideen wiederfinden und ihre Harmonie wieder herstellen, indem er einen Weg nach dem andern versucht und feststellt, in welche Sackgassen man gerät, wenn man die soziale Organisation der freien Wirkung eines einzigen Prinzips überläßt. Diese sukzessiven Gleichgewichtsstörungen sind die Voraussetzung des schließlichen Gleichgewichts; durch diese Prüfungen nur erkauft man das Heil.

* * *

1) Ebenda II, 398.

Zu gebührender Würdigung dieser intellektuellen Konstruktion muß man die Einflüsse festhalten, unter denen sie entstanden ist. In der ersten Hälfte des 19. Jhrhdts. stehen die Vorschläge sozialer Reform fast immer in enger Beziehung zu den metaphysischen Hypothesen. PROUDHONS Einbildungskraft ist nicht nur durch all das erregt, was ihm von den Systemen FICHTES und HEGELS zugänglich gemacht werden konnte: zu seiner Zeit nahmen auch, nach den philosophisch-religiösen Lehren SAINT-SIMONS und FOURIERS, die der LAMMENAIS, BUCHEZ, PIERRE LEROUX ihren Flug. So brennt denn auch er vor Begierde, auf dieser Rennbahn zu erscheinen; und wenn die eben skizzierten Anschauungen ihm besonders am Herzen liegen, so rührt dies ohne Zweifel daher, daß sie ihm eine Mittelstellung sowohl in der Metaphysik wie in der politischen Ökonomie gestatten. Sie geben ihm Gründe an die Hand zur Abweisung der Verherrlicher Gottes, wie jener, die ihn leugnen; derer, die die Menschheit vergöttlichen, wie jener, die sie geringschätzen.

PROUDHON ist kein Atheist. Wenigstens will er den Atheismus nicht als siegreich anerkennen. Daß die Entstehung der Gottheiten aus der Projektion der dem Menschen teuersten Eigenschaften ins Absolute zu erklären sei, leugnet auch PROUDHON keineswegs. Er will nur derartige Erklärungen durch den nachdrücklichen Hinweis auf den vorzüglich sozialen Charakter der Gottesidee vervollständigen. „Sie ist weit mehr ein Glaubensakt des Kollektivgeistes als eine individuelle Anschauung [1].“ Ausgehend vom Kollektiv-Ich als höchstem Gipfel der Schöpfung, gelangt der Mensch zur Idee des persönlichen Schöpfers. Die Gesellschaft verehrt also in ihren Göttern die Ausstrahlungen ihrer eigenen Antriebe. Von diesem Standpunkte aus erscheint die Theokratie „als Symbolik der sozialen Macht [2]“. Und PROUDHON gelangt zu jener Formel, die manchen zeitgenössischen Schriften als Devise dienen könnte: „Was der Theologe unbewußt in dem von ihm gelehrten Dogma verficht, sind nicht die Mysterien des Unendlichen, sondern die Gesetze unserer kollektiven und individuellen Selbstbestimmung [3].“

---

1) Ebenda I, 2. 2) La justice dans la révolution et dans l'église. (Neuausg.) IV. Abhdlg. S. 133. 3) Confession d'un révolutionnaire (Neuausg.) S. 3.

Sind aber diese genetischen Erklärungen ein hinreichender Grund zur Leugnung Gottes? PROUDHON verneint diese Frage. Das Feld bleibt offen. Wäre auch unsere Idee von Gott anthropomorph oder besser: soziomorph, so bewiese das keineswegs direkt die Nichtexistenz Gottes. Nach wie vor bleibt das Dasein Gottes eine berechtigte Hypothese, deren PROUDHON bedarf, wie er sagt, um die Möglichkeit der sozialen Wissenschaft zu begründen. Es gibt einen Gott, also keinen Zufall, d. h. „die Gesellschaft wird mit Überlegung, Voraussicht und Intelligenz geleitet [1]". Und die Stätte jener ewigen Wahrheiten, deren Entdeckung die Gesellschaft entgegengeht, was ist sie anderes als eine göttliche Vernunft?

Beweist nun auch dieses System von Wahrheiten das Dasein einer ordnenden Intelligenz, so bezeugt doch die Art, wie sich diese Wahrheiten der Menschheit enthüllen, nicht die Existenz von Allgüte. Ganz im Gegenteil. Und hierin findet PROUDHON die Berechtigung, sich heftig gegen die Verteidiger der Vorsehung zu wenden. Wir wissen, nach wie unendlich langen Anstrengungen, besondern Versuchen und Mißerfolgen aller Art der Kollektivgeist dazu gelangt, die Bedingungen des Gleichgewichts wieder aufzufinden. In diesem Sinne heißt Offenbarung: Offenbarung durch Schmerz, Krieg, Übel. Warum hängt uns doch der Hüter aller Wahrheit diese gar so hoch? Warum gewährt er uns nicht die synthetische Intuition, anstatt langsamer und qualvoller Dialektik, die nur durch sukzessiv sich erschließende Antinomien fortschreitet? „Viele Jahrhunderte hindurch verschlingt die Menschheit ihre eigene Nachkommenschaft; sie wälzt sich in Blut und in Schmutz; und der Gott, den sie anbetet, kommt ihr auch nicht ein einzigesmal zu Hilfe, erleuchtet nicht ihre Vernunft, kürzt nicht ihre Prüfungen [2]!"

Durch seine eigene Theorie der Offenbarung gelangt also PROUDHON dahin, Gott für die Prüfungen verantwortlich zu machen, denen die Menschheit unterworfen ist. So erklärt sich das merkwürdige Wort der Contradictions économiques: „Gott ist das Übel [3]", das jenes sein anderes Wort anläßlich seiner Aufnahme in die Freimaurerloge von Besançon im Jahre 1847 vorwegnimmt. Als man ihm nämlich die traditionelle Frage vorlegte: Was verdankt der Mensch Gott?, antwortete er: „Den Krieg". PROUDHON

1) Contradict. économ. I, 22. 2) Ebenda I, 358. 3) Ebenda I, 360.

fand damit eine Geste, die jene des Atheismus an Kühnheit übertraf. Es ist der Antitheismus. Er hält Gott aufrecht, aber nur um des Vergnügens willen, ihn zu lästern.

Dieselbe Theorie von der Offenbarung durch den Fortschritt des Kollektivgeistes, die seine originelle Haltung gegenüber der Gottheit erklärt, macht auch jene gegenüber der Gesellschaft begreiflich. Er gestattet weder, daß man sie herabsetzt, noch daß man sie übermäßig preise. Seiner Meinung nach haben die meisten modernen Philosophen und sogar die Sozialisten die schlimme Neigung, das Kollektivwesen Menschheit vor dem Individuum herabzusetzen. Sie wehren sich so gegen das christliche Dogma von der Erbsünde, ersetzen jedoch dasselbe durch ein nicht minder dunkles: nämlich unseres Verderbens durch die sozialen Institutionen. Hierin folgen SAINT-SIMON, OWEN, FOURIER und ihre Schüler, Kommunisten, Demokraten, Progressisten aller Art, ROUSSEAU. Sie verwerfen „feierlich den christlichen Mythos vom Sündenfall, um ihn durch die Lehre einer Verirrung der Gesellschaft zu ersetzen[1].“ Ist es aber gerecht, die Verantwortlichkeit des Menschen mit den inneren Widersprüchen der sozialen Organisation zu verhüllen? Die Moralistennatur PROUDHONS sträubt sich gegen einen solchen Fatalismus. Er bemüht sich zu zeigen, daß der Mensch den durch die Inkohärenz der Institutionen verursachten Übeln noch solche aus seiner eigenen Verderbtheit gesellt, die zweifellos der eklektischen, vielseitigen und unharmonischen Natur dieses Mikrokosmos entstammen. Es steckt also in den Mythen von der Erbsünde auch eine nicht zu verachtende Wahrheit. Jedenfalls bemerkten diejenigen, die über sie hinweggehen, nicht, daß sie, indem sie für das Individuum einstehen, das ganze Gewicht des Bösen auf den „erschaffenden und beseelenden Geist der Gesellschaft[2]“ abwälzen und damit in gefährlichster Art das Werkzeug der fortschreitenden Offenbarung selbst diskreditieren. Die soziale Unordnung kann stets nur relativ sein, weil sie die Elemente und den Zündstoff zu späterer Ordnung in sich birgt. Ja, auch die ökonomischen Widersprüche selbst sind notwendige Maßregeln eines Intellekts, dessen Urteil man verstehen und hinnehmen muß.

1) Ebenda I, 325. 2) Ebenda I, 327.

In dieser arbeitenden Gesellschaft ist also ein Prinzip des Heiles am Werk, das man zu verehren hat.

Will nun PROUDHON damit sagen, daß man das große Wesen zur Gottheit erheben und einen neuen Kult, den Kult der Menschheit selbst, einrichten soll? Durchaus nicht! Ein Kult der Menschheit wäre immerhin ein Kult. Und das genügt PROUDHON, um ihm zu mißtrauen. So bekämpft er denn entschlossen, was er den „Humanismus" nennt, eine Bezeichnung, die nach seiner Meinung ebenso gut auf die Lehre FEUERBACHS wie AUGUSTE COMTES paßt.

Daß er zu der Zeit, die wir hier vor Augen haben, von FEUERBACH bereits direkt Kenntnis gehabt habe, ist nicht wahrscheinlich. Aber er dürfte von ihm durch begeisterte Jünger sprechen gehört haben. Denn die meisten jungen Deutschen, die um 1844 nach Paris kamen, schwuren auf nichts höher als auf das „Wesen des Christentums[1]". Erfinden die Jünger FEUERBACHS auch keine Zeremonien und richten sie kein Priestertum ein, wie später der Gründer der positivistischen Schule, so schmücken sie doch gern die Menschheit mit der Aureole, die sie den Göttern entreißen. Sie fordern sie gewissermaßen auf, sich selbst jene Anbetung vorzubehalten, die sie den Geschöpfen ihrer eigenen erregten Einbildungskraft, den Projektionen ihrer eigenen, höchstpotenzierten Eigenschaften darzubringen pflegt. Diese Projektionen leugnet nun, wie wir wissen, PROUDHON keineswegs. Aber er macht aufmerksam, daß man schon durch die Tatsache allein, daß man, um Gott zu definieren, die menschlichen Eigenschaften ins Unendliche erhebt, zwischen Gott und dem Menschen eine unüberbrückbare Kluft aufreißt. Die ins Unendliche vergrößerten menschlichen Eigenschaften sind nicht mehr dem Menschen eigen. Ihm eignet wesentlich Unvollkommenheit, und darum ist beständiger Kampf sein Los. „Wir leben, fühlen, denken nur durch eine Reihe von Widersprüchen und Erschütterungen, durch einen unaufhörlichen Kampf[2]." Man versuche daher nicht, Gott und die

---

1) Was die Feuerbachianer Frankreich zugebracht und was sie ihm entlehnt haben, habe ich darzulegen versucht in meiner Abhandlung: L'alliance intellectuelle franco-allemande 1842, in „La grande Revue" v. 25. VIII, 1910.
2) Contradict. économ. I, 368.

Menschheit zu identifizieren; das hieße, diese wie jenen verleumden. Die beiden Begriffe sind nur als Antithese zu verstehen. Freilich könnte man versuchen, diese Antithese selbst aus dem Wesen der das Individuum beherrschenden sozialen Wirklichkeit zu erklären. PROUDHON ahnt auch diese Art der Erklärung voraus: „Wird man sagen, daß der Gegensatz zwischen Menschen und göttlichem Wesen illusorisch ist und auf dem Gegensatz beruht zwischen dem Individuum und dem Wesen der Gesamtmenschheit [1])?" Dann müßte man aber zugeben, daß die Menschheit als Kollektivwesen nicht jenes Herumtasten kennt, das begriffsgemäß dem göttlichem Wesen erspart bleibt. Nun müssen wir aber gerade das leugnen. Freilich strebt die Kollektivvernunft nach dem ewigen Gleichgewicht — aber in menschlicher Weise. Sie entdeckt es Stufe für Stufe in langsamem Fortschritt, der notwendig aller Ordnung voraus sich vollzieht. Und deshalb läßt sie sich zuletzt doch nicht mit der göttlichen Intelligenz identifizieren. Das Kollektivwesen ist auch das fortschreitende Wesen. Es richtet sich angesichts des Absoluten empor. Man könnte keines mit dem andern vermischen, ohne ihre beiden ursprünglichen Naturen zum Verschwinden zu bringen.

Und so verschafft sich PROUDHON den Genuß, gleichzeitig Theisten und Humanisten ebenso zu ärgern, wie er vorher gleichermaßen Ökonomisten und Sozialisten geärgert hat.

* * *

Die Art, wie PROUDHON die fortschreitende Erkenntnis des Ideals erklärt, schließt sich im letzten Grunde an eine soziologische Theorie an, wie ja eine solche wieder ihm später dazu dient, dieses Ideal selbst zu definieren. Er benutzt zur Erklärung und Rechtfertigung seiner Lösung des sozialen Problems nicht mehr die Idee einer Kollektivvernunft, sondern eines Kollektivwesens. In seinen „Memoires sur la propriété" gefällt er sich darin zu zeigen, wie durch die Macht der Kollektivkraft geistige und materielle Schätze sich häufen, aus denen das vergängliche Individuum schöpft — womit er im Keim die Beweise vorausnimmt, die späterhin von der Philosophie der Solidarität in reicherem Maße vor-

1) Ebenda I, 369.

gebracht wurden. Aber er begnügt sich nicht damit, darauf aufmerksam zu machen, daß die Kollektivkraft Gegenständliches ansammelt, sondern meint, daß sie auch Wesen erschafft, die ihr eigenes Leben leben. PROUDHON kennt nicht nur einen Solidarismus, sondern sogar einen sozialen Realismus. Und ohne Zweifel bringt er diesen wieder in der Gerechtigkeit zum Ausdruck, indem er die in der „Philosophie du progrès“ (1853) zusammengefaßte relativistische Philosophie konsequent weiterbildet. Erst dann versucht er die durch verschiedene Arten der Gruppierung geschaffenen Wesen zu klassifizieren und hierbei auch den politischen Organismen ihren Platz anzuweisen.

Aber schon in den „Contradictions économiques“ erscheint ihm die Gesellschaft im ganzen mit einem eigenen Leben begabt, so daß er nicht zögert, sie mit einem Organismus zu vergleichen, der fähig ist, seine eigenen Ziele zu verfolgen. Schon zur Widerlegung derjenigen, die uneingedenk des Gesetzes der spontanen Entwicklung die Gesellschaft mechanisieren wollen, fand er biologische Gleichnisse. „Die Gesellschaft reformiert sich nur, indem sie wächst und sich stetig entwickelt, und diese eklatanteste aller geschichtlichen Tatsachen bedeutet die Verurteilung aller jener Hypothesen, die mit Begriffsumkehrungen und Systemunterschiebungen arbeiten [1].“

Gleichartiger Bilder bedient er sich in den „Contradictions économiques“, um jene zu kritisieren, die getäuscht durch eine allzu atomistische Anschauung der Dinge, die Übereinstimmung, die Harmonien, die Ureinheit des Wirtschaftslebens übersehen. „Mag immerhin unter den Industriellen Antagonismus bestehen, die Betätigung der Gesellschaft bleibt doch konvergent, harmonisch, mit einem Wort persönlich [2]“. „Für den wahren Ökonomisten ist die Gesellschaft ein lebendiges Wesen mit Eigenintelligenz und Eigentätigkeit, unter der Herrschaft besonderer Gesetze, die erst durch Beobachtung entdeckt werden und deren Existenz nicht körperlich in Erscheinung tritt, sondern durch das Zusammenwirken und die enge Solidarität aller ihrer Glieder [3].“ „Und daher kommt es, daß die Regierung der Gesellschaftskörper eine Wissenschaft ist, d. h.

---

1) Avertissement aux propriétaires (Neuausg.) S. 62. 2) Contradict économ. I, 94. 3) Ebenda I, 92.

Studium der natürlichen Beziehungen, und keine Kunst, d. h. Vergnügen und Willkür.“ Wer nicht mit den Augen des Geistes den Kollektivmenschen zu sehen vermag, den wahren Prometheus, der die Produktion organisiert, der versteht nichts von Wirtschaftswissenschaft.

Genau derselben Konzeptionen bedient sich Proudhon, um auch seinerseits zwischen politischer Ökonomie und Sozialökonomie schlechthin zu unterscheiden.

Lange bereits war diese Antithese in der Ausarbeitung begriffen. Seit 1818 war es unter denjenigen, die gegen die Folgen des Industrialismus protestierten, hergebracht, die orthodoxen Ökonomisten gleichermaßen gedanklicher Beschränktheit und der Herzensdürre zu beschuldigen. Man warf ihnen vor, daß sie sich nicht genug mit den Wirkungen des Produktions- und Zirkulationsmechanismus auf die Menschen beschäftigten und der Betrachtung der Stellung dieser Mechanismen im Gesamtsorganismus der sozialen Institutionen aus dem Wege gingen. So beispielsweise Villeneuve-Bargemont[1]), dessen Einwendungen gegen die Schule von Adam Smith sich in diesen beiden Richtungen bewegen und der darauf hinweist, daß man unter dem Namen der Sozialökonomie allseits menschlichere und zugleich konkretere Theorien suche.

Auch Proudhon will diesem Bedürfnis Rechnung tragen; aber auf seine Weise. Niemand verkündet energischer als er, daß die politische Ökonomie der Gerechtigkeit unterzuordnen sei. Allein er begnügt sich nicht damit, wie Sismondi gegen die Abstraktionen und Kalkulationen gefühlsmäßig zu protestieren. Er geht wirklich darauf aus, eine synthetische Wissenschaft zu begründen, indem er die Methode anwendet, die Sismondi eingeführt und deren Rodbertus sich späterhin gegen Bastiat bedient hat: er setzt nämlich die Gesellschaft einem Menschen gleich, der für sich selbst produziert. Und er hofft, so zu nutzbarer Verwendung der — von ihm durchaus nicht geringgeschätzten — Formeln und Theoreme der orthodoxen Ökonomie zu gelangen.

Und in der Tat ist es für Proudhon höchst charakteristisch, daß er vorgibt, ein treuer Schüler von Adam Smith zu bleiben,

1) Histoire de l'économie politique. 1841.

der nur logischer ist, als die andern. Hat nicht SMITH die Arbeit als Quelle zugleich und als einzigen Wertmaßstab aufgezeigt? Genügt es daher nicht zu endlicher Schaffung einer gerechten Ordnung, dieses Prinzip streng folgerichtig anzuwenden? Dazu freilich muß man sich eben auf den Standpunkt der Gesamtheit und des Gemeininteresses stellen. Bleibt man aber, wie die meisten Ökonomisten, auf dem Standpunkt gegenseitig sich übervorteilender Individuen, so brechen die Widersprüche in den Wertungen hervor. Jedem diktiert dann sein Interesse, um der Gewinnerhöhung willen seine Werte zu vervielfachen — was hinwiederum die Tendenz zu ihrer Verminderung auslöst. Aber Prometheus, der für den Eigenkonsum produziert, hat kein Interesse an der Mehrung unverwendbarer Werte, um besondern Gewinn anzuhäufen. In seinen Augen ist der Brutto- auch Nettogewinn; und er erzeugt bloß, um zu konsumieren. Er ist also einzig an der „Verhältnismäßigkeit" der Werte interessisrt. Die Erzeugnisse aber, die er ebenso mannigfaltig wie in Fülle zu haben wünscht, abzuschätzen und sie alle gleich vertauschbar zu machen, gestattet ihm nur die zu ihrer Herstellung erforderliche durchschnittliche Arbeitszeit. Damit ist der Wert begründet; und die Formeln, die den Ökonomisten so sehr am Herzen liegen, können nun mit den Tatsachen übereinstimmen. In der nach den Interessen Prometheus' organisierten Welt, in der die Arbeit die Basis der Proportionalität aller Werte ist, wird es zur Wahrheit, daß „jedes Produkt das wert ist, was es kostet", daß „jede Arbeit einen Überschuß erzeugt[1]", daß die Erzeugnisse sich mit Erzeugnissen kaufen lassen, und dann sind alle Forderungen der Gleichheit erfüllt. „Der Lohn des Kollektivarbeiters ist dem Produkt gleich; folglich sind die Produkte aller Arbeiter untereinander gleich und ebenso also auch ihre Löhne. Hierin liegt das Prinzip der Gleichheit von Lebenslagen und Vermögen[2]." Doch all dies wird nur dann wahr, wenn alle anormalen Einrichtungen verschwinden, die Einzelnen tatsächlich gestatten, die Masse der übrigen zu besteuern. Verhindert nicht das Agio in allen seinen Formen eine der Arbeit proportionale Wertfestsetzung? Zwingen nicht die verschiedensten Monopole den Arbeiter, sein eigenes Produkt teurer zurückzukaufen, als er dafür an Lohn

1) Ebenda I, 92, 97. 2) Ebenda I, 290.

erhät? Und gerät nicht, wo die Kaufkraft der Massen auf den Notbedarf eingeschränkt ist, das ganze System der Produktion aus dem Gleichgewicht? Auf allen Seiten stößt man dann auf „Unmöglichkeiten" und „Widersprüche". Adam Smith hat dies wohl gefühlt. Denn er zeigt, wie viele dank den Mißständen des Eigentums ernten können, wo sie nicht gesäet haben. „In jenem primitiven Zustande — schreibt er — der der Aneignung des Bodens und der Kapitalanhäufung voranging, gehörte der gesamte Arbeitsertrag dem Arbeiter [1])." Damals und nur damals wurden die Werte wirklich an der Menge der Arbeit gemessen. Damals und nur damals war die Gleichheit der Güterverteilung, „die Gleichheit nach dem Maße der Arbeit" die Regel. Aus dieser Darlegung Smiths ist festzuhalten, daß die Mißbräuche des Privateigentums neben der Gleichheit nicht fortbestehen können. Nur hat man, was er als ursprünglichen Zustand bloß bezeichnet, als Ziel des Fortschritts, als Ideal der Gerechtigkeit anzusehen, und gerade die Sorge, die Interessen des Kollektivwesens sind es, die gebieten, jenes Ideal anzustreben.

Hier wird die Originalität der Stellung klar, die Proudhon gewählt hat. Er erhebt die Gesellschaft zur Wirklichkeit. Er geht sogar so weit, sie zu personifizieren, um deutlicher zu zeigen, daß sie ein Eigenleben, Eigentätigkeit, Eigeninteressen hat. Und hierin fallen seine Tendenzen mit denen der deutschen Nationalökonomie gegenüber der Tradition der — ebensowohl individualistischen wie kosmopolitischen — klassischen zusammen. Seinerseits aber untersucht Proudhon niemals das, was der Gesundheit des sozialen Körpers zuträglich ist, indem er auch nur vorübergehend von den Rechten der Menschen abstrahiert, aus denen derselbe sich zusammensetzt. Gerade diese Rechte, diese gleichen Rechte beschäftigen ihn unablässig. Die Idee des Kollektivinteresses ist für ihn nur ein Zwischengedanke, dazu bestimmt, die Notwendigkeit der Achtung individueller Rechte besser zu verdeutlichen. Nicht etwa, daß er die Existenz von Objekten verkennt, die wirklich zu öffentlichem Gebrauch und nur dem individuellen und geistigen Leben der Gesamtheit, als Wesen für sich betrachtet,

1) Wealth of nations I, Kap. VIII, von Proudhon kommentiert in „Avertissement aux propriétaires", S. 26.

dienen. Tempel, öffentliche Paläste, Theater, Schulen, Spitäler sind ebenso viele Organe, die den spezifisch sozialen Bedürfnissen entsprechen. Aber er scheint der Meinung zu sein, daß man, parallel zum wachsenden Bewußtsein der Menschheit, auch darüber sich klarer wird: gerade das Interesse aller Individuen fordere die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesamtheit. Man hält dann nicht mehr den Gedanken für zulässig: das Wohl der Gesamtheit könne etwas anderes sein, als die Summe und Harmonie alles persönlichen Wohlbefindens. Mehr und mehr wird es dann klar, daß die erste Bedingung für die Gesundheit des sozialen Organismus die auf der Gleichheit beruhende Gerechtigkeit ist.

So stellt sich Proudhon die paradoxe Aufgabe, zwei Geistesrichtungen zu versöhnen, die man im Laufe des 19. Jahrhunderts so oft gegeneinander zu kehren versucht hat: die soziologische und die individualistische. Er meint, gleichzeitig Realist und Gleichheitsapostel zu sein. Indem er die Erscheinungen der Produktion, der Konsumtion, der Zirkulation als Wirkungen der Tätigkeit eines Einheitswesens darstellt, tut er es nur zu dem Zweck, um desto sicherer unter den Individuen einen gerechten Austausch bewerkstelligen zu können.

Der Nationalverein und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63.

Aus den Papieren des Nationalvereins.

Von

Hermann Oncken.

Herkömmlicherweise wird der liberalen und nationalen Bewegung der 60er Jahre, der preußischen Fortschrittspartei und nicht minder ihrer parallelen Organisation in Deutschland, dem Nationalverein, eine völlige Verständnislosigkeit gegenüber der sozialen Frage, oder genauer eine Nichtachtung der Interessen des industriellen Arbeiterstandes zum Vorwurf gemacht. Den Nationalverein trifft dieser Vorwurf nur sehr bedingt.

Man darf nicht vergessen, daß seine Aufgabe ausschließlich auf politischem Gebiete lag: Einheit und Freiheit der Nation, d. h. ein bundesstaatliches Kleindeutschland unter Preußens Führung und ein deutsches Parlament auf breitester Basis des Wahlrechts. Wenn der Nationalverein seine Aktion für dieses Ziel nicht lähmen und zersplittern wollte, durfte er schlechterdings nicht in den wirtschaftlichen Gegensätzen zwischen den einzelnen Provinzen, Klassen, Ständen, Bevölkerungsgruppen Partei ergreifen; er durfte sich nicht in der Streitfrage Schutzzoll oder Freihandel festlegen; er durfte auch die Vertretung der besonderen Interessen der Arbeiter sich ebensowenig zu eigen machen, wie etwa der Interessen der Handwerker und Bauern. Wenn man ein nationaler Erziehungs- und Propagandaverein sein wollte, so mußte man das ganze Gebiet ökonomischer Fragen, das jenseits der allgemeinen Grundlinien des Programmes lag, als neutrales Land respektieren. Wenn auch einzelne Forderungen der formalen Einheit (wie Einheit von Münze, Maß und Gewicht) in erster Linie gewissen Wirtschaftsbedürfnissen bürgerlicher Schichten entsprachen, so darf man darum keineswegs sagen, daß der Nationalverein als solcher bürgerliche Klassenziele verfolgt hätte; wies seine Zusammensetzung auch einen überwiegend bürgerlichen (aber keineswegs bourgeoisen) Charakter auf, so war unter seinen Führern der idealistische Grundzug unverkennbar.

Immerhin erkannte man bald die Notwendigkeit, die nationale Propaganda nicht auf die Schichten des Mittelstandes zu beschränken, sondern die Massen an sie zu fesseln: eine nationale Bewegung ohne Fühlung mit den

Massen war ein Widerspruch in sich. Ein politischer Verein mit einem jährlichen Beitrage von einem Taler war allerdings bei dem damaligen politischen Interesse und der damaligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters keine geeignete Organisationsform; schon im März 1860 erlaubte man daher die vierteljährliche Ratenzahlung; zur monatlichen Ratenzahlung konnte man sich aus äußeren Gründen nicht verstehen und auch eine Herabsetzung des Beitragssatzes mit Rücksicht auf die Minderbegüterten wurde im Oktober 1862 wegen des finanziellen Ausfalles verworfen.

Aber man konnte doch wenigstens seinen guten Willen bezeugen. Während man die Agitation im einzelnen den überall von den Liberalen gegründeten Arbeiterbildungsvereinen überließ, bot die Londoner Weltausstellung im Jahre 1862 dem Nationalverein eine Gelegenheit, durch eine Sympathiedemonstration größeren Stils sein Interesse für die Arbeiterfrage an den Tag zu legen. Am 20. April 1862 faßte eine Vorstandssitzung des Nationalvereins einen Beschluß, der nach Ausweis des von BENNIGSEN selbst geschriebenen Protokolls lautet:

„Bei der großen Bedeutung, welche die Londoner Industrieausstellung auch für die Entwicklung der deutschen Industrie und die Ausbildung unserer deutschen Arbeiter haben wird, hat der Vorstand ferner den Beschluß gefaßt, zwölf deutsche Arbeiter auf Kosten des Nationalvereins zur Weltausstellung nach London zu schicken. Er hat zu diesem Zweck 2400 Gulden der Redaktion des „Arbeitgebers"[1]) in Frankfurt a. M. zur Verfügung gestellt mit dem Auftrage, eine geeignete Auswahl unter Berücksichtigung der wichtigsten deutschen Industriezweige und -Gebiete und hervorragender Talente zu treffen, auch zu dem Behufe soweit erforderlich den Rat und die Mitwirkung mit unserer Industrie vertrauter Personen in Anspruch zu nehmen".

Diese vom Nationalverein ins Leben gerufene Arbeiterdelegation ist im geschichtlichen Zusammenhange bedeutsam, weil ihre Nachwirkungen dazu beitrugen, die deutsche Arbeiterbewegung stärker in Fluß zu bringen. In der Fülle der Anregungen und Berührungen, die die Arbeiter in London fanden, empfingen sie auch Antriebe, die über die wohlmeinenden Absichten der Urheber dieser Entsendung hinausgingen. Sie lernten, wenn auch nur von weitem, das Selbstbewußtsein und die wirtschaftlichen Organisationen des englischen Arbeiterstandes kennen; die Leistungen der berühmten Weber-Assoziation, der Pioniere von Rochdale, blieben ihnen nicht fremd; sie kehrten zurück mit einem lebhaften, wenn auch unklaren Drang, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Eines der Mitglieder der Delegation, der Berliner Maler C. EICHLER, formulierte in einer Versammlung in Berlin am 25. August 1862 die neuen Wünsche: Bildung eines Arbeiterbundes, zum Zwecke der Gründung von Arbeiter-Produktivgenossenschaften. Im Oktober hatten diese Pläne eines organisatorischen Zusammenschlusses der Arbeiterschaft sich zu dem verfrühten Plane eines Arbeiterkongresses verdichtet. Der Antragsteller EICHLER war eine ganz unzuverlässige Erscheinung[2]); ob seine späteren Beziehungen zu Organen der Regierung schon in dieser Zeit angeknüpft waren,

---

1) Der „Arbeitgeber" wurde von MAX WIRTH herausgegeben. 2) E. BERNSTEIN in LASSALLES Reden und Schriften I, 109 f., II, 396 f.

mag dahingestellt sein; jedenfalls machte er zunächst einen Versuch, die Mittel des Nationalvereins noch einmal für die Zwecke der Arbeiterbewegung in Anspruch zu nehmen. Er richtete an den Präsidenten des Nationalvereins, R. v. BENNIGSEN, ein Schreiben, das ich den Papieren des Nationalvereins entnehme. Das Schreiben ist, so unbedeutend auch sein Inhalt, immerhin ein Dokument für den Geist der vorlassalleschen Arbeiterklasse in Deutschland: Devotion, Mittellosigkeit und Unklarheit reichen sich hier die Hand.

Berlin, 6. Oktober 1862.

Gnädigster Herr!

Indem ich Sie um Verzeihung bitte, wage ich es, Sie mit meinem Schreiben zu belästigen.

Hochwohlgeborener Herr: Wie Sie wohl schon aus den Zeitungen ersehen haben werden, ist es im Werke, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß anzuberaumen. Ich habe diese Angelegenheit nun in Berlin angeregt und zu diesem Behufe in den verschiedenen Stadtteilen sechs große Versammlungen zusammenberufen, um die Ansicht des Berliner Arbeiterstandes zu hören. In allen Versammlungen ist nun einstimmig beschlossen worden, einen derartigen Kongreß zusammen zu berufen. Es ist in Folge dieses Beschlusses ein Komitee von 25 Personen gewählt, welches bereits das Programm festgestellt hat und wird dieses und ein entsprechender Aufruf an die Arbeiter Deutschlands in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Zu meinem größten Bedauern habe ich nun aus Leipzig vernommen, daß in einer dortigen Arbeiterversammlung so verkehrte Äußerungen gefallen sind, daß ich befürchte, die Angelegenheit kommt in eine ganz falsche Richtung, da auf dem Kongresse nur gewerbliche Angelegenheiten dem Programm zufolge erörtert werden sollen. Es kann sich dennoch so gestalten, daß politische Fragen besprochen werden, aber dies darf meiner Ansicht nach nicht öffentlich geschehen, daß überhaupt ein derartiger Kongreß nach allen Richtungen hin im Interesse des Vaterlandes ausgebeutet werden muß, versteht sich wohl von selbst.

Gnädigster Herr: Ich habe mich nun an Sie gewendet, da ich nicht im Besitze des nervus rerum bin, der nun einmal unentbehrlich ist, und da in Berlin auch nicht ein einziges Institut ist, das mir in dieser Beziehung Hilfe leisten würde, es ist dies leider eine traurige Wahrheit und liegt in dem Mangel eines organisatorischen Talentes der Berliner wohl begründet. Ich bitte Sie, gnädigster Herr, gütigst zu berücksichtigen, daß die Vorbereitungen zu einem solchen Unternehmen schon in den ersten Stadien Geld genug kosten und was ich schon an diesem und Zeit geopfert habe, das brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu erläutern. Denken Sie sich gütigst, ich als einfacher Akkordarbeiter auf einer Fabrik habe jede Woche 3—4 Versammlungen einschließlich des Komitees abgehalten, bei denen ich bis 1 und 2 Uhr morgens aufgewesen bin und, daß mir nach diesen Versammlungen, in denen man nicht bloß mit den in der Sache selbst liegenden Hindernissen, sondern auch noch mit dem Unverstand der Menschen zu kämpfen hat, nicht so ganz wohl ist, davon könnte sich ein jeder heute überzeugen, ich habe solche Kopfschmerzen, daß ich nicht aus den Augen sehen kann. Doch nun zur Sache: Gnädigster Herr, es versteht sich von selbst, daß die Arbeiter die Mittel aufbringen müssen, ihre zu erwählenden Deputierten nach dem Kongreß

hinzusenden, es müssen aber jetzt schon so viele Auslagen gemacht werden, die mir zwar später alle wieder ersetzt werden müssen, daß ich nicht mehr im Stande bin, dieselben zu machen.

Im Interesse der Sache nun, und da der Nationalverein ja zu andern patriotischen Unternehmungen Geld hergegeben hat und derselbe auch hinreichende Fonds besitzt, so erlaube ich mir, Sie zu bitten, ob es nicht möglich ist, daß ich einen Vorschuß von 50 Reichstalern bekomme, rückzuzahlen, nachdem die Arbeitervereinigungen sich konstituiert haben. Ich muß diese Woche schon so wie so nach Leipzig reisen, da der Kongreß dort stattfinden soll und ich in dem Aufruf gleich ein detailliertes Programm veröffentliche. Es sind ferner hier in Berlin noch mehrere Ausgaben für Insertionen und Drucksachen nötig. In den Berliner Handwerkervereinen wird die Kongreßfrage auf das Lebhafteste erörtert und sind schon, wie ich höre, bestimmte günstige Beschlüsse gefaßt worden. Ich arbeite nun noch an einer Brochüre, die vor dem Kongreß herauskommen und dort verteilt werden soll: Die deutsche Einheit und ihr Nutzen für die arbeitenden Klassen. Wenn mir nun Ew. Hochwohlgeboren zu helfen bereit sind, dann bitte ich, es so bald als möglich zu tun, da keine Zeit bis zum 24. November mehr zu verlieren ist.

Hochachtungsvoll

C. Eichler, Maler.

M. Adr. ist: Invalidenstr. 19 v. 2 Tr.

PS. Verzeihen Sie gütigst meine schlechte Handschrift, ich habe die furchtbarsten Kopfschmerzen.

Bennigsen übersandte seinem Freunde Schulze-Delitzsch den Brief Eichlers, „dem Ihr so wenig trauet“. Das Gesuch Eichlers lehnte er ab und hob in seiner Antwort hervor, es liege im eigenen Interesse der Arbeiter, das für ihre Zusammenkünfte erforderliche Geld selbst aufzubringen; nach den Mitteilungen über Eichlers Benehmen während der Arbeiterexpedition nach London habe er wenig Lust, sich zum zweiten Male für ihn zu verwenden [1]).

Es ist wahrscheinlich, daß erst nach dieser Ablehnung Eichler den Weg zu den Konservativen (vermutlich Hermann Wagener) fand, der ihn bald seinen eigenen Kreisen verdächtig machte und seiner politischen Laufbahn ein rasches Ende bereitete.

Wenn man in den Kreisen der Fortschrittspartei und des Nationalvereins aus guten Gründen mit Eichler nichts zu schaffen haben mochte, so wollte man die Sache selber darum keineswegs von sich stoßen. Die Dinge liegen keineswegs so einfach, daß Lassalle in diesen von lebhafter Bewegung erfüllten Monaten sich der vom Fortschritt und Nationalverein zurückgestoßenen Arbeiter angenommen hätte: beide Richtungen rangen vielmehr um die Führung. Im Nationalverein war es vor allem der linke Flügel, der Interesse und Verständnis zeigte und zugleich sich selbst verstärken wollte. Der Schriftführer

1) Bennigsen an Schultze-Delitzsch, 4. November 1862, in meinem Buch über R. v. Bennigsen I, 588.

FEDOR STREIT[1]) in Koburg, ein achtundvierziger Demokrat, nahm sich in seiner Art des Problems an und erstattete darüber am 1. Februar 1863 in der Ausschußsitzung des Nationalvereins einen Bericht, dessen Protokoll ich aus den Akten wiedergebe.

„Der Berichterstatter ging aus von der nicht mehr zu bestreitenden und nachweisbaren Tatsache des Vorhandenseins der Arbeiterbewegung und wies auf deren unzweifelhafte Bedeutung für die nationale Bewegung hin, welche letztere schon einmal (1848/49) wesentlich mit zugrunde gegangen sei an der Vernachlässigung und daraus entstandenen Mißleitung der damaligen Bestrebungen des Arbeiterstandes, durch welche der dritte Stand in die Arme der Reaktion getrieben worden sei. Eine solche Gefahr diesmal zu vermeiden, sei die sehr ernste Aufgabe der nationalen Partei, man könne sagen eine Pflicht der Selbsterhaltung für die nationale Fortschrittsbewegung, deren Sieg, bei eintretenden großen politischen Erschütterungen ohnehin nicht denkbar sei, ohne daß sie gerade im vierten Stand feste Wurzel gefaßt, ohne daß das Hand in Hand gehen der nicht besitzenden mit der besitzenden Klasse zuvor angebahnt und gesichert sei, und es würde der Nationalverein eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn er diese Aufgabe irgendwie vernachlässige.

Der Nationalverein, das Organ des nationalen Einheits- und Freiheitsstrebens, wenn er seine Aufgabe nicht mißverstehe, dürfe überhaupt keine in dieser Hinsicht irgendwie bedeutungsvolle Bestrebung in irgend einer Schicht der Nation unbeachtet lassen, müsse sich vielmehr bei jeder solchen seinen Einfluß sichern. Die Notwendigkeit, in dieser Hinsicht auf der Wache und tätig zu sein, sei hinsichtlich der Arbeiterbewegung in neuester Zeit an den Nationalverein mit dem Moment herangetreten, als die Idee der Zusammenberufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses feste Gestalt angenommen habe und zwar um so mehr, als, wie dem Berichterstatter noch in den letzten Wochen vor Jahresschluß aus guter Quelle zugekommen, zugleich die Gefahr aufgetaucht sei, daß Bestrebungen sich geltend machten, dieser Bewegung einerseits im sozialistisch-kommunistischen, andererseits im reaktionären Sinne (beides im Effekt gleich) sich zu bemeistern und so dieselbe von der gesunden, dem Interesse der Arbeiter selbst, wie der nationalen Sache allein entsprechende Bahn abzulenken.

Es habe, da Gefahr im Verzug gelegen habe, rasch gehandelt werden müssen. Der Weg auf welchem dies mit Erfolg geschehen könne, sei bereits indiziert gewesen. Nicht nur sei einerseits oft und vielfach in Kreisen des Nationalvereins das Verlangen nach einem populären Blatt im Interesse der nationalen Agitation in den eigentlichen Volksschichten, sondern es sei in diesen Kreisen sowohl als in Arbeiterkreisen selbst, in denen unverkennbare Sympathien für den Nationalverein und seine Bestrebungen vorhanden seien, ganz offen und ausdrücklich der Wunsch ausgesprochen worden (namentlich bei Gelegenheit der letzten Generalversammlung), es solle der Nationalverein ein Arbeiterblatt gründen. Anderseits habe die Gefahr sehr nahe gelegen, wenn nicht ganz rasch gehandelt würde, daß von ganz anderer Seite dieser Gedanke aufgegriffen werde und das Organ der bedeutungsvollen Bewegung in ganz andere Hände und zwar, statt der im Interesse der Arbeiter wie der nationalen Sache dringend zu wünschenden Unabhängigkeit, unter sehr bedenkliche Einflüsse komme. Um

1) Vgl. über ihn: R. v. BENNIGSEN I, 452 f.

die Gründung eines solchen Blattes von Vereins wegen in die Hand zu nehmen, sei bei der notwendigen Raschheit des Entschlusses und der Ausführung keine Zeit mehr gewesen, da das Blatt wenn es gegründet werden sollte, mit dem Jahresabschluß ins Leben habe treten müssen.

Inzwischen sei der Arbeiter-Bildungsverein in Koburg gegründet und seien in dessen Vorstand Berichterstatter selbst und andere Freunde der nationalen Sache gewählt worden. In diesem habe er den Gedanken der Gründung einer „Arbeiterzeitung" angeregt, der sofort mit entschiedenster Sympathie aufgenommen worden sei. Freilich aber habe dieser Verein noch keine Mittel und es habe Berichterstatter deshalb, um die Ausführung möglich zu machen, das allerdings kostspielige Unternehmen auf seine Kosten und Gefahr in seinen Verlag nehmen müssen. Um aber von vornherein dem Unternehmen die nötige Unabhängigkeit zu sichern und ihm dieses Gepräge auch nach außen zu geben, daneben aber auch dem Arbeiterstand außer dem Vorteil, für seine Bewegung ein in ihm wurzelndes Organ zu haben, auch materielle Vorteile zu bieten, sei eine Einigung getroffen worden, wonach der Koburger Arbeiterverein als Herausgeber des Blattes an die Spitze getreten, der Berichterstatter aber, an der Spitze einer aus diesem Verein gewählten Redaktionskommission, die Funktionen eines Chefredakteurs übernommen und überdies von vornherein für den Fall eines Reinertrages dem Arbeiterverein in Koburg die volle Hälfte des Reinertrages überwiesen habe, mit der einzigen Bedingung, daß derselbe die Hälfte dieses Ertragsanteils eintretendenfalls zu Zwecken im Gesamtinteresse des Arbeiterstandes, z. B. für eine allgemeine Altersversorgungskasse für Arbeiter anweise.

Seit Jahreswechsel sei das Blatt ins Leben getreten und die bis jetzt erschienenen Nummern seien auch den Ausschußmitgliedern zugeschickt worden und damit die Beurteilung erleichtert. So stehe nun dieses Unternehmen, welches in Arbeiterkreisen mit entschiedener Sympathie aufgenommen worden und mit welchem er ohne Auftrag, in Wirklichkeit die negotia des Vereins geriert zu haben glaube.

Es komme jetzt darauf an, daß das Blatt, welches in Schichten dringe, in welche der Nationalverein mit seinen Organen und Erlassen keinen oder nur spärlichen Zugang finde, auch vom Verein gefördert werde, wenn auch, aus Gründen im Interesse der Sache, nicht unmittelbar und offiziell, doch mittelbar sowohl durch Empfehlung von seiten der Ausschußmitglieder, Agenten und Vereinsmitglieder, als von seiten der befreundeten Presse und durch Mitarbeiterschaft von seiten derjenigen Vereinsmitglieder, welche namentlich der volkswirtschaftlichen Bewegung ihr Interesse zugewendet.

Antrag Streit: Daß er vom Ausschuß ermächtigt werde, nicht als Geschäftsführer, sondern privatim ein zur Förderung des Blattes in diesem Sinne anregendes Zirkular an die Vereinsagenten zu erlassen.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden (Bennigsen) sprach nunmehr das Ausschußmitglied Schulze, den hierherbezüglichen allgemeinen Bemerkungen des Vorredners beipflichtend, über die Arbeiterbewegung im allgemeinen, die im Kleinbürgerstand in den unter seiner Leitung stehenden Assoziationen bereits ein gutes Vorbild gesunden Fortschritts auf solider Grundlage gefunden, bestätigte die auch in Berlin, dort von seiten der Reaktion durch den Arbeiter Eichler, den Anreger des allgemeinen Arbeiterkongresses, gemachten Versuche, die Arbeiter irrezuleiten. In Berlin sei dieser Versuch

ebenso wie andere von sozialistischer Seite, glücklich vereitelt worden und es habe sich dort der allgemeine Arbeiterverein gebildet, zu dessen Förderung er und verschiedene andere Mitglieder der Liberalen und der Fortschrittspartei die Haltung von Vorträgen über einschlagende Fragen übernommen hätten. Ebenso habe er die Ausarbeitung eines Statutenentwurfs für eine „Arbeiter-Invaliden- und Altersversorgungskasse" auf Ersuchen des Nürnberger Arbeitertages übernommen, dessen organischer Teil von ihm bereits vollendet und dessen mathematischer Teil jetzt von einem geschickten Mathematiker in Berlin bearbeitet werde. Redner betonte ebenfalls, daß der Nationalverein die Arbeiterbewegung im Auge behalten, die unter dem Arbeiterstand, wie sich namentlich bei den Wahlen vielfach gezeigt, für den Verein und die nationale Sache vorhandenen Sympathien sich zu erhalten, und die gesunde Entwicklung auch dieser Bewegung zu fördern suchen müsse, und bezog sich hierbei auf seinen in der Arbeiterversammlung zu Leipzig gehaltenen Vortrag und auf seine dort gegebene Beantwortung der an ihn über die Stellung des Nationalvereins zu den Arbeitern gerichteten Interpellationen [1]).

Was insbesondere das vom Vorredner besprochene Zeitungsunternehmen anlange, so sei unter allen diesen Umständen die Gründung der Arbeiterzeitung als eines Organs für die begonnene Bewegung, worüber der Vorredner damals sich auch seinen Rat erbeten habe, allerdings zeit- und zweckgemäß und es sei an der Haltung des Blattes auch nichts auszusetzen.

In gleichem Sinne sprachen sich auch die Ausschußmitglieder Götte, Metz, Miquel und Wiggers sowohl im allgemeinen, als in bezug auf die Gründung und bisherige Haltung der Arbeiterzeitung aus.

Der Herr Vorsitzende (Bennigsen) sprach sich, resümierend, seinerseits mit Nachdruck dahin aus, wie der Nationalverein sehr wohl sich hüten müsse, die anhebende Arbeiterbewegung zu unterschätzen, sie könne bald solche Ausdehnung und Organisation gewinnen, daß dieselbe unter Umständen ein bedenkliches, bei gesunder Entwicklung dagegen ein ebenso praktisch nützliches Gewicht in die Wagschale legen werde.

---

1) In der Versammlung des Nationalvereins zu Leipzig am 3. Januar 1863 gab SCHULZE-Delitzsch auf die Anfrage DAMMERS, wie sich der Nationalverein zu den Arbeitern stelle, die bekannte Antwort, die ihm wegen des Rates, die speziell politische Betätigung im Nationalverein zunächst noch zurückzustellen, so sehr verübelt worden ist. Der Sinn war aber keineswegs eine Behandlung von oben herab, Die Rede schloß mit den Worten: „Die ganze Demokratie ist eine Phrase, wenn sie nicht dafür sorgt, daß die Arbeiter sich mit Politik beschäftigen können. Der Arbeiter jedoch, der wirklich so schlimm gestellt ist, daß er nur von der Hand zum Mund lebt, hat der wohl Zeit und Sinn, sich für die öffentlichen Angelegenheiten zu bekümmern? Nein! wahrlich nicht. Die Befreiung aus dieser Not des Daseins, das ist für jeden Volksfreund und für Deutschland ganz besonders eine große nationale Aufgabe. Und rechte Arbeiter, die ihre Ersparnisse dazu verwenden, die begrüße ich hiermit im Namen des Ausschusses als geistige Mitglieder, als Ehrenmitglieder des Nationalvereins".

Beschlossen:

„I. Daß die Arbeiterbewegung vom Nationalverein zwar nicht direkt und offiziell, wohl aber mittelbar durch seine Mitglieder und Leiter im Interesse gesunder mit der nationalen Bewegung im harmonischen Zusammenhang bleibender Entwicklung zu fördern sei;

II. Daß das Ausschußmitglied Streit zu ermächtigen sei, in dem Sinne und in der Form, wie oben von ihm beantragt worden, den Vereinsagenten mittelst Zirkulars die „Arbeiterzeitung" zur Förderung zu empfehlen".

Die Gründung der „Arbeiterzeitung" in Koburg war mehr ein Zeichen guten Willens als klarer politischer Einsicht. Dem Unternehmen hafteten von vornherein äußere Mängel an, die seine Wirkung einschränkten. Der Ort, an dem die Zeitung erschien, das kleine thüringisch-fränkische Residenzstädtchen, fernab gelegen von dem Mittelpunkte der industriellen Entwicklung und von den wirtschaftlichen Problemen einer neuen Klasse, war ebenso falsch gewählt, wie die Person ihres Herausgebers, der seine mangelnde Sachkenntnis in Arbeiterfragen häufig durch eine möglichst radikale Tonart ersetzte und bald in persönliche Wirren geriet, die ihn jedes Einflusses beraubten[1]. Vor allem aber fehlte das Programm, eine Fahne und ein Schlachtruf für die sich sammelnden Heerhaufen: an diesem wunden Punkte trieb Lassalle den Keil ein, indem er den Verfassungskampf der preußischen Fortschrittler durch die Forderung des allgemeinen Wahlrechts überbot, und gegenüber dem ökonomischen Dogmatismus der Liberalen die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, das Prinzip der staatlichen Intervention zugunsten der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter forderte.

---

1) Am 5. März 1863 schrieb Schulze-Delitzsch an Streit: „Meine Arbeitervorträge (den 8. und 15. März halte ich die letzten) erscheinen zusammen etwa zu 5 Silbergroschen und würde dann eine Besprechung in der Arbeiterzeitung am Orte sein. Wegen der Zeitung läßt sich schon noch etwas tun. Unrichtig ist Ihre Beschuldigung des Partikularismus, weil man die Zeitung nicht hält. Dieselbe ist ja bis jetzt nicht als Organ der deutschen Arbeiterbewegung anerkannt und wird es kaum vor dem Kongreß. Jedoch will ich den hiesigen erst in der Organisation begriffenen Arbeiterverein gewiß aufmerksam auf das Blatt machen, dessen politischer Teil freilich für die preußischen Arbeiter ohne alles Interesse ist, da sie sich sämtlich an die Berliner Blätter deshalb halten, eine Teilnahme, die doch wahrhaftig von uns nur gefördert werden kann. Ihre Artikel über die Arbeit usw. sind gut. In den letzten streifte die Vorführung der Bourgeoisie etwas an Lassalle, was mir unter allen Umständen bedenklich ist, sodaß auch der Schein vermieden werden muß".

Kantische und Marxische Sozialphilosophie[1]).

Von

Othmar Spann.

Ein neues Buch von VORLÄNDER berichtet über die nun schon über ein Jahrzehnt in lebhaftem Flusse begriffene Bewegung unter Neukantianern sowohl wie Sozialisten, welche versuchen, die in der Philosophie schon seit geraumer Zeit zum Siege durchgedrungene (ja teilweise sogar wieder zugunsten der nachkantischen Philosophie verlassene) Losung „zurück auf KANT" auch auf den Sozialismus zu übertragen, für dessen philosophische Begründung an KANT anzuknüpfen. Es ist unmöglich, auf dem geringen Raum, der mir für die Anzeige dieses Buches zur Verfügung steht, der ganzen Bewegung gerecht zu werden. Ich will mich deswegen darauf beschränken, einerseits über den Inhalt des Buches nur das allernotwendigste zu sagen, anderseits lediglich mein Urteil über den Grundgedanken, nicht auch über die vielen anderen Probleme, die sich sowohl in dogmenhistorischer wie systematischer Beziehung ergeben, noch auch über die besonderen Lehrmeinungen der einzelnen Personen, zu begründen versuchen.

V. stellt nach einer das Persönliche von KANT und MARX betreffenden Einleitung die Geschichtsphilosophie und die politisch-sozialen Ansichten KANTENS zusammenhängend dar, was, weil es in dieser Weise bisher nicht geschehen, sehr dankenswert ist. Dabei kommt V. zu dem zweifellos richtigen Schluß, daß KANTENS politische Theorie „mindestens in vielen Punkten . . . die „deutsche Theorie der französischen Revolution" gewesen ist, „daß sie demgemäß ihr Zentrum in dem Begriff des gleichen Rechtes und der Freiheit findet" (S. 33); daß auch die an Sozialismus anklingenden Stellen den „individualistischen Grundton" des Ganzen stören (S. 31); und KANT somit kein Sozialist gewesen ist (S. 34). Dagegen wirft V. die Frage auf: ob nicht die Philosophie des Sozialismus an KANTS philosophische Methode anknüpfen kann und soll (S. 34), eine Frage die er, wie aus seinen früheren Schriften bekannt ist, aufs entschiedenste bejaht. — Im II. Kapitel wird der philosophische Entwicklungsgang MARXENS selbst geschildert, sein Ausgangspunkt, die Sturm- und Drangperiode, die Entstehung des historischen Materialismus, die

1) KARL VORLÄNDER, Kant und Marx. Ein Beitrag zur Philosophie des Marxismus. Tübingen, Mohr 1911, gr. 8°, 237 S. (7 M.).

Ausbildung der dialektischen Methode und ENGELS Anteil an der philosophischen Begründung der ökonomischen Geschichtsauffassung. Bei dieser Darstellung werden die HEGELschen Elemente in MARX' Lehre wohl zu sehr in den Hintergrund gedrängt, wie überhaupt hier m. E. ein Stück Zeit- und Geistesgeschichte am Platze gewesen wäre. — Das III. Kapitel stellt die „idealistischen Nebenströmungen" im modernen Sozialismus dar: LASSALLE, der wohl sehr zu kurz gekommen ist, DIETZGEN, LAWROW, JAURÈS. — In den weiteren Kapiteln wird behandelt: die Anknüpfung des Sozialismus an KANT, welche die Neukantianer: COHEN, NATORP, STAUDINGER, STAMMLER u. a. versuchten; dann die gleichartigen Versuche der Revisionisten: CONRAD SCHMIDT, WOLTMANN, BERNSTEIN u. a., sowie endlich die entsprechenden Bestrebungen unter den reinen Marxisten, von denen MAX ADLER, OTTO BAUER und andere Glieder der „Wiener Gruppe" für die Anstrebung der „Synthese von MARX und KANT" sich einsetzen, KAUTSKY, LABRIOLA u. a. hingegen sie mit Entschiedenheit bekämpfen.

Dies ist der Rahmen des Buches, das nur dogmengeschichtlicher Natur sein will, während die Auseinandersetzung mit dem Inhalte der Bestrebungen selber sowie mit den Kritikern, die im eigenen Neukantischen (bzw. Kantischen) Lager erstanden sind — SCHULZE-GÄVERNITZ, TÖNNIES, DRILL u. a. — in einem zweiten systematischen Teile später folgen soll. Der Berichterstattung ist rühmend nachzusagen, daß sie sehr klar, sicher und leicht lesbar ist. (Daß mehr oder weniger dilettantische Parteimänner zu breit zu Worte gekommen sind, liegt wohl in der Absicht des Verf., auch praktisch auf die Politiker zu wirken, begründet.) Dennoch glaube ich — ich schreibe dies einer philosophiegeschichtlichen Autorität wie VORLÄNDER gegenüber nicht leichten Herzens nieder — daß dem Werke die strenge Orientierung an einem höheren Prinzip fehlt. Nämlich daran: welche Gesellschaftsauffassung der Sozialismus in sich schließt (ich spreche nicht von der Geschichtstheorie), und wie sich das Kantische System als Ganzes und seinem Geiste nach (denn auf das Methodische allein kann es unmöglich ankommen) dazu verhalte. Man kann dies nicht mit dem Verweis auf den noch folgenden systematischen Teil entschuldigen, denn V. hat deutlich nur das Verhältnis von dialektischer und kritischer Methode — statt der Staats- und Gesellschaftslehren der beiden Philosophien — im Auge. So wird bei der Darstellung MARXENS der bekannte Satz: „Es ist nicht das Denken der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Denken bestimmt", durchaus nicht als Fundamentalsatz für den Marxischen Begriff des Individuums und den daraus folgenden Gesellschaftsbegriff sowie Geschichtsbegriff behandelt; der Satz wird überhaupt nur zitiert (S. 59), trotzdem er zugleich der Urbegriff der dialektischen Methode (in der Marxischen Gestalt) ist. Die Vertröstung auf den systematischen Teil ist gerade hier unzulänglich, weil die Darstellung des sozialphilosophischen Wesens des Sozialismus — unter sozialphilosophisch verstehe ich hier die Zurückführung einer bestimmten gesellschaftlichen Theorie, z. B. des Sozialismus, auf ihre ethisch-philosophischen Grundlagen — bei diesem dogmengeschichtlichen Streit, selbst wenn sich das Interesse auf die

Methode konzentriert, durchaus unerläßlich ist; denn die Methode ist doch stets nur ein Ausfluß des ganzen Wesens einer Philosophie. Indem ich meinen Standpunkt näher darlege, werde ich dies zugleich erläutern.

Wer der Frage, ob eine Synthese von Kant und Marx möglich sei, auf den Grund gehen will, muß sich vor allem dieses klar machen: welche Auffassung von Staat und Gemeinschaft dem Sozialismus (ob individualistisch oder organisch) zugrunde liegt, und wie diese Auffassung ethisch und philosophisch begründet erscheint? — das erste geht auf den Gesellschaftsbegriff, das zweite auf die Sozialphilosophie des Sozialismus; sodann dieses: welche Auffassung von Staat und Gesellschaft Kant entwickelt hat und wie diese in seiner Philosophie verankert, sozialphilosophisch begründet ist? Nun ist es wohl natürlich, daß ich selber diese Aufgabe hier nicht abhandeln kann; was ich im folgenden ausführe, hat nur den Zweck, mich ganz verständlich zu machen und mein ablehnendes Urteil zu begründen.

Als die bedeutendste und unvergängliche Leistung Kantens sieht man heute mit Recht seine Erkenntniskritik an; das letzte Ergebnis dieser ist aber der sog. Primat oder Vorrang der praktischen Vernunft über die theoretische — zugleich die höhere Grundlage und der innere Gehalt der Kantischen Philosophie. Der Kern dieser Lehre vom Primat der praktischen Vernunft ist, daß das moralische („praktische") Element in uns den obersten Bestimmungsgrund, das tiefste Wesen unserer Existenz ausmache, nicht das theoretische (logische, rationalistische) Element. Da somit die menschliche Existenz im Ethischen wurzelt, so hat das Ethische gegenüber dem Logischen den Vorrang, den Primat. Nicht Rationalismus, sondern Ethizismus ist daher das Kantische System. „Zwei Dinge" — so sagt Kant am Schlusse seiner Kritik der praktischen Vernunft — „erfüllen das Gemüt mit immer zunehmender . . . Bewunderung . ., je . . . anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir . . . Der erstere Anblick einer zahllosen Weltenmenge vernichtet gleichsam meine Wichtigkeit als eines tierischen Geschöpfes, das zweite erhebt dagegen meinen Wert, als einer Intelligenz, ins Unendliche, durch meine Persönlichkeit, in welcher das moralische Gesetz mir ein von der Tierheit unabhängiges Leben offenbart . . .". In diesen herrlichen Worten spricht Kant mit wunderbarer Klarheit, die dem Geiste unmittelbar einleuchtet, den Triumph des moralischen Gesetzes, der moralischen Welt über das Naturgesetz, das kausale Geschehen, die bloße empirische Existenz aus; das ist der Primat der praktischen Vernunft. Was der Verstand über den Lauf der Sterne sagt, vernichtet den Menschen als eine vergängliche Existenz; das moralische Bewußtsein, das eine vom Kausalen unabhängige ewige Welt in sich trägt, richtet ihn wieder auf. Und so vollendet sich das Individuum in der Besinnung auf diese seine moralische Existenz, der er den Primat in seinem Wesen zuschreiben muß. Das nun ist für uns in Kantens Lehre vom Primat der praktischen Vernunft und Begründung der Ethik das Ausschlaggebende: das Individuum findet und vollendet sich in der Besinnung auf seine moralische Wesenheit, es ist als moralisches Wesen sich selbst genug, gänzlich

in sich gegründet, in sich vollendet, als moralisch autonomes und souveränes Wesen autark. Die Vielheit der Individuen, die Gemeinschaft, ist zur Vollendung des Individuums grundsätzlich nicht notwendig; und Gemeinschaft (Staat, Gesellschaft) kann daher streng genommen nicht mehr sein als ein Phänomen mechanischer Vielheit, äußerer Verbindung der Individuen. Die Vielheit der Individuen ist so für KANTENS Ethik völlig irrational. Das Individuum gründet sich nur auf sich selbst, die Vielheit, die Gemeinschaft hat keine selbständige Dignität, sie leitet ihren Wert und ihre Würde nur vom Individuum ab. KANTENS Ethik ist somit im Grundsatz durchaus individualistisch und ebenso seine Sozialphilosophie und Staatslehre. Recht ist ihm: „Die Herstellung der Bedingungen, unter denen die Willkür des Einen gegen die der Andern durch ein allgemeines Freiheitsgesetz abgegrenzt wird"; und dieses Verhältnis dachte er sich durch ein Vertragsverhältnis grundsätzlich bezeichnet und zwar ganz nach der Weise des Naturrechtes, also im Wesen durchaus individualistisch. In seiner „Metaphysik der Sitten" spricht er wiederholt vom „Naturzustand", der dem „bürgerlichen Verein" (wenn auch nicht historisch so doch logisch) entgegengesetzt wird. KANT ist sonach nicht der angebliche Überwinder des Naturrechtes; im Gegenteil, er befestigt und vertieft es, indem er den Begriff des autonomen, auf sich selbst gegründeten Individuums ethisch entwickelt.

Dem scheint entgegenzustehen, daß KANT das moralische Grundgesetz den „kategorischen Imperativ" auch in bezug auf die Gemeinschaft formuliert hat: „Handle so, daß die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne" — aber man sieht doch deutlich, wie dies eine naturrechtliche Formulierung ist, eine Gemeinschaft, in der die Individuen dem Geiste des Staatsvertrages gemäß handeln, in der sich die Individuen vertragen, nicht die Gemeinschaft selbst den Primat über die Individuen hat, wie z. B. im Platonischen Staat. Daß Männer wie COHEN sich auf diese Formulierung des kategorischen Imperatives stützen, oder STAMMLER daraus ein vermeintlich dem Naturrecht entgegengesetztes „Soziales Ideal" („Gemeinschaft frei wollender Menschen") macht, ist allerdings nicht zu rechtfertigen. Ganz und gar nicht. Das gleiche gilt von der anderen Form des kategorischen Imperatives, welche lehrt: jede Person „zugleich als Zweck niemals bloß als Mittel" zu gebrauchen; auch das ist das Ideal des Vertrages, Individualismus. Ich frage: hat hier Gemeinschaft noch eine selbständige Existenz, ist sie etwas an und für sich, kann sie auf eine eigene Dignität Anspruch machen? Wer diesen Einwand gründlich prüft, wird finden, daß sie, trotz der Erhabenheit des Ausdrucks, namentlich in der letzten Formel, immer nur eine mechanische Vielheit, ein ethisch indifferentes Instrument ist.

Da ich in diesem Punkte nicht genug ausholen kann, darf ich vielleicht nicht hoffen, mich jedermann ganz verständlich gemacht zu haben. Immerhin bleibt noch der entscheidende Einwand: daß die (praktische) Sozialethik, die KANT mit jenen Formulierungen des kategorischen Imperatives entwickelt, von seinen individual-ethischen Voraussetzungen her in keiner Weise begründet

wird. Es ist, wie übrigens schon mehrfach bemerkt wurde, z. B. von Schopenhauer, bei Kant ein unvermittelter Sprung vom Individual-Ethischen ins Sozial-Ethische. (Daß dieses Sozial-Ethische selber nur ein ethisch gemäßigter Individualismus, Vertragsindividualismus, ist, wie ich oben nachzuweisen suchte, kein Widerspruch, sondern eine Sache für sich; denn der praktische Individualismus muß immer eine (praktische) sozialethische Formel finden.) Kantens Ethik ist und bleibt rein auf das Individuum gegründet; eine Sozialethik — d. h. eigene, selbständige Dignität der Gemeinschaft — vermochte er daraus nicht abzuleiten. Das ist erst in der nachkantischen Philosophie von Fichte bis Hegel geschehen.

Blicken wir zurück, so finden wir: Kant ist in der Begründung der Ethik, indem er dabei nur von der Willenssphäre des Individuums ausgeht, durchaus Individualist; seine Sozialphilosophie und Staatslehre ist individualistisch. Wie aber kann eine antiindividualistische Soziallehre, wie es der Sozialismus ist, eine Synthese mit einem so tief fundierten Individualismus eingehen? Das ist unmöglich. Und Marx selber wußte das ganz genau. Er hat die Kantische Philosophie als „die deutsche Theorie der französischen Revolution" (nicht ohne Ironie auf das deutsche Theoretikertum!) bezeichnet.

Ich habe bis jetzt von der Geschichtsphilosophie Kantens nicht gesprochen, und hier fehlt auch der Raum dazu. Wenn aber Conrad Schmidt sagt, daß in ihr die „entscheidenden Züge" der Hegel-Marxischen Geschichtsauffassung „viel einfacher und klarer [als von Hegel] bereits von Kant herausgearbeitet..." (S. 8 bei Vorländer) worden sind, so kann man schon nach dem bisher Vorgetragenen erkennen, daß Schmidt und die mit ihm einer Meinung sind, Kantens Lehre als Ganzes nicht beherrschen und über ihren sozialphilosophischen Grundzug niemals ernstlich nachgedacht haben. Denn wie könnte diese Lehre, da sie vom autonomen autarken Individuum ausgeht, eine Geschichtsauffassung, in der das Ideelle ein Spiegel des Materiellen, die Moral also ein Produkt der Gesellschaft statt höchsten geistigen Elements des Individuums wäre — das ist der Grundgedanke des historischen Materialismus — ausgebildet haben? — Solcher Mangel an Beherrschung sozialphilosophischer Gedanken wird noch klarer, wenn man sieht wie V.'s Darstellung jene Elemente und zerstreuten Fragmente der Kantischen Geschichtsphilosophie zusammenträgt, die ein zwar naturalistisches, aber dabei geradezu physiokratisch-Shmithisches (also individualistisches!) Gepräge haben, während er die auf die Entwicklung des Ethischen, den Sinn der Geschichte gehenden Elemente unbeachtet läßt. Dieses letztere allein aber kann dem reinen Ethiker Kant in bezug auf die Geschichte nahe liegen — wieder das Gegenteil vom historischen Materialismus. Wahrlich, strenge Marxisten von gesunden Instinkten, wie Kautsky, wehren sich mit Recht nach allen Kräften gegen die „Synthese" von Kant und Marx.

Noch bleibt die Frage, ob diese Bestrebungen auf dem methodischen Gebiet an und für sich betrachtet, möglich sind, ob die dialektische und kritische Methode sich verbinden lassen, zu besprechen. Was ist die „kritische

Methode"? Sie ist bei KANT nicht in jener strengen Form ausgebildet, die der Neukantianismus entwickelt hat und die auf WINDELBAND, RICKERT u. a. zurückgeht. Ihr Schwerpunkt liegt in der strengen Unterscheidung von gesetzes- und normwissenschaftlicher Betrachtung. Jene Unterscheidung von Naturkausalem („bestirnter Himmel“) und Moralgesetzlichem („das moralische Gesetz in mir“, das Reich der Werte), die wir oben als Grundlage der Kantischen Lehre kennen lernten, wurde nun auf das streng logische Fachgebiet übertragen, so daß die Begriffsbildung gegenüber dem Reich der Natur und dem der Werte — oder andere Wendungen dieses Gegensatzes: Kausalität und Telos (Finalität), Materie und Form, Sein und Sollen, theoretisch (logisch) und praktisch (ethisch) usw. — je andere Wege einzuschlagen hat. Hier ist nun ein allgemeinerer und ein besonderer Gesichtspunkt zu unterscheiden. Allgemein: sofern man in der kritischen Methode einen Fortschritt auf dem Fachgebiete der Logik (Methodenlehre) schlechthin erblickt, ist wohl naheliegend, daß jede wissenschaftliche Betrachtung ihn anwenden kann und soll. Da muß man also zugeben, daß auch der Sozialismus daraus Nutzen ziehen kann. Geht man aber der Sache auf den Grund, so zeigt sich sogleich, daß dies recht enge Grenzen hat. Worum es sich praktisch bei der Anwendung der kritischen Methode handelt, ist die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung. Die kritische Methode ermöglicht nun allerdings, in einer geschichtlichen Entwicklung das Naturalistische (Naturkausale) vom Teleologischen (der Wertbetrachtung) strenge zu unterscheiden. Dies wird aber gerade dem Marxismus wenig nützen, denn sobald jene kritische Unterscheidung in der Geschichtsbetrachtung Ernst macht und eine sozialphilosophische Beziehung erhält, wird sie sofort in Widerspruch zu jenen Grundanschauungen gelangen, welchen die dialektische Methode, der ganze Marxismus, entsprang. Der dialektischen Methode nämlich ist, um mich hier kurz auszudrücken, die geschichtliche Entwicklung gleichsam eine objektivierte Substanz, ein gegenständiger Prozeß, und während sie bei HEGEL die höheren ethisch-religiösen Elemente kraft ihres metaphysischen Ursprungs und Charakters noch hat (ich sage noch: weil das Ethische zwar vorhanden ist, aber nicht mehr, wie bei KANT, dem autonomen, autarken Individuum entspringt), hat sie solche bei MARX in der materialistischen Geschichtstheorie gar nicht mehr. Wenn nach dieser nicht das Denken der Menschen ihr Sein bestimmt, sondern ihr Sein das Denken und Wollen, dann ist gerade die Unterscheidung von Sein und Sollen, Naturkausalem und Zweckbetrachtung, hinfällig, denn das Wollen, das Ethische ist ein Spiegel oder Produkt des Materiellen und somit ist die Geschichtsentwicklung nur noch naturkausal („materialistisch“) betrachtbar, das Ethische ist zur Natur geworden — also das Gegenteil von allem Kritizismus, das Gegenteil von kritischer Methode! Es ist ein gefährlicher Formalismus, wenn einige von den Neukantianern (VORLÄNDER, STAMMLER u. a.) trotz dieser Notwendigkeit, nach der materialistischen Geschichtsauffassung das Ethische in Natur aufzulösen, noch die — formal allerdings vorhandene — Möglichkeit jenes gesamte soziale Naturgeschehen einer Zweckbetrachtung zu unterwerfen, zum Angelpunkt der „Synthese“ von MARX und KANT machen. Das ist aber nicht

nur Formalismus, sondern widerspricht auch dem innersten Geist und Quellpunkt der Kantischen Lehre: das Ideelle kann nicht Spiegel des Materiellen sein, das Moralische nicht Produkt der Gesellschaft. Vielmehr ist die Gewalt des Moralischen so groß, daß es den Primat in unserer gesamten Existenz hat, in ihm sich das Individuum zum Einen Autonomen und Autarken vollendet und erhebt.

Möchte man doch, was wir schon früher gesehen haben, in dieser Streitsache immer beherzigen, daß die Methodik der Ausfluß einer ganzen Lehre, einer ganzen Philosophie ist! Dann kann kein Zweifel darüber sein, daß KANT für die materialistische Geschichtstheorie und den Sozialismus nichts leisten kann, weil seine Sozialphilosophie individualistisch ist.

Bemerkungen zum dritten Bande von Marx' Theorien über den Mehrwert [1]).

Von

Achille Loria.

Einige der im angezeigten Bande enthaltenen Analysen von MARX überzeugen mich nicht vollkommen.

I. MARX hält MALTHUS' Theorie von der wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Klasse unproduktiver Individuen, die den auf dem Markt angebotenen Warenüberschuß aufzunehmen haben, lediglich für eine logische Folgerung aus der Malthusischen Werttheorie. In der Tat bestimmt sich nach MALTHUS der Wert dadurch, daß man die Arbeitsleistung des Arbeiters mit dem Produktquantum, das er als Lohn erhält, gleichsetzt und dementsprechend die Arbeit bestimmt, die man mit dem Gesamtprodukt erwerben kann. Wenn z. B. die Kapitalisten A und B durch die Anwendung von je 10 Arbeitstagen je 100 Einheiten Leinwand resp. Korn erzeugen, der Lohn aber je 80 Einheiten dieser Warengattungen beträgt, so bedeuten:

je 80 Produkteinheiten 10 Arbeitstage
also „ 100 „ 12 1/2 „

Kommt nun der Aufwand an Arbeit nur einem Teil ihres Produkts gleich, so vermag der Arbeiter mit seinem Lohn nur einen Teil seines Erzeugnisses zurückzukaufen. Der Kapitalist muß demnach das Produkt zum Teil an Nichtarbeiter verkaufen, ist also bei Realisierung seines Produktes auch auf eine andere Klasse, außerhalb der arbeitenden, angewiesen, die sein Erzeugnis be-

---

1) Theorien über den Mehrwert. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von KARL MARX, herausgegeben von KARL KAUTSKY. III. Band: Von RICARDO zur Vulgärökonomie. Stuttgart, J. W. Dietz Nachf. 1910. 8°. XIV—602 S. (Gebd. 8 M.)

gehrt. Wer bildet aber diese Klasse? Verkaufen die Kapitalisten die Ware an andere Kapitalisten, so können sie keinen Profit erzielen, weil sie diesen, soweit sie ihn durch Verkauf an Ihresgleichen realisieren, denselben in ihrer Eigenschaft als Käufer rückerstatten müssen. Aus dieser Sackgasse ist daher ein Ausweg nur zu finden, wenn man voraussetzt, daß die Kapitalisten an Individuen verkaufen, von denen sie ihrerseits nichts kaufen, d. h. daß es Individuen gibt, die nur Käufer, nicht auch Verkäufer sind und denen die Aufgabe zufällt, den verkaufenden Kapitalisten in Form eines Preisaufschlages auf deren Produkte den Profit zu bezahlen.

Marx gelangt zur gleichen Schlußfolgerung auch auf einem anderen Wege: Setzt man voraus, der Profit stamme daher, daß der Kapitalist das Produkt den Arbeitern zu einem geringeren Preise abkauft, als zu dem er es ihnen wiederverkauft, so vermag man höchstens jenen Profit zu erklären, den Arbeiter-Konsumartikel abwerfen (denn nur solche vermögen die Kapitalisten den Arbeitern teurer zu verkaufen, als sie sie ihnen abgekauft haben), nicht aber auch den Profit jener Kapitalisten, die an andere Kapitalisten verkaufen. Denn den Gewinn, der ihnen von diesen zufließt, müssen sie ihnen bald rückerstatten, wenn sie von ihnen kaufen. Bis zu einem gewissen Grad kann man zugeben, daß die Kapitalisten, die Konsumartikel für andere Kapitalisten herstellen, einen Profit dadurch erzielen, daß sie mit einem Preisaufschlag an jene Kapitalisten verkaufen, die Konsumartikel für Arbeiter erzeugen. Dann obwaltet aber die Gefahr, daß diese zweite Kapitalistengruppe ihren Konsum einschränkt und dafür um so mehr akkumuliert. Dann würde aber der Preis der Konsumartikel für Kapitalisten sinken statt zu steigen und die Bemühungen ihrer Produzenten zur Hochhaltung der Preise würden vereitelt werden. Damit dies nicht geschehe, ist also eine Klasse nötig, die kauft, ohne ihrerseits zu verkaufen, d. h. eben jene Klasse von unproduktiven Konsumenten. Ergo usw. (S. 27, 45 u. passim).

Diese beiden Argumentationen überzeugen mich nun keineswegs.

Beginnen wir mit der ersten. Werden die Arbeiter, die je 100 Einheiten Leinwand oder Getreide in je 10 Tagen erzeugt haben, mit nur je 80 dieser Produkteinheiten entlohnt, so verbleiben je 20 dem Kapitalisten als Profit. Diese Produktmasse aber ist durchaus positiv und kann infolge von Wertänderungen oder -Manipulationen nicht verschwinden. Mögen immerhin die beiden Kapitalisten, die Getreide oder Leinwand produzieren, sich gegenseitig beim Austausch ihrer Profite zu überhalten suchen und das Ergebnis dieser beiderseitigen Bemühungen sich aufheben: das wird aber nur zur Folge haben, daß es keinem von beiden gelingt, seinen Profit auf Kosten des anderen auszudehnen; nicht jedoch auch, daß sie den Profit, den sie durch Unterentlohnung der Arbeiter erlangt haben, verlieren. In jedem Falle wird A mit einem Profit von 20 Getreide-, B von 20 Leinwandeinheiten auf die Szene treten. Freilich kann es kommen, daß A beim Austausch dieser beiden Produktmassen eine größere oder geringere Arbeitsquantität erhält als B. Irgend einen Profit aber wird doch jeder von ihnen behalten. All das kann das Maß ihres Profites beeinträchtigen, denselben aber nicht aufheben.

Wenden wir uns nun zum zweiten Beweis. Wiederverkaufen die Kapitalisten A und B die 100 Getreide- resp. Leinwandeinheiten, die sie von ihren Arbeitern um 100 Mark gekauft haben, um 110 Mark, so gewinnen sie dabei sofort 10 Mark, mag nun der Käufer Arbeiter oder Kapitalist sein. Nun können freilich die Bedingungen, unter denen ich die 10 Mark in Waren verwandle, oder der Preis dieser von mir erstandenen Waren meinen Profit reduzieren, keinesfalls aber ihn nullifizieren. Denn die Warenquantität, ob sie nun groß oder klein ist, die ich für die 10 Mark eintauschen kann, wird immer meinen Profit bilden. Es besteht demnach absolut kein Unterschied zwischen den Kapitalisten, die Konsumartikel für Arbeiter oder für Kapitalisten verkaufen. Sie alle gleichermaßen kaufen von ihren Arbeitern um 100 Mark, was sie nachher an Kapitalisten oder Arbeiter um 110 Mark verkaufen. Sie alle hinwiederum verwenden das so erhaltene Geld oder den Geldüberschuß des Preises über den Lohn, um Artikel für den Eigenkonsum zu erwerben. Dabei kann ihr Profit infolge eines Preisaufschlages auf die erworbenen Waren geschmälert, jedoch nicht vollständig absorbiert werden. Denn unter allen Umständen läßt sich für den Geldgewinn eine gewisse Menge nützlicher Produkte eintauschen. Es behalten demnach auch die Kapitalisten, die an andere Kapitalisten verkaufen, den Profit aus der Unterentlohnung ihrer Arbeiter. Aus der Malthusischen Wertlehre folgt also keineswegs die Notwendigkeit einer unproduktiven Klasse zur Sicherung des Kapitalprofits. Es ist daher auch die Theorie von der Notwendigkeit einer solchen Klasse durchaus nicht das logische Korrelat der Malthusischen Wertlehre. Sie beruht vielmehr einfach auf der Hypothese, daß der menschliche Bedarf beschränkt ist und daher hinter der auf das Höchste gesteigerten Produktion zurückbleiben muß.

II. MARX erörtert mehrfach und unter verschiedenen Gesichtspunkten die Bestimmung der Profitrate. Namentlich behauptet er, daß die allgemeine Profitrate nicht durch die Rate des landwirtschaftlichen Profits, sondern vielmehr diese durch die Profitrate in der Industrie sich bestimme. Er beruft sich hierbei auf RICARDO, nach dem die Steigerung des Getreidepreises zwar nicht den landwirtschaftlichen Profit vermindere (weil der Pächter durch die Getreidepreiserhöhung für die Zunahme des Geldlohnes an die Landarbeiter mehr als entschädigt werde), wohl aber den industriellen Profit. Hierdurch würden sodann die Kapitalisten zur Anlegung ihres Kapitals in der Landwirtschaft gedrängt, was wieder auf den Profit in dieser letzteren drücke. So sei es denn in letzter Linie der Profit in der Industrie, von dem die Höhe des landwirtschaftlichen abhänge.

Tatsächlich sagt jedoch RICARDO (Works, 184), daß eine Preissteigerung beim Getreide infolge ungenügenden Angebots an solchem nicht schon von einer proportionalen Zunahme des Geldlohnes begleitet wird, da der Arbeiter nicht bloß Getreide, sondern auch andere Artikel konsumiert, so daß die Getreideverteuerung nicht auch schon eine verhältnismäßige Vermehrung seiner Gesamtgeldausgabe nach sich zieht. Da somit einerseits die Erhöhung des Geldlohnes hinter der des Getreidepreises zurückbleibt, während anderseits

die Preise der Industrieartikel konstant bleiben, so steigt sogar der landwirtschaftliche Profit, während gleichzeitig der industrielle parallel zur Erhöhung des Geldlohnes in der Industrie abnimmt. Hierdurch wird ein Teil des in der letzteren verwendeten Kapitals der Verwendung in der Landwirtschaft zugeführt und so letztlich das Gleichgewicht zwischen Getreideangebot und -Nachfrage wiederhergestellt. Doch beeilt sich Ricardo hinzuzufügen, daß nach der Gleichgewichtsherstellung der Profit sich durch die Produktionskosten auf dem letztverwendeten Boden bestimmen und demnach je nach der Ergiebigkeit des letzteren hoch oder gering sein wird. So ist es denn zuletzt doch der landwirtschaftliche Profit, von dem die allgemeine Profithöhe abhängt.

III. Marx stellt S. 200/201 fest, daß die Differenz zwischen Produktionspreis und Produktwert nicht nur für die Ware selbst, sondern auch für die zu ihrer Herstellung verwendeten Produktionsmittel gilt. Dies ist vollkommen richtig. Wenn das technische Kapital nur oder zu überwiegendem Teil Arbeit enthält, so ist sein Produktionspreis geringer als sein Wert und nur dieser geringere Produktionspreis geht bestimmt in den Produktionspreis der neu produzierten Ware ein. Marx hat jedoch diesen Gedanken nicht folgerichtig zu Ende gedacht. Sonst hätte er bemerkt, daß angesichts seiner Voraussetzung die Profitrate nicht mehr gleich sein kann dem Durchschnitt der einzelnen Profite, wie er meint, oder daß dieser Durchschnitt im Schlußresultat den verschiedenen Kapitalisten eine verschiedene Profitrate gibt[1]).

IV. Die Verminderung der Profitrate, die virtuell einer Vermehrung des in der Industrie verwendeten konstanten Kapitals entspricht, kann — sagt Marx (S. 365 ff.) — durch eine Verlängerung des Arbeitstages neutralisiert werden; allerdings jedoch nur, wenn dies nicht in allen die gleiche Ware produzierenden Industrien Platz greift, da sonst parallel zur Zunahme der erzeugten Waren deren Wert verhältnismäßig sinken würde. Dies ist nun in der Tat unter der theoretischen Annahme Marx' richtig. Es ist jedoch, wie ich schon 1889 aufmerksam gemacht habe[2]), nicht einzusehen, warum sich die Arbeiter in einer konkreten Industrieunternehmung eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne proportionale Vermehrung ihres Lohnes sollten gefallen lassen. Ist aber die Verlängerung der Arbeitszeit von einer verhältnismäßigen Mehrausgabe für Lohn und konstantes Kapital begleitet, so kann sie auch keine Profiterhöhung bewirken. In der Tat! Benötigt man zur Erzeugung von 100 Quarter Getreide 100 Arbeitsstunden, die mit einem Wert von bloß 80 Arbeitsstunden entlohnt werden, sowie ein konstantes Kapital, das 100 Arbeitsstunden enthält, so beträgt der Profit $\frac{20}{180} = 11{,}1\ \%$. Werden aber 200 Quarter Getreide unter Aufwand von 200 Arbeitsstunden, die mit 160

1) Vgl. den Nachweis hierfür in meiner Schrift: Marx e la sua dottrina. Palermo 1902, S. 115 Anm. 2) Vgl. meine Analisi della proprietà capitalista. Turin 1889, I Bd. S. 331.

entlohnt werden, sowie eines konstanten Kapitals im Wert von 200 Arbeitsstunden produziert, so stellt sich der Profit auf $\frac{40}{360}$, also ebenfalls auf 11,1 %. Bleibt andererseits bei einer Verlängerung der Arbeitszeit, die von einer proportionalen Lohnzunahme begleitet ist, die Aufwendung von konstantem Kapital unverändert, so wird, wo dieser Vorgang bei der Erzeugung von Arbeiterkonsumartikeln stattfindet, der Profit steigen, weil die Produktmasse zwar nur proportional zum Mehraufwand an Löhnen, aber mehr als proportional zum gesamten (Lohn- und Kapital-)Aufwand wächst[1]).

Die Betrachtungen Marx' auf S. 398, 408 gelangen unter mancherlei Schwankungen und Widersprüchen zu dem Schlusse: Nimmt der Wert des konstanten Kapitals (z. B. des Saatkorns) ab, so bleibt unter den von Marx festgehaltenen theoretischen Voraussetzungen der Profit zwar absolut unverändert, steigt aber relativ, weil der Divisor kleiner geworden ist. Nun entsteht wenn das so ersparte Kapital zu produktiver Verwendung gelangt, ein neuer Gewinn, also auch absolut eine Profitsteigerung. Diese wird aber nur durch eine Mehraufwendung von Arbeit und variablem Kapital erzielt. Es ist also richtig, daß bei Konstanz der Arbeitsmenge und des variablen Kapitals jede Verminderung des konstanten Kapitals eine Steigerung der Profitrate zur Folge hat, während der reale Profit gleich bleibt. Nimmt aber der Lohnaufwand ab, so steigt der Profit sowohl relativ als auch absolut, weil der absolute Mehrwert zunimmt.

Wir erfahren noch (S. 412), daß schon Ramsay vor John Stuart Mills Essay „On profits and interests" die Theorie formuliert hat: daß die Profitrate von den Kosten der Konsumartikel des Arbeiters abhängt und nicht auch von den Kosten der übrigen Produkte. Eine Theorie übrigens, die logisch schon aus Ricardos Lehre abzuleiten ist.

Endlich bemerkt Marx (S. 418), daß das Risiko nicht den Gesamtprofit steigert, sondern bloß zu einer Wiederaufteilung desselben derart führt, daß die mit größerer Gefahr verbundenen Unternehmungen einen größeren Teil erhalten. Hierauf kann man erwidern, daß das nicht immer zutrifft. Denn wenn das größere Risiko, durch eine den Konsumenten, die nicht Kapitalisten sind, auferlegte Preiserhöhung kompensiert wird, so bedeutet diese Kompensation tatsächlich eine Ergänzung des Gesamtprofits. Allein Marx' These kann man durch den Hinweis darauf rechtfertigen: daß der von der Gesamtheit der riskanten Unternehmungen erzielte Extraprofit letztlich dazu dient, die in ihnen verlorenen Kapitalien zu ersetzen. Mag also immerhin eine einzelne dieser Unternehmungen einen Extraprofit erlangen: für die Gesamtheit hält sich der Profit auf der Normalhöhe.

V. Und nun gelangen wir zur Kritik von Marx gegenüber John Stuart Mill. Ein Kampf zweier Riesen!

Mill behauptet in seiner Schrift: „On profits and interests", daß die Profitrate vom Lohnaufwand abhängt, daß aber dieser Aufwand nicht nur aus Arbeit, sondern auch aus Profit besteht. Wenn demnach das Maß oder die

1) Vgl. ebenda I, 334.

Dauer der Akkumulation in der Industrie, die Arbeiter-Konsumartikel produziert, abnehmen, während die Masse der angewendeten Arbeit die gleiche bleibt, so nimmt auch der Lohnaufwand ab und demgemäß die Profitrate zu. Und MILL gibt folgendes Beispiel hierfür: Zur Erzeugung von 180 Quarter Getreide seien 60 Arbeiter erforderlich, die mit 60 Quarter Getreide entlohnt werden, sowie ein technisches zirkulantes Kapital im Werte von ebenfalls 60 Quarter Getreide. Dann betrüge der Profit 60 Quarter Getreide und die Profitrate 50 %. Beträgt die Profitrate 50 %, so ist damit gesagt, daß das aufgewendete technische Kapital von 60 Quarter Getreide mit einem Lohnaufwand von 40 erlangt wurde, daher mit einem Gewinn von 20. Folglich ist das technische Kapital von 60 Quarter Getreide das Produkt von 40, und die 180 Getreidemaßeinheiten zusammen von 100 Arbeitern. — Nehmen wir aber statt dessen an, daß 180 Quarter Getreide direkt durch die Arbeit von 100 Arbeitern zu erlangen sind, so gelangt man bei einem Lohnaufwand für diese von 100 Quarter zu einem Profit von 80 = 80 %. Die Profitrate ist somit von 50 auf 80 gestiegen, während das Maß der angewendeten Arbeit das alte geblieben ist. Warum ist also die Profitrate gestiegen? Die Antwort lautet: Weil die im Produkt, das von den Arbeitern verbraucht wird (in Arbeiterkonsumware), enthaltene Akkumulation abgenommen hat; weil im ersten Fall die 180 Quarter Korn erzeugt wurden von 100 Arbeitern und einer Akkumulation von 120 Quartern Getreide, im zweiten Falle dagegen von 100 Arbeitern und einer Akkumulation von bloß 100 Quarter. Daraus folgt, daß die Profitrate in umgekehrtem Verhältnisse sich bewegt, nicht nur zur Menge der angewendeten Arbeit, sondern auch zur Akkumulation, die im Lohn enthalten ist.

Daß diese Argumentation MARX ein Dorn im Auge ist und daß er sie zu widerlegen sucht, ist leicht begreiflich. Zeigt sie ja ein zweites Element des Wertes auf, das mit der angewendeten Arbeit nichts zu schaffen hat. So argumentiert er denn seinerseits folgendermaßen:

Im ersten Falle erzeugen nach MILL 60 Arbeiter mit einem technischen Kapital von 60 Quarter Korn — über dieses hinaus — 120 Quarter Korn, d. h. je zwei Einheiten auf den Arbeiter. Ist dem so, so ist es unmöglich, daß das aufgewendete Kapital von 60 Quarter durch 40 Arbeiter erzeugt wurde; zu seiner Erzeugung müssen schon 30 Arbeiter hinreichen. — Und zu diesem Ergebnis gelangt er auch auf anderem Wege. Erzeugen 60 Menschen, die mit 60 Quarter Getreide entlohnt werden, deren 120, so beträgt der Mehrwert 60 und dessen Rate 100 %; da aber darin auch das technische Kapital von 60 Quarter Korn steckt, so ist die Profitrate geringer als die Mehrwertrate und stellt sich auf bloß $\frac{60}{60 + 60}$ = 50 %. — Aber anderseits tritt hypothetisch, in die Produktion des technischen Kapitals nur Arbeit ein; für die Unternehmung, die das technische Kapital erzeugt, sind also Profit- und Mehrwertrate gleich, d. h. 100 %. 30 Arbeiter, die mit 30 Quarter Korn entlohnt werden, erzeugen dessen also 60, folglich ist der Mehrwert 30 Quarter Korn und die Rate des Mehrwerts und des Profits ist

$\frac{30}{30} = 100\,\%$. Ist dem so, so bedürfen die Millschen Ziffern über die Kosten der 180 Quarter Korn einer Korrektur. Denn aus ihnen geht hervor, daß die in Arbeit bemessenen Kosten nicht in beiden Fällen gleich, sondern im zweiten größer sind. Denn in diesem sind sie Kosten von 100, in jenem von 90 Arbeitern. Nichtsdestoweniger ist der Profit im zweiten Fall größer. Warum? Vor allem, weil im zweiten Fall, die Menge der verwendeten Arbeit und daher auch des erzeugten Mehrwertes größer ist; und sodann, weil im ersten Falle, in dem auch konstantes Kapital zur Verwendung gelangt, die Profitrate kleiner ist als die Mehrwertrate, während umgekehrt im zweiten nur variables Kapital verwendet wird, demnach Profit- und Mehrwertrate gleich sind. So wird es verständlich, daß die Profitrate im zweiten Fall trotz des höheren Aufwandes größer sein kann.

All das aber — schließt Marx — stimmt vollkommen mit meiner Theorie vom Profit überein, mit der These: daß die Profitrate — im Unterschied von der Mehrwertrate — nicht nur im umgekehrten Verhältnis steht zum Wert der Arbeit, sondern auch des technischen Kapitals. Gibt man erst einmal zu, daß die Profitrate gleich ist dem Quotienten aus dem Mehrwert und dem verwendeten gesamten (variablen und konstanten) Kapital, so steht auch fest, daß wenn der Wert des konstanten Kapitals abnimmt oder verschwindet, die Profitrate steigt. Diese Steigerung der Profitrate erfolgt jedoch einzig dank der Wertabnahme des technischen Kapitals und nicht schon der Abnahme des Lohnaufwandes, wie Mill glaubt. Denn dieser Lohnaufwand kann konstant und von den Wertschwankungen des technischen Kapitals durchaus unberührt bleiben.

Nun erscheint mir vor Allem in den skizzierten Beobachtungen Marx' ein Punkt nicht gerechtfertigt: nämlich die Berechnung in bezug auf das technische Kapital. Ist es wirklich wahr, daß wenn 60 Arbeiter 120 Quarter Korn erzeugen, das technische Kapital von 60 Quarter durch 30 Arbeiter erzeugt werden muß? Gewiß erzeugen im gegebenen Beispiel 60 Arbeiter 120 Quarter Roggen, aber doch nicht mit ihrer Arbeit allein, sondern mit einem Kapital von 60 Quarter. Ist dem so, so ist der Schluß unhaltbar, daß 30 Arbeiter ohne Zuhilfenahme von technischem Kapitel 60 Quarter erzeugen werden. Sie werden vielmehr weniger als die Hälfte des Produktquantums aus dem Zusammenwirken von 60 Menschen und technischem Kapital produzieren. Folglich ist die Annahme Mills, daß 60 Quarter Getreide von 40 Arbeitern ohne technisches Kapital erzeugt werden, keineswegs in sich widerspruchsvoll.

Aber, fügt Marx noch hinzu, geht in die Produktion des technischen Kapitals solches Kapital selbst nicht ein, so muß in ihr die Profitrate der Mehrwertrate gleich sein, also 100 % betragen. Diese Behauptung steht jedoch, scheint mir, in Widerspruch mit der ganzen Theorie von Marx, nach der die Waren, die einen geringeren Aufwand von technischem Kapital erheischen — im Wege einer spezifischen Verminderung ihres Produktionspreises — eine Profitrate abwerfen müssen, die derjenigen anderer Kapitalisten

gleichkommt und kleiner ist, als die Mehrwertrate (vgl. oben S. 138). In der Tat, trifft dies zu, so ist es unmöglich, daß der Kapitalist, der technisches Kapital erzeugt, eine Profitrate in der Höhe der Mehrwertrate oder von 100 % erziele, während sie für den Kapitalisten, der technisches Kapital verwendet, nur 50 % beträgt. Vielmehr muß auch jener nur eine 50 % Profitrate haben, wozu man gelangt, wenn das technische Kapital von 60 Quarter Korn das Produkt von 40 Arbeitern ist, die mit 40 Quarter entlohnt werden; ist es statt dessen nur von 30 Arbeitern produziert, so muß der Wert des genannten Kapitals im Verhältnis herabgesetzt werden.

Die Richtigkeit von Marx' Resultat — daß die Kosten des Kapitalisten im zweiten Falle größer seien — folgt aber auch aus seinen eigenen Berechnungen nicht. In der Tat, betragen die Kosten des Kapitalisten

im ersten Fall: 60 Quarter Korn Lohn + 60 Quarter technisches Kapital = 120 Quarter, die von 60 Arbeitern produziert sind oder einen Wert von 60 Arbeitern haben;

im zweiten Fall: 100 Quarter Korn Lohn.

Sind nun 180 Quarter das Produkt von 100 Arbeitern, so 100 Quarter von 55 Arbeitern und haben einen Wert von 55 Arbeitern. Folglich sind die Kosten des Kapitalisten vermindert, und zwar gerade durch die Verminderung des Quantums der Akkumulation.

Keineswegs richtig schließlich ist die Behauptung Marx': daß in diesem Falle die Profitrate durch Umstände steigt, die von einer Verminderung des Lohnaufwandes unabhängig sind, nämlich durch Verminderung oder Wegfall des technischen Kapitals. Diese These hängt allerdings mit Marx' Vorstellung vom Profit zusammen, der für ihn gleich ist dem Quotienten aus dem Gesamtmehrwert dividiert durch den gesamten Aufwand an Lohn und technischem Kapital. Diese Vorstellung ist jedoch eine irrige. Denn die Profitrate hängt vielmehr ab von dem den Kapitalisten verbleibenden Quantum von Arbeiter-Konsumwaren dividiert durch jenes Quantum, das der Arbeiter erhält, und durch das Quantum des technischen Kapitals, das zur Produktion der genannten Ware verwendet wird. Unter dieser Voraussetzung aber kann die Profitrate durch nichts anderes beeinflußt werden, als durch die Verschiebungen in der Quantität des technischen Kapitals, das in der Produktion der Arbeiter-Konsumware verwendet wird, die jedoch ihrerseits wieder den Wert der Löhne modifizieren. Irgend eine quantitative Änderung in dem bei der Produktion anderer Waren verwendeten technischen Kapital könnte dagegen auf die Profitrate absolut keinen Einfluß üben. Steigt also in unserem Fall bei Wegfall des technischen Kapitals die Profitrate, so ist das darauf zurückzuführen, daß gerade hierdurch der Lohnaufwand und der Wert des Getreides, das zur Lohnzahlung dient, abnimmt; und zwar abnimmt, weil allerdings die im Korn, mit dem der Arbeiter entlohnt wird, enthaltene Arbeitsquantität gewachsen ist, in noch höherem Maße jedoch der Aufwand an dem in ihm enthaltenen technischen Kapital abgenommen hat, in letzter Linie also auch der Lohnaufwand abgenommen hat.

VI. Marx meint noch (S. 431), die Rente von Ackerboden sei ein Er-

gebnis des Produktwertes, die Rente von Weide- und Wohnungsboden dagegen die Ursache des Wertes der betreffenden Produkte. Tatsächlich sei die Rente des Bodens, der zur Viehzucht dient, immer durch diejenige bestimmt, die der Boden abwerfen würde, wenn man ihn ackerwirtschaftlich nutzte. Dieser Gedanke ist ein Pendant zu dem von ADAM SMITH: daß der Getreidepreis den aller anderen Waren bestimme. Er ist aber irrig. Von zwei Böden, deren einer sich mehr zum Getreidebau, der andere mehr zur Viehzucht eignet, würde jeder so genutzt, daß auf ihm jenes Produkt angebaut wird, das ihm am adäquatesten ist und den Grundstücken, auf denen man es anbaut, eine ihrer Fruchtbarkeit entsprechende Rente gewährt. Würde das Ackerland zur Viehzucht verwendet, so würde es eine geringere Rente abwerfen, und umgekehrt. Deshalb wird ja auch das eine ackerwirtschaftlich und das andere zur Viehzucht verwendet. Würde nun die Nachfrage nach einer der beiden Produktgattungen so steigen, daß sie auf einem Teil der Gründe angebaut würde, die sich mehr für die andere Produktion eignen, so würde ihr Wert durch die Produktionskosten auf dem minder geeigneten Boden bestimmt und infolgedessen die Rente von dem zu seiner Kultur geeigneten Boden steigen, während andererseits infolge des Aufhörens der Produktion der anderen Produktengattung auf den schlechteren Gründen die Höchstkosten und damit der Produktwert jener Produktengattung entsprechend abnehmen würden. Das besagt aber keineswegs, daß der Wert durch die Rente bestimmt werde. Vielmehr wird jedenfalls der Wert beider Produkte durch ihre Höchstkosten und die Rente wieder durch ihren Wert bestimmt.

VII. An mehreren Stellen beschäftigt sich MARX mit dem Einfluß der Maschinen auf die Arbeiterklasse. S. 393 erklärt er sehr zutreffend mit RAMSAY den Einfluß, Dank welchem die Maschine die Wiedereinstellung der von ihr außer Arbeit gesetzten Arbeiter bewirkt. An anderer Stelle (S. 509) hingegen, beruft er sich auf einen weiteren kompensierenden Einfluß, der nicht existiert.

Die Verwendung von Maschinen, sagt er nämlich, macht stets jenes Kapital frei, das bis dahin zur Produktion der Lebensmittel für die nun außer Arbeit gesetzten Arbeiter verwendet wurde. In Wahrheit aber beschäftigte dieses Kapital bereits vorher Arbeiter zur Erzeugung jener Lebensmittel. Es kann also keineswegs die Wiedereinstellung der durch die Maschine verdrängten Arbeiter bewirken. Die ganze Sache reduziert sich darauf, daß das Kapital, das früher Arbeiter zur Erzeugung von Lebensmitteln für die Arbeiter A B C verwendete, nunmehr dieselben Arbeiter zur Erzeugung der Maschine verwendet, die an Stelle der Arbeiter A B C tritt.

Davon scheint auch MARX sich überzeugt zu haben. Denn im „Kapital“ nimmt er diesen letzteren kompensierenden Einfluß nicht mehr an; er begeht aber da den Irrtum, auch die anderen Einflüsse nicht zuzugeben, die er in seinem Kommentar zu RAMSAY festgestellt hat und die unwiderleglich sind[1]).

1) Auf S. 286, 365 tritt uns schon die Theorie von der „industriellen Reservearmee“ entgegen, die übrigens schon von RAMSAY („Distribution of wealth“, S. 39) vorausgeahnt wurde.

Nach so vielen kritischen Bemerkungen möge auch auf einige äußerst scharfsinnige und ungemein lehrreiche Bemerkungen hingewiesen werden.

S. 564 bemerkt Marx, daß ein Teil der sogenannten leitenden Arbeit in Wirklichkeit eine von den organischen Widersprüchen der kapitalistischen Produktion auferlegte Ausbeutungsarbeit ist. Sie wäre daher in einer anderen Wirtschaftsordnung ohne Klassengegensatz zu vermeiden. Damit entfiele dann auch ein Teil des Aufsichtslohnes zugunsten einer Vermehrung der anderen Ertragsanteile. Dies ist auch der Grund, warum in den Kooperativ-Genossenschaften, in denen der Direktor einen Gehalt bezieht, die Profitrate nicht kleiner, sondern größer ist als im Durchschnitt. Die Entlohnung des Direktors ist in ihnen eben kleiner. Kleiner, weil eine Ausbeutungsarbeit fehlt und mit ihr die entsprechende Vergütung.

Den Kampf gegen den Wucher kennzeichnet Marx als Kampf des industriellen Kapitals gegen das antiquierte ausbeuterische Geldkapital — ein Kampf, der vorerst mit den veralteten Mitteln der Wuchergesetze geführt wird, bis man zu den technisch entwickelten Methoden der Kreditorganisation übergeht.

Mit großem Interesse erfährt man aus dem besprochenen Bande, daß Jones („On rent") die geschichtliche Aufeinanderfolge der Formen menschlicher Arbeit aus den sukzessiven Formen der Grundbesitzordnung herleitet. Außerdem macht Jones — vor Bücher — aufmerksam, daß ursprünglich die Gewerbetätigkeit für den Konsumenten auftritt, wobei der Arbeiter aus dem Einkommen desjenigen erhalten wird, der seine Erzeugnisse erwirbt, und erst allmählich von der Gewerbetätigkeit für den Kapitalisten abgelöst wird, bei der der Arbeiter vom Kapital seines Anwenders lebt. Jones sagt aber voraus, daß auf diese Wirtschaftsformen eine andere folgen wird, in der eine persönliche Konsolidation von Arbeit und Kapital stattfinden wird.

So sehen wir, stellt Marx im Hinblick hierauf fest (S. 491), wie die *wirkliche* Wissenschaft der politischen Ökonomie damit endet, die notwendige Zerstörung der kapitalistischen Produktionsweise anzukündigen.

Schließlich kann ich nicht umhin, zu betonen: daß, was Marx S. 570 ff. von der Vulgärökonomie sagt — daß sie die Oberfläche der Erscheinungen beschreibt, ohne ihr Wesen zu erfassen —, gleichermaßen auch von der utilitaristischen, psychologischen, hedonistischen, pseudo-mathematischen Ökonomie und deren unfruchtbarem Herumreden über die produktiven Dienste der Arbeit, des Kapitals und des Bodens gilt, welche, kraft spontaner Generation, die verschiedenen Arten des Einkommens (Rente, Zins, Arbeitslohn) erzeugen.

Literaturbericht.

Dr. RAYMUND DE WAHA, Die Nationalökonomie in Frankreich. Stuttgart, Ferdinand Enke 1910. gr. 8° XIX—540 S. (18 M.)

Der Verfasser will durch sein Buch „die Kenntnis der französischen Nationalökonomie dem deutschen Leser vermitteln, Verständnis und Wertschätzung französischer Geistesarbeit auf dem Gebiete der Wirtschaftswissenschaft fördern" und so „anregend und befruchtend auf den Wissenschaftsbetrieb in Deutschland wirken". Ein nützliches und auch keineswegs unnötiges Beginnen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Franzosen gegenwärtig den wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Leistungen der Deutschen und ihrer Umsetzung in die Praxis weit mehr Aufmerksamkeit zuwenden als umgekehrt. Diese Tatsache ist psychologisch unschwer verständlich. Auch in ihr spiegelt sich der Eindruck des ungeheuren militärischen, politischen und materiellen Aufschwunges, den Deutschland in den letzten anderthalb Menschenaltern genommen hat, und der natürlich bei den Besiegten von 1870 besonders scharf in Erscheinung treten mußte. Indem man in Frankreich den Gründen der erlittenen Niederlage nachsann, gelangte man vielfach zu Selbstunterschätzung und zu Überschätzung des Siegers, hieraus aber zu intensiver Beschäftigung mit all dem, was diesen unmittelbar und mittelbar siegreich gemacht hatte oder siegreich gemacht haben konnte. Die Franzosen haben so von den Deutschen viel gelernt und insbesondere nicht wenige befruchtende Anregungen auch gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftlicher Art empfangen: diese zu gutem Teil auch durch Vermittlung des Marxismus. Aus den oben angeführten Gründen ist aber diese Befruchtung nicht oder doch nicht in demselben Maße auch nach der anderen Seite hin erfolgt. Wer zu sehr bewundert wird, verfällt gar leicht in Indifferentismus gegenüber dem besonderen Wesen und den Vorzügen seiner Bewunderer. Und doch können wir gerade auf unserem Fachgebiete, auf dem wir französischen Denkern verschiedenster Geistesrichtung in der Vergangenheit so entscheidend viel zu verdanken haben, auch von den Franzosen der Gegenwart viel lernen.

Das W.sche Buch kann in dieser Beziehung gute Dienste leisten. Freilich weist es bedeutende Mängel auf. Vor allem ist es zu ausführlich und doch nicht ausführlich genug. Der Verf. ist wenig kritisch und sein Urteil nicht immer genug selbständig: in manchen Beziehungen bringt er zu viel, in anderen zu wenig; an Stelle systematischer Analyse begegnet man nur zu häufig rein

referierender Wiedergabe, an Stelle der Synthese einem mechanischen Nacheinander der von ihm behandelten Lehrmeinungen; es fehlt auch nicht an Flüchtigkeiten, die leicht hätten vermieden werden können. Trotzdem unterrichtet es besser als irgend ein anderes Buch über den gegenwärtigen Stand der Volkswirtschaftslehre in Frankreich: ihrer Schulen, deren führender Persönlichkeiten, Machtstellung und Aktionsmittel (Zeitschriften usw.) Kurzum es ist ein, wie ich mich durch mehrere Stichproben überzeugt habe, im wesentlichen verläßliches Nachschlagewerk und als solches durchaus zu empfehlen.

Im vorliegenden Bande behandelt W. in vier Büchern: I. die liberale Schule, die er in die Gruppen der Unentwegten, der Verwaltungsbeamten, der Historiker, der Ingenieure und Mathematiker, der Universitätsprofessoren unterteilt; II. die katholischen und verwandten Richtungen, die er als Interventionisten und Nichtinterventionisten verschiedener Spielart, (jene: als christliche Sozialisten, Sillonisten, Angehörige des sozialkatholischen Zentrums; diese: als Schulen der Réforme sociale, der Science sociale und von Angers) gruppiert; III. den Interventionismus, Solidarismus und Protektionismus; IV. die Nationalökonomie bei den Philosophen und Soziologen.

An dieser Stelle mögen namentlich die Partien über die christlich-sozialen Bestrebungen hervorgehoben werden, die mir als die wertvollsten des ganzen Buches erscheinen.

Wien. CARL GRÜNBERG.

Dr. HANS WEHBERG, A. Theodor Stamm und die Anfänge der deutschen Bodenreformbewegung. Bonn, Carl Georgi 1911, 8°. 67 S. (2 M.)

ADOLF DAMASCHKE: 1. Zur Geschichte der deutschen Bodenreformbewegung, Erinnerungen und Erfahrungen (Heft 29/30 d. „Sozialen Zeitfragen"). Berlin, Verlag Bodenreform 1906. 8°. 71 S. — 2. Die Bodenreform. Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not. V. Aufl. Jena, Fischer 1911. 8°. VIII—360 S. (2,50 M.)

Die kleine Schrift W.s bringt eine quellenmäßige Zusammenstellung über die Anfänge der deutschen Bodenreformbewegung aus den urkundlichen Materialien und Korrespondenzen des Vaters des Verf., des Dr. med. HEINRICH W. in Düsseldorf, der in diesen Anfängen eine hervorragende Rolle gespielt hat. Wir lernen daraus zunächst die Persönlichkeit und die vielseitige und bewegte Lebenstätigkeit STAMMS kennen, der durch sein Werk „Die Erlösung der darbenden Menschheit" (1871) und durch die Gründung des „Vereins für Humanismus" (1874) zwar nicht der Vater der deutschen Bodenreform, wie der Verf. ihn nennt, geworden ist, wohl aber die bodenreformerischen Gedanken eines GOSSEN, ARND, FRIEDRICH HELD u. a. selbständig fortgesponnen und vor allem in die feste Form bestimmter programmatischer und organisatorischer Propaganda überführt hat. STAMMS Bestreben, die Arbeiterbewegung für seine Ziele zu gewinnen, machte ihn der Regierung verdächtig und führte unter dem Damoklesschwert des Sozialistengesetzes zu seiner Aus-

wanderung nach Zürich und zur Auflösung seines Vereines. Für STAMMS vielumfasssenden Geist waren die Bodenreformideen nur ein wenn auch integrierender Teil einer weit umspannenden Weltanschauung. Politische, religiöse, philanthropische Vorstellungen und Gedankengänge verwoben sich aufs engste mit ihnen. Die Bodenfrage bildete daher auch nur eine von den 4 Thesen seines Vereins. Außerdem hat er sich als Arzt um die medizinische Wissenschaft und besonders um die Hygiene große Verdienste erworben. Die mit dieser Vielseitigkeit zusammenhängende Verquickung der Anschauungen und Empfindungen war aber seiner bodenreformerischen Arbeit nichts weniger als förderlich.

Durch STAMM wurde FLÜRSCHEIM mit der Bodenreform bekannt, von dem WEHBERG rühmt, daß er an Schärfe und Klarheit der Gedanken sowie an praktischem Verständnis STAMM weit überlegen war. FLÜRSCHEIMS „Auf friedlichem Wege“ erschien 1884 gleichzeitig mit der III. Aufl. von STAMMS genanntem Werk. Diese Gleichzeitigkeit gab den Anlaß zur Entfremdung der beiden Verfasser, die sich gegenseitig der Benutzung der Korrekturen des anderen beschuldigten und schließlich in einem anderthalbjährigen Beleidigungsprozeß aneinander gerieten. Der tiefere Grund war aber wohl die große Wesensverschiedenheit beider. FLÜRSCHEIM, der Praktischere und auch wohl Erfolgreichere, handelte bei der nun anhebenden Rivalität beider in der Propagierung ihrer übrigens voneinander recht abweichenden Ideen nach W.s Darstellung keineswegs einwandfrei. Diese Zersplitterung in zwei einander befehdende Richtungen mußte der jungen Bewegung verhängnisvoll werden. FLÜRSCHEIM gehörte nur noch einige Monate der von den Redakteuren HILDEBRANDT und SEBALD i. J. 1886 unter STAMMS Ehrenpräsidium gegründeten „Landliga“ an, deren Organisation ihm verfehlt erschien. Nach erfolglosen Versuchen der Gründung eines eigenen Vereins gab er die Monatsschrift „Deutsch Land“ heraus, um zunächst erst Anhänger zu gewinnen. Die Landliga ging ein, doch erkannte auch FLÜRSCHEIM an, daß sie durch Verbreitung des Problems in weite Kreise der Sache sehr genützt habe. STAMM gründete dafür den „Allwohlsbund“, der aber nicht gedeihen wollte und 1893 einschlief. Besseren Erfolg hatte FLÜRSCHEIM mit seinem durch sein Organ gut vorbereiteten, i. J. 1888 in Frankfurt a. M. gegründeten „Bund für Bodenbesitzreform“, der FLÜRSCHEIMS eigenartige Theorie in sein Programm aufnahm. Danach ist Grundursache des wirtschaftlichen Notstandes die im arbeitslosen Zins- und Grundrentengenuß wurzelnde Aufhäufung von ungeheuren Reichtümern in Einzelhänden, deren Besitzer ihr Einkommen nicht aufbrauchen. Dadurch entsteht ein infolge der immer neue Zinsen hervorbringenden Kapitalisierung ständig zunehmender Ausfall im Güterverbrauch, den die Volksmasse nicht decken kann, weil sie für einen immer größeren Teil der mit ihrer Arbeit erzeugten Tauschwerte die immer wachsenden Zins- und Grundrententribute aufbringen muß, deren größter Teil immer wieder kapitalisiert wird. FLÜSCHEIM bekämpfte also auch den nach seiner Auffassung auf der Grundrente beruhenden Kapitalzins und wollte diesen mit jener — also das ganze „arbeitslose“ Einkommen — beseitigen. Er ist also weit mehr Sozialist als Bodenreformer.

Der Aufschwung, den dieser Verein und sein Organ nahmen, wurde aber in einen Rückgang verwandelt, als 1890 Dr. W. sen. sowohl den Bundesvorsitz als die Leitung des Organs wegen sachlicher Differenzen mit FLÜRSCHEIM niederlegte und dafür in den Vorstand des Allwohlbunds eintrat. Nach STAMMS Tode (1892) zog sich auch FLÜRSCHEIM zurück. „So wurde die Entwickelung der deutschen Bodenreformidee durch eine Fülle von Gegensätzen sowohl persönlicher wie sachlicher Natur gehemmt."

Am Schlusse der verdienstvollen Schrift werden einige abfällige Bemerkungen älterer Bodenreformer, auch FLÜRSCHEIMS, über den gegenwärtigen „Bund deutscher Bodenreformer" mitgeteilt. Es ist vom rein menschlichen Standpunkte nur allzu begreiflich, daß die Erfolge des Bundes gegenüber dem Scheitern der älteren Bewegung schmerzliche Empfindungen in den Vertretern der letzteren auslösen. Unter dem neuen Programm und unter der neuen Arbeitsmethode seit Übernahme der Führung durch ADOLF DAMASCHKE strömten in der Tat „die Anhänger in Scharen zu", die früher ausblieben, und wurden praktische Erfolge in der Gesetzgebung und Verwaltungspolitik wie in der Aufklärung der Massen erzielt, die man früher zu erhoffen kaum gewagt haben würde. Und doch werden die neueren Bodenreformer dem Verdienste jener Männer um die Bewegung, welche in ihrer Weise die ersten Furchen zogen und die erste Gedankensaat ausstreueten, ohne daß ihnen die Ernte beschieden war, gerecht werden. Die soziale Bewegung, die ohne Mißerfolge begann, ist ebensowenig zu finden wie die Wahrheit, die nicht durch Irrtum hindurchging. Die Ernte aber fällt nicht den Erntearbeitern, sondern der Gesamtheit zu, in deren Dienst alte und junge Arbeiter sich müheten.

Inzwischen hat FREESE, der letzte Vorsitzende des i. J. 1896 aufgelösten alten und ein eifriger Mitarbeiter des neuen Bundes, in der „Bodenreform" vom 20. April 1911 die Bemerkungen W.s über die der Bewegung in den 90er Jahren erwachsenen Schwierigkeiten berichtigt und sich ernstlich dagegen verwahrt, daß W. auch ihn als Zeugen gegen die heutige Bundesleitung anführt. Besonders folgende Stelle ist darin von geschichtlichem Interesse: „Die Gegenwartsforderungen, die der Bund seither vertritt, sind aber fast ganz dieselben, die schon in den ersten Programmen von 1888 und 1890 enthalten waren. Wir haben nur die von FLÜRSCHEIM verfaßten Thesen, die an den Anfang des Programms gestellt waren, anders gefaßt, und wir haben die damals ins Auge gefaßten Mittel, über deren Aussichtslosigkeit, wenn sie allgemein angewendet werden sollten, kein Zweifel mehr bestand, durch solche ersetzt, über deren Durchführbarkeit wir einig waren." In der Tat ist es vornehmlich das richtige Augenmaß für die Verhältnisse und Möglichkeiten der Gegenwart und einer absehbaren Zukunft, wodurch die neue Bewegung sich von der alten scheidet.

Das lehrt besonders DAMASCHKES Schrift „Zur Geschichte der deutschen Bodenreform (S.-A. einer Artikelreihe aus der „Deutschen Volksstimme", jetzt „Bodenreform"). Diese die persönlichen Eindrücke und Erlebnisse des Verf. vom Beginn seiner Bekanntschaft mit der älteren Bodenreformbewegung und

ihren Trägern bis zu ihrer Auflösung wiedergebende Schrift und die von W. sind bisher die einzigen Beiträge zur Geschichte der deutschen Bodenreformbewegung. Es ist daher von besonderem Interesse, D.s Darstellung mit in Betracht zu ziehen. Da finden wir z. B. (S. 50), daß FLÜRSCHEIM am 1. August 1892 einen scharfen Artikel „Die Gründung von Boden- und Baugenossenschaften“ gegen die Unterstützung des damals gegründeten und seither sehr segensreich wirkenden Berliner Spar- und Bauvereins durch die Berliner Bodenreformer schrieb. Darin heißt es; „Man kämpft nicht mit Nähnadeln gegen Riesen. Man macht sich nur lächerlich; aber man erzielt nicht einmal Augenblickserfolge. Wir machen schon verhängnisvolle Fehler, wenn wir zuviel Gewicht auf Detailreformen legen, wie z. B. auf die Bauhandwerkerfrage, aber wir werden uns unsterblich blamieren, wenn wir die verhängnisvolle Richtung einschlagen, welche wackere und wohlmeinende Freunde uns vorschlagen.“ Wenn man bedenkt, mit wie großem Erfolge zuerst, trotz FLÜRSCHEIM, schon der alte und später der neue Bund für den Schutz der Bauhandwerker eingetreten ist — FREESE hat darüber 1901 in seinem gleich näher zu erwähnenden letzten Geschäftsberichte als Vorsitzender des alten Bundes sowie in seinem Buche „Das Pfandrecht der Bauhandwerker“, und 1907 im „Jahrbuche der Bodenreform“ ausführlich berichtet — so erkennt man recht den Übergang der Bodenreformbewegung aus der ideologisch-utopistischen in die realpolitische Daseinsphase.

Auch im übrigen wird die Darstellung FREESES, daß „der kleine Verein in jener Zeit eine starke Tätigkeit entfaltet hat und daß es ihm gelungen ist, in der Öffentlichkeit in steigendem Maße Anerkennung und Zustimmung zu gewinnen, nicht für seine Endziele, die damals in der Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Grund und Bodens oder der Grundrente gipfelten, desto mehr aber in seinen Kämpfen für eine weitsichtige Wohnungspolitik, für bessere Bauordnungen, für den Schutz der Bauhandwerker und für eine gemeinnützige Bautätigkeit“, vollauf bestätigt durch das, was D. in seiner Schrift (S. 63 ff.) über den Inhalt des Geschäftsberichts mitteilt, den FREESE in der die Auflösung des alten Bundes beschließenden Generalversammlung vom 26. September 1896 erstattete.

W. bekennt sich am Schlusse seiner Schrift als begeisterten Anhänger der alten Bodenreformbewegung. Der Kampf, der für alle jene Bodenreformer ein heiliger war, werde dereinst doch den Sieg an seine Fahne fesseln. Diese Stellungnahme ist psychologisch wohlverständlich. Für das Geschichtsbild, das seine Schrift uns gibt, ist aber diejenige DAMASCHKES eine notwendige Ergänzung, um den Umschwung von der alten zur neuen Bodenreform zu verstehen und richtig zu würdigen. Daß dieser nicht, wie es nach W.s Schlußbemerkungen scheinen könnte, eine Verflachung oder Verwässerung der Bewegung bedeutet, dafür spricht schon der reiche Erfolg der neuen und der geringe der alten Bewegung. Der scharfe, die beiden Bewegungen völlig trennende Einschnitt, den das neue Bundesprogramm von 2. April 1898 bedeutet, beginnt aber erst bei der Gegenüberstellung der beiden Schriften hervorzutreten.

In völliger plastischer Klarheit erscheint er jedoch, wenn man dazu D.s soeben in V. Auflage erschienene „Bodenreform“ heranzieht. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie dem lapidarisch kurzen Programm des Bundes tieferes Leben und reicheren Inhalt gibt. Äußerlich betrachtet ist sie die einzige existierende Zusammenstellung der grundlegenden Anschauungen, auf denen jenes Programm sich aufbaut. Innerlich ist sie gleichsam das sozialpolitische Glaubensbekenntnis und darüber hinaus das getreue Spiegelbild der Weltanschauung des Begründers und Leiters der neueren deutschen Bodenreformbewegung. Sie soll jedem die Möglichkeit geben, sich über diese Bewegung kurz aber zutreffend zu unterrichten und ihre wesentlichen Grundgedanken nachzuprüfen. Ihre äußere Form entspricht ihrer Entstehung (1902) aus einführenden Vorträgen des Verf. Ihrem Zwecke kann es aber nur dienlich sein, daß sie nicht den Charakter eines Lehrbuchs oder Systems hat. Ein lückenloses System der gesamten Bodenreformtheorie soll sie überhaupt nicht geben. Anderseits ist die praktische Bodenreformarbeit selbständig behandelt in D.s „Aufgaben der Gemeindepolitik“.

Die Quintessenz findet sich in folgenden Sätzen (S. 53): „Das ist nun Bodenreformlehre: diese Grundrente soll soziales Eigentum werden. Diese Grundrente soll durch irgendwelche Reformarbeit für die Gesamtheit, die Grundrente allein erzeugt, auch zurückerrungen werden. Jedem das Seine! Dem einzelnen, was er erarbeitet, unbedingt, möglichst frei von jeder Belastung auch für die Zwecke der Gesamtheit. Aber auf der andern Seite soll auch der Gemeinschaft gehören, was sie allein hervorbringt. Was alle zusammen erarbeiten, das soll kein einzelner ohne Gegenleistung für sich mit Beschlag legen dürfen. Das ist der Friede zwischen Sozialismus und Individualismus: die Grundrente soziales Eigentum, Kapital und Arbeit aber der freien individuellen Betätigung anheimgegeben.“ „Diese“ Grundrente aber ist „der Teil des Produkts, der für die Benutzung des Bodens oder anderer Naturvorteile aufgewendet wird“, jedoch nach Abzug all und jeder „Entschädigung für Kapitalnutzung“. Daß auch der durch Verwendung von Arbeit jeder Art auf den Boden erzeugte Produktteil abzuziehen ist, geht aus dem obigen Zitate, aber auch aus den gesamten Ausführungen hervor. Namentlich beim landwirtschaftlichen Boden kommt, wie die Beratungen über das Reichszuwachssteuergesetz dargetan haben, die Ausscheidung der auf eine besonders sorgliche Pflege des Bodens (Humusverwendung, Entsteinen, Rigolen usw.) zurückzuführenden Ertrags- und Wertsteigerung in Betracht. Die praktischen Schwierigkeiten, die sich hierbei aus der Natur des Bodens und des landwirtschaftlichen Betriebes, besonders aus der Häufigkeit und Mannigfaltigkeit derartiger Arbeitsaufwendungen und aus der Vermischung ihrer vorteilhaften Wirkungen mit den auf die Leistungen der Gemeinschaft zurückgehenden ergeben, stehen der Ausscheidung „dieser Grundrente“ aus dem Ergebnisse der produktiven Tätigkeit ebenso im Wege wie der sicheren Isolierung des unverdienten Wertzuwachses an Grundstücken. Während aber die Bodenreformer diese Schwierigkeiten für überwindlich halten, bestreiten dies ihre Gegner. Die mit der Zuwachssteuer zu machenden Erfahrungen werden einen

interessanten Prüfstein für die Richtigkeit dieser beiden Anschauungen bieten. Denn, wie D. treffend sagt: „ob die Bodenreformlehre wirklich die Erlösung aus der sozialen Not unserer Zeit bedeutet, wird sich endgültig nur erweisen können, wenn wir versuchen, sie in die Praxis zu übersetzen“.

Der reiche Inhalt des durch Klarheit und Anschaulichkeit ausgezeichneten Werkes zerfällt abgesehen von der „Weder Mammonismus noch Kommunismus“ betitelten Einleitung in drei Hauptteile: die Bodenreform und die industrielle Entwicklung; die Bodenreform und das Agrarsystem; die Bodenreform in verschiedenen Ländern und Zeiten. In den III. Teil ist der Abschnitt über H. George eingeflochten.

Hier soll nur auf den II. Teil noch etwas eingegangen werden, weil die Gegner der Bodenreform ihr oft zum Vorwurf machen, daß sie nur auf den städtischen Boden zugeschnitten sei. D. geht hier davon aus, daß der oft behauptete Interessengegensatz zwischen Stadt und Land nicht bestehe. „Nur wenn es unserer Landwirtschaft so gut geht, daß eine übermäßige Abwanderung in die Industrieorte nicht erfolgt, ist eine hohe Lebenshaltung der städtischen Bevölkerung und ebenso ein hochstehendes Wirtschaftsleben des ganzen Volkes möglich“. Von den die Bedeutung der Landwirtschaft würdigenden Gesichtspunkten ist ihm besonders wichtig, daß jedes Volk nur einen Bauernstand hat, dessen Verlust nicht wieder gut zu machen ist. Die Herbeiführung und Sicherung gesunder Zustände in der Landwirtschaft soll nach Absicht der Bodenreform vor allem dadurch geschehen, daß diese den Boden dem „Warenrechte“ und der „freien“ Verschuldbarkeit, denen er ausgeliefert worden, wieder entreißt. Diese Notwendigkeit und die sie rechtfertigenden Tatsachen werden eingehend erörtert. Das Werk der Entschuldung wird, anknüpfend an die bodenreformerische Forderung der Überführung des Realkredits in die öffentliche Hand, in seinen Grundzügen entworfen. Neueinschätzung des Bodens abzüglich aller Meliorationen und Gebäude nach seinem gemeinen Werte, Einführung einer Verschuldungsgrenze und innerhalb deren das Recht eines jeden Landwirts, aus den öffentlichen Kassen Geld in Form unkündbarer Amortisationshypotheken zu bestimmtem Zins zu erhalten, sowie die Beschaffung dieser Mittel sind die Hauptpunkte. Neben der Verschuldungsgrenze wird noch eine andere, engere gezogen, die den Wert des nackten Bodens darstellt und innerhalb deren die Amortisation nicht für den Besitzer sondern für die Gemeinde erfolgt, welche die Mittel zur Abstoßung der alten Schulden im Kreditwege aufgebracht hat und nun auf diese Weise die dazu eingegangenen Verpflichtungen schrittweise ablöst. Die Zinsen für diesen engeren Wertteil bleiben als dauernde Last auf dem Boden ruhen. Schließlich gibt es nur noch unkündbare Amortisationshypotheken, die allein der Eigenart des ländlichen Bodens entsprechen. Beispiele der praktischen Ausführung, Besprechung der Wirkungen, auch der auf Staatskredit und Geldmarkt, und Widerlegung möglicher Einwände schließen sich an. Der Bedeutung der Allmende und der Notwendigkeit ihrer Erhaltung sowie der notwendigen Kultivierung der 670 Quadratmeilen deutschen Ödlandes ist der Rest des Abschnitts gewidmet. Hierbei sei erwähnt, daß der Bund D. B.

kürzlich in einem Ausschreiben einen Preis von 1000 M. ausgesetzt hat für die beste Arbeit darüber, welche Rechtsformen die durch Kultivierung von staatlichen Moor- und Ödländereien zu gewinnenden neuen Bauernstellen und Dörfer erhalten sollen.

Für den Charakter der neuen Bodenreform und namentlich für ihr Verhältnis zur älteren ist am bezeichnendsten die Stelle am Schluß der Einleitung (S. 56): „Die Bodenreformbewegung will eine Reformbewegung sein, d. h. sie legt Wert darauf, daß ihre Forderungen verwirklicht werden können durch eine schrittweise organische Entwicklung der heute bestehenden Verhältnisse."

Marburg a. d. Lahn. HANS KÖPPE.

JACQUES SCHLUMPF, Der Schweizerische Typographenbund. Festschrift zum 50 jährigen Jubiläum. Darstellung der Geschichte des Wirkens des Typographenbundes von 1858 bis 1908. Basel 1908. 336 S.

Die Geschichtschreibung über die schweizerische Arbeiterbewegung liegt noch im argen. Um so begrüßenswerter ist daher jeder Beitrag, der etwas Licht in das Werden der Arbeiterbewegung bringt. SCHLUMPF befaßt sich mit der Geschichte jenes Verbandes, der von allen schweizerischen Gewerkschaftsverbänden der weitaus konsolidierteste ist. Es ist das alte Bild, das sich auch hier wieder zeigt: Das Herauswachsen der modernen Gewerkschaft aus den Unterstützungskassen. Die erste Buchdruckerunterstützungskasse soll in der Schweiz schon 1661 gegründet worden sein. Im 19. Jhrhdt. taucht die erste 1818 auf. Der erste Typographische Verein, allerdings erst noch mit Zielen der bloßen Gemütlichkeit und Kollegialität gründet sich im Jahre 1843 in Bern. Nach ihm entstehen da und dort im Land vereinzelte Typographische Vereine. 1848 schlagen die Wellen aus Deutschland herüber. Man trägt sich in Berner Typographenkreisen mit dem Gedanken des Anschlusses an den Gutenbergbund. Es bleibt jedoch bei der Absicht. Aber schon werden Beschlüsse über Forderungen betreffend Arbeitszeit, Arbeitslohn und Schiedsgerichte gefaßt. Die Bestrebungen, unter den Buchdruckerkrankenkassen die Freizügigkeit einzuführen (1857) mochten nicht zuletzt den Gedanken nähren, die Typographen im ganzen Lande in einen Bund zu sammeln. Von Bern aus ging die Idee und fand im ganzen Lande bei allen Vereinen freudigen Widerhall. Der 15. August 1858 ist der Gründungstag des Schweizerischen Typographenbundes. Erstlich hatten zu ihm auch die Prinzipale Zutritt. Aber der Wind wehte von dort nicht günstig. In Kreisen der Unternehmer sah man es ungern, daß der Bund die Auswüchse des Lehrlingswesens beseitigen wollte. Im Jahre 1860 waren neben 275 Gehilfen im ganzen 6 Prinzipale im Verband! Auch weitgehende Konzessionen konnten die Prinzipale nicht zum Beitritt bewegen. 1869 gründeten diese dann einen Unternehmerverband. Nun war die reinliche Scheidung da. Wie der Verein schweizerischer Buchdruckereibesitzer ein freundliches Zusammenwirken mit den Gehilfen behufs Lösung von Fragen gemeinsamen Interesses in

seinen Statuten befürwortete, so begrüßte auch der Gehilfenverband die Gründung der neuen Organisation. Rasch gings mit dem Verbande vorwärts. Er zählte Mitglieder:

1870	397	1900	1936
1880	558	1910	3139.
1890	1034		

Die Organisation der Typographen kann heute eine fast vollständige genannt werden.

Die Jubiläumsschrift behandelt das Wirken des Verbandes in einem besonderen Abschnitte und in vier Teilen. In bezug auf die Lohnverhältnisse hat der Typographenbund seinen — man darf ruhig sagen — 60jährigen Bestrebungen durch Abschließung eines schweizerischen Einheitstarifes im Jahre 1907 die Krone aufgesetzt. Dieser Tarif sichert Setzern und Druckern ein Minimum eines wöchentlichen Gewißgeldes von Frs. 31,50, Lokalzuschläge ungerechnet. Mit Recht bemerkt Sch.: „Mit dem Einheitstarif ist unsere Organisation nicht nur als gleichberechtigte Partei bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt, sondern damit auch das Koalitionsrecht garantiert worden". Und das will in der Schweiz etwas bedeuten, wo zur Zeit ein Passus im bundesrätlichen Gesetzesentwurf betreffend die Arbeit in den Fabriken, der den Arbeitern das Koalitionsrecht ausdrücklich garantieren will, auf allerschärfste Opposition stößt. In bezug auf die Lehrlingsverhältnisse hat der Verband gründlich Ordnung geschaffen durch ein Lehrlingsregulativ. Für die berufliche und allgemeine Bildung arbeitet seit dem 15. Dezember 1857 das Verbandsorgan, die wackere „Helvetische Typographia". Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens ist die hervorragendste Leistung des Typographenbundes seine eigene Druckerei, die gegenwärtig etwa 30 Personen beschäftigt. Die vorzüglichsten Leistungen des Verbandes sind aber auf dem Gebiete des Unterstützungswesens zu suchen. Wird ein Mitglied in seinem Berufe dauernd unfähig, so gewährt ihm die Invalidenkasse lebenslängliche Pension. Die Sterbekasse sorgt so viel wie möglich für die Witwe und die Waisen. Die Krankenkasse leistet täglich Frs. 5. Bei Arbeitslosigkeit erhält der Reisende ein Abschiedsgeld von Frs. 10 und die Arbeitslosenkasse leistet 70 Tage einen täglichen Betrag von Frs. 2,50. Bei Arbeitsniederlegungen erhalten Verheiratete das Minimum des Gewißgeldes. Außerdem ist der Verband den Bedürftigen behilflich durch unentgeltliche Stellenvermittlung, Umzugsgeld, Auskunftserteilung und Rechtsschutz. Seit seinem Bestande hat er 3 1/2 Millionen für Unterstützungszwecke ausgegeben. An die Mitglieder anderer Verbände wurden rund 50000 Frs. bezahlt. Ein schöner Beweis der Solidarität, die der Verband auch durch die Mitgliedschaft beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund bekundet.

Wenn man das schmucke Buch durchgeht, so kann man es begreifen, wenn der Typograph nicht nur einen Berufsstolz hat, sondern auch auf seinen Verband stolz ist. Er ist ein starkgefügtes Gebäude, in dem sich der einzelne Verbandsangehörige geborgen fühlt. Nur die eine Gefahr ist da: daß er der

Außenstehenden, der Hilfsarbeiter und aller jener zu leicht vergißt, die im Graphischen Gewerbe allein zur Verbesserung ihrer Lage wenig oder nichts tun können. Früher oder später muß der Typographenbund einmal Hand reichen oder den Anstoß geben zur Gründung eines Industrieverbandes.

Das SCHL.sche Buch aber verdient alle Beachtung als der bisher weitaus wertvollste Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Zürich. JACOB LORENZ.

JACOB H. HOLLANDER, David Ricardo, A Centenary Estimate. (John Hopkins University Studies in Historical and Political Science. Ser. XXVIII, Nr. 4.) Baltimore, The John Hopkins Press 1910. 8°. 137 S. (1 Doll.).

Im Jahre 1810 erschien RICARDOs erste wichtigere Publikation: „The High Price of Bullion, a Proof of the Depreciation of Bank Notes". Zur Jahrhundertfeier dieses für die nationalökonomische Theorie bedeutsamen Ereignisses hat der Professor an der Johns Hopkins Universität HOLLANDER drei Vorlesungen über das Leben, das Werk und den Einfluß RICARDOs gehalten, die er jetzt, zu einem Bande vereinigt, herausgibt.

Der erste, biographische Abschnitt schildert voller Liebe die Herkunft und den Entwicklungsgang des merkwürdigen Mannes, der wie wenige ein Repräsentant seiner merkwürdigen Zeit war. Verkörpert doch der getaufte Jude in seinen Werken diese Epoche der Umwälzung aller gesellschaftlichen Grundlagen, der Umwertung aller Werte, die aus dem noch eng, fast zünftlerisch gebundenen Frühkapitalismus zum Hochkapitalismus hinüberführte, und so war er wie wenige berufen, dieser Epoche ihr Stichwort zu geben. Und wohl darf der Biograph dieses Mannes Leben mit Liebe schildern, der es verstand, schwerreich zu werden, ohne jemals einen Feind zu haben; der im größten materiellen und wissenschaftlichen Erfolge, Glückskind, der er war, doch immer die Bescheidenheit selbst blieb; und der, vor allem und über alles, ein Wahrheitssucher vom reinsten Blute war. Ihm war seine Sache alles, und seine Person nichts; nie gab es einen willigeren Anerkenner fremden Verdienstes, nie einen vornehmeren Polemisten, einen milderen Kritiker.

Der zweite Abschnitt „The Work" enthält wertvolle dogmenhistorische und dogmenkritische Untersuchungen. H. hebt mit Recht hervor, daß drei große ökonomische Streitfragen den wissenschaftlichen Werdegang RICARDOs beherrscht haben, die sämtlich aus den Verhältnissen Großbritanniens während der Periode der napoleonischen Kriege erwuchsen: die Frage der Bankpolitik, namentlich der Wiederaufnahme der Noten-Einlösung; die Frage der Schutzzölle, namentlich des agrarischen Hochschutzes; und die Frage der Staatsschulden. Sie rückten sämtlich dasjenige Problem der Ökonomik in den Vordergrund erst des materiellen und politischen, und dann des wissenschaftlichen Interesses, dem RICARDO in seinen „Principles" ex professo vor allem dienen wollte: das Problem der Distribution des Volkseinkommens auf die drei Klassen der Lohnempfänger, der Profitbezieher, der Rentenberechtigten. Mir scheint, als wenn noch ein viertes praktisches Problem, auch ein Teilproblem der Distribution, während der ganzen Werdezeit RICARDOs das

öffentliche Interesse der Engländer mindestens so stark beschäftigt habe, als jene drei großen parlamentarischen Streitfragen, nämlich das Problem des aufkommenden Proletariats, namentlich in der Gestalt der immer kräftiger, in immer neuen Formen der Praxis und Theorie erscheinenden sozialistischen Propaganda. Gegen sie hat MALTHUS seinen „Versuch über die Bevölkerung“ verfaßt, das Buch, das neben dem „Wealth of Nations“ von ADAM SMITH RICARDOS Denken notorisch am stärksten beeinflußt hat. H. legt auf diesen Bestandteil auffällig wenig Gewicht, augenscheinlich aus dem Grunde, weil er selbst hier zu orthodox malthusisch resp. ricardisch denkt. Wer aber wie ich in diesem Punkte der schlimmste aller Häretiker ist, der kann diese Komponente der Theorie nicht stark genug betonen; ich habe mich bemüht, zu zeigen und halte trotz aller Angriffe unverrückt daran fest, daß man den ganzen RICARDO nur von hier aus erfassen — und in wichtigen Punkten widerlegen kann [1]).

Jedoch — dem sei wie ihm wolle — H. unterscheidet in RICARDOS wissenschaftlichem Werdegang drei Perioden. In der ersten ist er vorwiegend noch Praktiker: ein erfolgreicher, namentlich im Geldhandel als Autorität anerkannter Geschäftsmann, der gelegentlich in Zeitungsartikeln und kurzen Pamphleten zu solchen politisch-wirtschaftlichen Tagesfragen das Wort ergreift, in denen er sich einige Kompetenz zutraut. Wissenschaftlich ist er noch ganz an ADAM SMITH orientiert, dem er wohl in einzelnen Fragen mit einiger Kritik gegenübersteht, den er aber im allgemeinen als den großen Meister anerkennt. Dann folgt die zweite Periode, in der sein eigenes, in entscheidenden Punkten von SMITH abweichendes System reift; es findet seinen ersten Ausdruck in dem kurzen Aufsatz: „Versuch über den Einfluß hohen Kornpreises auf den Kapitalprofit“ (1815) und seine volle Ausgestaltung in den „Principles of Political Economy and Taxation“ (1817). Dann folgt die dritte Periode neuer Zweifel, Untersuchungen und Feststellungen, die zum Teil in Veränderungen an der II. und namentlich an der III. Auflage des Werkes Gestalt gewinnen, zum Teil aber im Briefwechsel mit den gelehrten Freunden JAMES MILL, MALTHUS. Mc. CULLOCH u. a. erst Gestalt suchen. Der frühe tragische Tod, mit dem RICARDO so viel blendenden Erfolg zahlte, schnitt diese vielversprechende Entwicklung durch.

Nach H.s Auffassung steht im Mittelpunkt dieser Entwicklung vor allem das Wertproblem. Hier soll RICARDO nach seiner Auffassung zuerst und sich selber am bewußtesten von SMITH abgewichen sein. Das kann mit einigen Körnchen Salz als zutreffend zugegeben werden. Zwar hat RICARDO selbst jederzeit am stärksten seinen Gegensatz zu SMITH als im Rentenproblem gipfelnd angesehen und dargestellt; schon in der Einleitung zu den „Principles“ wird dieses Leitmotiv, das das ganze Werk durchzieht, mit Kraft an-

1) Vgl. meine Untersuchungen über „DAVID RICARDOS Grundrententheorie, Darstellung und Kritik“. Berlin 1909. Dazu: ED. BERNSTEIN, Franz Oppenheimer wider Ricardo i. „Archiv f. Sozialwissensch.“ XXXI. S. 190ff. KARL DIEHL, Gibt es bei David Ricardo eine absolute Grundrente? i. „Jahrb. f. Nat. Ök. u. Statistik“ 1911, S. 758 ff.

geschlagen: seine Theorie der Grundrente als reiner Differentialrente soll die widerspruchsvolle Auffassung des Meisters ersetzen, der neben der Differential-Rententheorie noch drei verschiedene Monopol-Rententheorien und Reste der physiokratischen Rentenlehre vorträgt. Aber diese strenge Theorie ist doch in letzter Linie dazu bestimmt, dem Wertproblem zu dienen: indem Ricardo den Nachweis führt, daß die Grundrente niemals Aufschlag auf den Preis ist, wie Smith annahm, sondern nur Gewinn am natürlichen Preise zugunsten solcher Produzenten, die ein „Produktionsmonopol der Erzeugung oder des Transportes“ haben, wie ich es nenne[1]; indem er so die Grundrente als Bestimmgrund des Preises ausschaltet, macht er sich die Bahn frei für seine Arbeitswerttheorie: der Tauschwert bemißt sich der Höhe nach nur durch den Lohn gegenwärtig aufgewendeter Arbeit zuzüglich dem „Lohn“ früher aufgewendeter Arbeit, dem Kapitalprofit.

Insofern hat also H. nicht Unrecht. Nur scheint er zu übersehen, daß Ricardo doch schon von Anfang an in einem entscheidenden Punkte von Smith abwich und zwar in bezug auf die Entwickelung des Lohnes in der kapitalistischen Gesellschaft. Smith war Optimist: er nahm an, das Kapital, der Lohnfonds, müsse „in einer fortschreitenden Gesellschaft“ schneller wachsen als die Arbeiterbevölkerung, und darum müsse der Lohn stark steigende Tendenz haben. Ricardo aber war, und zwar unter Malthus' Einfluß, in dieser Beziehung Pessimist, — wie alle gleichzeitigen Verfechter des bürgerlichen Liberalismus, der eben durch die Aufnahme des Bevölkerungsgesetzes zur „dismal philosophy“ geworden war. Dieser Gegensatz der gesellschaftlichen Prognose zwischen Smith und Ricardo scheint mir noch tiefer einzuschneiden, als der Gegensatz der theoretisch-logischen Auffassung des Wert- und Grundrentenproblems[2]. Dieser Gegensatz vertieft sich je länger, je mehr: Ricardo sah sich gezwungen, in der III. Auflage seiner „Grundsätze“ der populären Auffassung der Arbeiter, die dahin ging, „daß die Maschine den Arbeiter brotlos macht“, ein starkes Zugeständnis zu machen. Er erklärt offen, daß er früher geglaubt habe, die Maschine sei unter allen Umständen für alle Klassen der Gesellschaft nur nützlich, daß er sich aber jetzt überzeugt habe, daß unter Umständen ihre Einführung die Zahl der Arbeiter vermindern und ihre Lage verschlimmern könne.

Kehren wir nunmehr zum Wertproblem zurück. Ricardo sah sich nach H. vor allem dadurch dazu gedrängt, die Smithsche Lösung schärfer unter die Lupe zu nehmen, daß er eine weitverbreitete Ansicht zu bekämpfen hatte, die von der Aufhebung der Kornzölle (die er forderte) den Sturz aller Preise und die Senkung der Profitrate voraussagte. Diese Ansicht stützte sich unmittelbar auf einige Smithsche Kernsätze: je billiger das Korn, um so

1) Meine „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“, Berlin 1910 p. 237, 244 ff. 2) Was das letzte anlangt, so habe ich den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß weder West noch Anderson, noch gar Malthus ein Prioritätsrecht gegen Ricardo in bezug auf die Differential-Rententheorie geltend machen können, wie ihnen H. zuzugestehen scheint. (S. 76 Anm.) Vgl. meinen „Ricardo“ S. 84 ff. („Der Prioritätsstreit“.)

niedriger der Lohn, um so niedriger die Preise! Ricardo hatte selbst diese Znsammenhänge für wahr gehalten, fand aber jetzt, daß diese Auffassung es ihm unmöglich machte, seine Gegner, namentlich Malthus zu sich herüberzuziehen. Und so entwickelte er seine eigene Werttheorie, aus der hervorging, daß der Kornpreis mit dem allgemeinen Preisniveau und der Profitrate durchaus nicht in so enger und allgemeiner Verbindung steht. Danach bestimmt sich der Wert aller beliebig reproduzierbaren Güter nach der in ihnen verkörperten unmittelbaren und mittelbaren Arbeit. Und zwar verteilt sich der Wert auf die drei Einkommen folgendermaßen: der Profit bestimmt sich nach demjenigen Kapitalprofit, den das in der Landwirtschaft investierte „Grenzkapital" abwirft; der Lohn nimmt ungefähr das, was die Arbeiter als Subsistenzmittel brauchen; die Rente nimmt den Ertrag aller in der Landwirtschaft günstiger als das Grenzkapital angelegten Kapitale.

Wenn nun die Bevölkerung wächst, wird der Anbau auf immer ungünstigere Böden gedrängt, der Anteil der Grundrente wächst daher unaufhörlich; der Getreidepreis muß steigen, und daher der Geldlohn der Arbeit, deren Hauptunterhaltungsmittel das Getreide darstellt, und so muß der Profit sinken, zuletzt bis auf Null oder nahezu Null. Also: bei steigenden Getreidepreisen sinkende, nicht steigende Profite! Umgekehrt, sinkende Getreidepreise können steigende Profite herbeiführen: wenn durch technische Fortschritte im Ackerbau oder durch Einfuhr von solchem Getreide, das unter günstigeren Umständen erzeugt ist, als das mit dem Grenzkapital hergestellte inländische Getreide, die auf dem ungünstigsten Boden angelegten Kapitale aus dem Ackerbau zurückgezogen werden, dann sinkt der Getreidepreis und der Geldlohn, und steigt der Profit im allgemeinen, da jetzt ein ergiebigeres „Grenzkapital" den Durchschnittsprofit bestimmt, weil die Grundrente nur einen geringeren Teil des Gesamtertrages dieses Grenzkapitals für sich in Anspruch nehmen kann.

In dogmengeschichtlicher Auffassung stellt sich diese Wertlehre dar als Anknüpfung an den einen Teil der Smithschen Wertlehre. Er hatte bekanntlich ausgesprochen, daß in der primitiven Zeit vor Aneignung des Bodens und Akkumulation des Kapitals die einzelnen Güter sich tauschten nach der in ihnen verkörperten Arbeit: also eine reine „Arbeitswerttheorie", daß aber nach der wirtschaftlichen Weltenwende, die jene „ursprüngliche Akkumulation" bedeutete, die Waren sich tauschten nach den in ihnen verkörperten Kosten an Arbeit, Kapitalaufwand samt durchschnittlichem Profit und — durchschnittlicher (!) Grundrente. Eine Art von Übergang von der einen zu der anderen Lehre erlaubt ihm das schon sehr früh aufgedeckte Doppelspiel mit dem Wort „Arbeit"; es wird zuerst gedeutet, als sei es die im Gute verkörperte Arbeit, und dann, als sei es diejenige Arbeit, die man gegen das Gut eintauschen, über die man durch Hergabe des Gutes verfügen könne: „labour embodied" und „labour commanded". Diese Gleichsetzung ist augenscheinlich nur für jene erste Gesellschaftsform zulässig: hier ist in der Tat die in einem Gute verkörperte Arbeit gleich derjenigen fremden Arbeit, die es kauft, über

1) Vgl. meine „Theorie" S. 455 ff.

die es verfügt: aber in der entfalteten Gesellschaft ist die Gleichsetzung offenbar unzulässig.

Hier setzte RICARDO mit seiner logischen Spürkraft ein und schuf seine Wertlehre, die wenigstens versucht, Konsequenz und Geschlossenheit zu erlangen. Daß der Versuch nicht völlig geglückt war, war ihm bald klar; er mußte eine Anzahl, wenn nicht geradezu von Ausnahmen, so doch wenigstens von starken Einschränkungen schon in den folgenden zwei Ausgaben statuieren, sehr zum Mißvergnügen seiner Anhänger, namentlich Mc. CULLOCHS, der in dieser Hinsicht ricardischer war als RICARDO selbst, wie das so Apostelart ist.

Aus der Korrespondenz des Meisters geht hervor, daß der völligen Auflösung des Wertproblems das Nachdenken seiner letzten Jahre gegolten hat: es war ihm nicht mehr vergönnt, es zur Lösung zu führen. Von seinem Ausgangspunkt aus war das wahrscheinlich auch unmöglich. So lange man die Lohnarbeit als eine „beliebig reproduzierbare Ware" betrachtete, wie diese ganze Schule, mußte das Zentralproblem der Wertlehre, der Wert der Arbeit, im dunkeln bleiben [1]).

Es ist leider unmöglich, an dieser Stelle auf alle die dogmenhistorischen und -kritischen Feinheiten näher einzugehen, die H.s Ausführungen über das „Werk" enthalten. Nur einige Worte noch über den dritten Teil, den „Einfluß" des Werkes auf die Zeitgenossen und die Wissenschaft überhaupt. H. unterscheidet hier zwischen RICARDOS Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftstheorie.

Auf die erstere habe er mächtig eingewirkt in den drei Fragen: erstens der Geld- und Bankpolitik, deren heutige Ordnung vielfach auf seinen Gedanken beruhe; zweitens auf die Steuerlehre, die er zum ersten Male bewußt auf die einzige Basis zu stellen versuchte, auf der sie wissenschaftliche Kunstlehre sein kann, nämlich auf eine ausreichende Theorie der volkswirtschaftlichen Verteilung; und schließlich verdanke ihm die Theorie des internationalen Handels entscheidende Anregungen: namentlich gebühre ihm die freilich auch von TORRENS beanspruchte Priorität für die Feststellung, daß der internationale Austausch nicht von den absoluten, sondern den relativen Produktionskosten allein abhängt.

Noch viel wichtiger sei aber, so fährt H. fort, RICARDOS Einfluß auf die Wirtschaftstheorie. Und zwar danke sie ihm nichts weniger als die Methode, durch die er sie aus einem Haufwerk von Wissen erst zur Wissenschaft erhob.

Gerade das wird ja seit langer Zeit vielfach bestritten. Historische Nationalökonomen und Grenznutzentheoretiker haben RICARDO geradezu zum Zerrbilde eines unfruchtbaren „Denkers im luftleeren Raum" zu machen versucht. Aber ich glaube, daß die von H. vertretene Meinung siegen wird. In der Tat wird von dem Inhalt, den RICARDO der Ökonomik gegeben hat nicht allzuviel übrig bleiben; aber daß seine Methode innerhalb ihrer Grenzen die einzig mögliche ist, das wird hoffentlich bald allgemein anerkannt werden [1]).

---

1) Vgl. meine „Theorie", S. 52 („Methodologische Grundlegung").

H.s scharfsinniges und warmherziges Schriftchen sei allen Fachgenossen sehr empfohlen.

Berlin. FRANZ OPPENHEIMER.

Dr. EUGENIE FABIAN-SAGAL, ALBERT SCHAEFFLE und seine theoretisch-nationalökonomischen Lehren. Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht 1910. 8°. 170 S.

Es ist vielleicht symptomatisch, daß eine bewußte Reaktion gegen die in Deutschland immer noch herrschende historische Richtung der Nationalökonomie nun auch schon in Schülerarbeiten sich mit aller Schärfe geltend macht. Denn eine Schülerarbeit ist das vorliegende Buch, das verraten die zahlreichen Ungeschicklichkeiten in der Anordnung des Stoffes, das verrät die oft zwecklose Häufung von Zitaten aus den verschiedensten Schriften, die das mangelnde eigene Urteil der Verf. ersetzen müssen. Besser gelungen als die theoretische Auseinandersetzung mit den — übrigens keineswegs originellen — Grundgedanken der SCHAEFFLEschen Nationalökonomie ist die vorwiegend referierend gehaltene Darstellung der Kritik, die SCHAEFFLE an der modernen kapitalistischen Wirtschaftsordnung einerseits, an den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus andererseits übte. Sie bietet durch geschickte Aneinanderreihung von Bruchstücken aus SCHAEFFLES Werken einen guten Überblick, der freilich nichts Neues bringt. Die schöne Aufgabe, die sich die Verf. in den einleitenden Worten stellt, die eigenartige Persönlichkeit SCHAEEFLES „im Glanze ihrer Eigentümlichkeit zu schildern“, ohne das historische Milieu zu vernachlässigen, hat sie nicht gelöst; schon deshalb nicht, weil sie ihr Thema viel zu eng faßte: auf dem Gebiete der nationalökonomischen Theorie ist SCHAEFFLES eigentliche Bedeutung nicht zu suchen.

Wien. KARL PRIBRAM.

Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik. Neue Folge. Herausgegeben von KARL GRÜNBERG. I. Heft. Neues Christentum von HENRI DE SAINT-SIMON. Aus dem Französischen übersetzt und mit einer einleitenden Abhandlung über „Die Ursprünge der christlich-sozialen Ideen“ versehen von Dr. FRIEDRICH MUCKLE. Leipzig, Hirschfeld 1911, 8°. 85 S. (gebd. 1,80 M.).

Eine treffliche Übersetzung des Nouveau Christianisme wird in dem ersten Hefte dieser Sammlung geboten, deren Fortführung GRÜNBERG nach dem Tode des früheren Herausgebers GEORG ADLER übernommen hat. Der Plan der Sammlung ist unverändert geblieben; wie bisher bleibt sie auf die Neuausgabe kleiner Meisterwerke sozialpolitischen Inhalts beschränkt, die einem weiteren deutschen Leserkreise zugänglich gemacht und durch kurze orientierende Abhandlungen eingeleitet werden sollen. Es wäre ungerecht wollte man an diese Einleitungen den gleichen Maßstab anlegen wie an gründliche wissenschaftliche Monographien. Denn sie müssen vor allem leicht verständlich geschrieben sein und daher alles streng wissenschaftliche Beiwerk nach Möglichkeit vermeiden. Allein die Abhandlung M.s bleibt doch ein

wenig hinter den Erwartungen zurück, die sowohl ihr vielversprechender Titel als auch der Name des als Literarhistoriker des Sozialismus rühmlich bekannten Verf. erregen darf. Daß das Christentum in seiner mittelalterlichen Form die Verwerflichkeit des Besitzes predigte und die große gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit verkannte, ist unbestreitbar, aber mit dem Hinweise auf diese Tatsache wird sein sozialer Charakter nicht erschöpft. Ohne den geistigen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Vertretern der christlichen Sozialreform herzustellen, eilt M. in Riesensprüngen über LUTHER hinweg, nach einem flüchtigen Seitenblick auf BOSSUET, die französische Revolution und FICHTE zu SAINT-SIMON, dessen verschwommene Lehren er skizziert, in der deutlich ausgesprochenen Absicht, ihn als den richtunggebenden Denker hinzustellen, der seinen Zeitgenossen und Nachfolgern die Wege zur Schaffung eines sozialen Christentums zeigte. Indes auch diesem Nachweise fehlt die volle überzeugende Kraft. Der Leser kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß das durchaus rühmenswerte Streben nach einer formenschönen Sprache häufig die Schärfe und Klarheit der Darstellung beeinträchtigt.

Wien. KARL PRIBRAM.

LUDWIG KULCZYCKI, Geschichte der russischen Revolution, I. Bd. Von den Dekabristen bis zu dem Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen. (1825—1870). II. Bd. Vom Versuch, die Agitation ins Volk zu tragen bis zum Verfall der Organisation „Volksfreiheit“ (1870—1886). Aus dem Polnischen von A. SCHAPIRE-NEURATH., Gotha, F. A. PERTHES 1910/1911. 8°. XX — 520 S. und IV — 535 S. (je 8 M.).

Das angezeigte Werk bringt erstmals eine ausführliche, zusammenhängende und mit wissenschaftlicher Methode geschriebene Geschichte der russischen Revolution, die auf umfangreichstem Quellenmaterial aufgebaut ist und eingehend die ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Strömungen Rußlands berücksichtigt.

Es setzt ein mit den ersten von westeuropäischen Gedanken ausgehenden oppositionellen Regungen unter KATHARINA II. Vom Freimaurertum beeinflußt, suchten Männer wie SCHWARZ und NOWIKOW das Kulturniveau der höheren Kreise Rußlands zu heben und eine Intelligenz heranzuzüchten. Den Mut, mit dem gerade NOWIKOW an der Regierungstätigkeit der Kaiserin verblümte Kritik übte, mußte er allerdings in Schlüsselburg büßen. Nicht besser erging es RADISCHTSCHEW, der — ein Anhänger MABLYS — ein anonymes Buch gegen die Leibeigenschaft und korrupte Polizeibeamtenwirtschaft schrieb und dafür von der Philosophin auf dem Thron nach Sibirien verbannt wurde.

Eine wirkliche Revolutionsbewegung setzte erst unter ALEXANDER I. ein. Freilich ergriff auch sie noch nicht die Massen, sondern nur einzelne Geheimbünde. Wieder kam der Einfluß aus dem Westen: Träger des revolutionären Gedankens waren Offiziere, die während der napoleonischen Kriege europäische Verhältnisse kennen und sie mit den heimischen zu vergleichen gelernt hatten. — Die Dekabristenbewegung gipfelte in einem unglücklichen

Aufstand, in dem die Soldaten für unbekannte Dinge und unter falschen Vorspiegelungen in den Tod geführt werden sollten. Im Gouvernement Kijew freilich predigte Apostol-Murawiew seinen Soldaten: die Zaren machten das Land unglücklich. In der Hauptstadt dagegen erklärten die Offiziere, die eine Konstitution erringen wollten, ihren Leuten nur: Kaiser Nikolaus usurpiere die Rechte seines Bruders Konstantin. Zwei Gedanken tauchten jedoch bereits unter den Dekabristen auf, die für die gesamte russische Revolutionsgeschichte des 19. Jahrhunderts bedeutsam bleiben sollten. In taktischer Hinsicht, der Plan des Zarenmordes, wobei die Dekabristen darüber hinaus an eine Ausrottung der gesamten kaiserlichen Familie dachten; in sozialwirtschaftlicher, das Agrarminimum, das Pestelj, der Theoretiker des Dekabrismus, jedem russischen Staatsbürger — bei Unbeschränktheit des mobilen Vermögens — zuweisen wollte. Beide Gedanken waren charakteristisch für ein Agrarland ohne eigentlichen Bürgerstand, wo einzelne versprengte intellektuelle Elemente — Offiziere, später Schriftsteller und Studenten — sich als Träger des revolutionären Denkens fühlten und jede wirtschaftliche Opposition naturgemäß von den bäuerlichen Verhältnissen ausgehen mußte. Ebenso bezeichnend für ein Agrarland war die Verschwörungstaktik, deren sich die russischen Revolutionäre bis in die allerjüngste Zeit befleißigten.

Dem mißlungenen Dekabristenaufstand folgten einige Jahrzehnte, in denen sich die russische Intelligenz auf rein ideologische Opposition beschränkte und auf jede Massenaktion oder auch nur Agitation verzichtete. Aber auch hierbei fehlte es nicht an Opfern. Herzen muß ins Ausland gehen; andere, deren Verbrechen im Studium der Schriften Fouriers bestehen, kommen nach Sibirien. — Mit den liberalen Reformen und der Leibeigenschaftsaufhebung zu Anfang der 60er Jahre beginnt auch eine neue revolutionäre Ära. Wieder stehen Agrarprogramme im Vordergrund. Gleichzeitig aber versucht Tschernitschewski ein Bündnis zwischen friedlichen Liberalen und Revolutionären herbeizuführen, um mit vereinten Kräften politische Konzessionen, d. h. eine Konstitution, zu erringen. Dieser Zusammenschluß kommt jedoch nicht zustande und die Verhaftung Tschernitschewskis und seines Freundes Serno-Solowjewitsch schneidet auch jene revolutionäre Strömung ab, deren Ziel die Verwirklichung realpolitischer Gegenwartsforderungen ist und um derentwillen die Führer bereit waren, prinzipielle soziale Forderungen in den Hintergrund zu drängen. — Die nächste Etappe ist gekennzeichnet durch eine Gruppe, die ein rein wirtschaftliches Programm aufstellt, von nur politischen Reformen nichts erwartet und schließlich das Ideal anarchistischer Agrargemeinden formuliert, wie sie denn auch eine Umwälzung der Verhältnisse nur von der Bauernschaft erhofft. — Zwischen diesen beiden Extremen sollten fortan die russischen Revolutionäre jahrzehntelang schwanken. Bald erstrebte man zunächst nur eine Konstitution, als Voraussetzung freier politischer und sozialer Entfaltung und hoffte, dieses vorläufige Ziel durch reine Verschwörungstaktik zu erreichen; bald wieder verwarf man diesen Weg, um rein wirtschaftliche Forderungen voranzustellen, die durch eine Massenaktion durchgesetzt werden sollten.

Die 70er Jahre stehen zunächst unter dem Einfluß Lawrows und Bakunins. Hatte der letztere in europäischen Revolutionskreisen schon vorher eine Rolle gespielt, so begann seine Bedeutung für die russische Revolution erst nach 1870. Von Lawrow ging die Gruppe der Tschajkowski-Freunde aus, die sich in erster Reihe Selbstbildung des Individuums und Kulturverbreitung zum Ziel setzten. Die Haupttätigkeit ihrer Anhänger — fast ausschließlich Studenten — bestand in Vorträgen, die sie in geheimen Arbeitervereinen hielten. Es war eine vorwiegend evolutionistisch-friedliche Gruppe, die sich unter anderen politischen Verhältnissen wahrscheinlich mit reiner Bildungsarbeit begnügt hätte. Neben ihr entstanden jedoch bald Gruppen, die unmittelbar revolutionäre Agitation unter der Landbevölkerung treiben wollten und Bakunin als ihren geistigen Führer anerkannten. Anhänger dieser neuen Richtung waren es, die die Parole ausgaben, man müsse die Lebensweise der Bauern annehmen, um eine erfolgreiche Massenpropaganda zu ermöglichen; das Ziel aber sei der revolutionäre Massenaufstand der ländlichen Bevölkerung. Beiden Gruppen fehlte ein systematisches soziales und politisches Programm, wie es die Dekabristen und teilweise die Gruppe um Tschernitschewski gehabt hatten. Während die Lawrow-Anhänger der allgemeinen Entwicklung vertrauten und den Revolutionären in erster Reihe ethische Selbstzucht predigten, um den großen Ereignissen gewachsen zu sein, hatten die Bakunisten ein blindes Vertrauen zur Allwissenheit des Volkes, das nach glücklich durchgeführter Revolution sich selbst die Gesetze geben würde.

Der Propaganda auf dem flachen Lande machten große Verhaftungen schon nach wenigen Monaten ein jähes Ende. Der Gedanke der revolutionären Massenerhebung scheiterte so an den realen Verhältnissen. An seine Stelle trat der politische Terrorismus. Eine Attentatspolitik kleiner Geheimgruppen begann; mit dieser stark durch die Verhältnisse auferzwungenen Wandlung setzte auch der Einfluß eines dritten Mannes ein, der den losen anarchistischen Gruppen der Bakunisten eine strenge Zentralisation der Verschwörerarbeit gegenüberstellte und den politischen Terrorismus predigte; es war Peter Tkatschew. Bakunin selbst war nicht gegen eine stramme Organisation, wohl aber gegen den politischen Terrorismus, diese Waffe kleiner Geheimbünde. Lawrow hatte seinen unmittelbaren Einfluß auf die russischen Revolutionäre zu jener Zeit — Mitte der 70er Jahre — bereits verloren. Die Gruppe „Land und Freiheit“ die in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts an Stelle der einzelnen losen anarchistischen Vereinigungen trat, setzte zunächst noch die Bakuninsche Tradition fort. Noch immer suchte sie ihren Schwerpunkt in der bäuerlichen Propaganda, obgleich sie durch die Tatsachen selbst mehr zu der leichter durchführbaren und der Regierung weniger auffälligen Agitation in städtischen Arbeiterkreisen gezwungen wurde. Noch immer zog das Ideal der Agrargemeinde, die Obschtschina, die Mitglieder an. Schon aber entstand im Schoße der Organisation selbst eine neue Strömung, die die alte Gruppe bald sprengen sollte: der politische Terrorismus.

Bereits „Land und Freiheit“ erkannte terroristische Attentate als wich-

tiges Kampfmittel an, die Parteileitung erklärte sich sogar mit dem Zarenmord einverstanden, 1879 erfolgte das mißglückte Revolverattentat SOLOWJEWS auf Alexander II. Die Gegensätze zwischen den volkstümelnden Bauernfreunden, die noch immer an eine Massenpropaganda und Erhebung glaubten, und den Terroristen, die eine propagandistische Tätigkeit im Volke unter den gegebenen Umständen für unmöglich hielten und daher zunächst die Regierung durch Attentate zu Konzessionen zwingen wollten, wurden jedoch innerhalb der Organisation so groß, daß es zum Bruch kam. Die führende, gleichzeitig streng terroristische und zentralisierte Partei wurde die Partei „Volksfreiheit", deren Tätigkeit in der Ermordung Alexanders II. am 1. März 1881 gipfelte. Das Attentat hatte eine noch stärkere Reaktion der Regierung zur Folge und erschöpfte gleichzeitig die Partei, deren wichtigste Führer SHELABOW und SOPHIE PEROWSKA nebst verschiedenen anderen hingerichtet wurden. In der Partei regten sich wieder alte volkstümelnde Tendenzen, der Terrorismus verlor seine Anziehungskraft, Verrat lichtete die Reihen der Revolutionäre.

Der II. Band des K.schen Werkes schließt mit dem Triumph der Regierung über die Partei „Volksfreiheit" Mitte der 80er Jahre.

Von einer revolutionären Beteiligung der Volksmassen ist in diesem Zeitraum noch keine Spur. Zwar entsteht in den 70er Jahren bereits eine „südliche" und eine „nördliche Arbeitervereinigung"; aber auch diese Arbeitervereine stehen unter der Leitung von Mitgliedern der Intelligenz und haben keinerlei Wirkung auf die breiten Massen der Arbeiterschaft. Nach der Ermordung Alexanders II. stellen sich Gruppen von Petersburger Arbeitern der Parteileitung zur Verfügung, aber die Partei ist ratlos und die Arbeiterorganisation selbst zu schwach, um eingreifen zu können. Die Bevölkerung im allgemeinen aber bleibt nach dem Attentat gleichgültig. Zu revolutionären Massenbewegungen sollte es in Rußland erst mehrere Jahrzehnte später kommen. Dieser neuen Phase in der Geschichte der russischen Revolution werden wir im III. Bande begegnen, der in Vorbereitung ist und bis in die ersten Jahre des XX. Jahrhdts. reichen wird.

Wien. ANNA SCHAPIRE-NEURATH.

WILHELM HERZBERG, Das Hambacher Fest. Geschichte der revolutionären Bestrebungen in Rheinbayern um das Jahr 1832. Mit 12 Abbildungen. Ludwigshafen a. Rh. Gerisch & Co. 1908. 8°. 263 S. (1,50 M.)

Die allgemeinen historischen Anschauungen, auf denen die Arbeit H.s beruht, lassen sich in Schlagworten wie etwa den folgenden zusammenfassen: „Sogenannte Freiheitskriege, Aussaugung des Landes durch Adel, Pfaffen und Fürsten, dicke dumpfe Atmosphäre Deutschlands von 1830, die Gaben des Füllhorns der französischen Umwälzung" (!) u. dgl. m. Parteiphraseologie macht das Buch nicht wertvoll; Wert hat aber eine Anzahl geschichtlicher Zusammenhänge, die es aufzeigt.

Wichtig ist da vor allem der kulturelle Gegensatz zwischen dem Pfälzertum und dem Altbayerntum. So wie altpreußische Art am Rhein immer

fremdartig, abstoßend, starr und zurückgeblieben erschien und erscheint, so trat nun dem derberen plumperen Wesen der Bayern die pfälzische Beweglichkeit entgegen. Anlage und historisches Geschick hatten hier in dem heiteren weinfrohen Land einen besonderen deutschen Typ geschaffen, dem für einige Jahrzehnte eine geschichtliche Rolle zufiel: den Typ des landstädtischen Kleinbürgers. Der pfälzische Kleinbürger, der in Landau so gut wie in Kaiserslautern gedieh, hatte viel gemeinsam mit den bürgerlichen Söhnen der rhein.-mainischen Städte — den Kölnern, den Frankfurtern; im ganzen war er noch derber, materieller und naiver als diese. Hervorstechend war die humoristische Natürlichkeit, die selbstbewußte Räsonnierlust, der es an plumpen Worten nicht fehlte, und die gutartige Unverdrossenheit, die sich gehen ließ und auch gehen gelassen sein wollte.

Der bourgeoise Zug bezeichnet die soziale Struktur des pfälzischen Landes, er bestimmt nun auch seinen politischen Charakter. Die Ideen der modernen Demokratie fanden hier wohlvorbereitete Verhältnisse; die französische Herrschaft ließ sie üppig gedeihen und fest einwurzeln. Es ist klar, welche Schwierigkeiten sich nun aus der Vereinigung mit Bayern ergeben mußten. H. macht es sich sehr leicht, wenn er nur den bösen bayerischen „Feudalismus“ für alles Mißgeschick verantwortlich macht. Die Gegensätze waren komplizierter: Volksnatur stand gegen Volksnatur, Freigeisterei gegen Strenggläubigkeit, republikanische Ideale gegen bureaukratische Pedanterie; das Unglück der Pfalz war vor allem, als ein abhängiges Glied mitten in einen Kreis feindlicher Nachbarn gestellt zu sein, die ihre Wirtschaftspolitik den eigenen Interessen anpassen konnten, während die pfälzischen Verhältnisse nach Münchener Gesichtspunkten dirigiert wurden und den Umständen gemäß dirigiert werden mußten. So kam es, daß die wirtschaftliche Zwangs- und Notlage in derselben Richtung wirkte, wie die politische Tradition: die pfälzische Opposition bekam ihren radikalen, weltbürgerlichen, republikanischen Zug.

Welche Organe bildete diese Opposition aus? Siebenpfeiffer wurde ihr vornehmster Führer — eine fanatische tyrannische Natur, ganz aufgehend in den von der französischen Revolution überkommenen Formeln. Schon auf dem Titelblatt seiner vergleichenden Zeitschrift „Rheinbayern“ findet sich als Musterland des Konstitutionalismus Frankreich. Siebenpfeiffers Ziel war eine „Revolution auf gesetzlichem Wege“. Für die Pfalz forderte er eine gesonderte Regierung unter einem königlichen Prinzen. Wie schwach mußte sich eine Regierung fühlen, die dergleichen Meinungsäußerungen unterdrücken zu sollen glaubte! Neben Siebenpfeiffer trat als Oppositionsmann Ende 1831 Wirth mit seiner „Tribüne“. Er war der rechte Typus des deutschen Liberalen von 1830: harmlos-freundlich, unscheinbar im Äußeren und geneigt, die Brüderschaft mit jedermann treuherzig zu betonen, kreuzbrav, aber gänzlich humorlos, befangen in einer beschränkten Anzahl hochfliegender leidenschaftlich gestimmter Gedankengänge. Diese Gedankengänge beherrschten ihn so völlig, daß sie ihm zu jeder Zeit immer in neuen Variationen zu Gebote standen, und das machte ihn zum pathetischen Redner, der ein bestimmtes Publikum leicht berauschte.

Wer sich mit diesen Zeiten beschäftigt, wird immer in dieselbe zweifelnde Lage geraten: soll man mitleidig lächeln über die rührend überschwenglichen Versuche der Liberalen oder soll man zürnen über das kleinliche rohe Ungeschick der Regierungen.

Das traurige Schauspiel wiederholt sich damals immer wieder: ein harmlos-fröhlicher idealistischer Beginn und ein unwürdiges, oft blutiges Ende.

Die Gründung des Preßvereins verwickelte die pfälzischen Zustände, denn hier schien sich eine staatsgefährliche Organisation vorzubereiten. Gedacht war er von Wirth, seinem Gründer, als ein rein geistiger Gesamtverein ohne Organisation, Behörden, Statuten, Beratschlagungen. Seine Wirksamkeit sollte sich durch die Presse und durch öffentliche gesellige Unterhaltungen und Besprechungen vollziehen. Als Gesamtorgan wurde ein periodisches Blatt gefordert, das die Fortschritte, die Wünsche, die Ansichten und Erfolge der Einzelvereine mitteilte. So sollte zunächst eine Wiedervereinigung Deutschlands im Geiste hergestellt und so allmählich allen Bürgern die Überzeugung von der notwendigen Organisation eines deutschen Reiches in demokratischem Sinne beigebracht werden. Die besten Söhne Deutschlands wurden aufgefordert, zu diesem Ziele an den Journalen mitzuarbeiten; und das deutsche Volk sollte mittels seiner Beiträge für die Subsistenz dieser seiner Verteidiger und ihrer Familien im Falle der Erwerbsunfähigkeit sorgen. Reiche und Arme sollten sich zu dem Bunde der Vaterlandsliebe vereinigen.

Die bayerische Regierung sah in diesem Preßverein einen direkten Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der Krone und verbot ihn. Ebenso wurden die liberalen Organe unterdrückt und die Führer der Bewegung in aufsehenerregende Prozesse verwickelt. Flugblätter, die man verteilte, wurden beschlagnahmt. Die Stimmung erhitzte sich immer mehr, das Mißtrauen gegen die Polizei wuchs so sehr an, daß die Bevölkerung sogar die Maßregeln zum Schutz gegen die Choleragefahr als Chikane auffaßte. Man forderte die Regierungsorgane, dem Kretscher- und Krischergeiste des Pfälzertums gehorchend, durch Demonstrationen heraus: man tanzte um Freiheitsbäume, man hetzte gegen die Soldaten. Eine Demonstration großen Stiles war denn auch das Hambacher Fest: es war ausdrücklrch geplant als ein Fest der Hoffnung, als eine Maifeier des freien Daseins und der Menschenwürde.

H. schildert den ja im allgemeinen bekannten Verlauf bis aufs einzelste: zuerst das Verbot, dann die Zurücknahme, das Zusammenströmen der frohen geputzten Menge, die schönen Reden, die schwungvollen Lieder, das gute Essen und Trinken.

Das historisch Wichtigste des Festes waren die Versuche einer Organisation mittels des Preßvereins und hierbei kamen unter dem Schwall der Deklamationen die positiven Ziele der Reform heraus. Wirth wollte im Gegensatz zur Mehrheit des Zentralkomitees ein festes Programm durchsetzen, dessen einzelne Bestimmungen phantastisch genug klingen: — „die deutsche Reichsregierung besteht aus einem Präsidenten, der auf zwei Jahre von den Kommunen gewählt wird, und einem Ministerrat“ — oder: „jede Provinz kann sich für einen selbständigen Bundesstaat erklären mit konstitutioneller oder

republikanischer Verfassung; Urversammlungen stimmen darüber ab". — SIEBENPFEIFFER ging noch weiter: er schlug am Tage nach dem ersten Festtag in einer Versammlung von 600—800 Menschen die Einsetzung einer provisorischen Regierung vor. Man gelangte vor Widerspruch und Meinungszwiespalt zu keinem Resultat. Ein letzter Versuch, zu einem praktischen Ergebnis in einer Versammlung von 15—20 Koryphäen zu kommen, scheiterte gleichfalls. Die Mehrheit erklärte sich für „inkompetent" und man ging mit dem Wahlspruch auseinander: jeder soll auf eigene Faust handeln.

Der Preßverein mauserte sich nach dem Fest zu einem Reformverein um, dessen Zeitung nach Frankfurt verlegt wurde. Seine Tätigkeit endigte hier mit dem bekannten Wachensturm. Im Ausland entwickelten sich die vom Preßverein ausgehenden Organisationen weiter. Aus dem Pariser Zweigverein entsprang der Bund der Kommunisten. Die Aufeinanderfolge ist also ganz klar: rein praktisch-friedliche und den liberalen Lehrsätzen entsprechend formulierte Forderungen an die bayerische Regierung; dann phantastische Neugestaltungsobjekte auf ganz Deutschland gerichtet, eventuell gewaltsam durchzusetzen; schließlich ein Aufgehen in den größeren Idealen der Internationalen Arbeiterbewegung.

Die Nachgeschichte des Hambacher Festes ist kurz: die bayrische Regierung schickte den Fürsten WREDE als Diktator in die Pfalz. Es kam zu Prozessen, Strafeinquartierungen, Beamtenmaßregelungen, Konsfiskationen, blutigen Zusammenstößen zwischen Bürgern und Soldaten — Dinge, bei denen H. mit unverhältnismäßiger tendenziöser Ausführlichkeit verweilt.

Der wertvollste Abschnitt seiner Schrift ist der zweitletzte, der einen Versuch darstellt, die leitenden Gedanken der Reform des Liberalismus von 1830 systematisch darzustellen. Er findet darin „historischen Idealismus". Damit meint er den Glauben des Liberalen an gewisse Vernunftgesetze, deren Verwirklichung das Ziel des historischen Geschehens sei. „Gerechtigkeit und Freiheit" sind nach WIRTH die Prinzipien des neu herbeizuführenden schlechthin vernünftigen Gesellschaftszustandes. — Er stellt sechs ewige Gesetze des Bildungsganges der Menschheit auf, die bisher immer verletzt worden sind. Das erste Gesetz verlangt eine innere Organisation der menschlichen Gesellschaft; das zweite verlangt, daß diese Organisation positiver Natur sei — und zwar dem Individuum bürgerliche Existenz, Erziehung, politische Rechte, Lebensunterhalt durch mäßige Arbeit. Schutz, Rechtsnormen, Mittel zur kulturellen Fortentwicklung garantiere; das dritte Gesetz verlangt Unterordnung des äußeren Aufbaus des Staates unter den inneren Aufbau, der die unumschränkteste Volksfreiheit schlechthin begünstigen soll. Das vierte Gesetz verlangt eine Ordnung der Verhältnisse der Völker untereinander in der Art der Bezeichnung des einzelnen — also Aufhebung des Faustrechtes oder Kriegszustandes und Einführung eines positiven Völkerrechts, gehandhabt durch ein Völkergericht, und unbeschränkten materiellen und geistigen Verkehr. Das fünfte Gesetz verlangt Unverletzlichkeit der organisch in sich beruhenden selbständigen Nationalitäten. Das sechste Gesetz spricht aus, daß die zu erstrebenden Zustände göttlicher Natur seien, also — von berechtigter Notwehr abgesehen — nur auf dem Wege des Friedens geschaffen werden.

WIRTHS sechs Gesetze, deren Grundgedanken ja deutlich auf die deutsche idealistische Philosophie zurückgehen, werden von HERZBERG sehr unhistorisch gemessen an den Forderungen des ausgewachsenen Sozialismus. So findet er denn den Hauptmangel in der Nichtberücksichtigung der wirtschaftlichen Momente. Eine behutsamere und feinere Analyse könnte in diesem seltsamen Produkt liberale Doktrinen, romantische Anwandlungen und Postulate eines ethisch bestimmten Sozialismus nebeneinander finden.

Es wäre ungerecht, WIRTH Blindheit für ökonomische Entwickelungen vorzuwerfen. Er hatte eine klare Anschauung von den englischen Zuständen, wenn er hier die Bildung einer neuen privilegierten Klasse, der Geldaristokratie nachweist, die er noch weit gefährlicher als die Staatsaristokratie nennt. Um in Deutschland ähnliche Zustände unmöglich zu machen, schlägt er Kreditassoziationen vor; die Kapitalien nennt er nötige Handwerksgeräte; und wie man sie leihen könne, so müsse man auch den persönlichen Kredit mieten können. — WIRTH war wohl der erste Deutsche, der diesen Gedanken französischer Sozialisten übernahm und ausführte. So könnte man ihn, den „politischen Luther", einen kleinbürgerlichen LASSALLE nennen.

Wichtig, besonders TREITSCHKE gegenüber, ist die Feststellung, daß sowohl WIRTH wie SIEBENPFEIFFER nicht mit radikalen Utopien und revolutionären Kampfrufen begannen. Sie waren in der Tat zu Anfang zahm und gemäßigt genug. Erst allmählich gerieten sie, halb von der Regierung gestoßen, halb von den französischen Idealen angezogen, ins Phantastische hinein. Wenn sie im Anfang Reform nur auf friedlichem Wege gepredigt hatten, entwarfen sie später seltsame Kriegspläne: die französischen Revolutionäre sollten aus Selbsterhaltungstrieb und republikanischer Bruderliebe zuerst Süddeutschland von den Fürsten befreien und dann gegen Preußen ziehen. —

Eine Rechenschaft über seine Quellen und Vorgänger zu geben, hat W. leider unterlassen.

Freiburg i. Br. VEIT VALENTIN.

HERMANN WENDEL, Frankfurt am Main, Von der großen Revolution bis zur Revolution von oben (1789—1866). Frankfurt a. M., Buchhandlung Volksstimme 191 S. 8°. 1910 (3,50 M.).

Von den verschiedensten Seiten ist in den letzten Jahren die Geschichte der freien Stadt Frankfurt behandelt worden. Auch der Nicht-Frankfurter kann begreifen, warum: Frankfurt war im 19. Jahrh. der Schauplatz großer allgemeingeschichtlicher Bewegungen und Begebenheiten; durch Rück- und Wechselwirkung entfaltete sich auf dieser pittoresken Bühne dann ein individuelles Leben, das in seiner Art kraftvoll, reich an Stimmung und für deutsche Art bezeichnend war.

W. hat in der vorliegenden Schrift vom sozialdemokratischen Standpunkt aus die Geschichte Frankfurts skizziert. Sein Einsatzpunkt „1789" zeigt schon, daß seine Maßstäbe nicht aus den persönlichen Daseinsbedingungen der Stadt genommen sind. Er kommt von außen her mit festen Formeln und Begriffen, er ordnet und wertet danach die Frankfurtischen Zustände und Ereignisse.

Die Geschichte Frankfurts in der von ihm gesetzten Zeitspanne ist ihm die Geschichte der Unterjochung des Handelskapitals durch das Industriekapital. Das ist einseitig; aber freilich war diese eine Seite die materielle, die wichtigste, die ausschlaggebende in Frankfurt. Glücklicherweise gehorcht W. nicht durchweg seiner kühn als Anfangsthese ausgesprochenen Formel. Hätte er nur von Handelsbeziehungen, Handwerkerzuständen und Industrieentwicklung gesprochen, so wäre sein Buch lange nicht so kurzweilig geworden, wie es ist.

Praktisch kennt er viel mehr als Verschiebungen rein materieller Werte. Er weiß auch von geistigen Strömungen und von Menschen zu berichten. Das geschieht in einem ungemein frischen lebensvollen Ton; er kann durch kraftvolle Worte packen, durch farbige Bilder verblüffen, durch schneidige Kämpferhiebe amüsieren. Wer sollte sich nicht freuen über „des heiligen römischen Reiches Rumpelkammer", über das „hervorgehüstelte verlegene Hoch", über den „stolzen Sonnenflug des jungen proletarischen Aares", der für W. kein „gieriger schwarzer Raubvogel" ist, wie die arme preußische Adlerspezies.

Wie jeder extreme Standpunkt, so macht W.s Betrachtungsweise den Gegenstand einheitlich rund, durchsichtig; alles stimmt schön zusammen — was nicht paßt, wird souverän verdammt. Wenn diese Verdammung moralischer Entrüstung entspringt, so kann das jede Art Leser noch anerkennen. Die Frankfurter Regierungsherren sind wirklich „kurzsichtige Pfeffersäcke" gewesen, wenigstens ein großer Teil; aber man muß protestieren, wenn sich der ehrliche Grimm zur absoluten Verständnislosigkeit steigert. Jeder weiß, daß Arthur Schopenhauer, der reiche Kaufmannssohn, ein weitgereister distinguierter Herr war, der seine Times las und die kleine deutsche Philisterhaftigkeit redlich verachtete. W. macht ihn zum Philosophen eines katzenjämmerlich gestimmten versinkenden Kleinbürgertums; er, der Artist, soll aus der Seele des Handwerks über die Misere der Zeiten gezetert haben! Und wie kommt bei W. die Romantik weg? „Kleinlicher Muckersinn breitete seine Schatten immer mehr aus, die religiöse Malerei stand mit ihren süßlichsten Auswüchsen in Achtung und Ansehen . . ." Cornelius, Philipp Veit, Steinle — „süßlich"! Die Meister der starren keuschen Linie! Ich empfehle W. den Besuch einer Jesuitenkirche.

Der Mann der souveränen Formel mißversteht nicht nur große geistige Bewegungen, es passieren ihm auch kleine banale Irrtümer, die in einem mit viel Kenntnis und Eifer geschriebenen Buche doppelt häßlich wirken. W. nennt den Reichskriegsminister von Peucker einen „rechten preußischen Gamaschenknopf". Er war das Gegenteil, ein nachdenklicher gelehrter Offizier ohne viel Initiative.

In seinem Vorwort führt W. in einem wahrhaft schönen Bilde aus, daß er und seinesgleichen, die im Parteikampfe der Gegenwart stehen und doch der großen Sache der Wissenschaft dienen, den Streitern des Alten Testaments gleichen, die beim Bau ihrer Stadtmauern mit der einen Hand die Kelle, mit der andern das Schwert führen mußten. Daß W. mit seinem Buche der großen Sache der Wissenschaft dient, wird, trotz mancherlei Ausstellungen

und bei prinzipiell abweichender Auffassung doch gerade der anerkennen, der sich selbst mit diesen Dingen eingehender befaßt hat. Man ist erstaunt, wie viel neue Einzelzüge W. seiner Darstellung hat geben können; er hat sich keineswegs begnügt, einen Auszug aus der bisherigen Literatur zu geben. Er ist zurück auf die Quellen gegangen mit selbständigem Finderblick und häufigen Finderglück. Besonders dankenswert scheint mir die ungeschminkte Ehrlichkeit der letzten Abschnitte. Sehr geschickt hat er noch hinter das von der Katastrophe Frankfurts 1866 handelnde Kapitel den wirksamen Schluß: „Die Geburt der Arbeiterbewegung“ gestellt.

Die Frankfurter Bourgeoisie war immer stolz darauf, kein Proletariat im Stadtstaat zu kennen. Den wirtschaftlich schwachen Elementen wurde vom kaufmännischen Reichtum bereitwillig und ohne Knauserei geholfen. Trotz allem hat sich nun ein Proletariat gebildet, und diese Bildung geht genau parallel mit der Abnahme der ökonomischen Autonomie der Stadt. Gerade weil in Frankfurt die Umstände so ungünstig waren und keine starke Industrieentwicklung den Prozeß beschleunigte, ist die Proletarisierung der unteren Volksschichten so lehrreich.

In den Turnvereinen und den Arbeiterbildungsvereinen organisierten sich die Mutigeren, Unternehmenderen zuerst. In die freiheitstrunkenen Reden eines allgemeinen Radikalismus drang schon 1848 vernehmlich der scharfe Klang des sozialen Hasses. Bekanntlich ist es ja dann der Frankfurter Patriziersohn J. B. von Schweitzer gewesen, der der proletarischen Bewegung in Frankfurt den entscheidenden Ruck gab. Eingehenderes wird man jetzt aus Gustav Mayers trefflicher Schweitzerbiographie erfahren; immerhin bleibt es wertvoll, bei W. zu sehen, wie sich in den Augen des Parteigenossen diese denkwürdigen Anfänge abgespielt haben. Eine Anzahl Mitspieler treten mit charakteristischen Gesten auf: der Sachsenhäuser Schreinergeselle W. Heymann, der in Hamburg im Arbeiterbildungsverein mit kommunistischen Lehren bekannt geworden war und sich nun in seiner Vaterstadt mit warmem Eifer den Klassenbestrebungen der Arbeiter widmete, während er selbst, ein kluger Bauunternehmer, zum vermögenden Manne wurde; dann der „Borjer“ Gayl, ein wackerer Schuhmachermeister, der im Jakobinerstil seine „Bürger und Bürgerinnen“ ansprach; Reinhold Baist, der Rödelheimer Buchdrucker, der während der Revolutionszeit die wildesten und rötesten Flugblätter und Karikaturen herausgegeben hatte und nun auch weiterhin mit der äußersten Linken gute Geschäfte machte. In Bornheim gab es sogar eine kommunistische Gesellschaft „Philadelphia“, die zwei Äcker angekauft und so einen stolzen Anlauf zur Überwindung des Privateigentums gemacht hatte.

Das war ein altmodisches Überbleibsel in dem Jahrzehnt Lassalles. Wie sein Auftreten und sein Bündnis mit Schweitzer nun die Stadt der alten Kaiser und des Bundestages auch zum klassischen Ort der Entwicklungsgeschichte des neuen Standes machte, das kommt bei W. sehr eindrucksvoll zur Geltung. Urkräftig und frisch riß die proletarische Demokratie der bürgerlichen eine Waffe nach der anderen aus der Hand.

Freiburg i. Br. Veit Valentin.

J. L. Puech, Le Proudhonisme dans l'Association internationale des travailleurs Préface de Ch. Andler. Paris, Alcan 1907. 8°. XIX — 285 S. (6 fr.)
G. Pirou, Proudhonisme et syndicalisme révolutionnaire. Paris, Rousseau 1910. 8°. XX — 422 S. (8 fr.).
Aimé Berthoud, P.-J. Proudhon et la propriété. Un socialisme pour les paysans. Paris, Giard & Brière 1910. 12°. 231 S. (3 fr.).

„Diese Untersuchung könnte auch als »Geschichte der französischen Internationale« betitelt sein". Diese Formel, mit der Puech sein Buch beginnt, möchte als Überhebung erscheinen. Der Verf. will aber damit nur sagen, daß er beim Studium Proudhons die Grundgedanken entdeckt habe, von denen jene Kämpfer beseelt waren, die wie Tolain, Fribourg, Limousin auf französischem Boden an der Vorbereitung und an den ersten Kongressen der Internationale hauptbeteiligt waren.

Zum Erweise dieser Ideenfiliation beruft er sich zunächst auf die Anträge der französischen Delegierten auf der Londoner Konferenz von 1865 (S. 97 fg.); sodann und vornehmlich auf die Denkschrift, die die Pariser das Jahr darauf dem Genfer Kongreß unterbreiteten (S. 120 fg.). Durch punktweise Analyse dieser Dokumente zeigt P., daß in ihnen überall der Einfluß Proudhons zutage tritt. Wie der Verf. der „Capacité politique des classes ouvrières", mißtrauen auch die Pariser Delegierten — welchen die Blanquisten in Genf feindlich gegenüberzutreten nicht ermangelten — vor allem den „Intellektuellen" und der Politik. Sie hegen nicht das geringste Vertrauen zum Staat, von dem sie nicht einmal die Organisation der Volksschule fordern wollen. Die Frau wollen sie im Hause. Sie proklamieren die Unabhängigkeit der Moral von der Religion. Sie halten die Zwangsorganisation und die freie Cooperation wohl auseinander. Sie haben wenig Sympathie für die Streiktaktik. Sie lehnen es ab, sich für die Wiederherstellung Polens einzusetzen. Ihr — gleichzeitig libertärer und egalitärer — Sozialismus ist ganz und gar von der Überzeugung beherrscht, daß die Arbeiterschaft durch spontane Organisation des gleichen Austausches und der Kreditgegenseitigkeit, ohne zum Kommunismus Zuflucht zu nehmen, das ökonomische Gleichgewicht herzustellen vermöchte.

Das will sagen, daß die Mitteilungen der Franzosen an die ersten Zusammentretungen der Internationale im Ganzen und in den Details die Erinnerung an die Lieblingsthesen Proudhons aufzwingen; und zwar nicht nur an jene, die er als Kommentar zum „Manifeste des 60" und in „La Capacité politique" entwickelt, sondern auch an jene, die bereits in „De la justice dans la révolution et dans l'église", in der „Idée générale de la révolution au 19me siècle" und sogar in den „Contradictions économiques" enthalten waren. Selten wohl ließe sich ein zutreffenderes Beispiel intellektueller Transfusion zitieren. Diese Arbeiter sind offensichtlich von den Gedanken Proudhons durchtränkt; und wollen sie ihre Ziele formulieren, so fließt ihnen ganz von selbst sein Wortschatz zu.

In diesem Punkte läßt P.s Nachweis nichts zu wünschen übrig. Er hätte ihn nur vollständiger gestalten können, wenn er sich bemüht hätte, die Beziehungen zwischen Proudhon und den Arbeitern vor dem Erscheinen der

untersuchten Dokumente zu beleuchten. So hätte er z. B. die Umstände feststellen können unter denen das „Manifest der 60“ und die „Capacité politique“ abgefaßt worden sind. Wertvoll wäre ferner die Feststellung gewesen, in welcher Gestalt in manchen volkstümlichen Journalen gewisse PROUDHON am Herzen liegende Begriffe auftreten, beispielsweise der Begriff der Kollektivgewalt. Hier war Gelegenheit, eine wertvolle Spur zu verfolgen, die ALBERT THOMAS in seiner „Histoire du second empire“ aufgedeckt hat. Zu bedauern ist auch, daß P. nicht mit mehr Nachdruck die Wichtigkeit, die PROUDHON selbst manchen Thesen beigemessen hat, deren Echo in der Denkschrift der Pariser widerhallt, betont hat. So wäre es in bezug auf die Polnische Frage (S. 146, 162) nicht ohne Interesse gewesen, die „skandalöse“ Haltung zu kennzeichnen, die PROUDHON gegenüber der Mehrheit der vorgeschrittenen Geister seiner Zeit eingenommen hat und die er noch unmittelbar vor seinem Tode in einem Buche über Polen und die Nationalitäten zu rechtfertigen sich bemühte, von dem wichtige Partien veröffentlicht werden könnten. Daß die französischen Arbeiter sich nicht scheuten, in dieser Frage dem Drucke der englischen und deutschen zu widerstehen, ist für mich ein entscheidender Beweis ihrer tiefstgreifenden Beeinflussung durch proudhonistische Ideen. Auch aus Anlaß der Zitierung jenes Passus, in der sie den religiösen Ideen die Verneinung der menschlichen Willensfreiheit und Würde vorwerfen (S. 145), hätte man den Verf. gerne die antiklerikale Tendenz, die der Verfasser der „Justice dans la révolution“ dem Sozialismus aufprägen wollte, stärker hervorheben gesehen.

Trotz dieser kleinen Lücken findet man bei P. eine sehr vertiefte Kenntnis der proudhonistischen Ideen. Außerdem und unabhängig von PROUDHONS Einfluß sammelt er auf seinem Wege zahlreiche interessante Mitteilungen. So z. B. (S. 43fg.) über FLORA TRISTAN und den ersten Entwurf der „Union ouvrière“ (über die er jüngst eine besondere Studie angekündigt hat); über die Art wie die so bedeutsame Reise der französischen Arbeiter zur Londoner Ausstellung vorbereitet wurde (S. 186fg.); über die Würdigung, die der Genfer Kongreß in der französischen Presse und speziell im „Temps“ durch HENRI BRISSON gefunden hat.

Mit Recht bezeichnet CH. ANDLER das besprochene Buch als „vollständige und gewissenhafte Materialstudie“. Sie ist in der Tat der Typus einer Vorbereitungsarbeit, wie man ihrer noch viele braucht, um eine objektive Geschichte des zeitgenössischen Sozialismus schreiben zu können. —

Im Gegensatz zum PUECHschen will das zweitgenannte Werk weder eine historische Untersuchung sein, noch ist es eine solche. Nach seinem Titel möchte man allerdings annehmen, daß es der Feststellung des Einflusses proudhonistischer Gedankenreihen auf die Form der Arbeiterbewegung gewidmet sei, die man als revolutionären Syndikalismus bezeichnet. In Wirklichkeit begnügt sich jedoch der Verf. damit, gewisse Analogien zwischen den beiden Lehren hervorzuheben und zwischen ihnen, ohne jede weitere Prüfung ihrer Filiation, eine „theoretische Parallele“ herzustellen. Nicht außer acht zu lassen ist ferner, daß was PIROU als „revolutionären Syndikalismus“ studiert

und mit dem Proudhonismus vergleicht, nicht die aus Kongreßberichten, Manifesten, Handlungen und Gesten abgeleitete Lehre der mitten im Kampfe stehenden Syndikalisten ist, sondern einfach die Theorien, die im Anschluß an die syndikalistische Bewegung von einigen Intellektuellen wie Georges Sorel, Hubert Lagardelle, Edouard Berth ausgearbeitet worden sind; von Männern, die sich von der pragmatistischen Philosophie beherrschen lassen, das Bedürfnis nach einer neuen Sittlichkeit empfinden und vielleicht ihrerseits — wie auch Pirou nicht entgangen ist (S. 402) — der Arbeiterklasse ihre eigenen Worte in den Mund legen, statt die Bestrebungen derselben zu verdolmetschen.

Mit großer Gewissenhaftigkeit und ausführlich zählt der Verf. nacheinander auf, was diesen Denkern mit Proudhon gemeinsam ist und was sie von ihm unterscheidet.

Als gemeinsam in den sozialen und ökonomischen Auffassungen dieses wie jener: daß beide sich gleich fern halten dem sozialistischen Dogmatismus und dem reformistischen Empirismus; daß sie einem anarchistisch gefärbten Idealismus zuneigen, der der Auflösung jeder Art von Staatsgewalt zustrebt; vor allem aber ihre Beschäftigung mit Problemen der Moral. So formuliert beispielsweise Sorel den Satz, den der Verf. der „Pornocratie“ sicherlich unterschrieben hätte: „Die Welt wird erst gerechter werden, wenn sie keuscher geworden ist und in dem Maße, als dies geschieht“. Und wenn Lagardelle und Berth ihre Hymnen richten an die „Moral der Produzenten“ als höchste Hoffnung sozialer Wiedergeburt, so spinnen sie nur einige Ideen fort, die bereits Proudhon, der wahrhafte Schöpfer der Philosophie der Arbeit, meisterhaft in seiner „Justice dans la révolution“ und in der „Capacité politique des classes ouvrières“ entwickelt hat.

Soll man nun diese Schriftsteller schlechthin als Schüler Proudhons ansehen? Keineswegs, antwortet Pirou. Denn sie sind vor allem Propagandisten, Anti-Intellektualisten. Proudhon dagegen ist wie der Verf. sehr gut darlegt (S. 324 fg.), trotz mancher seiner Thesen über die Bedeutsamkeit aktiven Eingreifens ein überzeugter Rationalist. Außerdem aber und vornehmlich: er bleibt stets ein Versöhner und Optimist, der auf dem Boden der Gesetzlichkeit verharrt und der Hoffnung lebt: Kapitalisten und Proletarier würden zuletzt dank einer Reform des Verkehrsmechanismus zu einer Mittelklasse sich zusammenschließen. Die Redakteure des „Mouvement socialiste“ hingegen, die auch Nietzsche bewundern, meinen: einzig kriegerischer Pessimismus sei die der revolutionären Arbeiterschaft adäquate Philosophie.

Diese methodische Parallele bietet Pirou Gelegenheit zu interessanter Präzisierung gewisser Tendenzen in Proudhons Gedankenreihen. So weist er mit Bezug auf Proudhons „Anarchismus“ treffend nach (S. 239 fg.), daß Proudhon, den stets das dem Kollektivwesen eigene Leben beschäftigte, keineswegs jenem atomistischen Individualismus huldigen konnte, der zumeist den anarchistischen Theorien als philosophische Unterlage dient. Behaupten läßt sich nur, daß es keinen erbitterteren Feind jeder Staatsautorität, jedes von Regierungs wegen geübten Zwanges gegeben habe als Proudhon, der

fest davon überzeugt war, daß im Rahmen des durch die Gleichheit im Austausch erneuerten Wirtschaftsorganismus für eine politische Organisation kein Platz sei. — Nicht minder lehrreich ist die Bemerkung S. 336 über die sehr einleuchtende Unterscheidung PROUDHONS zwischen Bourgeoisie und dem, was er „Mittelklasse" nennt.

In manchen Beziehungen weist freilich die Darstellung PIROUS Lücken auf. So hätte er die Betrachtungen PROUDHONS über das Werkzeug, dessen Wandlungen und deren Folgen (Theorie des industriellen Alphabets in der „Justice") stärker hervorheben sollen. Wird ja gerade hierbei die Verbindung zwischen der Auffassung SORELS — über die Reflexwirkungen des Werkzeugs nicht nur auf die Gesellschaftorganisation sondern auch auf den geistigen Habitus — und der PROUDHONS besonders deutlich.

Zudem enthält diese Technologie bereits in deutlichsten Umrissen den historischen Materialismus, der nach MARX ebenfalls vornehmlich eine „Philosophie des Werkzeugs" ist. — Ebensowenig wie PUECH betont ferner auch PIROU den „Antiklerikalismus" PROUDHONS, der mit ihm die Philosophie des 18. Jahrhunderts fortsetzen will, und sich hierin zweifellos am meisten nicht nur von unseren modernen Pragmatisten unterscheidet, sondern — wie schon MARX festgestellt hat — auch von den meisten französischen Sozialisten seiner Zeit, die ebenfalls in ihrer Art „Romantiker" blieben.

Mit dem an dritter Stelle angezeigten Buche — einem Fragment übrigens bloß aus eines größeren Arbeit, — bezweckt BERTHOUD ein doppeltes. Erstens will er beweisen, daß die Gedankenreihen PROUDHONS über das Eigentum trotz ihrer augenscheinlichen Widersprüche und trotzdem sie zweifellos eine Entwicklung durchgemacht haben, in Wirklichkeit einheitlichen Charakters sind; und anderseits will er, mehr als es bisher geschehen, ihr positives Wesen betonen.

Bekanntlich bemüht sich PROUDHON in der ersten Denkschrift über das Eigentum nachzuweisen, daß „das Eigentum Diebstahl" sei. In der nachgelassenen, aus den Studien über Polen abgetrennten „Théorie de la propriété" dagegen verteidigt er energisch das jus utendi et abutendi. Darf man daraus schlechtweg schließen: er habe zuletzt, was er einst verbrannt, angebetet und ohne Bedenken die Irrtümer der Jugend preisgegeben? B. sieht die Dinge nicht so einfach. Vielmehr hat PROUDHON seiner Meinung nach — und zwar wie er treffend (S. 16) hervorhebt: als Schlußfolgerung einer Ideen-Serie — im ersten Mémoire wohl das absolute, nicht aber auch jedes sonstige Eigentum als Form des Diebstahls gebrandmarkt. Die Legitimität des „Besitzes", worunter er ein prekarisches, begrenztes Eigentum verstand, das durch mannigfache Beschränkungen an der Entwicklung zu Ausschließlichkeit und übermäßiger Ausdehnung gehemmt würde, hat er nicht bestritten. Und indem PROUDHON die Eigentumstitel Okkupation, Arbeit, natürliches Recht untersucht, zeigt er wohl die Unmöglichkeit einer Rechtfertigung der Heimfälligkeit, keineswegs aber auch einer Rechtfertigung der „Vermählung von Arbeiter und Boden". Durch und durch Bauer, erblickt er vielmehr in dieser sein Ideal, und stets hat er danach gestrebt, den Arbeiter mit Besitz auszustatten. Gegen

Schluß seines Lebens freilich verteidigte er nicht mehr den „Besitz“ sondern das absolute quiritarische Eigentum schlechtweg und hielt es für unklug, das Eigentum einzuschränken und beliebig widerruflich zu gestalten. Mit dem Alter und der Erfahrung hatte eben auch sein Mißtrauen gegen den Staat zugenommen. Statt der wirtschaftlichen Erwägungen, sagt B., traten die politischen in den Vordergrund. PROUDHON wollte auf alle Art den Einbruch der Politik in das Wirtschaftsleben verhindern, und wenn ihm nun das Eigentum fast sakrosankt erschien, so, weil er in ihm eine natürliche Feste gegen die Übergriffe der Staatsgewalt sah.

Soll damit gesagt sein, daß er die andere Tendenz, unter deren Herrschaft er stand, die Sorge um die Gleichheit in Stich läßt? Keineswegs! Allein er meint einerseits, daß die Vermögen spontan, kraft des freien Wettbewerbs, die Tendenz „zum Gleichgewicht“ aufweisen werden; und anderseits ersinnt er ein System von Garantien, um eben sowohl ein Übermaß der Eigentums-Zersplitterung wie der Konzentration zu verhindern, wobei er in erster Linie an die Organisation des Güterumlaufs denkt. Der Buchhalter, der in PROUDHON lebendig war, und der Gründer der „Volksbank“ unterstützen, wie B. hervorhebt, bei diesen Konzeptionen den Verteidiger des ländlichen Grundeigentums. PROUDHON wollte nach wie vor weder von Kollektiv- noch von Aktionär-Eigentum etwas wissen, sondern erstrebte stets die Konsolidierung des Familiengutes.

Ist diese so rekonstruierte Lehre sozialistisch? B. antwortet mit Ja. Denn er findet in ihr die drei Züge, die nach ihm jede sozialistische Doktrin kennzeichnen. Die Bedachtnahme auf wirtschaftliche Produktivität, politische Freiheit und gesellschaftliche Gleichheit, und er glaubt, daß sie entsprechend adaptiert auch heute noch dem Sozialismus in dessen Vergelegenheit gegenüber der bäuerlichen Frage von Nutzen sein könnte.

Diese Schlußfolgerungen werden nun gewiß nicht unangefochten bleiben. (Ist denn z. B. PROUDHON wirklich so sehr auf die wirtschaftliche Produktivität bedacht? Im IV. Buch von „La Guerre et la paix“ entwickelt er eine eigentümliche Theorie, die Theorie eines Moralisten, die zu skizzieren wohl der Mühe gelohnt hätte). Jedenfalls aber enthält das besprochene Buch eine große Zahl suggestiver Ausführungen. So über das Filiationsverhältnis PROUDHONS zur klassischen Nationalökonomie (S. 58); über das Gefühl der Solidarität und der Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, die PROUDHON verhindert hätte, das Recht auf den vollen Arbeitsertrag anzuerkennen, zu dessen Anhängern ihn ANTON MENGER zu zählen scheint (S. 68). M. E. wäre bei dieser Gelegenheit schärfer, als es durch B. geschieht, die Rolle zu betonen gewesen, die PROUDHON der Kollektivgewalt zuweist. Auch hat PROUDHON nicht erklärt, der Solidarität ebenso sehr zu mißtrauen wie der Wollust (S. 69), sondern der Brüderlichkeit. („Idée générale“. Neuausg. S. 78.)

Trotz mancher Irrtümer zeigt sich B. als genauer Kenner der Gedankenwelt PROUDHONS und es ist nur lebhaft zu wünschen, daß er die so glücklich begonnene Interpretation derselben recht bald fortsetzen und zu Ende führen möge.

Paris. Ch. BOUGLÉ.

Collection des économistes et des reformateurs sociaux de la France. In 8°. Paris, PAUL GEUTHNER:

t. 1. DUPONT DE NEMOURS, De l'origine et des progrès d'une science nouvelle. 1768. Avec notice et table analytique par A. DUBOIS. 1910 IX—40 S. (1.50 fr.);

t. 2. NICOLAS BAUDEAU, Première introduction à la philosophei économique ou analyse des états policés. Avec notice et table analytique par le même. 1910. XIV -VIII—192 S. (6,25 fr.);

t. 3. LE MERCIER DE LA RIVIÈRE, L'ordre naturel et essentiel des société politiques. 1767. Avec une notice par EDGARD DEPITRE. XXXII—VII —405 S. (12,50 fr.);

t. 4. MORELLY, Code de la nature ou le véritable esprit de ses loix. 1755. Avec notice et table analytique par EDOUARD DOLLÉANS. 1910. XXXI —119 S. (6 fr.);

t. 5. CL.-J. HERBERT, Essai sur la police générale des grains, sur leurs prix et sur les effets de l'agriculture. 1755. et Supplément à l'Essai . . par J. G. MONTAUDOUIN DE LA TOUCHE 1757. Avec introduction et table analytique par EDG. DEPITRE. 1910. XLIII—VII—166 S. (6,25 fr.);

ANTONY REVERDY, Morelly. Idées philosophiques, économiques et politiques. Thèse pour le doctorat. Poitiers, Imprimerie M. BOUSREZ 1909. gr. 8°. 106 S.

Die ideen- und dogmengeschichtliche Forschung auf dem Gebiete der Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaft hat in den letzten Jahren auf französischem Boden außerordentlichen Aufschwung genommen. Zum Teil hängt das gewiß zusammen: einerseits mit der Neuregelung des Universitätsunterrichts, in dem der Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehren der Charakter einer obligaten Sonderdisziplin zugewiesen wurde, für die in den Jahren 1895—1898 Lehrstühle an sämtlichen juristischen Fakultäten errichte worden sind; und anderseits damit, daß militärgesetzlich die Begünstigung der einjährigen Militärdienstzeit für Juristen und Wissenschaftler an die Erlangung das Doctorat ès-sciences juridiques, resp. ès-sciences politiques et économiques geknüpft erscheint. Es braucht aber kaum betont zu werden, daß die Aussicht auf Lehrstühle, und die Jagd nach dem Doktordiplom allein zwischen Strebern und einem Wissensgebiet ein mehr als mechanisches Verhältnis nicht herzustellen vermögen. Wie überall zeigen sich die Mängel des Dissertationenwesens denn auch bereits in Frankreich, seitdem dort das Doktorat aus einem früher sehr seltenen Luxus zu einem Inhärens des ganzen Mandarinats geworden ist. Wenn nun aber in den letzten Jahren durch französische Gelehrte eine Reihe bedeutsamer Untersuchungen zur Geschichte der Staats- und Volkswirtschaftslehre durchgeführt worden sind, deren Ergebnisse eine wahrhafte Bereicherung der Wissenschaft bilden, so geht das auf tiefere geistige Ursachen zurück. Einer der geistvollsten Vertreter dieser Studien, ALBERT SCHATZ, faßt sie mit den Worten CHARLES PÉRINS zusammen, die er seinem Buche über den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Individualismus als Motto voranstellt: „C'est toujours aux doctrines

qu'il faut demander compte des souffrances ou des prospérités de la société. Tout le mouverment social se résume dans les doctrines. Elles donnent l'impulsion aux faits, et à leur tour, elles la reçoivent des faits; de sorte qu'en elles se trouvent et la cause et l'indice moral d'une époque". Die in diesen Sätzen zum Ausdruck gebrachte Auffassung stülpt nun freilich die Wahrheit um. Sie läßt die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung primär von den Lehren über sie abhängen, statt diese als Abstraktion aus dem Milieu zu begreifen, in dem sie entstehen und wirken, d. h. auch bis zu einem gewissen Grade — wenn schon nicht mehr als ein eingerammter Pfahl im fließende Wasser für das Wellengekräusel — ursächliche Bedeutung gewinnen. Sie erklärt sich aber aus der individualistischen Weltanschauung sowohl von SCHATZ selbst als auch seines Lehrers GASTON DESCHAMPS, die zu fundamentiern, Ziel gleichermaßen DESCHAMPS' ist, wie der zahlreichen Schüler, die sich um ihn gruppieren.

Als wissenschaftlicher Sammelpunkt dient ihnen seit 1908 die von DESCHAMPS im Verein mit A. DUBOIS, EDGARD DEPITRE und SCHATZ herausgegebene „Revue d'histoire des doctrines économiques et sociales" — an der jedoch auch Schriftsteller mitarbeiten, die (wie ich selbst) auf programmatisch ganz anderem Boden stehen als die Herausgeber; das hauptsächlich in Betracht kommende Quellenmaterial aber soll der Forschung die angezeigte „Collection des économistes et des réformateurs sociaux de la France" vermitteln. Die Sammlung will in etwa 50 Bänden die für die Entwicklungsgeschichte der Wirtschafts- und Gesellschaftslehren interessantesten Werke französischer Autoren und Übersetzer ungekürzt und mit sorgfältig revidiertem Text uns zugänglich machen. Jedem Band soll eine kurze, anspruchslose Einleitung vorausgeschickt werden, die das zu vollem Verständnis des edierten Autors durchaus Notwendige enthält — aber auch nicht mehr: „peu de commentaire et peu de biographie". Denn die Sammlung will nichts weiter sein als ein zuverlässiges Rüstzeug: „un bon instrument de travail".

Daß ein solches Unternehmen einem dringenden Bedürfnis entgegenkommt, ist zweifellos. Nicht nur weil die bekannte DAIREsche „Collection des principaux économistes" (Paris 1843 ff.) heute fast ebenso schwer erreichbar ist wie die Originalausgaben aus dem 17. und 18. Jahrh., sondern auch weil diese Sammlung zum Teil nur Auszüge bietet, die überdies nicht immer fehlerlos sind. Gleich dankenswert ist die Art, wie der Plan der Neuausgabe unter Leitung des Professors an der Universität Montpellier A. DUBOIS zur Ausführung gelangt. Die bisher erschienenen 5 Bände sind ebensowohl durch glückliche Auswahl der edierten Autoren und durch deren richtige Reproduzierung wie durch schöne Ausstattung und Handlichkeit ausgezeichnet.

Mittelbar sind sie — positiv und negativ — alle auch für den Historiker des Sozialismus interessant. Ohne genaue Kenntnis der physiokratischen Ideen — zu der die Schriften ihres ursprünglichen Gegners BAUDEAU, des entschiedenen Vertreters des aufgeklärten Absolutismus LE MERCIER DE LARIVIÈRE und des Mitarbeiters von TURGOT, DUPONT DE NEMOURS,

unentbehrlich sind — ist auch die Genesis der modernen sozialistischen Theorien nicht zu verstehen. Unmittelbarst und zumeist aber interessiert uns an dieser Stelle die berühmte, lange Zeit und von GRACCHUS BABEUF noch DIDEROT zugeschriebene Schrift MORELLYS, die der „Sekretär des Staates von Plato", der Minister des Äußeren unter Ludwig XV., Marquis d'ARGENSON, als das „Buch der Bücher" weit über MONTESQUIEUS „Esprit des lois" stellte, während allerdings andererseits GRIMM an ihr nur den Titel schön fand und RAYNAL sie als „jeder Folgerichtigkeit, jeder Methode und aller höheren Gesichtspunkte bar, ernstlicher Widerlegung nicht für wert" erachtete.

Das Geheimnis, das über MORELLYS Leben schwebt, vermag übrigens auch DOLLÉANS, der diesen Band der Sammlung einleitet, ebensowenig zu lösen wie REVERDY, der in seiner Dissertation eine saubere, aber freilich auch sehr nüchterne systematische Darstellung der MORELLYschen Gedankenreihen bietet. Wir wissen nach wie vor weder: wer MORELLY eigentlich gewesen ist, noch auch: ob es bloß einen oder, wie vielfach angenommen wird, zwei Schriftsteller dieses Namens gegeben hat. Immerhin hat DOLLÉANS festgestellt: daß in dem angeblichen Geburtsorte des Verfassers des „Code de la nature", Vitry-le-François, sich keine urkundliche Spur von ihm selbst oder seiner Familie findet.

Wien. CARL GRÜNBERG.

GABRIEL LOUIS JARAY, La question sociale et le socialisme en Hongrie. Avec 5 cartes hors texte. Paris, Alcan 1909, 8°. 423 S.

Das vorliegende Buch sucht die soziale Frage in Ungarn möglichst objektiv zu beleuchten — ohne jedoch diese anerkennenswerte Absicht auch immer zu erreichen. Denn die spärliche Literatur fremder Zunge, die dem Verf. zur Verfügung stand, und die persönlichen Eindrücke, die er während einer Reise in Ungarn erwarb, waren nicht zuverlässig genug, um ihn bei der Beurteilung der einzelnen Tatsachen vollständig vor Irrtümern zu bewahren.

Im ersten Teile des Buches wird die wirtschaftliche und soziale Lage des landwirtschaftlichen und industriellen Proletariats und die soziale Politik in Ungarn geschildert. J. beginnt mit Klarlegung des Ursprungs der gegenwärtigen Lage, d. h. mit der Bauernbefreiung im Jahre 1848 und mit deren Folgen für den adeligen Mittelbesitz und die Latifundien. Nach bekannten Daten gibt er eine Statistik der unerquicklichen Grundbesitzverteilung, die er mit treffenden Bemerkungen begleitet über: die schädlichen Folgen der Bodenverteilung, die „faim de la terre", die hohen Bodenpreise, die von Jahr zu Jahr wachsende Auswanderung, den erbitterten Kampf zwischen Eigentümer und Landarbeiter usw. In der Auswanderung nach Nordamerika erblickt er ein bedauerliches, aber notwendiges Palliativ der sozialen Krise in Ungarn. — Einseitiger ist die Beschreibung der Lage des industriellen Proletariats. In der Beurteilung der neueren politischen Entwicklung und deren Folgen sowie der aktuellen politischen Forderungen der Arbeiterschaft, so vornehmlich des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts ist J. so objektiv,

daß manche ungarische Politiker sehr viel von ihm lernen könnten. Der Besprechung der sozialpolitisch repressiven und arbeiterfeindlichen Regierungsmaßnahmen sind lange Seiten gewidmet, aber auch die neueren Verfügungen der seither zusammengebrochenen Koalition werden objektiv geschildert, und in der Bilanzierung der Reformtätigkeit der Regierung seit 1897 zeigt der Verf. sich gleichfalls gemäßigt. — Im ersten Teile findet noch ein verhältnismäßig kleines Kapitel über die Psychologie des Proletariats in Ungarn Platz, welches trotz einiger bei einem Fremden nicht wohl vermeidlichen Irrtümer zeigt, wie gut J. sich in kurzer Zeit in die Geisteswelt des ungarischen Arbeiters eingelebt hat.

Im zweiten Teile behandelt J. die Organisation und die Bewegung des Proletariats. Nach einer kurzen Einleitung, in der er der Vorgeschichte der „Lassalleanischen“ Bewegung im Jahre 1870 Erwähnung tut, schildert er die Geschichte und Ausgestaltung der sozialdemokratischen Partei und der gewerkschaftlichen Bewegung seit den 90er Jahren, wobei natürlich der Hauptnachdruck auf die Ereignisse der neueren Zeit — die Agitation für das Wahlrecht, das Regime Fejérvary usw. — gelegt erscheint. Sodann werden die Organisation und die Führer der Sozialdemokratie und des Syndikalismus vorgeführt; u. zw. so sympathisch, wie es sonst in einem wissenschaftlichen Werke noch kaum geschehen ist. Der Verf. stellt fest, daß die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften in Ungarn so eng sind, daß die Autonomie der letzteren oft eine beinahe nur nominelle ist. Er erwartet aber eine Änderung hierin durch das allgemeine Wahlrecht und die sodann eintretende völlige parlamentarische Inanspruchnahme der sozialdemokratischen Führer, die bis jetzt die ganze gewerkschaftliche Bewegung geleitet haben, sowie durch die Vergrößerung und das Reichwerden der Gewerkschaften, wodurch die Selbstverwaltung erleichtert würde. Was die Ideen und Tendenzen der sozialdemokratischen Partei betrifft, so stellt J. mit offenen Augen fest, daß diese Partei eigentlich orthodox-marxistisch ist, daß ihr jüngstes Programm von 1903, in seinem theoretischen Teile nur eine Kopie des deutschen darstellt und daß dessen praktische Forderungen „étatistische“ und demokratische Tendenzen aufweisen. Die Gewerkschaften haben diese Programmpunkte angenommen und ihre Mitglieder gezwungen, sich der sozialistischen Partei anzugliedern. Das heutige Programm der Gewerkschaften weicht von dem sozialdemokratischen nur soweit ab, als die praktischen Postulate darin weit entwickelter sind. Programm und Tendenzen decken einander nicht, aber dies ist nicht überraschend, denn das Programm wurde durch die ersten Führer, die mit deutschen Ideen erfüllt waren, übernommen, ohne naturalisiert zu sein. Die Bewegung hingegen ist stärker, als das Programm, das zwar im großen bestehen bleibt, dessen Rahmen aber durch das Verhalten der Masse durchbrochen wird. Die der Auffassung der Führer entsprechende sozialistische und marxistische Bewegung kann die Massen, die dem Programm folgen, nicht ergreifen. Die Arbeitermassen kommen oft in die Gewerkschaft, nicht weil sie Sozialisten sind, sondern weil die Gewerkschaft ihnen praktische Vorteile bietet, falls sie infolge von Streiks usw. der Unterstützung

bedürfen. Diese Arbeiter gehorchen der Suggestion der kühnen Kameraden, aber es folgt naturnotwendig daraus, daß außer einer kleinen Minorität der aktiven, mit sozialistischen Ideen durchdrungenen Männer die große Masse der Sozialisten und gewerkschaftlich Organisierten keine reinen und geschlossenen Gefühle besitzt. Und wenn die leitende Minorität keinen erfolgreichen Einfluß auf sie ausüben kann, so bleiben sie eine amorphe Masse.

Der psychische Zustand der Partei läßt verstehen, warum die sozialistische Bewegung eine so demokratische und politische Haltung aufweist und warum sie die spezielle Arbeiterorganisation, die innere Erziehungsarbeit und die eigentlichen proletarischen Institutionen in Stich gelassen hat. Es ist leichter, eine wenig instruierte und überzeugte Masse für den Kampf für das allgemeine Stimmrecht zu interessieren und mit den Mitgliedern der Partei und selbst der Gewerkschaften für das Wahlrecht zu demonstrieren, als sie für tiefe, mühsame Arbeit zu gewinnen. Infolge dieser Taktik hat die Partei statt Proletar- und Arbeitertendenzen einen demokratischen und politischen Anhauch. Sie wird daher mit den bürgerlichen Elementen in bürgerlichen Bewegungen — seien diese politisch oder sozial — Hand in Hand gehen. Diese Prophezeiung wurde schon unter dem Regime Fejérvary-Kristóffy zur Wahrheit und in noch größerem Maße gilt sie in unseren Tagen.

Aus anderen Daten schließt J. mit Recht, daß die ungarischen Sozialisten trotz ihrer Zugehörigkeit zur Internationale viel mehr national seien, als man glaubt. Sie sind entschiedene Anhänger der Zentralisation, sowohl in ihrer Organisation, wie in der des Staates; sie erhalten die magyarische Hegemonie aufrecht, natürlich in opportunistischer und toleranter Weise; sie respektieren heute die fundamentale Idee des ungarischen Nationalismus; und eine ihrer Forderungen ist die wirtschaftliche Trennung von Österreich.

Die Syndikalisten erlauben zwar heute noch keinen Massenstreik als Mittel zur Begründung der neuen Gesellschaft oder der eigenen Erziehung zu proletarisch-revolutionären Ideen. Sie würden aber zu diesem Mittel greifen, falls es die Verteidigung der politischen Freiheit, z. B. des allgemeinen Stimmrechts gälte. Nach Ansicht J.s beginnt in Ungarn — im Gegensatz zur Auffassung der orthodoxen Führer — eine Arbeiterbewegung sich geltend zu machen, die durch den revolutionären Geist des ungarischen Proletariats gekräftigt wird.

In Ergänzung der skizzierten Ausführungen bespricht J. noch die „Bewegung des Klassenkampfes", die in Ungarn ohne Einfluß vom Ausland her sich entwickelt hat: die Propaganda von Varkonyi, Achim und ihren Anhängern, den bekannten „Landverteilern", die sich in der großen Ebene, in der Nachbarschaft der großen Latifundien und Fideikommisse verbreitete.

Zum Schluß zählt er die Vorschläge zur Sicherung des sozialen Friedens auf, dievon Nationalsozialisten (deren Führer, der frühere Reichstagsabgeordnete Mezöfi, freilich kaum den Schützern des sozialen Friedens zuzuzählen ist), Christlichsozialen, Konservativen und Agrariern gemacht worden sind. Dieser Teil der Darstellung, namentlich soweit er sich auf die agraristisch-genossen-

schaftliche Bewegung bezieht, reproduziert lediglich die von agrarischer Seite in französischer oder deutscher Sprache lanzierten Mitteilungen und ist deshalb einseitig.

J. entwirft noch ein vortreffliches Bild von der sozialen Klassenschichtung, in dem in großen Zügen die Psychologie der leitenden Klassen sehr gut charakterisiert wird, und stellt auf Grund der Werke ungarischer Schriftsteller fest: daß es in Ungarn an einer wahren Mittelklasse fehlt, sowie daß die herrschenden Klassen infolge ihres asiatischen Ursprunges sich hauptsächlich durch zwei Eigenschaften charakterisieren: nämlich die Abneigung zu arbeiten und zu denken. Er anerkennt aber auch, daß es selbst in der führenden Klasse schon sehr viele gibt, die diese Charakterzüge verloren haben, wenngleich sie noch heute immer bloß die Minorität ausmachen.

Es scheint, daß sich die gegenwärtige gesellschaftliche Verfassung Ungarns nicht länger wird erhalten können, wenn die Wahlrechtsreform und die neue Ideenrichtung das agrarische Milieu modifizieren werden. Früher oder später ist die soziale Umgestaltung unvermeidlich. Die herrschende Klasse hat ja zwischen der engen, beschränkt-konservativen und der klarsehenden, die Zukunft in die Rechnung ziehenden Auffassung zu wählen, und nur die letztere kann die Wiedergeburt des Landes und die Festigung der sozialen Autorität herbeiführen.

Trotz vieler Irrtümer und Fehler ist das angezeigte Werk ein gutes gewissenhaftes Buch, das hoch über den mit der Unterstützung der ungarischen Regierung oder von einigen Parteimännern herausgegebenen fremdsprachigen Werken steht. Nicht nur der ausländische, sondern auch der ungarische Leser kann daraus einen klaren Überblick über die soziale Frage in Ungarn erlangen.

Debrecen. G. Kovács.

Georges Weulersse, Le mouvement physiocratique en France de 1756 à 1770. Paris, Alcan 1910. gr. 8°. 2 Bde. XXXIV, 606 und 784 S. (25 Fr.).

Edwin Cannan, Histoire des théories de la production et de la distribution dans l'économie politique anglaise de 1776 à 1848. Traduction sur la IIe édition anglaise par H. E. Barrault et Maurice Alfassa. Avec une introduction de H. E. Barrault. Paris, Giard & Brière 1910. gr. 8°. XXXVIII—577 S. (12 Fr.).

Nicht ohne Bewunderung blickt man auf die W.sche Arbeit. Welcher Aufwand an Zeit und Mühe steckt in den 1400 Seiten, die sie umfaßt! Und dabei erschöpft sie nicht einmal ihren Stoff! Nicht die Geschichte der Physiokratie im ganzen bringt sie zur Darstellung, sondern nur die ersten 14 Jahre. Die Reformen Turgots bleiben ebensowohl außer Behandlung wie die noch interessantere Frage nach dem Einfluß der physiokratischen Lehre auf die revolutionäre Gesetzgebung, eine Frage, deren Beantwortung der Geschichtschreibung ganz neue und originale Aufgaben stellt. W. stellt uns hierüber Sonderbände in Aussicht. Daß er aber vorläufig 1770 Halt gemacht hat, rechtfertigt er damit, daß dieses Jahr „das letzte sei, in dem die Ökonomisten als organisierte Partei ununterbrochen und unmittelbar auf öffentliche Meinung

und Regierung eingewirkt hätten. Nachher habe es wohl noch Physiokraten, aber nur als isolierte Einzelne gegeben". Diese Begründung ist wenig überzeugend. Jedenfalls wird der Leser sich fragen, ob die physiokratische Bewegung, deren Tragweite im ganzen so gering war, so ausführliche und ins minutiöseste Detail gehende Schilderung verdient hat; ob denn alle die Polemiken und Zwischenfälle, die so weitwendig erzählt werden, auch wirklich so interessant sind, wie der Verf. meint; ob nicht eine gedrängtere Darstellung gleichermaßen für den Volkswirtschaftler wie für den Historiker lehrreicher gewesen wäre? Wie dem aber immer sei, da nun einmal W. sich für größte Vollständigkeit entschieden hat, so muß zugestanden werden, daß die Gewissenhaftigkeit, mit der er seinen Plan verwirklicht hat, über alles Lob erhaben ist. Ungedruckte wie gedruckte Quellen, Schriften der Physiokraten wie von ihren Gegnern, Druckschriften und Beratungsprotokolle der Ackerbaugesellschaften wie Berichte der Intendanten, Periodica wie Broschüren: er hat sie alle benützt und analysiert; und ebensowenig wie die Meinungsäußerungen berühmter Zeitgenossen, wie Voltaire, Grimm, Diderot über die Physiokraten hat er jene auch der unbekanntesten Ökonomisten oder irgend eine königliche Verordnung und irgend einen Parlamentsbeschluß übersehen. Welch unerhörte Geduld, welcher vor keiner Mühe zurückscheuender Fleiß!

Nach dieser wohlverdienten Anerkennung des W.schen Werkes darf und muß man aber wohl auch schwerwiegende Einwendungen gegen seine Methode erheben.

Die Geschichte einer volkswirtschaftlichen Lehre kann nur unter gewissen Gesichtspunkten, die keine willkürliche Verschiebung gestatten, geschrieben werden. Vor allem will der Leser den Zusammenhang der Lehre mit den Wirtschaftszuständen der Epoche kennen lernen; sodann — da jedes ökonomische System auch eine wissenschaftliche Seite hat — die Beziehungen mit den wissenschaftlichen Ideen der Gegenwart. Diesen Problemen darf der Historiker nicht ausweichen. Er muß sie klar formulieren und klar beantworten oder wenigstens, wenn er dies unterläßt, weil das Material nicht ausreicht, diesen Grund auch angeben.

Zu ihrer gedeihlichen Lösung genügt nicht Gelehrsamkeit allein: kritische Methode vielmehr ist vonnöten. Jene häuft Tatsachen, Nachweisungen, Zitate (wie denn auch jede Seite des W.schen Werkes ebensoviel Zitate wie Text enthält), wendet ihre Vorliebe der Sammlung von Materialien um ihrer selbst willen zu, ohne sich weiter um ihre spätere Verwendung zu kümmern. Die kritische Methode dagegen sieht stets das gestellte Problem und erstrebt auf geradem Wege seine Lösung; sie vernachlässigt daher alles Nebensächliche und hält sich nur an jene Tatsachen, die wirklich unentbehrlich und entscheidend sind. Die Gelehrsamkeit scheut keine Länge; jedes Detail hat für sie eigenen Kuriositätswert. Die kritische Methode hingegen strebt nach Klarheit, Schärfe und möglichster Kürze.

Unter diesen beiden Methoden wählt W. stets die erste. Die Antworten auf die Probleme, die er aufstellt, fallen daher unpräzis und unbefriedigend aus; sie lassen den Leser in ermüdender Unsicherheit. So fragt sich beispiels-

weise der Verf.: ob sich ein Kausalkonnex aufzeigen lasse zwischen den hohen Getreidepreisen von 1763—1770 und der damals unter dem Einfluß der Ökonomisten eingeführten Zirkulations- und Ausfuhrfreiheit. Eine sehr interessante Frage — vorausgesetzt, daß sie richtige Beantwortung erfährt. Nun wäre überzeugend lediglich der Nachweis, daß die Hausse nach der Zurückziehung der liberalen Maßregeln, d. h. nach 1770, aufgehört habe und daß sie durch niedrige Getreidepreise abgelöst worden sei. Hat aber die Teuerung auch über diesen Zeitpunkt hinaus angehalten, so war sie offenbar durch tiefere Ursachen als die physiokratischen Maßnahmen bewirkt. Was wir erwarten, ist also bloß eine kleine Statistik der Getreidepreise in den Jahren nach 1779. Statt dessen bietet uns W. seitenlange Zitate aus zeitgenössischen (den Physiokraten günstig gesinnten) Schriftstellern, die alle beweisen sollen, daß die Teuerung tatsächlich eine Folge der Ausfuhrfreiheit war.

Eine derartige Argumentation ist durchaus unzulässig. Kein Volkswirtschaftler wird widersprechen, wenn ich feststelle, daß zeitgenössische Erklärungen einer Preisbewegung im allgemeinen aus leicht ersichtlichen Gründen ganz wertlos sind. Die von W. beigebrachten Zitate beweisen nichts und überzeugen niemanden. Das Besondere dabei ist noch, daß die Preise auch nach 1770 hoch geblieben sind, wodurch natürlich die Erklärung der Zeitgenossen sowohl wie des Verf. hinfällig wird. Und was noch merkwürdiger ist: W. weiß das — sagt es aber erst 400 Seiten später (II, 620), ohne, wie es scheint, zu ahnen, daß diese einfache Feststellung seine weitwendigen Nachweisungen über den Einfluß der Physiokraten auf die Getreidepreise gänzlich vernichtet.

Dieses eine Beispiel schon zeigt klar, wie bei W. die Kritik durch Gelehrsamkeit, wissenschaftliche Erwägung durch Zitate erstickt wird. Es könnten ihrer aber noch zahlreiche andere angeführt werden. So sucht denn der Leser vergeblich nach klaren Antworten auf seine Fragen und nach einem leitenden Gedanken in dem Wust von Materialien, in dem der Verf. sich verstecken zu wollen scheint — und legt das Buch enttäuscht und ermüdet aus der Hand.

Nicht mindere Enttäuschung erfaßt ihn angesichts der Darstellung der physiokratischen Lehre selbst. Natürlich verlangt hier niemand Originalität. Dagegen durfte man erwarten, W. werde die physiokratische mit den jüngeren volkswirtschaftlichen Doktrinen vergleichen, die Unterschiede zwischen diesen und jenen herausarbeiten, den geschichtlichen sowohl wie den intellektuellen Ursprung der auffallendsten physiokratischen Paradoxe aufzeigen und so die alte, unserer heutigen Auffassungsweise so entrückte Lehre klarer und lebendiger gestalten. Aber auch hierzu genügte es nicht, zahllose Zitate zu gruppieren, sondern bedurfte es entschlossener Kritik, an der es W. durchaus hat fehlen lassen. Selbst wo er Einwendungen erhebt, tut er es in unpersönlicher Art, in Form von Zitaten aus Autoren jener Zeit — wobei er übrigens CONDILLAC, trotz dessen zutreffender Kritik, nicht zitiert: offenbar weil die Schrift „Le commerce et le gouvernement considérés relativement l'un à l'autre“ erst 1776 erschienen ist, während W. sich streng innerhalb seines zeitlichen

Rahmens von 14 Jahren hält, so daß es nicht weiter verwunderlich ist, wenn er volkswirtschaftliche Schriften aus dem 19. Jahrh. unerwähnt läßt.

Gewichtiger noch ist das Bedenken: ob denn der Verf., selbst wenn er wirklich hätte Kritik üben wollen, dazu auch imstande gewesen wäre. Die seltenen persönlichen Meinungen volkswirtschaftlichen Inhalts, die man von ihm zu hören bekommt, stimmen recht nachdenklich. So glaubt er die Physiokratie präzis zu charakterisieren, wenn er sie als „kapitalistisch“ kennzeichnet — was wohl so viel wie „antisozialistisch“ bedeuten soll. Das erinnert an einen Botaniker, der zur Kennzeichnung einer Pflanze anführt: sie gehöre nicht zum Tierreiche. Wenn er ferner ernsthaft sich fragt: ob die Rivalität zwischen Landwirtschaft und Industrie nicht „vielleicht im Wesen der kapitalistischen Gesellschaften liege“ (II, 700); wenn er feststellt, daß „die kapitalistische Produktionsweise stets von einer raschen Bevölkerungszunahme begleitet werde“ (z. B. etwa Frankreich seit 50 Jahren?), möchte man wohl Genaueres darüber erfahren, was der Verf. unter dem „kapitalistischen System“ versteht, das m. W. fast noch keine zureichende Definition gefunden hat. Und hört man ihn wieder behaupten: „die Vernichtung des psychologischen Elements bei der Betrachtung des gesellschaftlichen Wertes und bei der Untersuchung des Zirkulationsprozesses ist eine fruchtbare Entdeckung der Physiokraten“ (II, 145); oder „daß die Arbeitsteilung . . . das grundlegende Element alles Wertes ist“ (ebd.), so fragt man sich, ob denn W. jemals eine modernes Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre angesehen hat.

Diese Kritik soll nicht besagen, daß die ungeheuere Leistung W.s wertlos sei. Sie wird nur ausgesprochen, weil sein Buch den vollendeten Typus einer Reihe von Werken aus jüngster Zeit darstellt, deren Verf. weniger die Schaffung lehrreicher als dicker Bücher als ideales Ziel vorzuschweben scheint. Ich meinerseits glaube dagegen, daß angesichts der modernen, so intensiven literarischen Produktivität, jeder Schriftsteller, der der Wissenschaft wirklich dienen will, verpflichtet ist, die wenigen neuen Gedanken oder Tatsachen, die er langer Arbeit verdankt, möglichst kurz und präzis vorzubringen. Der wirkliche Fortschritt in den Naturwissenschaften vollzieht sich meist durch oft sehr knappe Mitteilung der Ergebnisse langwieriger Laboratoriumsarbeit. Wollte man sich doch auch auf unserem Fachgebiet daran gewöhnen! Alle Welt würde dabei gewinnen.

Was W. fehlt, des besitzt Cannan (2) die Fülle. Sein Werk ist von kritischem Geist ganz durchtränkt. Das macht auch m. E. seinen Hauptvorzug aus, und man kann ruhig sagen, daß es mit Böhm-Bawaks Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien das nützlichste Buch zur Dogmengeschichte der Volkswirtschaftslehre in den letzten 20 Jahren ist. Niemand, der es einmal zu Rate gezogen, wird es fortan missen wollen, und es ist daher mit Freuden zu begrüßen, daß es endlich — fast zwei Jahrzehnte nach seinem erstmaligen Erscheinen (1893) — dem französischen Publikum durch eine Übersetzung näher gebracht wird, eine Übersetzung deren Wohlgelungenheit um so anerkennenswerter ist, als der bündige und oft ironische Stil des englischen Originals die Übertragung nicht gerade leicht gestaltete.

Der Wert des C.schen Buches ist so allgemein anerkannt, daß man es nicht noch besonders anzupreisen braucht. Immerhin jedoch dürfte es am Platze sein, seine charakteristischen Züge kurz anzudeuten.

Vor allem die, wie schon erwähnt, entschieden kritische Methode C.s. Im Besitz einer klaren Vorstellung von den wissenschaftlichen Problemen der Produktion und Güterverteilung, untersucht er, inwieweit die englischen Ökonomisten bis auf Stuart Mill diese Probleme erfaßt undgelöst haben. Er gelangt hierbei zur Feststellung — die er durch zahlreiche gut gewählte und sorgfältigst analysierte Zitate erweist —, daß die meisten unter ihnen weder diese Fragen beantwortet haben, noch auch nur zu einer sicheren Fragestellung gelangt seien. Daraus ergibt sich ein Doppeltes: Vor allem wird der Leser gezwungen, für sich selbst die Probleme in wissenschaftlicherer Weise zu formulieren; sodann aber ist es ihm nun für immer unmöglich, sich mit den Antworten zu begnügen, die die „klassische" Nationalökonomie auf sie erteilt. — C. bleibt aber hierbei nicht stehen, vielmehr bietet er auch die historische Erklärung für die Irrtümer, die er aufzeigt. Diese sind durch das Hineinspielen politischer Tagesfragen und Voreingenommenheiten (Feindseligkeit gegen die Korn- und Armengesetze usw.) in die rein wissenschaftliche Domäne hervorgerufen, und C. zeigt dies besonders schlagend an dem Beispiel von Malthus und Ricardo. Das Kapitel, in dem er die Steigerung der Getreide- und Pachtpreise in England zu Beginn des 19. Jahrh. behandelt und aus diesen Erscheinungen die Theorien von Malthus und Ricardo herleitet, gehört zu den originellsten und lehrreichsten des Buches. Zugleich zeigt es, daß C. nicht nur ein feinster Dialektiker sondern auch ein bestunterrichteter Kenner der Wirtschaftstatsachen ist.

Der angedeutete Gesichtspunkt des Verf. bestimmt den Plan seines ganzen Werkes. Nicht die Menschen, nicht die praktischen Lehren werden in ihm untersucht, sondern nacheinander jede der die Volkswirschaftslehre beherrschenden großen Begriffsreihen und allgemeinen Theorien: die Definition des Volkswohlstandes; die Theorien von der Arbeit, dem Kapital, der Bevölkerung und dem Boden; endlich die Theorien von der Güterverteilung. Und über all das bietet C. neue Gedanken. Ich erwähne deren nur zwei ganz besonders bedeutsame: die Auffassung vom Kapital, die derjenigen Irving Fishers konform ist, und die so scharfe Unterscheidung der beiden von so vielen Schriftstellern seit Ricardo bis auf Bastiat und Leroy-Beaulieu durcheinandergeworfenen Probleme auf dem Gebiete der Güterverteilung: der Frage einerseits nach der Höhe von Lohn, Grundrente und Unternehmergewinn und andererseits nach dem relativen Anteil der Grundbesitzer-, Arbeiter- und Unternehmerklasse am Nationaleinkommen.

Von größter Bedeutung unter C.s Schlußfolgerungen ist die Feststellung der außerordentlichen Verschiedenheit in den theoretischen Anschauungen der behandelten Schriftsteller. In Frankreich und auch in Deutschland hat man sich daran gewöhnt, die englischen Ökonomisten von Smith bis Mill unter der sehr bequemen Bezeichnung „klassische Schule" zusammenzufassen, der man eine Reihe Gemeinsamkeiten zuerkennt, während man, was sie unterscheidet

übersieht. Diese Vereinfachung ist jedoch durchaus unbegründet. Man muß sich entschließen, auf sie zu verzichten. Praktisch stimmen wohl die fraglichen Schriftsteller darin überein, daß sie alle liberal sind; theoretisch aber hat jeder seine besondere Individualität. So vergißt man auch über den berühmtesten unter ihnen (MALTHUS, RICARDO, MILL) die Plejade der anderen, deren Anschauungen oft ganz abweichend waren und die wir heute in mehr als einer Beziehung höher einschätzen als jene (LAUTERDALE, TORRENS, LONGFIELD, MONTIFORT u. a.). Sie alle kennt C. genauest; und nicht minder — wie ein Blick auf den bibliographischen Index zeigt — die französische Literatur der Epoche und sämtliche parlamentarische Blaubücher der Zeit, die sich auf seinen Gegenstand beziehen.

Kurz, m. E. kann man heute die englischen Klassiker der Nationalökonomie nicht mit Nutzen lesen, es sei denn an der Hand C.s. Von ihm geleitet, versteht man eine Menge dunkler Punkte, über die man sonst lang und vielleicht oft ergebnislos nachgrübeln müßte; er beleuchtet die — nicht immer leicht erkennbaren — Schwächen zahlreicher Argumentationen, namentlich bei RICARDO; klärt und vereinfacht so manche Vorstellungsreihe und ermöglicht es so dem Leser, aus dem Studium der Quellen vollen Nutzen zu ziehen und volle Einsicht in die verwickelten Probleme zu gewinnen, welche die ältere Volkswirtschaftslehre so unvollkommen gelöst hat.

Erwähnt sei schließlich noch, daß C. in einem Schlußkapitel die Wirtschaftstheorien der Klassiker und der Gegenwart vergleichend zusammenfaßt.

Montpellier. CHARLES RIST.

PIERRE BIÉTRY, Le socialisme et les jaunes. Paris, Plon 1906. 12°. VI—344 S. (3,50 Fr.).

AUGUSTE PAWLOWSKI, Les syndicats jaunes. Paris, Alcan 1911. 12°. 176 S. (2,50 Fr.).

CHARLES VÉRECQUE, La conquête socialiste du pouvoir politique. Paris, Giard &Brière 1909. 12°. 256 S. (3,50 Fr.).

GUSTAVE HERVÉ, L'internationalisme, ebd. 1910. 12°. 178 S. (2,50 Fr.).

Die gelben Gewerkschaften in Frankreich bekämpfen die roten. Diese stehen auf dem Boden des Klassenkampfes, als Ideal schwebt ihnen der Kollektivismus oder Kommunismus vor; jene wollen die Rechte des Arbeiters durch gütliches Einvernehmen mit den Unternehmern sichern und erklären: die Zukunft werde das Sondereigentum allen zugänglich machen. Die gelbe Bewegung hat 1899 und 1900 unter Leitung PAUL LANOIRS eingesetzt. Ihn hat seit 1902 der ehemals revolutionäre Sozialist PIERRE BIÉTRY verdrängt, ein geschickter und beredter Mann, der auch gegenwärtig noch die Führung der Gelben behauptet und 1906/10 der Deputiertenkammer angehört hat. Seine Darstellung der Entwicklung der gelben Bewegung und ihres Programms (1) ist vorwiegend politischen Charakters und bezweckt die Bekämpfung der Sozialisten sowie der radikalen und der sozialisch-radikalen Parteien, wie denn auch seine kürzlich (1911) erschienene Schrift: „Crépied“ heftige Angriffe gegen den Sozialismus richtet.

Weit genauer und zuverlässiger als B. unterrichtet über den gleichen Gegenstand Pawlowski (2), dessen lesenswerte Studie über die Confédération générale du travail ich in diesem „Archiv" (I, S. 211) bereits angezeigt habe. Aber auch er ist vom Bestreben geleitet, die Gelben zu glorifizieren. So läßt er denn eine Reihe wichtiger Punkte im dunkeln: er verschweigt, daß die Politik der Gelben unverhüllt klerikal und antisemitisch ist; und er sagt auch nicht, daß, wie alle unparteiischen Beobachter festgestellt haben, die Mitgliederzahl der gelben Gewerkschaften von deren Führern viel zu hoch beziffert wird. Nichtsdestoweniger muß sein Büchlein als nützlich bezeichnet werden.

Vérecque (3) ist tätiges Mitglied der sozialistischen Partei im Nord-Departement. Ein treuer Anhänger Jules Guesdes und wie dieser bestrebt, die reine Lehre von Karl Marx zu bewahren, will er in der angezeigten Schrift die marxistische Lehre über den Staat präzis darlegen, ohne sie durch irgend einen neuen Gedanken zu ergänzen. Ihm ist der Gegenwartsstaat lediglich ein Klassenstaat mit der Bestimmung, die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat zu erhalten. Wesentliches Ziel des Proletariats müßte daher die Eroberung der Staatsgewalt sein, und die Anarchisten sowie die Anhänger des Generalstreiks begingen einen schweren Fehler und verzögerten die Emanzipation der Arbeiterklasse, wenn sie diese von dem Kampf mit dem Stimmzettel und im Parlament ablenken. Sei erst einmal die Eroberung der öffentlichen Gewalt vollzogen und die soziale Revolution siegreich, dann werde freilich, wie es Marx vorausgesagt habe, der Staat verschwinden.

Hervé (4), der berühmte Apostel des Antimilitarismus und Antipatriotismus, der Herausgeber der durch ihre heftige Sprache charakteristischen Zeitschrift „La guerre sociale", tritt uns im vorliegenden Büchlein als ruhiger und ernsthafter Theoretiker entgegen. Nach einer kurzen geschichtlichen Einleitung schildert er die Grundlage des zeitgenössischen Internationalismus: wissenschaftliche Entdeckungen; Entwicklung der Verkehrsmittel; Entstehung zahlreicher Produktionen, die auf den Weltmarkt gewiesen sind. Wie der kapitalistische Internationalismus stetig zunimmt und sich festigt, so wächst denn auch parallel die Arbeiter-Internationale, nach ersten tastenden Versuchen in den Jahren 1864—1872. Die sozialistische sowohl wie die gewerkschaftliche Internationale gewinnen fortwährend an innerer Kraft. Das Esperanto wird vielleicht zur Universalsprache werden. Und so sieht denn der Verf. die Welt einer Federation der Menschheit zustreben, die entweder durch den Kapitalismus oder, wie Hervé es wünscht, durch das Proletariat verwirklicht werden wird.

Caen. Georges Weill.

Arturo Labriola, Marx nell'economia e come teorico del socialismo. Lugano, Libreria delle „Pagine Libere" 1910. 12°. 263 S. (3 Lire).

Der Verf., der an der Universität Neapel Nationalökonomie lehrt und bereits mehrere Bände Marxstudien herausgegeben hat, beschließt mit vorliegendem Band seine diesbezüglichen Untersuchungen. In der Vorrede bemerkt er im Gegensatz zur Auffassung von Diehl, daß Marx der einzige ge-

wesen sei, der, die Nationalökonomie kritisch und ohne Prämissen betrachtet habe (S. 3). MARX zuerst habe sich das Problem vorgelegt, warum der Mensch die Realitäten des volkswirtschaftlichen Lebens in einer bestimmten Weise sehe und nicht anders. Diesen Ausgangspunkt nicht gehörig beachtet zu haben, daran sei die gesamte bisherige MARXrevision gescheitert (S. 6). Diese und ähnliche Vorbemerkungen könnten darauf schließen lassen, daß L. den Orthodoxen zuzuzählen sei. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Sein unabhängigkeitsdurstiger Geist ist vielmehr bemüht, den Marxismus durchaus selbständig, auch von MARX selber, aufzubauen. Das kommt äußerlich dadurch zum Ausdruck, daß L., wo immer sich auch nur entfernt eine Gelegenheit bietet, der offiziellen Nationalökonomie, der naturallogischen Schule LORIAS, insbesondere aber den Marxisten (KAUTSKY und PLECHANOW), den Positivisten (FERRI) und den Revisionisten (BONOMI, TURATI) eins auswischt. Der Ausdruck ist bewußt gewählt, da die Ausfälle des Verf. häufig über das Ziel weit hinausschießen, manchmal auch vorbeischießen und im Verein mit den häufigen Druckfehlern das Werk beeinträchtigen. Das muß gesagt sein, um andererseits hervorzuheben, daß L. in der Tat ein origineller und häufig auch originaler Denker ist und daß seiner Schrift die Vorzüge aller Schriften des Autors, im höchsten Grade anzuregen und mit neuen Gesichtspunkten aufzuwarten, in hohem Grade anhaften. LABRIOLA lehnt an mehrere Stellen das gesamte ökonomische Lehrgebäude MARXENS mit aller Entschiedenheit ab. Die Nationalökonomie als solche habe heute nichts mehr vom Marxismus zu lernen und müsse ihren Weg allein weitergehen (S. 55). Die Theorie des Mehrwerts wird vom Verf. für uralt und weit vormarxisch erklärt. Daß ENGELS sie im „Anti Dühring“ als eine Entdeckung von MARX angepriesen habe, sei nur als ein weiterer Beweis dafür anzusehen, wie wenig dieser Mann von dem Schaffen seines Freundes und der Wissenschaft selber verstanden habe. Zu verwundern sei nur, daß MARX, der in seinen posthum erschienenen Schriften seine angebliche Entdeckung selbst bis auf die Merkantilisten hinübergeführt habe, jenem Worte ENGELS' nicht widersprochen habe; ein Schweigen, das nur durch Gründe privater Natur zu erklären sei (S. 159). Bei der Gelegenheit erklärt L. ironisch, das marxistische Verdienst ENGELS' habe überhaupt nur darin bestanden, die großen Gedanken MARXENS für die tagespolitischen Bedürfnisse der deutschen Sozialdemokratie zurechtzustutzen.

Dagegen feiert L. MARX als den glänzenden Analytiker der „menschlichen Gesellschaftsordnungen“; was er auf diesem Gebiete geleistet, sichere ihm ewige Jugend zu (S. 196). Fernerhin sei ihm der große Gedanke zu verdanken, daß nur der Kampf Klassenbewußtsein erzeuge. Eine kampflose Klasse sei überhaupt keine Klasse. Daher die Absurdität des Revisionismus mit seiner Theorie der Zusammenarbeit aller Klassen zur Installierung der Sozialreform (S. 201). „La collaborazione distrugge il principio stesso di classe“. Das Klassenbewußtsein entstehe aber „durch die Verhältnisse in moralischer Hinsicht, unter denen der Arbeiter in der Fabrik zu leben gezwungen ist, zumal durch das schwere autoritäre Joch, durch das der Unternehmer ihn niederbeugt“ (S. 208). Diese rein sentimentale Auffassung scheint nun doch nicht zur

Erklärung des Phänomens hinzureichen. Es ist vielmehr die vom Verf. selbst anderen Ortes (s. seinen Band: Il Capitalismo, Turin 1910, S. 348) sehr richtig aufgezeigte Tatsache der Unabänderlichkeit der Klassenstellung, hervorgerufen durch die Trennung der Produzenten von den ihnen zeitlebens unerschwinglichen Produktionsmitteln der Großindustrie, welche im gebildeten und nachdenkenden Proletarier die Stimmung des Gegensatzes zum Kapital erzeugt. Das Klassenbewußtsein, dieser einzig revolutionäre Faktor in der Arbeiterbewegung, findet aber nur mit der Vergesellschaftung selbst seinen Abschluß. Die reformistische Taktik, die hauptsächlich auf das nebensächliche Ziel der Verbesserung des reinen Arbeitsverhältnisses (Brotfrage) hinzielt, wirkt in Wirklichkeit revolutionierend, da sie mit Konzessionen aufräume und, wenn auch widerwillen, das Klassenprinzip des Gegensatzes in seiner ganzen Reinheit erscheinen lasse (S. 212). Den Betrachtungen über das Wesen der Klasse folgt ein äußerst flüchtiger und deshalb mißglückter Vergleich zwischen Klassenbewußtsein und Nationalbewußtsein (S. 211). Im Schlußkapitel, das er „Il momento critico del marxismo" betitelt, verficht L. insbesondere die These, der heutige Marxismus habe bei Strafe des Unterganges vor allen Dingen sich gegen den Staat zu wenden. Hier revidiert L. den Staatsbegriff der Altmarxisten und kommt den Marxgegnern insofern näher, als er dem modernen Staat eine eigene, von den Kapitalisten unter seinen Bürgern mehr oder weniger unabhängige, wenn auch mit kapitalistischen Mitteln arbeitende Funktion vindiziert. Der Staat werde immer reicher und mächtiger (hier stellt L. auf S. 253 noch die merkwürdige Behauptung auf, es genüge schon zu wissen, daß der Staat absolut reicher werde, um eine staatsfeindliche Haltung einzunehmen; die Frage, ob am Ende die Bürger im Verhältnis noch schneller an Wohlstand wüchsen, interessiere deshalb gar nicht) und drücke auf alle Volksklassen. Diese Entwicklung nicht erkannt zu haben und den Staat für alle ihre Wünsche blindlings in Anspruch zu nehmen, auf diese Weise seine Machtbefugnisse über Gebühr erweiternd, das sei die Klippe, an der die Marxjünger gestrandet seien, soweit sie sich in praktischer Politik versucht hätten.

Turin. ROBERT MICHELS.

ERWIN SZABÓ, A töke és a munka harca. (Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit). Budapest, Sigm. Politzer & Sohn 1911. 126 S. (80 h).

Ich habe den Verf. schon bei Besprechung der von ihm herausgegebenen „Ausgewählten Werke von MARX und ENGELS" (in diesem „Archiv", I, S. 218ff.) als besten Kenner des Sozialismus auf ungarischem Boden bezeichnet. Dieses Urteil kann ich angesichts des vorliegenden dem Umfange nach kleinen, aber inhaltlich sehr wertvollen Buches nur wiederholen. Ohne jede Trockenheit oder schulmäßig-pedantische Systematisierung, mit einer bei wissenschaftlichen Arbeiten überraschenden Lebendigkeit und in schwungvoller Sprache, dabei aber auf Grund eindringender Kenntnis des Gegenstandes geschrieben, darf es nicht nur als gleichwertig an die Seite der ähnlichen ausländischen Arbeiten sondern ohne Bedenken über viele weitverbreitete gleichartige populäre Einführungen gestellt werden.

Sz. behandelt die Frage des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, also die große Frage des Sozialismus. Er schildert zuerst den Grund dieses Kampfes, spricht von den Gegnern, der ersten Besinnung und späteren Entfaltung der Arbeitermassen, geht sodann über zur Darstellung der Mittel und Wege sowie der entwicklungsgeschichtlichen und traditionellen Unterschiede der Arbeiterbewegungen, legt das Gemeinsame in diesen Bewegungen klar, gibt Aufschluß über das Verhalten der Arbeitgeberschaft und die Richtung der staatlichen Intervention und schließt mit einigen Worten über die zukünftige Entwicklung.

Wohl bietet Sz.s Schrift dem Kenner sachlich nichts Neues. Darum kann es sich aber auch bei einem populärwissenschaftlichen Buche gar nicht handeln. Die Art jedoch, wie Sz. seine Ansichten formuliert und wie er die Beweise für sie erbringt, ist neu, originell und leicht verständlich sowie dabei wissenschaftlich unanfechtbar. Wie einleuchtend ist beispielsweise seine Besprechung der sog. Verelendungstheorie und wie klar beweist er die ganze Vergeblichkeit des größeren Arbeitslohnes und der kürzeren Arbeitszeit, welche bekanntlich die beiden Achsen jeder Arbeiterbewegung bilden! Diese Ausführungen wie besonders jene, die mit der „action directe", den Arbeitseinstellungen und dem diametralen Gegensatz zwischen wirtschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung sich befassen, dienen insgesamt zur Klarlegung seines bekannten Standpunktes, durch den er in Gegensatz zur herrschenden Richtung der Arbeiterbewegung geraten ist. Der tiefgehende Unterschied zwischen der theoretischen Auffassung Sz.s und der anderer sozialistischen Schriftsteller mag von den offiziellen, orthodoxen, „politischen" Sozialisten mißbilligt werden. Nichtsdestoweniger und gerade deshalb wird das besprochene Büchlein zweifellos zur Klärung der Ansichten des großen Publikums, das in Hinsicht seiner Ideen den Sozialismus für eine einheitliche Richtung hält, beitragen. Für einen großen Leserkreis geschrieben, wird es auch von Fachmännern gerne als Hilfswerk benützt werden; nicht zum wenigsten auch wegen seiner sorgfältig zusammengestellten Bibliographie.

Debrecen. G. Kovács.

Berichtigung.

In Bd. I, Heft 3 dieses Archivs (S. 427, Fußnote) hatte ich die Bemerkung gemacht, daß Dr. Franz Oppenheimer in seiner Polemik gegen Diehl auffallenderweise zwei Stellen bei Ricardo nicht berücksichtigt hätte.

Nachträglich habe ich festgestellt, daß diese Bemerkung auf einem Versehen meinerseits beruht. In seiner Schrift „David Ricardos Grundrententheorie" hält sich Dr. Oppenheimer auch bei jenen Stellen länger auf. Nur, daß er ihnen eine von der meinigen abweichende Deutung gibt.

Berlin. L. v. Bortkiewicz.

Chronik.

Juli 1910 — Juni 1911.

I.

Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Kopenhagen.

28. VIII. — 3. IX. 1910[1]).

Auf dem Kongreß waren folgende Länder vertreten: Argentinien (1), Belgien (26), Böhmen (44), Bulgarien (7), Dänemark (146), Deutschland (189), Finnland (19), Frankreich (49), Großbritannien (84), Holland (14), Italien (9), Norwegen (31), Österreich (65), Polen (24), Rumänien (2), Rußland (39), Schweden (86), Schweiz (13), Serbien (3), Spanien (5), Türkei-Armenien (2), Ungarn (14), Vereinigte Staaten (24).

Beschlossen wurden Kundgebungen gegen: „das Verhalten der Oligarchie und die schmachvollen politischen Zustände Argentiniens"; die Unterdrückungsmaßregeln der Regierung Japans gegen die „sozialistische Bewegung dieses Landes, die den wahren Charakter dieser Regierung als einer Mischung absolutistischer Willkür mit kapitalistischer Brutalität enthüllen"; „die barbarische und schmähliche Politik der russischen Regierung und der reaktionären Vertreter der besitzenden Klassen in der Duma und im Reichsrate . . gegen die Autonomie und die demokratischen Freiheiten Finnlands"; die barbarische Unterdrückung der Sozialisten in Spanien, spez. in Barcelona, und den Justizmord gegenüber Ferrer; die „verwerfliche und koloniale Politik der europäischen Staaten" gegenüber der Türkei und „die reaktionäre Politik der jungtürkischen Regierung, besonders auch gegen die wider die Gewerkschaftsorganisationen und Streiks gerichteten Gesetze"; das reaktionäre und auf die Vereitelung der konstitutionellen Bewegung in Persien gerichtete Treiben des russischen Zarismus; gegen jeden neuen Feldzug von fran-

---

1) Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910. — Die eingeklammerten Ziffern bei den einzelnen Ländern geben die Zahl der Delegierten an.

zösischer und spanischer Seite in Marokko, dem sich „die sozialistischen Parteien aller Länder und besonders die Frankreichs und Spaniens aufs allerschärfste widersetzen sollen“; die Häufung der Fälle von Verletzung des Asylrechts für politische Flüchtlinge unter nichtigen Vorwänden in verschiedenen Staaten, insbesondere unter dem Einfluß Rußlands; „wider die Barbarei der Todesstrafe“.

Ferner folgende Resolutionen über:

I. Die Sicherung des Weltfriedens.

„Der Kongreß stellt fest, daß innerhalb der letzten Jahre die militärischen Rüstungen trotz der Friedenskongresse und Friedensbeteuerungen der Regierungen eine ungeheuerliche Steigerung erfahren haben. Insbesondere das Wettrüsten zur See, dessen jüngste Phase der Bau der Dreadnoughts ist, bedeutet nicht nur eine wahnsinnige Vergeudung der öffentlichen Mittel für unproduktive Zwecke und infolgedessen den Mangel und den Ausfall von Mitteln für die Ausgaben der Sozialpolitik und der Arbeiterfürsorge, es bedroht auch alle Nationen mit materieller Erschöpfung durch unerträgliche indirekte Steuerlasten und alle Staaten mit dem finanziellen Ruin. Zugleich wurde gerade durch diese Rüstungen der Friede der Welt erst jüngst gefährdet, wie er dadurch immer von neuem gefährdet werden muß. Angesichts dieser die Kultur der Menschheit, den Wohlstand der Völker und das Leben der Massen bedrohenden Entwicklung, bestätigt der Kongreß die Beschlüsse der früheren, insbesondere des Stuttgarter Kongresses und wiederholt: Die Arbeiter aller Länder haben keine Zwistigkeiten oder Mißhelligkeiten untereinander, die zu einem Kriege führen könnten. Kriege sind heute die Folge des Kapitalismus, besonders des äußeren Konkurrenzkampfes der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkt, und des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft im Innern und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist. Sie werden erst vollständig aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist. Die Arbeiterklasse, welche die Hauptlast der Kriege trägt und von deren Folgen am schwersten betroffen wird, hat das größte Interesse an der Beseitigung des Krieges. Das organisierte sozialistische Proletariat aller Länder ist darum der einzige zuverlässige Bürge für den Frieden der Welt. Deshalb wiederholt der Kongreß die Mahnung an die Arbeiterparteien aller Länder, die Aufklärungsarbeit über die Ursachen der Kriege im gesamten Proletariat, vor allem unter der heranwachsenden Jugend, mit Eifer zu betreiben und diese im Geiste der Völkerverbrüderung zu erziehen. — Indem der Kongreß festhält an der wiederholt ausgesprochenen Verpflichtung der sozialistischen Vertreter in den Parlamenten, die Rüstungen mit allen Kräften zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, erwartet er von diesen Vertretungen: a) die beständige Wiederholung der Forderung, daß internationale Schiedsgerichte obligatorisch in allen zwischenstaatlichen Streitfällen entscheiden; b) immer erneuerte Anträge, die auf die allgemeine Abrüstung hinzielen, zunächst und vor allem auf den Abschluß einer Übereinkunft, durch welche die Seerüstungen beschränkt und

das Seebeuterecht beseitigt werden; c) das Verlangen auf Abschaffung der geheimen Diplomatie und die Veröffentlichung aller bestehenden und künftigen Verträge und Abmachungen zwischen den Regierungen; d) das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und deren Verteidigung gegen kriegerischen Angriff und gewaltsame Unterdrückung. — Das Internationale Sozialistische Bureau wird alle sozialistischen Vertretungen im Kampf gegen den Militarismus mit Materialien unterstützen und gegebnenfalls auf ein gemeinsames Vorgehen hinwirken. Für den Fall kriegerischer Verwicklungen bestätigt der Kongreß den Stuttgarter Beschluß, der lautet: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen weist der Kongreß das Bureau an, bei drohender Kriegsgefahr sofort die nötigen Schritte einzuleiten, um zwischen den Arbeiterparteien der betroffenen Länder das Einvernehmen über ein einheitliches Vorgehen zur Verhütung des Krieges herbeizuführen."

(Einstimmig angenommen.)

Über das Amendement des Franzosen Vaillant und des Engländers Keir-Hardie zu dieser Resolution, lautend:

„Unter allen Mitteln, welche angewendet werden sollen, um Kriegen vorzubeugen und sie zu verhindern, hält der Kongreß besonders zweckmäßig den allgemeinen Streik der Arbeiter, hauptsächlich in den Industrien, welche für den Krieg die Materialien liefern (Waffen, Munition, Transport usw.), ebenso eine Agitation und Aktion im Volke, und zwar mit den kräftigsten Mitteln",

beschloß der Kongreß — ebenfalls einstimmig — daß dasselbe „dem Internationalen Sozialistischen Bureau zum Studium überwiesen wird und daß dieses über die Vorschläge, die es enthält, dem nächsten Internationalen Sozialisten-Kongreß Bericht erstattet."

II. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

„Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich - kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national - separatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale Sozialistische Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbar interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu ebnen, in einem Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit."

Bei nationsweiser Abstimmung angenommen mit den Stimmen aller Nationen (222), darunter den 2 Stimmen der tschechischen Minorität, gegen die 5 Stimmen der tschechischen Mehrheit, bei 7 Stimmenthaltungen (5 finnländischen [3 waren pro abgegeben] und 2 von Türkei-Armenien) [1]).

* * *

Zur Vorgeschichte dieser Resolution.[1])

Die Reichskommission der Gewerkschaften Österreichs hatte sich

---

1) Abs. I u. III waren von der Reichskommission der Gewerkschaften Österreichs als Resolutionsentwurf dem Kongreß vorgelegt worden; Abs. III wurde auf Antrag von Walecki (Pole) und Plechanoff (Russe), Abs. IV auf Antrag der belgischen Delegation eingefügt. Die tschechische Minderheit hatte in der Kommission gegenüber dieser Resolution der Mehrheit folgende Formulierung beantragt:

„Da es sich in der Resolution der deutschen Genossen in Österreich hauptsächlich in ihrem Schlußabsatze (dh. Abs. III.) um eine Frage von größter Bedeutung handelt, welche ohne eine gründliche Untersuchung und Kenntnis der Verhältnisse in Österreich nicht entschieden werden kann, und der Resolutionsantrag der Wiener Gewerkschaftskommission nur die Herausreißung eines Teiles der Stuttgarter Resolution bedeutet, womit sie zu einer einseitigen Auslegung zum Schaden gleich wichtiger in der Resolution enthaltenen Prinzipien führt, und schließlich in Anbetracht dessen, daß nicht nachgewiesen wurde, daß sich die böhmische politische Partei unberechtigt in die Gewerkschaftsbewegung eingemengt hat, beantragen wir: Der Kongreß möge den Antrag der Gewerkschaftskommission in Wien dem Internationalen Sozialistischen Bureau als eine interne Angelegenheit der Parteien in Österreich zuweisen, welche dem Bureau gründliche Berichte zur Untersuchung und Beurteilung vorlegen würde. — Sollte es bis zum nächsten Kongresse zu einer Regelung der streitigen Angelegenheit in Österreich nicht kommen, erstattet das Internationale Bureau dem Kongreß über seine Untersuchung Bericht und stellt eventuell entsprechende Anträge."

(Abgelehnt mit 15 gegen 9 [7 tschechische und 2 finnische] Stimmen).

beim Kongreß beschwert: seit der 1894/97 vollzogenen Gliederung der österreichischen Sozialdemokratie in nationale Organisationen seien auf tschecho-slavischer Seite Bestrebungen hervorgetreten, die Entwicklung der Zentralgewerkschaften zu hemmen und diese ebenfalls in nationale Sonderorganisationen zu zerreißen. 1897 schon sei eine tschecho-slavische Gewerkschaftskommission mit dem Sitze in Prag errichtet worden nnd 1905 — bei der internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre in Amsterdam — habe deren Vertreter, ohne vorherige Verständigung der Reichskommission, „die Anerkennung der tchechoslavischen Gewerkschaftskommission als einer zweiten Zentralstelle der nationalen Sonderorganisationen in Österreich“ gefordert. Allerdings erfolglos.

Habe die tschechische Sozialdemokratie bis dahin jede — offizielle — Einmengung „in diesen vorwiegend gewerkschaftlichen Konflikt vermieden, . . . obschon ihre Wortführer inoffiziell diese gewerkschaftspaltenden Bestrebungen eifrig förderten“, so sei es seither und namentlich seit Beginn des Jahres 1910 anders geworden. Und die Reichskomission unterbreitete dem Kongreß nachfolgende Dokumente zur Beurteilung der Sachlage:

„Forderungen der Prager Gewerkschaftskommission im Jahre 1905.

„Die tschechische Gewerkschaftskommission in Prag schlägt zur Beilegung der Differenzen zwischen der Gewerkschaftskommission in Wien und der Gewerkschaftskommission in Prag, zur Verhütung innerer Erschütterungen, Schädigungen und Kämpfe in den einzelnen Reichsorganisationen sowie zur gegenseitigen Sicherung der Gleichberechtigung für die Angehörigen aller Nationalitäten folgendes vor: I. a) Die Anerkennung und Gründung autonomer Gewerkschaftskommissionen mit dem Wirkungskreis für alle Angehörigen ihrer Nationalität. b) Die Anerkennung einer internationalen Generalkommission der Gewerkschaften in Österreich, zusammengesetzt aus Vertretern der nationalen Gewerkschaftskommissionen, in deren Wirkungskreis alle den Rahmen der einzelnen nationalen Kommissionen überschreitenden Angelegenheiten gehören würden. Dieser Kommission würde namentlich die Erhaltung und Verbindung mit anderen Gewerkschaftsorganisationen außer Österreich sowie die Bestimmung der Vertreter zu den Kongressen und Konferenzen der Arbeiter im Ausland obliegen. — II. Die Vertreter der obenbezeichneten, in der tschechischen Gewerkschaftskommission vertretenen Organisationen erkennen unter nachfolgenden Bedingungen folgende Formen der Gewerkschaftsorganisation an: 1. Die Organisation nationaler Gewerkschaftsvereine und Verbände. 2. Die Organisation der Reichsunionen. 3. Die Organisation der Reichsverbände. 4. Die Organisation der Reichsvereine und internationaler Kartelle. a) Die Leitungen der gewerkschaftlichen Reichsorganisationen werden in ihrer Tätigkeit und Presse vollständige nationale Gleichberechtigung —

das Ziel der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich — beobachten. Den einzelnen Nationalitäten wird nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl eine relative Vertretung in den Vorständen, an den Gewerkschaftskongressen und an den internationalen Konferenzen gewährleistet. — Die Zentralvorstände werden in ihren Jahresberichten und internationalen Publikationen die Statistik ihrer Mitglieder nach einzelnen Nationen führen. b) Jeder Nationalität wird das Recht garantiert, sich ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen in dem Verbands- und Vereinsstatut ihre Agitations- und Lohnkomitees zu wählen: Diesen obliegt: die Verwaltung des Fachblattes, das in ihrer Muttersprache herausgegeben wird; die Wahl der Redakteure, Sekretäre und honorierten Vertrauensmänner; die Entscheidung über lokale Streiks, soweit sie sich auf Angehörige ihrer Nation beschränken und auf solche Betriebe, welche in anderen Ländern des Reiches ihre Haupt- oder Nebenbetriebe nicht haben. c) Die Vorstände machen keine Hindernisse bei Errichtung nationaler Ortsgruppen, sobald sich in irgend einem Orte oder Stadtbezirk, wo eine Ortsgruppe derselben Nationalität und Gewerkschaft nicht besteht, 30 Mitglieder anmelden, wenn den Zahlstellen, Ortsgruppen oder Lokalvereinen, die der Reichsorganisation angehören, freigestellt wird, welcher Gewerkschaftskommission sie die für die Kommissionen normierten Beiträge leisten wollen."

Antwort der Reichsgewerkschaftskommission.

„Die Reichsgewerkschaftskommission erklärt nach gründlicher Prüfung der von der Prager Kommission vorgelegten Vorschläge: Die Reichsgewerkschaftskommission ist der selbstverständlichen Ansicht, daß es ihre und der Zentralorganisationen Aufgabe ist, den sprachlichen Bedürfnissen der Mitglieder in jeder Weise Rechnung zu tragen. — Sie erklärt weiter: 1. An den von den Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschlüssen, die Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung durchzuführen, unbedingt festzuhalten. 2. Da sich der von der Prager Gewerkschaftskommission vorgelegte Organisationsentwurf auf Gründung selbständiger nationaler Gewerkschaften und Reichsorganisationen gegen die Zentralisation richtet und dessen Verwirklichung eine schwere Schädigung der gesamten Gewerkschaftsbewegung zur Folge haben müßte, sind die Zentralorganisationen zu veranlassen, diesen die Interessen der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation schädigenden Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. 3. In Konsequenz der Organisationsbestimmungen und der Bedürfnisse des gewerkschaftlichen Kampfes nach Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft sind alle jene Organisationen, die sich durch Gründung eigener Lokal-, Landes- oder Reichsvereine von der Zentralorganisation loslösen, als außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften Österreichs stehend zu betrachten und sind mit diesen Organisationen keine Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen. 4. Den Bestrebungen der tschechischen Gewerkschaftskommission, ihre Tätigkeit über den tschechischen Teil Böhmens hinaus auszudehnen und sie zu einer tschechischen Reichsgewerk-

schaftskommission zu gestalten, ist mit allem Nachdruck entgegenzuwirken, da diese Bestrebungen nicht allein in Widerspruch mit den von den allgemeinen Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschlüssen stehen, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung aller Berufe schädigen und den erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf arg beeinträchtigen. 5. Die Haltung des Vertreters der Reichskommission auf der internationalen Konferenz der Gewerkschaftssekretäre in Amsterdam gegen die Zulassung eines Vertreters der tschechischen Gewerkschaftskommission zu den internationalen Gewerkschaftskonferenzen ist durch die Entscheidungen der Stuttgarter und Dubliner Konferenz begründet und steht mit diesen Beschlüssen vollkommen im Einklang. Mit Rücksicht darauf billigt die in Brünn versammelte Reichsgewerkschaftskommission ausdrücklich die von ihrem Vertreter in Amsterdam eingenommene Haltung, die den Bedürfnissen der gewerkschaftlichen Taktik der Zentralorganisation entspricht."

Der außerordentliche allgemeine Gewerkschaftskongreß im Jahre 1905 entschied über das tschechische Gewerkschaftsprogramm mit folgender Stimmenzahl:

Für das Programm wurden abgegeben . .	2.364	Stimmen
Gegen " " " .	197.202	"
Der Abstimmung enthalten haben sich die Vertreter von	30.686	"
Abwesend waren die Vertreter von . . .	8.640	"

Resolution der Separatisten.

Die am 27. und 28. III. 1910 in Prag abgehaltene Konferenz der Vertretung der tschechoslavischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärte in Hinblick auf den Streit über die Form der Gewerkschaftsorganisation im Wesen folgendes:

„. . . Sich stützend auf die Grundprinzipien der Internationale, die die absolute Gleichberechtigung, Eigenberechtigung und selbständiges Entscheiden sowohl des einzelnen als auch ganzer Völker überall und in allem propagiert, beharrt die tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei auf ihrem durch nichts beschränkten Rechte, in allen ihren politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zu entscheiden, wobei sie erklärt, so wie bisher auch weiterhin die beim gemeinsamen Vorgehen in Klassenkämpfen notwendige Solidarität mit dem international organisierten Proletariate aller Volksstämme der ganzen Welt nicht aus dem Auge verlieren zu wollen. Diese Verselbständigung der tschechischen Organisation in politischem Belange heischte auch als natürliche Konsequenz die Verselbständigung der gewerkschaftlichen Organisation. Die tschechische Sozialdemokratie, deren politische und gewerkschaftliche Bewegung wesentlich ein sich gegenseitig ergänzendes Ganzes bildet, konnte nicht in zwei Teile gespalten bleiben, von denen einen die tschechische Zentralstelle in Prag, den anderen die deutsche Zentralstelle in Wien leitet. Trotz aller

programmatischer Einheitlichkeit gibt es eine so unterschiedliche Entwicklung und infolgedessen so unterschiedliche Notwendigkeiten zwischen dem tschechischen und deutschen Proletariate, daß daraus naturgemäß auch eine verschiedentliche organisatorische und administrative Technik und Taktik hervorgeht. Da es nicht möglich ist, diese widerstrebenden Interessen in vielsprachigen zentralisierenden Organisationsformen zu vereinigen, entstehen daraus unaufhörliche innere Streitigkeiten, welche gegenseitiges Mißtrauen hervorrufen, das dann die Schlagfertigkeit und die Kampfenergie des ganzen Proletariates lähmt . . ."

Resolution der Zentralisten.

Die am 3. u. 4. IV. 1910 in Brünn abgehaltene Konferenz der tschechischen sozialdemokratischen Angehörigen der zentralen Gewerkschaftsorganisationen in Österreich hat über die Ereignisse, die sich in der letzten Zeit in Mähren abspielten, beraten und erklärt:

„1. Der oberste Grundsatz der Organisation des Kampfes des tschechischen Proletariats muß unbedingt der Grundsatz des Klassenkampfes und des Internationalismus sein. — Die Konferenz erklärt feierlich, sich mit aller Entschiedenheit immer und überall für die Wahrung proletarischer Solidarität der klassenbewußten, international fühlenden Arbeiterschaft einzusetzen. — In der Erweckung und in der Pflege des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft, in der Aufklärung der Arbeiterschaft über ihre Stellung im Klassenstaat, in ihrer Stärkung für den Kampf um die Ersetzung der privatkapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische, für den gemeinsam mit den Proletariern aller Nationen geführten Kampf erblicken wir die erhabenste und die gemeinsame Aufgabe sowohl der gewerkschaftlichen als auch der politischen Organisationen des Proletariats. Darum haben wir dem Sozialismus, darum dem Internationalismus, darum der Klassensolidarität unser Leben geweiht und darum erklären wir von neuem, daß wir auf diesen Grundsätzen unerschütterlich verharren. 2. Im praktischen Vorgehen aber ist eine Teilung der Arbeit zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation unbedingt notwendig. Sollen beide Richtungen der proletarischen Aktion die Möglichkeit zu wirksamer und erfolgreicher Arbeit haben, so ist es nicht zulässig, daß einer von ihnen die Souveränität in der Entscheidung über ihre Aktionen eingeschränkt werde. Besonders der gewerkschaftliche Kampf verträgt keine Bevormundung, weil er ausschließlich durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Proletariats, denen er dient, und durch die Verhältnisse unter den Unternehmern bestimmt wird. Jede gewerkschaftliche Organisation, die sich in der Regelung ihrer Angelegenheiten von anderen Rücksichten leiten läßt, verliert die Beweglichkeit, wie die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Kampfe. Sowie die Kraft der Unternehmer außer aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln, aus ihrer anarchischen Benützung, aus dem besonderen Schutz durch den Staat und die Regierung auch und nicht zuletzt aus ihrer festen internationalen Organisation entspringt, in der über ein gemeinsames Vorgehen politische Gegner, ja durch

Nation und Religion ganz verschiedenartige Elemente beraten: so fließt die Macht des Proletariats aus seinem Klassenbewußtsein und aus der Einheitlichkeit der Organisation. Der Konzentration des Kapitals stellen wir die Konzentration unserer Kraft entgegen, der Konzentration der Ausbeuter die Konzentration der Ausgebeuteten, der Konzentration der Ausbeuterbrutalität die Konzentration der proletarischen Opferwilligkeit und Begeisterung. — Nur durch eine wahrhaft internationale einheitliche Organisation ist es möglich, jene zwei Millionen Arbeiter in Österreich zu gewinnen, die, obzwar reif für die Organisation, für sie noch nicht gewonnen sind. Für den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wie für die Agitation in diesem von den nationalen Streitigkeiten des Bürgertums verhetzten Staate ist eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation ein Lebensbedürfnis. — Separatistische Gewerkschaftsorganisationen, deren Grundgedanke die Teilung der Arbeiter nach ihrer nationalen Zugehörigkeit ist, gefährden die Einheit des Vorgehens und die internationale Solidarität und darum können wir von unserem internationalen und Klassenstandpunkt aus nicht für sie sein. — Wir grüßen unsere proletarischen Brüder der übrigen Nationen in Österreich und erklären ihnen, daß wir in dem gemeinsamen Kampfe, in dem gemeinsamen Vormarsch verbleiben und daß wir gemeinsam mit ihnen unter der Fahne der einheitlichen zentralen Organisationen des Proletariats aller Nationen Österreichs weitere Erfolge erringen wollen. Treue um Treue.“ [1])

1) In der Resolution hieß es dann noch weiter:

„Die bevorstehende Wendung im wirtschaftlichen Leben muß das Proletariat gewerkschaftlich gerüstet finden; die bessere Konjunktur darf nicht ohne Erfolge vorübergehen, die aber durch eine Zerreißung der Gewerkschaftsorganisationen gefährdet und verhindert werden. Darum laden wir schon jetzt vor der ganzen proletarischen Öffentlichkeit die Verantwortung für alle Folgen auf jene, die zur Spaltung raten und für sie Propaganda machen. 3. In politischer Hinsicht waren wir bisher, sind und bleiben wir aus Überzeugung und mit Begeisterung Mitglieder der tschechischen Sozialdemokratie. Wir fordern unsere Anhänger auf, überall fleißig ihre Pflichten gegen die Partei zu erfüllen, die dem tschechischen Proletariat so viele Erfolge errungen hat. Um so schwerer tragen wir es, daß sich die Parteivertretung zu einer Kundgebung hinreißen ließ, die die Angehörigen der zentralen Gewerkschaften als Genossen, die in der Partei bloß geduldet werden, erklärt. Über das gewerkschaftliche Vorgehen zu entscheiden, ist durchaus nicht das Recht der politischen Organisation; hier können wir nur die Entscheidung unserer Gewerkschaftskongresse anerkennen. Aber noch nirgends und von niemandem, auch nicht von der Parteivertretung ist bewiesen worden, daß wir durch unsere Zugehörigkeit zu den zentralen Organisationen die Einheit der Partei gefährden oder daß wir irgend ein sozialistisches Prinzip verletzen. Wir erklären darum die Resolution, die die tschechische Parteivertretung am 28. März 1910 beschlossen hat, für eine unbegründete und durchaus unverdiente Beleidigung ehrlicher und zuverlässiger tschechischer Genossen, die der

Kundgebung der Landeskonferenz der tschechischen Vertrauensmänner für die Einheit der Partei.

Bei Anwesenhet von 436 Vertrauensmännern der politischen Lokalorganisationen aus ganz Böhmen und von Vertretern der leitenden Institutionen der tschechischen Sozialdemokratie wurde mit allen gegen 7 Stimmen folgende

Erklärung

angenommen:

„Die am 15. u. 16. V. 1910 in Prag abgehaltene Landeskonferenz der Vertrauensmänner der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Böhmen begrüßt und billigt vollauf den Beschluß der Parteivertretung, in dem der Wille und der Grundsatz ausgesprochen wurden, daß ein fester Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Bewegung mit der politischen Partei erzielt werden soll, wozu man um so sicherer gelangen kann, wenn sich die tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei auf ihre autonomen Gewerkschaftsorganisationen stützen wird, wie dies bei den Genossen anderer Nationen, Länder und Staaten der Fall ist. — Es ist ein Lebensbedürfnis für unsere Partei, daß dieser Grundsatz zum leitenden Losungswort unserer ganzen Partei und aller Parteigenossen werde und daß durch Taten verwirklicht werde, was für die Entwicklung und die Erfolge des tschechischen organisierten Proletariats höchst wünschenswert ist. — Die Landeskonferenz ist der Überzeugung, daß die Weltinternationale, an der die tschechoslawische Sozialdemokratie innig hängt, um so mehr gestärkt werden wird, je stärker ihre nationalen Bestandteile sein werden, und ebenso wird die Internationale in Österreich gestärkt werden, wenn sich die Arbeiterschaft aller Nationen auf ihre selbständigen und geeinten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stützen wird. — In diesem Sinne mögen die Genossen und Organisationen arbeiten, von diesem Geiste sei das ganze tschechische Proletariat beseelt!“

Partei schon zahlreiche Dienste geleistet haben. Wir fürchten, daß die Parteivertretung der Partei durch solche Unterscheidungen unter den Genossen einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat, weil dadurch Verbitterung und Kränkung dorthin getragen wird, wo freudige Begeisterung leben und wirken soll. Wir erfüllen unsere Pflicht, wenn wir die Parteivertretung und damit die ganze Partei auf diese Situation aufmerksam machen. — Trotzdem aber erklären wir neuerlich und mit aller Entschiedenheit, daß wir selbst uns nicht für minderwertige Genossen halten, daß wir in den Reihen der tschechischen Sozialdemokraten auch weiterhin gewissenhaft wirken werden im Sinne der Klassenforderungen der Arbeiterschaft, im Sinne der Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie.“

Gleichzeitig wurde die Gründung eines eigenen Gewerkschaftsblattes zur „Verteidigung und Aufklärung der Arbeiterschaft im Sinne der zentralen Gewerkschaften“ beschlossen und zu diesem Zweck ein neungliedriger Ausschuß gewählt. (Aus d. Wiener „Arbeiter-Zeitung“ v. 5. IV. 1910.)

III. Internationale Solidarität.

„In Anbetracht des hervorragend internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer festgehalten worden sind, fordert der I. S. K. von Kopenhagen die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterschaft des Landes, in dem der Streit entbrannt ist, diesen aus eigener Kraft offenbar nicht durchfechten kann, die kämpfenden Genossen so kräftig als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeitersolidarität in dieser Weise in der Tat zu erfüllen.

Je näher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals wird in Riesen-Trusts, in Kartellen und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert. Die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue umfassendere Formen an. Gewerkschaftliche Massenkämpfe, von Riesenaussperrungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1909, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald dort entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterschaft eines ganzen Landes oder eines ganzen Gewerbes ohne internationale Unterstützung der Übermacht des Kapitals unterliegen müßte, ihre ganze Kraft einsetzen kann.

Der Kongreß empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale, zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeitersolidarität die zweckmäßigsten sind. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongreß:

Das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus. Die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können. Die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen hat, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem Laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterschaft überall wachzurufen und um den allzuoft direkt erlogenen „Neuigkeiten“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienst des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden. Auch von diesem Gesichtspunkt aus ist es für die ganze Arbeiterschaft von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse

emporwächst, die Kraft genug besitzt, die beiden Volksschichten von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen."

(Einstimmig angenommen.)

IV. Arbeiterschutzgesetzgebung.

„Die mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter führte Zustände herbei, die ein Einschreiten der Gesetzgebung zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig machten. In keinem Lande erreichten die Schutzgesetze das, was auch nur annähernd im Interesse der Arbeiter dringend geboten ist und was ohne Schädigung der Industrie gegeben werden kann. Der Kongreß erinnert daher an folgende, betreffs der Arbeiterschutzgesetzgebung im allgemeinen schon durch den Pariser Kongreß von 1889 für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts erhobene Mindestforderungen: 1. Einen höchstens achtstündigen Arbeitstag; 2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren; 3. Verbot der Nachtarbeit, außer wenn sie wegen der Natur der Sache aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt geleistet werden muß; 4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter; 5. Verbot des Trucksystems; 6. Sicherstellung des Koalitionsrechtes; 7. eine wirksame und durchgreifende Inspektion der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe unter Mitwirkung der durch die Arbeiter gewählten Personen. — Zwar hatte der Pariser Kongreß zur Folge, daß im Jahre 1890 in Berlin und 1906 in Bern Arbeiterschutzkonferenzen der Regierungen zusammentraten und internationale Verbindungen für Arbeiterschutz gebildet wurden. Aber trotz der vielen Verhandlungen wurden sehr wenig positive Leistungen durch die Gesetzgebung geschaffen, weil die herrschenden Klassen in der Befürchtung, daß ihr Klasseninteresse geschädigt wird, dem Arbeiterschutz entgegenwirken, und das wiewohl durch Arbeiterschutz in keinem Lande irgend ein Erwerbszweig geschädigt ist, vielmehr die Hebung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Arbeiter der allgemeinen Kultur und auch der Unternehmerklasse einen Vorteil bringt. — Um ein Versinken der Arbeiter in Pauperismus zu hindern, forderte der Kongreß zu Amsterdam 1904, daß unter voller Selbstverwaltung durch die Arbeiter und bei gleichartiger Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Nationen in allen Ländern Einrichtungen geschaffen werden, die ausreichende Subsistenz- und Heilmittel den Kranken, Verletzten, Invaliden und Alten gewähren, die den Schwangeren und Wöchnerinnen diejenige Hilfe bringen, die für das Gedeihen des Säuglings und der Mutter geboten ist, und die Witwen und Waisen sowie die Arbeitslosen vor Not bewahren. — Die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze genügen keineswegs den ebenso notwendigen wie berechtigten Anforderungen der Arbeiter. Insbesondere schutzlos sind die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter. Nur durch nachhaltiges Drängen der Arbeiter kann mehr erreicht werden. — Der Kongreß fordert deshalb die Arbeiter aller Länder auf, sie mögen in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft oder in anderen Arbeitszweigen

beschäftigt sein, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen und einen wirksamen Arbeiterschutz durch unablässige Agitation und durch den Ausbau der klassenbewußten Organisationen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erobern.

(Angenommen mit großer Majorität gegen die Stimmen der Engländer.)

V. Die Arbeitslosenversicherung.

„Der Kongreß stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit von der kapitalistischen Produktionsweise untrennbar ist und daß sie nur mit dieser verschwinden wird. Innerhalb des Systems der kapitalistischen Produktionsweise kann es sich daher nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um die Minderung und um die Linderung ihrer Folgen handeln. Der Kongreß fordert die von den Arbeiterorganisationen verwaltete allgemeine, obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben. Die Vertreter der Arbeiterklasse sollen von den öffentlichen Gewalten fordern: 1. Genaue und regelmäßige statistische Feststellungen der Arbeitslosigkeit. 2. In ihrem Umfange ausreichende Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen mit Bezahlung der von den Gewerkschaften anerkannten Löhne. 3. Außerordentliche Unterstützung der Arbeitslosenkassen während der Krise. 4. Keine Leistung an Arbeitslose darf eine Minderung ihrer politischen Rechte zur Folge haben. 5. Errichtung und Unterstützung von Arbeitsnachweiseinrichtungen, in denen die Freiheiten und die Interessen der Arbeiter durch die Gewerkschaften gewahrt werden. 6. Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzgeberische Maßnahmen. 7. Bis zur Verwirklichung der allgemeinen, öffentlichen, gesetzlichen, obligatorischen Arbeitslosenunterstützung haben die öffentlichen Gewalten die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung finanziell zu fördern. Diese Unterstützung darf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in keiner Weise hindern“.

VI. Die Genossenschaftsfrage.

„In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind, die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihre Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft vorzubereiten helfen, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeiter herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt, und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen. — Der Kongreß fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf.

tätige Mitglieder der Konsumvereinsbewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken, daß die Überschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen; daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden; daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden. Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen. In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größere sein werden, je stärker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden müssen. Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer inniger werden".

(Angenommen gegen ganz wenige Stimmen.)

II. Deutsches Reich.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Magdeburg. 18.—24. Sept. 1910[1]).

Angenommen wurden:

außer Anträgen: I. Die Reichstagsfraktion sei zu „eingehender und gründlicher Kritik" der Wahlrechts- und Streikjustiz bei der Beratung des Justizetats aufzufordern"; II. gegen die Vergewaltigung Finnlands durch den Zarismus, den Aufenthalt des Zaren auf deutschem Boden sowie die Maßregeln der preußischen und hessischen Regierungen zu dessen Schutz und gegen die russischen Grenzübergriffe; III. gegen die durch die Zoll- und Agrarpolitik des Reiches hervorgerufene Fleisch- und Brot-

1) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages: Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1910.

teuerung, sowie für die Einleitung einer umfassenden Agitation gegen dieselbe in Frauenversammlungen; IV. für den Schnapsboykott; V. für stärkere Propagierung der Maifeier durch den Parteivorstand; VI. gegen die polizeilichen Verfügungen wider die Jugendbewegung; VII. für eine Verfassung in Elsaß-Lothringen auf Basis voller Autonomie des Landes, mit republikanischer Staatsform, parlamentarischem Regime, einer einzigen Volkskammer auf Grund des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Anwendung des Proportionalverfahrens;

folgende Resolutionen:

I. Zur Budgetfrage.

a) „Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen. Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagsbeschlüsse und eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrecht erhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann. Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtag das Budget bewilligt haben, die allerschärfste Mißbilligung aus. Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unseren sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fern zu bleiben“ [1]).

(Angenommen: Absatz I mit 266 (281) gegen 106 (111); Absätze II—IV mit 301 (319) gegen 70 (73); die Resolution im Ganzen mit 289 (303) gegen 80 (87) Sttmmen.[2])

b) „Wir sind der Meinung, daß, wenn die Resolution des Parteivorstandes angenommen ist und wenn abermals eine Mißachtuug der Resolution vor-

---

1) Die Resolution war beantragt vom Parteivorstand und der Kontrollkommission. 2) Die eingeklammerten Ziffern enthalten auch die Stimmen derjenigen Delegierten, die bei der Abstimmung selbst abwesend, nachträglich zu Protokoll erklärt haben, wie sie gestimmt hätten.

kommt, alsdann die Voraussetzungen des Ausschlußverfahrens gemäß § 23 des Organisationsstatuts[1]) gegeben sind"[2]).

(Angenommen mit 228 (242) gegen 64 (72) Stimmen.)[3])

* * *

Zur Vorgeschichte dieser Resolutionen.

A. Schreiben der Badischen soz.dem. Landtagsfraktion an den soz.-dem. Parteivorstand in Berlin ddto Karlsruhe, 14. Juli 1910.

„W. Genossen! Es wird Ihnen aus den Zeitungen bereits bekannt sein, daß wir heute für das Finanzgesetz gestimmt haben. — Wir haben uns dazu erst heute entschlossen. Ursprünglich waren wir geneigt, das Budget abzulehnen, bis gestern Abend folgende Änderung der Situation eintrat: Der Minister des Innern v. Bodmann wurde gestern Nachmittag in der Ersten Kammer von konservativen und ultramontanen Junkern auf das heftigste angegriffen und als Förderer der Revolution hingestellt, weil er der Sozialdemokratie gegenüber eine Politik der Konzessionen betreibe. Der Minister erwiderte, daß er zwar manche Bestrebungen der Sozialdemokratie bekämpfe, andere aber als berechtigt anerkenne. Er sagte wörtlich: Die Sozialdemokratie sei eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes. Auf Grund dieser Erklärungen lehnte dann die Kammer einen Gesetzentwurf des Ministers ab, der demokratische Reformen der Gemeinde- und Städteordnung gebracht hätte. Heute früh fand dann in der Zweiten Kammer die Beratung des Finanzgesetzes statt. In diesem Augenblick hielten wir es bei den besonderen Verhältnissen für unmöglich, durch Ablehnung des Budgets den Angriff der Junker zu unterstützen, und gaben deshalb folgende Erklärung ab: „Es läge für uns der Gedanke nahe, durch Ablehnung des Budgets dagegen zu protestieren, daß die volle politische Gleichberechtigung der sozialdemokratisch gesinnten mit den anderen Staatsbürgern noch nicht durchgeführt ist. Mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse, wie sie in den letzten Tagen geschaffen worden sind, verzichten wir auf diese Demonstration und stimmen dem Finanzgesetze zu". — Dies zur kurzen Aufklärung. Mit Parteigruß gez.: Geiß.

---

1) § 23 Abs. I d. Organ.-Stat. lautet: „Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisationen oder des Parteitages das Parteiinteresse schädigt". Abs. II/III beziehen sich auf das Ausschlußverfahren. 2) Gemäß Antrags Zubeil—Haase und Genossen, angesichts der Erklärung des Wortführers der badischen Delegierten, Dr. Frank: „Keiner von uns kann Ihnen heute erklären, was geschehen wird in den Budgetabstimmungen der nächsten Jahre, das ist eine Folge der Verhältnisse". 3) 100, resp. nach Abzug derjenigen, die nachträglich ihre Abstimmung zu Protokoll erklärten, 78 Delegierte fehlten bei der Abstimmung. Ein Teil der süddeutschen Delegierten hatte vor der Verhandlung den Saal verlassen.

Darauf erfolgte folgende Veröffentlichung:

„Die sozialdem. Fraktion des badischen Landtags hat den Parteivorstand von ihrer Absicht, für das Budget zu stimmen, in keiner Weise in Kenntnis gesetzt.

Der Parteivorstand bedauert das die Interessen der Gesamtpartei schädigende Vorgehen der Landtagsfraktion der badischen Sozialdemokratie und sieht darin eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der sozialdem. Partei.

Der Parteitag wird den Genossen Gelegenheit geben, sich zur Haltung der sozialdem. Landtagsfraktion Badens zu äußern. Der Parteivorstand".

II. Zur Wahlrechtsfrage.

„Der in Deutschland herrschende, scheinkonstitutionelle Militärabsolutismus wurzelt in den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldsack beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von Mehrstimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind. — Besonders das Dreiklassenwahlsystem in Preußen mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaate und damit im Reiche. Ihre skrupellose, lediglich der eigenen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht. — Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören. Er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten. — Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften und Einteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und in den anderen Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erringung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen"[1]. — „Der Parteitag erklärt in völliger Übereinstimmung mit dem jüngsten preußischen Parteitag, dessen Auffassung durch die Lehren der Wahlrechtskämpfe dieses Frühjahrs vollauf bestätigt worden ist, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nur durch eine große entschlossene Massenaktion des arbeitenden Volkes zum Siege geführt werden kann, wobei alle Mittel, darunter auch der politische Massenstreik, nötigenfalls zur Anwendung gebracht werden müssen"[2][3].

1) Antrag des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. 2) Erster Satz des Antrages Rosa Luxemburg u. Genossen. 3) Der Parteitag der

III. Zum Genossenschaftswesen.

a) „Bei der Bewertung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. — Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Übermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen. Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumentengenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Übergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung

---

Sozialdemokratischen Partei Preußens zu Berlin vom 3.—5. Januar 1910 hatte folgende Wahlrechtsresolution einstimmig beschlossen:

„. . . Angesichts der dem ganzen preußischen Volke mit Ausnahme einer kleinen Schaar privilegierter Nutznießer und Pfründner des Dreiklassenwahlrechts durch die(se neue) Versagung seiner gerechten Forderungen angetanen Schmach erklärt der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens: Nur die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts auf Grund der Verhältniswahl kann die Empörung des Volkes beschwichtigen. . . . Die Sozialdemokratie Preußens erklärt, daß die Schande und Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems nicht länger erträglich ist; sie fordert deshalb die preußische Regierung und die Parteien des preußischen Landtags auf, das Wahlrecht von 1850 durch ein wirkliches Wahlrecht zu ersetzen. — Die preußische Sozialdemokratie wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einem solchen Wahlrecht die Bahn brechen, eingedenk der historischen Lehre, daß überlebte Staatseinrichtungen zusammenbrechen müssen, sobald eine entschlossene und opferbereite Volksmehrheit den Kampf gegen das Unrecht aufzunehmen bereit ist. — Um einen solchen Wahlrechtssturm nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland zu entfesseln, beauftragt der Parteitag die preußische Parteileitung, ungesäumt alle Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, den reaktionären Widerstand zu brechen“. (Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags. Berlin, Buchhandlung Vorwärts, 1910).

ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampfe sein. — Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegensätze wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwicklung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ehedem die Gründungen von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfohlen. — Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. — Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen" [1]).

b) „Die Konsum- und Parteiorganisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenusses für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse hinzuweisen und sind die derzeitigen Schnaps- und Bierpreiserhöhungen nach Kräften zu diesem Kulturzweck auszunutzen" [2]).

* * *

Ferner wurden dem Parteivorstand überwiesen die Anträge:

1. „Die Agrarfrage auf die Tagesordnung zu setzen". 2. „Der Parteitag erklärt, daß das Programm der Sozialdem. Partei Deutschlands, unter Forderung der stufenweis steigenden Einkommens- und Vermögenssteuer sowie der Erbschaftssteuer, den Parteigenossen im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden den Kampf gegen das System der indirekten Steuern zur Aufgabe und Pflicht macht. Diese Aufgabe ist auch in der Kommunalpolitik um so ernster aufzufassen, je mehr die herrschenden Klassen im Reich die ins Ungeheure wachsenden Ausgaben für Rüstungszwecke durch das Mittel der indirekten Besteuerung den Schultern der breiten Massen aufbürden, so daß der Kampf gegen die indirekten Steuern in zunehmendem Maße zum allgemeinen immer weitere Kreise interessierenden Volkskampfe wird".

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Bayerns zu Erlangen. 13.—15. VIII. 1910.[3])

„Punkt 6 des allgemeinen Parteiprogramms, der die völlige Neutralität unserer Partei gegenüber allen religiösen und konfessionellen Fragen aus-

1) Antrag des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. 2) Antrag des I. pfälz. Wahlkreises. 3) Protokoll über die Verhandlungen des X. Parteitages 1910.

spricht, garantiert die völlige Freiheit der religiösen Überzeugung. Demnach lehnt die Partei jede Einmischung in religiöse und konfessionelle Angelegenheiten, die sie als Herzenssache jedes einzelnen betrachtet, entschieden ab"[1].

(Mit allen gegen 6 Stimmen angenommen.)

Parteitag der Landesorganisation Badens zu Offenburg.
20.—21. VIII. 1910.[2])

Resolutionen zur Frage der Budgetbewilligung.

I. Der Parteitag erkennt an, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion das von der badischen Parteigenossenschaft erhaltene Vertrauen im weitgehendsten Maße gerechtfertigt hat und spricht deshalb der Fraktion für ihre Tätigkeit im verflossenen Landtag seine uneingeschränkte Anerkennung aus. Insbesondere wird die Zustimmung zum Finanzgesetz gebilligt. In der Überzeugung, daß der Nürnberger Beschluß in bezug auf die Budgetfrage undurchführbar ist, worauf schon auf dem Nürnberger Parteitage von seiten der süddeutschen Delegierten mit Recht hingewiesen wurde, stellt der badische Parteitag beim deutschen Parteitag in Magdeburg den Antrag, den diesbezüglichen Beschluß außer Kraft zu setzen".

(Angenommen mit 136 gegen 36 Stimmen.)

II. „Gegenüber der anmaßenden Forderung gewisser preußischer und sächsischer Parteigenossen, die von den Mitgliedern der badischen Landtagsfraktion die Niederlegung der Mandate verlangen, spricht der Parteitag die bestimmte Erwartung aus, daß sich keiner der Abgeordneten zu einem derartigen Schritt drängen läßt. Der Parteitag erwartet vielmehr, daß die Genossen auf ihrem Posten ausharren und ihre Mandate wie bisher im Interesse der Partei ausüben".

(Angenommen mit 145 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen.)

III. „Der Parteitag erklärt, daß die Einheit der Partei in allen prinzipiellen und taktischen Fragen gewahrt werden muß. Die politischen und gesellschaftlichen Beziehungen der Klassen in Baden untereinander sind manchmal derart, daß der Kampf in den äußeren Formen milder erscheinen kann als in Preußen und Sachsen. Das darf jedoch kein Grund sein, sich in Gegensatz mit der Gesamtpartei zu setzen und damit die Stoßkraft der Partei zu schwächen. Der Parteitag erklärt, daß die Budgetzustimmung

---

1) Der ursprüngliche Resolutionsantrag des Delegierten MAURER-München hatte auch einen dritten Schlußsatz enthalten: „Aus diesem Grunde sind auch die Bestrebungen gewisser freidenkerischer Vereinigungen, die Partei und deren Organisationen zum Tummelplatz ihrer Agitation zu machen, ganz entschieden zurückzuweisen". 2) Protokoll und Bericht der Sozialdemokratischen Landesorgainsation Badens zu dem Parteitag in Offenburg. Mannheim 1910.

unserer Fraktion durch die Verhältnisse nicht genügend gerechtfertigt erscheint und gegen die Beschlüsse der Gesamtpartei verstößt. Der Parteitag bedauert die Abstimmung und verlangt, daß die Einheit der Aktion unter allen Umständen gewahrt bleibt. Der Parteitag hält die Hofgängerei einzelner Parteigenossen für unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei und erwartet, daß solche Entgleisungen in Zukunft vermieden werden".

(Abgelehnt mit 133 gegen 45 Stimmen.)

IV. „Der Parteitag verurteilt es auf das Entschiedenste, daß badische Parteigenossen ihre Verbindungen mit außerbadischen Parteiblättern dazu benützen, durch entstellte und unwahre Darstellungen von Vorgängen innerhalb der Sozialdem. Partei Badens diese auf das schwerste zu schädigen und zu diskreditieren".

(Angenommen mit 141 gegen 6 Stimmen.)

V. „Der Parteitag erklärt es für unangebracht, daß in öffentlichen Volksversammlungen innerpolitische Fragen erörtert werden, und fordert die Genossen auf, derartige Versammlungen, die im Effekt nur dem Nutzen der Gegner dienen können, nicht einzuberufen".

(Angenommen mit 153 gegen 24 Stimmen).

Landeskonferenz der Sozialdemokraten Hessens vom 21. VIII. 1910.

Der Landeskonferenz lagen zwei Resolutionsentwürfe über die Budgetbewilligungsfrage vor:

I. des Referenten Busold-Friedberg:

„Die sozialdemokratische Partei ist eine Klassenkampfpartei, deren Ziel auf die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaftsform gerichtet ist. Diese Voraussetzung gilt auch für die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten, was nicht ausschließt, daß dieselben im Sinne des zweiten Teils unseres Parteiprogramms für Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes bereits unter der derzeitigen Gesellschaftsordnung zu wirken haben. Alle Mitarbeit der Sozialdemokraten hat bisher nicht vermocht, mehr als kleine Zugeständnisse für die Arbeiterklasse zu erreichen oder reaktionäre Anschläge zu verhindern. Nach wie vor besteht dieselbe Gesellschaftsform weiter, wobei die Machthaber von Jahr zu Jahr ihre Machtmittel brutaler gegenüber der Arbeiterklasse zur Anwendung bringen. Da dieser Zustand bis jetzt noch in allen staatlichen Verbänden

1) Aus „Vorwärts" vom 23. VIII. 1911.

besteht, haben die Erwählten der Partei zunächst auch noch keine Veranlassung, diesen Machthabern, trotz gelegentlicher kleiner Zugeständnisse oder anerkennender Worte, Mittel an die Hand zu geben, welche sie befähigen, der Arbeiterklasse ihre Macht auch weiterhin unter Mißachtung der Gesetze fühlen zu lassen. Nur in besonders gelagerten Fällen können sich unsere Vertreter zu anderer Stellungnahme veranlaßt sehen. Ist sonach die Stellungnahme der Partei in dieser Frage eine selbstverständliche, so erscheinen die Parteitagsbeschlüsse hierzu unzweckmäßig, weil sie geeignet sind, unsere an den Parlamenten tätigen Genossen in unhaltbare Situationen zu bringen. Solange aber diese Beschlüsse bestehen, erfordert die Parteidisziplin striktes Einhalten derselben. Wenn trotz derselben badische Genossen in der Kammer dem Budget zustimmten, so bedeutet dieses zum mindesten einen groben Verstoß gegen die Parteidisziplin, ohne welche ein Fortbestand der Partei nicht denkbar erscheint nnd der um so schwerer wiegt, als er von an hervorragender Stelle stehenden Genossen begangen wurde. Die L.-K. der Sozialdemokraten Hessens kann deshalb auch nicht umhin, ihren süddeutschen Genossen in Baden ihr Bedauern über ihre Haltung auszusprechen, hoffend, daß dieselben im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei rechtzeitig das tun, was denselben unter Wahrung ihrer Würde möglich ist, um in Zukunft zu derartigen Streitigkeiten innerhalb der Partei keine Veranlassung mehr zu bieten."

II. des Korreferenten Dr. David-Mainz:

„Die Frage der Budgetbewilligung kann nur eine Frage der Taktik sein. Da sich die Taktik aber nach den jeweilig gegebenen politischen Verhältnissen der verschiedenen Bundesstaaten zu richten hat, so ist eine Regelung durch Parteitagsbeschlüsse unzweckmäßig und muß immer wieder zu schweren Differenzen innerhalb der Gesamtpartei führen. Die Hessische L.-K. hält darum den Beschluß des Nürnberger Parteitages für verfehlt und erachtet es im Interesse der Einheit der Partei für erforderlich, daß der Nürnberger Beschluß aufgehoben werde und die Entscheidung den Landesorganisationen überlassen bleibt".

(Angenommen wurde nach langer Debatte die Resolution II (David) mit 48 gegen 30 Stimmen.)

Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens zu Leipzig. 4.—6. IX. 1910[1]).

I. „Die L.-V. spricht der Sozialdemokratischen Fraktion des Landtages für ihre Tätigkeit im Landtage ungeteilte Anerkennnng aus und erwartet, daß die Fraktion bei der Wahl der Präsidenten für den Landtag ihre bis-

1) Protokoll über die Verhandlungen der L.-V. Dresden, Kaden & Co. 1910.

herige Stellung beibehält; ferner, daß sie auf die Beseitigung der Ersten Kammer hinwirkt" [1] [2]).

(Angenommen gegen 1 Stimme.)

II. „Die Volksschule ist in den kapitalistisch regierten Staaten der Gegenwart nicht ein wirksames Organ wahrhafter Volksbildung, sondern nur ein Hilfsmittel kapitalistischer Ausbeutung der Arbeitermassen und zugleich ein Herrschaftsinstrument zur Förderung der politischen Interessen des Kapitals. — Der Sozialismus, der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit die Klassenunterschiede abschaffen will, beseitigt damit auch die bisherige Klassenerziehung. Der Sozialismus sieht in dem Kinde nicht den künftigen Lohnsklaven und rechtlosen Proletarier, sondern er würdigt in ihm das werdende Glied der sozialen Gemeinschaft freier Arbeiter, dessen geistige und körperliche Fähigkeiten in seinem eigenen und im gesellschaftlichen Interesse zu möglichst hoher Vollendung zu entwickeln sind. Die öffentliche Erziehung wird dadurch zu einer der wichtigsten sozialen Aufgaben, für die die letzten geistigen und materiellen Mittel der Gesellschaft nutzbar zu machen sind. — Um die klassenstaatliche Volksschule im Sinne des sozialistischen Erziehungsziels vorwärts zu entwickeln, stellt die L.-V. der soz.dem. Partei Sachsens zunächst die folgenden Forderungen auf:

1. Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens.

2. Organische Angliederung der höheren Bildungsanstalten an die allgemeine Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen. Beihilfe des Staates für die Weiterbildung befähigter, aber unbemittelter Schüler ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte der Eltern. Gemeinsame Erziehung von

---

1) Die soz. dem. als — nach den Wahlen vom 21. X. 1909 — drittstärkste Fraktion in der Zweiten Kammer (mit 25 von im ganzen 91 Abgeordneten) hatte die II. Vizepräsidentenstelle beansprucht, jedoch die Forderung der Nationalliberalen: „alle von der Verfassung, der Landtagsordnung und der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Verpflichtungen, (darunter auch zur) Teilnahme . . . an der feierlichen Eröffnungs- und Schlußsitzung, sowie eine Anzahl anderer, den Verkehr mit dem Staatsoberhaupt betreffenden Verpflichtungen", mit dem Bemerken scharf zurückgewiesen, daß sie „höfische Verpflichtungen nicht übernehmen" könne. Daraufhin wurde ihr diese Stelle im Präsidium verweigert. 2) Bei der Abstimmung über den Gesamtetat hatte die Fraktion folgende Erklärung abgegeben:

„Die soz. dem. Fraktion hat bei der Abstimmung über die einzelnen Kapitel des Etats ihren Willen zum Ausdruck gebracht. Sie hat allen Ausgaben für Kulturzwecke zugestimmt. Die Zustimmung zum Finanzgesetz aber bedeutet nicht nur eine formelle, sondern auch eine prinzipielle Anerkennung der Politik des bürgerlichen Klassenstaats. Die soz. dem. Fraktion stimmt aus diesem Grunde und fußend auf dem Programm und den Beschlüssen der soz. dem Partei Deutschlands gegen das vorliegende Finanzgesetz."

Knaben und Mädchen. Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts. Obligatorischer Besuch während der Tageszeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. — Errichtung von Erziehungs- und Verpflegungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter (Kindergärten) weltlichen Charakters. Errichtung von Schulheimen, in denen die Kinder in den unterrichtsfreien Tagesstunden leibliche und geistige Fürsorge finden. — Errichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder (schwachbegabte, blinde, taubstumme, epileptische). Gründung von Sanatorien für kränkliche und schwächliche Kinder. Überwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch Schulärzte. Schaffung von Ferienkolonien. Errichtung von Bädern und Schwimmhallen in den Schulen. Bau und Ausgestaltung der Schulgebäude nach den Forderungen der Schulhygiene.

3. Organisation und Durchführung des inneren Schulbetriebes, Festsetzung der Schülerzahl für die einzelnen Klassen, Auswahl der Unterrichtsstoffe, Aufstellung des Lehrplans erfolgen ausschließlich nach pädagogischen Grundsätzen und unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen. — Abschaffung des Religionsunterichts. Einführung des Arbeitsunterrichts in alle Schulen. Errichtung von Lehrwerkstätten. Pflege der künstlerischen Bildung.

4. Übernahme der Schullasten auf den Staat. — Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung. Gleichberechtigung beider Geschlechter. — Verminderung der Aufsichtsorgane. Fachschulaufsicht.

5. Materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe und zur Erzielung der höchsten persönlichen Leistungsfähigkeit. Universitätsbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen. Gleichberechtigung beider Geschlechter in der Lehrtätigkeit und in der Besoldung. Schaffung eines Landesschulbeirats zur Unterstützung der Landesschulbehörde, zusammengesetzt aus den frei gewählten Vertretern der gesamten Lehrerschaft des Landes. Beseitigung aller besonderen Disziplinarbestimmungen für Lehrer und Lehrerinnen.

6. Errichtung von Volksbibliotheken, Lesehallen und anderen Einrichtungen für Volksbelehrung und -Unterhaltung (Volkskonzerte, Volksvorstellungen, Volksvorlesungen)."

(Einstimmig angenommen.)

Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs zu Stuttgart. 8.—9. X. 1910[1]).

Zur Frage der Landespolitik (Butgetbewilligung).

I. „Die LV. erklärt sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im letzten Jahre einverstanden. Sie erwartet, daß auch in Zu-

1) Bericht d. Landesvorstandes u. Protokoll d. Landesversammlung in Stuttgart 1910.

kunft unsere Volksvertreter dem Programm und den Parteitagsbeschlüssen getreu die Interessen des Proletariats rücksichtslos wahrnehmen."

(Angenommen mit 49 gegen 48 Stimmen) [1]).

II. „Die LV. der württembergischen Sozialdemokratie ist mit der von der Landtagsfraktion entwickelten Tätigkeit in vollem Umfange einverstanden und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie auch in Zukunft ihre Aufgaben in gewissenhafter und den Interessen der Partei förderlicher Weise erfüllen wird."

(Durch die Abstimmung von I. erledigt.)

* * *

Zur Vorgeschichte.

Die sd. Landtagsfraktion hatte 1907 — als erste unter den sd. Landtagsvertretungen — für das Budget gestimmt. Nach der Zustimmung der Badischen sd. Landtagsfraktion zum Budgetgesetz (1910) faßte sie in ihrer Sitzung von 11. IX. 1910 mit allen gegen eine Stimme folgenden Beschluß.

„Die sozialdemokratische Fraktion des württembergischen Landtages ist der Überzeugung, daß im Interesse wirksamer Geltendmachung ihres Einflusses in den Fragen der Landespolitik ihr die Entschlußfreiheit in Sachen der Budgetablehnung oder -Annahme gewahrt sein muß und richtet daher an den Parteitag die dringende Bitte, eine Abänderung des Beschlusses des Nürnberger Parteitages in der Richtung vorzunehmen, daß eine aus zwingenden Gründen notwendige Zustimmung zu einem Budget den Landtagsfraktionen erleichtert wird."

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Niederrheins zu Neuss. 16.—17. X. 1910 [2]).

I. „Der am 16. u. 17. X. 1910 in Neuß tagende Bezirkstag für den Niederrhein erblickt in den Verhandlungen und Beschlüssen des Magdeburger Parteitages eine sichere Gewähr dafür, daß die Partei auch in Zukunft in dem innigen Kontakt mit dem Fühlen, Denken und Wollen der proletarischen Massen verbleiben wird, in dem stets ihre Stärke lag und durch den sie groß geworden ist. Der BPT. begrüßt besonders das in Magdeburg erneuerte Bekenntnis zu einer grundsätzlichen Politik der Partei unter gleichzeitiger scharfer

---

1) Dazu erklärte der Vorsitzende: „Ich konstatiere, daß von 267 stimmberechtigten Delegierten, die heute auf der Landesversammlung anwesend waren, lange nicht mehr die Hälfte hier im Saale anwesend ist. Die Abstimmung, die wir soeben vorgenommen haben, ist daher ohne jede Bedeutung für die Stimmung der Landesversammlung. Sie kann nicht als ein Meinungsausdruck der Landesversammlung angesehen werden." 2) Parteitag d. Sozialdem. Partei d. Niederrheins. Elberfeld, Molkenbuhr & Co., 1910.

Zurückweisung aller opportunistisch-revisionistischen Annäherungsversuche an unsere Gegner und die kapitalistische Staatsordnung, sowie aller Lockerungsversuche in der Einheit, Geschlossenheit und Disziplin der Partei.

In der Überzeugung, daß der Magdeburger Parteitag in erfreulicher Weise die Partei nach innen und außen gekräftigt und gefestigt hat, spricht der BPT. die bestimmte Erwartung aus, daß die Parteigenossen allerorts die Parteitagsbeschlüsse als die Richtlinien für ihr Handeln betrachten und befolgen werden."

(Angenommen gegen 1 Stimme).

II. Der . . . BPT. gibt den Verhandlungen und Beschlüssen des Internationalen Kongresses (zu Kopenhagen) seine Zustimmung und erklärt, im Sinne der Verhandlungen des Intern. Kongr. handeln und für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse mit allen Kräften wirken zu wollen."

(Einstimmig angenommen.)

III. Österreich.

Vgl. oben S. 191/198.

Sitzung der Gesamtexekutive der sozialdem. Arbeiterpartei in Österreich zu Wien v. 30. IX. 1910[1]).

I. „Zur Schlichtung des Gewerkschaftsstreites und zur Erstattung von Vorschlägen über eine den Gesamtinteressen und den Forderungen der einzelnen nationalen Organisationen entsprechende Gewerkschaftsorganisation sowie über ihre Beziehungen zur politischen Partei ist eine Kommission einzusetzen, die aus je drei Vertretern der Gewerkschaftskommissionen von Wien und von Prag, aus je zwei Vertretern der deutschen und der tschechischen politischen Organisation und aus je einem Vertreter der anderen nationalen Organisationen bestehen soll. Die beiden Kommissionen sowie die Exekutiven der nationalen Organisationen sind zu befragen, ob sie die Einsetzung dieser Kommission für zweckmäßig halten und ob sie bereit sind, sie zu beschicken."

II. „Die Gesamtexekutive beschließt weiter: Im Falle des Zustandekommens dieser Kommission wird die Gesamtexekutive eine Aufforderung an die beiden streitenden Teile richten, während der Dauer der Verhandlungen dieser Kommission alle gegenseitigen Angriffe zu unterlassen."

(Beide Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.)

Veröffentlichung im Rovnost v. 6. X. 1910[2])[3]).

„An die parteigenössische Öffentlichkeit!

Unsere Genossen sind seit einigen Monaten Zeugen dessen, wie eine

---

1) Bericht d. Wiener „Arbeiter-Zeitung" v. 1. X. 1910. 2) Dem offiziellen Parteiblatt d. tschechischen Sozialdemokratie in Mähren. 3) Aus d. Wiener „Arbeiter-Zeitung" v. 9. X. 1910.

Reihe einzelner Personen in Brünn systematisch die Tätigkeit der Partei untergräbt und vorsätzlich gegen alle Organisationsstatuten und Parteibeschlüsse handelt. — In den letzten Tagen haben diese Leute in dem Pamphlet „Proletar“ angekündigt, daß sie eine neue Partei gründen. Als sie aber merkten, daß ihr Plan auf den Widerstand der ganzen tschechischen Arbeiteröffentlichkeit stoße, versteckten sie sich wieder hinter Worte, daß sie — die Reinigung der Partei wollen; dabei ist sicher, daß sie in ihrer Minierarbeit fortfahren wollen, um im geeigneten Augenblick zur Gründung der geplanten neuen Partei zu schreiten, deren Schaffung die deutschen Wiener Genossen wünschen. Die durch das Organisationsstatut zur Leitung der Partei berufenen Korporationen haben nach der Maifeier die Maßregel getroffen, daß jene politischen Organisationen, die sich dem Beschluß der Partei entgegenstellten, als außerhalb der Partei stehend erklärt wurden. Die Genossen aus diesen Organisationen, die der Partei die Treue bewahren wollten, sind in Organisationen übergetreten, welche von der Partei anerkannt sind. — Eine andere Maßregel wollten die Exekutivausschüsse unserer Partei vorläufig nicht treffen, damit nicht fälschlich behauptet werde, daß wir mit einer Ausschließung aus der Partei die Angehörigen der Zentralorganisationen strafen wollen. Wir erklären auch heute, daß die Angehörigen der Zentralorganisation, insofern sie das Organisationsstatut und die Beschlüsse der Parteikongresse anerkennen wollen, die volle Möglichkeit haben, ordentliche Mitglieder der Partei zu sein, und daß sie niemand wegen der Zugehörigkeit zu den Zentralorganisationen aus der Partei ausschließen darf. Anders verhält es sich aber mit den Leuten, die ausdrücklich erklären, daß für sie keine Parteireglements gelten, und die öffentlich in Versammlungen und in der Presse die Partei angreifen und schmähen und eine Spaltung in die Arbeiterschaft tragen. — Gegenüber diesen Leuten ist es notwendig, unsere Stellung deutlich zu erklären, damit die Genossen wissen, wie sie sich zu ihnen verhalten sollen. — Wir erklären darum, daß folgende Bürger aus der tschechischen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen sind und ohne Zustimmung der unterfertigten Korporationen nirgends als Parteimitglieder aufgenommen werden können: (folgen 13 Namen). — Diese Bürger haben sich durch ihre Tätigkeit, sowohl durch Zerschlagung der politischen Arbeiteraktionen wie dadurch, daß sie den Arbeitern bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen systematisch in den Rücken fallen, gegen das Parteiprogramm schwer vergangen und ihre Ausschließung ist darum vollkommen begründet. Zur Information teilen wir den Genossen weiter mit, daß folgende ehemalige Lokalorganisationen vom 25. V. dieses Jahres an mit der Partei in keiner Verbindung stehen und daß die Mitgliedschaft in ihnen keineswegs die Zugehörigkeit zur tschechischen Sozialdemokratie mit sich bringt. Es sind das in Brünn die Lokalorganisationen: (folgen 11 Namen). Die Errichtung einer besonderen Organisation Königsfeld II und Czernowitz wurde von den Exekutivausschüssen nicht bewilligt, und wenn über den Kopf der Kreisexekutive hinweg diese Organisationen trotzdem errichtet wurden, stehen sie ebenfalls außerhalb der Partei. — Wir fordern alle Genossen und Genossinnen, die die Einheit der tschechischen sozialdemokratischen Bewegung wahren, auf, überall energisch die Angriffe, welche von verblendeten Leuten gegen

unsere Partei unternommen werden, abzuwehren. Wir haben nun in der Partei Klarheit geschaffen. Man kann nun deutlich sehen, wer mit der Partei gehen will und wer gegen sie. Unsere Aufgabe ist bloß: alle an ihre Plätze in die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen! Gewinnt neue Mitglieder, verbreitet unsere Presse! Wir werden alle durch unermüdliche Arbeit und durch die Erfolge dieser Arbeit beweisen, daß die letzten Ereignisse in unserer Bewegung ihre Wiedergeburt bedeuten, ihre Stärkung auf dem weiten Wege für die Emanzipation des Proletariats!

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Für die Landesexekutive: . . . Für die Exekutive des ersten Kreises: . . .
Für die Exekutive des 1., 2. und 11. Wahlkreises: . . ."

„Erklärung.

Die Exekutive des 20. Wahlkreises mit dem Sitze in Olmütz hat in ihrer Sitzung vom 28. IX. über die rohen Angriffe verhandelt und über die Verfolgungen, welche gegen uns als Angehörige der tschechischen sozialdemokratischen Partei unternommen wurden, über die Minierarbeit gegen die Exekutive als Parteiinstitution, über die verderbliche, umstürzlerische Tätigkeit der zentralen Sekretäre und ihrer Helfer, und in Erwägung dessen, daß in der Olmützer politischen Organisation mehrmals direkte Kundgebungen gegen die Exekutive, gegen die Landesexekutive und die Parteivertretung gemacht wurden; in Erwägung dessen, daß der Inhalt der Zuschriften beweist, daß die Leitung der politischen Organisation in Olmütz in durchaus unberufenen Händen ruht, daß ihre Arbeit durch ihre fanatischen und gegen die Partei gerichteten Reden und Kundgebungen einfach vereitelt wird, daß in der politischen Organisation in Olmütz Mitglieder der Herausgeberschaft des Pamphlets „Proletar" sind, daß Mitglieder der Organisation selbst den „Hlas Lidu" boykottierten, wiederholt Angehörige der Organisation zum Boykott aufforderten und nötigten, daß alle Sekretäre, die von Wien nach Olmütz zur Zerschlagung der Bewegung und der Partei kommandiert wurden, Hetzereien gegen die tschechische sozialdemokratische Arbeiterschaft veranstalten und maßlose und verdammenswerte Angriffe auf Abgeordnete richteten, hat die Exekutive folgenden Beschluß gefaßt: Die Olmützer politische Organisation wird aufgelöst und in Konsequenz dessen wird sofort eine Aktion zur Errichtung einer neuen ordentlichen Organisation unternommen werden, für die eine beinahe dreimal so große Zahl von Mitgliedern gesichert ist. Die gewesenen Mitglieder der Organisation in Olmütz und zugleich auch der Partei (folgen 6 Namen) werden wegen grober Vergehungen gegen das Organisationsstatut aus der Partei ausgeschlossen und die Genossen werden aufgefordert, sich demgemäß gegen sie zu verhalten. Die Parteipresse ersuchen wir um Abdruck. Die Exekutive des 20. Wahlkreises: . . ." [1])

---

1) Schon beim Kopenhagener Int. Soz. Kongreß hatte die tschechische Sektion beschlossen, einer Anzahl von Delegierten die Mandate abzuerkennen. Dagegen hatten diese — mit Erfolg — folgenden Protest eingebracht:

VI. Ordentlicher Gewerkschafts-Kongreß zu Wien.
17.—22. X. 1910 [1]).

Anwesend waren 439 Mandatare (314 Verbands- und Vereins-

„Die tschechische Sektion der Internationale hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, die Mandate folgender Genossen, die von der Internationalen Gewerkschaftskommission Österreichs zum Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß entsandt worden sind und der tschechisch-slawischen sozialistischen Arbeiterpartei in Österreich angehören, nicht anzuerkennen. Diese Genossen sind deswegen aus der tschechischen Sektion ausgeschieden. (Folgen 8 Namen.) Dieser Beschluß wurde damit begründet, daß die Organisationen, die diese Genossen delegiert haben, nur der Gewerkschaftskommission in Wien, nicht aber der tschechisch-slawischen Gewerkschaftskommission in Prag angehören. Den der Internationalen Gewerkschaftskommission Österreichs angeschlossenen Organisationen gehörten am 31. Dezember 1909 an: 318719 Deutsche, 118380 Tschechen, 21350 Polen, 6200 Italiener, 3800 Slowenen und 1000 Ruthenen. Die Delegierten dieser großen internationalen Gesamtorganisation müssen zu den nationalen Sektionen, denen sie ihrer Nationalität nach angehören, zugelassen werden, wenn nicht diese internationale gewerkschaftliche Organisation jeder Vertretung auf dem Kongresse beraubt werden soll. In der Tat erkennt die österreichische Sektion die Mandate der von den internationalen Gewerkschaften gesandten Delegierten an, gleichgültig, ob die Delegierten polnischer, italienischer, slowenischer oder ruthenischer Nationalität sind. Ebenso haben die Genossen Zularski, Siertz und Klemen, die gleichfalls Delegierte der internationalen Gewerkschaften Österreichs sind, in der polnischen Sektion Sitz und Stimme. Nur die tschechische Sektion erkennt die Mandate derjenigen Delegierten nicht an, die nicht der tschechisch-slawischen Gewerkschaftskommission in Prag angeschlossen sind. Die Konferenz der internationalen Gewerkschaftskommission hat beschlossen, als Landeszentrale für die Arbeiten aller Nationen Österreichs nur die Gewerkschaftskommission in Wien, aber nicht die tschechisch-slawische Gewerkschaftskommission in Prag anzuerkennen. Es ist unmöglich, daß die von der gewerkschaftlichen Internationale anerkannten internationalen Gewerkschaften vom Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß ausgeschlossen sind, die von der gewerkschaftlichen Internationale aber ausgeschlossenen separatistischen Organisationen zugelassen werden. Die 118380 tschechischen Arbeiter, die der internationalen Gewerkschaftskommission angehören, vertreten innerhalb der tschechischen Arbeiterpartei das Prinzip der internationalen Organisation gegen alle nationalen Absonderungstendenzen. Es wäre undenkbar, daß von der Internationale diejenigen ausgeschlossen werden, die innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft die Sache der Internationale führen. Wir legen daher auf Grund der Geschäftsordnung der Internationalen Kongresse gegen den Beschluß der tschechischen Sektion Berufung an das Bureau ein und stellen den Antrag, das Bureau möge unsere Mandate anerkennen und uns der tschechischen Sektion zuweisen. Kopenhagen, den 29. VIII. 1910." (Folgen 8 Namen.)

1) Protokoll des Kongresses. Wien.

delegierte mit 379750 Stimmen, ferner 19 Delegierte von Orts- und Lokalverbänden und Kommissionen, 55 Vertreter der Redaktionen der Fachblätter, 17 Mitglieder der Gewerkschaftskommission, 6 Landessekretäre und 28 Gäste, darunter der Sekretär des Intern. Soz. Bureaus, Huysmans).

Beschlossen wurde:

1. eine Kundgebung gegen die Teuerung als „einer allgemeinen Erscheinung, die in den Grundgesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ihre Ursache hat“, aber „in Österreich noch verschärft wird durch die Lebensmittelzölle, durch die Vieh- und Fleischeinfuhrverbote, durch die indirekten Steuern und durch die Tarifpolitik der Eisenbahnen“, woraus die Notwendigkeit und Pflicht für die Arbeiter erwachse zum Ausbau und zur Vervollkommnung der Gewerkschaften als „wichtigstes und wirksamstes Mittel zur Abwehr der verheerenden Wirkungen der Teuerung“.

2. Resolutionen: über die Ausgestaltung des Arbeiterschutzes, insbesondere der Vorschriften über Unfallverhütung und Krankheitsvorbeugung, sowie über die Fortführung und Erweiterung der Sozialpolitik im Parlament, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Wohnungsfürsorge und den Mietvertrag, Sonntagsruhe und Geschäftssperre im Handelsgewerbe; über den Vorentwurf eines neuen Strafgesetzes und speziell gegen jede Verschlechterung des Koalitionsgesetzes in dessen Gefolge; über die Beseitigung des Arbeitsbuches; über die Arbeitsverhältnisse im Gast- und Schankgewerbe; über die rechtliche Lage der Seearbeiter;

3. ein Antrag in betreff der Beiträge zur Gewerkschaftskommission und zum Solidaritätssfonds (2, resp. 1 Heller von jedem Wochenbeitrag) und in betreff der Verpflichtung „jener Organisationen, bei denen separatistische Organisationen bereits bestehen, die von der tschechoslavischen Gewerkschaftskommission anerkannt sind, für ihre sämtlichen Mitglieder ohne Ausnahme die Beiträge an die Reichskommission der Genossenschaften Österreichs abzuführen“.

Ferner Resolutionen über:

I. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

„Der VI. ordentliche Kongreß der Gewerkschaften Österreichs begrüßt den Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, den er über die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisationen in allen Staaten als richtunggebend gefaßt hatte. Die Weisung der Vertreter der Sozialdemokratie der Welt entspringt nicht nur der theoretischen Erkenntnis allein, sondern ist vielmehr aus den praktischen Erfahrungen aller Kämpfe, die das Proletariat um mehr Brot und Kultur in allen Staaten — in Österreich im besonderen — führen mußte, hervorgerufen worden. Es ist durch diesen Beschluß festgestellt worden, daß die Organisationsform der Gewerkschaften kein leerer Rahmen sei, sondern einen wesentlichen und grundsätzlichen Inhalt: die Konzentration der Mittel und Kräfte, in sich trägt, die dem kämpfen-

den Proletariat den Erfolg für sich leichter zu erringen vermag als durch das getrennte Marschieren und vereinte Schlagen. — In einer Zeit der wachsenden Macht des international organisierten Unternehmertums der Groß-, Mittel- und Kleinindustrie, der Beherrschung der Industrie durch Trusts und Banken des In- und Auslandes wäre es ein verhängnisvolles Beginnen, wenn die Gewerkschaften Österreichs auf die einheitliche Führung des Kampfes der organisierten Arbeiterschaft, sowohl im Angriff als auch in der Abwehr, verzichten wollten, und deshalb verzichten wollten, weil nationale Wirrnisse sich dieser Einheitlichkeit entgegenstellen. — Von dieser Erkenntnis durchdrungen, beschließt der Kongreß, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen und der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hiervon nicht abzuweichen[1]. Der Kongreß billigt, daß die Reichskommission im Sinne des Kopenhagener Beschlusses ihre Zustimmung zur Beschickung der Einigungskommission, die von der Gesamtexekutive der Sozialdemokratie in Österreich in Vorschlag gebracht wurde, gab. — Die Reichskommission ließ sich bei der Beschlußfassung über die Beschickung der Einigungskommission von dem Grundsatz leiten, vor dem Gewerkschaftskongreß einer Pflicht der Internationale gegenüber und den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation zu entsprechen. Anders beurteilt die Prager Kommission die Wichtigkeit des Zusammentrittes dieser Einigungskommission, indem sie sich die Beschickung dieser Kommission — erst nach der Abhaltung des tschecho-slawischen Kongresses — vorbehält. Die Hinausschiebung des Termins der unverbindlichen Aussprache über die prinzipiellsten Streitfragen, die für den Kongreß der Zentralverbände sowie für den Kongreß der tschecho-slawischen Organisationen von größter Bedeutung sind, läßt eine Friedensstimmung bei den Separatisten leider nicht erwarten. Die willkürlichen Ausschließungen guter und im Dienste der Arbeiterschaft ergrauter Parteigenossen, die rücksichtslose, jeder Verantwortung bare Sprache der tschechischen Parteipresse in Böhmen und Mähren benehmen fast jede Aussicht, einen dauernden Frieden auf diesem Wege zu erreichen. Mit Rücksicht jedoch auf den Beschluß des Kopenhagener Internationalen Kongresses ermächtigt der Gewerkschaftskongreß die Reichsgewerkschaftskommission, falls die Prager Gewerkschaftskommission geeignete Verhandlungsvorschläge macht, in Unterhandlungen einzutreten. — Sollten diese Verhandlungen dann zu einer die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten befriedigenden Lösung nicht führen, so würde den Zentralverbänden der Kampf um ihre Einheit aufgezwungen werden. So schmerzlich dieser Kampf sein würde, so müßte er leider in Österreich durchgefochten werden. Der Kongreß richtet daher an die Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Zentralisation

1) Diese Formulierung des IV. Abs. wurde während der Verhandlungen geschaffen. Ursprünglich lautete der Absatz weniger scharf: „. . . an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen organisatorischen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie an der Verwaltung . . .“

der Organisation festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in der Gegenwart und in der Zukunft dem Proletariat in Österreich verbürgt. Es lebe die internationale Organisation des klassenbewußten Proletariats in Österreich! Der Kongreß spricht die Erwartung aus, daß die Verhandlungen nicht weiter verschleppt werden und unbedingt Anfang November 1910 beginnen müssen"[1][2]).

(Einstimmig angenommen.)

II. Streik und Boykott.

„Der Zusammenschluß der Unternehmer ohne Unterschied der Nation und des Bekenntnisses in Kampfesorganisationen hat sich in den letzten Jahren in außerordentlich hohem Maße vollzogen. Die oberste Aufgabe dieser Unternehmerorganisationen, die in der innigsten Verbindung untereinander stehen, ist die Bekämpfung und Behinderung des Strebens des Proletariats nach Verbesserung seiner sozialen Lage. Ganz besonders viel Aufmerksamkeit wenden die Organisationen der Unternehmer den Streiks und Lohnbewegungen der Arbeiter zu. Im Kampfe gegen die Bestrebungen der Arbeiter werden von ihnen alle Mittel angewendet, um den Arbeiterorganisationen die Durchsetzung selbst auch der sachlich berechtigtesten Forderungen ungemein zu erschweren. Hierzu dienen von den Unternehmerorganisationen geschaffene Arbeitsnachweise, deren vornehmster Zweck es ist, durch eine ausgebildete Organisation des Streikbrecherdienstes den bestreikten Betrieben Ersatzkräfte zu schaffen. In gleicher Weise fördern sie die christlich-sozialen, nationalen, aber insbesondere die gelben Gewerkschaftsorganisationen, um die Arbeiterschaft zu zersplittern

1) Dieser letzte Absatz wurde erst im Laufe der Debatte formuliert.

2) Während der Verhandlungen gaben speziell die südslawischen Delegierten folgende Erklärung ab: „Die Delegierten der zentralen Gewerkschaftsorganisationen aus dem Süden beim VI. österreichischen Gewerkschaftskongreß bedauern lebhaft die tschechische separatistische Bewegung in den Gewerkschaften im allgemeinen, speziell aber zu der Zeit, wo der internationale Kapitalismus im ganzen Reiche seine Kräfte zusammenzieht. — Sie erklären, streng au dem Standpunkt einer einigen zentralen Gewerkschaftsorganisation zu stehen und Schulter an Schulter mit dem gesamten Proletariat behufs Erreichung gemeinschaftlicher Ziele zu kämpfen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn dem geeinigten Gegner Kapitalismus die geeinigte, in sich festgeschlossene proletarische Macht entgegengestellt wird. Deshalb stimmen wir der von der österreichischen Gewerkschaftskommission dem Kongreß vorgeschlagenen Resolution mit dem fünften Zusatzantrag bei. Wir drücken den Wunsch aus, die in der Resolution beantragte Einigungskommission möge alles aufbieten, um eine Klärung der bedauernswerten Streitfrage herbeizuführen. — Sollte wider Erwarten eine gedeihliche Lösung nicht erzielt werden, dann möge die Gewerkschaftskommission eine Reichskonferenz der Gewerkschaften einberufen, um weiter endgültige Schritte zu beschließen.

und sich bei Lohnbewegungen ein willfähriges Streikbrechermaterial zu sichern. Die gesetzwidrige Führung von schwarzen Listen und Namensverzeichnissen mißliebig gewordener Arbeiter dient dazu, um durch Verfolgungen die Vertrauensmänner der Gewerkschaften einzuschüchtern. Der Austausch dieser schwarzen Listen und Namensverzeichnisse erfolgt zu dem Zweck, um den mißliebig gewordenen Arbeitern die Existenz unmöglich zu machen, und es sind die Mitglieder der Unternehmerorganisationen statutarisch verpflichtet, den ihnen von ihrer Organisation gewordenen Aufträgen auf Nichtaufnahme bestimmter Arbeiter unbedingt zu entsprechen. Die Organisation der Unternehmer schränkt das Selbstbestimmungsrecht der Betriebsinhaber ein und entscheidet über das Ausmaß der von ihnen zu machenden Zugeständnisse bei Streiks und Lohnbewegungen. — Das gut vereinigte Unternehmertum und seine Organisationen machen den Streik und die Lohnbewegung in jedem einzelnen Betrieb zur gemeinsamen Sache aller Unternehmer einer Branche und darüber hinaus eines ganzen Industriezweiges. — Sie beantworten nicht selten die Lohnbewegung und den Streik durch die Aussperrung einer ihnen genügend groß erscheinenden Zahl von Arbeitern, in dem Bestreben, die Basis des Kampfes möglichst zu erweitern, um dadurch die finanziellen Mittel der betreffenden Arbeiterorganisation in außerordentlich hohem Maße zu vermindern, im Glauben, dadurch eine Schwächung der Organisation herbeizuführen und Mißmut in die Arbeiterschaft zu tragen. — Die stets zunehmende Anzahl von Aktiengesellschaften, die immer häufigeren Gründungen von Kartellen der verschiedensten Art nicht allein in der Groß-, sondern auch in der Kleinindustrie, die Finanzierung der industriellen Unternehmungen durch Banken und Finanzkonsortien geben zweifellos den Unternehmern eine wesentlich stärkere Position, als dies früher der Fall war. Alle diese Tatsachen erhöhen die Verantwortlichkeit der Arbeiterorganisationen und ihrer Vertrauensmänner im Streik und bei Lohnbewegungen. Sie verpflichten sie, die Vorgänge auf dem Kapitalmarkt sehr genau zu verfolgen, um sich einen tieferen Einblick in die ökonomischen Zusammenhänge der immer komplizierter werdenden Verhältnisse in der Industrie zu verschaffen. Mehr als bisher ist es notwendig, die Vertrauensmänner der Organisation und die Mitglieder über alle Vorkommnisse auf dem Industrie- und Kapitalmarkt zu unterrichten. Die sozialen Kämpfe erfahren zusehends eine Verschärfung durch gesteigerte Unnachgiebigkeit der Unternehmer, die bei Streiks und Lohnbewegungen in ihren wohlausgebauten Organisationen, deren Basis immer mehr eine internationale wird, einen starken Rückhalt finden. Es ist deshalb eine der wichtigsten Vorbedingungen des Erfolges bei Streiks und Lohnbewegungen, die nur nach gewissenhafter und genauer Prüfung der Konjunkturverhältnisse, der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unternehmungen und aller übrigen in Betracht kommenden Umstände und erst nach Erschöpfung aller organisatorischen Mittel inszeniert werden dürfen, in höherem Ausmaß als bisher für genügend ausreichende, finanziell kräftige Widerstandsfonds in jeder einzelnen gewerkschaftlichen Organisation durch obligate Leistungen zu sorgen. — Von nicht minder großer Wichtigkeit ist die einheitliche Führung der Streiks und Lohnbewegungen. Die an einem Streik oder an einer Lohnbewegung beteiligten

Arbeiter haben die Weisungen ihrer Organisation genau zu befolgen, da die einheitliche Führung des Streiks und der Lohnbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen des Erfolges ist. — In Betrieben und Industrien mit mehreren Arbeiterorganisationen dürfen Streiks und Lohnbewegungen, entsprechend dem vom V. Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschluß über die Betriebsorganisation, nur im gegenseitigen Einvernehmen aller in Betracht kommenden Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, beraten und beschlossen werden. Der Gewerkschaftskongreß erneuert die beim V. Kongreß gefaßte Resolution, laut der die Betriebsorganisation als höhere Organisationsform erklärt wird. Er empfiehlt den Gewerkschaften Österreichs, der Entwicklung der Industrie und der Erstarkung der Unternehmerorganisationen mehr Rechnung zu tragen und die höhere Organisationsform nach Möglichkeit anzustreben."

V. Kongreß der tschechischen Gewerkschaften zu Prag-Smichow. 30. u. 31. X., 1. XI. 1910[1]).

Anwesend waren auf demselben 201 Delegierte von 60796 Mitgliedern separatistischer Gewerkschaften und der in Böhmen befindlichen tschechischen Ortsgruppen der noch nicht gespaltenen Gewerkschaften; ferner 27 Vertreter von allgemeinen Gewerkschaften, 58 von lokalen Kommissionen und 29 von Redaktionen der Fachblätter.

Beschlossen wurde einstimmig:

Zum Gewerkschaftskonflikt.

„Der V. Kongreß der tschechischen Gewerkschaftskommission beschließt mit Rücksicht auf die letzten Vorkommnisse in der Gewerkschaftsbewegung folgende Kundgebung: Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs und das damit verbundene Wachstum der Klassenbewegung der Arbeiterschaft der verschiedenen, in kompakten Massen in den einsprachigen wie in den nationalgemischten Gebieten lebenden Nationen hat in Österreich eine ganze Reihe besonderer Organisationsprobleme hervorgerufen, die schrittweise gelöst werden müssen. Das hat sich zuerst in der politischen Bewegung gezeigt. Hier hat das Bestreben, daß das Proletariat jeder Nation am wirksamsten und schnellsten zum Klassenbewußtsein und zur internationalen Solidarität erweckt werde, zu solchen Formen der Organisation geführt, daß heute in Österreich sechs selbständige sozialdemokratische Parteien bestehen, die zusammen die gemeinsame, internationale Bewegung der Sozialdemokratie in Österreich bilden, die durch die gemeinsame internationale Parteivertretung, durch die gemeinsamen internationalen Kongresse sowie auch durch den gemeinsamen Abgeordnetenverband im Parlament vertreten ist. Dadurch wurden nicht nur die Bedürfnisse und Interessen des internationalen Vorgehens

1) Aus der Wiener „Arbeiter-Zeitung" v. 31. X. u. 2. XI. 1910.

nicht berührt, sondern im Gegenteil wurde diese organisatorische Regelung der politischen Bewegung die Basis des raschen Wachstums der Sozialdemokratie in jeder einzelnen Nation und dadurch auch der Sozialdemokratie in ganz Österreich, wie auch die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes und die siegreichen Reichsratswahlen im Jahre 1907 bezeugen. — Die besonderen Verhältnisse in Österreich müssen natürlich auch besondere Probleme in der Gewerkschaftsbewegung im Gefolge haben, wie sich schon aus ihrem Zusammenwirken mit der politischen Bewegung ergibt. Das ganze tschechische, auf den Prinzipien des internationalen Sozialismus, des Klassenkampfes und der Erlangung der politischen Macht organisierte Proletariat war sich immer voll bewußt der außerordentlichen Pflichten, die ihm auferlegt sind von der steigenden Konzentration des Kapitals, von den wachsenden Kartellen der Unternehmer und dem verschärften Klassenkampf auf allen Gebieten des sozialen Lebens. Auch nicht einen Augenblick war in seinen Reihen ein Streit darüber, daß besonders in den mehrsprachigen Staaten wie Österreich, die aber ein einheitliches Wirtschafts-, Handels- und Zollgebiet mit einheitlicher Gesetzgebung, einheitlicher Zentralverwaltung sind, es notwendig ist, daß die Bereitschaft, die wirtschaftliche Macht und die Kampffähigkeit des ganzen Proletariats im Staate gefestigt und daß seine gewerkschaftlichen Kämpfe einheitlich geführt werden. In dieser Richtung hat das tschechische organisierte Proletariat die Entscheidung des internationalen Kongresses in Stuttgart erfaßt, die vom letzten internationalen Kongreß in Kopenhagen erneuert und bestätigt wurde, und stimmt in diesem Sinne auch dem Beschluß dieser beiden internationalen Kongresse zu. — Aber wie im tschechischen Proletariat kein Zweifel war an der Notwendigkeit der internationalen Solidarität und des einträchtigen Vorgehens in den Klassenkämpfen, so zweifelt es auch nicht daran, daß dieses internationale Vorgehen nicht nur nicht vereitelt, sondern vielmehr unterstützt und gestärkt wird durch starke selbständige Organisationen der einzelnen Nationen, die geradezu seine Grundlage sind. Das tschechische organisierte Proletariat ist durchdrungen von der Überzeugung, daß es in seinem schweren Kampfe gegen den falschen Nationalismus und gegen den Kapitalismus wie auch in seinem ganzen Klassenkampf siegreich nur dann bestehen wird, wenn es sich in seinem Vorgehen nicht nur auf seine eigenen politischen Organisationen wird stützen können, sondern in gleichem Maße auch auf seine gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen. In dieser Beziehung identifiziert es sich auch vollständig mit dem, was die Resolution des internationalen Kongresses in Stuttgart über die Einheitlichkeit der Aktionen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen ausgesprochen hat. Gerade diese Einheitlichkeit erfordert die volle Bereitschaft der gewerkschaftlichen Bewegung, ihre Vertiefung und ihr Eindringen bis in die letzte Werkstätte, was allein durch autonome Gewerkschaftsorganisationen erreicht werden kann. — Die selbständige tschechische Gewerkschaftsbewegung in Österreich vergißt auch nicht einen Augenblick ihre Mission, die auch den Gewerkschaftsorganisationen der anderen Nationen eigen ist: die Arbeiterschaft auf den Prinzipien des Klassenkampfes zu konzentrieren, ihre wirtschaftliche Macht wie auch ihre

wirtschaftlichen Kämpfe zu stärken und zu leiten und aus demselben Grunde auch den politischen Aktionen des tschechischen Proletariats Nachdruck zu verleihen. Darum will sie auch zugleich in der innigsten Verbindung mit dem gewerkschaftlich organisierten Proletariat aller anderen Nationen in Österreich sein und mit ihm in allen gemeinsamen gewerkschaftlichen Aktionen gegen den gemeinsamen Feind gemeinsam und einheitlich vorgehen. — Die selbständigen tschechischen Gewerkschaftsverbände sind aus rein gewerkschaftlichen Bedürfnissen, aus den praktischen Bedürfnissen der Bewegung entstanden und wurden durch den Willen des tschechischen Proletariats geschaffen. An dieser unerschütterlichen und unabänderlichen Kundgebung des Willens der tschechischen Arbeiterschaft — kundgegeben durch die legalen Beschlüsse der Mitglieder und der Vertrauensmämmer — kann und wird der Kongreß nichts ändern. Er wendet sich aber auch nicht gegen jene Zentralorganisationen, die die oben erwähnten Bedingungen erfüllen und in denen sich die tschechische Arbeiterschaft auf der Basis einer bestimmten Autonomie gedeihlich entwickeln kann. Ebenso beharrt er mit Nachdruck auf den Beschlüssen der früheren Kongresse, durch welche die tschechische Gewerkschaftskommission als einzige berechtigte Zentrale der tschechischen Gewerkschaftsbewegung erklärt wurde. Unter dieser sachlichen Voraussetzung waren wir immer bereit als selbständiger und gleichberechtigter Vertragsteil zu gegenseitigem Zusammenwirken mit den Arbeitern der anderen Nationen, besonders in Österreich. Wenn es trotzdem zu einem Streite über die Form dieses Zusammenwirkens kam, ist es nicht die Schuld der tschechischen Gewerkschaftsorganisationen, geschweige denn der politischen Bewegung, und wir müssen insbesondere die Behauptung von dem Einfluß der politischen Partei in dieser Richtung zurückweisen. Um so eher, da wir auf dem Grundsatz beharren, daß die Gewerkschaftsbewegung ein selbständiger und autonomer Faktor in der Klassenbewegung ist. Insofern politische Institutionen entschieden, mußten sie es tun, als die Streitigkeiten die Einheit der politischen Bewegung antasteten und ihre gedeihliche Tätigkeit bedrohten. — Die tschechische Arbeiterschaft ist immer zum gemeinsamen Vorgehen bereit, aber auf dem VI. Gewerkschaftskongreß in Wien wurde eine Resolution beschlossen, die den Weg zur Verständigung über ein gemeinsames Zusammenwirken bewußt und absichtlich außerordentlich erschwert hat durch ein unzulässiges Diktat der Form und der Verhandlungen. Schwerlich wird es auch den vorbereiteten Verhandlungen nützlich sein, wenn auf dem Wiener Kongreß geduldet wurde, daß die selbständigen tschechischen Gewerkschaftsverbände geschmäht und niedrigster, ja unehrlicher Motive verdächtigt wurden, und wenn die Zustimmung des Kongresses sogar Kundgebungen fanden, die demonstrativ gegen die Einheit der tschechischen Klassenbewegung gerichtet waren. — Wenn wir uns aber selbst nach dieser extrem ablehnenden Entscheidung und dem unzulässigen Verhalten des Wiener Kongresses von Verhandlungen über eine Verständigung nicht ausschließen, tun wir es nur aus unserer Pflicht gegenüber der Internationale heraus und aus der Sorge um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, da wir nichts unterlassen wollen, was beitragen könnte, daß der Konflikt endlich beseitigt werde, der,

auf Mißverständnissen und dem Nichtbegreifen der wirklichen Verhältnisse beruhend, die freie Entwicklung der Bewegung in Österreich behindert. — Wir wollen eine Verständigung; aber den Weg zur Verständigung kann man nur im praktischen Verkehr der Organisationen suchen, der nicht nur durch die Prinzipien der Klassenbewegung der Arbeiter hervorgerufen ist, sondern auch durch die aus der Tätigkeit der Organisationen fließenden Bedürfnisse. Darum widerstrebt nur der der Verständigung, der diesem selbstverständlichen Prinzip widerstrebt und sich gegen einen gegenseitigen freundschaftlichen Verkehr der entsprechenden Organisationen wehrt, der besonders in der Regelung der Gegenseitigkeitsverhältnisse in der gegenseitigen Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, in der Regelung der Verhältnisse in den national gemischten Gebieten und in anderen aus der gemeinsamen Tätigkeit der Organisationen in einer Stadt und im ganzen Staat sich ergebenden Fragen Auskunft finden soll. Das ist die Grundlage, auf der sich die Verhandlungen bewegen können. Mindestens dieselben Bedingungen, die die Solidarität der Arbeiterschaft der verschiedenen Staaten bekunden, können um so eher das Werk der Solidarität der verschiedenen Nationen in einem Staate sein. Der erste Schritt dazu sind der freie Austausch der Anschauungen, die ungestörte Agitation, das gemeinsame Vorgehen in den Werkstätten und Betrieben. — In dieser Beziehung betraut der Kongreß die tschechische Gewerkschaftskommission damit, Verhandlungen zu führen, ohne die Grundsätze der Autonomie des tschechischen Proletariats aus dem Auge zu lassen. Wenn aber die Verhandlungen um einen ehrlichen Ausgleich auch jetzt wie schon mehrmals vorher an der hartnäckigen Unnachgiebigkeit und am Nichtverstehen des Wesens der Dinge scheitern sollten, dann werden wir weiter für unsere Ziele arbeiten und wir sind gewiß, daß für die Schäden, die aus dem Streite für das Proletariat Österreichs erfließen werden, jene die Verantwortung tragen werden, die die Verhältnisse eigenwillig nicht sehen wollen, an Stelle von Verhandlung und Ausgleich mit der tschechischen Arbeiterschaft nur das Diktat und den Krieg empfehlen. — Der Kongreß dankt allen, die in seinen Intentionen gearbeitet haben, er spricht seine Überzeugung aus, daß sie sich in allen ihren Kundgebungen immer streng von sachlichen Argumenten leiten lassen werden, und er appelliert an alle, daß sie mit verdoppelter Kraft ihre Tätigkeit für die Befreiung des tschechischen Proletariats aus den Fesseln der wirtschaftlichen Sklaverei und kulturellen Rückständigkeit fortsetzen. — Wir waren immer treue Anhänger der Internationale, wir sind es und werden es sein. Gegenüber dem Schlagwort, das auf dem letzten Wiener Kongreß verkündet wurde: „Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter!“, heben wir hoch unsere eigene Parole: „In den Kampf mit dem Kapital, den gemeinsamen Feind der Arbeiterschaft aller Nationen Österreichs!“ Unter dieser Parole vorwärts zu weiterer Organisationsarbeit und zu weiteren Klassenkämpfen.

Ferner wurde einstimmig ein Vertrauensvotum für die tschechische Parteileitung und für die tschechische Delegation auf dem Intern. Soz. Kongr. in Kopenhagen beschlossen.

Verständigungs-Konferenz über den Gewerkschaftsstreit zu Prag. 12.—13. XI. 1910 [1]).

Es lagen ihr zwei Anträge vor:

1. Antrag der Vertreter der tschechischen Gewerkschaftskommision.

„Vom Kongreß und von der tschechischen Gewerkschaftskommission wie auch von der Parteiexekutive zu Verhandlungen bevollmächtigt, können wir nur konstatieren, daß wir die uns übertragene Aufgabe gern ausführen, in der Hoffnung, daß es unter den gegebenen Verhältnissen, insofern man die praktischen Bedürfnisse der Gewerkschaftsbewegung im Auge behalten wird, gelingen werde, einen Weg zur notwendigen Verständigung über die prinzipiellen Bedingungen eines gemeinsamen Vorgehens zu finden. — Mit Hinblick auf die gegebenen Organisationsverhältnisse empfehlen wir als Grundlage der Verhandlungen diese Grundsätze eines weiteren gegenseitigen Vorgehens: I. Die gegenseitigen Angriffe, sei es durch die Presse, sei es durch das Wort, sollen eingestellt und es soll dahin gewirkt werden, daß zwischen den Mitgliedern der autonomen und der zentralen Organisationen ein freundliches Verhältniss entstehe, wie es zwischen Angehörigen jeder Klassenorganisation beobachtet werden muß. Eingestellt sollen auch alle Versuche werden, die gegen die Einheit der tschechischen sozialdemokratischen Partei gerichtet sind und den Beschlüssen ihrer Kongresse und ihrer verantwortlichen Instanzen widersprechen. II. Es möge ein Gegenseitigkeitsververhältnis der autonomen und der zentralen Verbände ermöglicht werden, wobei hauptsächlich im Auge zu behalten wäre: a) ein einheitliches Vorgehen in Lohnbewegungen, bei Wahlen in Arbeiterkorporationen, seien es solche von Fabriken oder von öffentlichen Anstalten und Institutionen, wobei folgender Grundsatz zu beachten ist: Die Lohnbewegung führt nach gegenseitiger Verständigung jene Organisation, die von der Mehrheit der klassenmäßig organisierten Arbeiter im Betrieb damit betraut wurde. Das bezieht sich besonders auf die Verhandlungen mit den Unternehmungen und ihren Organisationen. Die Streikkomitees sollen verhältnismäßig nach der Zahl der vertretenen Mitglieder zusammengesetzt werden. Ebenso soll bei Wahlen in Arbeiterinstitutionen auf eine verhältnismäßige Vertretung gesehen werden; b) um die gegenseitigen Schädigungen oder Nötigungen zum Übertritt in national gemischten Gebieten und Unternehmungen hintanzuhalten, ist der Grundsatz einzuhalten: Der tschechische Arbeiter gehört in die tschechische Organisation, der deutsche in die deutsche usw. Niemand darf aber in seiner freien Entscheidung behindert werden. c) Es möge nicht verwehrt werden, daß die Verbände der gleichen Berufe nach ihrem Bedürfnis Gegenseitigkeitsverträge zur gegenseitigen Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen, Reisen und eventuell andern gemeinsamen Interessen abschließen. III. Den auto-

---

1) Aus der Wiener „Arbeiter-Zeitung" v. 15. XI. 1910.

nomen tschechischen Verbänden soll die Vertretung in den internationalen Gewerkschaftsunionen, der tschechischen Gewerkschaftsorganisation die Vertretung auf den internationalen Gewerkschaftskonferenzen ermöglicht werden. IV. Dafür, daß diese Bedingungen eines gemeinsamen Vorgehens eingehalten werden, sorgt ein gemeinsamer Ausschuß, der zu gleichen Teilen von der Wiener und der Prager Gewerkschaftskommission gewählt wird, der nach Bedarf zusammentritt und über die strittigen Fragen entscheidet sowie die vereinbarten Gegenseitigkeitsverträge genehmigt."

2. Antrag Dr. Victor Adler:

„Die Konferenz beschließt, ihre Beratungen bis Ende November zu vertagen und beiden Teilen als Vorbedingung des Friedensschlusses zur Diskussion zu stellen: Die Herstellung von gemeinsamen organisatorischen Einrichtungen, die sowohl die Zentralverbände als auch die separatistischen Organisationen umfassen nnd die Gemeinsamkeit der dazu nötigen Mittel verbürgen.

Zum Antrage 1 wurden im Laufe der Debatte tschechischerseits zwei Amendements gestellt; und zwar A von Nemec: „Es soll im Punkt II b der Passus: Der tschechische Arbeiter gehört in die tschechische Organisation und der deutsche in die deutsche, gestrichen werden". B von Tayerle: Es soll am Schluß der Resolution heißen: „Dieser gemeinsame Auschuß hat nach Durchführung aller vorangeführten notwendigen Grundbedingungen des gegenseitigen Zusammenwirkens und den gewonnenen Erfahrungen entsprechend den zuständigen Kongressen der Prager und der Wiener Gewerkschaftskommission einen Antrag vorzulegen, welcher die gegenseitige finanzielle Hilfe bei großen Streiks und Aussperrungen in irgend einem Gebiet der Kommissionen ausspricht, insofern der Kampf über den Rahmen einer Branche und mehrerer Unternehmungen und Industrien hinausgeht. Diesem Ausschuß obliegt gleichzeitig die Ausarbeitung eines Regulativs zum einheitlichen Vorgehen der Organisationen in wirtschaftlichen Kämpfen".

Die Konferenz beschloß, sich bis Ende November zu vertagen und dann die Beratungen fortzusetzen.

VI. Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratrie Mährens zu Brünn. 7.—8. I. 1911[1]).

I. Zum Gewerkschaftskonflikt.

„Der Kampf um die Organisationsformen der Gewerkschaften hat auch die Entwicklung der politischen Organisationen wesentlich beeinträchtigt. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat sich bisher vollständig neutral verhalten und soweit ihr Einfluß reicht, auch die deutschen gewerkschaftlich

1) Protokoll über die Verhandlungen des Landesparteitages. Brünn 1911.

organisierten Genossen von der aktiven Teilnahme an dem Kampfe abgehalten. Die Ereignisse der letzten Zeit gebieten uns aber, zu dem Streit in den Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Die nationalen Gegner aller Parteischattierungen erachten nunmehr den Zeitpunkt für gegeben, um für Streikbrecherorganisationen, die bisher in Mähren nur ein Scheindasein geführt haben, Mitgliederfang betreiben zu können. Wenn auch die mährische Arbeiterschaft, dank der von der sozialdemokratischen Partei geleisteten Aufklärungsarbeit, den gelben Organisationen die Gefolgschaft versagen wird, so wird doch die Entwicklung unserer Organisationen unterbunden, wenn nicht gar der Bruderstreit von den lässigen Mitgliedern zum Vorwand genommen wird, um der Organisation den Rücken zu kehren. Die Arbeiterschaft wird aber gerade in der nächsten Zeit die Stärkung und den Ausbau ihrer Organisation mehr denn je benötigen. Industrie und Handel haben sich von der Krise erholt und wir werden, wenn nicht alle Aussichten trügen, bald in eine Zeitepoche der aufstrebenden Konjunktur gelangen. Den Unternehmern könnte kein größerer Gefallen erwiesen werden, als wenn man ihnen auf Grund der Uneinigkeit in den Organisationen die Möglichkeit geben würde, den Profit zur Gänze einzustreichen. Der VI. mähr. PT. wünscht sehnlich eine Einigung der streitenden Teile. Die Verständigung darf aber im Interesse der Arbeiterschaft nicht hinausgeschoben werden und es muß die einheitliche Führung der gewerkschaftlichen Organisation und des gewerkschaftlichen Kampfes unbedingt gewahrt bleiben. Der LPT. bedauert lebhaft, daß der Streit über die Form der gewerkschaftlichen Organisation auch in der politischen Organisation verwirrend gewirkt und zu dem ganz ungerechtfertigten Ausschlusse der in den Zentralorganisationen tätigen tschechischen Genossen aus der tschechoslawischen Parteiorganisation geführt hat. Die Unduldsamkeit der separatistischen Genossen widerspricht dem proletarischen Empfinden und den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses."

II. Zur Wahlrechtsfrage.

„Die mährische Arbeiterschaft wird aufgefordert, den Kampf um das allgemeine, gleiche Landtags- und Gemeindewahlrecht bei den nächsten Landtagswahlen mit allem Nachdrucke aufzunehmen und alle bürgerlichen Kandidaten rücksichtslos zu bekämpfen, die sich nicht bereit erklären, für diese Forderungen im nächsten Landtage mit Entschiedenheit einzutreten."

Ferner Resolutionen über: die Organisation der Jugend- und Bildungsarbeit; den Ausbau des Vertrauensmännerinstituts und der politischen Frauenorganisationen.

I. Landeskonferenz der tschechischen Mitglieder der Zentralgewerkschaften zu Prag. Februar 1911 [1]).

Vertreten auf derselben waren 14000 Mitglieder der zentralistischen Organisationen. Beschlossen wurde:

1) Aus d. Wiener „Arbeiter-Zeitung" v. 11. II. 1911.

„Die I. böhmische Gewerkschaftskonferenz der tschechischen Mitglieder der Zentralverbände in Österreich fordert die Reichskommission auf, die Beantwortung ihrer Anträge, welche die äußerst denkbaren Konzessionen enthalten, von der tschechischen Gewerkschaftskommission zu urgieren. Erfolgt bis zum 1. März keine Antwort, so ist anzunehmen, daß die Verhandlungen von der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission eingestellt wurden."

Weiter wurde ein Statut für die Gewerkschaftskommission für Böhmen und für die Landeskonferenz angenommen und die Einhebung einer Steuer von 2 Hellern pro Mitglied für die Landeskommission bebeschlossen.

Vorschläge der tschechoslawischen an die Reichsgewerkschaftskommission von Anfang März 1911 [1])

„Zur Regelung des gegenseitigen Verkehrs der tschechischen und österreichischen Gewerkschaftsverbände.

I. Lohnbewegungen und gemeinsame Aktionen.

Zur Erzielung und Stärkung des gegenseitigen Verhältnisses der selbständigen und zentralen Verbände ist hauptsächlich folgendes zu beachten: a) Einheitliches Vorgehen bei Lohnbewegungen, bei Wahlen in Arbeiterkorporationen, ob in Fabriks- oder öffentlichen Anstalten und Institutionen, wobei folgender Grundsatz zu gelten hat: Die Lohnbewegung führt nach gegenseitigem Einvernehmen jene Organisation, die von der Majorität der im Betrieb befindlichen organisierten Arbeiter hierzu betraut wurde. Dies gilt besonders bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und ihren Organisationen. Die Streikausschüsse sind dem Verhältnis der vertretenen Mitglieder entsprechend zusammenzusetzen. Desgleichen ist bei Wahlen in Arbeiterinstitutionen auf eine paritätische Vertretung zu achten. b) Lohnbewegungen, ob Angriffs- oder Abwehrstreiks, sowie alle Streiks und Aussperrungen sind dann gemeinsam zu führen, wenn in dem Betrieb oder in der hiervon betroffenen Fabrik beide Organisationen, autonome oder zentrale, vertreten sind, weiter wenn die Bewegung oder der Streik mehrere Betriebe oder Fabriken betrifft. In einem solchen Falle ist jene Organisation, die eine solche Bewegung unternehmen will oder von ihr betroffen wurde, verpflichtet, dies rechtzeitig der anderen Organisation anzumelden. c) Bei großen Streiks und Aussperrungen, die in mehrere Branchen eingreifen, leitet die Bewegung ein besonderer, aus je zwei Mitgliedern der beteiligten Branchen und je zwei Mitgliedern der beiden Kommissionen zusammengesetzter Ausschuß. d) Verbände gleicher Branchen haben ihren Bedürfnissen entsprechend Gegenseitigkeitsverträge zur gegenseitigen Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen, zur Reiseunterstützung und zu allfälligen anderen gemeinsamen Interessen, denen diese allgemeinen Prinzipien als Grundlage dienen, abzuschließen.

---

1) Aus d. Wiener „Arbeiter-Zeitung" v. 18. III. 1911.

II. Organisation.

a) In nationaleinheitlichen Gebieten hat die Arbeiterschaft der Organisation ihrer Nationalität anzugehören. b) In nationalgemischten Gebieten und Betrieben ist niemand in seiner freien Entschließung zu behindern, um gegenseitige Schädigungen oder Nötigung zum Übertritt hintanzuhalten. Als nationalgemischte Gebiete gelten jene, in welchen Arbeiter verschiedener Nationen beschäftigt sind. c) Den selbständigen tschechischen Verbänden ist eine Vertretung in den internationalen Gewerkschaftsverbänden zu ermöglichen, der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission eine Vertretung bei den internationalen Gewerkschaftkonferenzen.

III. Gemeinsamer Widerstandsfonds.

a) Für die Einhaltung der Bedingungen eines gemeinsamen Vorgehens sorgt der aus je drei Mitgliedern der Prager und der Wiener Gewerkschaftskommission gewählte gemeinsame Ausschuß, der nach Bedarf zusammentritt und über strittige Fragen entscheidet sowie die abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge bestätigt. b) Diesem gemeinsamen Ausschuß steht die Oberaufsicht über die Verwaltung des gemeinsamen Fonds zu, welcher aus den Beiträgen beider Kommissionen zu bilden und dessen Zweck die Unterstützung der Lohnkämpfe und Aktionen der Arbeiter ist, die den Wirkungskreis einer Kommission überragen oder mehrere Branchen oder Länder berühren. c) Der obligate Beitrag zum Zentralwiderstandsfonds beträgt per Mitglied 1 Heller wöchentlich und ist für alle Mitglieder der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission an die Gewerkschaftskommission in Prag, für die Mitglieder der Wiener Gewerkschaftskommission an die Gewerkschaftskommission in Wien abzuführen. d) Diesen Fonds verwaltet jede Kommission getrennt und beide haben behufs Übersicht und Kontrolle gegenseitig dessen Ausweise auszutauschen und jährlich eine gemeinsame Bilanz auszuarbeiten. e) Unterstützungen aus diesem Fonds gewährt nach Absatz b) der gemeinsame Ausschuß bei Streiks und Aussperrungen, welche die finanziellen Kräfte der einzelnen Organisationen erschöpfen und wenn die Aushilfe aus den Kartell- oder Solidaritätsfonds ihrer Kommissionen nicht mehr ausreicht, und wird in jenem Verhältnis gewährt, in dem die Beiträge der Kommission, zu welcher die ansuchende Organisation gehört, eingezahlt werden. f) Dieser gemeinsame Ausschuß ergreift auch weitere Maßregeln zur Beschaffung von Mitteln, wenn dieser Fonds erschöpft werden sollte.

IV. Schlußbestimmungen.

a) Zu allen Beratungen zwischen den autonomen und den zentralen Organisationen können beide Kommissionen ihre Delegierten entsenden. b) Keiner von den tschechischen oder den zentralen Verbänden ist zu einer diesen Grundsätzen zuwiderlaufenden Gegenseitigkeit verpflichtet. c) Allfällige besondere Vereinbarungen der einzelnen Verbände legt vor ihrer endgütigen Ratifizierung jede Organisation ihrer Gewerkschaftskommission zur Begutachtung und Bestätigung vor".

* * *

Die Reichsgewerkschaftskommission fand diese Anträge unannehmbar und berief eine

Reichskonferenz der Zentralverbände nach Wien auf den 17. III. 1911.

Bei derselben waren fast sämtliche Verbände vertreten und es wurde — debattelos und einstimmig — folgender Beschluß gefaßt:

Die Reichskonferenz der Zentralgewerkschaften Österreichs erklärt, daß im Streitfall um die einheitliche Organisationsform mit den Separatisten der ehrliche Wille zum Frieden durch die von der Reichsgewerkschaftskommission vorgelegten Einigungsanträge ernstlich bekundet wurde. — Die tschechischen Separatisten haben nun durch ihre Gegenanträge, die nur eine Umschreibung ihrer ersten Anträge bedeuten, und ihr Verhalten während der Verhandlungen bewiesen, daß sie den Frieden auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht anstreben. Sie haben im schroffsten Gegensatz zur Zentralorganisation den Willen klar ausgesprochen, auf der nationalen Trennung der Arbeiter in allen Betrieben des Reiches unerschütterlich zu beharren. Bei Anerkennung dieser prinzipiellen Grundsätze wäre das Proletariat Österreichs, trotz aller gewährten Gegenseitigkeit, in den Fabriken und Werkstätten national zerklüftet und könnte es unmöglich organisatorisch erfaßt werden. — Die Ablehnung der von den Zentralisten angestrebten organisatorisch einheitlichen Streikführung und Ansammlung der hierzu erforderlichen Mittel bedeutet in ihrer Wirkung, auf den Kampf um die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse für das tschechische Proletariat zu verzichten und ihn für die gesamte Arbeiterklasse Österreichs zu erschweren. Die aus den separatistischen Gegenanträgen ersichtlichen Tendenzen hindern dauernd eine Beilegung des Konflikts; sie widersprechen den elementarsten Begriffen über die Gewerkschaften und deren Kämpfe; sie sind vielmehr Grundforderungen des schroffsten Nationalismus, Tendenzen, die das Proletatiat nicht einigen, sondern gegenseitig entfremden und darum kulturell und sozial ernstlich bedrohen. Die Reichskonferenz spricht als ihre Überzeugung aus, daß die verantwortlichen Faktoren der tschechoslawischen Gewerkschaften und Partei mit vollem Bewußtsein den nationalen Aspirationen näher stehen als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiterschaft. Dadurch werden Gefahren nicht nur für das tschechische, sondern auch für das gesamte Proletariat Österreichs heraufbeschworen, die es im Kampfe gegen das mächtig emporstrebende Unternehmertum organisatorisch hemmen und schwächen. Die Reichskonferenz billigt deshalb den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsgewerkschaftskommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen in kein Gegenseitigkeitsverhältnis einzugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren. Die Reichskonferenz setzt das vollste Vertrauen in ihre Gesamtvertretung, die Reichsgewerkschaftskommission, in der Überzeugung, daß sie die Sache der Zentralorganisationen mit Umsicht und entsprechender Energie so wie bisher auch weiter führt.

Sie erwartet daher von der sozialistischen Internationale in Österreich im Interesse des gesamten Proletariats die vollste Unterstützung in dem den Zentralorganisationen aufgezwungenen Kampfe, um die österreichische Arbeiterschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehr- und kampffähig zu erhalten".

Landesparteitag der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie zu Bodenbach. 26.—27. III. 1911.[1])

Beschlossen wurden — außer Anträgen zur Bildungsarbeit und Presse — folgende Resolutionen.

Zur Gewerkschaftsfrage:

a[2]) Die wirtschaftliche und die politische Entwicklung Böhmens hat die Klassengegensätze überaus verschärft. Die Unternehmer, in starken internationalen Organisationen vereinigt, stellen jeder Forderung der Arbeiterklasse einen nur mit größtem Kraftaufwand zu überwindenden Widerstand entgegen. Die bürgerlichen Parteien, von den Unternehmerverbänden geleitet und mit dem Gelde der Unternehmer ausgehalten, haben alle inneren Gegensätze überwunden, um sich gegen die Partei der Arbeiter zu vereinigen. Wie die Unternehmer in den Betrieben gelbe Verrätergewerkschaften organisieren, die dem kämpfenden Proletariat in den Rücken fallen, so organisieren die bürgerlichen Parteien für den politischen Kampf gelbe Arbeiterorganisationen, die den besitzenden Klassen Zutreiberdienste leisten. Diesen vereinigten Ansturm der Kapitalistenklasse und ihrer Söldlinge kann die Arbeiterklasse nur in voller Einheit abwehren. Wir verurteilen darum alle Absplitterungsbestrebungen, die die Widerstandskraft der Arbeiter gegen das Unternehmertum schwächen. Wir verharren auf dem Boden des Beschlusses, den die ganze sozialistische Internationale auf dem Kongreß zu Kopenhagen einmütig gefaßt hat. Wir fordern alle Parteimitglieder auf, ihre ganze Werbearbeit in den Dienst der internationalen Gewerkschaften zu stellen und ihre Bemühungen für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats zu verdoppeln. Wir bedauern, daß durch den Kampf um die gewerkschaftliche Organisation die einheitliche proletarische Politik überaus erschwert wird. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei muß unter diesen Umständen ihre Politik in nationalen Angelegenheiten, dem proletarischen und dem internationalen Geiste des Brünner Nationalitätenprogramms treu, selbständig bestimmen. Aber so sehr wir auch die Meinungsverschiedenheiten beklagen, die zwischen uns und einem Teile der tschechischen Arbeiterschaft bestehen, so darf doch dadurch die durch die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten diktierte Einheit des proletarischen Klassenkampfes nicht gestört werden. Die deutschen und die tschechischen Arbeiter führen denselben

---

1) Aus der Wiener „Arbeiter-Zeitung" v. 28. u. 29. III. 1911.
2) Antrag des Referenten.

Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und den kapitalistischen Klassenstaat. Im Kampfe um die wirtschaftlichen, die politischen und die kulturellen Forderungen des Proletariats müssen die Arbeiter aller Nationen zusammenstehen. Wir bekämpfen den Separatismus, nicht um die tschechischen Arbeiter zu befehden, sondern um im Interesse der Arbeiter aller Nationen die proletarische Internationale zu festigen. So sehr wir den Zwist in der gewerkschaftlichen Organisation und seine Wirkungen bedauern, so bleiben wir doch im Kampfe gegen Unternehmertum und Klassenstaat die treuen Verbündeten und Helfer wie der Arbeiter aller anderen Nationen so auch des tschechischen Proletariats.

b [1]) Der LPT. verurteilt den Separatismus auf das entschiedenste und fordert die Parteigenossen auf, ihn überall auf das energischste zu bekämpfen [und alles daranzusetzen, um die tschechische Arbeiterschaft über die Schädlichkeit des Separatismus aufzuklären]" [2]).

IV. Schweiz.

Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei zu Basel. 26.—27. XI. 1910 [3]).

Angenommen wurden außer Resolutionen: 1. gegen die Vergewaltigung Finnlands; 2. für eine Aktion der sozialdem. Nationalratsfraktion gegen die Teuerung — einstimmig ein Antrag über die:

I. Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften.

„I. Der Parteitag der Sozialdemokratie der Schweiz, indem er die Beschlüsse des Internationalen Sozialistenkongresses zu Stuttgart über die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften ausdrücklich anerkennt, wiederholt die prinzipielle Erklärung des Parteiprogramms, daß die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse von jeglicher Ausbeutung und Knechtung und damit die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise nur möglich ist durch den Klassenkampf des Proletariats.

II. Während die sozialdemokratische Partei die Trägerin des proletarischen Klassenkampfes vornehmlich auf politischem Gebiete ist, führen die Gewerkschaften diesen Kampf vorwiegend auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Aufgaben beider Organisationen sind also gleich notwendig und gleichwertig.

III. Auf dem besonderen Gebiete, auf dem jede der beiden Organisationen ihre inneren Angelegenheiten unabhängig von der anderen ordnet und ihre

---

1) Über Antrag aus der Mitte des Parteitags. 2) An Stelle des eingeklammerten Satzes enthielt der ursprüngliche Antrag die Worte: „und die tschechischen Zentralisten in jeder Weise zu unterstützen". 3) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages. Zürich, Buchhandlung d. Grütlivereins 1911.

Aktionen selbständig einleitet und durchführt, erschöpft sich aber die Tätigkeit von Partei und Gewerkschaften nicht. In dem Maße, als der kapitalistische Entwicklungsprozeß vorwärts schreitet und die Konzentration der Produktivkräfte wächst, bilden und entwickeln sich die modernen Unternehmerverbände, die den Forderungen der Gewerkschaften einen stets größer werdenden Widerstand entgegensetzen. Dieser Widerstand, wie die infolge der Teuerung der gesamten Lebenshaltung zunehmende Verschlechterung der Klassenlage der Arbeiter, führt naturgemäß zu einer Erweiterung und zu heftigeren Formen der gewerkschaftlichen Kämpfe. Um den Anteil des Arbeiters am Wert des Produktes zu erhöhen, bedarf es eines immer stärkeren Kräfteaufwandes und größerer finanzieller Mittel. — Der Kampf der Gewerkschaften wird indes nicht nur erschwert durch wirtschaftliche Hemmnisse, die ihm die Kapitalistenklasse entgegenstellt. Ökonomisch herrschend, ist diese zugleich die politisch herrschende Klasse und benützt als solche die ihr zur Verfügung stehende Staatsmacht, um den wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse mit Anwendung von Polizei- und Militärgewalt, durch Ausnahmegesetze und schikanöse Richtersprüche zu hindern. — Diese Hemmnisse können nicht durch den gewerkschaftlichen Kampf und dessen Methoden allein beseitigt werden, dazu ist vielmehr die gemeinsame Betätigung mit der politischen Organisation der Arbeiterklasse notwendig. Eine Gewerkschaft, die ihre Tätigkeit ausschließlich auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränken, auf der Theorie der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit aufbauen und ihre Sorge aus zünftlerischem Egoismus nur auf die beruflichen Interessen richten wollte, wäre daher zur Ohnmacht und Unfruchtbarkeit verurteilt. — Kommen also die Gewerkschaften auf die Dauer nicht vorwärts ohne den politischen Kampf und die politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, so wird umgekehrt die Partei nur dann Erfolge in der Richtung des sozialistischen Endzieles erreichen, wenn sie sich auf die gewerkschaftlich organisierten Klassen stützt. Die Gewerkschaften bilden die erste Schule die Solidarität; sie wecken das Klassenbewußtsein, fördern die Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge und erziehen zur proletarischen Disziplin. — Mit der zunehmenden Verschärfung der Klassengegensätze entsteht ein immer wachsendes Gebiet des proletarischen Befreiungskampfes, auf dem Erfolge nur erzielt werden können durch das einmütige, geschlossene Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaften. Der Kampf der Arbeiterklasse wird aber um so günstiger und erfolgreicher sein, je inniger die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen und je einheitlicher die Partei und die Gewerkschaftsorganisationen selbst sind.

IV. Partei und Gewerkschaften sind in ihren Erfolgen und Niederlagen voneinander abhängig. Sie müssen deshalb in ihren Aktionen innerhalb gewisser Grenzen aufeinander Rücksicht nehmen, um einen möglichst großen Fortschritt der gesamten Arbeiterschaft im Klassenkampf zu erzielen. — Jedes Parteimitglied soll einer Gewerkschaft angehören, sofern

eine solche für seinen Beruf besteht. — Jedem Gewerkschafter soll von seinen sozialdemokratisch gesinnten Berufsgenossen zum Bewußtsein gebracht werden, daß es die Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters ist, auch politisch organisiert zu sein.

V. Um die politische und gewerkschaftliche Einheit des Handelns der Arbeiterklasse in der Schweiz zu fördern, wird die sozialdemokratische Partei mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund, als Vertreter der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsorganisationen, ständige Beziehungen unterhalten. — Ebenso ist die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen und politischen Vereine eines Ortes in einer Union auf das Dringendste zu empfehlen. — Im Interesse einer möglichst raschen und leichten Verständigung über gemeinsame Aktionen beider Organisationsgruppen — allgemeine Agitation und Vertiefung des sozialistischen Wissens, Abwehr der Beschränkung oder Verletzung der Freiheit und Rechte der Arbeiterklasse, Förderung des Arbeiterschutzes — beauftragt der Parteitag die Geschäftsleitung der Partei, gemeinsam mit dem Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ein Übereinkommen auszuarbeiten, das dem schweizerischen Parteikomitee und dem kompetenten Organ des Gewerkschaftsbundes zur Genehmigung zu unterbreiten ist“ [1]).

II. Die Frage der Parteiorganisation.

Dem Parteitag lagen vor:

a) ein Antrag von der sozialdem. Partei des Kantons Bern.

„Der Parteitag der bernischen Sozialdemokratie, in materieller Übereinstimmung mit der Delegiertenversammlung bernischer Grütlivereine, ersucht den PT. d. Schweiz. soziald. Partei, die Geschäftsleitung zu beauftragen, in Verbindung mit dem Zentralkomitee des Schweiz. Grütlivereins die Frage zu prüfen, auf welche Art und Weise die organisatorische Einheit der politischen Arbeiterbewegung der Schweiz geschaffen werden könnte.“

b) Hierzu: Antrag der Arbeiterunion Zürich.

„Die Geschäftsleitung wird eingeladen, bei Prüfung der Frage der organisatorischen Einheit der Partei zu untersuchen und dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten, ob nicht die organisatorischen Grundlagen der schweizerischen Partei in dem Sinne zu ändern seien, daß die Partei bestehen würde: 1. aus den sozialdemokratischen Mitgliedschaften; 2. aus den Sektionen des Grütlivereins; 3. aus den lokalen Arbeiterunionen überall da, wo besondere politische Organisationen nicht bestehen.“

Einstimmig angenommen wurde der Antrag des Parteikomitees:

---

1) Der vorstehende Text ist von einer zu diesem Zweck vom Parteitag eingesetzten 9gliederigen Kommission endgültig formuliert worden.

„Der Parteitag hat eine Kommission zur beförderlichen Ausarbeitung eines neuen Parteistatuts einzusetzen, dessen Entwurf zunächst der Parteipresse und den Parteiorganisationen zur Diskussion und Antragstellung unterbreitet werden soll. Ein außerordentlicher Parteitag wird das Parteistatut endgültig festsetzen.“

* * *

In Gemäßheit dieser Beschlüsse wurden ausgearbeitet Entwürfe: a) eines Übereinkommens zwischen Partei und Gewerkschaftsbund[1]) und b) eines Organisationsstatuts der Sozialdem. Partei der Schweiz[2]), auf die noch zurückgekommen werden wird.

(Schluß im nächsten Heft.)

---

1) Abgedruckt im Jahrbuch d. Schweiz. Grütlivereins u. d. Schweiz. Sozialdem. Partei 1910. Zürich 1911, S. 166/68. 2) Ebenda S. 145/48.

Die 48er Arbeiterbewegung in Norwegen [1].

Von

Halvdan Koht.

Inhalt:

I.

Die norwegische Arbeiterbewegung, die im Jahre 1848 plötzlich zum Ausbruch kam, war zwar sowohl ihrem Ursprung wie ihrer sozialen Theorie nach mit den übrigen europäischen Bewegungen jenes Jahres eng verknüpft, steht aber dennoch in mancher Hinsicht geschichtlich ziemlich einzig da. Sie war entschieden sozialistisch im französischen Sinn, freilich ohne viel Theorie. Ihr Urheber und Führer MARCUS THRANE [2], dem sie die volkstümliche Bezeichnung als „Thranitenbewegung“ verdankt, predigte einen Klassenkampf, der ihn wesentlich als auf dem Boden WILHELM WEITLINGS stehend erkennen läßt, jedoch schon noch stärker zu marxistischen Auffassungen vorwärts führt. Die eigentliche Tat TH.s ist aber nicht theoretischer Art; er war

1) Literatur: O. A. ÖVERLAND, Thraniterbevœgelsen, Kristiania 1903 — eine 360 S. starke Spezialarbeit, jedoch ohne soziales und psychologisches Verständnis geschrieben und nur wegen der reichlichen Dokumentation wertvoll. — Eine kurze Schilderung der äußeren Ereignisse mit Hinweisen auf alle literarischen Quellen, in meinem Artikel in HALVORSENS „Norsk Forfatter-Lexikon“, V. Bd. (1901), S. 734/749; eine andere kurze, aber räsonnierte Darstellung, in meinem Artikel in JENSENS und BORGBJERGS „Socialdemokratiets Aarhundrede“, Kopenhagen 1904, II. Bd. — Wichtige Mitteilungen über die sozialen Ideen THRANES, wenngleich zum Teil falsch aufgefaßt, sind neuerdings veröffentlicht worden von JAKOB FRIIS, in der sozialistischen Zeitschrift „Det tyvende aarhundrede“ (Kristiania) Juniheft 1910, S. 16/19. 2) Der Name ist im folgenden in TH. abgekürzt.

ein Agitator der praktischen Lebensverhältnisse, und sein merkwürdiger Erfolg war die Organisation der Landarbeiter, die Erhebung des erfahrungsgemäß am schwersten zu organisierenden bäuerlichen Proletariats. Freilich, die Bewegung wurde mit Gewalt unterdrückt, TH. selber wie ein Verbrecher verurteilt, die Organisation zersprengt. Die geschichtliche Bedeutung der Bewegung darf aber deswegen nicht unterschätzt werden: sie warf ein neues Element der Gährung in die norwegische Gesellschaft; sie half die Politik des Landes auf neuen Boden stellen; sie wurde der Ausgangspunkt sowohl neuer Institutionen wie neuer Intentionen.

Das Norwegen von 1848 konnte nichts weniger als für sozialistische Doktrinen empfänglich erscheinen. Es war ein ausgeprägtes Bauernland mit sehr geringfügiger Industrie. Nach der Statistik von 1845 entfielen bei einer Gesamtbevölkerung von 1 328 000 nicht mehr als 162 000, also kaum 13 Proz. auf die Städte. Und unter der städtischen Bevölkerung wieder war die Arbeiterklasse nicht sehr zahlreich: sie umfaßte etwa 6700 Handwerksgesellen und Lehrlinge, 11 600 Tagelöhner und 17 000 Dienstboten, darunter eine große Menge Mägde. Von diesen Gruppen waren bloß die beiden erstgenannten irgendwie — allerdings auch nur bis zu einem gewissen Grade — organisationsfähig. So hatten 1838 die Maurergesellen in Kristiania einen regulären Lohnstreik ins Werk gesetzt, den allerdings polizeiliche Intervention zu jähem Abschluß gebracht hatte, da er nach einer Verordnung von 1733 — die erst 1839 aufgehoben wurde — als gesetzwidrig erschien.

Von Handwerksgesellen auf dem Lande weiß die Statistik von 1845 gar nichts. Das ist auch ganz natürlich. Denn bis 1839 war das Gewerbe gesetzlich auf die Städte beschränkt gewesen, und noch viele Jahrzehnte nachher wurde handwerkliche Tätigkeit auf dem Lande fast ausschließlich von einzelnen Meistern betrieben, die keine Gesellen beschäftigten, so daß sich hier kein proletarischer Arbeiterstand entwickeln konnte. Tagelöhner gab es damals auf dem Lande ca. 47 000, davon gegen 3500 in Bergwerken und 9000 in verschiedenen anderen Industrien, während die restlichen drei Viertel wesentlich in bäuerlichen Wirtschaften Verwendung fanden.

Den sozial wichtigsten Teil des ländlichen Arbeiterstandes bildeten die etwa 60 000 „Hausmänner“, die meist in den östlichen

Landschaften mit ihren durchschnittlich größeren Gütern ansässig waren. Die Lage dieser Hausmänner war fast ausschließlich durch altes Herkommen geregelt und sehr abhängig. Wenngleich seit uralter Zeit persönlich frei, lebten sie noch in einer Art ökonomischer Knechtschaft. Für ihren Lebensunterhalt hatten sie kleine Stellen in Pacht, die sie mit Weib und Kindern bestellten. Die Abgabe, die sie hierfür zu entrichten hatten, war gering. Dagegen waren sie dem Gutsbesitzer nach dessen Ansage zu Hofarbeit gegen geringfügigen Lohn verpflichtet, der noch Mitte des 19. Jahrhunderts gewöhnlich außer der Kost drei Groschen des Tages betrug. Wohl waren die Landherren durch königliche Verordnungen aus den Jahren 1750 und 1792 verhalten, ihren Hausmännern schriftliche Kontrakte auszufertigen. Trotzdem dauerte so manche Willkür fort. Rechtlich freizügig, waren doch die Hausmänner, bei der noch geringen sozialen Differenzierung im Lande, tatsächlich an die Scholle gebunden, und nur in Ausnahmefällen war es ihnen möglich, aus der ererbten Armut sich emporzuheben. Dies erhellt auch deutlich aus der Tatsache, daß die Zahl der Hausmänner noch in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts stetig zunahm. Die Maschine hatte noch nicht ihren Einzug in die norwegische Landwirtschaft gehalten, deren vornehmstes Erfordernis also noch die menschliche Arbeitskraft war, das durch das Hausmänner-Institut am leichtesten Befriedigung fand.

Die herrschende Klasse auf dem Lande bildeten die Freibauern. Der großen Gutsbesitzer waren zu dieser Zeit in Norwegen nicht mehr viele übrig. Über ein Jahrhundert schon hatte der stete Übergang des Landeigentums in bäuerliche Hände gedauert. Um 1845 war die Zahl der Freibauern, die ihre eigenen Höfe bestellten, auf 78000 angewachsen und nahm damals um etwa 5000 jährlich zu, während die Zahl der Pächter, die im Jahre 1845 25000 betrug, fast ebenso stark abnahm. Es ist überaus charakteristisch, daß das Wort „Hofbauer“, das ursprünglich den Pächter bezeichnet hatte, in wenigen Jahrzehnten seinen Sinn änderte und als mit „Hofeigentümer“ gleichbedeutend verwendet wurde, so daß wo im folgenden von „Bauern“ die Rede ist, damit immer Freisassen gemeint sind. Ursprünglich eine soziale Unterklasse, hatten sich die Bauern allmählich zu selbstherrlicher Stellung in der Landwirtschaft emporgeschwungen; und wenngleich zu zahlreich, um eine wirk-

liche Aristokratie zu bilden, vermochten sie doch als Gebieter einer dienstbaren Klasse aufzutreten. Dies galt besonders von den breiten Tälern des norwegischen „Ostlandes“. Während im Westen das Hausmännerwesen nur geringe Verbreitung besaß, hatten die mehr wohlhabenden ostländischen Bauern nicht selten je 4, 8, 12, ja 20 Hausmänner, und die Bauern (Freisassen und Pächter) waren im ausschließlichen Besitz der sozialen und politischen Macht.

Die soziale Geschichte Norwegens seit dem 16. Jahrhundert war vom Kampfe der Bauern um ihre ökonomische Freiheit ausgefüllt. Zuerst hatte sich die Bauernschaft gegen die erdrückende Übermacht des Lehnsadels, dann gegen die königliche Bureaukratie und die Privilegien des städtischen Bürgertums zu wehren, und in harten Kämpfen, durch unablässige Klagen und Prozesse, nicht selten auch durch Aufruhr und Gewalttat, war es ihnen gelungen, ihre soziale Selbständigkeit zu behaupten und zu stärken. Nachdem im Jahre 1814 der königliche Absolutismus einer freien Verfassung hatte weichen müssen, die der Volksvertretung eine solche Machtvollkommenheit einräumte, wie sie im übrigen Europa noch lange unerreicht blieb, war der soziale Kampf auf parlamentarischen Boden hinübergeführt worden. Die Bauern hatten im Storting (Reichstag) eine eigene Partei gebildet und hatten hartnäckig auf die Entwurzelung der Bureaukratie und darauf hingearbeitet, dem Bürgerstand seine Privilegien zu entreißen. — Schon hatten sie bedeutungsvolle Siege in der Richtung einer Demokratisierung der Gesellschaft erfochten: 1818 hatten die reichen Bürger ihr wichtiges Vorrecht des Sägemühlenbetriebes aufgeben müssen; 1839 war die Gewerbefreiheit eingeführt worden; 1821 war der Abverkauf eines großen Teils der Krongüter an die Pächter beschlossen worden; 1837 war die Gemeindeverwaltung in die Hände vom Volke erwählter Behörden gelegt worden; immer mehr öffentliche Funktionen wurden aus den Händen der Staatsbeamten genommen, und diesen selbst wurden systematisch die Gehälter und die Pensionen gekürzt. — Noch um das Jahr 1848 bestand jedoch ein starker Überrest der alten Klassenherrschaft der Bürger und Beamten fort: zum Betrieb von Binnen- und Außenhandel waren im wesentlichen allein die Bürger der Städte berechtigt; diese verfügten im Storting über eine unverhältnismäßig starke Vertretung, nämlich über ein volles Drittel der Abgeordnetenmandate; die Wehrpflicht lastete

ausschließlich auf den Bauern und Landarbeitern, besonders auf den Söhnen der armen Leute, die es nicht vermochten, einen Ersatzmann zu kaufen; Kirche, Schule, Gerichtswesen waren ganz und gar bureaukratisch; schließlich hatte die Bureaukratie ihre feste Hauptburg in der Regierungsgewalt, die gewöhnlich möglichst lange allen demokratischen Stortingsbeschlüssen das — freilich nur suspensive — königliche Veto entgegenstellte.

Nachdem sich die Bauern zum politischen Klassenkampf zusammengeschlossen hatten, war ihnen der endliche Sieg gewiß, eben weil sie über die größere Zahl verfügten, und die meisten von ihnen hielten es für selbstverständlich, daß mit ihrem Sieg die endgültige Organisation von Gesellschaft und Staat erreicht sein würde. Sie kämpften nicht für eine Demokratie, sondern um ihre eigene Macht. In der Tat konnte das Storting keine echt demokratische Versammlung sein; nur drei Klassen des Volkes, die königlichen Beamten, die privilegierten Bürger und die freien Bauern, waren wahlberechtigt, während Dienstleute, Arbeiter und Hausmänner, kurz alle, die weder Amt noch Handels- oder Handwerksprivilegien oder Hof besassen, von der Ausübung politischer Rechte ausgeschlossen waren. Die Bauern hatten lange Zeit hindurch als Repräsentanten der gesamten Landbevölkerung auftreten können, weil die unteren ländlichen Klassen sich ihrer besonderen Interessen nicht bewußt geworden waren. Und doch ist es schon aus dem bisher Gesagten klar, daß sich innerhalb der ländlichen Bevölkerung manche ökonomische und soziale Gegensätze verbargen. Allmählich begann dann auch die Unzufriedenheit der Arbeiterklassen laut zu werden. Bereits aus dem Volksmärchen ist die Satire über den reichen Bauern oft genug herauszuhören, und der gewaltige Dichter der Freiheit Henrik Wergeland wurde der erste Agitator der unteren Volksklassen.

Kaum 20 jährig, war er schon gegen 1830 unter den Einfluß saint-simonistischer Ideen geraten. Wohl gehörte er durch Geburt und Erziehung der Beamtenklasse an. Instinkt und Lebensschicksal hatten ihn jedoch in die Reihen der unteren Klassen hinübergeführt. Während er in den 30 er Jahren als Journalist und Zeitungsherausgeber für die Bauernpartei die Lanze führte, begann er schon auch die Unterdrückung der Hausmänner mit kräftigem Realismus zu schildern und stellte den reichen Bauern als einen

Blutsauger neben dem Prokurator und anderen Wucherern dar. „Die Hausmänner — schrieb er — sind wehrlos, und es ist furchtbar, was alles sich die Großbauern gegen ihre Hausmänner erlauben können.“ Auch in der bäuerlichen Gesellschaft entdeckte er den steten Krieg zwischen Armut und Reichtum und sah ein, daß keine papierne Veranstaltung, nur eine vollständige ökonomische Umwälzung dauernde Abhilfe gewähren könne. Es war ihm nicht möglich, auf dem engen Standpunkt der Bauernpartei stehen zu bleiben, und Ende der 30er Jahre wandte er sich direkt an die Arbeiterklasse in einer speziell für sie bestimmten Zeitschrift („For Arbeidsklassen“). Er wünschte keinen Klassenkampf zu erregen. Im Gegenteil, er strebte nach einer Ausgleichung der sozialen Gegensätze. Allein er wollte den Arbeiter lehren, daß er auf dieselben bürgerlichen Rechte Anspruch erheben dürfe wie der Beamte oder der Arbeitsherr; und wenn er auch in erster Reihe die Forderung der persönlich-sittlichen Entwicklung des Arbeiters betonte, verkannte er doch auch gleichzeitig nicht, daß die Moralität von den ökonomischen Lebensbedingungen abhängig ist. Daher focht er bis zu seinem frühzeitigen Tode (im Jahre 1845) unermüdlich für eine gesellschaftliche Neuordnung, die allen Fähigkeiten freien Spielraum gewähren würde. Nicht nur politische, auch ökonomische Gerechtigkeit und Brüderlichkeit war sein Programm, und nur dadurch hoffte er, den sozialen Bürgerkrieg verhindern zu können.

Das Wort WERGELANDS verhallte ohne Echo unter den Machthabern. In den Arbeiterklassen aber regte sich ein steigendes Mißvergnügen. Ein unverkennbares Zeugnis davon gibt die seit 1836 immer mehr anwachsende Auswanderung nach Amerika. Dann kam der mächtige Anstoß des Revolutionsjahres 1848, und MARCUS THRANE vermochte es, die norwegischen Arbeiter zum ersten Male zum Kampfe um ihre eigensten Lebensinteressen zu erheben.

II.

MARCUS MÖLLER THRANE, am 14. Oktober 1817 in Kristiania geboren, entsprang einer Familie der höheren hauptstädtischen Bourgeoisie. Freilich gehörte die Familie nicht dem alten städtischen Patriziat an. Erst der Großvater hatte sich aus ländlichen Verhältnissen emporgeschwungen und als Geschäftsmann in der Stadt niedergelassen, — der Urgroßvater hatte als einfacher Fracht-

schiffer in der Mitte des 18. Jahrhunderts den ersten Grund zum Reichtum der Familie gelegt und eine Dame aus der Familie TH. geheiratet. Sein Sohn Paul nahm dann den Namen der Mutter zum Zeichen seines sozialen Aufstieges an.

Er war ein sehr reicher Mann von flottem Wesen, den die Kristianiaer Kleinbürger mit dem Beinamen „König Thrane“ beehrten. Wie so manche norwegische Bürger jener Zeit von liberalen Ideen beeinflußt, scheint er stärkere Anwandlungen von demokratischer Gesinnung gehegt zu haben als die meisten seiner Standesgenossen, und er trug seine Sympathien für die französische Revolution auch noch offen zur Schau, nachdem diese durch die Hinrichtung des Königs in den Augen aller braven Leute sich endgültig prostituiert hatte. Aus dem Jahre 1794 ist die Anekdote überliefert, daß PAUL TH. nach dem Tode irgendeines Mitgliedes des dänischen Königshauses in einer Gesellschaft, in der alle Damen in Trauerkleidern erschienen, seine Frau in roter Seide hinschickte. Im übrigen war er gänzlich in das hohe Bürgertum eingelebt, erlangte den Titel eines Justizrates, wurde Ritter dänischer und schwedischer Orden, erhielt 1801 bei der Schaffung der Bürgerwehr die Ehrenstelle eines ersten Stadthauptmanns in Kristiania und wurde 1817, einige Wochen nach der Geburt des revolutionären Enkels, zum Stortingsabgeordneten der Stadt gewählt, nachdem einer seiner Söhne schon im Storting 1815—16 das gleiche Mandat innegehabt hatte. — Im Hause PAUL TH.s verkehrten Prinzen und Minister, Offiziere und reiche Bürger. Durch seine zweite Ehe mit der Tochter eines der hervorragendsten Bürger von Kristiania wurde er der Schwager eines königlichen Ministers. Der Gatte einer seiner zahlreichen Töchter schließlich war 1839—61 Marineminister und eines der einflußreichsten Mitglieder jener Regierung, die gegen die Thranitenbewegung auftrat. Überhaupt waren die Nachkommen PAUL TH.s mit einer Reihe der besten Männer der Kristianiaer Bürgerschaft verwandtschaftlich eng verbunden: ein Cousin MARCUS TH.s stieg im Jahre 1849 zum Bischof empor, und ein anderer hatte als Präsident des Obersten Gerichts unserem MARCUS die über ihn verhängte Gefängnisstrafe zu verkünden. Auch mehrere Offiziere waren in der Familie vertreten, darunter auch ein Bruder des Arbeiterführers und einer von dessen Schwägern, der übrigens ein Freund HENRIK WERGELANDS war.

Außerdem ist zu bemerken, daß in der Familie eine ausgeprägte künstlerische, besonders musikalische Begabung sich vererbte: einer der Söhne Paul Th.s war ein talentvoller Komponist, dessen Name und Lieder noch in Norwegen fortleben.

Der Vater unseres Marcus, David Th., war selbst Geschäftsmann in Kristiania. Mitdirektor und Kassierer der 1814 errichteten norwegischen Reichsbank, täuschte er das in ihn gesetzte Vertrauen und wurde schon 1817 als an einem Kassenmanko von über 400000 Mark schuldig ertappt. Er blieb zwar straffrei, sank aber in ärmliche Lebensverhältnisse herab und starb in Drammen 1832, nur zwei Jahre nach dem Tode seines Vaters.

Marcus Th. ward im selben Jahre geboren, in dem das Unglück über das väterliche Haus hereinbrach. Mit fünfzehn Jahren des Vaters verwaist, mußte er früh für seinen Lebensunterhalt arbeiten lernen. Ein Freund der Familie förderte eine Zeitlang seine Ausbildung. Sein unruhiges Blut aber trieb ihn aus der Schule fort, noch bevor er das Abiturientenexamen absolviert hatte, und achtzehnjährig trat er als Kommis in den Dienst einer der größten Handelsfirmen Kristianias. Zufällig erfahren wir, daß er hier bei den Arbeitern der Firma Schulden machte, was einen tiefen Blick in seine ökonomische und soziale Lage gewährt. Auch in dieser neuen Berufsstellung wurde er bald unzufrieden, und nach etwa zwei Jahren verließ er plötzlich seinen Posten, um mit Ersparnissen von etwa 130 Mark in die Fremde zu ziehen.

Es verdient festgehalten zu werden, daß dies um dieselbe Zeit geschah, wie die erste Emigration aus Norwegen nach Amerika anfing, und auch im gleichen Jahre wie der oben erwähnte Streik der Maurergesellen in Kristiania. Offenbar war Th. schon ein Opfer derselben sozialen Unruhe, die gerade damals ganz Norwegen zu erfassen begann. Er ging nach Hamburg und durchwanderte zu Fuß die Rheinlande, Württemberg und Baden, gelangte in die Schweiz und von dort nach Frankreich. Als seine Geldmittel zu Ende waren, schlug er sich Dank seiner musikalischen Begabung durch, indem er vor den Türen sang und Geige spielte. Schließlich wurde er von der französischen Polizei als Vagabund festgenommen und in die Heimat abgeschoben.

Viel Sicheres über diesen abenteuerlichen Ausflug, der nach einem halben Jahre so jähen Abschluß fand, wissen wir übrigens

nicht. Nur vermutungsweise darf denn auch auf die Möglichkeit hingewiesen werden, daß TH. in der Schweiz und in Frankreich mit der kommunistischen Bewegung, die namentlich unter den wandernden Handwerksgesellen sich regte, bekannt geworden sei. Hatte ja auch gerade im Jahre 1838 WEITLING seine Schrift: „Die Menschheit wie sie ist, und wie sie sein sollte" in Paris veröffentlicht. Gewiß ist, daß TH. auf dieser Reise die deutsche und die französische Sprache beherrschen lernte und sich so den Zugang zur revolutionären Literatur der folgenden Jahre eröffnete.

Nach Kristiania zurückgelangt, erhielt er sich durch Privatunterricht, besonders in den beiden genannten Sprachen und bereitete sich gleichzeitig selbst zu akademischen Studien vor. Nachdem er 1840 das Abiturientenexamen bestanden hatte, widmete er sich der Theologie — wahrscheinlich, weil er hierin den kürzesten Weg zu einer sicheren Lebenstellung sah. Die Notwendigkeit, von Privatstunden zu leben, machte ihm aber bald die Fortsetzung seiner Studien unmöglich. Schon im Sommer 1841 zog er von Kristiania nach der kleinen Stadt Lillehammer, heiratete dort die Tochter eines Handwerkers aus Drammen und errichtete eine eigene Privatschule.

In Lillehammer, wo er nun volle fünf Jahre zubrachte, war er nicht nur als Schullehrer tätig, sondern warf sich auch mit Leib und Seele in das gesellschaftliche und geistige Leben der kleinen Stadt, gründete ein Dilettantentheater, für das er selbst Schauspiele schrieb, veröffentlichte Gedichte in der lokalen Presse, und sympatisierte bereits offenbar lebhaft mit allen freiheitlichen Bewegungen. Der Schulbetrieb freilich vermochte ihm auch dürftigsten Unterhalt nicht zu sichern. So mußte er denn seine Tätigkeit an andere Orte verlegen: erst nach dem Fischerdorf Aasgaardstrand am Kristianiafjord, dann nach Modum, in der Nähe von Drammen, wo er Lehrer einer Fabrikschule wurde. Der Stillstand der Fabrik infolge einer ökonomischen Krise brachte ihn aber auch um diese Stelle, so daß er im Frühling 1848 arbeitslos da stand.

Die Revolutionen dieses Jahres brachten auch in Norwegen alle Gemüter in heftige Gährung. Im Storting trat die bäuerliche Opposition kühner auf als je zuvor und forderte einen Regierungswechsel in Übereinstimmung mit der Volksmehrheit; in der kleinen

Seestadt Molde wagte es ein Schulknabe Namens Björnstjerne Björnson, die „Rede der Freiheit“, das Hoch auf die Republik den guten Bürgern triumphierend ins Gesicht zu schleudern; in einer anderen Seestadt, Grimstad, saß ein junger Apothekergehilfe Namens Henrik Ibsen grübelnd in seiner Kammer, schrieb stürmische Freiheitsoden und verfaßte in nächtlichen Stunden das erste seiner Aufruhrstücke: „Catilina“; in noch einer anderen Seestadt, Mandal, erhob sich ein dritter angehender Dichter des jungen Norwegens, A. O. Vinje, gegen die guten Sitten der Bürgerschaft und entfloh als der erste von den dreien nach Kristiania, um in der Reichshauptstadt die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen. — Auch die höheren Bürgerklassen sprachen begeistert von Freiheit und meinten, eine Ablenkung für den Freiheitsdrang der Massen in der Verteidigung des bedrängten dänischen Brudervolkes gegen den deutschen Angriff zu finden. Man vergaß der Freiheitsrechte der deutschen Schleswig-Holsteiner und sah nichts als die Gefahr, die der dänischen Nationalität in Schleswig drohte; man rechnete auf die natürliche Sympathie für die schwächere Partei, und so wurde der Kampf gegen eine freiheitliche Erhebung selbst in einen Kampf für Freiheit und Volksrechte umgestaltet. — Dann erhob sich in einer großen liberalen Zeitung eine „Stimme aus dem Lande“, die gegen diese Art von Freiheitskampf lebhaften Protest einlegte und es auszusprechen wagte, daß Krieg überhaupt nur zum Vorteil der oberen und auf Kosten sowie zum Schaden der ärmeren Klassen geführt werden könne. Die Stimme war die Marcus Th.s und in seinem Protest gegen den Krieg trat zum erstenmal in Norwegen der Gesichtspunkt des sozialen Konflikts hervor, der sowohl die äußere wie die innere Politik der Staaten beherrscht; der ewige Konflikt der Klassen war auch in Norwegen angekündigt.

Das leicht bewegliche Gemüt Th.s war fast selbstverständlich von der revolutionären Erregung des großen Jahres ergriffen worden. Der ehemalige Schullehrer wurde Journalist und Politiker. Auch er hatte einst Verse geschmiedet und Dramen gedichtet, und auch jetzt noch verschmähte er es nicht, die Dichtkunst in den Dienst seiner Agitationen zu stellen. Aber auch nicht mehr anders. Denn er fühlte in sich keinen Stoff zum Dichter. „Ich bin — so schrieb er im folgenden Jahre — kein Mann der Schrifstellerei, sondern ein Mann der Tat, und das ist es eben,

was unser Land und unsere Zeit braucht.“ Ein unwiderstehlicher Trieb drängte ihn ins politische Leben hinein; er mußte, er wollte handeln. „Es gibt Theorien genug — schrieb er — aber niemand um sie zu realisieren.“ Er kannte die neuen sozialen Lehren, die in Frankreich ans Licht getreten waren; er hatte gesehen, wie in anderen Ländern neue Gesellschaftsschichten emporgetaucht waren. Arbeits- und brodlos, litt er selbst unter der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung; er war kaum dreißigjährig, voll Jugendkraft und Mut, und er empörte sich gegen die Gesellschaft, die ihn und so manche Leidensgenossen ökonomisch, sozial und politisch darniederhalten wollte.

Arbeitslos, tatendurstig ging er nach Drammen, wo er seine ersten Kinderjahre verlebt und seine Gattin gefunden hatte. Drammen war damals noch eine ganz kleine Stadt, doch schon eine der bedeutendsten Norwegens, ein Hauptstapelplatz des Holzhandels; ihr Bürgerstand war ungemein reich, ihre Arbeiterklasse verhältnismäßig sehr zahlreich. Hier wurde Th. im Sommer 1848 Redakteur der „Drammens Adresse“, einer schon früher liberalen Zeitung, die ein halbes Jahr zuvor ihren Leiter, einen der nächsten Freunde Henrik Wergelands, durch den Tod verloren hatte.

Die Politik, die Th. in diesem Blatte zu verfechten anfing, war jedoch innerlich anders geartet als die seines Vorgängers; denn er richtete seine Angriffe vom demokratischen Standpunkt eben gegen die bisherige Oppositionspartei. Diese hatte im Storting von 1848 tatsächlich nichts ausgerichtet, und die beiden neuen Minister, die in die Regierung eingetreten waren, hatten zwar aus ihrer früheren parlamentarischen Tätigkeit den Ruhm liberaler Gesinnung, brachten aber in ihre neue Stellung keinerlei politisches Programm mit und wollten überhaupt nur tüchtige Beamte, nicht auch politische Reformatoren sein. Th. klagte die Bauern an, daß sie ihre politische Macht dazu benutzt hätten, die Steuerlast, namentlich durch Agrarzölle, auf die nichtbesitzenden Klassen zu wälzen; die Bauerndemokratie sei in der Tat eine Aristokratie und eben so schlimmer als eine reine Tyrannei, wie tausend Tyrannen schlimmer sein müßten als ein einziger; die Opposition kämpfe für nichts als für den eigenen Beutel. Zur augenblicklichen ökonomischen Erleichterung der Armen brachte er eine Art von Schuldensuspension in Vorschlag; seine wichtigste Forderung aber

war das allgemeine Wahlrecht, zu dessen Durchsetzung er die Bildung politischer Vereine allüberall im Lande empfahl.

Damals bestand in Norwegen noch nicht der geringste Ansatz zu einer politischen Organisation der Wähler; politische Agitation für die Abgeordnetenwahlen war sogar gesetzlich verboten. TH.s Vorschlag, nicht nur die Wähler, sondern auch die Massen des Volkes zu politischer Tätigkeit zu organisieren, um auch den ärmeren Klassen Einfluß zu verschaffen, mußte daher als gefährlicher Radikalismus erscheinen. Indem er eine neue Gewalt neben der der bisherigen Machthaber aufrichten wollte, erinnerte er furchtbar an die große französische Revolution, und selbst liberale Politiker erschracken vor dem kühnen Gedanken. Fast die ganze Presse fiel über die „Drammens Adresse" her, und die natürliche Folge war, daß TH. nach wenigen Monaten seinen Redakteurposten einbüßte.

III.

Dieses Ereignis entschied das Schicksal seiner Agitation; er ging direkt zum Handeln über. „Anstatt von oben nach unten will ich — erklärte er — von unten nach oben wirken." Er wollte nun die Arbeiterklasse selbst zu politischer Tätigkeit erheben, und noch vor dem Ende des Jahres gelang es ihm, die Arbeiterorganisation zu begründen. Seine eigene Erzählung von dem Hergange ist interessant genug, um wörtlich zitiert zu werden:

„Schon lange plante ich die Bildung von Arbeitervereinen, aber es dauerte geraume Zeit, bis ich mit mir selbst darüber einig wurde, wie wohl die Sache anzugreifen sei. Da geriet ich eines Tages mit einem armen Holzhauer in Gespräch. Als er viel über seine bedrückten Umstände klagte, fing ich an, ihm mancherlei von den Ungerechtigkeiten der Gesetze zu erklären, und bat ihn, er möge mit einigen Freunden zu einer bestimmten Zeit zu mir kommen. Er versprach es, kam aber dann allein, ohne jemand mitzubringen. So ging es ein paar male; seine Freunde erklärten ihm, daß sie nicht wagten, seiner Einladung zu folgen; es könne doch gefährlich sein, und die Polizei werde sie vielleicht überraschen. Als ich dies hörte, wendete ich mich an ein paar andere Arbeiter mit der Bitte, einige ihrer Genossen zu versammeln. So gelang es endlich, gegen zwanzig Mann zu bewegen, sich am Sonntag dem 17. Dezember 1848 bei mir einzustellen. Nachdem ich ihnen einen Vortrag gehalten hatte, kamen sie alle überein, ihr Bestes zu tun, um einen wirklich großen Verein zu stande zu bringen. Diese ersten Mitglieder taten dann unter ihren Kameraden ihren Entschluß kund, und eine Versammlung wurde in einem ziemlich großen Saal in Drammen einberufen. Bei dieser schrieben

sich etwa dreißig Mitglieder in den Verein ein und verpflichteten sich, je drei Genossen zu einem Vortrage an derselben Stelle mitzubringen. Jetzt kamen eine Menge Leute, und diesmal brachten wir es dahin, daß der Verein mit Bezirksabteilungen und Vorsitzenden konstituiert wurde. Etwa 150 Mitglieder wurden eingeschrieben."

So kam es am 27. Dezember 1848 zur Gründung des Arbeitervereins für Drammen, des ersten in Norwegen, der sich statutarisch die Aufgabe stellte, „nach und nach auf eine Besserung der Lage der Arbeiter und auf ihre allmähliche Emanzipation von den Kapitalisten hinzuwirken". Gleich nachher fiel TH. in ein schweres Nervenfieber, das ihn fast drei Monate lang ans Bett fesselte. Kaum aber genesen, nahm er mit neuem Eifer die Agitation in Angriff. Drammens Arbeiterverein veröffentlichte Aufrufe und Adressen, und Ende März 1849 erreichte er eine Mitgliederzahl von 550. Zu gleicher Zeit entsendete er TH. nach Kristiania, wo dieser einige öffentliche Vorträge hielt und den Grund zu einem neuen Arbeiterverein legte.

Wie hochfliegend schon die Pläne TH.s waren, erhellt daraus, daß er noch am 31. März, mit einer so geringfügigen Organisation im Rücken, die Begründung eines „Arbeider-Foreningernes Blad" (Zeitung der Arbeitervereine) ankündigte, das dazu bestimmt war, „für den Arbeiter einzutreten, ihn über die Ungerechtigkeiten der Gesetze aufzuklären, ihm einen einfachen, legalen und friedlichen Weg zur Änderung der Gesetze zu seinen Gunsten zu zeigen und ihn verschiedene Mittel zur allmählichen Verbesserung seiner Lage zu lehren". Die Fahne war aufgesteckt: nun galt es die Erhebung und die Organisation der ganzen Arbeiterklasse Norwegens.

Fragen wir nun nach den theoretischen Grundlagen der neuen Bewegung, so stößt die Antwort, die für den geschichtlichen Zusammenhang der norwegischen und der allgemeineuropäischen Bewegung wichtig ist, auf größte Schwierigkeiten. Hat ja TH. keine einzige größere theoretische Arbeit hinterlassen! Er war eben ein praktischer Agitator, der an aktuelle Lebensverhältnisse anknüpfte; taktische Rücksichten entschieden in weitem Umfange sein öffentliches Auftreten; weder seine Anlage noch sein Ziel war theoretischer Natur. Seine allgemeine Auffassung der gesellschaftlichen Entwicklung muß daher aus vereinzelten Bemerkungen in Zeitungs-

artikeln, Reden, Briefen und privaten Aufzeichnungen mühsam zusammengestellt werden.

TH. erklärte sich offen als Sozialist, seine Partei als die der Sozialisten, die er mit der Partei der Arbeiter, der Armen identifizierte. Die Quelle seiner Ideen gestand er ein, indem er sie „hochmodern französisch" nannte. Hatte HENRIK WERGELAND es gewagt, den „Pöbel" als mit den oberen Klassen gleichwertig darzustellen, so eignete sich TH. das „politische Gleichnis" SAINT-SIMONS an in der bündigen Formel, daß „ohne die Arbeiterklasse die übrigen überhaupt nicht zu bestehen vermöchten, die Arbeiterklasse dagegen sehr wohl ohne die anderen Klassen leben könne." Eine Formel, die er auch durch bildliche Darstellung der Arbeiter als Träger des gesamten gesellschaftlichen Gebäudes seinen Lesern konkret einzuprägen suchte. Seine Definition des Sozialismus ist sowohl durch ihre religiöse Färbung wie ihrem Inhalte nach entschieden saint-simonistisch:

„Über den Sozialismus gibt es manche verschiedene Ansichten, wie er auch gewiß in manchen Abarten auftritt; der Sozialismus aber, dem wir huldigen, ist die Lehre von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, von Liebe zu uns selbst und zu unserem Nächsten, also der Teil der zehn Gebote des Christentums, der auf der zweiten Tafel des Gesetzes geschrieben ist. Der Sozialismus will die alte Regel umstürzen: daß einer die Arbeit, der andere den Lohn haben soll, und die neue Regel einführen: daß jeder seiner Arbeit entsprechend entlohnt werden soll; denn nur eine Gesellschaft, die auf dieser Regel aufgebaut ist, beruht auf Gerechtigkeit, Recht und Wahrheit; nur in einer solchen Gesellschaft kann wahre Freiheit, Gleichheit und christliche Brüderlichkeit unter den Menschen bestehen."

Seinem theoretischen Denken nach war TH. ein Schüler der sozialistischen Utopisten; das Ziel des Staates war ihm der Schutz der natürlichen Gleichheit, und er beschäftigte sich vielfach mit den Schriften ETIENNE CABETS, von dessen Werken: Voyage en Icarie (1840) und L'ouvrier (1844) er sich Auszüge übersetzte. Doch findet man bei ihm absolut keinen Ansatz zum Gedanken der Bildung selbständiger genossenschaftlicher Gemeinden; wenn er die Auswanderung nach Amerika empfahl, so gedachte er mit keinem Worte solcher Pläne, sondern wies nur auf die besseren Lebensbedingungen in der neuen Welt hin. Er wollte eben die bestehende Gesellschaft in ihrer ökonomischen Grundlage reformieren oder gar revolutionieren.

Sein soziales Programm formulierte er in drei Hauptforderungen: 1) Recht auf Eigentum, 2) Recht auf Arbeit, 3) Recht auf Kredit. Das Recht auf Arbeit war ihm, wie den französischen Sozialisten, die primäre Forderung, die durch die beiden übrigen Rechte gesichert werden sollte. Er kannte PROUDHONS Kritik des herrschenden Privateigentumsrechts, in dem er eben die brutalste Verletzung des wirklich heiligen Eigentumsrechts, des Rechts auf die Früchte eigener Arbeit erblickte; und namentlich faßte er den Grundbesitz als natürliches Gemeingut auf, das unter alle Menschen verteilt werden solle. „Was das Eigentum heiligt — schrieb er — ist die Arbeit, demgemäß muß die Arbeit ein Recht auf Eigentum haben."

Von diesem theoretischen Boden aus stellte er zwei augenblicklich durchzuführende Forderungen auf: 1) die Expropiation alles kulturfähigen, aber noch unangebauten Landes durch den Staat und dessen Verkauf an die Arbeiter, besonders die Hausmänner; 2) die Errichtung öffentlicher Arbeiterbanken, die den Arbeitern Kredit behufs Erwerbung des für die Arbeit notwendigen Eigentums gewähren sollten. Auf diesem Wege hoffte TH. eine gesellschaftliche Neuordung anzubahnen, in der jedermann seinen Lebensunterhalt unbehindert finden könnte, und von dieser Grundbetrachtung aus pflegte er den Satz aufzustellen: der Staat solle eine Lebensversicherungsanstalt sein.

Aus utopischen Theorien gelangte TH. so mitten ins werktätige Leben hinein, und seine eigenste Denkweise führte ihn tatsächlich der entwicklungsgeschichtlichen Auffassung des kommunistischen Manifests entgegen. Wer seine Zeitungsartikel und Reden aufmerksam liest, dem muß es auffallen, daß eine innerliche Wesensgleichheit zwischen ihm und WILHELM WEITLING besteht. Wie dieser war auch er ein Mittelglied zwischen dem utopischen und dem proletarischen Sozialismus, und es darf vielleicht gesagt werden, daß er vom Klassenkampf mehr als WEITLING verstand. Er hat auch direkt von WEITLING gelernt; in seinen Reden verwendete er Zitate aus den „Garantien der Harmonie und Freiheit" (1842), welche Schrift 1847 in norwegischer Übersetzung erschienen war, und vielleicht verdankt er auch WEITLING die Anklänge an fourieristische Lehren, die man hie und da bei ihm antrifft, z. B.

die Betonung des notwendigen Zusammenwirkens von Arbeit, Kapital und Wissenschaft.

Gleich WEITLING konnte TH. unmöglich ein echt proletarisches Klassenbewußtsein besitzen, gab es ja damals ein Proletariat im modernen Sinne in Norwegen nur in beschränktem Maß. Doch hatte er einen klaren Begriff von der geschichtlichen Bedeutung des ewigen Gegensatzes zwischen Arm und Reich. An ein Zitat aus ROUSSEAU, das sich unter seinen im Jahre 1851 beschlagnahmten Papieren befand und den Kampf der Zukunft als den der Armen und Reichen verkündet, hat er die Bemerkung geknüpft, daß dies nicht das erste Mal sein würde, wo ein Kampf zwischen Arm und Reich entstünde. Aus der Weltgeschichte von HELD und CORVIN, die 1847 in norwegischer Bearbeitung zu erscheinen begann, sammelte er Notizen über solche Kämpfe seit der römischen Zeit, und er erkannte, daß die gegenwärtigen Verhältnisse nur durch eine bewußte Klassenerhebung der Arbeiter zu verbessern wären. — In der zunehmenden „Geldherrschaft", im Kapitalismus, sah er die wahre Ursache des Elends der Arbeiter: „Einmal litten die kleinen Leute unter der Despotie der Könige, dann unter der der Pfaffen, dann unter der des Adels, dann unter der der Beamten; jetzt leiden sie unter der Despotie der Geldherrschaft und der sogenannten Bildung." Der Handwerksmeister und der Bauer hätten sich, wie er sagt, in Kapitalisten gewandelt; deswegen herrsche jetzt Armut und Arbeitslosigkeit, und die ganze Welt habe sich in zwei große Nationen, die Armen und die Reichen, geteilt. An Stelle des alten Begriffes „Nationalcharakter" setzte daher TH. den eines internationalen „Armencharakters", und unablässig mahnte er die armen Klassen, sich zum Kampfe für ihre natürlichen Rechte zu organisieren. — Er hatte eingesehen, daß die bestehende Gesellschaft auf Macht, die ganze Geschichte auf Kampf um Macht beruhe, und so mußte es sich für die Arbeiter darum handeln, die Macht zu erobern. „Arbeiter!", so leitete er die erste Nummer seiner ‚Zeitung der Arbeitervereine', die am 5. Mai 1849 erschien, ein, „Arbeiter, Gott mit euch! Gott mit uns allen! Ein Kampf wird anfangen; ein Kampf muß anfangen. Gott lenke diesen Kampf so, daß er nur geistig, nicht körperlich werde, daß er sich auf einen Kampf mit den Worten der Wahrheit beschränke." Er verkündet den beginnenden Kampf zwischen den

Arbeitern und den oberen Klassen, und er macht sich zur Aufgabe die Arbeiter zu rüstiger Tätigkeit um ihr gemeinsames Wohl zu erwecken. Als Motto seiner Zeitung wählte er den Spruch: „Einigkeit macht stark", und zur Durchführung der vollständigen sozialen Revolution hielt er eigentlich eine internationale Arbeiterorganisation für notwendig. Darum suchte er selbst Verbindungen mit schwedischen Radikalen anzuknüpfen und warnte seine kampfesdurstigen Anhänger, daß wenn sie auch in Norwegen augenblicklich den Sieg davon trügen, sie nachher mit 30 000 Schweden, dann mit 100 000 Russen zu kämpfen haben würden. — Eben deswegen und mit Rücksicht auf die wachsende Reaktion in Europa wollte er kein revolutionäres Vorgehen empfehlen. Vielmehr wurde sein nächstes Ziel die friedliche Organisation der norwegischen Arbeiterklasse. Diese Organisation sollte sowohl ökonomisch wie politisch sein; er wies auf kooperative Handelsvereine und genossenschaftliche Produktiv-Assoziationen hin; er riet zur Errichtung gegenseitiger Hilfsvereine; er empfahl den Streik als Waffe im Lohnkampfe. Die wichtigste Forderung aber war ihm das allgemeine Wahlrecht; vor allen Dingen durch die Herrschaft über den Staat wollte er die gesellschaftliche Umgestaltung herbeiführen.

Aus diesen Gedankengängen wurde Marcus Th. der große Arbeiteragitator seines Volkes, und zum Agitator war er vorzüglich befähigt. Er gebot sowohl in Schrift wie in Wort über eine einfache Klarheit, die ihn von den ungebildetsten Leuten verstehen ließ. Er sprach mit Vorliebe von den alltäglichen Fragen des praktischen Lebens und wußte es doch, sie in das Licht einer allgemeinen Weltauffassung zu bringen. Er hatte die glückliche Gabe, seinen Gedanken einen bündigen, oft geradezu drastischen Ausdruck zu verleihen, und er scheute auch nicht vor Paradoxen zurück. Er behauptete, die Freiheit selbst sei Ursache der wachsenden Armut, und er erklärte dann diese Behauptung durch die Definition der norwegischen Freiheit als einer Freiheit zu Monopolen und Sonderrechten; er sprach mit Hohn vom „Eigentumsunrecht"; er konnte lebhaft schildern, wie die Arbeiter gebückt und kriechend bei den Kapitalisten um Arbeit betteln müßten, um zu dem Kraftsatz zu gelangen, daß sie tatsächlich noch Sklaven seien; er lockte mit einer Zukunft, in der freilich noch Reichtum erlaubt, Armut aber verboten sein würde.

IV.

Th.s Agitation hatte einen augenblicklichen Erfolg, den er kaum selbst erwartet hatte. Anfang April 1849 begann er seine systematischen Reisen, um Arbeitervereine zu bilden — als Erster, der in Norwegen agitatorisch öffentlich auftrat. Denn als die Bauernagitation mit dem Jahre 1830 ernstlich einsetzte, wurde sie heimlich betrieben, und wagte man noch nicht, an die Schaffung politischer Vereine zu gehen. Th. als Erster trat öffentlich hervor und wollte nicht nur aufwiegeln, sondern auch organisieren. — Schon im April gelang es ihm, acht neue Arbeitervereine in der Gegend von Drammen ins Leben zu rufen, und nachdem die „Zeitung der Arbeitervereine“ einmal zu erscheinen begonnen hatte, bildeten sich hie und da Vereine auch ohne seine persönliche Mitwirkung. Der Beitrag der Mitglieder wurde auf 3 Pfennig des Monats festgesetzt, und jeder Verein führte vorläufig die Hälfte davon an Th. ab, um ihm das Umherreisen zu ermöglichen. Mitte Juni gebot er über 18 Vereine mit 1567 Mitgliedern, Mitte Juli über 24 Vereine mit 2360 Mitgliedern. In den beiden folgenden Monaten machte er eine Reise westwärts bis nach Kristianssand, und Mitte September konnte er bereits eine Liste von 49 Vereinen mit 4091 Mitgliedern veröffentlichen. Der größte Verein — in Drammen — zählte 620 Mitglieder, elf andere Vereine zwischen je 100 und 420; auch hatte sich die Bewegung über die Gegenden von Drammen und Kristiania hinaus ausgedehnt. Im Dezember besuchte er die Städte an den beiden Seiten des Kristianafjords, und Anfang 1850 war die Zahl der Vereine auf 100 gestiegen, die der Mitglieder auf 8117.

Dieses erste Jahr der Bewegung war hauptsächlich eine Zeit der Aufklärung und der vorbereitenden Organisation. Mitte Juni 1849 gründete Th. in Drammen einen Arbeiterhilfsverein, und noch im selben Jahre folgten ähnliche Gründungen auch anderwärts. Die politische Organisation wurde um die Jahreswende straffer als bisher zusammengefaßt durch die Errichtung einer „Zentralkasse“, an die jeder Verein monatlich 1/3 seiner Einnahmen abführen sollte. Und um dieselbe Zeit leitete Th. die Vereine zu ihrer ersten politischen Aktion.

Man stutzt unwillkürlich, wenn man gewahrt, daß diese Aktion in einer Petition an den König bestand, und man muß sich

fragen: was sich Th. dabei gedacht habe. In Tat und Wahrheit aber war es nichts Ungewöhnliches, daß sich Utopisten zur Verwirklichung ihrer Ideale an die Königsgewalt wendeten. Hatte nicht z. B. auch Robert Owen 1818 seine Reformpläne der Aachener Konferenz der Großmächte unterbreitet? Und lag es nicht überhaupt in der Gedankenrichtung der Utopisten, zu hoffen: es ließen sich ihre Reformpläne durch ein Machtgebot von oben realisieren? Th. freilich wollte keine Utopie: er forderte politische Reformen. Wie konnte er sonach, den Schlußworten der Petition zufolge, „die Zukunft der Arbeiterklasse in die Hände des Königs legen“?

Zur Erklärung ist zunächst festzuhalten, daß „der König“ dem konstitutionellen norwegischen Sprachgebrauche nach nicht ein persönliches Königtum, sondern einfach die Regierung bedeutet, und tatsächlich verlangte die Petition nichts Verfassungswidriges vom König. Dann muß daran erinnert werden, daß Th. schon von vornherein die Tyrannei der kapitalistischen Minorität als viel schlimmer dargestellt hatte denn die eines absoluten Königs. Er wollte Freiheit für jedermann oder für keinen und meinte, der König wäre eher als das Storting geneigt, den armen Klassen Gerechtigkeit zu erweisen. Nachdem aber die Petition von der Regierung abgewiesen worden war, erklärte er: er habe von ihr niemals im Ernst ein Entgegenkommen erwartet und nie wirklich geglaubt, daß „die Männer eines längst entschwundenen Zeitalters den Puderstaub abschütteln könnten oder willig sein würden, das neue Gewand anzuziehen“. Nichtsdestoweniger aber hätten die Arbeiter richtig getan, sich zuerst an die Regierung zu wenden, damit die Staatsgewalt ihnen nicht vorwerfen könne, sie seien an ihr vorbeigegangen.

Die Petition ist mit dem taktischen Plan in Verbindung zu bringen, den Th. noch 1849 entworfen hatte: er wollte die Agitation vorsichtig anfangen, dann aber die Arbeiter zu einem so starken und allgemeinen „Geschrei“ erwecken, daß die Machthaber es sollten hören müssen. Die Petition war eben der erste Ton dieses allgemeinen Geschreies; sie sollte vor allem dazu dienen, die Arbeitervereine um ein aktuelles Programm zu sammeln und dieses Programm der öffentlichen Diskussion aufzudrängen.

In der Petition an den König, einer kleinen Broschüre von

ca. 40 Seiten, auf Grundlage von Zeitungsartikeln TH.s von einem angehenden Journalisten Namens PAUL HJELM HANSEN ausgearbeitet, tritt eigentlich der Sozialismus gar nicht zu tage, außer in der Erklärung, daß die kapitalistischen Privilegien einem Raube am Eigentumsrecht der Arbeit gleichkommen, und in der beiläufigen Erwähnung des Rechts auf Arbeit. An einer Stelle lehnt sie sogar — freilich etwas zweideutig — den Kommunismus ab. Was aber mit kräftigem Nachdruck vorgeführt wird, ist die Klage der Arbeiterklasse über den stetig zunehmenden Pauperismus und die Forderung, die Demokratie möge sozial und politisch vollständig verwirklicht werden. In neun speziellen Punkten werden dann als augenblicklichen Postulate der Arbeiter entwickelt; 1—3) die Aufhebung der Schutz- und namentlich der Kornzölle sowie der verschiedenen Beschränkungen der Handelsfreiheit; 4) die Sicherung und Besserung der Lage der Hausmänner, schließlich ihre Emporhebung zu freien Bauern; 5) die Hemmung des Branntweinhandels; 6) die Reform der Volksschule; 7) das allgemeine Wahlrecht; 8) eine Justizreform zum Schutze der Armen gegen jede Willkür; 9) die allgemeine Wehrpflicht.

Man sieht: dieses Programm war zugleich praktisch, und weitausschauend. Es enthielt nur, was wirklich möglich war, und doch bedeutete seine Durchführung eine vollständige Umbildung der norwegischen Gesellschaft. Taktisch klug war die Aufstellung mehrerer Forderungen, die auch zum Programm der Bauernpartei gehörten, namentlich der Handelsfreiheit sowie der Volksschul-, Justiz- und Militärreform. Zwar wendete sich TH.s Programm zugleich auch gegen die agrarische Schutzzollpolitik. In diesem Punkte aber konnte es wieder auf die Unterstützung der Beamtenpartei rechnen. Alle Parteien mußten schließlich mit dem Kampfe gegen den Alkoholismus Sympathie hegen. Allein standen die Arbeiter nur mit den Forderungen der Hausmänner- und der Wahlrechtsreform. Und in der Tat entsprangen diese beiden Punkte, die das Programm der Arbeiter besonders kennzeichneten, deren nächsten Klassenbedürfnissen und enthielten die notwendigen Voraussetzungen der sozialen Revolution.

Seit dem Januar 1850 war die Petition an den König das beständige Thema der Agitationsreden TH.s, und am 19. Mai, dem Pfingsttag, konnte sie mit 12833 Unterschriften bedeckt dem

königlichen Statthalter überreicht werden. Um die Internationalität der Bewegung zu markieren, ließ sich TH. bei dieser Gelegenheit von einem Schweden und einem Dänen begleiten.

Er dachte gar nicht daran, die Resultate dieser ersten politischen Aktion ruhig abzuwarten. Vielmehr strebte er mit aller Kraft nach immer weiterer Stärkung der selbständigen Macht der Arbeiter. Mitte März 1850 war die Zahl der Vereine auf 133 mit 11554 Mitgliedern, Mitte Mai schon auf 216 mit 17828 Mitgliedern, Ende Juni auf 273 mit 20854 Mitgliedern angewachsen. Um diese Zeit wurde auch der erste Arbeiterverein im nördlichen Norwegen gebildet. Am 1. April wurde ein provisorischer Zentralvorstand gewählt und — die größte Neuerung — eine Delegiertenversammlung sämtlicher Arbeitervereine auf den 31. Juli nach Kristiania einberufen, um über die Stellung der Arbeiter zum Staat und zu den Kapitalisten zu verhandeln. Ein derartiger nationaler Kongreß einer politischen Organisation hatte nie früher in Norwegen stattgefunden. So erregte denn die Initiative TH.s starkes Aufsehen, und allgemein brach sich die Erkenntnis Bahn, daß man es mit einer neuen Macht im Staatsleben zu tun habe.

Die „Reichsversammlung“, wie der Arbeiterkongreß vom Volke bezeichnet wurde, tagte vom 31. Juli bis zum 9. August und zählte außer TH. 103 Delegierte aus den östlichen und südlichen Bezirken des Reiches. Für den Charakter der Bewegung ist es überaus bezeichnend, daß sich unter den Delegierten nur 12 Lohnarbeiter befanden; der Rest bestand aus: 29 Handwerkern, je 27 Hausmännern und — eigentümlich genug! — Bauern, je 1 Pächter, Seemann und Landkrämer, 3 Schullehrern, 2 Journalisten und 1 Studenten. — Das Verhandlungsprogamm war sehr reichhaltig und umfaßte außer den in der Petition an den König enthaltenen noch 16 weitere Punkte von zum Teil großer Tragweite, darunter als für TH.s Ziele speziell kennzeichnend: die Errichtung von Arbeiter-Produktivassoziationen mit Staatshilfe (in Übereinstimmung mit den späteren Vorschlägen LASSALLES), die allgemeine obligatorische Altersversicherung, die Schaffung einer neuen Kreditgesetzgebung.

TH., unter rauschendem Beifall zum ständigen Präsidenten der Versammlung gewählt, formulierte die Grundsätze der Bewegung dahin, daß das Eigentumsrecht fortan nicht mehr als

heilig angesehen werden und daß niemand genötigt sein solle, den Ertrag seiner Arbeit an andere abzutreten. Dieser prinzipielle Radikalismus, dem auch die Versammlung zustimmte, gelangte jedoch in den gefaßten Beschlüssen nicht zu vollem Ausdruck. Bei der Behandlung der Hausmännerfrage anerkannte sogar TH. selbst die vorläufige Notwendigkeit, das alte System lediglich auszuflicken. Allerdings jedoch blieb die Versammlung noch hinter seinen Vorschlägen zurück. Statt auf die Aufhebung des Hausmännerwesens hinzuarbeiten, begnügte sie sich mit dem Postulat einer gesetzlichen Regulierung der gegenseitigen Rechte und Pflichten der Hausmänner und Bauern. Und in dem zur Annahme gelangten Entwurf eines solchen Gesetzes wurde u. a. die Arbeitspflicht des Hausmannes auf die vier ersten Tage der Woche mit je 11 Arbeitsstunden im Sommer und 10 im Winter beschränkt, was schon als Besserung des alten Zustandes aufgefaßt wurde.

Die Hauptforderung dieses ersten Arbeiterkongresses war das allgemeine Wahlrecht; und da eine Erweiterung des politischen Wahlrechts verfassungsgemäß nicht sofort durchführbar war, wurde als erste Abschlagszahlung die Verallgemeinerung des Gemeindewahlrechts schon vom nächsten Storting verlangt.

V.

Durch solche agitatorische und organisatorische Tätigkeit gelang es TH., die Arbeiterfrage in Norwegen aktuell zu machen, und gerade 1850 war dies ein wichtiger Erfolg, weil im Sommer und Herbst dieses Jahres die Abgeordnetenwahlen für das Storting stattfanden, bei denen die Petition an den König das Wahlprogramm der Arbeiter abgab.

Freilich konnten sie auf das Ergebnis der Wahlen nur geringen direkten Einfluß üben. TH. hatte im Vereinsblatt zur Durchbrechung der Wahlrechtsschranken in der Weise aufgefordert, daß die Mitglieder jedes Arbeitervereins gemeinsam ein kleines Grundstück kaufen und so als „Eigentümer“ Wahlrecht erlangen möchten — annähernd dieselbe Praxis, die später, während des großen politischen Konflikts in den 70er und 80er Jahren vor der ersten Erweiterung des Wahlrechts, in wirklich bedeutendem Maße geübt wurde. 1850 aber fand der Gedanke TH.s keinen Widerhall. Nur in einem einzigen Wahlkreis vermögen wir den Einfluß der

Arbeiterbewegung unverkennbar zu erweisen: in der Stadt Larvik gelang es den Handwerkern, durch kräftiges Zusammenhalten die Wahl eines jungen Anwaltes, JOHAN SVERDRUP durchzusetzen, des Mannes, der später der Führer der norwegischen Demokratie werden sollte.

Auch abgesehen vom Wahlkampfe, drängte sich die Arbeiterbewegung immer stärker in den Vordergrund des öffentlichen Lebens. Schon im Dezember 1849 hatte der Minister des Innern eine Anfrage an die Landräte und durch diese an die Kommunalräte ergehen lassen, inwieweit eine Revision der Hausmännergesetze rätlich erscheine. Mit scharfem Spott betonte die „Zeitung der Arbeitervereine“, daß so die Bauern selbst über die Wünsche ihrer Untergebenen urteilen sollten. Immerhin aber war es eine bedeutende Errungenschaft, daß die Klagen der Hausmänner überhaupt zum Gegenstand ernster Erörterungen der Staats- und Gemeindebehörden wurden, und daß sogar in konservativen Kreisen die Erkenntnis dämmerte, daß der bestehende Zustand reformbedürftig sei. Tatsächlich wurde denn auch, gerade während der Tagung des Arbeiterkongresses, eine besondere Kommission zur Erörterung der Frage eingesetzt.

Der Hauptsache nach verhielten sich jedoch die herrschenden Klassen den Forderungen der Arbeitervereine gegenüber feindselig und begannen bald eine tätige Gegenbewegung gegen die Agitationen TH.s. Als ein Glied dieser Gegenbewegung erscheint auch die eifrige Arbeit zur Förderung der Aufklärung des gemeinen Mannes, die in den Jahren 1849—1850 einsetzte, und von der man Schutz gegen die gefährlichen Umsturzlehren erhoffte. Dann aber suchte man die Arbeiterbewegung auf ihrem eigenen Feld durch Gründung konservativer Arbeitervereine zu bekämpfen. Die erste derartige Gründung erfolgte in einer Vorstadt Kristianias im Mai 1850. In Drontheim, Bergen und anderen Städten fand dieses Beispiel Nachahmung, und überall machte man sich sofort daran, an die neuen Vereine Spar- und Krankenkassen anzuschließen. Derselben Mittel also, die TH. zur Emanzipation der Arbeiterklasse hatte verwenden wollen, bedienten sich also nunmehr die Gegner, und obgleich diese Kampfesweise auf die Dauer das Selbstbewußtsein der Arbeiter stärken mußte, so tat sie doch im Augenblick der noch jungen Bewegung nicht geringen Abbruch.

Insbesondere betätigte sich in dieser Bewegung der Klerus, wie überhaupt die Erhebung der Arbeiter als unchristlich dargestellt wurde. Ließ doch derselbe Justizminister, der 1848 als „Liberaler“ in die Regierung eingetreten war, im Mai 1850 TH. wegen Gotteslästerung unter Anklage stellen, welche Aktion jedoch nach einem halben Jahre mit TH.s völliger Freisprechung endete. In des gleichen Ministers Ressort fiel auch die Behandlung der Petition der Arbeitervereine an den König, und auf seinen Antrag erfolgte deren gänzliche Abweisung. In der königlichen Resolution vom 12. November 1850 wurde rückhaltlose Mißbilligung der Arbeiterbewegung ausgesprochen und zugleich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß brave Bürger siegreich den Kampf aufnehmen würden gegen Bestrebungen, welche Störung der Ruhe und der gesetzlichen Ordnung des Staates herbeiführen könnten.

So organisierten sich täglich stärker die Kräfte der bestehenden Gesellschaft zum Widerstand gegen die Gefahren aus der Arbeiterbewegung, und mit der erwähnten Resolution war es offenkundig geworden, daß die radikalen Arbeitervereine für ihre Sache von der Regierung nichts zu erwarten hätten. Damit aber stand auch die Arbeiterbewegung vor einer schweren Entscheidung. Es handelte sich um ihre ganze künftige Taktik. Ließ sie sich auf dem Wege der Petition weiterführen oder sollte sie zu selbständiger Tat übergehen? Sollte sie, was ihr die Regierung verweigerte, vom Storting zu erreichen versuchen oder hatte sie die Revolution vorzubereiten? Darüber gingen die Meinungen der Arbeiter auseinander. Auch fehlte ihnen die für solche Entscheidung nötige politische Schulung.

TH. selbst hatte das Mißtrauen gegen das Storting als einer Klasseninstitution gepredigt und auf die Selbsttätigkeit der Arbeiter als einziges zuverlässiges Mittel zur sozialen Neugestaltung hingewiesen. Bei der noch niedrigen Bildung der norwegischen Arbeiter war es unvermeidlich, daß diese revolutionäre Lehre manche unklare Vorstellung über politische Möglichkeiten unter ihnen wachrief, und TH. vermochte es nicht zu hindern, daß an vielen Orten unwürdige Leute sich der Leitung der Vereine bemächtigten. Doch fand er auch tapfere Helfer. Als der tüchtigste unter ihnen erscheint der wackere Maurergesell BERNHARD HANSEN, der Vorsitzende des Kristianiaer Vereins und Kassierer des Zentralvor-

standes, der schon bei dem Streikversuche 1838 sich betätigt hatte. Er war ein feuriger Redner und schlagfertiger Debatter, vielleicht als solcher der hervorragendste in der ganzen Bewegung, erfolgreich in der Diskussion sogar mit Leuten aus den höhergebildeten Klassen, immer ein treuer Anhänger Th.s und seiner Ideen. Auch noch andere wären zu nennen, die verständnisvoll und treu der Arbeitersache dienten. Daneben aber gab es zu viele Leute, die den Respekt für die Bewegung untergruben und gleichermaßen deren Ziele und Mittel vergröberten. — So schilderte ein Agitator, der im Frühling 1851 das westliche Norwegen bereiste, mit drastischen Worten die Plünderungen, denen die Hausmänner und Arbeiter ausgesetzt waren: die Pfarrer mästeten sich auf ihre Kosten bis zum Platzen, die Richter und ihre Bedienten teilten ihre Erbschaften unter sich, die Abgeordneten strebten nur danach, sich zu bereichern, die Fiskal- und Exekutionsorgane seien raubgierigen Wölfen ähnlich, und die Arbeiter seien dümmer als das Vieh, wenn sie nicht solchen Wölfen den Zutritt in ihre Häuser wehrten. Auch anderwärts wurde Th. in gleichem Gewande vorgeführt und zeitigte dann natürlich Exzesse und Gewalttaten.

Schon im Juni 1849, gleich nachdem Th. persönlich einen Arbeiterverein in der Bergstadt Kongsberg gebildet hatte, fanden daselbst Arbeiterunruhen statt. Öffentlich wurden Drohungen gegen „die großen Gauner“ laut. Th. mahnte zwar sofort ab und verwies sie auf gesetzmäßiges Vorgehen. Allein im Winter 1850—51 erhoben sich die Arbeiter an mehreren Orten. Am 10. November 1850 beschloß ein Arbeiterverein in Romedal (in der Gegend von Hamar), Zwangsversteigerungen wegen Wucherschulden bei den armen Leuten mit Gewalt zu verhindern, und führte am 20. November diesen Beschluß auch wirklich aus, was wieder das Aufgebot militärischer Gewalt und die Festnahme der Führer zur Folge hatte. Als Th. neuerdings zur Achtung vor dem Gesetz mahnte, antwortete im Monat Dezember der Arbeiterverein von Hönefoss, daß die Arbeiter diese Mahnung gar nicht verstünden: „Wir haben kein Gesetz unterschrieben oder sanktioniert und angenommen, ja nicht einmal ein einfaches norwegisches „ja“ dazu gesagt. So besteht zwischen uns und den Gesetzen nicht die entfernteste Verwandtschaft, wenngleich auch wir Arbeiter die Zeche

haben mitbezahlen müssen.“ Sie erklärten, sie wollten sich nicht mit leeren Reden abspeisen lassen; ihre Magen forderten Brod, und sie beabsichtigten jetzt, die Kapitalistenwirtschaft mit der Wurzel auszurotten.

Wohl beeilte sich der gesamte Zentralvorstand, feierlichen Protest gegen jede Gewalttätigkeit zu erheben, und drohte ungehorsamen Vereinen mit Ausstoßung aus dem Bunde. Die soziale Gährung aber dauerte unaufhaltsam fort. Bei mehreren Sägemühlen im Ostlande regten sich seit dem Herbste 1850 gewaltsame Streikbewegungen, die wiederholt zu heftigem Ausbruch kamen und zur Verhaftung der Anstifter führten. In den Monaten Januar und Februar 1851 fingen die Hausmänner in Stjördalen im nördlichen Norwegen an, ganz offen in privaten Wäldern Holz zu schlagen, indem sie behaupteten, die Wälder seien Gemeingut; an anderen Orten versuchten sie, die Höfe unter sich aufzuteilen. Als am 8. Februar ein Agitator, der übrigens ein durchtriebener Verbrecher war und mit allerlei Schimpfreden gegen die Machthaber die Arbeiter aufgehetzt hatte, in der Stadt Levanger verhaftet worden war, versuchte die Menge — freilich vergeblich — ihn mit Gewalt zu befreien. Im März brachen Unruhen in Drontheim und in den Nachbargegenden aus: man versuchte Auspfändungen und Gerichtssitzungen gewaltsam zu verhindern, und überfiel Bürger aus den höheren Klassen, so daß das Militär einschreiten mußte.

Durch solche Ereignisse wurde es offenbar, daß TH. nicht mehr Herr der von ihm angefachten Bewegung sei. Vergeblich wies er in Wort und Schrift nach, daß nur eine planmäßige, einmütige Erhebung der Arbeiterklasse auf Sieg hoffen dürfe und daß vereinzelte Aufstände die Bewegung nur schädigen könnten: die revolutionären Neigungen unter den Arbeitern waren nicht einzudämmen. — Andererseits bildete sich immer klarer innerhalb der Vereine eine Richtung heraus, die all ihre Hoffnung auf die Hilfe der alten Bauernopposion im Storting setzte. Der Arbeiterkongreß vom Sommer 1850 hatte beschlossen: die Arbeiter sollten sich mit keiner anderen politischen Partei verbinden, bis die Erfahrung gelehrt habe, wo sie ihre besten Freunde zu suchen haben. Nun waren die Abgeordnetenwahlen im darauffolgenden Herbst so demokratisch ausgefallen wie niemals zuvor, und der Führer der Bauernopposition, O. G. UELAND (sprich: Ualand), meinte: die

Regierung werde im Storting nicht mehr als 20 von den 106 Abgeordneten hinter sich haben. Nichts natürlicher also als daß all die Mitglieder der Arbeitervereine, die sich nicht um den Sozialismus kümmerten, sondern wesentlich an der Durchführung einer vollständigen politischen Demokratie interessiert waren, hauptsächlich also diejenigen, die nicht selbst der eigentlichen Arbeiterklasse angehörten, nunmehr auf die Ausnutzung des glänzenden Wahlsieges der „Demokraten“ bedacht waren und in Verkennung der entscheidenden Klassengegensätze, der siegreichen Bauernpartei das Schicksal der Arbeiterforderungen überlassen wollten.

Der vornehmste Vertreter dieser parlamentarischen Richtung innerhalb der Arbeitervereine war der junge Journalist, Student THEODOR ABILDGAARD, der Sohn eines Schullehrers in Arendal. Er hatte sich auf dem ersten Arbeiterkongreß durch einen Antrag auf völlige Revision der Staatsverfassung hervorgetan, und seine juridischen Kenntnisse hatten ihm schon damals eine gewisse Autorität verliehen. Die Ereignisse von 1848, meinte er, hätten die sozialistischen Systeme als unpraktikabel erwiesen. Er wollte nichts mehr gefordert wissen als bürgerliche Gleichheit und Freiheit, d. h. allgemeines Wahlrecht, Gleichheit vor den Gesetzen, Abschaffung des stehenden Heeres u. dgl. Von Anfang an war er sich darüber klar, daß er für andere Ziele arbeitete als TH. Er strebte also auch danach, diesen von der Führerschaft zu verdrängen. Das Ergebnis der Stortingswahlen stärkte nicht wenig die von ihm vertretene Richtung, und als 24 jähriger schon bereitete er sich auf eine glänzende politische Laufbahn vor.

Zwischen den Männern der Revolte und den parlamentarisch Gesinnten blieb TH. mit seinem zielbewußten Sozialismus fast ganz vereinsamt. Auch er hatte verkündet, daß die Arbeiter mit ihren Forderungen nach deren Ablehnung durch die Regierung sich an das Storting wenden sollten — stets aber mit dem Vorbehalte, wenn auch dieses sich ablehnend verhielte, die Arbeiter zur Revolution zu führen. „Wir verneinen nicht“, hieß es in einer Proklamation des Zentralvorstandes vom Dezember 1850, „das Recht des Volkes zur Revolution, wenn die Regierenden allen möglichen billigen und gerechten Forderungen sich widersetzen; nur scheint uns jeder noch so geringe revolutionäre Versuch absolut unmoralisch, so lange irgendeine Aussicht darauf besteht, die Ge-

sellschaft friedlich zu reformieren.“ Er glaubte also, daß man erst die Zusammentretung und die Beschlüsse des Storting abwarten müsse. Insofern mit der parlamentarischen Politik ABILDGAARDS einverstanden, wünschte er jedoch die Selbständigkeit der Arbeiterpartei gewahrt, und besonders war es ihm persönlich widerwärtig, ein Bündnis mit den Bauernherren zu suchen. — Angesichts dieser Sachlage entschloß er sich plötzlich von der Leitung der Arbeiterbewegung zurückzutreten und sie sowohl wie die Redaktion der „Zeitung der Arbeitervereine“ in die Hände ABILDGAARDS zu legen, wovon er in der letzten Nummer des Blattes 1850 der Öffentlichkeit Mitteilung machte.

Dieser merkwürdigste Schritt im politischen Leben TH.s ist schwer genügend zu erklären; und um so mehr als er selbst jede Motivierung derselben verweigerte. „Die Gründe“, schrieb er, „aus denen ich im nächsten Jahre, während der Stortingstagung die Zeitung nicht selbst redigieren will, zu veröffentlichen, halte ich nicht für schicklich; ich darf wohl soviel Vertrauen fordern, daß man mir glaubt: diese Veränderung sei durch die Überzeugung von ihrer Nützlichkeit für die gute Sache diktiert.“ Offenbar sah er ein, daß seine Person, sein revolutionärer Ruf das Zusammenwirken mit der Stortingmehrheit hindern würde, und wenngleich er, wie er später äußerte, nichts von einem Ministerium UELAND erwartete, so wollte er doch der Möglichkeit eines derartigen Regierungswechsels nicht im Wege stehen. Denn gelänge es erst, eine Regierung zu stürzen, so könnte vielleicht auch eine andere gestürzt werden. — Dieser politischen Erwägung gesellte sich wahrscheinlich auch Niedergeschlagenheit über die beginnende Zwietracht innerhalb der Arbeiterbewegung. Wohl war er noch ihr alleingebietender Führer; der Arbeiterkongreß des vorangegangenen Sommers hatte ihm die schönsten Beweise unbeschränkten Vertrauens gebracht, und namentlich die Kristianiaer Arbeiter unter BERNHARD HANSEN hielten noch immer unentwegt zu ihm. Schon aber empfand er, daß ihm im übrigen Lande die Bewegung über den Kopf zu wachsen beginne, und im Vorgefühl der Niederlage zog er sich, ohne den Kampf um die Leitung auf zunehmen, zurück. Freilich erfaßte ihn bald Reue, und er suchte den übereilten Schritt zurückzunehmen. Allein das Los war geworfen, die Abdikation endgültig.

VI.

So trat die Arbeiterbewegung in ihre kurze parlamentarische Periode und zugleich in eine Zeit des Schwankens und Abwärtsgleitens.

Das Storting trat am 1. Februar 1851 zusammen, und am selben Tage schon, erfahren wir, fand eine Versammlung der „eifrigsten Freiheitsmänner" unter den Abgeordneten statt, in der ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung angeregt wurde. Abildgaard trat in persönliche Beziehungen zu Ueland und Sverdrup, die allgemein als die natürlichen Ministerkandidaten der Opposition angesehen wurden, und schon am 2. Februar forderte der Zentralvorstand die Arbeitervereine auf, Anfang März Delegierte zu einem später einzuberufenden Kongreß zu wählen, um durch den Druck der öffentlichen Meinung die Aktion der demokratischen Abgeordneten zu unterstützen. Schließlich wurde noch im selben Monat dafür gesorgt, daß die Forderungen der Arbeiter im Storting zur Verhandlung gelangen sollten. Sverdrup im Verein mit dem Kongsberger Abgeordneten stellte den formellen Antrag auf die Einführung des allgemeinen Kommunalwahlrechts. Aus vielen Volkskreisen kam der Antrag auf Erlassung eines Wuchergesetzes, und der Zentralvorstand der Arbeitervereine unterbreitete dem Storting die Petition von 1850. Am 24. Februar wurde in Kristiania eine Arbeiterdemonstration veranstaltet, die freilich polizeilich verboten wurde, jedoch Th. den Anlaß gab, ein Hoch auf die neuen Minister auszubringen.

Äußerlich schien alles hoffnungsvoll. In Wirklichkeit aber verfiel die Stortingsmehrheit einem schnellen Auflösungsprozeß. Schon in den ersten Versammlungen der freisinnigen Abgeordneten zeigte sich bei vielen derselben eine Zaghaftigkeit, die kräftiges Vorgehen hinderte, und immer deutlicher offenbarten sich innere Gegensätze, die Ueland mit all' seiner politischen Kunst vergeblich zu überbrücken sich bemühte. Als am 3. April 1851 das Mißtrauensvotum im Storting zur Diskussion gelangte, wurde es trotz aller Anstrengungen Sverdrups und Uelands mit 59 gegen 45 Stimmen abgelehnt, und der in dieser Abstimmung zutage getretene Zwiespalt der Stortingsmehrheit vertiefte sich noch mehr durch den Druck der neuen sozialen Fragen. — Ein sozialer

Gegensatz hatte sich schon bei früheren Gelegenheiten innerhalb der alten Bauernpartei bemerkbar gemacht. Namentlich hatten die ärmeren Bauern aus den Gebirgen und den westlichen Fjorden gegen die schutzzöllnerische Politik der reicheren Bauern des Ostlandes zu protestieren versucht. Als nun die Hausmänner sich erhoben, zeigte sich bald eine Interessengemeinschaft zwischen ihnen und den Kleinbauern, die auch politisch nachwirken mußte. Andererseits fühlten sich die größeren Bauern, die selbst über Hausmänner geboten, durch die im Winter 1850/51 stattgefundenen Unruhen immer mehr von der Arbeiterbewegung abgestoßen. So zerfiel die Bauernpartei in zwei Gruppen, deren eine wesentlich den Westen, die andere wesentlich den Osten des Landes vertrat, jene noch konsequenter demokratisch als zuvor, diese immer konservativer. UELAND, selbst ein Kleinbauer aus dem südwestlichen Norwegen, schloß ein politisches Bündnis mit dem Handwerkerrepräsentanten SVERDRUP, war aber fortan nur der Führer einer Minorität.

Noch am 29. April gelang es dem lieberalen Pfarrer NILS DAHL, im Storting die Zuweisung der Petition der Arbeitervereine an ein Spezialkomitee durchzusetzen, und er wurde selbst zum Obmann dieses Komitees bestellt, unter dessen neun Mitgliedern fünf als Demokraten gelten durften. Gleich danach erfolgte die Einberufung des II. Arbeiterkongresses auf den 10. Juni nach Kristiania, woselbst er dann bis zum 17. Juni tagte.

Auf diesem II. Arbeiterkongreß — der volkstümlich zum Unterschiede vom Storting (eigentlich das große Ting) als „Lilleting" (Kleinting) bezeichnet wurde — überwogen noch mehr als auf dem I. die ländlichen Klassen: unter den 79 Mitgliedern, die sowohl den Westen wie den Osten Norwegens vertraten, befanden sich 26 Bauern, 20 Hausmänner und 1 Landarbeiter, ferner 17 Handwerker, 3 Arbeiter, 1 Seemann, 6 Schullehrer. Drei Viertel unter ihnen hatten am vorigen Kongreß nicht teilgenommen. TH. selbst hielt sich im Hintergrund. Die Verhandlungen verliefen denn auch ohne feste Ordnung: der Mangel fester Führung war nicht zu verkennen. Auch fehlte es, trotzdem das Schicksal der ganzen Arbeiterbewegung auf dem Spiele stand, an dem Bewußtsein dieser ersten Verantwortlichkeit. Und gerade dieser Umstand trieb die Teilnehmer in die Tragödie hinein.

Die allüberragende Frage war die nach der Taktik. Th. wies kurz darauf hin, daß angesichts der steigenden Reaktion in Europa eine Durchführung des Sozialismus vorläufig unmöglich sei, und er riet demgemäß, der parlamentarischen Politik Abildgaards zu folgen. Die meisten der Delegierten waren aber nicht mit solch' zahmem Verhalten einverstanden. Sie hatten schon im Kreise ihrer Mandanten wiederholt die Frage erörtert, was zu geschehen habe, wenn das Storthing ihren Forderungen nicht entsprechen würde, und konnten berichten, daß für einen solchen Fall an manchen Orten die Stimmung für ein gewaltsames Vorgehen bestehe. Diese Stimmung beherrschte auch die Versammlung und kam vielfach zum Ausdruck, ohne daß zu ersehen ist, wie man sich eigentlich die gewaltsame Revolution dachte. Ein paar Redner aus Städten, in denen sich Arsenale befanden, meinten, es wäre leicht, sich dieser zu bemächtigen. Andere sprachen sich dahin aus, daß die Soldaten selbst sich den Arbeitern anschließen würden. Im übrigen herrschte in der Debatte große Unbestimmtheit, und zweifellos stellten sich manche unter „Revolution“ tatsächlich nur eine große Demonstration vor. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Erfahrungsgemäß pflegen in politischer Diskussion wenig geübte Leute die Stärke ihrer Ausdrücke gar nicht zu berechnen, besonders wenn sie es versuchen, sich der Schriftsprache statt ihres gewohnten Dialektes zu bedienen. Es mag auch die Erinnerung mitgewirkt haben, daß im Jahre 1818, zu einer Zeit, da die Bauern das Storting noch als feindliche Bürger- und Beamteninstitution auffaßten, eine große Bauerndemonstration als Revolution behandelt worden war. Die beiden Begriffe flossen also einigermaßen ineinander, und der Präsident des Arbeiterkongresses vermochte es nicht, Klarheit in die Diskussion zu bringen.

Das Ergebnis der Verhandlungen vom 12. Juni war, dem etwas unklaren Sitzungsprotokoll zufolge, ein alternatives: „entweder solle man sich die Erlaubnis des Stortings erbitten, vor ihm in corpore oder deputativ die Notlage der Arbeiter darzulegen, oder man solle eine große Volksdemonstration veranstalten und zugleich eine Adresse an Storting und Regierung richten“. Die beiden Fälle waren als ein starker Druck auf den Storting zugunsten des Arbeiterprogamms beabsichtigt. Beschlossen aber wurde am 13. Juni einstimmig die erstere Alternative und

die Entscheidung des Kongresses sofort dem Storting zur Kenntnis gebracht.

Während nun einige Stortingsabgeordnete den Antrag kurz abgewiesen wissen wollten, und alle darin einig waren, daß jede unmittelbare Verhandlung des Stortings mit Privaten verfassungswidrig sei, gelang es UELAND, den Kompromißvorschlag durchzubringen: die Arbeiterdeputierten möchten sich an das Spezialkomitee für die Arbeiterfragen wenden.

Die ablehnende Haltung des Stortings nahm der Arbeiterkongreß mit großer Erbitterung auf, und seine Diskussionen gestalteten sich noch heftiger, als tags zuvor. Bemerkenswert ist, daß jetzt ABILDGAARD abriet, den vom Storting angebotenen Ausweg zu beschreiten, während TH. energisch vor einer Demonstration warnte, die ihm als unzeitig und zu gefährlich erschien. Immerhin aber erklärte er, er wolle selbst dann mittun, wenn die Versammlung sich für eine Revolution entschiede. Zwar fürchtete er sich vor den unabsehbaren Folgen einer Demonstration erregter Volksmassen, persönlich aber war er entschlossen, die Verantwortung für die Taten seiner Genossen mitzutragen.

Die Berichte über diese Diskussionen sind leider sehr mangelhaft und oft geradezu widersprechend. Es scheint einmal eine Abstimmung darüber stattgefunden zu haben, ob die Vereine zu einer „Revolution" geneigt seien, und diese Frage mit großer Mehrheit bejaht worden zu sein; ferner — mit gleichem Ergebnis — eine andere Abstimmung darüber, ob auch die Delegierten den Wunsch hegten. Jedenfalls beschloß man endlich am 13. Juni durch eine Deputation dem Spezialkomitee des Stortings eine Adresse zu überreichen; ferner daß wenn seitens der Staatsgewalten nichts Beträchtliches geschähe, eine große Demonstration stattfinden werde. Demgemäß wurde in der — sodann am 16. Juni — überreichten Adresse nachdrücklich betont, daß eine ernstliche Gefährdung der öffentlichen Ruhe für den Fall zu erwarten sei, daß die politischen und ökonomischen Forderungen der Arbeiter kein Entgegenkommen finden würden.

Nach Überreichung dieser Adresse beschloß der Kongreß — und zwar trotz Widerspruchs TH.s sowohl wie ABILDGAARDS — nur noch: der Zentralvorstand solle, wenn das Storting sich auflöste, ohne über die von den Arbeitern aufgeworfenen Fragen ent-

schieden zu haben, neuerdings eine Massenpetition veranstalten, und genau die Hälfte der Delegierten stimmte dafür, daß diese Petition „revolutionären Inhaltes“ sein sollte.

Die Sitzungen dieses II. Arbeiterkongresses, dem durch ein Menschenalter kein weiterer folgen sollte, waren bei geschlossenen Türen gehalten worden. Was hier von Revolution gesprochen worden war, blieb also zunächst geheim. Allein auch die Adresse an das Storting enthielt offene Drohungen gegen die bestehenden Gewalten, und in Verbindung mit den vielfachen Unruhen des Winters und des Frühlings drängte sich immer entschiedener die Frage auf: ob nicht die herrschenden Klassen gegen die Arbeiterbewegung einschreiten sollten. Schon hatten die Behörden an verschiedenen Orten mit Militär- oder Strafgewalt gegen Unruhen eingreifen müssen, und in der Presse erschienen Aufforderungen an die Regierung, der ganzen thranitischen Agitation Einhalt zu tun.

In Norwegen wie im übrigen Europa war die Reaktion im Steigen. Als die Adresse des Arbeiterkongresses am 23. Juni im Storting zur Verhandlung gelangte, ging trotz Widerspruches UELANDS und SVERDRUPS, die Mehrheit (59 gegen 36 Stimmen) einfach zur Tagesordnung über. Immer größere Furcht vor der Arbeiterbewegung trat zutage und sie steigerte sich noch mehr, nachdem die Delegierten des Arbeiterkongresses heimgekehrt waren und das Gerücht von seinen Verhandlungen sich verbreitete. Ende Juni traf die Regierung militärische Vorkehrungen gegen eine etwaige Revolution, und Anfang Juli veranstaltete sie eine Reihe von gerichtlichen Verhören wegen der Kongreßverhandlungen. Dann richtete sie plötzlich einen Hauptschlag gegen die ganze Bewegung, indem sie am 7. Juli um 5 Uhr morgens TH., ABILDGAARD und einige andere führende Männer verhaften und ihre Papiere in Beschlag nehmen ließ.

Während die Strafuntersuchungen rings im Lande fortgesetzt wurden, forderte der Justizminister am 15. Juli den Polizeibehörden ein Verzeichnis aller Mitglieder der Arbeitervereine ab. Hatte schon die Verhaftung der Führer der Agitation und namentlich der Tätigkeit des Zentralvorstandes starken Abbruch getan, so traf diese letzte Order die Bewegung an ihrer Wurzel, und ihre Widerstandskraft erwies sich als überraschend schwach. Nur in der Gegend

von Hönefoß kam es Ende Juli zu einigen ganz unbedeutenden Unruhen, die zu sofortiger Zusammenziehung von Truppen Anlaß gaben [1]). Dagegen konnte die Polizeibehörde aus derselben Gegend von einem Arbeiterverein berichten, daß von dessen Mitte August verzeichneten 227 Mitgliedern 170, darunter die Vorsitzenden, sich hätten aus den Mitgliederlisten streichen lassen, während die Namen der übrigen zur Warnung der Gemeinden in den Zeitungen veröffentlicht wurden. Und wie hier, so auch in anderen Orten. Überall jagte die Härte der Regierung den Arbeitervereinen heftigen Schrecken ein und reduzierte sie schnell zur Bedeutungslosigkeit.

Der ganze Hergang liefert an sich den vollgültigen Beweis, daß keine Revolution geplant war, daß in der Tat die Agitation MARCUS TH.s die Arbeiter noch nicht zum tatkräftigen Klassenbewußtsein erweckt hatte. Die Julitage 1851 brachten die völlige Niederlage der jungen Arbeiterbewegung; die Organisation, die durch zweijährige mühsame Arbeit aufgebaut worden war, wurde in wenigen Wochen durch einen Handstreich zertrümmert, ihre Presse gelähmt und ihre Führer einem tragischen Ende entgegengetrieben.

VII.

Es ist unnötig, bei dem Gerichtsverfahren gegen die verhafteten Thraniten lange zu verweilen. Es ist dieselbe Geschichte von trauriger Klassenjustiz, wie sie auch anderwärts passiert ist. Am 28. August 1851 wurde eine aus zwei Juristen und einem Offizier bestehende Spezialkommission beauftragt, alles, was über strafbare Pläne und Unternehmungen der Mitglieder der Arbeitervereine Aufklärung geben könnte und insbesondere die Verhandlungen des zweiten Arbeiterkongresses sowie die Ereignisse bei den Hönefosser Unruhen festzustellen und zugleich hierüber in erster Instanz abzuurteilen. — Die Kriminaluntersuchungen und Prozesse dauerten fast vier Jahre, und während dieser ganzen Zeit blieben TH. und die anderen Angeklagten in Haft. Sie wurden

---

1) Eine humoristische Schilderung dieser sogenannten „Hutmacherfehde" von HENRIK IBSEN findet sich in dessen „Sämtlichen Werken", I. Bd., S. 309 bis 317.

im Gefängnis wie gemeine Verbrecher behandelt, ihre Gesundheit litt und ihre Familien gerieten in solche Not, daß sie öffentliche Armenunterstützung annehmen mußten. Ihr Gesuch um bessere Verpflegung wurde sowohl von der Regierung als auch vom Storting abgelehnt: nur 33 Abgeordnete, darunter SVERDRUP und UELAND befürworteten es (1854). Die Art wie die Untersuchung durchgeführt wurde, ließ manchmal die nötige Objektivität vermissen, und namentlich wurden die Zeugenaussagen häufig in zugespitzter Form protokolliert. — Im August 1852 wurde gegen 144 Beschuldigte die Anklage erhoben, und zwar wegen Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates (Aufruhr gegen die Staatsverfassung und öffentliche, aber vergebliche Aufforderung hierzu) sowie gewaltsamen Widerstandes gegen öffentliche Behörden — Verbrechen, die mit Zuchthausstrafen bis zu 12 Jahren bedroht waren. Von den Angeklagten wurden 133 verurteilt und nach Maßgabe ihrer Schuld mit verschiedenen harten Strafen belegt. Die von 123 Verurteilten beim Obersten Gericht eingelegte Berufung hatte nur den Erfolg, daß weitere 6 Freisprechungen erfolgten.

Über TH. selbst hieß es in den Urteilsgründen des Obersten Gerichtes, daß er zwar — wie ja auch aus der vorstehenden Darstellung erhellt — in der späteren Zeit und namentlich während des letzten Arbeiterkongresses eher dämpfend als aufhetzend gewirkt habe, daß er aber als „Urheber der ganzen Bewegung, deren revolutionären und sozialistischen Geist er entfacht und genährt habe", verurteilt werden müsse. Es handelte sich also hier ganz offenkundig um eine gerichtliche Verurteilung sozialer Agitation, und TH. mußte seine Tätigkeit mit 4 Jahren Zuchthaus büßen. Noch auffälliger ist es, daß auch ABILDGAARDS Strafe gleich hoch ausfiel. Der Anführer der Hönefosser Unruhen erhielt eine Zuchthausstrafe von 9 Jahren; sechzehn andere Angeklagte von 7 Monaten bis zu 3½ Jahren, die übrigen meist kürzere Gefängnisstrafen bei Wasser und Brot.

Damit war freilich die Repression gegen die Teilnehmer der Arbeiterbewegung nicht erschöpft. Schon 1852—53 waren verurteilt worden: wegen der Romedaler Unruhen im November 1850 58 Personen zu einjährigem Zuchthaus, zu Gefängnisstrafen bei Wasser und Brot oder zu Geldbußen; wegen der Levanger Un-

ruhen im Februar 1851 13 Personen zu Zuchthaus von 1—7 Jahren und 17 andere zu Gefängnis bei Wasser und Brot. Alles in allem wurden mehr als 200 Arbeiteragitatoren bestraft, und es ist nur natürlich, daß eine solche Verfolgung die Bewegung vollständig vernichten mußte: sie war nicht stark genug gediehen, um ihrer Führer zu entbehren. Die meisten der Arbeitervereine lösten sich auf, ihre Zeitung schlief ein, die Arbeiterfragen verschwanden aus der öffentlichen Diskussion.

Doch wäre nichts unrichtiger als die Vorstellung, daß diese große Bewegung spurlos über das Land hingeflutet wäre. Im Gegenteil, die 48er Arbeiteragitation hat die Geschichte Norwegens tief beeinflußt.

Wohl stellte sich das Storting von 1851 den Forderungen der Arbeiter immer energischer ablehnend gegenüber. Am 23. August 1851 verwarf es gegen nur 21 Stimmen den Antrag Sverdrups auf Erweiterung des Gemeindewahlrechts. Am 2. September ging es über einen vom Arbeiterkongreß empfohlenen Antrag auf öffentliche Arbeiterpensionen zur Tagesordnung über. Am 27. September beschloß es wegen der Arbeiterpetition, deren Forderungen das Spezialkomitee in weitläufiger Erörterung meistens als unbefugt dargestellt hatte, wobei es zugleich die Aufwiegelungen der Arbeiteragitatoren tadelte, „nichts weiteres zu veranstalten“. — Ganz ohne soziale Resultate blieb aber die Legislaturperiode nicht. Schon im Monat Mai 1851 war ein Wuchergesetz angenommen worden. Ferner wurde ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht votiert, das zwar zunächst dem Veto der Regierung begegnete, jedoch drei Jahre später durchgeführt wurde. Vielleicht die wichtigste Frage aber, die das Storting von 1851 beschäftigte, war die wegen eines Hausmännergesetzes, zu dem die Regierung Ende Juli einen Entwurf einbrachte. Allerdings trug das verabschiedete Gesetz deutlich die Spuren der herrschenden Reaktion: es brachte keine bedeutenden Reformen, sondern wesentlich nur eine Kodifizierung der bestehenden Verordnungen und Gebräuche, bei der das konservative Prinzip der Vertragsfreiheit zu grunde gelegt wurde; und ein Antrag Uelands, die Arbeitspflicht des Hausmannes gesetzlich zu verbieten, wodurch tatsächlich die Hausmännerinstitution abgeschafft worden wäre, wurde mit $^2/_3$ Mehrheit abgelehnt. Erst nur die ökonomische Entwicklung der folgenden Jahre, und das Eindringen des

Maschinenbetriebs in die Landwirtschaft bewirkte nach und nach die soziale Emanzipation der Hausmänner.

Tiefergreifend als in ihren Folgen für die augenblickliche Gesetzgebung wirkte die Arbeiterbewegung auf die sozialpolitische Gliederung des Landes. Eine neue Volksklasse hatte sich zum erstenmal mit selbständigen Forderungen erhoben. Sie war wohl niedergeworfen worden. Trotzdem jedoch lebten ihre Überreste hartnäckig fort. Einzelne Arbeitervereine erhielten sich meistens als Krankenkassen bis zum heutigen Tage. Rings im Lande hielten einstige Thraniten treu an den neuen Ideen fest und bildeten einen Gährstoff im Volke, der bei gegebener Gelegenheit sich wirksam erweisen konnte.

Das Hervortreten dieser neuen Klasse mußte auf die alten Klassenzusammenhänge zerstörend wirken. Seit 1851 war die früher im Kampf gegen Bürger- und Beamtentum einige Bauernpartei tatsächlich zersprengt. Die Arbeiterbewegung hatte den in ihr latenten sozialen Zwiespalt aufgedeckt, und namentlich in der Hausmännerfrage trat dieser Gegensatz klar zutage. Die Großbauern schlossen sich allmählich mit der Bürger- und Beamtenpartei zusammen, und anderseits erwuchs ein Bündnis zwischen den Kleinbauern und den städtischen wie ländlichen Arbeitern. Fortan war also die Klassenteilung der norwegischen Gesellschaft nach neuen Linien gezogen, und die ganze Politik des Landes begann sich nach neuen Prinzipien zu bewegen. Ein neuer, konsequenterer Demokratismus, der sich nicht mehr ausschließlich auf die Bauern bezog, gelangte zur Geltung, und der Staatsmann, den die Arbeiterbewegung zuerst ins Storting hineingetragen hatte, Johan Sverdrup, wurde der Führer einer „Linken“, die die Bauernpolitik in Prinzipienpolitik umgestaltete. So ward das Jahr 1851, das den Untergang der Arbeiterbewegung sah, der Eingang zu einer neuen Epoche norwegischer Geschichte.

Mit wenigen Worten sei noch des weiteren Schicksals von Marcus Th. gedacht. Als er 1858 das Zuchthaus verließ, war er ein gebrochener Mann und er versuchte nimmermehr, eine Agitation in Norwegen zu erregen. 1863 wanderte er nach Amerika aus, wo er sich als Schriftsteller und Journalist ernährte. Zu Beginn der 70er Jahre war er bei der Bildung von Gruppen der „Internationale“ in Chicago tätig und beteiligte sich bis zu seinem 1890

erfolgten Tode in Wort und Schrift eifrig an der sozialistischen Agitation im Nordwesten der Vereinigten Staaten.

Nur einmal noch, 1883, besuchte er Norwegen, wobei ihm bezeichnenderweise der damalige Arbeiterverein zu Kristiania das Lokal für einen Vortrag verweigerte. Doch hatte schon im Anfang der 70 er Jahre die „Internationale“ zu neuer sozialistischer Agitation auch in Norwegen den Anstoß gegeben, und in den 80 er Jahren erhob sich eine neue Arbeiterbewegung, die sich nicht so leicht mehr zu Boden schlagen ließ.

Bakunin und die Internationale in Italien bis zum Herbst 1872.

Von

Max Nettlau.

I.

Die Zeit der Gründung der Sektionen der Internationale war vielleicht die hoffnungsfreudigste des bisherigen Sozialismus, indem zahlreiche, bis dahin isolierte Sozialisten aller Nuancen endlich in der Vereinigung und Internationalität ihrer von jetzt ab auch die breiten Massen umfassenden Bewegungen den Hebel zum Sieg des Proletariats zu finden glaubten. Die Einzelgeschichte all dieser Sektionen bietet das bunteste Bild, je nachdem sie z. B. an bestehende Organisationen anknüpften oder sich von ihnen losreißen mussten, und je nach dem Wesen der ersten Initiatoren dieser lokalen Gruppen, welches oft auf Jahre hinaus die Entwicklung derselben bestimmte. Man kann wohl sagen, daß diese Bewegungen deshalb an vielen Orten mit solchem Elan einsetzten, weil viele der ersten Gründer schon in den demokratischen und republikanischen Bewegungen der 60er Jahre, manche seit 1848, Erfahrung und Ansehen gewonnen und eben den altruistischen, durch die matten Siege des Liberalismus nicht befriedigten und gesättigten Teil jener Bewegungen bildeten. So entstanden viele sehr lebendige lokale Zentren, deren allmälige Schwächung durch den Lauf der Jahre eine der Ursachen des späteren Rückgangs der Bewegung war.

Doch mussten diese Leute erst gefunden werden, und gerade ihre Tüchtigkeit in den früheren Bewegungen machte ihre Gewinnung manchmal ebenso schwierig wie wertvoll. Dies war die Aufgabe einiger vollständig ergebener Männer, die unscheinbar und unermüdlich wirkten; und hinter diesen stand wieder, wenn ich diese Betrachtung jetzt auf die südeuropäischen Länder beschränke, eine Persönlichkeit von wuchtiger Größe, MICHAEL BA-

KUNIN[1]). Vor ihm war die Internationale in Italien und Spanien nichts; durch den Impuls, den er und seine Freunde ihr gaben, wurde sie für lange Jahre die ausschließliche sozialistische Bewegung in jenen Ländern, und die Kraft dieses ersten Anstoßes hat sich auch jetzt noch nicht erschöpft.

Begreiflicherweise wird diese Tätigkeit B.s für Italien in größeren Werken über die italienische Internationale[2]), sowie in einer Reihe kleinerer Schriften[3]) seit jeher anerkannt — in schärfstem Gegensatz zu der noch immer auf der Londoner Broschüre „L'Alliance de la démocratie socialiste" (1873) basierenden Darstellung der Vorgänge auf B.feindlicher Seite, deren Angriffe, so viel ich weiß, nie durch neues italienisches Material, eigene Studien, unterstützt wurden. Ich werde gelegentlich die Haltlosigkeit jener Rekriminationen zeigen; interessanter scheint es mir aber, den erwähnten italienischen Darstellungen, die den komplizierten Gegenstand weder erschöpfen konnten noch wollten, durch Mitteilungen aus B.s engstem Kreise, oft nach seinen eigenen Briefen und Notizen, hie und da eine dokumentarische Grundlage zu geben, die auf andere Weise in diesem speziellen Fall kaum herzustellen ist. B.s Initiative, die Art ihrer Durchführung, die chronologische Folge gewisser Vorgänge etc. — all das bildet einen nur aus dem intimen BAKUNIN-material selbst rekonstruierbaren Rahmen, in den sich die Fülle sonst kaum zu ordnender Einzelerinnerungen einfügen läßt. Die Hoffnung, durch Memoiren über vieles definitiv aufgeklärt zu werden, wird immer geringer; die Briefe aus jenen Jahren der Verfolgungen sind meist vernichtet; viele Dokumente liegen allerdings bei den Akten der großen Prozesse, speziell die in Florenz saisierten Schriftstücke der Internationale. Die Zeitschriften der Internationale sind außerordentlich selten geworden, und die wirkliche Geschichte der Bewegung konnte und sollte in ihnen auch nicht gegeben werden. In einem gewissen Grade geschah das für

1) Im folgenden mit B. gekürzt. 2) Vgl. ANGIOLINI, 50 anni di socialismo in Italia, 1900; mehr noch: GIOVANNI DOMANICO, L'Internazionale I. Bd. 1900. 3) A. PISTOLESI, Il socialismo in Italia (Artikelserie in der anarchistischen Zeitschrift „L'Avvenire", Modena 1878); FRANCESCO PEZZI, Un errore giudiziario, Firenze 1882; G. CASSISA, Francesco Sceusa et l'Internazionale in Trapani, 1899; G. SCHIRALLI, Note su Carlo Cafiero, Trani 1892; A. COSTA, Bagliori di socialismo. Cenni storici. Firenze 1900; H. SCARLATTI, L'Internazionale dei lavoratori e l'agitatore Carlo Cafiero, Firenze 1900 u. A.

die spätere Zeit der Internationale in den Korrespondenzen des „Bulletin de la Fédération jurassienne", die neuerdings im Genfer RISVEGLIO mit vielen Erklärungen JAMES GUILLAUMES wieder gesammelt wurden. Manches ist durch Katastrophen, wie den Brand der Turiner Bibliothek, ganz unerreichbar geworden. Die kleine Zahl entschlossener Männer und Frauen, die durch mehr als ein Jahrzehnt ein oft romantisches Leben führten, wurde durch unzähliche Verfolgungen in alle Länder zersprengt; die meisten Erinnerungen starben schon mit ihnen. Die Forschung setzte zu spät ein. Mein — durch die Hülfe mancher, die B. sehr nahe standen, für meine Biographie desselben (3 Bde. in Fol. London 1896/1900) und für deren ungedruckte Nachträge gesammeltes — Material, das vollständig mitgeteilt einen größeren Band füllen würde, soll hier in einer durch die Berufung auf das größere Werk erlaubten Kürze vorgeführt werden, um mindestens durch gewisse auf gute Quellen basierte Stützpunkte späterer Forschung behülflich zu sein.

Freilich muß diese Darstellung auch auf B.'s italienische Tätigkeit vor seinem Eintritt in die Internationale eingehen (1864—1868). In jenen Jahren existierte die Internationale für Italien überhaupt nicht. Bekannt ist, wie bald die unter MAZZINIS Einfluß stehenden Mitglieder des provisorischen Londoner Zentralrats G. P. FONTANA, ALDROVANDI, LAMA, SALUSTRI und der berüchtigte Luxemburger L. WOLF[1]) zurücktraten. Einem Brief von HERMANN JUNG (London, 15. Febr. 1866), der in Erwiderung eines Artikels des „Echo de Verviers" (16. Déc. 1865) geschrieben wurde und auch in jenem Blatt erschien, mir aber als Handschrift vorlag[2]), entnehme ich über diese Vorgänge:

---

1) Address and Provisional Rules . . . London, printed at the „Beehive" Newspaper Office. s. a.; die Namen fehlen in dem zweiten, sonst gleichlautenden Druck (London, printed by the Westminster Printing Company) s. a. — L. WOLF wurde durch in Paris 1870 gefundene Dokumente als Spitzel entlarvt. Vgl. z. B. TIBALDIS und MARX' Erklärungen im Generalrat (Eastern Post, 8. Juli 1871). 2) 17 SS., 8, mit dem Stempel des Central Council, Anfang und Schluß von H. JUNG selbst geschrieben. — Nach einem Brief von LE LUBEZ an P. VÉSINIER (London, 10. März 1866) ist dieser Brief von H. JUNG, und MARX ist daran unbeteiligt. Wolf erschien im Generalrat und reklamierte gegen die Behauptung, die italienischen Mitglieder hätten nicht das Vertrauen der italienischen Arbeiter besessen. Der von JUNG verfasste

„Quant aux Italiens, un seul (le citoyen Wolf) motiva sa démission . . . sur une résolution du Conseil central, . . . concernant le citoyen Lefort . . .“

„Le manifeste [inaugural] et le règlement furent publiés avant la retraite des deux membres français [Denoual et Le Lubez] et des membres Italiens, . . . le manifeste fut adopté unanimement par tous les membres du Conseil central, y compris les Français et les Italiens . . . s'il [sc. MAZZINI] en eut eu connaissance, il l'aurait fait opposer à cause de ses tendances antibourgeoises par les membres Italiens, mais, arrivé trop tard, il ne réussit qu' à empêcher que ces derniers n'en fissent la traduction en italien; c'est même au caractère si prononcé de notre manifeste qu'est due la retraite des Italiens. . . .“

„Le citoyen Wolf qui assista au Congrès des ouvriers italiens, à Naples, en 1865 et les autres membres italiens du Conseil, quoiqu'ils prissent une part très active aux travaux du Conseil central, ne réussirent cependant jamais à faire un seul adhérent en Italie; c'est une source de regrets pour le Conseil central de voir que les membres italiens, même avant leur retraite, ne jouirent pas assez de la confiance „de ces sociétés si bien organisées de l'Italie“ pour engager une seule d'entre elles à se joindre à l'Association internationale.“ [1])

So war die Internationale durch MAZZINI's Willen von Italien abgeschnitten und bis 1871, als ENGELS CAFIERO ganz für sich gewonnen glaubte, kann von italienischen Beziehungen des Generalrats nicht ernstlich die Rede sein. Die Namen der italienischen Sekretäre desselben sind kaum orthographisch genau feststehend: G. TRAINI, J. AGOSSA (oder AJASSA?), GIOVANNI BORA, neben J. JOHANNARD und F. ENGELS. Ebensowenig dauernde Bedeutung hatten Mitglieder italienischer Vereine, die gelegentlich die Kongresse besuchten.

MARX, der in den industriell vorgeschrittensten Ländern lebte Westdeutschland, Belgien, England, misachtete längst die Jugend der Bourgeoisie als revolutionären Faktor und mochte Italien bis zu seiner größeren Industrialisierung als vorläufig bedeutungslos für die Internationale bei Seite lassen. B., der vor allem revolutionären Instinkt hatte und mit der Jugend lebte, sah in der durch

---

Brief war vom Generalrat ungelesen akzeptirt worden und eine Zurücknahme der Angriffe gegen die italienischen Mitglieder wurde zur Veröffentlichung im Echo de Verviers beschlossen.

1) MAZZINI schrieb hierüber in der „Roma del Popolo“ vom 13. Juli und 21. September 1871; der Generalrat gab seine Darstellung in den Sitzungen vom 4. und 25. Juli 1871 (s. Eastern Post); vgl. auch P. LAFARGUE, Mazzini y la Internacional, in „La Emancipación“ (Madrid), wiedergedruckt in „La Federación“ (Barcelona), 25. Februar 1872 und Anm. 2846 meiner Biographie Bakunins.

die harte Schule bitterster Verfolgungen und wirklicher Kämpfe gegangenen italienischen Jugend, ähnlich wie in der Jugend der slavischen Länder, die wertvollsten Initiatoren der kommenden sozialistischen Bewegung.

Aus vielen Äußerungen B.s wähle ich nur einige Zeilen:

„Il existe maintenant en Italie une grande masse de jeunes gens nés dans la classe bourgeoise, mais qui ayant dédaigné d'un côté le service de l'État et n'ayant point trouvé de place ni dans l'industrie ni dans le commerce, se trouvent complètement déplacés et désorientés. Ils ont été touchés par l'esprit du siècle, et fatigués de contempler toujours la beauté mystique de Dante et la grandeur de Rome antique, ils se sont faits en masse des libre penseurs, au grand désespoir de Mazzini. De la libre pensée au socialisme il n'ya qu'un pas qu' il faut les aider à franchir . . .[1])

Man kann dies auch so fassen: die italienische Jugend, in ihren besten Elementen, hatte seit 1815 unaufhörlich konspiriert oder gekämpft; die Früchte des Sieges fielen der Monarchie und den Politikern in den Schoß. Kein Wunder, daß viele zu weiterem Kampf bereit waren und daß die Geschichte der italienischen Internationale bis Anfang der 80er Jahre eigentlich den letzten Abschnitt des Risorgimento bildet, wie sich der französischen Revolution die Erhebung der letzten Montagnards im Prairial und Babeufs den Zielen der Internationale in sozialer Beziehung sich nähernde Pläne anschließen. Erst dann waren die letzten Idealisten vorläufig geschlagen und die prosaische moderne Massenbewegung begann.

In den 60er Jahren standen alle Arbeitervereine unter der Patronanz Mazzinis oder Garibaldis und dem Einfluß lokaler

1) Manuscript vom 29. August 1871 (Locarno). — Wie unendlich fern man in London vom Verständnis dieser Jugend war, zeigt folgende Stelle aus der Broschüre der Alliance-Untersuchungskommission (S. 48): „Toutes les prétendues sections de l'Internationale italienne sont conduites par des avocats sans cause, des médecins sans malades et sans science, des étudiants de billard, des commis voyageurs et autres employés de commerce, et principalement des journalistes de la petite presse d'une réputation plus ou moins équivoque". Dies schrieben einige schlichte Proletarier, der Handelsangestellte Engels und der Arzt Lafargue (vgl. Sorges Briefwechsel S. 101), mit Material u. a. des Rentiers Utin und unter Aufsicht des Journalisten Marx! — Erst 1904 wurde diesen verständnislosen Bemerkungen von deutscher Seite von Robert Michels entgegengetreten (Proletariat und Bourgeoisie in der sozialistischen Bewegung Italiens. I. Der italienische Zweig der Internationale, im „Archiv für Sozialwiss." B. XXI).

Führer, von denen viele aus Kämpfern sich in Geschäftspolitiker umzuwandeln begannen. Diese ganz unselbständigen Vereine von London aus für die Internationale zu gewinnen, war aussichtslos. Die nationalen und politischen Fragen (Venedig, Rom, Republik) waren noch ungelöst; MAZZINI und GARIBALDI schienen noch nicht ihr letztes Wort gesprochen zu haben. Klarsehenden war der Ausgang nicht zweifelhaft; zu viele ralliierten sich um die Monarchie. Dadurch mussten manche der Besten an der bisherigen Taktik zu zweifeln beginnen und bemerken, in welchem Grade man versäumt hatte, das Volk selbst, dessen Elend und Arbeitslast sich immer steigerten, an der Bewegung zu interessieren. Soziale Ziele zeigten sich, denen MAZZINIS fanatischer Antisozialismus nichts als schöne Worte, Dio e Popolo, und nichtssagendes Unterstützungswesen und Harmoniepredigten zu bieten wusste.

Hier setzte B. ein, der dieses Milieu mit vollständig ausgebildeten, politisch, sozial und religiös radikalen Ansichten betrat, der aber auch überzeugtester Nationalist war (in dem von ihm so oft präzisierten Sinn) und den bisherigen nationalen Idealen der Jugend mit Sympathie und Takt entgegenzukommen wußte; die Macht seiner Persönlichkeit, die durch die im damaligen Italien so schnell einsetzende Routine und Korruption täglich mehr bewiesene Logik seines Standpunkts, sein 1848er Prestige, verstärkten seine Erfolge, und nur so, indem neben MAZZINI und GARIBALDI eine von ihnen gewiß sehr verschiedene, aber auch ins große gehende, starke Persönlichkeit trat, konnten die unentbehrlichen Initiatoren der italienischen Internationale gewonnen werden. Freilich ist B. der erste, der zugiebt, daß schon die seit 1866 Bedeutung gewinnenden italienischen Freidenkergesellschaften, die sich unter MAZZINIS Protest und gegen GARIBALDI's Rat bildeten, den ersten Schritt zur Freimachung der Jugend von den alten Führern bedeuteten [1]. Ebenso ist der Impuls, den das kämpfende Paris der Commune gab, zusammenfallend mit MAZZINI's erbitterter Bekämpfung der Commune, von ausschlaggebender Bedeutung geworden und das ökonomische Elend sorgte für den von jener Zeit an unaufhaltsamen Fortschritt der Bewegung.

* * *

[1] Manuscript ‚MAZZINI' bezeichnet, S. 117 ff (ca. 1871).

Schon 1862, kaum aus Sibirien zurückgekehrt, zog es B. nach Italien. GARIBALDIS Zug der Tausend hatte auch in Sibirien den mächtigsten Eindruck gemacht und gehörte gewiß zu den Faktoren, die zusammenwirkten, daß B. endlich seine Ketten brach. Die Zeit der Ebbe ist vorüber, die revolutionäre Flut beginnt wieder — waren oft seine Worte in jenen Jahren. Das lange Warten auf seine in Sibirien zurückgelassene Frau hielt ihn noch in London zurück; mit ihr wollte er nach Italien übersiedeln und dort Italiener und Slaven vereinigen, zum Ziel der Zerstörung Oesterreichs [1]). Wirkten hiernach die Pläne von 1848/49, die in Irkutsk durch seinen engen Verkehr mit Graf MURAVIEFF-AMURSKI soviel neue Nahrung erhalten hatten, nach, so war B., als er im Januar 1864 endlich Italien wirklich betrat, in bezug auf weitreichende nationale Pläne wesentlich pessimistischer gestimmt und wendete sich nun ganz der vorbereitenden Tätigkeit der antistaatlichen und sozialen Revolution zu. Lag doch zwischen 1862 und 1864 der polnische Aufstand, der ihn mit den wirklichen Tendenzen und Kräften der polnischen und russischen Bewegungen intim bekannt gemacht hatte; ebenso sein Aufenthalt in Schweden, der ihm die Machtverhältnisse der Staaten genauer zeigte; und bald sah er in Italien, wie sich die piemontesische Monarchie der Revolution zwar zu bedienen, aber auch zu entledigen wußte.

Am 25. Dezember 1863 noch in Vevey, vor einem Besuch in Bern, finden wir B. am 23. Januar 1864 in Genua, nach Aufenthalt in Turin und einem Besuch bei GARIBALDI, mit dem er seit 1862 korrespondierte, auf der Insel Caprera. Empfehlungsbriefe von MAZZINI und SAFFI [2]) und sein durch die Flucht aus Sibirien allbekannt gewordener Name öffneten ihm das Vertrauen aller Männer der Bewegung. Er ließ sich in Florenz nieder, wo ihn der prächtige Volksmann GIUSEPPE DOLFI mit offenen Armen empfing; [3]) der Arzt GIUSSEPPE MAZZONI in Prato, Triumvir der provisorischen Regierung von Toscana (1849), wurde sein Freund; ebenso ein in seinen engeren Kreis tretender bescheidener Mann, der Graveur BERTI CALURA. Nach Aufenthalt im Seebad Antignano

1) Brief vom 16. Juni 1862 (London), BYLOE (St. Petersburg), Juli 1906, S. 201. 2) Zwei unbenützte Briefe für Turin und Mailand (29. Okt. 1863) von SAFFI sind mir bekannt. 3) Vgl. dessen Schilderung von L. METCHNIKOFF, im Istor. Vestnik. März 1897. S. 813—814.

bei Livorno reiste B. im August 1864 über London nach Schweden, um im Oktober über London, Brüssel, Paris nach Florenz zurückzukehren. Eine 1864 von ihm gegründete geheime Gesellschaft bestand damals schon, da er auf der Rückreise durch Paris dort ELISÉE RECLUS und andere in dieselbe aufnahm.

MARX erzählt nun 1870 [1]) „Der Russe Bakunin . . . hatte kurz nach der Stiftung der „Internationale" eine Zusammenkunft mit Marx in London. Letzterer nahm ihn dort in die Gesellschaft auf, für welche B. mit besten Kräften zu wirken versprach. B. reiste nach Italien, erhielt dort von Marx die provisorischen Statuten und ‚Adresse an die arbeitenden Klassen' zugeschickt, antwortete ‚sehr enthusiastisch', tat nichts."

B. seinerseits berichtet in dem ungedruckten Manuskript Rapports personnels avec Marx (ca. 1871):

„En octobre [1864] je retournai de nouveau à Londres [aus Stockholm]. Ce fut alors que je reçus de Marx un billet que je conserve encore et dans lequel il me demandait si je voulais le recevoir chez moi demain. Je lui répondis que oui, et il vint. Nous eûmes alors une explication; il me jura que jamais il n'avait rien dit, ni rien fait contre moi, qu'au contraire il avait toujours conservé pour moi une sincère amitié et un grand estime. — Je savais que ce qu'il me disait n'était point vrai, [2]) mais je ne lui gardais vraiment plus aucune rancune. D'ailleurs le renouvellement de sa connaissance m'intéressait beaucoup sous un autre rapport. Je savais qu'il avait puissamment coopéré à la fondation de l'Internationale. J'avais lu le manifeste qu'il avait écrit au nom du Conseil général provisoire, un manifeste qui était remarquable, sérieux et profond comme tout ce qui sort de sa plume lorsqu'il ne fait pas de la polémique personelle. Enfin nous nous quittâmes extérieurement très bons amis, sans que je lui rendis pourtant sa visite . . . Nous échangeâmes quelques lettres avec Marx. Ensuite nous nous perdîmes de vue de nouveau.„

Die Address of the Working Mens' International Association (adopted Nov. 1864) erschien zuerst wohl in Form zweier Folio-Spalten mit der Überschrift: To the Editor of —, unterzeichnet W. CREMER, Nov. 4. [3]) Dies wurde zweifellos dem „Kolokol" zugeschickt und konnte B. sofort bekannt werden; der Besuch von MARX würde dann in die erste Novemberhälfte fallen und

1) „Confidentielle Mitteilung" (Die Neue Zeit, XXI 2, S. 472—73). 2) In La Théologie politique de MAZZINI (Neuchâtel, 1871), S. 46, wo B. dasselbe in kürzeren Worten erzählt (was MARX unwidersprochen ließ) heißt es: „je dus le croire . . ." 3) Ob dieser Druck dem Abdruck im „Beehive" vorausging, oder ob es ein Abdruck aus dem „Beehive" ist, kann ich nicht feststellen, da ich den „Beehive" nicht kenne; ich vermute aber ersteres; vgl. „Die Neue Zeit" XXIII/2 S. 356—57.

die Zuschickung der Inauguraladresse Ende November [1]). — Die Angabe von MARX aber, B. sei damals von ihm in die Internationale aufgenommen worden, erlaube ich mir zu bezweifeln. Die von Marx am 21. Juli 1873 mitunterzeichnete Broschüre L'Alliance... (S. 5) und ein Brief von F. ENGELS [2]) enthalten ganz andere Angaben; ferner schrieb H. JUNG an J. GUILLAUME:

„Bakounine, invité dès sa fondation à se joindre à l'Internationale, n'en fit rien." [3])

MARX schreibt in sichtlich rückhältiger Weise, indem er im unklaren läßt, wer die Zusammenkunft suchte, während B. nichts zu verschweigen hat. Was trieb überhaupt MARX damals zu B.? Vielleicht das gleiche Gefühl, das ihn 1848 in Berlin vom Kommunistenbund erzählen ließ, [4]) Stolz, die in der Internationale ihm zufallende Macht einem früheren Genossen zu zeigen, der seine eigenen Wege ging?

B. reiste nach Paris weiter und sah zum letztenmal den dem Tode nahen PROUDHON. Ich will doch seine Gegenüberstellung von MARX und PROUDHON anführen, die er damals beide innerhalb weniger Tage oder Wochen zum letztenmal sah [5]):

Maintenant reconnaissons que Marx est un penseur économiste très sérieux, très profond. Il a cet immense avantage sur Proudhon, d'être en réalité un matérialiste. Proudhon malgré tous les efforts qu'il a fait pour secouer les traditions de l'idéalisme classique, n'en est pas moins resté toute sa vie un idéaliste incorrigible, s'inspirant, comme je le lui ai dit, deux mois avant sa mort [nov. 1864], tantôt de la bible, tantôt du droit romain, et metaphysicien toujours, jusqu'au bout de ses ongles. Son grand malheur c'est de n'avoir jamais étudié les sciences naturelles, et de s'en être approprié la méthode. — Il a eu des instincts d'un génie qui lui avaient fait entrevoir la voie juste, mais entraîné par les mauvaises ou les idéalistes habitudes de son esprit, il retombait toujours dans les vieilles erreurs: ce qui a fait que Proudhon a été une contradiction perpétuelle — un génie vigoureux, un penseur révolutionnaire se débattant toujours contre les fantômes de l'idealisme et n'étant jamais parvenu à les vaincre.

---

1) Ich vermute letzteres nach Neue Zeit, XXI 1/3 S. 31. 2) Roma del popolo, 21. December 1871. 3) Mémoire jurassien, S. 137; vgl. auch das von mir „Zur Vorgeschichte der Internationale" in E. BERNSTEINS „Documenten des Socialismus" zusammengestellte, das seitdem durch die in TCHERNOFFS bekanntem Buch mitgeteilten Documente ergänzt wurde. 4) S. 93 meiner Biographie, nach demselben Manuskript. 5) Aus einem ungedruckten Brief nach Spanien (1872).

Marx comme penseur est dans la bonne voie. Il a établi comme principe que toutes les évolutions religieuses, politiques et juridiques dans l'histoire sont non les causes, mais les effets des évolutions économiques. — C'est une grande et féconde pensée qu'il n'a pas absolument inventée, elle a été entrevue, exprimée en partie par bien d'autres que lui, — mais enfin à lui appartient l'honneur de l'avoir solidement établie et de l'avoir posée comme base de tout son système économique. D'un autre côté Proudhon avait compris et senti la liberté beaucoup mieux que lui; Proudhon, lorsqu'il ne faisait pas de le doctrine et de la métaphysique, avait le vrai instinct du révolutionnaire — il adorait Satan et il proclamait l'anarchie. Il est fort possible que Marx puisse s'élever théoriquement à un système encore plus rationnel de la liberté que Proudhon — mais l'instinct de Proudhon lui manque. Comme Allemand et comme Juif, il est de la tête aux pieds un autoritaire.

De là les deux systèmes appelés: le système anarchique de Proudhon, par nous élargi, développé et libéré de tout son accoutrement metaphysique, idéaliste, doctrinaire, et acceptant le matière dans la science, et l'économie sociale dans l'histoire comme base de tous les développements ultérieurs. Et le système de Marx, chef de l'École allemande des Communistes autoritaires"...

So schrieb Bakunin von seinem Gegner Marx in einem für den intimsten Kreis bestimmten langen Brief „Aux frères de l'A(lliance) en Espagne." Für Marx waren diese Gegner mindestens „Lumpengesindel" (Brief an Bolte, 12. Febr. 1873) und der Ton seines Proudhonnekrologs im Berliner „Socialdemokrat" (1865) ist ja allgemein bekannt. Nicht um die Differenzen zu verschärfen, sondern um das Marx und B. fundamental trennende zu konstatieren, weise ich auf diese Verhältnisse hin. Hierin liegt die Erklärung, warum B., der sonst die Internationale mit Freude begrüßt hätte, sie Jahre lang bei Seite ließ, nicht trotzdem, sondern vielleicht weil Marx, in dessen Loyalität er nun einmal kein Vertrauen hatte, sie ihm so warm empfohlen hatte.

* * *

B. lebte nun vom November 1864 bis zum Sommer 1865 in Florenz und berührte Neapel wohl zuerst am 18. Juni auf der Durchreise nach Sorrent, von wo er Anfang Oktober nach Neapel übersiedelte, wo er dann, mit längerem Sommeraufenthalt in Lacco (Insel Ischia) und in der kleinen Stadt Cava (bei Salerno), 1866/67 bis zur Abreise nach Genf zum Friedenskongreß, Ende August oder Anfang September 1867, lebte. Er hatte eine Empfehlung Garibaldis für G. Asproni in Neapel, der „Il Popolo d'Italia" redigierte, ebenso für den jungen Advocaten C. Gambuzzi, politischen

Gefangenen in der letzten Bourbonenzeit. Durch deren Besuche in Sorrento und kleine Reisen B.s nach Neapel bildete sich in kurzer Zeit ein Kreis meist jüngerer Leute (dem übrigens ASPRONI nicht angehörte), von denen einige für kürzere oder längere Zeit, andere dauernd B.s engere Ideen akzeptierten und propagierten.

Zwischen der Idee der Arbeiterinternationale und der von PROUDHON manchmal geäußerten Idee, die freiheitlichen Elemente Europas in nähere Verbindung zu bringen, zur Verbreitung freiheitlicher Ideen,[1]) steht B.s Plan einer internationalen Verbindung der zu wirklicher Aktion in sozialrevolutionärem, staatszerstörendem Sinn entschlossenen Männer. Ein solches Ziel ergab sich für ihn unwillkürlich aus seiner ganzen Vergangenheit, seit er in den 30er Jahren seinen russischen Freunden HEGEL vermitteln konnte, seit er später seine französischen Freunde über slavische Verhältnisse und deutsche Philosophie informierte, seit er 1848 die Slaven zusammenfassen wollte und 1849 die Revolutionen in Sachsen und Böhmen zu kombinieren suchte usw. Kaum zurückgekehrt, 1862, suchte er Slaven und Italiener zu vereinigen, 1863 Polen, Schweden, Finnen und Russen, — und nach dem Fehlschlag all dieser teilweise nur nationalen Pläne, in der richtigen Voraussicht großer politischer und sozialer Bewegungen in West- und Südeuropa, suchte er diesmal auf der Basis eines umfassenden anti-religiösen, anti-staatlichen und sozialistischen Programms, die ernstesten Aktionselemente um sich international zu gruppieren, von denen jeder für ähnliche Landesorganisationen mit etwas mehr lokalisiertem, weniger prononciertem Programm tätig sein würde; die Mitglieder dieser Landesorganisationen würden ihrerseits in öffentlichen Vereinen etc. in Kontakt mit den vorgeschritteneren Kreisen treten usw., — eine unsichtbare Organisation, die eine gleichzeitige revolutionäre Initiative an vielen Orten ermöglichen sollte, eine Zusammenfassung der revolutionären Kräfte ohne Diktatur und ohne den Zeitverlust parlementarischer Beratungen, eine revolutionäre Einheit der stets vorhandenen staatlichen Einheit gegenübergestellt.

Wir sind über diesen Gegenstand ausreichend unterrichtet durch vorhandene Statuten, eine Darstellung und Briefe B.s, einige Doku-

---

1) Vgl. Proudhons Briefe vom 15. März und 26. April 1860 (Corresp., IX, 349; X, 35).

mente der Organisation und mündliche Angaben. Das große Manuskript der Statuten, dem sich ein theoretischer Teil (Catéchisme révolutionnaire) anschließt, dürfte aus dem März 1866 stammen; es beginnt:

„**Organisation**“

(1) La Société internationale révolutionnaire se constituera en deux organisations différentes:

I La **Famille Internationale** proprement dite, et

II Les **Familles Nationales,**

ces dernières devant être partout organisées de manière à ce qu'elles restent toujours soumises à l'absolue direction de la **Famille Internationale.**“ etc.[2])

B. selbst erzählt in dem Kapitel „Die internationale Allianz [sojuz] der socialen Revolutionäre“ eines Ende August 1873 veröffentlichten russischen Buchs,[1]) daß er 1864 in Italien mit einigen italienischen Freunden hauptsächlich als Gegengewicht gegen MAZZINI die „Allianz der socialen Demokratie“ gründete, die bald „Allianz der socialen Revolutionäre“ genannt wurde. Zu ihr gehörten Anfangs nur Italiener, bald auch Franzosen und Polen, später Angehörige anderer Nationen.

Ausführlicher schildert dies der bekannte Brief B.'s an HERZEN vom 19. Juli 1866[2]): in den letzten drei Jahren sei der einzige Gegenstand seiner Tätigkeit die Gründung und Organisation einer internationalen revolutionär-sozialistischen geheimen Gesellschaft gewesen.

„Einen besonderen Kampf mußte ich gegen die sogenannten nationalen Leidenschaften und Ideen führen, gegen die widerwärtige patriotische Bourgeoisrhetorik, die besonders stark von MAZZINI und GARIBALDI angefacht wird.“ Jetzt „haben wir Freunde in Schweden, Norwegen, Dänemark; in England, Belgien, Frankreich, Spanien und Italien; es gibt Polen, auch einige Russen . . .“

---

1) Exzerpiert auf den SS. 209—234 meiner B.-Biographie, wo auch ein unvollendetes Manuskript: Programme de la Société de la Révolution internationale besprochen ist (S. 234). Ein italienisches Manuskript (in mir unbekannter Handschrift) lag mir auch vor: Organizzazione della società internazionale rivoluzionaria. 2) Istor. Razvitie Int., S. 301—317; die nicht unterzeichnete Darstellung wird durch eine Stelle in Gosud. i Anarchija, 1874, S. 292 n. von B. als Verfasser anerkannt. 3) Briefe, russ. S. 170—171; deutsch S. 117—118.

Ich halte es für zweckmäßig, diesen seit 1864 datierenden internationalen Kreis von B.s Freunden die Fraternité internationale zu nennen, da der Name Alliance seit dem Herbst 1868 eine besondere Bedeutung gewann.

In Florenz versuchte B. seine Ideen den Freimaurern vorzulegen, denen er angehörte, doch ohne Erfolg. Auch in Neapel verließ ihn diese Idee nicht ganz und der Plan unabhängiger Logen soll erwogen worden sein. Jedenfalls aber liegen Fragmente von Manuskripten vor (wahrscheinlich von 1865), in denen er, von der schärfsten Negierung der Religion ausgehend, allmählich seine ganzen Ideen zu entwickeln beginnt; ein ausführliches, in Neapel geschriebenes Manuskript, zu dem jene Fragmente vielleicht Vorarbeiten waren, ist übrigens zufällig vernichtet worden. Im Brief vom 19. Juli 1866 spricht B. von etwa an diese Tätigkeit geknüpften Erwartungen sehr geringschätzend; er mußte eben die Erfahrung machen, daß für seine Ideen in schon bestehenden Organisationen kein Platz war, daß er aus eigenem schaffen und gruppieren mußte.

Dies geschah für Italien in der nationalen Organisation, von der er am 19. Juli 1866 schrieb:

„In Süditalien gelangte der größte Teil der Mazzinischen Organisationen, die Falange sacre, in unsere Hände. Ich lege auch ein kurzes Programm unserer italienischen Organisation bei.“ . . . „Das ganze Volk, besonders in Süditalien, strömt uns in Massen zu und unser Mangel besteht nicht an Material, sondern an der Zahl gebildeter Leute, die aufrichtig und geeignet sind, dem Material Form zu geben“ . . .

Jenes Programm ist das geheim gedruckte Programma della Rivoluzione democratico-sociale italiana (3 SS. 8°), dem die Statuten zur Seite stehen: „Società dei legionarj della Rivoluzione sociale italiana. Organico“ (10 SS., 8°), denen manchmal die Zahl 13 aufgedruckt ist: die (natürlich unerklärt bleibende) Chiffre für Italien in der internationalen Organisation.[1])

Bis jetzt sind Dokumente, die das wirkliche Funktionieren dieser Organisation zeigen, nicht bekannt gemacht worden; mein handschriftliches Supplement zur B.-Biographie enthält aber seit 1903 die Abschrift von zwei Dokumenten aus dem Jahre 1866. Die „Ultima lettera di F. [fratelli] di Palermo che si sciol-

---

1) Exzerpiert SS. 204—206 meiner Biographie.

gono dagl' impegni presi. Luglio 1866 ist ein P 1 [C] 3 überschriebenes Schriftstück vom 18. Juli 1866 (4 SS., 8⁰), in welchem mit der Organisation wegen Meinungsdifferenzen in bezug auf den Krieg etc. gebrochen wird; die Organisation in Palermo wird augenscheinlich vom Kriegspatriotismus mitgerissen. Sie schickten also „alle nostre associazioni in nome vostro organate“ folgendes Cirkular:

„F F . ·. „In nome del C[omitato] C[entrale] della Soc[ietà] Int[ernazionale] R[ivoluzionaria] D[emocratica] S[ociale] noi vi dichiaramo sciolti da qualunque impegno e da qualunque giuramento fatto. Dichiaramo illegale ed immorale qualunque corpo che nulla curante la presente ingiunzione volesse proseguire a vivere e lasciamo tutto a lui la responsabilità e le conseguenze. — Forse non tarderà molto faremo appello alla vostra operosità umanitaria - sociale - democratica - Italiana. In nome intanto di questo S[tatuto] M[aggiore][1]) residente in Palermo, vi dichiaramo benemeriti per la vostra mostrata operosità.“ —

Sehr interessant ist das sichtlich direkt auf B. zurückgehende zweite Dokument: Lettera della Giunta al Fratello G. sul campo nel 1866 (8 SS., 8⁰), auf welches der Empfänger schrieb: ricevuto in Tirolo. C. Gambuzzi.

GAMBUZZI, FANELLI und RAFFAELE MILETI, drei Mitglieder der Fraternité befanden sich mit GARIBALDI in Tirol, GAMBUZZI hatte über die Lage und erfolglose Bemühungen, die Ideen der Gesellschaft zu propagieren, ausführlich berichtet und der Brief, in welchem die politische Lage in bemerkenswerter Weise besprochen wird, gelangt zu dem Resultat, die drei zur Rückkehr zu ersuchen.

Wenn sich GARIBALDI rührte, waren nämlich die für soziale Ziele gewonnenen Anhänger B.'s doch nicht zurückzuhalten und B., der sie theoretisch mißbilligte, fand ihr Vorgehen persönlich und privat begreiflich. Leichter war die Trennung von MAZZINI, an den FANELLI und andere vor ihrem Rücktritt loyalerweise persönlich in Lugano appellierten, die Religion bei Seite zu lassen und die soziale Frage in sein Programm aufzunehmen, was MAZZINI rundweg abschlug. — Doch zeigt all dies, wie viele Hemmungen und Hindernisse dem erwachenden Sozialismus entgegenstanden und doch überwunden wurden.

Diesem Kreis, dem der Genosse PISACANES, GIUSEPPE FANELLI, der sizilianische Arzt SAVERIO FRISCIA, der Advokat CARLO GAM-

1) Terminologie des gedruckten Organico.

BUZZI, ATANASIO DRAMIS, R. MILETI, A. TUCCI, de LUCA und andere angehörten, entstammt die — nach PISACANES Schriften — erste sozialrevolutionäre italienische Publication: La Situazione italiana (Ottobre 1866), (2 SS., folio, s. l.), die von B. verfasst und von A. TUCCI italienisch redigiert ist. Einer Besprechung der Lage und der Parteien Italiens,[1]) der Kritik MAZZINIS und GARIBALDIS etc. folgt eine Darstellung der Macht, der Leiden und der Ziele des wirklichen italienischen Volks, von dem allein die befreiende Revolution der Zukunft ausgehen könne, nach Besiegung seiner drei Feinde: la chiesa, lo stato centralista e i suoi necessarî elementi — i privilegi sociali ... Man kann dieser Schrift für Italien eine der Inauguraladresse der Internationale ähnliche Stellung zuweisen, wenn auch ihre Verbreitung wesentlich geringer war und sie längst zur großen Seltenheit geworden ist. Die Briefe an HERZEN vom 7. und 23. Mai 1867 zeigen, daß B. damals eine zweite Situazione in Genf drucken lassen wollte; dieselbe wurde aber erst im November 1868 dort gedruckt, nachdem ebenfalls TUCCI sie übersetzt hatte (Brief B.s vom 10. Nov. 1868). Es ist: La Situazione 2. (4 SS 4°, s. l.); ihr spezieller Gegenstand ist: La rivoluzione sociale, eine Entwicklung von B.s ganzem Programm (ateismo, socialismo, federalismo), so daß sie genau die Ideen B.s im Moment des Beginns seiner Tätigkeit in der Internationale uns überliefert.

Aus nicht näher bekannten Ursachen, wie es eben der Fortschritt der Bewegung mit sich bringen mochte, bildeten B.s Freunde, die schon einmal in einer Volksversammlung (über Steuern) hervorgetreten waren, mit vielen andern lokalen Demokraten etwa Anfang 1867 den neapolitanischen Verein Libertà e Giustizia[2]), von dem mir folgende Publikationen bekannt wurden:

Manifesto elettorale (1. S., fol.; Stamperia del Popolo d'Italia, Neapel), Napoli 27 febbraio 1867, unterzeichnet von: Il Comitato dirigente dell'associazione Dottor Saverio FRISCIA, Pre-

---

1) Zu vergleichen ist die Schilderung Italiens in dem langen, unvollendeten Brief an einen unbekannten Franzosen (6. Januar 1867), S. 175—179 meiner Biographie. 2) Ob der Verein mit dem von der lokalen Foederation der Internationale in ihrem Nachruf B.s (2. Juli 1876; s. Bulletin jurassien 16. Juli 1876) erwähnten 1866 gegründeten „Cercle de socialistes révolutionnaires“ identisch ist (was ich glaube), oder ob ein solcher Cercle eine Vorstufe des Vereins bildete, ist nicht zu entscheiden.

sidente; Atanasio DRAMIS, Segretario; Carlo Mileti, Giuseppe FANELLI, Carlo GAMBUZZI, Antonio Piscopo, Pasquale Cimmino, Francesco Calfapetra (con procura), Dottor Raffaele di Serio, RAFFAELE MILETI, Domenico de Martino, Professore Pier Vincenzo DE LUCA, Stefano Caporusso, Ferdinando Manes Rossi, Gregorio Mayer-componenti, von denen die im Druck hervorgehobenen B.s engstem Kreis angehörten. Das Manifest stellt keine Kandidatur auf, sondern erhebt in 17 Punkten eine Anzahl prinzipieller Forderungen, die als Prüfstein für Kandidaten dienen sollten. Sie gingen beinahe wörtlich über in das: Programma della società Libertà e Giustizia[1]), gefolgt von: Statuto dell' associazione Libertà e Giustizia (3 SS., 4⁰, s. l.); die Statuten in 22 Artikeln, zeigen mir deutlich B.s helfende Hand, während in andern Publikationen des Vereins DE LUCA die Feder führte, in einer von B. nicht ganz gebilligten Art. Diese Kritik (in einem Brief vom 15. Juli 1867) betrifft speziell das Programm der Zeitschrift: Libertà e Giustizia, foglio settimanale politico-sociale. (Organo dell' associazione Libertà e Giustizia). Programma (2 SS., 4⁰ und 1 S. Aktien-Formular).

Am 8. April 1867 schickte B. das Programm an HERZEN; die von DE LUCA redigierte Zeitschrift erschien aber erst Mitte August.

Mir ist Libertà e Giustizia bis jetzt unbekannt geblieben; aus einer Anzahl von Dokumenten geht hervor, daß sie Ende Oktober (Nr. 11) und wohl auch später noch erschien, aber zur Zeit eines Circolare vom 23. Februar 1868 bereits eingegangen war. DE LUCA war damals schwer leidend und starb bald; die Administration ließ zu wünschen übrig; B., der nach Erscheinen von 2 oder 3 Nummern Neapel verlassen hatte, schrieb 7 oder 8 Wochen später, am 25. Oktober, er habe noch keine Nummer zugeschickt erhalten. Er klagt überhaupt in Briefen vom 12. und 25. Oktober 1867 über die Lässigkeit so ziemlich all seiner Freunde in Neapel. Sein direkter Einfluß auf die Zeitschrift wird daher sehr gering gewesen sein; er wollte derselben „une très longue lettre à Mazzini en réponse à la sienne adressée aux membres du Congrès de la Paix“ [2]) schicken (Brief vom 12. Okt. 1867).

---

1) Abgedruckt in G. DOMANICOS L'Internazionale, I. SS. 96—100.

2) Ai membri del Congresso della Pace (6. Settembre 1867), jetzt in Scritti XV, S. 6—14, auch S. 336—342 der Annales des Genfer Kongresses.

Dies erschien wohl nicht; die Zeitschrift enthält aber eine Artikelserie B.s „sous la forme d'une lettre à Herzen contre le Panslavisme" (Brief vom 19. August 1868), eine für mich verschollene Schrift.

Über die Tätigkeit des Vereins Libertà e Giustizia orientieren mich mehrere Zirkulare mit zahlreichen Namen, auch ein Elenco dei associati al Giornale Libertà e Giustizia mit vielen Namen in Italien und im Ausland, unter letzteren der von B. in Genf, September 1867, neugewonnene Bekanntenkreis, aber auch MARX, ODGER, CREMER, so daß MARX die Stellung B.s zum Panslavismus, wenn die Zeitschrift ihn richtig erreichte, nicht unbekannt bleiben konnte. — Bekannt ist ferner die von der Giunta esecutiva des Vereins dem Genfer Kongreß vorgelegte Resolution, die C. GAMBUZZI dort vertrat[1]; sie resumiert in präzisester Weise B.s Standpunkt. — Nach einer Korrespondenz der Etats Unis d'Europe (13. Sept. 1868; Z., Neapel, 30. August) nahm der Verein damals eine lange „adhésion motivée" für den Berner Kongreß (Sept. 1868) an, ebenso einen „rapport raisonné . . . . sur le fédéralisme en Italie", der, falls er veröffentlicht wurde, mir unbekannt geblieben ist.

Anläßlich GARIBALDIS römischer Expedition, die seinem Erscheinen auf dem Genfer Kongreß so bald folgte, hatte B. wieder mit dem Tätigkeitsdrang seiner italienischen Freunde zu rechnen; seine Briefe vom 12. und 25. Oktober zeigen, wie er diese Fragen zu diskutiern pflegte.

„Faites donc — schrieb er am 12. Okt. an C. GAMBUZZI — ce que Votre bon génie Vous inspire, mais au milieu du chaos et du bruit produit par les nouveaux événements, n'oubliez pas notre alliance qui doit y survivre." — Am 25. Oktober: „Et maintenant, mon conseil, chers amis, [Gambuzzi und Fanelli] est celui-ci, — à moins que Garibaldi, reconnaissant à la fin que depuis 1858 il a fait fausse route, et poussé à bout par l'indignation que doivent lui inspirer toutes les sales intrigues dont il est entouré, ne se décide enfin à arborer le drapeau de la révolution sans conditions, sans subterfuges et sans phrases, — ce dont je ne le crois point capable — abstenez Vous et renoncez résolument à toute coopération. Vous en avez fait assez pour montrer aux plus aveugles et aux plus malveillants que ce n'est pas la bonne volonté ni le courage qui vous ont manqué, — mais que vous avez eu de plus pour vous la sincérité, la logique."

* *
*

1) Annales du Congrès de Genève . . . (Genève, 1868), S. 89.

B. verließ Neapel 1867 definitiv; er meinte, man könne jetzt allein weiterarbeiten. Seinem Aufenthalt in Genf (September — November 1867) sollte ein Winteraufenthalt in Mailand folgen. Statt dessen erfolgte die Niederlassung in der Umgebung von Vevey und Clarens, wo er dann fast ein Jahr zubrachte. C. GAMBUZZI hatte in Genf, in der Kongreßzeit (September 1867) ODGER, CREMER und einen dritten (COWELL STEPNEY?) vom Generalrat kennen gelernt und die Brüsseler Übersetzung des Inauguralmanifests gelesen; er machte B. darauf aufmerksam, der sich sehr dafür interessierte. Dies bedeutet wohl, daß B. sah, daß in der bis dahin so wenig hervorgetretenen Internationale auch andere Faktoren außer MARX eine Rolle spielten, und so zeigte sich ein breiterer Boden zu allgemeinem Zusammenwirken. Dies wurde ja auch ganz B.s Ziel, der zunächst die in sozialer Richtung farblose Friedens- und Freiheitsliga dem Sozialismus zuführen wollte. JOUKOWSKY, damals der entschiedenste Sozialist in seiner näheren Umgebung, wies ihn ebenfalls beständig auf die Internationale hin. Ich kann auf die Vorgänge zwischen Internationale und Friedensliga (1868) auch nicht andeutungsweise hier eingehen. Genug, als es in Bern zum Bruch zwischen B.s Gruppe und der Majorität des Kongresses kam (25. Sept. 1868), kam B.s intimer Kreis, die Fraternité internationale also, im Hôtel zum Falken zusammen, wo B. vorschlug, sämtlich der Internationale beizutreten, ihre intime Verbindung beibehaltend und ihren ‚Bund der sozialen Revolutionäre' zu einer geheimen Gesellschaft erweiternd.[1] Der Antrag, in die Internationale einzutreten, wurde einstimmig akzeptiert; aber die französischen und italienischen Mitglieder wünschten, daß der Verband, seinen intimen Charakter als geheime Gesellschaft bewahrend, sich gleichzeitig öffentlich zeige als ‚Internationale Allianz der sozialen Demokratie'; diese Allianz solle sich vollständig unabhängig von der Internationale organisieren und sich mit der individuellen Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu letzterer begnügen. B. trat gegen diesen Vorschlag auf, da eine solche neue Internationale sich in einer ganz unerwünschten Rivalität zur Internationale der Arbeiter zeige. Es wurde aber beschlossen, eine öffentliche ‚Alliance de la Démocratie socialiste' zu gründen,

1) All dies nach B.s eigener Darstellung, die 1873 veröffentlicht wurde; s. o.

die einen integrierenden Bestandteil der Internationale bilden sollte, deren Programm für jedes Mitglied verpflichtend sein würde; ferner wurde das bekannte spezielle Allianceprogramm ausgearbeitet („L'Alliance se déclare athée" etc.).

Diese in der Polemik gegen B. nie berücksichtigte Stelle zeigt, wie ihm die Gründung der Alliance förmlich aufgezwungen wurde, während, wie MARX schon aus dem am 22. Dezember 1868 an ihn gerichteten Brief [1]) B.s sehen mußte, B. wirklich ganz für die Internationale gewonnen war, der er die bis dahin so sehr vernachlässigten südeuropäischen Länder zuzuführen begann.

In den Listen der „Section de l'Alliance de la Démocratie socialiste" von Genf finden sich die Italiener FANELLI, GAMBUZZI, FRISCIA, später CALOGERO CIENIO (in Sicilien, von FRISCIA empfohlen), STEFANO CAPORUSSO, LUIGI CHIAPPARO, RAFFAELE MILETI, ATANASIO DRAMIS, GIUSEPPE TIVOLI, CARMELO PALLADINO, GIUSEPPE BRAMANTE (alle in Neapel, von GAMBUZZI empfohlen). [2]) — ALBERTO TUCCI, dessen Name sich auch findet, brachte einen Teil dieses Winters in Vevey und Genf zu, wurde aber B. entfremdet, wie er schon mit GAMBUZZI dauernd zerfallen war. — FANELLI reiste im November nach Spanien, wo die spanische Internationale (zunächst Madrid und Barcelona) von ihm mit vollstem Erfolg angeregt und ins Leben gerufen wurde; er kehrte erst Ende Februar 1869 zurück. — So blieb von den in Bern und Genf anwesenden Italienern zunächst nur GAMBUZZI, dem B. am 2. November 1868 nach Florenz schrieb:

„L'Alliance est fondée. Le groupe initiateur de Genève compte déja plus de 60 membres et des meilleurs — dans un mois nous serons 500. Demain l'impression définitive du Programme et du Réglément pour le public — Aussitôt imprimé je te l'enverrai . . . Aussitôt que tu auras reçu le programme et le réglément officiels, mets toi à travailler, cher ami. Tout dépend de l'activité des membres du Comité central. Études, non en étourdi ni à la légère, comme tu as l'habitude de le faire, le programme et le réglément, aussi bien que les instructions plus intimes que tu as emportées avec toi — et mets

1) Die Neue Zeit, XIX/2 (6. Oct. 1900). Wie MARX freilich diesen Brief auffaßte, zeigt ein 1904 bekannt gewordener Brief, den er am 28. Dezember an HERMANN JUNG schrieb. 2) Die in Genf selbst wohnenden Italiener ZAMPERINI und B. ROSSETTI waren B. auch bekannt und nahmen an der Internationale teil, waren aber nicht zuverlässige Genossen und später Gegner B.s, der sie in Briefen vom 10. November 1868 und 4. Juli 1870 kurz charakterisiert.

les à application. Ne te presse pas surtout à créer à toi seul de nouveaux membres du Comité central international. Rappelle toi qu'il faut l'assentiment unanime de tous les membres de ce comité en Italie, pour en créer de nouveaux. En l'absence de Beppe [Fanelli] Vous serez quatre: 1. Toi, 2. Saverio [Friscia], 3. Atanasio [Dramis], 4. Raffaele [Mileti], 5. Mazzoni. 6. Vous pourriez prendre aussi Berti Calura, mais pas avant de vous être convaincu qu'il n'est pas trop mêlé à d'autres combinaisons. Parles en avec Mazzoni."

Am 7. November: „Cher ami, fais le traduire aussitôt en italien [sc. Programm und Statuten der Genfer Alliancesection mit den 84 Unterschriften] et mets toi à travailler. Étudie bien le réglément tant intime qu'ostensible et ne t'en écarte pas, je te prie. Il s'agit d'une chose sérieuse où tu es solidaire et responsable devant d'autres groupes nationaux — les Allemands entrent largement dans notre entreprise.[1]) Le Comité national italien est ainsi composé: 1. Carlo [Gambuzzi], 2. Beppe [Fanelli], 3. Mazzoni, 4. Saverio [Friscia], 5. Atanasio [Dramis], 6. Raffaele [Mileti]. Constituez un bureau à Naples, composé de toi, de Saverio et de Raffaele, si Atanasio préfère de rester dans une honteuse passivité. Organisez les groupes provinciaux — et entretenez nous souvent de ce que vous avez entrepris et fait. L'absence de Beppe sous ce rapport est fatale.[2]) Mais tu dois le suppléer par ton énergie et ton activité."

Ein Brief J. ZAGORSKIS, des Sekretärs des Bureau central der Alliance (12. Dez. 1868), zeigt GAMBUZZI die definitive Constituierung des Bureau central an; es heißt darin:

„Nous espérons que Vous ne tarderez pas à établir dans toutes les villes d'Italie où faire se pourra, de Bureaux provinciaux de l'Alliance" [nach Constituierung des Comité und Bureau national italien, „en Vous conforment strictement aux Programmes et aux Réglements tant imprimés qu'écrits"], et nous vous prions surtout de ne point oublier que notre Alliance ne serait

1) Dies bezieht sich auf J. PH. BECKER und einige Deutsche seiner Richtung in Genf. — BECKERS eigentliche Gedanken, wie er sie in seinem Brief vom 12. März 1870 (1904 veröffentlicht) behaglich enthüllt, konnte B. damals nicht ahnen, wenn er auch bald zu einer mit BECKERS Selbstschilderung übereinstimmenden Auffassung von dessen Charakter gelangte.
2) FANELLI, der alte Genosse PISACANES, war in einer das Andenken PISACANES schätzenden Gegend zum Abgeordneten gewählt, was ihm ermöglichte, die Eisenbahn frei zu benutzen und im Interesse der B.schen Propaganda zahlreiche Reisen zu machen. Ein weder seinen noch B.s Charakter tangierender Vorgang auf seiner spanischen Reise hatte ihn nach derselben zeitweilig verdrießlich gemacht, so daß er im Frühjahr 1869 nach Italien zurückgekehrt, sich nicht der Anregung und Verbreitung der Internationale durch viele Reisen widmete, wie B. von ihm gewiß erwartet hatte. Bei der geringen Ausdehnung der damaligen Bewegungen hatten auch solche geringfügigen Umstände ihre Bedeutung.

vraiment utile que lorsqu'elle sera réellement fondue dans l'Association internationale des Travailleurs; que par conséquent son but principal, sa raison d'être pour ainsi dire, c'est de propager et de répandre partout cette grande et salutaire Association, de la prospérité et du triomphe de laquelle nous pouvons attendre seulement l'émancipation des travailleurs dans le monde entier."

Man weiß natürlich nicht, in welchem Umfang B.s Anregungen und Empfehlungen befolgt wurden, der meist viel verlangen mußte, um nur einiges zu erreichen. Jedenfalls war GAMBUZZI im Dezember 1868 in Neapel [1]) und noch im selben [2]) oder im nächsten Monat wurde die am 31. Januar 1869 formell constituierte Sektion Neapel der Internationale gebildet, die sich zur provisorischen Zentralsektion für Italien erklärte. [3]) Ob sie eine Transformation der früher erwähnten Gesellschaft Libertà e Giustizia war, wie G. DOMANICO behauptet [4]), entzieht sich meiner Beurteilung und in meinen Quellen weist nichts formell darauf hin; sachlich war sie es in dem Sinn, daß die noch tatkräftigen Mitglieder der von da ab verschwindenden Gesellschaft sich der Sektion angeschlossen haben werden. Jedenfalls war die Sektion Neapel „la prima sezione dell' Internazionale . . . e per cura de essa altre ne sorsero a Castellamare, Sciacca ecc." [5]) Daß die Initiative der Alliance gehört, ist unbestreitbar. So schreibt der BECKERsche „Vorbote" (Genf) im Februar 1869: „durch die Initiative der ‚Internationalen Allianz der Sozialdemokratie" seien in Madrid und Neapel „starke Zentralsektionen" gegründet.

„C'est ainsi que des membres de la section de l'Alliance . . . fondèrent les premières sections de l'Internationale à Naples, à Madrid et à Barcelone" — schreibt B. 1871; und 1872 (an A. LORENZO): „Ni Marx ni le Conseil général n'ont jamais rien fait pour implanter et pour propager l'organisation et les principes de l'Internationale en Italie. Tout ce qui s'y est fait dans ce sens est dû uniquement à l'action énergique et infatigable des membres de cette Alliance des socialistes révolutionnaires à laquelle lui et ses amis ont déclaré une guerre si atroce, parcequ'elle a le grand tort de repousser tous les systèmes de gouvernement, même le sien."

Wer diese Angaben durch eine Äußerung von der Seite des Generalrats kontrollieren will, lese einen nach Italien gerichteten

---

1) Sein Brief an die Egalité (Genf) ist vom 8. Dezember, Neapel. 2) So „Alcuni Internazionalisti" im Martello (Bologna), 25. Januar 1877. 3) S. Extrait du procès-verbal in Egalité, 27. Februar 1869. 4) A. a. O. I 113. 5) A. Pistolesi in L'Avvenire (Modena), 15. Juni 1878.

Brief des Generalratsmitgliedes Eugène Dupont vom 20. Januar 1869, in dem es heißt:

„Depuis le Congrès de Bruxelles [September 1868] nous n'avons reçu aucune lettre de l'Italie. Cela nous étonne beaucoup, car les temps sont trop précieux pour ne pas employer tous nos instants à faire une active propagande auprès des ouvriers italiens.“ [1])

Die Geschichte der Sektion Neapel soll hier nicht skizziert werden; dies geschah in den vorliegenden Schriften über die Internationale in Italien und, am ausführlichsten, denke ich, an einer Anzahl Stellen meiner Bakuninbiographie (S. 419/21 etc.). Interessantes mögen einige von C. Palladino und C. Cafiero an den Generalrat gerichtete Schriftstücke enthalten, aus denen die Alliancebroschüre (S. 41—43) allerlei exzerpiert, was eine Spize gegen B. zu haben scheint.

Hierzu möchte ich folgendes bemerken: die Sektion, die im Mai 1869 einen Apell an die italienischen Arbeiter veröffentlichte [2]), gruppierte in Neapel eine Anzahl Gewerkschaftssektionen um sich. Daß eine in Arbeiterkreisen sehr bekannte Persönlichkeit, wie Stefano Caporusso [3]), in einer solchen Periode der ersten Massenagitation zum Präsidenten der Sektion gemacht wurde, war nicht merkwürdig. Mit ihm mußte man seinen Schwiegersohn Statuto mit in den Kauf nehmen, der sich eben als ganz unwürdig erwies. Daß B. mit beiden nichts näher zu tun hatte, zeigen alle mir be-

---

1) In dem Brief heißt es u. a.: „Faites part de cette lettre au citoyen Stefano Caporusso. — Il est urgent d'établir une correspondance régulière avec le Conseil général, vous devez comprendre la nécessité. — Je vous envoie cienclose la résolution du Conseil général au sujet de la ligue [recte: de l'Alliance] internationale de la Démocratie socialiste. Nous avons cru qu'il était maladroit de diviser les forces révolutionnaires que notre association à eu tant de mal à grouper. Cette résolution à été approuvée par toutes les sections allemandes, françaises et belges. — .. Le secrétaire pour l'Italie est Jules Johannard ...“ [ein französischer Arbeiter, späteres Kommunemitglied]. Dieser Brief, dessen Adressat mir unbekannt ist, ist in dem nach Genf gerichteten Schriftstück enthalten, das ich S. 321 der Biographie B.s besprochen habe. Er wurde augenscheinlich geschrieben, um die Resolution des Generalrats gegen die Alliance (22. Dezember 1868) nach Italien mitteilen zu können. 2) Französisch in der Egalité (Genf), 22. Mai 1869. 3) 1865 finde ich ihn als Präsident der Associazione operaia umanitaria von Neapel.

kannten Quellen[1]). Dieser STATUTO redigierte die „Uguaglianza“ (seit dem 5. November 1869), deren mir bekannt gewordene Nummern herzlich unbedeutend sind. Bald folgte ein unter verdächtigen Umständen entstandener Streik, der zu Verfolgungen der Sektion führte (Februar 1870). CAPORUSSO, der Sekretär F. FORTE und C. GAMBUZZI blieben 6 Wochen eingesperrt, die „Uguaglianza“ ging ein und CAPORUSSO wurde schließlich aus der Sektion ausgeschlossen.[2])

Wie fern B. dem allem stand, zeigen seine Briefe an GAMBUZZI aus jener Zeit. Am 20. Juli 1869 wünscht er, daß GAMBUZZI und FANELLI auf dem Basler Kongreß erscheinen, letzterer „à moins qu'il ne soit definitivement mort pour nous, ce que je serais bien porté à penser, à en juger par son silence“. Er wünscht ein italienisches Mandat für sich selbst, was er ja auch erhielt.

„J'attends depuis trop longtemps une statistique un peu détaillée de Vos sections de l'Internationale et de Votre groupe de l'Alliance. Avez-vous écrit à Londres tout ce qui était convenu entre nous? En avez-vous reçu quelque réponse? Je ne sais rien et je devrais pourtant tout savoir.“ [3]) —

In einem Brieffragment vom August: „moi, Perron, Heng reçu mandats — nous remercierons par écrit“.

In einem andern Fragment: „Est-il absolument impossible que tu viennes à Bâle? — s'il en est ainsi, envoye au moins un ou deux hommes intelligents et énergiques — cela est bien nécessaire“.

Am 9. August: „je suis bien, bien content de la délegation de Caporusso“ . . . .

Am 4. Juli 1870: „Ya-t-il encore une section à Naples? Dans quel état se trouve-t-elle? Et ne serait-elle pas définitivement tombée entre les mains des intrigants?“ „Mais, au nom du ciel, ne dors pas — et à chaque coup

1) MAZZINI schrieb (etwa Mitte September 1869) an ANDREA GIANNELLI: „Bisogna vegliare sull' operaia Caporusso . . ., e se nel ritorno de Losanna [dort fand damals der Friedenskongreß statt] passa per Lugano catechizzarlo voi, Maurizio [Quadrio] ecc.“ (Lettere di G. MAZZINI ad ANDREA GIANNELLI, Pistoia 1889, S. 418). Tatsächlich war CAPORUSSO auf dem Basler Kongreß (ob auch in Lausanne, weiß ich nicht) und passierte nicht durch Lugano. Aber daß ihm MAZZINI den Text lesen lassen wollte, zeigt, daß er B. nicht sehr nahe stehen konnte. 2) Wenn, nach CAFIERO (L'Alliance, S. 41, Note 1), GAMBUZZI hierbei CAPORUSSO gegen die öffentliche Bloßstellung geschützt haben soll, so gelangte umgekehrt ein CAPORUSSO unterzeichneter Brief an die italienische Sektion in Genf, der GAMBUZZI heftig insultiert! (Brief B.s an GAMBUZZI, 4. Juli 1870). 3) Letzteres bezieht sich auf die „Formlosigkeit“ der italienischen Sektionen dem Generalrat gegenüber, trotz der detaillierten Ratschläge B.s, sich den Statuten zu akkomodieren.

riposte par un coup, selon ta bonne habitude. Il se prépare de tous côtés un orage, une intrigue méchamenent ourdie contre nous et qui s'en va se dénouer au Congrès. — Nous n'avons rien à craindre — la justice, la logique, la raison sont pour nous. Mais toutes ces belles choses ne marchent pas seules; il faut que notre activité, notre énergie et notre résolution collectives les fassent marcher et parler."

Die Sektion war 1870, nach den Verfolgungen, Zwistigkeiten usw., die u. a. GAMBUZZI ganz zurücktreten ließen, zu einer kleinen Gruppe zusammengeschmolzen, in die erst im Frühjahr 1871 neues Leben kam. Das war die Zeit der Kommune von Paris, und CARMELO PALLADINO hatte damals im Kaffeehaus den jungen Studenten ENRICO MALATESTA kennen gelernt, dessen Neigung zum Sozialismus er sah und den er vollständig für die Bewegung gewann, deren ausdauernste und ergebenste Stütze er noch heute ist. MALATESTA und einige seiner Freunde brachten frisches Blut in die Sektion; die öffentliche Agitation begann wieder; kleine Zeitungen „Il Motto d'Ordine" und „L'Internazionale", waren der Sektion freundlich, ohne ihre Organe zu sein.

Um die Mitte 1871 kam CARLO CAFIERO aus London nach Neapel, der erste Italiener, auf den MARX und ENGELS Eindruck zu machen vermocht hatten und auf den sie augenscheinlich viel Hoffnung setzten. ENGELS gab ihm einen Brief mit vielen Empfehlungen mit. Man nahm ihn gerade wegen dieser Beziehungen in Neapel kalt auf. Bald kam eine neue Verfolgung der Sektion, ihre Auflösung am 20. August 1871, Haussuchungen, CAFIEROS Verhaftung usw. Man setzte natürlich die Propaganda fort und es bestanden sichtlich zwei Richtungen, die revolutionäre, von CARMELO PALLADINO, MALATESTA u. a. vertretene (auch FANELLI kam manchmal von Rom nach Neapel), und die dem Generalrat freundliche, zu der vor allem CAFIERO gehörte. In der zweiten Hälfte 1871 erscheint TUCCI wieder, der mit CAFIERO zusammenarbeitete; beide wurden zum Kongreß in Rom (1. November 1871) delegiert. TUCCI redigierte hauptsächlich die seit dem 7. Januar 1872 erscheinende „Campana", das Organ der Sektion, das in der durch die Londoner Konferenz (1871) akut gewordenen Streitfrage der autoritären und freiheitlichen Richtungen in der Internationale eine zunächst sehr reservierte Haltung einnahm, bis FRISCIAS Mitarbeit dem Blatt einen entschieden antiautoritäten Charakter aufprägte (Anfang 1872). TUCCI war bekanntlich mit B. und GAMBUZZI per-

sönlich zerfallen, ohne deshalb deren Ideen zu bekämpfen. Das Gesamtergebnis ist also, daß die Sektion, nach ihrer Rekonstruktion (Anfang 1872), als Federazione Operaia Napoletana sich trotz CAFIEROS freundlicher Beziehungen zum Generalrat, von letzterem abwendete, ohne daß augenscheinlich B. diese Entwicklung beeinflußte. CAFIERO selbst, der Vertrauensmann von ENGELS, war eben allmählich, vor allem durch den Verkehr mit MALATESTA, sagt man, und durch sein eigenes Billigkeitsgefühl an der Londoner Richtung irre geworden, und nun erst, im Mai 1872, wurde für ihn eine Reise zu B. arrangiert, der ihn dann ganz gewann. Vorher hatte B. Ende März 1872 zu C. CERRETTI sich über die „Campana“ und ihre Mitarbeiter mit viel Sympathie geäußert [1]). Endlich hatte sich also eine Gruppe junger, enthusiastischer Leute zusammengefunden, die die Bewegung nun nicht mehr einschlummern ließen und ihr auf viele Jahre hinaus den strikt antiautoritären Charakter aufprägten. Dies hatte sich in natürlicher Weise, durch nur indirekt von B.s Propaganda berührte Leute, vollzogen und wie nirgendwo, so auch in Neapel nicht auf die plumpe, diktatorische Weise, die seine Gegner, die es sich nicht anders vorstellen können, B. zuzuschreiben pflegen.

* * *

Die italienische Bewegung nahm also auch in den Jahren 1869 und 1870 keinen größeren Umfang an. B. absorbierten die Internationale in Genf, im Jura, in Südfrankreich und die russische Bewegung; für Italien fehlten noch die eigentlichen Propagandisten. In Sizilien freilich war SAVERIO FRISCIA in ruhiger Weise tätig. Nach dem Resumé eines mir selbst unbekannten Briefes traten am 14. Februar 1869 BERTI CALURA (Florenz), MAZZONI (Prato) und FRISCIA in die Internationale ein (vielleicht eine Einschreibung in die Zentralsektion Genf?); jedenfalls blieb Florenz noch zurück [2]).

Briefe vom 3. und 9. August 1869 zeigen, daß B. daran dachte, sich nach Turin zurückzuziehen; auf jeden Fall war er entschlossen,

---

1) Société nouvelle (Bruxelles), Februar 1896, S. 198. 2) Am 30. Mai 1870 fragt B. GAMBUZZI um die versprochenen Details über FANELLI, FRISCIA und BERTI CALURA. „Que font-ils et que peut-on espérer d'eux? — Que fait le journal projeté et la section de Florence?“

aus bestimmten, rein persönlichen Gründen Genf zu verlassen. Bekanntlich reiste er im Oktober nach Lugano und ließ sich dann in Locarno dauernd nieder, alles Vorgänge, die von seinen Gegnern gründlich mißverstanden und entstellt wurden.

Die letzten zehn Apriltage 1870 brachte B. in Mailand zu, eine sich durch Zufall verlängernde Familienreise, die er benutzte, um (wie er am 5. Mai an JOUKOWSKI schrieb) mit GAMBUZZI den Grundstein der Internationale in der Lombardei zu legen — was nach GAMBUZZI so zu verstehen ist, daß B. einen Kreis von Personen kennen lernte und mit ihnen eine Gruppe der Alliance bildete, ihnen das weitere überlassend. Damals besuchte er den alten Garibaldianer GASPARDO STAMPA in Abbiategrasso bei Mailand, denselben, der schon den Kongreß von Lausanne (1867) besucht hatte.

„C'est un bien honnête homme — schreibt er über ihn am 4. Mai an Gambuzzi — d'une intelligence un peu courte. Mais tout de même il nous sera précieux. Il m'a fait rencontrer à Abbiategrasso un Mr. SORTIRONA, ragionero — presidente della Società di Operaj à Abbiategrasso qui m'a paru un homme de bonne volonté et fort intelligent — plus énergique et avec plus d'initiative que Stampa. Nous avons décidé ensemble que sans perdre du temps ils transformeront l'Association ouvrière d'Abbiategrasso en section de l'Internationale. Stampa droit t'écrire aussitôt pour vous demander des livrets, statuts, réglements et autres imprimés de votre Internationale [in Neapel]. Envoye lui tout cela, je te prie, en aussi grande quantité que possible — et au plus vite".

G. STAMPA, der B. auch in Locarno besuchte und ihm gewiß für seine weiteren Mailänder Beziehungen nützlich war, trat seinem Ideenkreis nicht näher. Ich weiß leider nicht, welche Personen B. damals kennen lernte und ob die regen Mailänder Beziehungen von 1871 in direktem Zusammenhang mit diesem Besuch stehen. Er besuchte jedenfalls radikale Kreise, QUADRIO und andere, lernte CAVALOTTI kennen und, wie es immer geschah, einzelne aus diesen Kreisen mögen sich ihm schon damals genähert haben.

Durch den deutschfranzösischen Krieg schien für B. Italien an den Vorabend einer Revolution gelangt: „on n'attend que le signal d'une révolution en France, l'initiative révolutionnaire de la France, pour commencer la révolution en Italie", schrieb er Anfang September 1870 in dem Manuskript Lettres à un ami; doch fürchten auch die Republikaner, daß eine Bewegung, die mit dem Kampf um Rom beginnen würde, sich in eine ungeheuere

soziale Revolution verwandeln würde, und zögern. FANELLI kam damals, wohl im August, nach Locarno. Bald begab sich B. nach Lyon. Die italienische Regierung aber beugte jeder inneren Bewegung vor, indem sie selbst Rom für sich nahm und GARIBALDI und die kampfbereiten Elemente nach Frankreich ablenkte; je mehr diese der Regierung nur noch unbequemen Garibaldianer im französischen Kriege decimiert wurden, desto gründlicher war ja die Monarchie von ihnen befreit.

Wie 1866 und 1867 wollten auch jetzt wieder GAMBUZZI und FANELLI das Schicksal GARIBALDIS teilen. B. schrieb darauf am 15. Oktober 1870 aus Marseille an GAMBUZZI:

A. . . „m'écrit que tu te proposes de partir pour la France. Autant que je crois te connaître, ce ne sera pas pour te joindre à notre travail souvent obscur, mais toujours logiquement inflexible et tendant au seul but que nous impose le programme de l'Alliance. C'est, je le suppose, pour t'attacher à la brillante destinée du général Garibaldi qui, tout en faisant beaucoup de bruit et répandant un grand éclat par son seul nom historique, je puis t'assurer, ne fera rien — car il manquera des premières conditions nécessaires pour faire quelque chose, et parceque la France se trouve dans une telle position, qu'elle ne peut plus être sauvée que par la révolution dont ni le général Garibaldi, ni tout le gouvernement de la Défense Nationale, Mr. Gambetta en tête, ne veulent pas, et qui amenée par la force même des choses, éclatera — telle est la situation aujourd'hui. . . .

Seul le peuple des villes est patriote et révolutionnaire. Si la révolution se fait dans les villes, les paysans se laisseront entraîner — mais seulement dans ce cas et à cette condition et alors la France sera sauvée . . . . Telle est l'explication du mouvement que nous avons tenté à Lyon [28. Sept.] et que nous espérons renouveler bientôt aussi bien à Marseille qu'à Lyon.

Et maintenant, cher ami, laisse moi te dire fraternellement une chose. Si j'étais Italien, je n'irais pas en France, mais je resterais en Italie où il y a tout à faire et si peu d'hommes capables de faire.

Cette lettre est également adressée à Beppe [Fanelli] et à toi — Où se trouve-t-il notre ami? . . . Et crois moi, reste en Italie. Si nous réussissons, vous aurez immensément à faire dans votre pays, et nous vous donnerons tous les moyens nécessaires pour agir. Si nous ne réussissons pas, ton arrivée en France ne sera pas autre chose qu'une promenade et une dépense inutiles."

Übrigens blieb B. selbst nichts anderes übrig als, etwa am 23. oder 24. Oktober, auf die bekannte Weise Marseille zu verlassen und über Genua nach Locarno zurückzukehren — an der Revolution in Frankreich verzweifelnd und sofort in der Vorbereitung und Ausarbeitung eines großen von der Politik zur sozialen und philosophischen Theorie hinüberleitenden Werkes etwas Trost und

nützliche Arbeit suchend, des Werkes, dem „L'Empire knoutogermanique“ und „Dieu et l'Etat“ angehören und das erst jetzt, in der Pariser Ausgabe seiner Werke, soweit es geschrieben wurde, im Druck vorliegt.

GAMBUZZI kehrte nach Neapel zurück, um wenn möglich, Abgeordneter zu werden; ich weiß nicht, ob er wirklich Schritte dazu tat. B. verwarf dies nicht und schrieb ihm am 16. November: „Tu t'étonneras peut être de voir que moi, abstentionniste résolu et passionnè, je pousse maintenant mes amis à se faire élire députés — Ah, c'est que les circonstances et les temps ont changés“; seine Freunde seien jetzt in ihre Ideen eingelebt, daß keine Gefahr sei, daß sie der Politik verfallen; und die Lage sei überall so ernst, die Freiheit so gefährdet, daß seine Freunde in Stellungen sein sollten, in denen ihr Einfluß sich so mächtig als möglich fühlbar machen könne. Eine theoretisch sehr schwache Begründung, die aber diejenigen belehren sollte, die glauben, B. um jeden Preis unpraktischen Doctrinarismus vorwerfen zu müssen.

Die vom 1. Januar 1871 ab mir bekannten täglichen Notizen B.s erwähnen nur einen Brief an FANELLI (23. Februar); am 17. Februar beginnt eine Korrespondenz mit dem Russen LUGININ in Florenz, den auch GAMBUZZI dort aufsuchte; und offenbar, um mit LUGININ in Privatangelegenheiten zu verhandeln, reiste B. am 19. März 1871 nach Florenz, wo er bis zum Abend des 2. April blieb. Ich kopiere die unsern Gegenstand betreffenden Notizen über diese Reise:

19. (mars) Locarno — Firenze. pars à 11 h. à 4 à Arona, à 8 Milan, à 2 Bologne.

20. 7¼ matin à Florence — Pension Française près de la gare — trouve Beppe [Fanelli] — déjeune, dine chez lui — vois Xavier [Friscia] et Berti [Calura]. —

21. . . . me transporte chez Fanelli — à 1 h. Mazzoni; Beppe, Xavier et Berti — à 6 h. avec Mazzoni pars pour Prato.

22. Prato — maison Mazzoni — Parti à 12 pour Florence . . .

23. Matin chez nous Fanelli — Piazza S. Remigio No. 1 — Berti, Mazzoni, Friscia —

24. Matin les mêmes — à 5 h. parti avec Mazzoni à Prato et de là moi seul à la Campagne —

25. Campagne Mazzoni, Prato. Écrit Programme — à 12 arrive Mazzoni —

26. Arrive Bertani — Cafè avec lui — Programme —

27. Parti avec Bertani de la campagne à Prato. de Prato à Florence — soir café — seul.

28. Programme — Friscia, Mazzoni, Berti — Programme —

29. Friscia. Mazzoni, Berti Calura — Bonnes nouvelles de Paris —

30. Programme — Télegramme de Charles [Gambuzzi] — viendra ce soir — Rencontre Charles. Louguinine, Fanelli et moi —

31. Déjeuner avec Charles chez café Ferrucio — où rencontre Czieszchowski —

. . . 2 (avril) Soir à 10 h 40 me mets avec Beppe en chemin de fer —

3. à Bologne (3 h. nuit) me sépare de Beppe — $6^{3}/_{4}$ soir à Locarno.

Dr. Agostino Bertani (1810—1886) wird von B. auf das ausführlichste in seinem Brief an C. Cerretti, März 1871, charakterisiert [1]). Welches „Programm" er in jenen Tagen schrieb, ist mir unbekannt.

In den nächsten Wochen wechselte B. Briefe mit Berti Calura (6. und 16. April), erhielt den Besuch Fanellis (16. bis 19. April), schrieb am 21. an Friscia und an Stampa, am 24. an Fanelli und reiste am 25. in den Jura, wo er den letzten Monat der Pariser Kommune zubrachte, der von dort aus durch eine Erhebung in der Franche Comté zu helfen man damals plante. Notizen aus jenen 5 Wochen fehlen; am 1. Juni traf er wieder in Locarno ein. In den Monaten Juni und Juli korrespondiert er mit Fanelli, Berti Calura und G. Stampa und erhält vom 19. bis zum 25. Juni Fanellis Besuch (21. „. . . causé beaucoup et sérieusement avec Beppe"). Am 24. wird zum erstenmal ein Brief an Bizzoni in Mailand, nebst einem Brief an Stampa, erwähnt, Briefe, die Fanelli mitnimmt (26). Weitere Briefe an Stampa am 1., 10., 17. und 24. Juli, ein Brief von Stampa am 24. Juli ein Brief an Fanelli am gleichen Tag.

Dies war der Stand der italienischen Beziehungen B.s, als er am 24. Juli 1871 den „Article de Mazzini contre l'Internationale" las. Schon am 25. begann er seine „Réponse à Mazzini", mit deren Veröffentlichung endlich der so lange latente Kampf gegen Mazzinis Theologismus und Antisozialismus ausbrach. Diese Publikation zündete und nun begann auf einmal auf dem lange vorbereiteten Boden die italienische Internationale aus der Erde zu schießen. Jetzt vervielfältigten sich schnell die italienischen Beziehungen B.s; Briefe und Besuche in Locarno, nebst Reisen Fanellis, später Cafieros folgen in bunter Reihe.

---

1) Société nouvelle, Februar 1896, S. 189—191.

II.

MAZZINI war von seinem Lebensziel, dem nationalen Einheitsstaat, derartig fasziniert, daß ihm jede Trennung der Bürger unter sich, wie sie der Klassenstandpunkt des Sozialismus mit sich bringt, als Sacrileg erschien, und zeitlebens bekämpfte er die sozialistischen Ideen und Parteien. Einen besonders gehässigen Charakter nahm dieser Kampf in seinem letzten Lebensjahr an, als Commune und Internationale seine Angriffsobjekte wurden, die gerade in Italien in den vorgeschrittenen Milieus zahlreiche Anhänger und Bewunderer fanden, die in GARIBALDIS generöser Toleranz allen revolutionären Manifestationen gegenüber eine mächtige Stütze hatten. Zwischen GARIBALDI, der aus dem französischen Krieg mit ungeschwächtem Prestige zurückkehrte, und der 1870 durch Rom kompletierten, sich konsolidierenden Monarchie war nun für MAZZINIS doktrinär-republikanische Partei nur dann einige Aussicht vorhanden, wenn er die Arbeitermassen organisieren und seiner Partei angliedern konnte. Die Ende 1870 projektierte „Roma del Popolo (Rom, 9. Februar 1871 — 21. März 1872, Red. G. PETRONI) und der durch dieses Blatt vorbereitete Kongreß von Rom (1. November 1871) dienten diesem Ziel. Vom 26. April ab erschienen die Artikel Il Comune di Francia usw., dann Agli Operai Italiani (13. Juli)[1], der erste Angriff auf die bis dahin, außer am 24. Mai, gar nicht erwähnte Internationale.

B., seinen täglichen Notizen zufolge, las dies am 24. Juli[2], schrieb am 25.—28. Juli seine erste „Réponse à Mazzini", die sein Tessiner Freund, der junge Emilio Bellerio, ins Italienische übersetzte und am 4. August nach Mailand brachte. B. schrieb ihm dorthin: J'attends avec impatience les nouvelles que vous me donnerez au sujet de la publication de mon article — Bizzoni consent-il? — J'espère que oui". Achille BIZZONI, aus Pavia, Garibaldianer, redigierte den täglichen „Gazzettino Rosa" (Mailand); als „supplemento-opuscolo" zur Nummer vom 14. August erschien:

1) Erschien auch separat als: La Roma del Popolo agli Operaj, unterz. G. MAZZINI. Supplemento al No. 20, 16 luglio 1871, 2 S., fol.

2) Am 23. und 24. Juli hatte er Briefe von FANELLI und G. STAMPA erhalten; beiden antwortete er am 24. Juli. Vermuten läßt sich also, daß ihm etwa STAMPA MAZZINIS Artikel zugeschickt hatte? Dies würde auch die Veröffentlichung der Antwort in Mailand zu erklären helfen.

Risposta d'un Internationale a Giuseppe Mazzini per M. Bakounine, membro dell'Associazione internationale dei Lavoratori (Milano, presso l'amministrazione del „Gazzettino Rosa"), 32 S. 8° [1]).

Am 6. August: lettre aux rédacteurs de la Liberté avec Article sur Mazzini, worauf am 18. und 19. August der Originaltext als: Réponse d'un International à Mazzini in der damals größten Zeitschrift der Internationale, der „Liberté" von Brüssel gedruckt wurde. Am 23. August: Réponse à Mazzini à Barcelone, wo die Respuesta de un Internacional a Mazzini in der „Federación" vom 27. August erschien.

B. schrieb vielleicht nie etwas gedankenreicheres, besser proportioniertes, bis ins kleinste vollendetes als diese wenigen Seiten; seine monatelange Arbeit an dem damals ungedruckt bleibenden Manuskript, dem „Dieu et l'Etat" angehört, hatte ihm geholfen, sein ganzes Gedankenmaterial zu gruppieren und zu formulieren; der Kontakt mit den ihm so sympathischen Arbeitern im Jura (April, Mai 1871) und die furchtbare Unterdrückung der Revolution in Paris mußten seine Gefühle für die Internationale und die Revolution verstärken, den einzigen Hoffnungsanker der Arbeiter — und da begegnete ihm MAZZINI, der sich den in Versailles triumphierenden Bekämpfern von Kommune und Internationale beigesellt hatte. Mit der ihm eigenen Entsagung in literarischen Dingen ließ B. all seine Manuskripte liegen (nur L'Empire knoutogermanique" wurde damals schon gedruckt) und begann all seine Ideen von neuem in die Form einer Widerlegung von MAZZINIS religiösem, politischen und sozialen System umzugießen.

Am 25. August begann er den „2me article contre Mazzini", den er vom 27. September ab „2de brochure Mazzini" nennt; am 9. Oktober beginnt die Reinschrift, die er nach Neuchâtel an JAMES GUILLAUME zum Druck schickt, zuletzt S. 50—110 des Manuskripts am 16. November [2]). — Ein unvollendeter Brief an die Redaktion der Liberté (Locarno, 29. August 1871) sagt: „je vous enverrai bientôt le second article qui ne sera pas le dernier",

1) S. 24—32 enthalten: L'Internazionale e Mazzini, einen Artikel FRISCIAS aus der „Uguaglianza" von Girgenti, Sizilien. 2) S. 111—112 sind noch vorhanden, aber ungedruckt; vgl. S. 638, Nr. 34 meiner Biographie.

aber es kam doch zu keinen weiteren Beziehungen mit diesem Blatt und das Manuskript erschien als:

La Théologie politique de Mazzini et l'Internationale par M. Bakounine, membre de l'Association internationale des Travailleurs (Commission de propagande socialiste, 1871; Impr. J. Guillaume fils, Neuchâtel), 111 S., 8°; auf dem Umschlag: Première partie [1]).

Ich habe in meiner Biographie (S. 629/38) mehr als 30 Manuskriptfragmente beschrieben, die teils frühere Entwürfe, teils in die Broschüre nicht mehr aufgenommenes Material darstellen, aus dem im allgemeinen ersichtlich ist, wie gern B. endlich einmal durch ein größeres Werk zu seinen Zeitgenossen gesprochen hätte, und doch unterdrückte er auch diesmal seinen Wunsch und schrieb statt dessen die manchmal weitläufigsten und elementarsten Briefe, Briefbroschüren kann man sagen, wie es eben die Sache erforderte, die, für Italien wenigstens, damals noch so wenige andere Federn hatte.

MAZZINI, der in seinem letzten Lebensjahre nicht mehr einen vollen Kampf führen konnte, setzte seine bösartigen, aber ohnmächtigen Artikel fort, in denen er am 10. August zuerst B. persönlich angriff. Seine Anhänger in Mailand, Turin usw. brachten den Ton der Polemik auf ein tieferes Niveau und B. veröffentlichte eine „Risposta all' Unità Italiana" („Gazzettino Rosa", Mailand, 10./12. Oktober 1871), die religiöse Frage betreffend, die er aber nicht in den Vordergrund der Polemik stellen will. „Contrariamente all'opinione de'miei amici, considero molto piu urgente di rispondere primo agli attacchi di Mazzini contro l'Internazionale. Questa associazione essendo un ente reale e vivente, deve avere la precedenza, mentrechè Domineddio non essendo che una cosa, un essere fittizio, può aspettare" [2]). Er widerlegt allerlei persönliche Angriffe und erklärt, er werde der Unità Italiana nicht mehr antworten. So schrieb er auch im März 1872 an C. CERRETTI: „j'ai fait tout mon possible pour que mon nom

1) Ein Neudruck, mit anderen diese italienischen Beziehungen betreffenden Manuskripten, wird von JAMES GUILLAUME für den VI. Band der Pariser Ausgabe der Oeuvres Bakunins vorbereitet. 2) Der erste Entwurf des Manuskripts ist vorhanden; s. S. 624 meiner Biographie und den bevorstehenden Neudruck (Oeuvres, Bd. VI).

n'intervienne pas dans la polémique des journaux italiens au sujet de l'Internationale. J'ai arrêté pour cela la publication de mes écrits contre les Mazziniens" [1]).

MAZZINI, der seit 1864 eine italienische Arbeiterföderation gründen wollte [2]), regte in seinem Appell (13. Juli 1871) einen Arbeiterkongreß in Rom an, den dann schließlich eine seit Jahren schlummernde ligurische Kommission einberief (Genua, 14. August). MAZZINI schrieb dann: „Ai rappresentanti giu artigiani nel Congresso di Roma" (Roma del Popolo, 12. Oktober) und dieser offene Brief veranlaßte B. vom 19. bis 28. Oktober sein Zirkular „Ai miei amici d'Italia in occasione del Congresso operaio convocato a Roma pel 1 novembre 1871 del Partito Mazziniano" zu schreiben.

19. (Oct.) Circulaire en réponse à la circulaire de Mazzini. — 20. Circulaire contre Mazzini fini — demain considérants. — 21. Circulaire dicté à Emile [Bellerio]. — 22. Circulaire dicté à Emile — envoyé 1re moitié circulaire à Paolo [in Mailand]. — 23. écrit matin et soir — continuation de la circulaire. — 24. envoyé à Milan encore 4 feuilles de la circulaire — écrit matin et soir. — 25. envoyé à Milan 4 feuilles jusqu' à la 13me inclusivement. — 26. presque fin de la circulaire matin et soir. — 27. toujours épitre aux amis contre Mazzini. — 28. lettre de Burbero [V. Pezza in Mailand] — fin de l'Epitre en tout 25 feuilles près de 100 pages envoyées à Burbero.

Das französische Manuskript wurde, nach mir gemachten Mitteilungen, nach Neapel geschickt, wo es C. PALLADINO übersetzte; im Druck erschien es als:

„Agli Operai delegati al Congresso di Roma", unterzeichnet: Un gruppo d'Internazionali (s. l., 15 S 8⁰), eine nur an die Kongreßdelegierten verteilte, sehr selten gewordene Publikation „stampata alle macchia", deren Verfasser MAZZINI in der Roma del Popolo (16. November 1871) richtig in B. erkannte, ohne ihn direkt mit Namen zu nennen [3]).

---

1) Société nouvelle, Februar 1896, S. 199. 2) S. z. B. Lettres de J. Mazzini à Daniel Stern (Paris 1873), Brief vom 16. September 1864.
3) Ohne Erwähnung dieses ganz verschollenen Drucks wurde das Zirkular vom 24. Juni 1885 ab in „Il Piccone". Bollettino comunista anarchico (Neapel) zuerst abgedruckt, fast gleichzeitig in „Il Paria" (Ancona); als Brochüre: „Il Socialismo e Mazzini. Lettera agli amici d'Italia" (Ancona 1885; Umschlag: 1886, 103 S., 16⁰). Die späteren Ausgaben (Imola 1901; Roma-Firenze 1905) sind bekannt. Ich habe sie aber noch nicht mit dem Druck

Dies ist eine populär gehaltene Auseinandersetzung mit Mazzini in der politischen und der Arbeiterfrage und eine Einführung in das Wesen der Internationale; heute müßten in der revolutionären Aktion, wie bei der Arbeit, Kollektivitäten die großen politischen Individualitäten, deren Zeit vorüber sei, ersetzen. Es ist zu verwundern, daß diese klare und einfache Schrift, da sie doch, allerdings geheim, gedruckt wurde, schon damals so vollständig verschwand; B. war eben noch selbst da und sagte ähnliches allen Besuchern, schrieb es nach allen Richtungen, so daß in ihm allein eine unerschöpfliche Quelle immer neuer Anregungen lag und man das Einzelne als vorübergehend und stets ersetzbar betrachten konnte.

Auf dem mazzinianischen Kongreß kam keine Opposition zur Geltung; ein Brief von G. Stampa zugunsten der Internationale wurde nicht verlesen; A. Tucci (Sektion Neapel), C. Cafiero (Sektion Girgenti) und ein Delegierter von Livorno erklärten nach Annahme der mazzinianischen Erklärung Turchis ihren Rücktritt. Ihre Delegierung ging von der Sektion Neapel aus: gerade sie standen B. persönlich fern, der von Tucci nichts mehr wissen wollte und Cafiero noch nicht kannte [1]). — Bekannt ist der vom Kongreß akzeptierte „Patto di Fratellanza", die Grundlage der Società operaie italiane affratellate (im Dezember 1871, 135 Vereine), deren Organ die von M. Quadrio redigierte „Emancipazione" (Rom) wurde. Diese durch viele Jahre bestehende Organisation blieb starr der Internationale feindlich. Eine Anzahl mazzinistischer Führer gehörten übrigens zum Comitato esecutivo provisorio del Patto di Roma, der von dem Comizio al Coloseo per la Costituente e Suffragio Universale (21. November 1872) votiert wurde, das den nicht abgehaltenen garibaldianischen Kongreß von Rom ersetzte. Garibaldianer und einige weniger intransigente Mazzinisten verhandelten 1874 mit der Internationale zur Vorbereitung der von B. in bedeutendem Grade inspirierten Bewegungen vom

---

von 1871 vergleichen können, um zu entscheiden, ob die Ausgabe von 1885, die als Überschrift: Circulaire anführt, etwa aus dem Manuskript übersetzt oder ein Abdruck der Broschüre von 1871 ist.

1) B. erhielt damals nur am 28. Oktober einen Brief von Friscia, schrieb am 30. (31.) an Palladino (Neapel) und Friscia, am 10. und 12. November an Palladino; am 12. und 21. Briefe von Palladino.

August 1874. MAZZINI aber blieb der Internationale unerschütterlich feindlich; nach einem Brief an den Redakteur des „Gazzettino Rosa" (10. Januar 1872) waren seine Bedingungen des Zusammenwirkens mit GARIBALDI folgende: eine offene Erklärung für die Republik, aufhören sich zur Internationale gehörend zu erklären und Behandlung der religiösen Frage mit philosophischem Respekt [1]).

Doch MAZZINI verstummte bald durch Krankheit und Tod (10. März 1872) und der Internationale warben, neben B. und seinen Genossen, gerade MAZZINIS Eigensinn und eine Anzahl der klassischen prägnanten Briefe GARIBALDIS immer neue Anhänger [2]). Eine ungemein interessante Schilderung der Führer und Lage der italienischen Bewegungsparteien nach MAZZINIS Tod enthält B.s langer Brief an C. CERRETTI (März 1872) [3]).

Der Londoner Generalrat beschränkte sich in dieser für den Übergang der vorgeschrittensten Teile eines großen Volks von rein politischen und nationalen zu sozialen Zielen so wichtigen Zeit meines Wissens auf Erklärungen in den Sitzungen vom 4. und 25. Juli 1871, deren Protokolle aus der „Eastern Post" (London) in italienische Blätter übergehen mochten [4]); ferner auf Berichtigungen in Briefen von ENGELS [5]) und MARX [6]), alle in einem derart schroffen Ton gehalten, daß sie dem Generalrat wirklich keine Freunde werben konnten. MARX bemerkte die Fortschritte der Internationale sehr gut; am 9. November 1871 schrieb er an SORGE: „In Italien machen wir reißende Fortschritte. Großer Triumph über die Mazzinische Partei." Aber am 2. November

---

1) Roma del Popolo, 18. Januar, 7. März 1872. 2) Dieser Bewegung gegen Mazzini geben viele Zeitungsartikel Ausdruck, u. a. in L'Internazionale (Neapel), 1. Juli 1871, Il Motto d'Ordine (ib.), 17., 22. Nov.; L'Eguaglianza (Girgenti), No. 8, 9, 11, 13, 15, 16 (3. Sept. etc.), 17 (5. Nov.); Il Romagnolo (Ravenna), 27. August (aus dem Proletario Italiano, Turin); Il Gazzettino Rosa (Mailand), 28. August 1871 (Burbero-Pezza, Mazzini e le giovane democrazia), 30. Oct., 7. Nov. etc., alles bündigste Absagen an Mazzini (Ogni conciliazione è dunque impossibile — il divorzio fra la gioventù razionalista e gli uomini di parte mazziniana è oramai completo — etc.). 3) Société nouvelle, Februar 1896. 4) Ich kenne wenigstens das vom 4. Juli im Romagnolo (Ravenna), 9. Sept., Gazzettino Rosa, 13. Sept. 1871. 5) Roma del Popolo, 21. December 1871; Gazzettino Rosa, 28. Mai 1872. 6) (gegen L. STEFANONI) Gazzett. Rosa, 28. Mai 1872.

1872 schrieb ENGELS an SORGE: „BIGNAMI ist der einzige Kerl, der in Italien, wenn auch vorläufig nicht sehr energisch, unsere Partei ergriffen hat", d. h. die Partei des Generalrats nach dem Haager Kongress: so sehr gingen die Gefühle der Italiener für die Internationale und die Gefühle für deren Londoner Generalrat auseinander.

* * *

B.s italienischer Kreis erweiterte sich seit dem Sommer 1871 durch Besucher in Locarno und durch Korrespondenz, wofür seine mir bekannten täglichen Notizen eine ganz einzigartige Quelle sind. Nur enthalten sie auch die Namen mancher vermutlich unbedeutender Besucher, die aber für die Anknüpfung anderer Beziehungen ihre momentane Bedeutung haben mochten [1]).

GAMBUZZI kommt am 9. August (10. travaillé avec Gambuzzi), FANELLI am 11. (12. travaillé avec Beppe ... soir travaillé avec Beppe; 13. Rigio [Riggio][2]) — Sicilia — Girgenti [eine Adresse] — 1 Milan — Bologne, 2 Romagne, 3 Salerno —; moi — Mathilde, lui — Christophe; 14. expédié Beppe; 18. reçu lettre de Fanelli de Florence; 25. lettre à Friscia [et à] Beppe par Stampa [3]); vielleicht von Stampa angeregt (16. August?) schrieb B. am 18. seinen einzigen Brief an E. Bignami. Vom 20. ab verschickt er die neue Broschüre (Risposta), auch noch an ZAMPERINI in Genf. Am 4. und 5. September besucht ihn der alte STAMPA, der so oft seine Briefe von Mailand aus weiterbeförderte. — Nun beginnt Turin:

„6. Sept.: lettre du Proletariato [Proletario] de Torino [4]). — 7.: Testini de Milan. — 8.: ce dernier [Testini] me plait beaucoup — sergent Cecchini. — 9.: content avec Testini et Cecchini. — 10.: contrat achevé — lettre collective à Turin. — 11.: départ de Testini et Cecchini. — 18.: lettre Terzag[h]i jeune officier piémontais [ ][5]). — 22.: Arrivent Gilardi avec Bettini

1) Ich glaube solche Personen relativ bedeutungslos nennen zu können, deren Namen nicht nur im Druck, in Briefen, in Prozessen usw. meines Wissens nicht vorkommen, sondern auch Kennern der intimsten Verhältnisse mit ausgezeichnetem Gedächtnis wie E. MALATESTA u. a. unbekannt scheinen. 2) Der Advokat Antonio Riggio, Herausgeber der Uguaglianza, Girgenti. 3) Es wird sich um eine der vielen Reisen FANELLIS gehandelt haben, die ihm sein Abgeordnetenmandat zum wahren Glück B.s ermöglichte. 4) Nach der Veröffentlichung der Risposta mit B.s Namen drängte sich wohl der Redakteur des „Proletario Italiano", der Mouchard TERZAGHI, zuerst an ihn. 5) ein unlesbares Wort auf — if, (schwerlich maladif?).

et Figetti et soeur de Bettini. — (23., 24., 25. ohne Eintragungen). — 27.: Cecchini vient de Lugano — très bien avec lui et Parruca qui me plait toujours davantage — soir avec Cecchini. — 28.: lettre à Testini — lettre à Terzaghi. — 4. Oct.: lettre de Strico et de Cecchini. — 5.: Parruca vient prendre congé — part demain. — 6.: envoyé à Strico lettre et réponse Unità Italiana. — Dazwischen Korrespondenz mit Stampa, Fanelli und am 26. September der erste Brief von Palladino (Neapel); Antwort am 28.

Dieser mir am wenigsten verständliche Teil der täglichen Notizen berichtet über TESTINI (Mailand), der der später oft genannte „Paolo“ sein mag, CECCHINI (in Lugano, vielleicht ein Flüchtling?), STRICO, GILARDI, BETTINI, FIGETTI, alles unbekannte, und den Besuch des garibaldianischen Majors PARRUCA aus Turin, der B. über die Turiner Verhältnisse orientieren konnte, also auch über TERZAGHI zufriedenstellende Auskunft gegeben haben muß. Durch PARRUCA wurde B. mit dem garibaldianischen Offizier CELSO CERRETTI brieflich intim bekannt (ohne ihn je zu sehen) und dies öffnete ihm einerseits den Weg zu den vorgeschrittensten Kreisen der Romagna, dem späteren Fascio Operaio, andrerseits fand er in CERRETTI einen Vermittler, um einen gewissen Kontakt mit GARIBALDI anzubahnen, dessen volles Vertrauen derselbe genoß. Durch CARMELO PALLADINO, der ihn erst am 23. Dezember 1872 in Locarno persönlich kennen lernte, war endlich eine dauernde Verbindung mit der Sektion Neapel wieder hergestellt. — Nun folgt Mailand:

8. Oktober: lettre de Burbero. Lettre à Burbero et Testini — 14. lettre de Burbero qui promet venir demain — lettre de Fanelli enfin, assez nulle-triste — 15. arrivé Burbero-Pezza — toute la journée, soirée et nuit avec lui — entente complête — avec lui billets à Testini et Stampa — 16. Pezza parti 4 h. matin — écrit à Carlo [Gambuzzi), Beppe [Fanelli], Palladino, Friscia, Cecchini — enverrai demain [17.]. — Es folgt die Abfassung des Zirkulars zum Kongreß von Rom [19.—28. Okt.] — 20. arrivé Cecchini — soir lettre aux Paolo et Marco [Pezza] — 22. lettre de Parruca — 28. lettre de Burbero [Pezza]; — 28. lettre de Friscia — lettre à Paul et Marco —; 29. envoyé longue lettre à Paul et Marco —; 30. écrit lettres à Palladino, Paolo — Marco et Friscia — lettre de Palladino; 31. envoyé lettres à Palladino, Marco — Paolo, Parruca, Friscia; — 3. Nov. lettre de Paul — très bonne; am 4. kam Cecchini; 5. lettre de Mazzoni [in Prato].

Der Oktober 1871 brachte also die intimste Verständigung mit VINCENZO PEZZA, der im „Gazzettino Rosa“ „Burbero“, auch „Fortunio“ unterzeichnete und den B. dann „Marco“ nannte. Wer „Paolo“ in Mailand war, ist mir unbekannt; es könnte TESTINI

sein (vgl. 8. Oktober)? Von den jungen Mailändern schrieb B. am 29. August an die Redaktion der „Liberté“ (Brüssel)[1]:

„Il y a quelques petits journaux fondés par ces jeunes gens dans le Nord, par exemple Il Gazzettino Rosa à Milan, la Plebe à Lodi etc. auxquels j'ai conseillé de vous proposer un échange.“ Der Gazettino Rosa „est redigé par un petit nucleo de jeunes gens très intelligents, très spirituels, très sympathiques, pleins d'aspirations généreuses, très libres penseurs, mais qui ont beaucoup, presque tout à apprendre sous le rapport du socialisme. L'autre journal, La Plebe, ayant pour rédacteur M. Bignami, s'est déclaré tout disposé à devenir l'organe des sections de l'Internationale qui s'organisent à Milan et autour de Milan. Il parait que c'est un jeune homme plein de bonne et sérieuse volonté, mais qui n'a point toute l'intelligence et l'esprit des rédacteurs du Gazzettino Rosa“

8. November: lettres de Milan, de CERRETTI, de Mongini [sonst unbekannt] et Parruca — arrive Terzaghi [9. soir]; — 10. journée avec Terzaghi — à 4 h. [matin] part Terzaghi — envoyé lettres à Milan, Carmelo; 11. Envoyé lettres à Cerretti — Diction(naire) à Terzaghi; — 12. (Brief von und an Palladino); 16. lettres à Carmelo, à Milan — article pour Il Proletario — contre Beghelli; — 17. article pour Proletario Italiano — crainte pour mes 2 lettres à Milan — écrit indirectement par Intra deux lettres à Milan — article per Il Proletario; 18. article — Chiesa [ein Tessiner in Locarno] m'apporte lettre de Parruca et Mongini — lettre de Milan, Paul. enfin — article; — 19. article Proletario [ebenso 20, 21, 23, 24 article — envoyé à Marco [Pezza] 20 pages d'article — soir article contin[uation] —; 26, 27, 28]; 21. lettre de Burbero et de Carmelo; 22. soir lettre à Marco Paolo [23. fini lettre à Milan]; 23. envoyé à Marco grande lettre — et lettre à Parruca — à Marco paquet de journaux et brochures —; 26. lettre à Cerretti commencée —; 30. lettre de LUPO [ERMINIO PESCATORI in Bologna]; 2. Dezember: lettre à Lucca [C. Cerretti] et Lupo [Erminio Pescatori in Bologna]; 3. lettre à Bologne; 4. lettre aux Bolognais — lettre de Paolo —; 5. lettre à Bologne — Cerretti — Lupo —; 6. lettre à Bologne; 7. toujours cette lettre à Bologne; 8. enfin fini cette lettre.

Diese Angaben und die in meiner Biographie, S. 643—46 und Anm. 2953 gemachten, klären das Verhältnis B.s zu TERZAGHI in Turin, der zuerst im März 1872 der Sektion Turin verdächtig schien, vollkommen auf und jede Silbe des in der Broschüre L'Alliance (S. 43/46) gesagten, soweit B. getroffen werden soll, wird durch dieses Material im einzelnen widerlegt[1]).

1) Manuskript; S. 625 meiner Biographie. 2) Man sieht hier, wie sich TERZAGHI, der schon den Proletario Italiano herausgab, an B. wendete (6. und 18. Sept.); dieser antwortete am 10. und 28., in letzterem Fall während des Besuches von PARRUCA aus Turin, der ihm also TERZAGHIS Ehrlichkeit verbürgte. Am 10. November erscheint TERZAGHI

Ungleich wichtiger sind die jetzt beginnenden Beziehungen zur Romagna durch CELSO CERRETTI und ERMINIO PESCATORI in Bologna. Der vom 26. Nov. — 8. Dez. geschriebene erste lange Brief ist leider verloren; er mag in dem späteren Brief nach Ravenna, al Rubicone, ein Seitenstück besitzen. B. absorbierten

---

in Locarno, nachdem PARRUCA noch am 8. geschrieben, also nicht gewarnt haben kann. Vermutlich erzählte TERZAGHI B. ein langes und breites über den Konflikt mit dem intoleranten Mazzinisten BEGHELLI, Redakteur des „Ficcanaso", und bewarb sich um literarische Hilfe. B. schrieb auch vom 16. bis 28. November an einem Artikel, dessen Anfang er nach Mailand — zur Übersetzung — schickte. Von demselben liegt ein längeres Fragment vor (S. 643—44 meiner Biographie), beginnend: aux rédacteurs de Proletario Italiano. Messieurs, j'ai trouvé dans le No. du 12 november de votre estimable journal un article, une lettre fort étrange qui me parait réclamer une réponse. . ." Es folgt eine populäre Widerlegung der politischen und sozialen Ideen MAZZINIS und Darlegung des Standpunktes der Internationale.

B. schrieb an TERZAGHI noch am 20. Dezember [aus diesem Brief zitierte TERZAGHI 1877 einige Zeilen, die nicht ganz gefälscht scheinen], am 22. Januar 1872 [à Jacobi, Cardili, Parruca, Terzaghi], am 9. Februar [lettre à Terzaghi par Chiesa qui part demain] — dann nicht mehr. Er bemerkte den Schimpfstil und die Provokationen TERZAGHIS sehr gut, hielt sie aber für Krankheitsausbrüche eines Schwindsüchtigen; hierüber schreibt er an CERRETTI (11. Februar, l. c. S. 645): „. . . cela explique en quelque sorte sa fébrile impatience qui est d'ailleurs un des symptomes les plus ordinaires de cette maladie incurable. Il voudrait forcer les choses. Mais les choses ne se laissent pas forcer. Elles ont une logique qui leur est inhérente et qu'aucune force au monde ne saurait faire dévier . . ." Er nahm im März 1872 TERZAGHI, den GARIBALDI für verdächtig hielt, CERRETTI gegenüber als „cerveau brûlé" etc. in Schutz, bemerkte aber: „Il y a longtemps que je n'ai aucune nouvelle de Turin; Terzaghi m'ayant paru trop indiscret, trop bavard pour des rapports intimes, et endehors de lui je n'y connais personne. Longtemps j'avais compté sur Anatole qui m'avait inspiré beaucoup de sympathie et de confiance. Malheuresement Anatole parait être trop l'ami de M. Beghelli pour être resté le mien. Il n'a pas répondu à mes dernières lettres et nous en sommes restés là. Diese Stelle und anderes machen wahrscheinlich, daß Parruca (und nicht Ch. Laplace) Anatole war.

Für B., CERRETTI, die Turiner usw. war also TERZAHHI schon im März 1872 abgetan; wenn sich derselbe in Florenz, Mantua usw. Anhänger zu verschaffen wußte, die ihn zur Konferenz von Rimini wählten, wenn er nachher trotz CAFIEROS vernichtender Untersuchung seines Falles (Herbst 1872) usw. noch bis 1876 einige ehrliche Dupierte fand, die sogenannten intransigenti, so ist das eine in politischen Bewegungen leider nicht seltene Erscheinung; schneller als B. selbst hat ihn aber keiner abgeschüttelt.

jetzt Briefe nach Italien zur Verbreitung und Erklärung des vom Jurakongreß in Sonvillier angenommenenen Zirkulars der Juraföderation, das gegen die autoritären Beschlüsse der Londoner Konferenz (September 1871) protestierte [1]). Er schrieb darüber am 18. Dezember an N. JOUKOWSKI (in russischer Sprache): „Es war notwendig, eine Masse Briefe nach allen Ecken von Italien zu schreiben, um den Freunden den wirklichen Sinn unseres Streits mit London zu erklären. Dies führte ich mit größtmöglicher Vollständigkeit und Gewissenhaftigkeit aus, indem ich sozusagen ganz Italien mit Euren Zirkularen überschwemmte, durch Freunde, versteht sich, nicht persönlich. Ich bin eigentlich hinter den Kulissen und tue das möglichste, daß man sich meiner gar nicht erinnere." Er riet allen, Zustimmungserklärungen an das Komitee der Juraföderation (A. SCHWITZGUÉBEL) zu schicken, etc.; eine ähnliche Tätigkeit unternahm er für Spanien.

9. Dezember 1871: „envoyé à Milan circulaire, journaux et autres documents et lettres per Lucca et Lupo; 10. envoyé — grande lettre à Charles [Gambuzzi] avec circulaires — 2 lettres à Burbero [Pezza], 1 à Stampa — lettre à Friscia; 11. lettre à Friscia — très longue; 12. lettre à Friscia; 13. terminé enfin la grande lettre à Friscia; petite lettre de Burbero; 14. envoyé enfin lettre longue à Friscia, Naples, Beppe [Fanelli] avec circulaires; lettre de Burbero; écrit masse de lettres; 15. envoyé lettres à Lucca, Lupo, Palladino, Parruca, Jacobi-Paolo; 16. envoyé lettres à Mazzoni [Prato], à Ravenna; 18. [um einmal die Gesamttätigkeit zu zeigen] envoyé lettres à Ozeroff, Jouk[owski], Aga [Ogarev], Zaicev, Camet, Roß et Marco; — lettres à Sentinon et Pellicer Farga; 20. envoyé lettres Zaicev, Roß, Guillaume, Bastelica, Terzaghi, Paolo — Soir écrit dernières lettres à Adolphe Vogt, à Reichel, à Princesse [Obolenska] — commencé article contre Mazzini."

Von B.s Arbeitsfreude geben diese Auszüge ein gutes Beispiel, denen ja die gleichzeitige Korrespondenz in den Jura, an Spanier, Russen usw., hinzuzufügen wäre. — Den Brief an CELSO CERRETTI [Lucca] vom 15. Dezember habe ich in meiner Biographie (Anm. 2734) vollständig angeführt (4 SS. 4°, unterzeichnet mit B.s damaligem Pseudonym Sylvio); er ermöglicht also zu sehen, wie B. den Juraprotest gegen den Generalrat erklärt und unterstützt, und was er den Italienern zu tun riet. Er empfiehlt u. a.: Zustimmungen direkt in den Jura zu schicken (en répondant directement au Co-

1) Die Entstehung dieses Zirkulars ist jetzt in JAMES GUILLAUMES L'Internationale (4. Bde., Paris, 1905—10) in allen Einzelheiten erörtert.

mité de la Féderation jurassienne à l'adresse suivante: Suisse — Jura bernois — Sonvillier — M. Adhémar Schwitzguébel, graveur). Diese harmlose Adreßangabe in B.s Briefen veranlaßte den Kongreß des FASCIO OPERAIO (Bologna, März 1872), um seine Autonomie zu präzisieren, zu erklären, er erkenne „dans le Comité général de Londres et dans celui du Jura bernois que de simples offices de correspondance et de statistique" und prägte so eine im „Bulletin" (jurassien), 20. März, sofort rektifizierte falsche Ausdrucksweise. Ebenso schrieb B. an CERRETTI eine Erklärung dieses „mésentendu"; das Jurakommite „n'a jamais eu l'idée de se poser en Conseil général" etc.[1]). Aber PAUL LAFARGUE glaubte dadurch das centre secret der Alliance gefunden zu haben[2]) und die Broschüre „L'Alliance" (S. 46) an der ja LAFARGUE mitarbeitete, .schreibt von der Enthüllung der „mystérieuse existence du centre secret de l'Alliance"!

B. begann nun sofort an einigen Manuskripten zu arbeiten, die für Italien bestimmt waren; unterdessen trafen von dort Antworten auf seine vielen Briefe ein und die rege Korrespondenz setzte sich fort:

„20. Dezember: commencé article contre Mazzini; 21. article Mazzini — 22. lettre à Marco — Paolo — lettre de Cerretti; arrive Cyrille[3]); article pour Révolution sociale[4]); 25. lettre de Burbero; 26. matin avec Cyrille — décidons qu'il partira demain à Milan — écrit avec Cyrille à Bizzoni, Marco — Paolo; 27. Cyrille ce matin à 4 h. reiste nach Mailand [russisch] — ich schreibe den Brief über den Conseil général für die Révolution sociale; lettre de Stampa; 28. écrit article — Cyrille revenu — il a réussi — lettres à Cerretti et à Stampa —; 29. envoyé lettres à Burbero — Paolo, à Stampa, à Cerretti; 30. lettre à Naples aux amis envoyé. Bonne lettre de Jacoby[5]); 31. [Cyrille reist nach Genf]; envoyé lettre grande à Jacobi; 1. Januar 1872: après minuit — lettre au rédacteur du GAZZ[ETTINO] ROSA — article —; excellentes lettres de . . . Cerretti, de Nabruzzi; [der „article français" wird bis zum 18. oft erwähnt; 16. études historiques pour article]; — 2. lettre de Lupo;

---

1) Société nouvelle, Februar 1896, S. 199. 2) s. Egalité (Genf), 1. Juni 1872; vgl. BULLETIN, 15. Juni 1872. 3) Ein bekannter Kommuneflüchtling, dessen spätere Entwicklung hier nicht interessiert. 4) Die Genfer Zeitschrift von A. Claris, die auch das Organ der Fédération jurassienne wurde, 26. Okt. 1871–4. Januar 1872. 5) Ein russischer Arzt in Turin, später in Locarno, Schwager des russischen Schriftstellers ZAITSEV; ob diese Korrespondenz sich auf die italienische Internationale bezog, ist nicht zu bestimmen.

écrit lettre à Marco — Paolo; 3. lettres à Marco — Paolo avec lettres pour Nabruzzi et pour Friscia — adresse Paolo — bon billet de Marco avec lettre de Friscia – lettre à Friscia; 4. écrit et envoyé lettres à Friscia adresse directe par Turin – à Charles [Gambuzzi], Fanelli et Palladino . . . soir écrit lettres à Burbero, à Bizzoni, à Lupo, à Jacoby, enverrai demain [5.]; 5. lettre de Stampa; 6. lettre de Burbero cosi-cosi et de Palladino excellente –; 7. lettre à Palladino; 8. envoyé grande lettre à Palladino; 12. lettres de . . . Mazzoni – toutes bonnes; 13. lettre de Cerretti et de ses amis; 14. lettre de Parruca; 18. lettres de Cordili [sonst unbekannt], de Nabruzzi, de Burbero, de Paolo, de Friscia – arrive Fanelli."

„19. Avec Fanelli toute la journée — soir arrête plan de campagne; 20. avec Beppe — lettres à . . . Paolo – Marco, à Stampa, grande lettre à Friscia portera Beppe; 21. non dormi toute la nuit — travaillé avec Beppe et seul — écris avec Beppe lettres à Mazzoni, à Friscia, à Charles, Atanasio [Dramis. der hier nach Jahren zum letzten Mal wieder genannt wird]; 22. travaillé jusque à 5 heurs matin — réveille Beppe qui à tardi — moi couché $6^1/_2$ matin — Beppe parti; écrit et envoyé lettres à Jacobi, Cordili, Parrucca, Terzaghi; 23. Grande lettre à Nabruzzi sur l'Internationale [ebenso 24, 25, 26. fini et envoyé avec petite lettre à Milan]."

Ein Manuskript ($4^1/_2$ SS., 23. décembre 1871)[1]) mag eine Erweiterung des Briefes an Marco und Paolo (22.) sein:

„Frères – Que se passe-t-il donc chez vous? Votre silence accompagné du silence obstiné du GAZZETTINO Rosa m'étonne, m'afflige, m'inquiète. Le GAZZETTINO non seulement ne publie pas notre circulaire avec l'article de Burbero, mais il parait prendre parti contre nous. Vous avez sans doute lu dans le No du 21. l'article „L'Internazionale", signé „un Internazionalista". C'est un article d'ailleurs fort remarquable et que j'aurais souscrit avec grand plaisir, excepté une seule phrase, celle-ci: „Lettere del Consiglio generale noi assicurano essere questa dichiarazione degli Spagnuoli in perfetta armonia con le sue vedute", comme si les vedute du C. g. avaient une importance soit dogmatique, soit gouvernementale, ce qui impliquerait nécessairement l'existence d'un dogme absolu et unique dans l'Internationale, et cette proposition que le C. g. en serait l'expression officielle et obligatoire: deux choses que nous nions absolument; car alors l'Internationale ne serait plus une fédération libre, mais une église autoritaire" etc. (s. S. 581—582 meiner Biographie).

Es handelt sich um einen Artikel der „Emancipación" (Madrid), der den Spaniern die Resolution IX der Londoner Konferenz (Politische Tätigkeit) mundgerecht machen sollte und der offenbar von ENGELS mit der Empfehlung der Verbreitung in Italien, an CAFIERO in Neapel geschickt wurde, der ihn für den

1) An diesem Tag setzen die täglichen Notizen aus.

„Gazzettino Rosa“ übersetzte. Dort erschien übrigens am 29. Dezember auch das Jurazirkular.

Inzwischen erschien ein Brief von Engels (5. Dez.) in der „Roma del Popolo“ (21. Dez.), der neben MAZZINI B. angreift (dessen „programma stretto e settario“ usw.). Dieser begann am 1. Januar 1872 eine nicht veröffentlichte Erwiderung auf breiter theoretischer Grundlage: A la rédaction du Gazzettino Rosa (Ms., 8½ S., l. c. S. 577—578). Eine hiervon unabhängige Eröffnung der gleichen theoretischen Polemik, welche B.s Stellung zu MARX präzisiert hätte, enthält das Ms., beginnend: Citoyen rédacteur (12 S., l. c. S. 578—580). — Ein unvollendetes Manuskript: L'Italie et le Conseil général de l'Association int. des Travailleurs (20⅔ S.) ist wohl die erste Fassung des am 22. Dezember begonnenen Artikels für die Genfer „Révolution sociale“, gefolgt von einer neuen Fassung (ce 7 janvier 1872; 51 S., beginnend: Compagnons rédacteurs; l. c. S. 582—584), in welcher — an die bösartigen Angriffe im „Volksstaat“ (13. Dez.) anknüpfend — die Polemik eröffnet wird, die aber bald zur Theorie führt, und das Manuskript erscheint schließlich als ein Kapitel „de ce livre ayant pour objet la défense de l'Internationale et la critique de la Théologie politique de Mazzini“ (S. 46), d. h. das bis zum 18. Januar fortgesetzte Ms. hätte eine Fortsetzung der Théologie politique de Mazzini werden können. B.s Krankheit im Februar, MAZZINIS Tod im März und die beständige, der wechselnden Situation folgende Korrespondenz verhinderten offenbar die Ausführung auch dieses Plans.

Chronologisch nicht genauer bestimmbar sind zwei für Italien bestimmte intimere Manuskripte (vielleicht längere Briefe); das eine (30½ S.) bespricht scharf die Tätigkeit des Generalrats bis zur Londoner Konferenz; das andere (10 S.) beschäftigt sich eingehend mit MARX, und B. schrieb (vielleicht erst später) auf die Rückseite: Rapports personnels avec MARX. Pièces justificatives, No. 2 (l. c., S. 580—581).

Ich kann die in den täglichen Notizen erwähnten Beziehungen hier nicht ausführlicher kommentieren. Bekannt ist, daß sich nun bald der Circolo operaio di Milano bildete, der am 7. Januar 1872 der Internationale beizutreten beschloß. VINCENZO PEZZA war die Seele dieser Gruppe und Redakteur des nach vier Nummern unter-

drückten „Martello". — Die Beziehungen mit der Romagna erweiterten sich durch die Korrespondenz mit LODOVICO NABRUZZI, der den „Romagnolo" (Ravenna) redigierte (s. o. 16. Dez.). Auf einen Brief von NABRUZZI (s. o. 1. Dez.) erwiderte B. durch seinen l. c. S. 649—651 angeführten Brief, durch welchen er die Fascio operaio-vereine zur Internationale herüberzuziehen sucht. GARIBALDI hatte nämlich am 19. Dezember an CERRETTI geschrieben:

„Circa a Silvio [B.s Pseudonym] ed al Consiglio generale, noi li seguiremo in ciò che consiste nella fratellanza umana. Circa [ ][1] certe idee lontane dall'assentimento dei più, noi ci manterremo nell'autonomia nostra. In poche parole: noi siamo un ramo dell'Internazionale, bandiera che fu nostra tutta la vita. Ciò non deve toglierci però il diritto di regolarci internamente come vogliamo[2])."

GARIBALDIS Rat war gewiß eine Hauptursache der von den romagnolischen Vereinen bewahrten Unabhängigkeit, während die Broschüre L'Alliance der Haager Untersuchungskommission dies B. zur Last legt („Elle [l'Alliance] y formait son groupe de sections soi-disant internationales, qui avaient pour première règle de conduite de ne pas s'astreindre aux Statuts généraux, de ne pas notifier leur constitution" etc., S. 46). Die Vereine bestanden in Wirklichkeit längst und niemand bemühte sich mehr als B., sie zum formellen Eintritt in die Internationale zu veranlassen. So schrieb er in dem erwähnten Brief an NABRUZZI (3. Januar 1872):

. . . Seulement une chose me chagrine — Je vois bien que Vous êtes tous des Internationaux dans l'âme, mais Vous n'avez pas encore le courage de Vous déclarer ouvertement sections de l'Internationale . . . Pourquoi les Romagnols seuls resteraient-ils en arrière? . . . Vous êtes maltraités déja comme si vous aviez publiquement adhéré à l'Internationale; mais d'un autre côté, l'Internationale ne pourra vous reconnaître pour les siens tant que vous semblerez avoir peur ou honte de la reconnaître publiquement."

PESCATORI hatte B. geschrieben, sich auf GARIBALDIS Brief berufend, den dieser noch nicht kannte. Er zögert nicht, NABRUZZI zu sagen:

„Mais laissez-moi vous le dire franchement, tout ce que Garibaldi a écrit depuis[3]) sur l'Internationale, prouve qu'il ne la comprend ni ne la con-

---

1) Zwei Silben sind hier in meiner Abschrift unlesbar. 2) Ich kenne den zuerst in der Favilla (Mantua) gedruckten Brief aus dem Fascio Operaio (Bologna), Nr. 2, 3. Januar 1872. 3) Nämlich seit er sie gegen Mazzini verteidigte.

nait aucunement.... Son idée fixe, c'est la dictature[1]), et rien n'est aussi opposé à la révolution sociale que la dictature. Un dernier mot, un dernier conseil fraternel: ne cherchez pas tant la direction en haut, dans les quelques hommes plus ou moins illustres en qui vous avez confiance, ne la cherchez pas non plus seulement en Vous mêmes, jeunesse littéraire et instruite. Cherchez la en bas dans ce que Mazzini appelle dédaigneusement la foule, et dans ce que d'autres plus sincères appellent la canaille populaire — car les instincts de cette canaille contiennent aujourd'hui en germe, toutes les idées et toutes les puissances de l'avenir."

B. hatte am Anfang dieses Briefes seine eigenen Ideen kurz resümiert und Marco (VINCENZO PEZZA) schrieb dazu in einem Postskript folgende Worte, welche zeigen, wie diese jungen Italiener B.s Wirksamkeit und die der Internationale vollständig richtig erfaßten:

„Che cosa ne dite del programma di Sylvio?... Sylvio e un fenomeno rivoluzionario, ma le dottrine individuali non devono far dogma per noi. Aggiungero quello che non disse Sylvio ed è che questo programma [B.s persönliche Ideen] devrebb' essere conosciuto da pochi e dei più intimi, e che il lavoro d'associazione puo progredire sul principio fondamentale dell' Internazionale che è la solidarità fra tutti i figli del lavoro. Il principio poi d'autonomia che è per base dell' Internazionale, — senza quale essa diverrebbe una gran forza tirranicamente disciplinata al servizio di uno o pochi individui, — vi permette di unirci a là senza infeudarci a questo o a quel sistema, approfitando di tutti i vantaggi dell' internazionalità. — Il mio sogno è che la nuova democrazia italiana abbracciando la causa del proletariato si affermi da sè all' infuori dalle influenze individuali in forma collettiva e con carattere determinato sopra un programma liberamente ed universalmente accettato."

So schrieben die intimsten Genossen B.s in ihren Briefen unter sich, und ich müßte dessen 40 Quartseiten langen nächsten Brief an NABRUZZI (al Rubicone e tutti gli altri amici, 23. Januar 1872)[2]) und vielerlei anderes wörtlich anführen, wenn ich das B.s Propaganda beleuchtende Material halbwegs erschöpfen wollte. In minutiöser Weise, so daß man sich über seine Geduld wundert, empfiehlt er den Fascio Operaio-Vereinen alles für den Eintritt in die Internationale notwendige, wobei er Obligatorisches und Fakultatives scheidet, die Stellung des Generalrats präzisiert, den

1) GARIBALDI hatte am 30. Dez. 1871 aus Caprera an Cerretti geschrieben: „Io credo quindì: che per dominare il bisantismo che afflige la democrazia mondiale, il solo rimedio sia la Dittatura onesta e temporaria."
2) Vom 23. bis 26. Januar 1872 geschrieben; exzerpiert l. c. S. 651/657.

Konflikt der beiden Richtungen erzählt und als nächsten Schritt nahelegt, den Beschlüssen des belgischen Kongresses (Weihnachten 1871) zuzustimmen, der ein neues Statutenprojekt auszuarbeiten und den Sektionen zur Diskussion vorzulegen beschlossen hatte.

Wir sehen aus diesem Brief, daß die romagnolischen Vereine sich B. und der Internationale definitiv genähert hatten. Diese Vereine bildeten ein sehr natürliches Übergangsstadium von der früheren Periode nationaler und politischer Bewegungen zur beginnenden Arbeiterbewegung, und es ist nur zu bewundern, wie schnell man sich, seit dem Herbst 1871, nicht nur von Mazzini, sondern auch von Garibaldi zu emanzipieren begann; Erklärungen für die Internationale waren das unwillkürliche Gegengewicht gegen den Druck der Namen dieser bedeutenden, aber auf sozialem Gebiet trotz all ihres Prestige machtlosen Männer. Wie sich die Sektionen allmählig gruppierten, wie die Konferenz vom 19. November 1871 zum Kongreß von Bologna (17.—19. März 1872) führte und diesem die Konferenz von Rimini folgte (Anfang August), die einen für den Mai beschlossenen Kongreß ersetzte, — all das kann hier nicht erzählt werden. Das formelle Verhältnis zur Internationale blieb trotz B.s dringender Wünsche ungeregelt; den Italienern erschien es wichtiger, an Ort und Stelle die Internationale zu vertreten, was den fanatischen Mazzinisten gegenüber in der Romagna manchmal zu Kämpfen auf Leben und Tod führte (F. Piccinini wurde damals in Lugo getötet usw.), und den nicht ausbleibenden Regierungsverfolgungen Stand zu halten, als mit ihnen ganz fernstehenden Leuten in London zu korrespondieren, die sich um Italien nie gekümmert und deren Sekretär Engels — wie der Sorgesche Briefwechsel (1906) jetzt jedem zeigt — ein Muster von Unliebenswürdigkeit war. Seine italienischen Briefe vom Herbst 1871 werden auch im Bulletin (jurassien), 10. Mai 1872 beleuchtet.

Die Organisation des Fascio operaio enthalten die in Bologna, März 1872, angenommenen Statuten: Il Fascio Operaio. Associazione Internazionale dei Lavoratori. Federazione italiana. Regione di Bologna. Statuto generale approvato dal Congresso regionale tenutosi in Bologna il 17, 18 e 19 marzo 1872 (Bologna 1872, 25 S.). Vollste Solidarität mit der Internationale und absolute Gleichgültigkeit gegen ihren

Londoner Generalrat, der gar nicht erwähnt wird, charakterisieren diese Statuten, die auch über B.s nicht zu bestreitenden Formalismus in dieser Frage frisch hinwegschritten.

Im Brief vom 23. Januar 1872 spricht B. von internationalen Vereinen in Sicilien, Neapel, Rom, Livorno, Florenz, Mailand, Turin und Genua; dazu kam die Romagna, auf deren Kongreß im März Delegierte von Bologna, Ravenna, Rimini, Fano (Marche), Massignano, Lugo, Montelparo, S. Potito, Fusignano, Forlì, Faënza, Sinigaglia (Marche), S. Arcangelo und Imola, auch von Mirandola, Mantua, Neapel anwesend waren. Nur für Rom und Genua sind Beziehungen B.s für mich nicht nachweisbar, auch nicht für Florenz und Livorno, da Mazzoni, mit dem eine spärliche Korrespondenz fortdauerte, wohl nicht ganz für die Internationale gewonnen war. Der fruchtbarste Boden für die Internationale war in Italien vorhanden; „ils ne manquent que des initiateurs, des semeurs et c'est précisement ces derniers qu'il faut créer et former" (Brief an die Liberté, 29. August 1871). Wie B. seine persönliche Rolle auffaßte, zeigt folgende Stelle im Brief vom 23. Januar 1872 in die Romagna:

„Mais une grande prière, chers amis. Evitez autant qu'il est possible de parler de moi et même de prononcer mon nom en public. Ce n'est pas par pusillanimité ni par prudence personnelle, je Vous assure, que je Vous adresse cette prière. Mes raisons sont toutes autres.

L'oeuvre de la Révolution sociale en général et celle de l'Internationale n'est point une oeuvre individuelle, c'est une oeuvre essentiellement collective. Les individus, tous les individus chez nous se noyent dans la collectivité et nous avons horreur des individualités prétentieuses, vaniteuses, ambitieuses et dominantes. Nous ne voulous pas de chefs et nous n'en souffrirous jamais. Une idée, même émanée d'un individu, si elle est bonne, si elle est acceptée, devient aussitôt propriété collective, de sorte que nos idées ne portent jamais d'étiquettes personnelles — voilà notre coutume, notre loi.

Je Vous prie de me l'appliquer.... Ainsi il est entendu que mon nom ne sera jamais prononcé." [1])

Er schrieb auch: „Evitez autant que possible, dans Vos journaux, toute polémique directe contre le Conseil Général. Alors même que Vous seriez vraiment forcés de parler contre le Conseil Général, faites le toujours dans le langage le plus fraternel et le plus modéré."

1) Während B. dies und ähnliches schrieb, das in meiner Biographie im vollen Wortlaut zu finden ist, schrieb Marx am 23. November 1871 (an F. Bolte; Sorge's Briefwechsel, S. 39): „Für Herrn Bakunin war und ist die Doktrin .... Nebensache — bloß Mittel zu seiner persönlichen Geltendmachung."

III.

Ich glaube bei aller Kürze ausreichend gezeigt zu haben, welch außerordentlich rege Tätigkeit für die Entwicklung zur Internationale in Italien B. seit dem Sommer 1871 entwickelte. Er faßte das Problem von Anfang an richtig auf: statt aus nichts heraus einfach industrielle Arbeiter zu gruppieren, mußte an die durch den vieljährigen latenten und offenen Revolutionszustand wehrfähig und kampflustig gemachten Kräfte angeknüpft werden, denen seit 1870 vorläufig erreichbare politische und nationale Ziele fehlten. Möglichst viele dieser noch unerschöpften Kräfte ür die sozialen Bewegungen zu gewinnen, war ein Mittel, durch das die Internationale auch in dem damals industriell noch nicht entwickelten Land ein revolutionärer Faktor ersten Ranges werden konnte und in gewissem Grade auch wurde. B. nahm den Kampf gegen MAZZINI mit voller Wucht auf; GARIBALDI, dem er theoretisch ebenso fern stand, schonte er klug, um ihn für künftige Bewegungen nicht zu entwerten; für die Bewegungen von 1874 wurde ja später wirklich GARIBALDIS Mitwirkung angebahnt.

Für die Monate Februar bis September 1872 will ich die Mitteilungen aus B.s täglichen Notizen auf das äußerste beschränken. Vom 30. Januar bis 12. Februar 1872 war B. recht krank. Kaum erholt, am 12. und 13., Briefe an PEZZA, CERRETTI, NABRUZZI, GAMBUZZI, FRISCIA, PALLADINO, OGAREV, HENRY SUTHERLAND, SENTINON, SORIANO, FARGA PELLICER und ALERINI [in Spanien]. — Die „Favilla" (Mantua, Redakt. Prof. VERDI) schickte, durch CERRETTI, 101 fr. 40 c. für die Kommuneflüchtlinge gesammelte Gelder und veröffentlichte einen Brief B.s (26. Februar), der noch nicht wieder aufgesucht wurde. — 8. März: lettre bête de Terzaghi. — MAZZINI stirbt und B. beginnt am 13. März seinen langen Brief an CERRETTI, der am 27. März beendet wird, da vieles andere, besonders der erste Besuch der jungen Russen aus Zürich dazwischen kommt. Dieser in der Société nouvelle gedruckte Brief [1]) stellt für mich, neben dem Brief an HERZEN vom 19. Juli 1866 (Briefe, russ., S. 169—187) einen der Höhepunkte von B.s Briefkunst vor. Hier werden die vorhandenen revolutionären Kräfte

1) Februar 1896, S. 174/99. Vgl. auch Anm. 2987 meiner Biographie. Ein Neudruck wird in den Pariser Oeuvres erscheinen.

und die Bedingungen einer italienischen sozialen Revolution offen besprochen und angesichts der allgemeinen Verfolgungen gegen die Internationale und revolutionärer Möglichkeiten in Spanien und Südfrankreich schreibt B. u. a.:

„Je pense qu'il faut attendre l'issue du mouvement espagnol, et alors, orsque le mouvement de ce pays prendra un caractère largement et franchement révolutionnaire, il faudra se soulever tous ensemble, pas seulement la Romagne, mais toutes les parties de l'Italie qui sont capables d'un mouvement révolutionnaire.

Et, en attendant, que faire si on dissout violemment votre organisation publique? Il faut la transformer en organisation secrète, en lui imprimant alors un caractère, en lui donnant un programme beaucoup plus révolutionnaire que celui que vous avez pu lui donner jusqu'ici. Je dirai plus: même dans le cas où vous parviendriez, à force de lutte énergique et habile, à sauvegarder l'existence de vos sections publiques, je pense que vous arriverez tôt ou tard à comprendre le nécessité de fonder au milieu d'elles des *nuclei* composés des membres les plus sûrs, les plus dévoués, les plus intelligents et les plus énergiques, en un mot les plus intimes. Ces nuclei intimement reliés entre eux et avec les nuclei pareils qui s'organisent ou s'organiseront dans les autres régions de l'Italie ou de l'étranger, auront une double mission: d'abord ils formeront l'âme inspiratrice et vivifiante de cet immense corps qu'on appelle l'Association internationale des Travailleurs en Italie comme ailleurs, et ensuite ils s'occuperont des questions *qu'il est impossible de traiter publiquement*. Ils formeront le pont nécessaire entre la propagande des théories socialistes et la pratique révolutionnaire."

Ein Baum hält einem Sturm besser Stand als eine Sanddüne, und in diesem Sinne suchte B. der Internationale ein Rückgrat zu verschaffen, wie es jede größere Gruppierung von Menschen in irgend einer Form besitzt. Die Gefahr, die das Führertum , im Auge behaltend, zog er einer offiziellen Führerbureaukratie mit ihren Folgen das private Zusammenwirken intim bekannter tüchtiger Leute vor; das war auf jeden Fall das geringere Übel, wenn auch dieser Ausweg von der freien Initiative, wie sie die wirkliche Anarchie verlangt, weit entfernt ist.

Am 15. April trifft FANELLI ein, mit dem B. am 18. ELISÉE RECLUS in Lugano besucht. — In Mailand hatten bereits Verhaftungen stattgefunden und der arme V. PEZZA wurde brustkrank — er starb Anfang 1873. Viele Briefe für Spanien, den Jura, die Russen in Zürich usw. absorbieren B. Da tritt endlich ein Ereignis ein, das sein Leben auf das wesentlichste beeinflußte — er macht die Bekanntschaft CARLO CAFIEROS, der einzigen

moralischen Stütze des Londoner Generalrats in Italien, den seine mit B. liierten Freunde in Neapel, PALLADINO, MALATESTA, FANELLI u. a. zur Reise nach Locarno veranlaßt hatten, um endlich mit eigenen Augen zu sehen.

„20. Mai 1872: Fanelli et Cafiero arrivent [1]; 12. toute la journée avec Fanelli et Cafiero. alliance bien accomplie. 22. Fanelli parti ce matin. 23. lettres à Nabruzzi et à Cerretti. 24. conversé avec Armando [Cafiero]. Plan d'organisation ébauché. 25. même chose; lettre de Stampa. 26., 27. même chose [2]. 28. lettre de Cerretti; lettres à Friscia, à Carmelo [Palladino] belle et longue lettre d'Alerini [Barcelona] — nous la lisons avec Armando. 29., 30. fini lettre à Alerini avec Cafiero. 31. Gregorio [Cafiero] lit commencement de sa lettre à Engels. 1. Juni: reçu Circulaire du Conseil général. [Les prétendues scissions dans l'Internationale, eine Broschüre in der Bakunin und die Alliance auf eine, der Alliancebroschüre von 1873 präludierende, unendlich gehässige Weise angegriffen wurden] et projet belge [Statutentwurf der Internationale, dem belgischen Kongreß vom 19. und 20. Mai vorgelegt] [3] — lettres à Nabruzzi — et de Gregorio à Malatesta [in Neapel, den Bakunin hier zum erstenmal nennt]. 3. Cafiero me lit toute sa lettre à Engels. 6. soir article ou lettre contre circulaire marxienne [der im Bulletin vom 15. Juni 1872 erschienene Brief] [4]. 8. télegramme à Burbero pour Fanelli. 9. envoyé moi et Gregorio lettre à James [Guillaume]. 10. lettre à Testini; lettre de Fanelli — et lettre à Fanelli. 11. lettre à James (avec lettre d'Engels à Cafiero) envoyé — soir écrit lettres à Nabruzzi, Cerretti, Gambuzzi, . . . Cafiero a ajouté quelques mots. 12. lettre à James avec lettre de Cafiero à Engels et avec lettre Pellicer Farga. 14. lettre de Christophe [Fanelli] — arrivera demain [15.]; 16. Conférence entre Beppe [Fanelli], Cafiero et moi — lettres à Burbero et Stampa. 17. Petit orage avec Beppe suivi d'une entente complète; envoyé lettre collective aux alliés contre circulaire [des Generalrats] — à Alerini. 18. Cafiero et Beppe partis ce matin $4^1/_2$ h. pour Milan.

CAFIEROS Brief an ENGELS, der vielleicht noch zum Vorschein kommt, kann nur seine Absage an die Generalratsrichtung

1) Ich bringe diese Notizen nur auszugsweise; B. war bis zum 28. Mai durch ein Fußleiden an das Zimmer gefesselt. 2) Es kann sich hier um Besprechungen über die im Brief an CERRETTI angeregte Geheimorganisation handeln? 3) Vgl. Liberté (Brüssel), 2. Juni, 21., 28. Juli 1872. 4) Erschien auch in der Broschüre: Réponse de quelques Internationaux à la circulaire privée du Conseil général de Londres (45 S. 8°, Neuchâtel), von der eine italienische Übersetzung erschien: Risposta di alcuni Internazionali membri della Federazione del Jura alla circolare privata (Neuchâtel, 24 SS., 8°), mit Einleitung des Übersetzers (Mailand, 20. Juli 1872), vermutlich eine Arbeit PEZZAS, deren Druck CAFIERO ermöglicht haben dürfte.

enthalten haben [1]). Durch die Herausgabe der Prétendues scissions war B.s letztes Versöhnungsmittel, das er CERRETTI im März mitteilte („je vais d'abord adresser au Conseil général une lettre privée") zwecklos geworden. Tatsächlich notiert er am 13. und 20. April: écrit au Conseil général. Dann traf ein Brief ALERINIS aus Barcelona mit Mitteilungen über gewisse Äußerungen A. LORENZOS, des spanischen Delegierten auf der Londoner Konferenz ein (22. April), worauf B. am 24. einen, in mehreren sich allmählich erweiternden Fassungen im Entwurf vorliegenden Brief an A. LORENZO richtete, der am 16. Mai zunächst nach Neuchâtel gebracht wurde. Bevor LORENZO antwortete (B.s Brief erreichte ihn erst am 10. August), wurde durch Erscheinen der Generalratsbrochüre B.s Plan einer direkten Auseinandersetzung, wie gesagt, illusorisch gemacht (1. Juni). —

CAFIERO reiste nun in Italien, wo die Konferenz von Rimini (Anfang August) vorbereitet wurde; z. B. 22. Juni: bonne lettre de Cafiero — annonce arrivée de Nabruzzi pour demain; 23. (russisch) Nabruzzi wurde P. [frêre oder allié]; 24. Juni: toute la nuit jusqu'à 4 h. matin travaillé avec Nabruzzi. — Am 30. Juni verläßt B. Locarno; in Zürich (4. Juli) beginnt die kurze Periode seines intensivsten Kontakts mit der russischen Jugend, auch mit Serben und Polen, unterbrochen durch eine erste Reise nach Neuchâtel und Genf (13.—20. Juli). Reger Briefwechsel mit CAFIERO u. a. Ich kenne davon nur die Briefe an CERRETTI (21. Juni und 23. Juli [2]) und an E. BELLERIO (4. August). — Briefe an NABRUZZI (29. Juli, 1. August) und CAFIERO (2. August) gehen allein der Konferenz von Rimini voraus, deren Einberufung der Regionalrat des Fascio Operaio (Bologna) am 14. Juni beschlossen hatte (ANDREA COSTA, L. NABRUZZI, FRANCESCO ORSONI, L. GUARDIGLIO) [3]).

Bekanntlich konstituierte sich in Rimini die italienische Föderation der Internationale und man votierte unter dem

1) CAFIEROS Stimmung unmittelbar vor seiner Reise nach Locarno zeigt sein Brief (Neapel, 15. Mai) im Gazzettino Rosa vom 27. Mai. 2) S. Anm. 2796 meiner Biographie. 3) S. Liberté (Brüssel), 7. Juli 1872; diese Zeitschrift enthält eine Reihe interessanter, für die antiautoritäre Richtung eintretender Korrespondenzen JULES GUESDES aus Rom.

Vorsitz CAFIEROS [1]) die vielbesprochene Resolution [2]), in welcher es heißt:

„La Conferenza dichiara solennamente ... che fin da questo momento la Federazione Italiana dell A. i. dei L. rompe ogni solidarità col Consiglio Generale di Londra, affermando vieppiù la solidarità economica con tutti i Lavoratori e propone a tutte quelle Sezione che non participano ai principii autoritari del Consiglio Generale d'inviare il 2 settembre 1872 i loro Rappresentanti non alla Aja [Haag] ma a Neuchâtel di Svizzera per aprire nel giorno stesso il Congresso generale antiautoritario."

„Votato all unanimità dai Rappresentanti delle Sezioni di Napoli, Sciacca di Sicilia, Mantova, Siena, Ravenna, Bologna, Firenze, Rimini, Imola, Roma, Lugo, S. Potito, Fusignano, Mirandola, S. Giovanni in Persiceto, Fano, Fermo, Senigallia, S. Arcangelo, Forlì e della Provincia dell'Umbria."

Diese Resolution entsprach der wirklich revolutionären Stimmung der ganzen italienischen Sektionen und keineswegs irgendwelchen Wünschen und Plänen B.s, wie sich ENGELS einbildete („Bakounine voyant la partie perdue, ordonne la retraite sur toute la ligne et se sépare avec les siens de l'Internationale", Brief vom 19. August 1872, l. c. S. 614) [3]). B.s wirklicher Standpunkt ist jetzt JAMES GUILLAUMES Buch L'Internationale mit allen Details zu entnehmen; ebenso habe ich in meiner Biographie (S. 612—613) aus CERRETTIS Korrespondenz vom August und September (Briefen von ANDREA COSTA usw.) viele Stellen angeführt, die zeigen, wie schwer es den an ein Zusammenarbeiten

1) NABRUZZI war Vizepräsident, COSTA und TITO ZANARDELLI waren Sekretäre der Konferenz. 2) Associazione Internazionale dei Lavoratori. 1ª Conferenza delle Sezioni Italiane (Rimini, Tip. Albertini e Co., 1 S. fol. obl.); A. I. dei L. Federazione Italiana. 1ª Conferenza. Risoluzione (1 S. 4°, s. l.). — Beides und die Statuten der italienischen Föderation im Bollettino dei Lavoratori (Neapel, 31. August 1872). 3) Ebenso L'Alliance, SS. 46—48. ENGELS konstatiert, daß nur die Sektion Neapel eine formell der Internationale beigetretene Sektion sei; „les trois autres sections en régle avec le Conseil géneral — Milan, Turin, Ferrara n'ont pas envoyé de délégués à Rimini" (19. August). — Der Circulo operaio von Mailand hatte einen Abschaffung des G. R. oder Beschränkung seiner Macht vorschlagenden Brief geschickt, den die vorhin genannte Publikation der Konferenz resumiert; am 4. September schickten die Mailänder ihre Zustimmung an COSTA, den Sekretär der italienischen Internationale. — Am 21. August schrieb COSTA an CERRETTI, daß die Sektion Ferrara den Beschlüssen beistimmt. — Bleibt einzig Turin, von dem ENGELS selbst schon am 4. Januar 1873 an SORGE schreibt, daß von Turin „nichts mehr zu hören ist" (Briefwechsel, S. 89).

nicht gewöhnten Italienern wurde, ihre Taktik der der Jurassier und Spanier auch nur halbwegs anzupassen. So kann ich mich im folgenden auf das B.s persönliche Tätigkeit betreffende beschränken.

3. August: écrit et envoyé lettre à James (Guillaume) avec lettre à Alerini, avec documents italiens et manuscrits. — Vom 10. bis 12. August zweite Reise nach Neuchâtel. — 13. lettres à Cerretti, à Pezza avec grande lettre collective, dont copie à eux deux, à Farga et à James. — Am 17. zum Jurakongreß nach Chaux de Fonds; Cafiero und der lungenkranke Pezza kommen dorthin (18.); 21. (Sonvillier) travaillé toute la journée avec Cafiero et Pezza 22. mit beiden nach Locle; 23. in Chaux de Fonds; 24. in Neuchâtel, bei Guillaume; 25. in Zürich, wo Pezza schwer erkrankt. — 27. lettre de Costa (der erste Brief) — écrit à Costa (und Nabruzzi); 28. lettre de Nabruzzi, lettre de James avec lettre de Morago (Madrid) à Beppe (Fanelli); lettre à Nabruzzi; 29. lettre aux amis Jurassiens et Espagnols (auf dem Haager Kongreß) pour leur être remise par Armando (Cafiero) qui part demain; 30. Armando parti pour la Haye; — écrit constitution des P. P. (P. bedeutet frère oder allié); Briefe von und an Nabruzzi und Costa; von nun ab öfter Briefe von und an Costa; 2. September: soir écrit constitution; 3. lettre de Cafiero de Bruxelles, de Nabruzzi; Statuts de Y (die Alliance, wie ein S. 285—287 meiner Biographie angeführtes Manuskript beweist); 4. lettre de Benjamin (Malatestas erster Brief) — Statuts d'Alliance; 5. écrit statuts Alliance; arrivent Beppe (Fanelli), puis Giacomo (dies muß Nabruzzi sein); soirée chez moi, Marco (Pezza) aussi; 6. discussion et lecture du projet des statuts; lettre d'Armando — bête — insuffisante —; 7. arrive Malatesta; télegramme annonçant le départ du Conseil géneral de Londres (seine Verlegung nach New York); 8. lettre d'Armando de la Haye — assez bonne; avant diner réunion italienne chez moi — soir Italiens chez moi; 9. de $1^1/_2$ à 6 lecture et discussion des statuts; de 9 à 1 h. organisation pratique; 10. écrit article pour journal italien [1] — après diner lettre et puis dépêche d'Armando — tous viennent demain — soirée agitée; dépêche à Costa.

So also brachte B. die Woche des Haager Kongresses zu, indem er für die Alliance, die dort vernichtet werden sollte, neue Statuten usw. ausarbeitete, um sie den frischen Kräften, Italienern, Spaniern, Russen u. a., die jetzt in engsten Kontakt mit ihm getreten waren, anzupassen.

1) Vielleicht war dies der Artikel „Situazione e Progamma" in der im September 1872 in Neuchâtel gedruckten geheimen Zeitschrift „La Rivoluzione sociale", Nr. 1, dem Organ der italienischen Internationale, von dem nur noch eine zweite Nummer (in Florenz?) gedruckt wurde (s. Biograph. S. 660); mir ist diese wohl in italienischen Prozeßakten noch auffindbare Zeitschrift unzugänglich geblieben.

Die B. nahestehenden Haager Delegierten, GUILLAUME ausgenommen, der in Neuchâtel zu tun hatte, kamen alle nach Zürich:

11. September: soir arrivent Armand (Cafiero), Adhémar (Schwitzguébel), Morago, Justus (R. Farga Pellicer), Marselau, Raoul (Alerini) — inquiétude et défiance dans l'air; 12. arrive Costa — matin et soir lecture et discussion des statuts; 13. accepté — baiser fraternel et serrement de main sollennel; — soir discussion sur le prochain congrès de St. Jmier — Slaves aussi —; 14. après diner départ de tous, (auch der Franzose Camet und 9 Russen und Russinnen) pour Chaux de Fonds; 15. und 16. die Kongresse von St. Jmier; 16, 17. Neuchâtel; 17. séance des P. P. (alliés) avec James jusqu'à 7 h. de soir; 18. (in Zürich) après diner et soir séance —; 19. discussion sur moyens — platonisme doctrinaire de Marselau; 20. explications avec Marselau — tout concilié —; 21. système de correspondance; 22. Espagnols partis; 23. Marco (Pezza), Louise (Fanelli?), Armando, Giacomo (Nabruzzi), Malatesta partis.

So befanden sich also seit dem 5. September FANELLI, NABRUZZI und PEZZA, seit dem 7. MALATESTA, seit dem 11. CAFIERO, seit dem 12. COSTA von der italienischen Internationale bis zum 23. in täglicher Besprechung und Beratung mit B., die Alliance erhielt neue Form, neues Leben und B.s Beziehungen zur italienischen Internationale, der all diese jungen Leute und viele andere die besten Jahre ihres Lebens widmeten, wurden von jetzt ab engere als je. Die bis Ende 1872 reichenden täglichen Notizen beweisen dies; ihre Fortsetzung ist, mit Ausnahme einiger Monate von 1874, die die Zeit der Bewegungen von August 1874 (Bologna usw.) umfassen, leider wohl vernichtet. Die letzten Eintragungen (Ende Dezember 1872) zeigen CAFIERO, PALLADINO und FANELLI bei B., der auch NABRUZZI kommen läßt und den Besuch der Romagnolen CHIARINI und ORSONE erhält. — Die Beschlüsse des italienischen Kongresses von Mirandola, März 1873 (S. 739—740 meiner Biogr.) tragen das vollste Gepräge B.scher Ideen und so blieb es auch, solange man eine italienische Internationale unterscheiden kann, bis Anfang der 80er Jahre[1]).

* * *

1) Lohnt es sich, den letzten Spuren der zum Generalrat haltenden Sektionen nachzugehen? „Wenn uns Lodi und die Plebe verloren gehen, haben wir kein pied-à-terre mehr in Italien" (ENGELS an SORGE, 4. Januar 1873); „die Sektion Lodi ist noch nicht wieder konstituiert" (ders., 20. März); „keine Nachrichten von Italien, ausgenommen, daß die Plebe auch einstweilen ihr Erscheinen eingestellt hat" (15. April). Was blieb da wohl übrig? — JOH. PH. BECKER schrieb am 25. November 1873 an SORGE (Briefwechsel, S. 131):

Um B.s Tätigkeit 1871—72 ganz zu verstehen, ist freilich Kenntnis des ganzen Tagebuchs nötig: seine in ähnlichem Grade intensive Arbeit für die Bewegungen im Jura, in Spanien, die slavische Propaganda usw., während ihn allerlei Schicksalsschläge treffen, Krankheit, Todesfälle in der Familie, zeitweilig die größte materielle Not und Ungewißheit für die Zukunft; — all das zeigt einen derartigen Arbeitseifer, ein so unermüdliches Verfolgen seiner Ziele, daß die dauernde Wirkung seiner Propaganda und Aktion begreiflich wird. Zwei Strömungen, die vor ihm bestanden, erhielten durch ihn einen mächtigen Impuls, der Anarchismus und der revolutionäre Syndikalismus, in denen sich die anti-autoritäre Internationale bis heute fortsetzt, während die jetzigen politisch-sozialistischen Parteien das Resultat der MARXschen Richtung der Internationale darstellen.

Für die italienische Bewegung war jedenfalls B. der richtige Mann am richtigen Platz, der einzige, der den Bann von MAZZINI und GARIBALDI brechen und die an Kampf und Opfer gewöhnte Jugend und viele Arbeiter dem weitgehendsten politischen, sozialen und philosophischen Radikalismus und wirklicher Aktion entgegenführen konnte, die allein ihrem revolutionären Bedürfnis genügten. In diesem Zeichen stand die italienische Internationale, trotz zahlloser Verfolgungen, noch Anfang der achtziger Jahre, wo sich dann endlich in manchen der von Bakunin gegebene Impuls erschöpfte, während andere noch heute in seinem Sinn, dem der antiautoritären Internationale, wirken.

„Tretet doch auch ungesäumt mit C. TERZAGHI, Redakteur vom „Proletario“ in Turin . . . in Verbindung, denn ich habe Ursache zu glauben, daß mit dem Burschen . . . etwas zu machen ist für Italien . . .“. Man traut seinen Augen kaum; — der von der italienischen Internationale entlarvte Spitzel, den auch die Alliancebrochure (Sept. 1873) in all seiner Erbärmlichkeit gezeigt hatte, wird vom „alten Becker“ dem Generalrat empfohlen! Dieser letzte Zug ist wirklich symbolisch für die Unerfahrenheit und Inkompetenz, die die Beziehungen des Generalrats zu Italien charakterisieren und ihre absolute Ergebnislosigkeit herbeiführten. Vgl. auch S. 741—749 meiner Biographie.

Die Kooperation und der Sozialismus in England in den 20er und 30er Jahren des XIX. Jahrhunderts.

Von

L. Pumpiansky.

I.

In England bilden die 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Periode tiefgehender, vielverzweigter sozialer Bewegungen und paralleler Schöpfungsarbeit auf dem Gebiete sozialer Theorien. Es ist kaum ein mehr oder minder hervortretender Charakterzug in der späteren, modernen Arbeiterbewegung zu finden, der seine Keime, seine Ursprungsform nicht in der genannten Epoche der englischen Geschichte hätte. Die Gewerkschaftsbewegung, die wirtschaftlichen und politischen Klassenkämpfe, die 8 Stundentagforderung oder der Generalstreik sind von der englischen Arbeiterschaft auf verschiedene Weise in den 20 er und 30 er Jahren erprobt worden.

Die jugendliche Fabrikarbeiterklasse stürmte damals mit ungestümer Energie und sozialer Erfindungskraft die Festungen der Gegner, und voll Illusionen ergab sie sich dem Kampfe gegen die herrschenden Klassen für eine bessere Zukunft, während die Handarbeitermassen sich gegen den Großkapitalismus empörten und alle möglichen Mittel versuchten, ihre Existenz vor der vernichtenden Tendenz der geschichtlichen Entwicklung zu schützen.

Die geschichtliche Forschung auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung hat leider den primitiven, revolutionären Stadien der

Emanzipationsbewegung der englischen Arbeiterschaft zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, während sie ein großes Interesse der zweiten reformistischen Epoche gegenüber zeigte, was zu einer einseitigen Vorstellung über den Verlauf der englischen Arbeiterbewegung führen mußte. Auch der englische Sozialismus der genannten Periode hat keine befriedigende wissenschaftliche Bearbeitung bekommen; die sozialistische Gedankenwelt konzentrierte sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auf dem Kontinent Europas, während in England praktische sozial-wirtschaftliche Aufgaben das Feld behaupteten; als aber in den 80er Jahren der Sozialismus in England wieder festeren Fuß zu fassen begann und das wissenschaftliche Interesse ihm zugewandt wurde, waren die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Epoche des alten englischen Sozialismus so verschwommen und von der hochkapitalistischen Entwicklung verwischt, daß ein gründliches Verständnis der Gedankengänge der englischen sozialen Bewegungen der ersten Hälfte des Jahrhunderts ohne größere Vorbereitungsarbeit unmöglich erschien. Dabei ist auch nicht zu verwundern, daß man bei der Untersuchung des Sozialismus der 20er und 30er Jahre sofort auf eine Anzahl, teilweise ganz unbegreiflicher Irrtümer stieß; durch einzelne Ausdrücke oder Konstruktionen der alten englischen sozialen Denker beeinflußt, zog man voreilige Schlüsse über den Zusammenhang zwischen Wm. Thompson oder Thos. Hodgskin und Marx; man erklärte die meisten englischen Sozialisten der 20er und 30er Jahre, von denen nahezu ein jeder eine ausgesprochene Individualität hatte, für Anhänger Rob. Owens; man schrieb Owen die Gründung der Genossenschaften der Zeit zu, gegen die er energisch auftrat, und an denen keinen Anteil zu nehmen er seine Freunde aufforderte, man verbreitete ein falsches Datum der ersten Erwähnung des Wortes „Sozialist“ in der englischen Literatur; und zahlreiche andere größere oder kleinere Fehler und Fehlschlüsse, die sämtlich in einer mangelhaften Kenntnis der sozialen Bewegungen der ersten Hälfte des XIX. Jahrh. in England und ihrer Presse wurzeln, können mit Leichtigkeit genannt werden.

Unser Thema ist auf die Kooperation und den Sozialismus beschränkt; wir werden daher die andern Zweige der Arbeiterbewegung hier nur insofern berühren können, als es für die

Feststellung des Zusammenhanges zwischen dem kooperativen Sozialismus und den andern Strömungen, notwendig sein wird. Die Kooperation und den Sozialismus fassen wir aber zusammen, da sie im sozialen Leben des frühkapitalistischen Englands eng miteinander verknüpft waren. Der Sozialismus entwickelte sich mit der Kooperation und zu einem großen Teile durch sie, und umgekehrt war die genossenschaftliche Praxis von sozialistischen Plänen erfüllt; durch sozialistische Ideale begeistert, bekam sie einen sonst kaum denkbaren Aufschwung, wurde aber durch eine Unterordnung praktischer Interessen der Genossenschafter unter den sozialistischen Idealismus eines praktischen Erfolges verlustig. Der Sozialismus und die Kooperation bilden im England der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine soziale Bewegung, deren praktischer Ausdruck in der Genossenschaft und deren theoretischer Inhalt im kooperativen Sozialismus enthalten ist.

Es vereinigt die Kooperation und den Sozialismus auch ihr gemeinsamer Ursprung, der im sozialen Problem, wie es im damaligen England gestellt wurde, zu suchen ist. Die Ausgangspunkte, sowie ein großer Teil der Gedankengänge der „Kooperativen“ und der „Sozialisten“, die damals in der praktischen Genossenschaftsbewegung und in der theoretischen Arbeit tätig waren, sind von ein und derselben sozialwirtschaftlichen Grundanschauung durchdrungen, die durch die Besonderheiten des englischen wirtschaftlichen und kulturellen Lebens jener Zeit gegeben erscheint. Diese Grundanschauung ist für die Beurteilung der uns interessierenden Bewegungen und zum Verständnis der sozialistischen Theorien im England der 20er und 30er Jahre sowie ihrer Nachwirkung von durchschlagender Bedeutung.

II.

Es ist bekannt, daß die 20er und 30er Jahre eine Epoche der schärfsten Zuspitzung sozialer Gegensätze in England darstellen; doch wird aus der Tatsache nicht klar, zwischen welchen sozialen Elementen sich ein besonderer, die Epoche färbender, sozialer Gegensatz herausbildete. Die Frage darnach ist umsomehr berechtigt, als die sozialen Verhältnisse im damaligen England so verwickelt waren, daß es sich um eine Reihe von verschiedenartigen scharfen Gegensätzen handelte. Da uns speziell nur soziale

Erscheinungen interessieren, die sich direkt auf die arbeitenden Volksmassen beziehen, so lassen wir die Gegensätze zwischen dem emporsteigenden Bürgertum und den Agrariern, oder zwischen den auf verschiedener Stufe der wirtschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit stehenden großbetrieblichen Produzenten, Gegensätze von überaus eminenter Bedeutung, beiseite und richten unsere Aufmerksamkeit auf die sozialen Interessen, die der Arbeiterschaft eigen waren. Dabei handelt es sich um zwei sowohl ihrer wirtschaftlich-kulturellen Lage, wie ihren Interessen nach verschiedene Teile der Arbeitermasse: um das moderne Proletariat und um proletarisierte sowie zum Teil pauperisierte Massen des Kleinproduzententums.

Wie jede Revolution, so trug auch die industrielle zwei Tendenzen in sich, eine zerstörende und eine schöpferische Tendenz. Der siegreiche Zug des Großbetriebs durch das Wirtschaftssystem Englands zu Beginn des XIX. Jahrhunderts, war der rote Faden, der durch das Wirtschaftsleben der Zeit durchging und die alten Verhältnisse umgestaltete. Die Schläge des Großbetriebs waren am meisten fühlbar den Beherrschern des früheren Wirtschaftssystems, denn gegen sie war der Fortschritt gerichtet. Es waren hunderttausende von Kleinproduzenten, die Grundlage des industriellen Wirtschaftslebens Englands noch im XVIII. Jahrhundert, von dem Vordringen der Fabrik, namentlich in der Stapelindustrie des Landes, in der Textilindustrie, bedroht, und je schlimmer ihre Lage wurde, desto weitere Kreise des Kleinproduzententums wurden von der Gefahr der wirtschaftlichen Umgestaltung ihrer Gewerbezweige ergriffen, und desto deutlicher trat die Umgestaltung des gesamten kleinbetrieblichen Wirtschaftssystems zutage.

Die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung hat mit den Kleinproduzentenmassen, den Haus- und Handwerkern, um die Wende des XIX. Jahrhunderts ein böses Spiel gespielt. Besonders klar tritt das an dem Beispiel der Textilarbeiter zu Tage, die ja den Ausschlag im damaligen industriellen Wirtschaftsleben Englands gaben. Die ersten Erfindungen auf dem Gebiete der Spinnerei, die Jenny und die Mule, waren den Hausarbeitern sehr günstig, die die Vorteile der erhöhten Leistungsfähigkeit in die Hände bekamen und deren Verdienste sich eine Zeitlang sehr befriedigend gestalteten. Sogar die Anwendung der Dampfkraft in der Spinnerei, die ersten Fa-

briken, waren der günstigen Lage der Hausarbeiter nicht hinderlich. Die neuen Fabriken hatten den Bedarf an Weberarbeit, die noch Handarbeit blieb, bedeutend erhöht, und die Tausende von Handspinnern, welche durch die Fabriken vernichtet wurden, fanden vorteilhafte Arbeit in der Handweberei. Die zweite Hälfte des XVIII. Jahrhunderts war demnach den Massen der Hausarbeiter sowie anderer Kleinproduzenten wirtschaftlich günstig und zeitigte eine Hebung des wirtschaftlichen und kulturellen Standards of life dieser Volksschichten.

Dagegen erzeugte die Entwicklung der industriellen Revolution in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, die Anwendung der Dampfkraft und zahlreicher arbeitersparender Maschinen in der Weberei und in den meisten andern Industriezweigen, einen allmählichen Niedergang der Kleinproduzentenmassen. Der wirtschaftlich-technische Fortschritt richtete jetzt seine Waffen gegen die alten Produzenten, der Großbetrieb drang überall ein und trat in unbarmherzigen Konkurrenzkampf mit den weniger angepaßten Haus- und Handwerksarbeitern.

Während das neue System sich bildete, während das wirtschaftliche Prinzip sich in Form des Großbetriebs, immer neuer und neuerer Vervollkommnungen, einer Organisation des Großhandels und weitverzweigten Exportes, der Ausbildung des Kreditwesens usw., durchsetzte, wurden die Massen der Kleinproduzenten zunächst all der Vorteile und Ersparnisse beraubt, die ihnen am Ende des XVIII. Jahrhunderts zugefallen waren, und daraufhin einem jahrzehntelangen Pauperisierungsprozeß ausgesetzt. Es ist allgemein bekannt, daß die Löhne der Hausarbeiter, wie durch Parlamentsenqueten mehrmals festgestellt wurde, von über 30 sh. zu Beginn des Jahrhunderts auf 5—6 sh. die Woche in den 30 er Jahren gefallen sind, und zwar immer stufenweise; der Arbeitstag wurde verlängert und chronische Arbeitslosigkeit wurde unter den Kleinproduzentenmassen immer allgemeiner und andauernder. Dieser langsame Pauperisierungsprozeß ist eine charakteristische Erscheinung des sozialen Lebens des damaligen Englands und erreicht am Ende der 20 er und in den folgenden Jahren den Gipfel seiner Entwicklung.

Die sehr zahlreichen Blaubücher der Zeit, welche einen Einblick in die Lage der Hausarbeiter und Handwerker der revolutionierten

Gewerbe gestatten, stimmen in der Schilderung der hoffnungslosen Verhältnisse in der Existenz der Kleinproduzenten, des Sinkens ihres Einkommens, des Niederganges ihres sozialen und kulturellen Standards überein. Die Blaubücher heben auch hervor, daß die hunderttausende dieser Kleinproduzenten (die Handweber allein bildeten eine Armee von über 200 000 Menschen) absolut keine Gelegenheit und Möglichkeit hatten, vom neuen Wirtschaftssystem, von dem Großbetrieb, absorbiert zu werden. Die Aussagen der Zeugen vor den Committees bestätigen einstimmig die Tatsache, daß die Hausarbeiter nicht als Fabrikarbeiter beschäftigt wurden, daß die wirtschaftlichen und kulturellen Gewohnheiten die Hausarbeiter von den Fabriken fernhielten, so daß die Fabrikarbeiterbevölkerung aus andern Volksschichten, namentlich aus Landarbeitern und Paupern, rekrutiert wurde.

Die neue Arbeiterklasse, das Fabrikproletariat, war demnach genetisch nicht mit den Kleinproduzentenmassen verbunden. Aber auch ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lage nach waren die beiden Teile der Arbeiterschaft höchst verschieden. Die Fabrikarbeiter waren unter bedeutend schlechteren Verhältnissen aufgewachsen, ihr kulturelles Niveau war weitaus niedriger und die Knechtung größer. Das Fabrikregiment übte aber einen starken Einfluß auf das soziale Verhältnis der ihm unterworfenen Arbeiterelemente aus, es schmiedete unter ihnen eine hochentwickelte Solidarität, es erfüllte sie mit Haß gegen ihre Unternehmer und wies ihnen in Form von Streik und gegenseitiger Unterstützung Mittel eines Schutzes ihrer Interessen zu.

Die Lage der Hausarbeiter und anderer bedrohter Kleinproduzenten war schlimmer als die der Fabrikarbeiter. Sie war schlimmer einmal, weil sie hoffnungsloser war und zweitens, weil sie von Massen ertragen werden mußte, die an höhere kulturelle und wirtschaftliche Bedürfnisse gewohnt waren. Die Hoffnungslosigkeit der wirtschaftlichen Bestrebungen der Hausarbeitermasse wurde schon zu Anfang des vorigen Jahrhunderts klar, als die Petitionen der Handweber, die nach der Einführung des Dampfwebstuhls massenweise das Parlament überschwemmten und Schutz forderten: gegen die Konkurrenz der Maschinen, ferner die Inkraftsetzung der Statute der Elizabeth, Besteuerung der Maschinen, die Festsetzung obligatorischer Minimalpreise derjenigen Produkte, welche von

den Handarbeitern produziert wurden u. dergl. mehr. All diese Wünsche der Kleinproduzenten, die häufig von den Gewerkvereinen der Handwerker unterstützt wurden, wurden vom Parlament völlig ignoriert oder durch Abschaffung der noch nominell existierenden Gesetze zum Schutz des Kleinbetriebs beantwortet. (1814, Abschaffung der Statute der Elizabeth). Die Hoffnungslosigkeit der Lage der Handarbeiter kam dann in verzweifelten Aufständen gegen die Maschinen und Fabriken, welche von 1811 bis 1815 unter dem Namen der Ludditenaufstände in den Strumpfwirkergegenden auftraten und in späteren Krisenperioden sich regelmäßig wiederholten, zum Ausdruck.

Die öffentliche Meinung wurde durch diese Bewegungen auf das Elend der Hunderttausende von arbeitswilligen, gewerbfleißigen Hausarbeitern und Handwerkern aufmerksam. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Volksschichten wurden zum Ausgangspunkt zahlreicher Untersuchungen und bildeten den Kern des sozialen Problems jener Zeit.

Je mehr die hochkapitalistischen Verhältnisse vordrangen und das zur Herrschaft gelangende Bürgertum das neue System pries, je lauter die Ideologen der industriellen Revolution, namentlich die klassischen Nationalökonomen, den Sieg des Großbetriebs verherrlichten und das Schicksal der Kleinproduzentenmassen unbeachtet ließen, ihr Elend vertuschten, desto schärfer ward in gewissen öffentlichen Kreisen das Bewußtsein der sozialen Ungerechtigkeit, die an den gewerbfleißigen Hausarbeitern und Handwerkern verübt wurde. Der Widerspruch zwischen dem Reichtum im Gefolge der neuen wirtschaftlich-technischen Möglichkeiten und dem unerhörten Elend der breiten Volksmassen, die noch kurz zuvor die führende Rolle im gewerblichen Leben innegehabt hatten, stellte die Frage über die Grundsätze der Verteilung des Reichtums und regte zu reformatorischen und utopistisch-revolutionären Versuchen einer Lösung der Krise an.

Die Krise des kleinbetrieblichen Wirtschaftssystems, der wirtschaftliche Niedergang hunderttausender Kleinproduzenten, Handwerker und Hausarbeiter und ihrer Gehilfen in einer Periode größten Aufschwungs der Produktivität der nationalen Arbeit und einer enormen Kapitalakkumulation war die Grundlage und der Inhalt des vorherrschenden sozialen

Problems in den ersten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts in England. Dieses soziale Problem gewann die ausschließliche Aufmerksamkeit der sozialen Denker der Zeit und warf einen Schatten auf das in späterer Zeit in den Vordergrund gerückte Problem des Proletariats, welches in Form von wirtschaftlichen und politischen Kämpfen gegen die Unternehmer und das Bürgertum, in Form von Bewegungen für die Fabrikgesetzgebung und einen kürzeren Arbeitstag schon damals seinen praktischen Ausdruck fand.

III.

Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Englands und das oben dargestellte zugespitzte soziale Problem bildeten die Grundlage theoretischer Spekulationen, die nach einem gerechteren sozialen System strebten. In den ersten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts machte sich wieder einmal ein Drang nach sozialer Erlösung bemerkbar und es arbeitete sich aus den Versuchen, den notleidenden sozialen Schichten Abhilfe zu schaffen, eine Theorie heraus, die eine Kritik der damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse bot und sozialistische Tendenzen aufzuweisen hatte, die freilich in erster Linie nur eine Wiederholung der in früheren Jahrhunderten zahlreich geschilderten und geplanten utopistischen sozialen Konstruktionen darstellten. Das Ideal, welches ROB. OWEN so energisch bis in die 50er Jahre hinein propagierte, das Ideal, welches von WM. THOMPSON vom Standpunkt der natürlichen Gesetze der Verteilung des Reichtums und des Glückes der Menschheit bis ins Detail begründet wurde und größere Gruppen der intelligenten Arbeiterschaft und philanthropischer Bürger mitgerissen hatte, war das Ideal der kooperativen Gemeinwesen, die als wirtschaftlich nahezu autonome Landgemeinden von 300 bis 2000 Menschen gedacht waren. Es wurde genau der Arbeitsplan, die Verfassung, die Verteilung der Produkte, der Austausch der Überschüsse von den Theoretikern dieser Gemeinwesen ausgearbeitet und in einer Reihe opfervoller Experimente versucht, die Möglichkeit der Durchführung der Projekte sowie ihren hohen wirtschaftlichen und kulturellen Wert für die Menschheit zu beweisen. Dieses sozialistische Ideal war weder neu noch originell; zu seinen Erfindern und literarischen Vertretern gehören zahlreiche

bekannte sozialistische Namen verschiedener Epochen und namentlich des XVIII. Jahrhunderts. Ebensowenig originell ist seine Begründung durch OWEN und THOMPSON, die sich auf die natürlichen sozialen Gesetze, auf das menschheitliche Bestreben nach Glück, auf die Vorstellungen von der menschlichen Natur stützten, die den Denkern des XVIII. Jahrhunderts entlehnt wurden.

Bedeutend interessanter und für das Verständnis des englischen Sozialismus der 20er und 30er Jahre des XIX. Jahrhunderts wichtiger ist die wirtschaftliche Basis, die Kritik des Kapitalismus und die ökonomischen Prinzipien, die dem neuen sozialen System vorausgeschickt wurden. Diese wirtschaftlichen Gedankengänge führen uns in die Tiefe der sozialistischen Systeme jener Epoche und erklären manche dunkle Punkte in den Konstruktionen OWENS, THOMPSONS, COMBES, MORGANS und vieler ihrer Anhänger. Doch ist hier zu bemerken, daß die wirtschaftlichen Gesichtspunkte von den alten englischen Sozialisten nicht in den Vordergrund ihrer Untersuchungen gestellt wurden; im Gegenteil, sie nehmen eine untergeordnete Stellung in ihren Systemen ein, die von moralischen und sozialen Elementen beherrscht sind. Sowohl bei OWEN, wie bei THOMPSON finden wir die rein wirtschaftlichen Betrachtungen nur hier und da verstreut und nur selten in abgeschlossener Form dargestellt; ihre Zusammenfassung und Analyse zeigt aber eine durchschlagende Ähnlichkeit der wirtschaftlichen Ausgangspunkte, die nicht nur für die Haupttheoretiker des Sozialismus jener Zeit, sondern auch für die meisten Teilnehmer an der Arbeiterbewegung der ersten Jahrzehnte des XIX. Jahrhunderts charakteristisch ist.

Wir wollen daher die Frage zu beantworten suchen, welche wirtschaftliche Voraussetzungen ROB. OWEN, WM. THOMPSON und ihre Anhänger zu sozialistischen Konstruktionen führten.

OWEN kommt immer wieder auf die Tatsache der Verschlechterung der Lage der gewerbfleißigen Arbeiter zurück, und dieselbe Tatsache wird in verschiedener Form von der sozialistischen und korperativen Presse zur Begründung der kooperativ-sozialistischen Doktrin verwendet. Dabei werden auch die Ursachen dieser Verschlechterung in Betracht gezogen, die uns einen Wink geben, was unter den gewerbfleißigen Arbeitern zu verstehen ist. Die Ur-

sachen bestehen im wirtschaftlich-technischen Fortschritt, in den Erfindungen von Maschinen und in der Privatkonkurrenz. „Eure Arbeit", ruft OWEN den gewerbfleißigen Arbeitern zu, „kommt in direkte Konkurrenz mit Maschinen und andern wissenschaftlichen Erfindungen, wodurch ihr, wie Erfahrung uns zeigt, niedergedrückt werdet, bis ihr schließlich zum Existenzminimum (lowest possible stage of existence) herabsinket und wenige sehr reiche Familien euch unter falschem Anschein von Freiheit in einer hoffnungsloseren und hilfsloseren Sklaverei halten werden, als die Neger in Westindien und Amerika, die da haben, was ihr wünschen möchtet, ein direktes Anrecht auf Nahrung, Kleidung und Wohnung bei dem Herrn, der sie aufzieht oder kauft"[1]). Oder an anderer Stelle: „Solange der technische Fortschritt fortdauert und die Privatkonkurrenz weiterexistiert, gibt es kein Mittel, das den Niedergang der Arbeiterklassen aufhalten könnte", da „bei der heutigen Organisation der Gesellschaft alles den Wert der Arbeit vermindert, was die Produktion erleichtert". Diese Gedanken ROB. OWENS, die durch eine große Anzahl naheliegender Ausführungen begleitet wurden, enthalten schon eine für die Zeit charakteristische Voraussetzung, die wirtschaftliche Krise der Handarbeiter, die Unfähigkeit des Kleinbetriebs, dem wirtschaftlich-technischen Fortschritt zu folgen. Denn es bedarf keiner besonderen Beweise, um den Zusammenhang der Hinweise OWENS auf die Wirkung der Maschinen, die Entwertung der Arbeit, den Niedergang der Arbeiterklassen mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des handarbeitenden Kleinproduzententums klarzulegen, die von ROB. OWEN noch in einem pessimistischeren Lichte dargestellt werden, als sie sich in den 20er Jahren gestalteten. Die Lage der Handarbeiter erscheint demnach OWEN im fortschreitenden Kapitalismus rettungslos und eine Lösung der so gestellten sozialen Frage nur durch Gründung neuer, von den kapitalistischen Formen grundverschiedener sozialer Gebilde, der kooperativen Gemeinwesen, erreichbar. Der wirtschaftliche Hintergrund der utopistischen Konstruktion OWENS ist demnach die Lage der Handarbeiter, die von OWEN als dem wirtschaftlichen, kapitalistischen Fortschritt inhärent gedacht wird. Solange ROB. OWEN diese Einsicht in die Verhältnisse

1) „An Adress to the Agriculturists, Mechanics and manufacturers, both masters and operatives of Great Britain and Ireland" (September 1827.)

der kleinbetrieblichen Arbeiterschichten fehlte und seine Aufmerksamkeit auf die großbetrieblichen Zustände gerichtet war, bewegte sich sein soziales Denken im Kreise der Fabrikgesetzgebung, der Wohlfahrtseinrichtungen, der staatlichen Fürsorge für Arbeitslose und allgemeiner Volksbildungsfragen; und erst, als nach dem Abschluß der Napoleonischen Kriege (1815) die Krise des kleinbetrieblichen Wirtschaftssystems auf die Höhe getrieben wurde und das Elend der Handarbeiter in den Vordergrund rückte, entwickelten sich Owens soziale Gedankengänge zum utopistischen Sozialismus.

Im Anschluß an das Owensche soziale System kooperativer Gemeinwesen ist auch das Wort „Sozialist" geprägt worden, das wir im „Cooperative Magazine", einer Zeitschrift, die in den Jahren 1826—29 das Owensche Ideal popularisierte, in einer Note zum Artikel „Cooperation" im Novemberheft 1827 finden: „Der Hauptunterschied . . . zwischen den modernen (Mill, Malthus) politischen Ökonomen und den Kommunisten oder Sozialisten"[1]), lesen wir dort, „besteht darin, ob es wohltuender ist, daß das Kapital individuell oder gemeinsam (besessen) wird? Wir sagen, daß es viel wohltuender wäre, wenn es gemeinschaftlich wäre. Fürwahr, wir können nicht begreifen, warum dieselbe Kapitalmenge im gemeinsamen Besitz von sage 1000 Personen mit einem gleichen Interesse, möglichst großen Erfolg zu erzielen, nicht ebenso produktiv sein und ebenso vorteilhaft verwendet werden könnte, wie wenn es von einem Individuum besessen wird, das 1000 Personen zu unterhalten hat, welche kein Interesse daran haben oder fühlen, oder bestenfalls nur ein sehr geringes, irgend einen Erfolg zustande zu bringen". Die Sozialisten oder Kommunisten sind demnach Anhänger des „sozialen Systems" oder der Landkommunen (communities), die von Owen vorgeschlagen wurden; ihr spezifischer Charakterzug ist die Form des Kapitalbesitzes, die damals genossenschaftlich, in Gemeinschaft von circa 1000 Personen, projektiert wurde. Die Sozialisten haben sich also gegen den Privatbesitz an Produktionsmitteln gewandt, sind aber noch nicht zum Kollektivismus gekommen. Ihr Sozialismus besteht in der Forderung von Kapitalbesitz kooperativer Natur. Wir werden

1) Es ist von Graham Wallas in seinem Buche „The Life of Francis Place" 1898 irrtümlich behauptet worden, erst im Jahre 1833 finde man in der englischen Presse das Wort „Sozialist".

sehen, daß in der weiteren Entwicklung sozialistischer Gedankenreihen, während der Periode der 20er und 30er Jahre die Kooperation immer mehr Übergangsstufe zu einem gerechten sozialen System und dadurch aus dem Endziel ins Bereich der Mittel und demnach zur Praxis abgelenkt wird. Bei OWEN und THOMPSON ist sie noch bloß der beseelende Faktor ihrer utopistischen Konstruktionen.

Neben dem kooperativen Besitz an den Produktionsmitteln wirkt in den sozialistischen Theorien der Zeit das Prinzip gerechter Reichtumsverteilung. In den 20er Jahren wird von THOMPSON in seinen „Untersuchungen über die Verteilung des Reichtums" (1824) und darauf von A. COMBE immer schärfer die zum völligen Glücke der Menschheit notwendige „Gleichheit der Verteilung" hervorgehoben und als Kriterium der neuen sozialen Einrichtungen hingestellt; in den OWENschen Gemeinwesen soll nach THOMPSON dieses Ideal gleicher Verteilung oder der Verteilung der Produkte nach den Bedürfnissen der an der „Kommune" Beteiligten realisiert werden; OWEN selber legte auf diese Frage keinen besonderen Wert und ließ manche Unterschiede der Reichtumsverteilung in seinem Gemeinwesen bestehen, da er hauptsächlich darauf bedacht war, allen Teilnehmern das größtmögliche Minimum von materiellen und geistigen Lebensgenüssen zu sichern, sich aber im Übrigen von Zweckmäßigkeitsmotiven leiten ließ.

Auch in der Organisationsfrage, die im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit der kooperativen Gemeinwesen entstand, sind die OWENschen Pläne von THOMPSON modifiziert worden. OWEN anerkannte nämlich für die erste Periode der Existenz neuer sozialer Gemeinwesen das autokratische und autoritäre Prinzip in der Organisation und Leitung der produktiven Tätigkeit der Sozialisten, während THOMPSON sich energisch für das demokratische Prinzip, die Wahl aller Leiter durch die Produzenten, aussprach und in den Experimenten der Kommunenorganisation durchzuführen suchte.

Das OWENsche „System" des kooperativen Sozialismus wurde demnach schon in der Mitte der 20er Jahre durch das egalitäre Verteilungsprinzip und die demokratische Organisationsform modifiziert und dadurch wirkungsvoller gestaltet: die sozialistische Propaganda nimmt zu Ende der 20er Jahre einen großen Aufschwung.

Owen, Thompson, Combe, Morgan und eine große Anzahl verschiedener Broschürenschriftsteller popularisieren die oben dargestellten Gedankengänge.

Wir müssen nun von dieser allgemeinen und auf die Gründung kooperativer Gemeinwesen gerichteten sozialistischen Theorie und Propaganda zu einem anderen Ideenkomplex übergehen, der sich zwar mit dem dargestellten zusammenflocht, aber zum Ausgangspunkt ganz anderer Schlüsse und praktischer Konsequenzen wurde. Dabei wird insbesondere Wm. Thompson und zum Teil Thos. Hodgskin zu berücksichtigen sein.

Bisher haben wir Wm. Thompson nur als den Fortbildner des Owenschen Komunenideals betrachtet, doch ist das nicht die einzige Rolle, in der der bekannte soziale Denker sich betätigt hat. Neben dem System kooperativer Gemeinwesen, oder wie er es noch anders nennt: dem „System sozialer Sicherheit", entwickelt Thompson ein zweites, auf „natürlichen Gesetzen der Verteilung des Reichtums" beruhendes soziales „System individueller Sicherheit". Thompson hält das Owensche Ideal für das höchste, erstrebenswerteste Ziel, das den Teilnehmern das höchste Glück geben könnte, schildert aber noch eine andere Möglichkeit, der Menschheit, den Arbeitermassen, wenn auch nicht in so vollem Maße, wie es beim Owenschen System geschehen würde, Hilfe zu bieten.

Im System der „individuellen Sicherheit" würden nach Thompson folgende natürliche Verteilungsprinzipien gewährleistet werden: „1. freie Arbeit, d. h. alle Arbeit soll hinsichtlich ihrer Richtung und Dauer frei und freiwillig sein. 2. Alle Produkte der Arbeit sollen ihren Erzeugern gesichert sein. 3. Aller Austausch dieser Produkte soll frei und freiwillig sein."[1] Alle künstlichen Schranken, zu denen Thompson die Monopole, Primogeniturgesetze, allerlei wirtschaftliche und politische Privilegien zählt, müssen beseitigt und der wirtschaftlichen Tätigkeit aller Produzenten freie Bahn und rechtlich gleiche Bedingungen geschaffen werden. Insofern bleibt Thompson im Rahmen der sich damals entwickelnden

[1] W. Thompson, Untersuchungen über die Grundsätze der Verteilung des Reichtums zu besonderer Beförderung des menschlichen Glücks (deutsch 1903). I S. 305.

manchesterlichen laissez-faire Ideen. Doch geht THOMPSON weiter und baut auf der Basis der freien Wirtschaft ein soziales System auf, das auf dem Prinzip des „natürlichen" Eigentums an den Produktionsmitteln konstruiert ist. „Der naturgemäße Hergang", lesen wir in den ‚Untersuchungen' „wäre ja nun der, daß jeder produktive Arbeiter die zu verarbeitenden Stoffe, die Werkzeuge, Wohnung und zu seinem Unterhalte nötigen Nahrungsmittel selbst besäße und dazu noch eine genügende Geschicklichkeit und die Kenntnisse, die zur Verwertung dieser Grundlagen der Produktion erforderlich sind." [1]) THOMPSON erklärt im weiteren, was die konkrete Bedeutung dieser Ausführung ist, er tritt für einen gesicherten Besitz des für einen Bauer oder Handwerker notwendigen Kapitals ein. Die Agrar- resp. die Gewerbeverfassung soll demnach auf der Grundlage des bäuerlichen Parzellengrundbesitzes resp. des kleinbetrieblichen, wohlfundierten Handwerks beruhen. Um seinem Gedanken größere Klarheit zu verleihen, zeigt THOMPSON am Beispiel Amerikas das annähernde Funktionieren des kleinbetrieblichen Wirtschaftssystems: „der gewerbliche Arbeiter wird dort durch die Ersparnisse, die er von seinem Lohne macht, bald ein kleiner Kapitalist: daher kommt die erfreuliche Tatsache, daß in den Vereinigten Staaten Dienstleute und gewöhnliche Arbeiter selten sind. Diese kapitalbesitzenden produktiven Arbeiter können ihre Kinder, sobald diese beginnen, für sich selbst zu arbeiten, mit allem versehen, was für eine gewerbfleißige Anstrengung erforderlich ist, so daß sie sich nicht an große Arbeitgeber zu verkaufen brauchen [2])." In hellen Farben schildert THOMPSON den Wohlstand der Arbeiter-Kapitalisten, die sein Wirtschaftssystem beherrschen: „das Kapital häuft sich in den Händen aller an und nicht nur in denen einiger weniger Kapitalisten. Kapital würde reichlich vorhanden sein, aber nicht durch die Pracht einiger weniger protzig zu Tage treten, sondern in jeder Familie bescheiden weilen und Gesundheit, Freude und Zufriedenheit verbreiten" [3]).

THOMPSON will die großen Kapitalisten oder die „Nur-Konsumenten" nicht völlig vernichten. Auch Lohnarbeiter würden im System „individueller Sicherheit" vorhanden sein. Doch würden sie sich den Verhältnissen zu fügen haben, die von der großen

---

1) Ebenda S. 408. 2) Ebenda S. 419. 3) Ebenda S. 425.

Masse der Kleinproduzenten, den Arbeiter-Kapitalisten, geschaffen würden. Und zwar wird von THOMPSON besonders hervorgehoben, daß die Lage der Arbeiter, sowohl der Gehilfen der Arbeiter-Kapitalisten, wie auch der Lohnarbeiter der Großkapitalisten, sehr gut sein und daß auch nur um einen kleinen Teil des Produktes ihrer Arbeit verminderte Entlohnung gewährt würde, da das Angebot von Arbeitskräften unter den Verhältnissen des vorherrschenden Kleinbetriebs nur gering sein und die Konkurrenz unter den Arbeitern aufs Minimum reduziert würde. Mit der Vorherrschaft der kleinbetrieblichen Produktion wird nach THOMPSON das Recht auf den vollen Arbeitsertrag realisiert; die Arbeiter-Kapitalisten erhalten dadurch, daß sie für sich selbst arbeiten und unabhängig sind, das ganze Produkt ihrer Arbeit. „Die Gesamtheit der Produkte der Arbeit würde dem Produzenten als Lohn zufallen und für alles, was er hingäbe, erhielte er einen befriedigenden Gegenwert" [1].

Das THOMPSONsche System „individueller Sicherheit" behält das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Konkurrenz unter den Produzenten und die relative Ungleichheit der Reichtumsverteilung bei. Insofern ist es selbst den primitiv sozialistischen Gedankengängen ganz fremd. Dennoch aber wird es von THOMPSON als eine Durchführung der natürlichen Gesetze der Verteilung betrachtet, wenn auch die relativen Mängel im Vergleich mit dem OWENschen System anerkannt werden. Das kooperativ-sozialistische und das individualistisch-kleinbetriebliche Ideal sind erstrebenswert, „es ist für das Glück der Menschheit nötig, daß beide Produktionsarten erprobt werden" [2].

Was vereinigt im Geiste THOMPSONS die beiden heutzutage nur als entgegengesetzt gedachten sozialen Systeme? Die Antwort liegt in dem oben dargestellten sozialen Problem der Zeit. THOMPSON erfaßte es am schärfsten und tiefsten, er suchte überall nach einer Lösung der kritischen Lage des Kleinproduzententums und befürwortete das soziale Ideal, welches eine Stärkung, Hebung und Befriedigung des sinkenden oder bedrohten Handwerkertums und anderer handarbeitender Elemente versprach. Sowohl das utopistische Kommunensystem, wie das fingierte Wirtschaftssystem

---

1) Ebenda S. 411. 2) Ebenda II 539.

mit der Vorherrschaft des kapitalkräftigen Kleinproduzententums würden bei allgemeiner Anwendung eine Rettung der Handarbeiter von der großkapitalistischen Gefahr zur Folge haben. Das war ein genügender Grund, um sie beide als wünschenswerte Ziele, die eine Realisation „natürlicher Verteilungsgesetze“ mit sich bringen würden, aufzustellen. Die kooperativ-sozialistische Lösung ist nur eine, freilich die ideale Lösung des Kleinproduzentenproblems der Zeit. Es gab aber eine parallele individualistische Lösung, die von THOMPSON begründet und von HODGSKIN zum Leitgedanken seiner Ausführungen über das wünschenswerte soziale System gemacht wurde. Dieses System hatte seine Spitze in der Idee der Vereinigung des Handarbeiters und des Kapitalisten in der Person des Arbeiterkapitalisten, in der größtmöglichen Beseitigung der unnatürlichen Nur-Kapitalisten und Nur-Arbeiter sowie in der Sicherung des vollen Arbeitsertrages für die Produzenten durch Verselbständigung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Masse der Kleinproduzenten.

Die Verbindung des Systems „individueller Sicherheit“ mit dem Plane kooperativer Gemeinwesen ist aber nicht mehr im Bereich theoretischer Spekulation THOMPSONS geblieben, sondern erwies sich als zur Ausarbeitung eines praktischen Schemas einer sozialen Bewegung wohl geeignet. Sie war wiederum eine Leistung WM. THOMPSONS, der im Jahre 1827, in der Broschüre „Labor Rewarded“ die praktischen Konsequenzen aus den schon 1824 veröffentlichten „Untersuchungen über die Prinzipien der Verteilung des Reichtums“ zu ziehen versuchte. Das praktische Programm, welches THOMPSON den Arbeitern, d. h. den gewerbfleißigen Handwerkern, vorschlägt, ist von dem Streben nach einer Vereinigung des Arbeiters und Kapitalisten in einer Person und nach Anerkennung des Wertes der kooperativen Anstrengungen, als Mittel zur Hebung der Arbeiterschaft, beseelt. Individuell oder kooperativ, durch Ausnutzung der Gewerkvereine sollten die Arbeiter Kapital akkumulieren.

„Kapital kann aus den Ersparnissen von den Löhnen der gut bezahlten Arbeit ebenso wie aus dem Kapitalgewinn akkumuliert werden . . . . Alle Artikel, die dauernd gebraucht

werden, Möbel, Häuser, Werkzeuge und Maschinen, Arbeitsmaterialien, Nahrung oder Kleidung, dauernde Besserungen des Bodens oder der Häuser, bilden das Kapital und können von einem jeden Individuum allmählich akkumuliert oder zustande gebracht werden, wodurch ein Jeder unabhängig und glücklich werden würde . . . ." In diesem Sinne der Förderung des Kapitalerwerbes unter den Gewerbfleißigen selbst müssen die Gewerkvereine wirken, um tatsächlich dem Ziel sich zu nähern: den Gewerbfleißigen das Produkt ihrer eigenen Arbeit zu sichern. Solange die Gewerbfleißigen nicht Kapitalisten so gut wie Arbeiter werden und jeder im Besitz des Teils des Kapitals ist, der notwendig ist, um seine Arbeitskraft produktiv zu machen, müssen sie den teuren Konkurrenzpreis denen zahlen, die „das Land, auf dem sie (die Arbeiter) leben und das mit Hilfe ihrer Arbeit ihre Nahrung erzeugt, sowie die Materialien, die sie verarbeiten, Häuser, Werkzeuge und Maschinen, mit denen sie arbeiten, in die Hände bekommen haben. Für den Gebrauch aller dieser Artikel müssen die Arbeiter zahlen" [1]).

Daher müssen die „gut bezahlten Arbeiter" sparen und sich selbständig zu machen suchen. Die Gewerkvereine sollen als Sparvereine fungieren und die angesammelten Kapitalien zur Organisierung von größeren Werkstätten und Fabriken verwenden. Die Fonds der Gewerkvereine sollen „der Errichtung passender Räume und dem Ankauf bester Maschinen" dienen. Arbeitslose sollen in ihnen zunächst Beschäftigung finden. „Wenn, wie es wahrscheinlich geschehen wird, die Arbeiter, welche in diesen Gewerkvereinsfabriken (Trades-Manufactories) arbeiten, wünschen sollten, selbst Besitzer des Geschäfts zu werden und dem Gewerkverein aus den Ersparnissen von ihrem Verdienste oder aus irgend einer anderen Quelle den Preis der Häuser und Maschinen zu bezahlen — so muß solch lobenswerter Wunsch, sich der wirklichen Unabhängigkeit zu nähern, von den Gewerkvereinen mit allen Mitteln gefördert werden . . . ." „Da diese Gewerkvereinsfabriken also in den Besitz von Aktiengesellschaften der Arbeiter selber kommen würden, sollen andere Räume und stets die besten Maschinen von den Gewerkvereinen errichtet werden, um eine be-

1) W. Thompson, Labor Rewarded. The claims of labor and capital conciliated. 1827, S. 87.

ständige Zufluchtsstätte für Gewerbfleißige, die ihre Beschäftigung verlieren, zu sein“ [1]).

Diese Ausführungen THOMPSONS in eine moderne Ausdrucksweise übertragen, haben den Sinn: die Gewerkvereine aufzufordern, sich in Spar- und Kreditvereine zu verwandeln, die ihre Mittel zur Organisation von Produktivgenossenschaften, zunächst für arbeitslose Gewerbfleißige, dann für die Masse der „gut bezahlten“ Arbeiter, verwenden sollen. Durch Sparen und speziell genossenschaftliches Sparen sollten die „gut bezahlten“ Arbeiter Kapital erwerben und es dann durch individuelle oder besser: durch genossenschaftliche Betätigung produktiv verwenden. Doch ist in der Produktivgenossenschaft das Ideal, der Besitz des vollen Arbeitsprodukts durch den Produzenten, noch nicht erreicht, da bei der Anschaffung von Roh- und Nahrungsstoffen der Arbeiter-Kapitalist einen Profit an die Nicht-Arbeiter zahlen muß. Daher entwickelt THOMPSON das Emanzipationsprogramm weiter. Die Produktivgenossenschaft „muß sich in ihrer Nähe soviel Land anschaffen, ... daß sie ihre eigene Nahrung zum Kostenpreis haben könnte“ [2]); daraufhin soll die Genossenschaft „so viel Handwerker, Schuhmacher, Maurer, Zimmerer, Bäcker, Schmiede, Maschinenbauer usw. aufnehmen, als notwendig sein wird, um so viel wie möglich die unvermeidlichsten Bedürfnisse selber zu befriedigen . . .“ „Alle diese Handwerker . . . sollen den gleichen Lohn wie die große Masse der Gewerbfleißigen erhalten . . .“ [3]). Der vollständige Ausbau der Produktivgenossenschaft wird aber zu nichts anderem als dem kooperativen Gemeinwesen, wie es von OWEN—THOMPSON projektiert wurde, führen. „Nur so, die weitverbreiteten Übel der isolierten Tätigkeit und individuellen Konkurrenz schrittweise beseitigend, die nie-endenden Lasten der Zwischenhändler sparend, alle notwendigen Produkte zum Kostenpreise konsumierend und alle andern zum en gros Preis, die Geschicklichkeit aller bessernd und auf nützlichste Zwecke richtend, werden die gewerbfleißigen Klassen tatsächlich dazu gelangen, sich das ganze Produkt ihrer Arbeit zu sichern“ [4]).

Dieses praktische Programm THOMPONS, das sich auf beide oben erwähnten sozialen Systeme stützte, wurde von der genossen-

---

1) Ebenda S. 88. 2) Ebenda S. 90. 3) Ebenda S. 91. 4) Ebenda S. 92/93.

schaftlichen Praxis aufgenommen, etwas modifiziert und je nach dem Charakter der Genossenschaften bald mehr kommunistisch, bald mehr individualistisch beleuchtet.

Ein weiterer Schritt zur Lösung des damaligen sozialen Problems wurde von John Gray gemacht, der im Jahre 1831 sein „Soziales System" veröffentlichte. 6 Jahre früher hatte John Gray eine Broschüre „A lecture on human happiness", herausgegeben, in der er für die Owenschen kooperativen Gemeinwesen eintrat, „die den Zweck haben, eine gleiche Verteilung der Mittel zum Glücke unter allen zustande zu bringen und die ganze Menschheit in Frieden und Eintracht zu vereinigen"[1]). Gray begnügte sich aber mit den Owenschen Ausführungen und Plänen nicht, sondern versuchte neue Gesichtspunkte in die soziale Spekulation seiner Zeit hinein zu bringen. Den Schwerpunkt seiner Theorie legte er in den Austausch. Im Handel war er sein Leben lang tätig gewesen und die Mängel des kapitalistischen Austausches waren ihm geläufig.

Das Prinzip, welches Gray seinem sozialen System zugrunde, legen will, ist das Austauschprinzip[2]): „daß man zu jeder Zeit soll ebenso leicht gegen Geld verkaufen können, wie man jetzt mit Geld kaufen kann". Jeder Produzent sollte einen sofortigen Abnehmer haben und dadurch stets seine Existenz im Verhältnis zur geleisteten Arbeit bestreiten können. In der Tat war diese Problemformulierung für die Psychologie des Kleinproduzententums sehr naheliegend, da die Absatzfrage sich für die Hausarbeiter und Handwerker wegen der großbetrieblichen Konkurrenz besonders schlimm gestaltete. Im Mangel von Käufern gelangte ja konkret die Not des Kleinproduzenten zum Ausdruck, und wir sind schon bei Owen und Thompson vorübergehend Versuchen begegnet, in erster Linie den arbeitsloswerdenden Elementen der Handarbeiter zu helfen. Wir werden im weiteren mit einer praktischen Bewegung uns bekannt machen, die sich das Ziel steckte, den Kleinproduzenten den Verkauf ihrer Produkte zu erleichtern, wir meinen die Arbeitsbörsenbewegung, die das soziale Problem der Epoche durch eine Organisation des Austausches zu lösen dachte.

John Gray plante aber Größeres als eine Organisation des Austausches. Er unterwarf das ganze Wirtschaftsleben dem Organi-

1) John Gray, A lecture on human happiness. 1825. S. 6. 2) Ebenda S. 16.

sationsprinzip. Eine systematische Ordnung des ganzen Wirtschaftssystems, der Produktion, des Austausches und der Verteilung, schien ihm zur Lösung des gestellten Austauschproblems notwendig zu sein. Wir finden demnach im „Social System" einen großzügigen Plan einer kollektivistischen Wirtschaftsorganisation, die von einer freiwillig zusammentretenden Produktivgenossenschaft eingeleitet, allmählich sich auf das ganze Wirtschaftsleben erstrecken würde. An der Spitze der Wirtschaftsorganisation würde eine nationale Handelskammer stehen, „die die ganze Landbebauung, Industrie und Handel leiten und kontrollieren sollte": „der Landbau und die praktische Leitung alles Handels und der Industrie soll den Beamten oder Geschäftsführern anvertraut werden, die gegen ein bestimmtes Gehalt angestellt und unter der Leitung und Kontrolle der Handelskammer tätig sein würden"; „sämtliche Land- und Industrieprodukte sollten in nationalen Warenhäusern niedergelegt und dann nach Detailläden transportiert werden"[1]. Die Löhne sollen nicht in Metallgeld, sondern in Papier resp. Notengeld gezahlt werden und von der Handelskammer bestimmt sein. Die Preise der Waren sollen nach dem Kostenpreise der Rohmaterialien, der Arbeitslöhne, einem Zins, der eine genügend schnelle Kapitalakkumulation sichern würde, sowie der zur Deckung „der Renten, Gehälter, Entwertung der Vorräte, unproduktiver Arbeit und nationaler Abgaben" nötigen Quoten, bemessen werden. Die Geldmenge würde in jedem Moment dem Preis der gesamten Warenmenge gleich sein und je nach den Veränderungen in der letzteren vergrößert oder verkleinert werden. Ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen des Volkes und der Produktion würde durch exakte statistische Berechnungen und eine zweckmäßige Leitung des Wirtschaftslebens auf die Dauer hergestellt werden, das GRAYsche Austauschprinzip würde volle Geltung bekommen.

Durch die klare Fassung der Organisation des Wirtschaftslebens auf nationaler Stufenleiter und durch die Schilderung des kollektivistischen Systems ist GRAY dem modernen Sozialismus näher getreten als seine Zeitgenossen OWEN und THOMPSON.

In einer stetigen Umwandlung befindlich, machte die sozialistische Theorie von OWEN bis GRAY einen bedeutenden Evo-

1) JOHN GRAY' The Social System. 1831 S. 32/33.

lutionsprozeß durch. Von der vagen Idee einer Beseitigung des sozialen Elends der breiten Volksmassen ausgehend, formierte sich die sozialistische Lehre zunächst als die Befürworterin der kooperativen Gemeinwesen, die entweder wie bei Owen auf autoritätärer, zum Teil philanthropischer, oder wie bei Thompson auf demokratisch-egalitärer Grundlage basierten. Einen indirekten Anstoß bekam die sozialistische Doktrin dann von der Spekulation Thompson-Hodgskins über das „natürliche“ Kleinproduzentensystem der gesicherten Arbeiter-Kapitalisten-Wirtschaft; diese Spekulation brachte die Genossenschaftsidee ins Bereich der Praxis, indem es die Genossenschaft einmal als Hilfsmittel zur Kapitalakkumulation, zweitens als Übergangsform zum kooperativen Gemeinwesen erscheinen ließ. Daraufhin wurde die sozialistische Forschung auf das Austauschproblem gerichtet, welches in seiner praktischen Anwendung mit der Organisationsidee verbunden wurde und zunächst zu einer Organisation des Austausches unter den Handarbeitern und in weiterer Folge zu der Spekulation Grays über eine kollektivistische Organisation des Wirtschaftslebens führte.

Der Weg zur Emanzipation sollte nach der Vorstellung sämtlicher alt-englischer Sozialisten durch freiwilligen Entschluß der Interessenten oder durch hilfreiches — sei es von ideellen Motiven sei es von der Einsicht des allgemeinen Wohles, das durch die vorgeschlagenen Reformen erzielt werden könnte, beeinflußtes — Eingreifen der Reichen und Mächtigen gebahnt werden. Das Tätigkeitsgebiet der Sozialisten war demnach auf die Propaganda und die Leitung der Versuche, die zur Durchführung der vorgeschlagenen Pläne gemacht wurden, beschränkt. Nunmehr wollen wir, unter Beiseitelassung der bedeutungslosen Kommunenexperimente, zur praktischen Bewegung im Rahmen des Genossenschaftswesens und der Organisation des Austausches übergehen.

IV.

Die Kooperation als soziale Bewegung hat in der uns interessierenden Periode zwei verschiedene Etappen durchgemacht. In den Jahren 1827—32 hat sie sich in mannigfaltigen Genossenschaftsformen entwickelt, in den Jahren 1832—34 hat sie einen groß

angelegten Versuch gezeitigt, durch eine Organisation des Austausches der von Kleinproduzenten erzeugten Waren das soziale Problem nach dem THOMPSONschen System „individueller Sicherheit", d. h. unterErhaltung eines gesicherten Kleinbetriebes, zu lösen.

Die erste Periode verlief teilweise im Anschluß an die Propaganda WM. THOMPSONS, doch hatte sie auch eine spontane Bewegung unter manchen Kleinproduzenten, die nur durch Eigeninteresse zur genossenschaftlichen Betätigung angeregt wurden, zum Ausgangspunkt. In der ersten Hälfte des Jahres 1827 wurde eine Anzahl von Genossenschaften gegründet. In Morley, einem Industriedorf Yorkshire's, dessen Bevölkerung aus Handwebern bestand, in Norwich, Brighton und London, den alten Handwerkerstädten, in der Stadt der Kleingewerbe Birmingham und in Thorne, einer Landgemeinde, also in den verschiedensten Gegenden Englands mit Ausnahme der Fabrikdistrikte des Nordens, wurde im genannten Jahre zur Genossenschaft gegriffen. Worin das genossenschaftliche Wirken bestehen sollte und worin das Motiv der Versuche bestand, erfahren wir aus der folgenden Erklärung des Sekretärs der Genossenschaft in Morley: „Am Anfang des Jahres 1827 vereinigten sich 18 Personen, die das Elend ringsum sahen, um Abhilfe zu schaffen, 5 zogen sich bald zurück, die übrigen 13 machten sich ans Werk .... Zu Beginn ihrer Tätigkeit wußten sie nichts von kooperativen Vereinen; sich auf die gute Sache und den Segen des Himmels verlassend, beschlossen sie, einen Versuch zu machen, und begannen ein Geschäft, in dem sie Mehl, Hülsenfrüchte und andere Artikel verkauften"[1]. Die natürliche, primitive Genossenschaftsform war demnach eine Handelsgenossenschaft, zu der die Handarbeiter von dem Elend, das durch die Konkurrenz des Großbetriebs erzeugt wurde, getrieben wurden.

Die meisten im Jahre 1827 spontan entstandenen Genossenschaften waren Handelsgenossenschaften, deren Ziel darauf beschränkt war, den Teilnehmern eine anständige Existenz zu gewähren. Das war die erste Form, in der die Genossenschaftsidee unter den Kleinproduzenten in praxi auftrat, und die kooperativen sowie sozialistischen Theoretiker, die in der Mitte der 20er Jahre einen propagandistischen Erfolg unter den intelligen-

1) „The Weekly Free Press" v. 18. August 1829.

testen Handwerkern hatten, gingen sofort ans Werk, die Handelsgenossenschaftskeime im Sinne ihrer kooperativen Pläne auszunützen. In der kooperativen Propaganda, auch im „Labor Rewarded", war die Handelsgenossenschaftsidee nicht vorhanden, doch machte es keine Schwierigkeit, die spontane Genossenschaftsform in das kooperative System einzugliedern. Die von Thompson vorgeschlagene Stufenleiter des kooperativen Aufsteigens der „gut bezahlten" Arbeiter nahm jetzt namentlich durch die Ausführungen des talentierten W. King in „The Cooperator" (1828) folgenden Charakter an. Die erste Stufe der Kooperation sollte in einem Sparverein, die zweite in einer Handelsgenossenschaft, die dritte in einer Produktivgenossenschaft und die vierte, wo möglich, im kooperativen Gemeinwesen bestehen. Das war das Schema, welches der Propaganda, die von dem „Londoner kooperativen Verein" ausging, der sich in die „Britische Assoziation zur Förderung des kooperativen Wissens" umwandelte und die besten Handwerker Londons, die Lovett, Watson, Cleave, Hetherington und andere umfaßte, zugrunde lag; die Durchführbarkeit dieses Schemas wurde von dem Verein in Brighton demonstriert.

20 Brightoner Handwerker brachten in £ 5 Anteilen ein Kapital von £ 100 zusammen. Sie eröffneten einen Laden und hatten Erfolg. Während des ersten Monats ihrer Existenz nahmen sie noch 50 Mitglieder auf und erhöhten ihr Kapital auf £ 350, zum Schluß des Jahres 1827 stieg die Mitgliederzahl auf 200. Als ein größeres Kapital akkumuliert war, entstand die Frage der Organisation von Produktivgenossenschaften, welche die Mitglieder in zwei Gruppen spaltete. Die eine Gruppe bildeten die Fischer Brightons, die das Fischereigewerbe genossenschaftlich betreiben wollten, die andere Gruppe bestand aus den Handwerkern verschiedener anderer Gewerbe, Tischler, Schuhmacher, Schneider, Böttcher, diese wollten eine Landgenossenschaft zustande bringen. Das genossenschaftliche Kapital wurde demnach zwischen den zwei Gruppen geteilt, die Fischer bildeten eine erfolgreiche Genossenschaft, die ihnen gute Profite abwarf; die andere Gruppe erwarb 218 Acres Land und beschäftigte mehrere ihrer Mitglieder im Gartenbau. Ein zweiter Laden wurde in Brighton eröffnet, der speziell den Verkauf der Erzeugnisse des Gartenbaus betreiben sollte. Die kooperative Zeitschrift „The Lancashire and

Yorkshire-Cooperator" erzählt 1831, daß die Genossenschaft allmählich immer mehr Land pachtete und daß alle Mitglieder schließlich sichere Arbeit und gute Löhne hatten.

Der Erfolg der Brightoner wirkte ermutigend auf die Masse der Arbeiterschaft und diente als Modell für spätere Gründungen, die in den Jahren 1829—32 einen bedeutenden Umfang angenommen haben. Am Schluß des Jahres 1829 wurden von der kooperativen Presse schon 130, am Ende des Jahres 1830 zirka 500 Genossenschaften registriert. Das war der Höhepunkt der Entfaltung kooperativer Praxis in jener Periode.

Es wäre aber verfehlt, die 500 Genossenschaften aus dem Grunde, weil ihnen ein und dasselbe Schema als Arbeitsplan vorlag, für etwas ganz Einheitliches zu halten. Die genossenschaftliche Praxis hat zwei verschiedene Typen aufzuweisen und zwei verschiedene Tendenzen enthalten, die gegen einander zerstörend wirkten. Die Genossenschaftstypen zerfallen nach dem Charakter der Mitglieder, der Ortschaften, der Geschäftsführung. Wir haben mehrmals erwähnt, daß die kooperative Bewegung die kleinbetrieblichen Arbeiterelemente umfaßte; und diejenigen Genossenschaften, welche in Ortschaften mit vorherrschendem Kleinbetriebsystem und vorherrschender Handwerker-, resp. Hausarbeiterbevölkerung entstanden, bildeten einen Typus für sich, während Genossenschaften, die in Fabrikstädten unter Fabrikarbeitern in den Jahren 1830—32 entstanden, sich anders gestalteten und entwickelten. Die Genossenschaften in Brighton, London, Norwich, Morley waren in ihrer Mitgliederzahl begrenzt. Sie hatten gewöhnlich £ 5 Anteile, die in 6 d. oder 1 sh. hohen Wochenbeiträgen erhoben wurden. Die Umsätze dieser Genossenschaften waren nicht sehr groß, die Profite aber bedeutend; die Kontrolle des Charakters der Mitglieder und eine begrenzte, vorsichtige Aufnahme garantierten diesem Typus eine verhältnismäßige Stabilität. Ganz anders war die Geschäftsführung der Genossenschaften in Manchester, Halifax, Bradford und anderen Fabrikorten. Die Prüfung des Mitgliedercharakters fehlte, die Aufnahme war unbeschränkt, die Anteile waren gering (£ 1, Manchester, Wochenbeiträge nur 3 d.), doch waren die Umsätze in den dicht bevölkerten Ortschaften viel imposanter. So hatte die Halifax-Genossenschaft

im ersten Jahre ihrer Existenz, 1829/30, einen Umsatz von £ 2266, im zweiten £ 2921, im dritten £ 3196, die Gewinne waren aber sehr gering, wegen der verschärften Konkurrenz und der Armut der Bevölkerung. Die Mitglieder dieser Genossenschaften, Fabrikarbeiter, bildeten keine treuen Anhängermassen der Kooperation, ihr Streben war darauf gerichtet, möglichst schnell einen möglichst großen Gewinn zu erzielen. Daher hatten die Genossenschaften dieser Art von einer gewaltigen Fluktuation des Mitgliederbestandes zu leiden. Auch wurde wegen mangelnden Interesses der Mitglieder die Geschäftsführung einem Leiter anvertraut, der infolge schlechter Kontrolle oft das Vertrauen mißbrauchte. Die Genossenschaften in Fabrikorten bilden einen großen Teil der gesamten Zahl in den Jahren 1829—32, aber ihre Dauer war eine nur geringe, die meisten von ihnen gingen in den ersten Wochen ihrer Existenz zu Grunde; und nur die am besten organisierten und geleiteten von ihnen reihten sich in die kooperative Bewegung individuell ein und bildeten mit den Genossenschaften des ersten Typus die treibende Kraft der kooperativen Idee.

Doch auch die bestangepaßten Genossenschaften zeigten verschiedene Entwicklungstendenzen, die ihrer Praxis schädlich waren. Es kämpfte in ihnen das kooperativ-sozialistische Ideal mit den momentanen, praktischen Interessen der Mitglieder. Die Kooperativen und Sozialisten betrachteten die Handelsgenossenschaften als eine Übergangsstufe zur erfolgreichen Produktivgenossenschaft und zum Sieg des kooperativen Prinzips im Wirtschaftsleben. Die Mitglieder waren aber bestrebt, möglichst wenig zu opfern und möglichst viel zu gewinnen. Die Kooperativen und Sozialisten forderten von den Mitgliedern Beiträge, ohne Rücksicht auf die Erfolge der Handelsgenossenschaft, da die Genossenschaft die Hauptaufgabe hatte, Kapital durch Ersparungen und Handels-, resp. Produktionsprofite zu akkumulieren, um die Mitglieder unabhängig zu machen. Die Mitglieder wollten aber keine Beiträge an die erfolgreiche Genossenschaft zahlen und forderten eine Verteilung der Gewinne. So kam es auch unter den besten Genossenschaften nicht selten zu Konflikten prinzipiellen Charakters, die den Niedergang der Genossenschaft zur Folge hatten.

Wenden wir uns nun zur Praxis der dauernden, besser fundierten Genossenschaften, so ist festzuhalten, daß die commerzielle Etappe bis 1830 dauerte. Sie hat die Illusionen leichter Kapitalakkumulation durch einen genossenschaftlichen Handel sehr erschüttert. Dennoch finden wir ca. 60 Genossenschaften, die das Schema weiter entwickeln wollen. Im Jahre 1830 beginnt eine Organisation dieser überlebenden Genossenschaften zwecks gegenseitiger Unterstützung. Es werden zwei Großeinkaufsgesellschaften, eine in London, die andere in Liverpool, ins Leben gerufen; die Vertreter der Genossenschaften kommen in Manchester auf dem ersten Kooperativ-Kongreß zusammen und arbeiten einen Plan der Propaganda und gegenseitiger Hilfe der Genossenschaften aus; in den nächsten drei Jahren werden sechs Kongresse der Genossenschaften in England abgehalten.

Die Aufgaben der Genossenschaftsbewegung komplizierten sich in den Jahren 1830—32, da die Bewegung sich auf die nächste Stufe der Produktivgenossenschaft emporzuschwingen versuchte. Den Übergang zur Produktivgenossenschaft können wir aus der Statistik der Kooperativ-Kongresse ersehen. So produzierten von den 45 Genossenschaften, die sich auf dem I. Kongreß (Mai 1830) vertreten ließen, nur 12; von 65, die ein Jahr später auf dem III. Kongreß erschienen, waren 28, und von 38 des IV. (Okt. 1832) waren 24 Produktivgenossenschaften. So entwickelte sich die Genossenschaftsbewegung zur Produktivgenossenschaft; größtenteils wurde aber die Handelsgenossenschaft noch beibehalten und nur einzelne oder einige arbeitslose Mitglieder in der Produktion verwendet, da das akkumulierte Kapital für eine solche größern Umfangs nicht genügte.

Die genossenschaftliche Produktion stellte die Bewegung vor die Notwendigkeit einer Organisation des Absatzes der genossenschaftlichen erzeugten Waren. Daher finden wir seit 1829 eine Anzahl von Versuchen der Organisation von Depôts, Bazaren, Ausstellungen, in denen man die sich anhäufenden genossenschaftlichen Waren abzusetzen suchte; daneben gewinnen immer größere Popularität Pläne obligatorischen wechselseitigen Austausches der genossenschaftlichen Waren in Form von Arbeitsbörsen.

Doch war den Versuchen einer Organisation des Absatzes ge-

nossenschaftlicher Waren kein Erfolg beschieden, da die meisten dieser Waren nahezu unverkäuflich waren. Wenn wir die Entstehungsverhältnisse dieser Produktivgenossenschaften im Auge behalten, so wird uns die Schwierigkeit des Absatzes ihrer Produkte einleuchten. Die Genossenschaftsbewegung der 20er Jahre ist wegen der Unfähigkeit der Handarbeiter, ihre Waren abzusetzen, entstanden und hoffte, durch eine Akkumulation von Kapital die Handwerker und Hausarbeiter zu befähigen, selbständig vorteilhaft zu produzieren und ihre Waren zu verkaufen. Am Anfang der 30er Jahre waren die gewünschten äußeren Umstände in der Genossenschaftsbewegung vorhanden. Doch erwies es sich, daß sie nicht genügt, um das Problem der handarbeitenden Kleinproduzenten zu lösen, da ihre Produkte einen so geringen Marktwert hatten, daß selbst bei genossenschaftlicher Organisation ein Existenzminimum nicht zu erreichen war.

Die Produktivgenossenschaften waren damals in einer großen Anzahl von Fällen noch keine Vereine zu genossenschaftlicher Produktion, sondern zu bloß genossenschaftlichem Kapitalbesitz, während die von ihnen beschäftigten Handarbeiter größtenteils individuell, mit eigenen Werkzeugen produzierten und somit sämtliche Mängel des Kleinbetriebes und der Hausarbeit beibehielten. So führte die kooperative Praxis zu einem Fiasko der Versuche, durch genossenschaftliche Kapitalakkumulation der Handarbeit dauernde Hilfe zu bringen. Die Praxis ist an der Unmöglichkeit marktmäßiger Verwertung der genossenschaftlichen Produkte gescheitert; und die nächste Form der kooperativen Betätigung gipfelt daher in den Versuchen der Lösung des Absatzproblems der Kleinproduzenten.

V.

Die kooperative Praxis weicht nach dem Untergang des Schemas der Jahre 1827—1832 von den genossenschaftlichen Prinzipien, die wir oben dargestellt haben, ab und sucht in der Organisation eine Zufluchtsstätte für die Lösung des sozialen Problems der handarbeitenden Kleinproduzenten. Die Organisationsfrage hatte sich schon die Genossenschaftsbewegung in einigen Formen gestellt: es wurden Versuche einer Organisation des gemeinsamen Einkaufs sowohl wie des gemeinsamen Verkaufs der

genossenschaftlichen Produkte gemacht. Doch war die Organisation in der Periode 1827—32 der genossenschaftlichen Idee und Praxis untergeordnet. Das Scheitern der Genossenschaftsbewegung läßt die Organisationsidee stärker hervortreten, und in kurzer Zeit erscheint sie losgelöst von der Genossenschaftsidee, als das erlösende Mittel, welches dem Kleinproduzententum seine Existenz garantieren zu können scheint.

Die Organisationsidee drückte sich in praxi in der Organisation des Absatzes aller derer aus, die etwas produzieren, aber keinen Käufer finden konnten. Das englische Wirtschaftsleben der Epoche war von solchen Elementen, den Handwerkern, Hausarbeitern, Arbeitslosen, die alle ihre Werkzeuge besaßen, aus Mangel an Aufträgen und Absatzmöglichkeiten aber nicht imstande waren, für einen großen Teil ihrer Arbeitszeit Beschäftigung zu finden, überfüllt. Diesen Volksschichten Abhilfe zu schaffen, war das Ziel, welches sich die Organisatoren der Arbeitsbörsen steckten. So erklärte der Leiter der Londoner Arbeitsbörse WM. PEEL: „Es ist eine gefährliche Täuschung, zu behaupten, die Börsen könnten jetzt oder in absehbarer Zeit denjenigen, die kein Geld haben, von Vorteil sein. Nein, der Arme, Unglückliche, der aller Mittel beraubt ist, kann aus unserem Austausche jetzt keinen Nutzen ziehen; dem armen fleißigen Handwerker aber, der nur für einen Teil seiner Zeit Beschäftigung finden kann, bietet der Austausch einen entschiedenen Vorteil“.

Die Verallgemeinerungsfähigkeit ROB. OWENS erblickte in der Idee einer Organisation des Absatzes von Waren der Kleinproduzenten im Falle ihrer vollständigen Durchführung, d. h. der Teilnahme verschiedener Produzenten, die alle Produkte liefern würden, welche zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse notwendig sind, die Lösung des sozialen Problems. In der Tat erschien die Organisation des Kleinproduzentenmarktes ROB. OWEN als ein noch besseres Mittel, der Not der Handarbeitermasse abzuhelfen, als seine genossenschaftlichen Gemeinwesen, da sie sofort die ganze Kleinproduzentenbevölkerung ergreifen konnte, während die Gemeinwesen erst einige Tausende befreien und dann noch der Hilfe der Regierung und der Kapitalisten bedürfen würden. Die vollständig durchgeführte Organisationsidee versprach, dem ganzen Kleinproduzententum gesicherten Absatz, sichere Arbeit und sicheren

Lohn zu gewähren und das System „individueller Sicherheit“, das von Thompson als das „natürliche“ soziale System begründet worden war, zu realisieren. Daher wird es uns auch nicht wundern, aus dem Munde von Rob. Owen, der doch in den genossenschaftlichen Gemeinwesen seine Lösung des Kleinproduzentenproblems erblickt hatte, zu hören: „daß das beste Mittel, das Land vom herrschenden Elend und der Verschlechterungstendenz (dawnward progress) zu befreien, die Gründung einer nationalen Arbeitsbörse in London und provinzialer Zweige in ganz Großbritannien und Irland sei“.

Die Propaganda der Organisationsidee und die ersten Versuche der Arbeitsbörsen wurden noch in der Periode 1827—32 von W. King oder unter seiner Leitung gemacht. 1832 geht Rob. Owen ans Werk, und die Bewegung nimmt, durch die Krise des Genossenschaftsschemas angeregt, einen großen Aufschwung. Die größte Arbeitsbörse wurde 1832 in London eröffnet. Sie hatte eine Filiale in Birmingham. Eine parallele Börse in Glasgow und einige andere Börsen wurden zu gleicher Zeit begonnen. Eine recht große Literatur — „The Crisis“, „The Pioneer“, „The Labour Exchange Gazette“, „The Birmingham Labour Exchange Gazette“ und zahlreiche Broschüren — repräsentierten in den Jahren 1833—34 die Arbeitsbörsenbewegung.

Wir wollen die Wirksamkeit der Organisation nur kurz erwähnen, da sie Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen ist. Die Arbeitsbörsen organisierten lose alle Kleinproduzenten, die ihre Produkte zum Austausch oder Verkauf deponieren wollten. Die Arbeitsbörse stand einem Jeden offen, der geneigt war, ihr eine Ware zu bringen. Doch wurde jeder, der irgend etwas deponierte, gezwungen, sich ein Äquivalent in den Produkten anderer deponierender Produzenten zu suchen. Die Produkte wurden von der Börse nicht gekauft, sondern obligatorisch ausgetauscht. Fand der Deponent nichts Passendes in der Börse, so konnte er sein Produkt zurücknehmen, oder es blieb in der Börse unverwertet liegen. Die Arbeitsbörse brachte die Produkte der Kleinproduzenten zusammen und versuchte die Deponenten zu zwingen, ihre Bedürfnisse aus den Produkten der Kleinproduzenten zu decken. Den Zwang zum Einkauf in der Börse sollte das „Arbeitsgeld“ zur Durchführung bringen, das den Deponenten anstatt des Metallgeldes gezahlt wurde. Das „Arbeitsgeld“ drückte in bestimmten Noten den Markt-

preis des Produktes aus, der in Arbeitsstunden, bei der Annahme des Preises einer Arbeitsstunde = 6 d., umgerechnet war. Das Arbeitsgeld fand nur in der Börse Annahme, so daß der Inhaber der Note nur in der Arbeitsbörse ein Warenäquivalent erhalten konnte.

So schön das Projekt der Arbeitsbörsen im Falle einer allgemeinen Teilnahme der Kleinproduzentenmasse erschien, so schlimm gestaltete sich die Praxis, da nur bestimmte Handwerker und Hausarbeiter nur gewisse Produkte deponierten, die am wenigsten Material und am meisten Arbeit erforderten; da eine unverhältnismäßig große Menge von Strümpfen, Westen, Tischen usw. sich anhäufte und die Deponenten kein ihr Bedürfnis befriedigendes Äquivalent in der Börse fanden. Sämtliche Versuche, durch Heranziehung der Kleinhändler zur Teilnahme an der Organisation, Nahrungsmittel in den Betrieb der Börse zu bekommen, sind gescheitert. Organisatorische Schwierigkeiten, die Schwierigkeit einer Fixierung des Marktpreises der Produkte und Mißbräuche haben auch die groß angelegte Organisationsidee, die das ganze Kleinproduzentenproblem lösen wollte, nach anderthalbjähriger Praxis zu Fall gebracht.

Die kurze Geschichte der Arbeitsbörsen in England hat ihren Abschluß in dem Versuche einer Kombination des Genossenschaftswesens mit der Organisation des zwangsweisen Austausches gefunden. Diejenigen der Handwerker, welche für die Arbeitsbörse arbeiteten, haben sich im Jahre 1833 zu Vereinen nach ihren resp. Berufsarten organisiert: es haben sich die Tischler, die Schneider, Schuhmacher, Zimmerleute, Maler, Hutmacher, Bürstenmacher und andere vereinigt. Diese Organisationen waren ihrem Wesen nach Kreditgenossenschaften, die ihre Mittel den arbeitslosen Mitgliedern zur Anschaffung von Rohstoffen verliehen; dadurch wurde die Arbeitsbörsentätigkeit unterstützt. Nach dem Scheitern der Owenschen Arbeitsbörse übernahmen diese Genossenschaften die Leitung der Arbeitsbörse, sie vervollkommneten einigermaßen den Betrieb, kontrollierten strenger die Qualität der Produkte bei ihrer Aufnahme, organisierten einen Nahrungsmittelfonds, aber der Grundmangel, der den Arbeitsbörsen anhaftete, ihr obligatoricher Austausch zufällig eingegangener Produkte, brachte nach einigen Monaten, im Mai 1834, auch dieses Experiment zu Fall.

Die kooperative Praxis ist in der besprochenen Periode erfolglos gewesen, sie hat aber die Prinzipien der Kooperation und der Organisation in die Masse der Handwerker und Hausarbeiter, auch in die Fabrikdistrikte getragen. Es sind die meisten Formen des Genossenschaftswesens, wenn auch in undifferenzierter Weise, erprobt worden, und die zweite Periode genossenschaftlicher Praxis hat die Erfahrung der 20er und 30er Jahre reichlich ausgenützt. Die kooperative Praxis hat auch dem Fortschritt der sozialistischen Idee in England jener Zeit vorgearbeitet, indem sie in der Form einer Verallgemeinerung des genossenschaftlichen Prinzips oder der Organisationsidee des Kleinproduzententums die Gedanken einer Umgestaltung des sozialen Systems des Kapitalismus in die Volksmasse brachte.

VI.

Wir haben bisher nur von der Kooperation und dem Sozialismus, wie sie sich im sozialen Leben Englands der 20er und 30er Jahre gestalteten, gesprochen, ohne den Zusammenhang dieser Bewegungen mit den andern Formen der Arbeiterbewegung der Epoche zu berühren. Die Rolle aber, die der kooperative Sozialismus damals gespielt hat, und die Wirkung, die er auf die ganze Geschichte der englischen Arbeiterbewegung ausgeübt hat, bedarf einer eingehenden Betrachtung und Würdigung, die hier nur in sehr begrenztem Umfange geboten werden kann.

Das soziale Problem jener Zeit umfaßte, wie oben ausgeführt, auch das Fabrikarbeiterproblem, das von dem Problem der Handarbeiter verschieden und durch die Größe und Tragweite des letzteren im öffentlichen Leben verschleiert war. Das hinderte aber eine imposante Entfaltung der Bewegung des jungen Proletariats nicht; diese Bewegung war eine Kampfesbewegung par excellence. Zuerst entwickelte sie sich auf wirtschaftlichem Gebiete: erbitterte Kämpfe wurden von den Baumwollspinnern (1818), von den in Fabriken arbeitenden Strumpfwirkern (1819), von den Wollenwebern und Kämmern Yorkshires (1825) und den meisten andern Fabrikarbeiterelementen um einen menschenwürdigen Arbeitslohn und um Verhinderung der von den Unternehmern systematisch betriebenen Lohnreduktionspolitik geführt. Diese Kämpfe

waren von einem das erste Drittel des vorigen Jahrhunderts charakterisierenden Drange des Proletariats nach Organisation begleitet. Das Solidaritätsgefühl, welches die Fabrikarbeiter von Haus aus vor den andern Arbeiterelementen auszeichnete, regte die Fabrikarbeitermasse zu einem Zusammenschluß an. In der Tat finden wir in den ersten Jahrzehnten eine ausgesprochene Tendenz im englischen Proletariat, sich in Distriktverbände und dann in Nationalverbände, womöglich nach Industrien, zu organisieren. Diese Organisationen waren vom Glauben an die Allmacht des Organisationsprinzips und der Solidarität im Kampfe gegen das Unternehmertum beseelt. Im Jahre 1830 wurde der Versuch gemacht, eine Zentrale der Gewerkschaftsbewegung in Manchester zu schaffen. Sie ist bald gescheitert, aber der Einigungsdrang bleibt für die in Frage kommende Periode durchgehend markant. Diese Bewegung hatte ihre Führer, wie John Tester, den Leiter des 6 Monate dauernden Streiks in Bradford (1825), John Doherty, den Sekretär des Zentralverbandes der Baumwollspinner und der Nationalen Assoziation zum Schutz der Arbeit (1830), John Gast, den Alt-Sekretär des Schiffbauerverbandes. Sie hatte auch ihre Presse: „The Trades Newspaper“ (1825), „The Voice of the People“ (1830) und andere Wochenblätter. An diese Bewegung schloß sich eine politische Klassenkampfbewegung an, die sich während der mit der Reform-Bill verbundenen politischen Aufregung, zu Beginn der 30er Jahre entwickelte, ihre Organisation in der „Nationalen Union der Arbeiterklassen“, ihr Zentralorgan im „Poor Man's Guardian“[1] und ihre Führer in Lovett, Hetherington, Cleave, Benbow hatte.

Während die wirtschaftliche Klassenkampfbewegung sich näherliegende Ziele steckte: Verhinderung von Lohnreduktionen, Kürzung der Arbeitszeit, gesetzlichen Schutz der Arbeit, wurde die politische Bewegung von weiteren Gedanken getragen. Ihr Programm kann am besten durch die Worte ihres Führers Henry Hetherington charakterisiert werden: „der erste Schritt ist die Eroberung einer freien Presse, um die Unwissenheit zu vernichten; ihm folgt die Eroberung der politischen Macht, um imstande zu sein, entschiedene Maßnahmen zur Beseitigung des

1) „The Poor Mans Guardian“, 14. Januar 1832.

Privateigentums und zur Begründung des Wohlstandes und Glückes aller Gesellschaftsklassen zu treffen. Dieses Programm ist von einem scharf ausgesprochenen Klassenkampfcharakter. „Glaubt denen nicht, schrieb der „Poor Man's Guardian", die euch erzählen, daß die Interessen der mittleren und der Arbeiterklassen gleich sind, das ist eine schädliche Illusion. Hölle ist nicht näher dem Himmel und Feuer nicht so entgegengesetzt dem Wasser, wie es die Interessen des Bürgertums den Interessen der Arbeiterklasse sind"; und weiter: „der Unternehmer zahlt dem Arbeiter nur einen Teil des Produkts seiner Arbeit, der ihm sein Leben erhalten und die Fortpflanzung ermöglichen soll, während es im Interesse des Arbeiters liegt, das ganze Produkt seiner Arbeit zu erhalten".

In der Kritik der sozialen Verhältnisse sowie in der Forderung der Abschaffung des Privateigentums und der Sicherung des ganzen Produkts der Arbeit für den Arbeiter-Produzenten findet eine nahezu völlige Übereinstimmung zwischen den kooperativen Sozialisten und den Klassenkampf-Sozialisten statt. Doch bildete sich zwischen den beiden Bewegungen ein klaffender Gegensatz in der Frage der Methoden, die die Arbeiterschaft zum Siege und zur Emanzipation führen könnten, und die Epoche der 20er und 30er Jahre ist durch den Kampf dieser beiden Methodenrichtungen in der englischen Arbeiterbewegung charakterisiert.

Die Kooperation war ideologisch und praktisch dem Klassenkampf fremd und feindlich; ihr Motto war sozialer Friede und schöpferische soziale Arbeit. Als Rob. Owen die Zuspitzung wirtschaftlicher Interessengegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern in den Fabrikdistrikten wahrnahm, schrieb er in „The Crisis" (Okt. 1833): „Ich habe ein Gefühl der Feindschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern beobachtet. . . Nichts kann das Land so sehr verwirren wie dieses. . . Ich habe gefunden, daß die Interessen der Arbeiter und Unternehmer gemeinsam sind und daß dieses einzige und gegenseitige Interesse von keiner Partei eingesehen wird". Wm. Thompson widmet sein Buch „Labor Rewarded" der Kritik der Kampfesmethode der Gewerkschaften und stellt ihr die Produktivgenossenschaft als eine weit überlegene Form sozialer Betätigung der Arbeiterschaft gegenüber. Schließlich stoßen wir in der periodischen Genossenschaftsliteratur und den Reden der Führer auf dem III. Genossenschaftskongreß auf ener-

gischen Widerspruch gegen die Prinzipien und die Praxis des Klassenkampfes und der Streiks. Die Argumente, welche die Genossenschaften gegen die Klassenkampfbewegung vorbrachten, sind charakteristisch genug, um sie hier anzuführen. Vom Standpunkt der kooperativen Sozialisten aus war der Kampf zwecklos und unberechtigt. Wie oben dargestellt, war die kooperative Ideologie in der Krise des Kleinproduzententums begründet, und die Niedergangstendenz der Handarbeiter ist es, die die Genossenschaften auf den Gedanken der Zwecklosigkeit des Kampfes zwischen Arbeiter und Unternehmer führt. „Solange die Maschine gegen die Handarbeit wirkt, und das Konkurrenzsystem fortdauert", schrieb „The Cooperator" (1828), „müssen die Löhne fallen, keine Streiks, keine Solidarität können die schließliche Katastrophe der Arbeiterklassen verhindern." Von der Vorstellung der durch die wirtschaftliche Entwicklung unvermeidlich gewordenen Katastrophe des Kleinproduzententums geleitet, konnten die Genossenschaften gar keinen Sinn in den Streiks der Fabrikarbeiter finden. Dazu waren nach dem „Cooperator" die Arbeiter gar nicht berechtigt, bessere Arbeitsbedingungen zu fordern, als die Unternehmer ihnen boten, „es sei kein Verbrechen seitens des Meisters, möglichst niedrige Löhne zahlen zu wollen"; man müsse über diese Interessenfrage hinausblicken und die tiefen wirtschaftlichen Widersprüche, die der Allgemeinheit, also auch den Unternehmern und Arbeitern schädlich sind, durch die soziale Kooperation beseitigen. Demnach wirkten die Praktiker der Genossenschaftsbewegung gegen die Gewerkschaften. „Ein großes Ziel, das wir erreichen wollen, sagte Thos. Hirst, ein opferfreudiger Agitator der Kooperation, auf dem III. Genossenschaftskongreß (1832) „ist, den Krieg und die Streitigkeiten zu beseitigen, die so lange zwischen den Meistern und Arbeitern bestanden haben"; und sein Kollege Wm. Carson erzählte ebenda: „Es fehlt den Genossenschaften jedes Übelwollen den Unternehmern gegenüber, und in zahlreichen Fällen ist es gelungen, die Arbeiter von den feindlichen Unions zwecks Lohnerhöhung fernzuhalten, weil sie überzeugt seien, daß diese Unions nicht auf korrekten Prinzipien beruhen".

Die Trade-Unions mit korrekten Prinzipien zu erfüllen, war die Aufgabe der kooperativen Sozialisten, die die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation als „der Vertretung der Arbeiterklassen,

den Wert der Solidarität, Opferwilligkeit und Uneigennützigkeit der Fabrikarbeiter zu schätzen wußten". Daher sucht der „Cooperator" den Klassenkampforganisationen zu erklären, daß „sich mit den Meistern zu streiten, euch nie Kapital geben wird, von dem allein eure Unabhängigkeit, Emanzipation und Befreiung abhängt; für sich handeln aber und für sich arbeiten wird euch Profite und folglich Kapital, daher auch Unabhängigkeit verschaffen", Kredit, Handels-Produktivgenossenschaften, friedliche soziale, konstruktive Arbeit.

Die Wirkung dieser Propaganda blieb nicht aus. Wir finden, daß in der Gewerkschaftsbewegung 1829—34 ein lebhaftes Interesse für die Produktivgenossenschaft erwacht, daß bei zahlreichen Streiks nach dem Rate der Genossenschafter versucht wird, die Streiker in Produktivgenossenschaften zu organisieren. Durch ihren zeitweiligen Erfolg sind besonders die Genossenschaftsbetriebe der Färber nahe von Manchester und der Kattundrucker in Bircacre bekannt geworden. In den Jahren 1833—34 ist auch in der Psychologie der Gewerkschaften unter dem Einfluß der Propaganda kooperativer Sozialisten ein Umschwung eingetreten.

Doch erst nachdem während der Jahre 1830—33 die politische Klassenkampfbewegung das Feld der Arbeiterbewegung beherrscht hatte und die Gewerkschaften unter der Fahne des politischen Sozialradikalismus gekämpft hatten und enttäuscht worden waren, rückte der kooperative Sozialismus an die Spitze der Arbeiterbewegung Englands. Während der Bewegung für die Parlamentsreform, 1832, hat die politische Klassenkampfbewegung sich stark entfaltet und nahm dem kooperativen Sozialismus gegenüber, der mit Owen eher die bürgerlichen Reformer, als die Arbeiterdemokraten zu unterstützen geneigt war, eine aggressive Stellung ein. „So lange die Arbeiterschaft nicht politisch emanzipiert ist, einen Versuch zu machen, Owens philantropische Pläne durchzuführen, hieße den Wagen vor das Pferd spannen und müsse mit einem Mißerfolg enden." Der Abschluß der Reformbewegung 1832, der das Proletariat ebenso rechtlos zurückließ, wie es vor der Bewegung gewesen war, die entschiedene Desertion des Bürgertums aus den Reihen der Reformpolitiker und die einreißende politische Apathie breiter Volksschichten brachen aber der politischen Arbeiterbewegung die Spitze gerade im Moment ab, wo die wirtschaftliche Selbstbetätigung

und die gewerkschaftlichen Kämpfe einen Aufschwung zu nehmen begannen.

In diese Periode der größten Anspannung der sozialen Bewegung, als die verschiedensten Arbeiterelemente ihre Kräfte konzentrierten, um ihre Interessen gegen die Willkür der neuen Beherrscher des emporsteigenden Wirtschaftssystems zu wahren, in den Jahren 1833—34, war es der kooperative Sozialismus, der die Leitung der Massen übernahm. Das führende Organ der Bewegung, „The Pioneer“, die Initiative zur Gründung einer Zentrale der zahlreichen Vereine und Verbände Englands und die kurzlebige „Nationale konsolidierte Trades Union“ sind sämtlich vom Geiste des kooperativen Sozialismus durchdrungen, während das Zentralorgan der politischen Klassenkampfbewegung, „The Poor Mans Guardian“, allmählich seine Leser verliert.

Der kooperative Sozialismus der Jahre 1833—34 ist aber in seiner Theorie und Praxis nicht mehr der OWENsche Kommunen- oder der THOMPSONsche Produktiv-usw.Genossenschaftssozialismus. Er ist durch die Erfahrung der oben dargestellten Bewegungen gegangen, er hat den organisatorischen Leistungen der Fabrikarbeiter Rechnung getragen, noch mehr, er hat es verstanden, die Lage der Fabrikarbeiter sowie ihre Bestrebungen mit seinem Geiste zu erfüllen, ohne in den scharfen feindlichen Ton gegenüber den Kampfesbewegungen zu verfallen, wie das bei den Genossenschaftern früherer Jahre häufig der Fall war. Wir wollen nun dieser neuen Doktrin, die im „Pioneer“ und namentlich von einem seiner besten Mitarbeiter, der als „SENEX“ zeichnete, propagiert wurde, einige Aufmerksamkeit schenken.

Der „Pioneer“ ist im Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung der Jahre 1833—34 entstanden, die sich durch die Zentralisationstendenz, durch Bildung großer Industrieverbände, wie der Bauarbeiterverband, der Tucharbeiterverband, der Wollarbeiterverband usw., und durch eine erhöhte Aktivität dieser Organisationen kennzeichnete. Der „Pioneer“ geht deshalb in seinen sozialen Gedankengängen nicht von dem individuellen Arbeiter aus, der sich genossenschaftlich vereinigen sollte mit anderen genossenschaftlich Gesinnten, sondern von einer bestimmten Organisationsform, dem Berufs-, resp. dem Industrieverband, der als Träger des neuen sozialen Systems gedacht wird. In der vollständigen Durch-

führung der gewerkschaftlichen Organisation, in der gewerkschaftlichen Erziehung der Arbeitermasse sieht „SENEX“ den Weg zur Befreiung des Proletariats. „Unsere Aufgabe, Brüder“, lesen wir im ‚Pioneer‘[1]) „ist es, uns allmählich mit Hilfe unserer Organisation und Beiträge, ausschließlich unserer Beiträge, auf eine uns gebührende Stufe zu heben“. Die Gewerkschaften müssen aber nicht nur rein gewerkschaftliche Aufgaben haben, nicht nur für „Erhöhung des Arbeitslohnes, Verkürzung der Arbeitszeit und Durchführung einer Gewinnbeteiligung“ sorgen, sondern auch die genossenschaftlichen Mittel zur Hebung der Arbeiterschaft ins Werk setzen: „für sich produzieren und darauf achten, daß die Verteilung für alle gleich wohltuend wäre“. „Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir energisch und sparsam sein. Wir müssen untereinander Kapitalersparnisse fördern und dann selbständig in den verschiedenen Industriezweigen produzieren“. Demnach wird die gewerkschaftliche Tätigkeit einmal auf das Unterstützungswesen und zweitens auf die Produktivgenossenschaft gerichtet. Bei einer allgemeinen Befolgung dieser Mittel verspricht sich „SENEX“ einmal „einen Ausgleich in der Verteilung des Reichtums und Wissens im Lande und somit einen Ausgleich des Stärkeverhältnisses der sozialen Kräfte im Staate“; und zweitens würden die Industrieverbände allmählich mit Hilfe der Produktivgenossenschaft den größten Teil der Landesproduktion in ihre Hände bekommen und dadurch ein neues sozial-wirtschaftliches System zustande bringen, das auf der Grundlage „freier, assoziierter Arbeit“ beruhen wird. Der „Pioneer“ stellt sich diese neue Ordnung „the General Trade-Unity“ in Form eines kollektivistischen Systems vor, das das Wirtschaftsleben mit Hilfe der sorgfältig differenzierten Industrieverbände organisieren würde, die durch das Parlament, Ausschüsse usw. die Wirtschaftsordnung leiten sollten. Der Kollektivismus, der im „sozialen System“ von JOHN GRAY genau analysiert und konstruiert wurde, fand Aufnahme im sozialen Denken der Praktiker.

Der gewerkschaftlich-genossenschaftliche Kollektivismus des „Pioneer“ war, wie schon angedeutet, im Grunde reformistisch. Der Weg, den er zum Kollektivismus einschlug, sollte in einer all-

1) „The Pioneer“ Sept. 1833 bis Juli 1834. Die Artikel von „Senex“, „On associated Labour“, wurden vom 15. März bis zum Juli 1834 veröffentlicht. Die meisten Zitate sind den Juniheften 1834 entnommen.

mählichen, stufenweisen wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Arbeiterschaft bestehen, die schließlich die soziale Umwandlung unvermeidlich machen wird. Der reformistische Inhalt der Doktrin von „Senex“ hat eine tiefere Basis für die kollektivistischen und sozialistischen Ideale geschaffen: „Senex“ sieht demnach im Kollektivismus eine geschichtliche Notwendigkeit, die früher oder später ihr Existenzrecht behaupten wird. „Das System der assoziierten Arbeit“, schrieb der hervorragendste Mitarbeiter des „Pioneer“, „zu dem hin wir uns so entschieden bewegen, Brüder, ist kein Schemen, keine Erfindung eines Individuums oder einer Individuengruppe .. Nein, das soziale System ist die natürliche, gesetzmäßige Frucht unserer Zeit, das notwendige Resultat der heutigen kulturellen Verhältnisse, und keine Macht, die gegen die Organisation der Arbeit im Auslande oder in der Heimat gerichtet wäre, ist imstande, die Entwicklung der Erscheinungen aufzuhalten, die von der modernen Kultur erzeugt sind“.

In den dargestellten Gedankenreihen liegt das Verhältnis des „Pioneer“ zur politischen Bewegung mit einbegriffen. Was könnte die politische Macht einer kulturell und wirtschaftlich niedergedrückten Arbeiterklasse nützen? frug sich „Senex“. „So lange wir uns in einer sozialen Sklaverei befinden“, antwortete er, „werden unsere Rechte im Interesse unserer tyrannischen Unternehmer ausgeübt werden und nicht zu unserem eigenen Wohle, wir werden ihren Zwecken dienstbar gemacht werden oder, was noch schlimmer ist, ihren Parteien“, daher muß „soziale Freiheit politischer Freiheit vorangehen“; durch Selbsthilfe und Genossenschaft muß sich die Arbeiterschaft erst ein Recht auf politische Herrschaft erobern, durch größere wirtschaftliche und kulturelle Macht muß sie erst dem Bürgertum seine Stellung streitig machen, dann und nicht eher werden — nach dem „Pioneer“ — die politischen Ansprüche der Arbeiterschaft berechtigt sein“.

Die Stellung, welche der „Pioneer“ dem Bürgertum gegenüber in der politischen Frage einnimmt, entwickelt er auch in der sozialen Frage. Er hält die sozial-wirtschaftliche Herrschaft für begründet in den geschichtlichen Verhältnissen der Zeit, namentlich in der Lage der Arbeiterklassen. Daher spricht er sich entschieden gegen jeden Klassenkampf aus und glaubt durch eine energisch durchgeführte Selbsthilfe und Beschützung der Arbeiter, welche

von ungerechten Unternehmern besonders schlecht behandelt werden, den Aufmarsch der Arbeiterklassen und somit die Änderung sämtlicher sozialer Verhältnisse zustande bringen zu können. Die feindliche Stellung dem Klassenkampf gegenüber ist der springende Punkt der Ideologie und Propaganda der Kooperation, besonders in dieser Form des kooperativen Kollektivismus, der den tiefgehenden prinzipiellen Gegensatz der beiden Richtungen der Arbeiterbewegung der Epoche begründet.

In den Jahren 1833/34 nahm die Anti-Klassenkampf-Propaganda ausnahmsweise scharfe und teilweise sonderbare Formen an, da diese Jahre gerade den Höhepunkt der Kämpfe zwischen den Arbeitern und Unternehmern darstellten und eine Reihe von erbitterten Streiks und Lockouts aufweisen, während die geistige Wirkung durch die Kooperation nahezu monopolisiert war. Der „Pioneer" und die „Crisis", die führenden Organe der Jahre donnerten gegen die Streiks, namentlich gegen partielle Streiks, forderten die Ausgesperrten auf, Produktivgenossenschaften zu bilden, und propagierten Ideen des sozialen Friedens. „Wahnsinn ist es", schrieb der „Pioneer" im Moment der größten Lockouts in Derby und Leeds am 10. Mai 1834, „zur Befreiung der Menschen Gewalt zu gebrauchen, da die Macht, mit der die Menschen herrschen, keine brutale ist; es ist die Macht des Reichtums und des Wissens. Die Macht des Reichtums kann nur durch Fleiß erworben werden und die Macht des Wissens durch das Lesen, Denken; das Stiften von Frieden ist vor allen Dingen notwendig.[1]) „Brüder, hört auf Vernunft, hört der Weisheit zu, laßt euch nicht mehr von lokalen, beschränkten oder Parteimotiven leiten; wendet eure Energie dem einen großen Ziele . . . der Organisation zu." Und bei jedem Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern wiederholten die kooperativen Führer die Kritik der Kampfesbewegung, die Preisung des sozialen Friedens. Doch waren sie nicht imstande, die Praxis der in Bewegung gesetzten Arbeitermassen zu beherrschen. Daher geschah es z. B., daß die Führer des Schneiderverbandes, die an der Spitze der kooperativen Kollektivisten standen, von den Mitgliedern gezwungen wurden, einen Kampf für den 8-Stundentag zu beginnen und zu unterstützen. Durch die Aussperrungspolitik

1) Ebenda, 19. April 1834.

der Unternehmer und die Aufregung der Arbeitermasse angeregt, versuchte der „Pioneer“ sogar die Propaganda des Generalstreiks, aber in einer friedlichen, ins Komische übergehenden Form: der „Pioneer“ fordert alle Vereine auf, Nahrungsmittel aufzustapeln, die die Arbeiterbevölkerung 3 Wochen lang unterhalten könnten. „Nachdem wir den Vorrat für 3 Wochen angesammelt, müssen wir etwas zur Organisation von Zerstreuungen vornehmen — eine Art friedlichen Karnevals“ usw. — „Unser 3wöchentliches teilweises Fasten wird eine Art Reinigung für ein besseres System sein“. Diese friedliche Generalstreikspropaganda ist von der Propaganda der Revolutionäre der politischen Klassenkampfbewegung 1832 und des Chartismus grundverschieden. Für die Kooperativen handelte es sich nur darum, die Kampfesstimmung der Arbeiterschaft zu dämpfen und die Bewegung in friedliche, reformistische Bahnen zu lenken.

Der Mißerfolg der gewerkschaftlichen Organisation in den Kämpfen 1833/34, die siegreiche Durchführung der Aussperrungen durch die Unternehmer und die Auflösung der hochgehenden Gewerkschaftsbewegung brachten eine Enttäuschung gegenüber der Kampfestaktik, und die Worte, welche von den kooperativen Kollektivisten ohne merklichen praktischen Erfolg in der Masse ausgestreut wurden, bekamen nach dem Niedergang der Kampfesorganisationen eine nicht zu unterschätzbare Bedeutung. Nach dem Jahre 1834 bilden sich unter den Gewerkschaftern starke Gruppen, die die reformistisch-sozialistische Doktrin aufnahmen und die gewerkschaftliche Praxis im entsprechenden Sinne zu beeinflussen suchten; bald werden auch in der Genossenschaftsbewegung praktischere, reformistische Tendenzen bemerkbar. Nur die politische Klassenkampfbewegung nimmt noch einen bedeutenden Aufschwung im Chartismus; sie beherrscht aber nicht mehr die ganze damalige Arbeiterbewegung, wie es die politische Bewegung am Anfang der 30er Jahre tat, sondern bildet nur eine Strömung in der sich differenzierenden Arbeiterbewegung. Der Chartismus gewinnt einen großen Einfluß unter der Fabrikarbeiterschaft, er wird aber von innen und außen durch die reformistische, kooperative Propaganda und Wirkung in kurzer Zeit um seine Kampfesstimmung gebracht und bei jedem Versuche, revolutionär aufzutreten, in friedliche Bahnen gelenkt. Das Scheitern des Chartismus hat den letzten Kern der

Der Ursprung der Worte „Sozialismus“ und „Sozialist“.

Von

Carl Grünberg.

Die Frage nach dem Ursprung der beiden Termini „Sozialismus“ und „Sozialist“ hat mich wiederholt beschäftigt [1]). Die im Jahre 1909 in einer französischen Zeitschrift niedergelegten Ergebnisse meiner Nachforschungen scheinen jedoch auf deutschem Boden ganz unbekannt geblieben zu sein. Dies veranlaßt mich, sie hier kurz zu rekapitulieren und zugleich durch einiges mir inzwischen neu zugeflossene Material zu ergänzen, das auf die alte Streitfrage neues Licht wirft.

* *

Es ist behauptet worden, daß in Briefen MALLET DU PAN'S vom Vorabend des Staatsstreiches vom 18. Brumaire — also vom Herbst 1799 — der Satz sich finde: „On pourchasse les prêtres comme des malfaiteurs, et on tremble devant Babeuf et les complots du socialisme“ [2]). Wäre diese Behauptung richtig, so wäre damit auch bewiesen, daß nicht nur das Wort „socialisme“ schon zu Ende des 18. Jahrhunderts gebildet, sondern daß ihm auch bereits — im Zusammenhange mit BABEUFS Plänen der Aufrichtung einer kommunistischen Wirtschaftsordnung gebraucht — derselbe Begriff unterlegt worden ist wie heutzutage. Allein sie trifft nicht

---

1) Vgl. meine Abhandlungen: Der Ursprung der Worte „Sozialismus“ und Sozialist“, in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“, 1906, S. 495/508; Sozialismus und Kommunismus, im ELSTERschen „Wörterbuch der Volkswirtschaft“ (I.—III. Aufl. 1898, 1907, 1911); L'origine des mots „socialisme“ et „socialiste“, i. d. „Revue d'histoire des doctrines économiques et sociales“ (Paris), 1909. S. 289/308. 2) Vgl. CELESTIN RAILLARD, Pierre Leroux et ses oeuvres. Chateauroux 1899, S. 91.

zu: der betreffende Satz findet sich allerdings in der von DESCOSTES[1]) herausgegebenen Korrespondenz MALLET DU PAN'S, stammt aber nicht von diesem, sondern von DESCOSTES selbst[2]).

* *

Dagegen stoßen wir tatsächlich auf beide Neubildungen im Jahre 1803: in dem Werke eines Klerikers aus Vicenza, GIACOMO GIULIANI, „L'antisocialismo confutato“[3]) in dem der Verfasser unter hauptsächlicher Bezugnahme auf ROUSSEAU und RAYNAL die individualistischen Theorien des 18. Jahrhunderts heftigst bekämpft. Die Gegenüberstellung von glücklichem „Naturzustand“[4]) und durch List oder Gewalt geschaffener „Zivilisation“[5]), die jegliches Unglück über die Menschheit gebracht habe, erscheint ihm nicht minder irrig, wie die politischen und wirtschaftlichen Folgerungen hieraus. Ihm ist der Mensch von Natur aus zum ζωον πολιτικον bestimmt, und er will die „Zivilisation“ ebensowenig mit dem Privateigentum, wie erst durch dieses beginnen lassen. Vielmehr sieht er im Sondereigentum und in der Ungleichheit der Lebensbedingungen ebensowohl wie in der gesamten herrschenden Ordnung der Dinge, d. h. der gesellschaftlichen Hierarchie, eine unvermeidliche und selbstverständliche Folge der körperlichen, geistigen und sittlichen Ungleichheit der Menschen und der Betätigung dieser differenzierten Begabung[6]). Eben deshalb chraak-

1) FRANÇOIS DESCOSTES, La révolution française vue de l'etranger (1789—1799). Mallet du Pan à Berne et à Londres, d'après une correspondance inédite. Tours 1897. 2) Vgl. ebenda S. 539. 3) L'anti socialismo confutato. Opera filosofica di GIACOMO GIULIANI, Conventuale Vicentino. Vicenza 1803. Da Bartolomeo Paroni. Con R. permissione e privilegio. 4) GIULIANI bezeichnet ihn als: „stato naturale“, „. . selvaggio“, „. . di segregazione“. 5) Für diese gebraucht er die Bezeichnungen: „stato di civilisazzione“, „. . di agregazione“, „. . di società“, „sistema sociale“, „vita sociale“, „società“; für den in Gesellschaft lebenden Menschen: „uomo socializzato ed incivilito“. 6) La natura destinò l'uomo alla società (S. 1). Società incivilita ed uguaglianza di fortune sono due idee incompatibili, come luce e tenebre . . Dove v'ha società civile, vi dee esser ordine; dove avvi ordine, vi dee esser gradazione e perciò vera inuguaglianza; dunque la società civile non può combinarsi colla uguaglianza delle fortune (S. III). Qual cosa più legittima e santa di questa inuguaglianza di fortune e disparità di condizioni? Questa vi dee calcolare come il prodotto dell' inuguaglianza delle forze, di talenti e dell' attività degli uomini“ (S. 106).

terisiert er — im Gegensatz zum „socialismo", der von der Natur gewollten und sodann geschichtlich überkommenen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung [1]) — den Individualismus als „antisocialismo" und als sein wie seines Hauptvertreters, des „antisocialista filosofo" ROUSSEAU, Ziel den Umsturz alles Bestehenden [2]) in dessen Verlaufe der Mensch wieder zum Tier herabsänke [3]).

Man sieht: GIULIANI verwendet die von ihm geschaffenen Neologismen socialismo, socialista, socializzare in einem von dem heutigen durchaus verschiedenen Sinn. Immerhin aber bringt er doch auch durch sie die Gegnerschaft zum Individualismus zum Ausdruck — ein Wort übrigens, das er noch nicht kannte.

* *

Fast ein Menschenalter später erst begegnet man neuerdings dem Worte „Socialisme"; und zwar wie DEVILLE aufmerksam gemacht hat [4]), in einem in der Wochenschrift „Le semeur" vom 12. November 1831 erschienenen Artikel: „Catholicisme et socialisme", der wahrscheinlich vom schweizerischen Pastor ALEXANDRE VINET, dem Verfasser des 1846 in Genf erschienenen Buches: „Du socialisme considéré dans son principe" herrührt. Allerdings hat auch da noch unser Terminus einen anderen begrifflichen Inhalt, als der uns heute geläufig ist, was sich leicht dadurch erklärt, daß es nicht soziale und wirtschaftliche Probleme waren, die den Autor des zitierten Artikels beschäftigten, sondern religiöse, nämlich die Beziehungen zwischen Protestantismus und Katholizismus. Gegenüber der Spaltung der Kirche vertrat er deren Universalität und gelangte hierbei zu folgenden Schlußfolgerungen:

---

1) Sie biete, preist er, „il più invitante spettacolo che possa colpire l'imaginazzione del semplice, i sensi dell' idiota e la riflessione del filosofo". (S. 136.) 2) „Infatti questi doveano essere gli efetti del progetto politico dell' antisocialismo, di facilitare il vollo della macchina sociale, del piano politico e di tutte le leggi civili" („Prefazione"). 3) L'antisocialismo snatura l'uomo e lo livella ai bruti (S. 87). 4) Vgl. G. DEVILLE, Origine des mots „socialisme" et „socialiste" et de certains autres, in „La révolution française", 1908. S. 385—411.

„Le protestantisme, c'est l'individualisme dans la pensée, c'est une forme de la liberté. Or la liberté n'étant qu'un moyen . ., le protestantisme aussi n'est qu'un moyen. On ne se sépare pas pour se séparer, but contraire à toutes les indications de la nature et aux intentions visibles de la providence. On se sépare pour se réunir; l'individualisme doit ramener au socialisme, le protestantisme au vrai catholicisme, la liberté à l'unité“ [1]).

Kurz, für VINET bedeutet Sozialismus dasselbe wie Katholizismus im Sinne der ungeteilten Universalkirche.

* *

Kaum vier Monate später veröffentlicht sodann H. JONCIÈRES, ein sonst unbekannter Saint-Simonist, in „Le Globe“, dem Organ der Schule, eine Besprechung der „Feuilles d'Automne“ von VICTOR HUGO, in der er das Wort „socialisme“ als Gegensatz zu „personnalité“ verwendet. Das letztere bedeutet ihm soviel wie „individualisme“, d. h. die auf sich selbst und allein gestellte selbstherrliche, mit den übrigen nicht organisch verbundene Persönlichkeit — „socialisme“ dagegen den organischen Zusammenhang der Menschen [2]).

Nichts ist wahrscheinlicher, als daß PIERRE LEROUX, der den „Globe“ begründet hatte und ihn bis zu seinem im November 1831 erfolgten Ausscheiden aus den Reihen der Saint-Simonisten (mit)herausgab, den Terminus von JONCIÈRES übernommen hat. Denn noch in seinen beiden kurz nacheinander im Jahre 1832 erschienenen Abhandlungen: „De la philosophie et du christianisme“ und „Du progrès législatif [3]) formuliert LEROUX als Gegensatz zu „individualisme“ „association“ und nicht „socialisme“. Solle, führt er dort aus, der eben durch die Julirevolution endgültig ge-

---

1) „Le Semeur, Journal religieux, philosophique et litéraire“, No. 12 vom 13. November 1831, S. 94, Sp. II. (zit. bei DEVILLE a. a. O. S. 392).

2) „Le Globe“ vom 13. Februar 1832. S. 176 „. . Nous ne voulons pas sacrifier la personnalité au socialisme, pas plus que ce dernier à la personalité. .“ Vgl. den vollen Wortlaut des betreffenden Passus in meinen zit. Abhandlungen von 1906 und 1909. — Das Prioritätsrecht für JONCIÈRES hat erstmals GEORGES WEILL (L'école Saint-Simonienne, Paris 1896, S. 309) reklamiert.

3) In der „Revue encyclopédique“ von 1832, Augustheft, resp. Oktober-Dezemberheft.

wordene Sieg über das ancien régime nicht brutalste Ausbeutung der Massen des Volkes zeitigen, so dürfe das nächste Ergebnis des Kampfes: die Einführung der freien Konkurrenz, der „Individualismus“, nicht auch das letzte bleiben. Vielmehr gelte es nun, einem neuen, dem von SAINT-SIMON aufgestellten Ziele zuzustreben: der Verbesserung des Loses der zahlreichsten und ärmsten Volksklassen; ein Ziel, das nur auf dem Wege vom Individualismus weg über die „Assoziation“ erreichbar sei[1]). Wenn LEROUX also nachmals behauptet hat: er habe den Ausdruck „Socialisme“ bereits 1832 geprägt, so beruht das auf einem Gedächtnisfehler. Tatsächlich kommt er bei ihm erst in der gedankenreichen Abhandlung „Philosophie sociale“ vor[2]), die frühestens um die Mitte des Jahres 1834 und vielleicht sogar erst im Jahre 1835 veröffentlicht worden ist[3]). In dieser allerdings — und zwar so viel bisher festzustellen, zum ersten Male — schon oder wenigstens mit in unserem heutigen technischen Sinne; zugleich auch in einem anderen als dem zwei Jahre zuvor dem Terminus „association“ unterlegten[4]). Nach wie vor erblickte LEROUX in dieser, die er später als „solidarité“ bezeichnet hat, alles Heil. Denn sie und nur sie verbürge in Gemäßheit der Formel: „La perfection de la société est en raison de la liberté de tous et de chacun“, jedem seine Freiheit und Persönlichkeit, während der Individualismus die Gleichheit, der Sozialismus die Freiheit vernichte und also beide gleich lebenswidrig seien.

* *

In demselben Aufsatz auch spricht LEROUX von den Anhängern des Sozialismus als „Socialistes“[5]). Jedenfalls dem-

---

1) „Il n'y a . . en politique que deux systèmes, l'association et l'individualisme (libre concurrence) . . Dès à présent la société entre dans une ère nouvelle, où la tendance génerale des lois, au lieu d'avoir pour but l'individualisme, aura pour but l'association“ (De la philosophie et du christianisme a. a. O. S. 306, 309: übereinstimmend damit: Du pouvoir législatif. a. a. O. S. 259—276.) 2) Im 60. Bande der „Revue encyclopédique“. S. 94—117. 3) Trotzdem der betreffende Band als Ausgabe-Datum die Monate Oktober—Dezember 1833 trägt. Vgl meine Abhandlung i. d. „Zeitschr. f. Sozialw.“ S. 497, Anm. 7. 4) „Nous sommes pourtant aujourd'hui la proie de ces deux systèmes exclusifs de l'individualisme et du socialisme“. („Revue encyclopédique“. 60. Bd., S. 106.) 5) „Nous ne sommes, je le repète, ni individualiste ni socialiste . . .“ (ebenda S. 110).

nach früher als LOUIS REYBAUD, der so lange als Schöpfer dieses Wortes gegolten hat und vor allem auch hat gelten wollen. Aber ebenso sicher später als der Fourierist und Biograph des Meisters, CHARLES PELLARIN. Denn dieser verwendet den Neologismus, wie DEVILLE gezeigt hat, bereits in einem am 12. April 1833 erschienen Artikel[1]). Freilich nur, um mit ihm die Saint-Simonisten im Gegensatz zu den Anhängern der sozietären Schule, den „Industrialisten“, zu kennzeichnen. Der Ausdruck wurde übrigens zunächst von anderer Seite nicht aufgenommen, was allein schon seine vollkommene Neuheit auf französischem Boden beweist. Auch PELLARIN selbst ist er zweifellos nur zufällig und unbewußt in die Feder geraten. In der Tat waren auch zu seiner bewußten Prägung gerade Fourieristen am wenigsten fähig. Aus zwei Gründen. Erstens waren sie gewöhnt, die herrschende Privateigentumsordnung als „état social“ zu benennen, die künftige aber, der sie an der Hand ihres Meisters zustrebten, als „etat sociétaire“. Außerdem jedoch war ihnen auch der von FOURIER — zur Charakterisierung des Zwischenstadiums zwischen den Perioden des „Garantismus“ und des „Harmonismus“ — geprägte Ausdruck „Sociantisme“ zu geläufig, als daß neben ihm der phonetisch so nahe verwandte „socialisme“ hätte über ihre Bewustseinsschwelle treten können.

* *

Nicht nur aber daß der begriffliche Inhalt des Wortes „socialiste“ bei PELLARIN noch ungewiß schwankt: dieser Kunstausdruck findet sich auch bereits, wie NETTLAU hervorgehoben hat[2]), mehr als ein halbes Jahrzehnt zuvor, als identisch mit Kommunist in

---

1) In „La réforme industrielle ou le phalanstère“, Nr. 15 v. 1833, S. 174: im Artikel „Presse departementale“, in dem von einer bevorstehenden Versammlung gesprochen wird, in der, wie PELLARIN hoffte, gegenüber den „politicomanes“, die sich immer nur mit Verfassungsfragen beschäftigen, statt der sozialen ihr Augenmerk zuzuwenden, „les socialistes et les industrialistes proprement dits . . . seront en majorité“. (Vgl. die ausführliche Darlegung des PELLARINschen Gedankenganges und der Umstände, unter denen dieser niedergeschrieben wurde, in meiner Abhandlung i. d. „Revue d. hist. d. doctr. écon. et soc.“, II, S. 304). 2) Vgl. MAX NETTLAU, Bakunin. Eine Biographie. 3 Bde. London 1898/1900 (autograph. u. nicht im Buchhandel) I. Bd. Anm. 160.

einer englischen Zeitschrift, nämlich in dem Owenitischen „The Co-operative Magazine and Monthly Herald" vom November 1827, wo gesprochen wird von: „The chief question . . . between the modern (or Mill and Malthus) Political Economists and the Communists, or Socialists"[1]).

Das Jahr 1827 ist auch der früheste Zeitpunkt, zu dem sich bisher auf englischem Boden das Wort „Socialist" nachweisen läßt. Damit war es freilich dort nicht auch schon eingebürgert. Denn noch bis um die Mitte des Jahres 1833 nannten sich die Anhänger OWENS oder wurden genannt: „rationalists," „cooperators," „social-reformers," disciples of Owen," „Owenians," „Owenites"; sodann mit besonderer Bezugnahme auf des Meisters „social system": „disciples (friends, members) of the social system," „brothers and sisters of the new social system"; bis es dann schließlich Ende August 1833 im „Poor mans guardian" neuerdings und seit 1835 auch in anderen Zeitschriften auftaucht, um bald darauf allgemein zu werden und zuletzt wohl auch den Weg über den Kanal zu finden.

* *

Wir gelangen also zu folgendem Schlußresultat.

Unsere beiden Kunstausdrücke sind im Jahre 1803 gleichzeitig auf italienischem Boden durch GIACOMO GIULIANI entstanden.

Ganz unabhängig hiervon, wie man wohl als zweifellos sicher annehmen darf, ist sodann der Terminus „socialist" im November 1827 in England durch Oweniten im „Cooperativ Magazine", der Terminus „socialisme" im November 1831 im französischen Sprachgebiete (wahrscheinlich von ALEXANDRE VINET, in „Le semeur") geprägt worden.

Ob PELLARIN den Ausdruck „socialiste" im April 1833 aus England übernommen hat, ist ebenso wenig nachzuweisen, wie: ob die Engländer ihrerseits das Wort „socialism", das seit 1837 in ihren Sprachschatz übergegangen ist, aus Frankreich entlehnt haben. Unmöglich und sogar unwahrscheinlich ist es — bei der

1) S. 509 Anm.; ebenda S. 553 (Dezember 1827) heißt es ferner: „of the co-operative or communional, or as accurately as either, of the social (for it is the only truly social) system. (Zit. bei NETTLAU a. a. O. Das „Co-operative Magazine" selbst ist mir unzugänglich geblieben. — Vgl. auch PUMPIANSKY in diesem „Archiv" II S. 340).

stets starken Verbindung und dem lebhaften Austausch auch sozialistischer Gedankenreihen zwischen beiden Ländern während der 20er und 30er Jahre des 19. Jahrhunderts — keinegswegs. Daß REYBAUD den Terminus „socialiste" dem Oweniten entlehnt hat, wissen wir von ihm selbst, und er mag ihn immerhin durch seine „Ètudes sur les reformateurs ou socialistes modernes" auf dem Festlande zu weitester Verbreitung gebracht haben.

Aus Frankreich schließlich sind beide Neologismen nach Deutschland gelangt. Der eine: „Sozialist," durch ROCHAU (pseud. für A. L. CHUROA) 1840. Wer den anderen in den deutschen Sprachboden verpflanzt hat, ist mir unbekannt. Daß es erst LORENZ STEIN in seinem 1842 erschienenen „Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs" gewesen sei, ist kaum anzunehmen.

Briefe Lassalles an Dr. Otto Dammer in Leipzig,

Vizepräsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Mitgeteilt und erläutert von

Hermann Oncken.

Die im folgenden abgedruckten Briefe LASSALLES an DR. OTTO DAMMER in Leipzig aus den Jahren 1862/4 sind bis auf geringfügige Stücke bisher ganz unbekannt und unzugänglich gewesen. Herr DAMMER, der sich später von jeder Beteiligung an der Arbeiterfrage und der Politik überhaupt zurückzog, veräußerte die sämtlichen in seinen Händen befindlichen Briefe LASSALLES vor etwa 20 Jahren an Herrn DR. CARL GEIBEL, den hochverdienten Chef der Firma DUNCKER & HUMBLOT in Leipzig, deren Verlag damals eine Herausgabe der Werke LASSALLES plante. Herr DR. CARL GEIBEL hatte noch kurz vor seinem Tode die Güte, mir die Briefe auf meine Bitte, unter Zustimmung des in Friedenau lebenden Herrn DR. DAMMER, im Herbste 1910 zu übersenden und ihre Benutzung für die zweite Auflage meiner Biographie „Lassalle“ zu gestatten. Nach dem Hingange GEIBELS hat sein Sohn, Herr OTTO CARL GEIBEL in San Remo, in dessen Besitz die Briefe übergegangen waren, mir diese Erlaubnis in dankenswerter Weise erneuert.

Von den nahezu 50 Briefen, die mir vorgelegen haben, waren einige schon bekannt. Insoweit sie nämlich an DAMMER als den von LASSALLE im Mai 1863 bestellten Vizepräsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gerichtet waren, fanden sie sich auch in den Kopierbüchern des Vereins, die — mit den übrigen Bestandteilen des LASSALLEschen Agitations-Archives — BERNHARD BECKER für seine im Ausgang der 60er Jahre verfaßte und 1874 veröffentlichte „Geschichte der Arbeiter-Agitation FERDINAND

LASSALLES" benutzt hat. Die von BECKER bereits abgedruckten Briefe sind in dem folgenden Abdruck nicht wiederholt worden, mit Ausnahme des einen oder anderen Falles, in dem der Abdruck an mehreren Stellen seines Buches zerstreut und verzettelt war; auch einige ganz belanglose Zettel, dringende Mahnbriefe und dergleichen sind in dem folgenden Abdruck nicht berücksichtigt worden.

Die meisten der mitgeteilten Briefe sind, nach der Gewohnheit LASSALLES, undatiert oder tragen nur die Bezeichnung des Wochentages, doch läßt sich in allen Fällen aus ihrem sachlichen Inhalt der genaue Tag der Datierung erschließen. Die historisch-biographische Bedeutung der Briefe, deren wesentlichen Inhalt ich bereits in der zweiten Auflage meines nunmehr erschienenen Buches habe verarbeiten können, ist nicht zu unterschätzen. Zwar enthalten sie keine Enthüllungen, überraschende Tatsachen oder Gedankengänge, aber sie ergänzen doch unsere Kenntnisse durch manche neue Züge. So können die Anfänge der Anknüpfung zwischen den Leipziger Arbeitern und LASSALLE seit Ende November 1862 jetzt zum erstenmal sicher erkannt werden. Die Sache lag nicht allein so, wie man bisher annehmen durfte, daß die Leipziger LASSALLE gesucht hätten, sondern auch er hat sie mit aller Energie, deren er fähig war, gesucht. Charakteristisch dafür ist die lange, fast autobiographisch angelegte Selbstempfehlung, mit der er sich am 13. Dezember 1862 den ihm persönlich fremden Leuten anbot; wie verändert klingt dann der Ton, als sie nur zögernd kommen wollen, wie diktatorisch stellt er nunmehr die Bedingung des ersten offiziellen Schrittes von der andern Seite, um, nachdem er diesen erzwungen hat, schon ein wenig von oben herab zu schreiben: „jetzt kommen Sie also." Nicht minder wertvoll ist der Erläuterungsbrief zu dem „Offenen Antwortschreiben" vom 13. März 1863 mit seiner theoretischen Siegeszuversicht, mit der fast überspitzten Berechnung und den dialektisch meisterhaften Auseinandersetzungen über die „soziale Selbsthilfe"; oder in dem Briefe vom 31. Juli 1863 die Behandlung von ERNST ENGELS Vorschlag der Errichtung von Arbeiterbörsen. In beiden Fällen greift man mit den Händen, wie rein politisch, ausschließlich vom Standpunkt des taktischen Nutzeffekts er sich zu den von ihm besprochenen nationalökonomischen Fragen stellt. Bei manchen der

kurzen, geschäftliche und organisatorische Fragen erörternden Billets, vornehmlich aus dem April 1863, mag man eher zweifelhaft sein, ob sie den Abdruck lohnen: immerhin zeigen sie uns, wie LASSALLE schon nach wenigen Worten genötigt war, in weitem Abstand von der anfangs erträumten Wirkungskraft der Idee, sich mit dem Kleinkram der Geschäfte abzugeben. Aber auch in diesen Briefen findet sich die gesteigerte Ansammlung von Willenskräften, sich und die andern stets zum höchsten treibend, das unbedingte Einsetzen der ganzen Persönlichkeit, auf dem der Reiz LASSALLEscher Briefe als menschlicher Dokumente, gleichviel um was es sich handelt, nun einmal beruht.

I.

Berlin, 13. December 1862.[1])

Geehrte Herren! Zunächst meine Entschuldigung, daß ich Ihnen nicht früher geantwortet. Aber ich war diese Woche von früh bis Abend mit Ordnung der wichtigsten und dringendsten Familienangelegenheiten beschäftigt, die mir nicht eine Stunde Zeit ließen.

Die Ansichten, die Sie in Ihrem Briefe entwickeln, theile ich gänzlich. Das Vertrauen, daß Sie in meine Person ausdrücken, hat mich angenehm und wohlthuend berührt. Die gewöhnlichen Phrasen conventioneller Höflichkeit sind bei ernsten Dingen nicht am Ort und so habe ich Ihnen auf jenen Ausdruck des Vertrauens einfach zu erwidern, daß ich dasselbe nicht acceptiren würde, wenn ich nicht wüßte, desselben würdig zu sein.

Es ist hier am Ort, meine bisherige Stellung zu der Arbeiterpartei kurz zu berühren. Von 1848 bis 1857 lebte ich in Düsseldorf und nahm eine ganz ausnahmsweise Vertrauensstellung zu den rheinischen Arbeitern ein. Ein Ausfluß meiner damaligen Thätigkeit ist die Assisenrede von 1849, die Sie besitzen. Auch während der Schreckensherrschaft von Manteuffel-Westphalen-Hinkeldey wurde diese Thätigkeit von mir nicht eingestellt. Ich hielt den Arbeitern Vorträge in meinem Hause, sie fanden gegen die damals herrschende Verfolgung Schutz und Hülfe bei mir und noch bis heut ist, wie ich mich bei einem Besuche in

1) Das erste Schreiben Lassalles an DAMMER, Berlin, 30. November 1862 ist eine Danksagung für eine Einladung zum Einweihungsfeste des Vereins „Vorwärts", der er nachzukommen verhindert sei: „hoffentlich aber komme ich im Laufe einiger Monate nach Leipzig und habe dann auch Gelegenheit, mich an dem regen Streben Ihres Vereines zu erfreuen." Das Schreiben DAMMERS von Anfang Dezember 1862, das die erste ernsthafte Anknüpfung der Leipziger mit LASSALLES darstellt und zu der obigen Antwort LASSALLES führte, ist nicht bekannt.

Düsseldorf in diesem Sommer überzeugt habe, das warme und liebevolle Angedenken nicht erloschen, das mir die Rheinischen Arbeiter bewahrt haben.

Seit meiner Uebersiedlung nach Berlin (1857) war es mein Hauptziel in der Wissenschaft das revolutionäre und sociale Princip herauszuringen, ihm aus der Wissenschaft eine feste, unangreifbare Burg zu bereiten — die erste und wichtigste, wenn auch nur ganz langsam und allmählich wirkende Bedingung für seine praktische Verwirklichung — und gleichzeitig durch Flugschriften im geeigneten Augenblick eine mehr unmittelbare, politische Einwirkung auf das Volk auszuüben.

Ich ging an diese Thätigkeit, nachdem ich zuvor, Ende 1857 ein umfangreiches Werk über griechische Philosophie (die Philosophie Herakleitos des Dunklen) veröffentlicht, welches zwar nur in jenem indirecten Zusammenhange mit meinen practischen Bestrebungen steht, in welchem alle Wissenschaften miteinander stehen — und vor allem ist die Entwicklung der Philosophie die Entwicklung des Freiheitsgedankens in der Welt —, welches aber bei dem großen Sinn der deutschen Nation für gelehrte, theoretische Arbeiten schon in dieser Hinsicht eine höchst nützliche Grundlage für einen Vertreter des socialen Princips war.

Der Zeit nach folgt hierauf (1858) die Publikation meines „Franz von Sickingen", in welchem ich in ästhetischer Form die Ursachen des jetzigen Zerfalls von Deutschland in dem, freilich nothwendigen Mißglücken des Bauernaufstands und in dem durch den Protestantismus geschaffnen Landesfürstentum nachwies.

1859, in dem Augenblick wo der italienische Krieg erklärt wurde, veröffentlichte ich die Broschüre „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens", von der ich Ihnen beiliegend einige Exemplare übersende.

Kurz darauf (1860) trat ich in einem in den „Demokratischen Studien" erschienenen Aufsatz „Fichtes politisches Testament an sein Volk" gegen die Hohlheit, Verlogenheit und Erfolglosigkeit der liberalen Bewegung auf, desgleichen in einem in dem 2. Bde. dieser Studien 1861 veröffentlichten Aufsatz über Lessing.

Die Eroberung der Wissenschaft durch das sociale Princip und die wissenschaftliche Durchführung und Entfaltung desselben muß zu seiner praktischen Verwirklichung hauptsächlich auf zwei Gebieten der Wissenschaft vollbracht werden: auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft und auf dem der National-Oeconomie.

Auf dem ersteren dieser beiden Gebiete, der Rechtswissenschaft, glaube ich diese Aufgabe bereits erfüllt zu haben durch mein 1861 in Leipzig bei Brockhaus erschienenes „System der erworbenen Rechte (2 Bde.)". Es ist dies ein umfangreiches, in die schwierigsten Theile der Rechtswissenschaft vertieftes Werk, welches das Gebiet derselben von Grund aus für das demokratische und sociale Princip erobern soll und somit, durch jene langsame, aber gewaltige, Einwirkung, welche die Wissenschaft auf das Leben hat, dem Arbeiterstand zugute kommt, aber freilich nicht für den Arbeiter lesbar ist.

Eine längere Anmerkung aus demselben (p. 259—266) aber lege ich allerdings in einem hier beigefügten einzelnen Bogen bei, weil diese in ihren angestrichenen Stellen auch für den denkenden Arbeiter vollkommen faßlich sein wird und Ihnen, indem sie einen der Hauptgedanken des Werks zusammenfaßt, einen nähern Einblick in dem Zusammenhang desselben mit der Sache der Arbeiter ge-

währt; endlich, weil sie zugleich schon die scharf formulierte Aufgabe auch für das oeconomische Gebiet — und innerlich zugleich das Princip ihrer Lösung — ausspricht.[1])

Wenn Sie die betreffenden Stellen aufmerksam durchlesen haben werden, so werden Sie ganz genau wissen, was ich als das Endziel der Bewegung vor Augen habe.

Die Eroberung der oeconomischen Wissenschaft für das Ziel durch ein national-oeconomisches Werk, welches nur die strenge wissenschaftliche Ausführung des oben erwähnten Princips zu sein hat, ist nun die andere Aufgabe, die mich gegenwärtig beschäftigt. Nach sechzehnjährigen ökonomischen Studien und Vorarbeiten bin ich vor wenigen Wochen daran gegangen, die Ausarbeitung des Manuscripts zu beginnen.

Ich wurde sofort darin unterbrochen durch eine Anklage, welche ich mir durch meine Ihnen bekannte Arbeiterbroschüre zugezogen habe.

Ich werde auf diese Anklage am 16. Januar vor dem hiesigen Criminalgerichte antworten durch eine Rede, welche ich unter dem Titel: „Die Wissenschaft und die Arbeiter" dann sofort veröffentlichen werde und in deren Ausarbeitung ich gegenwärtig begriffen bin.

Sowie diese Störung beseitigt ist, gehe ich an das oeconomische Werk. Da ich aber diesmal beschlossen habe, dasselbe in einer jedem Arbeiter vollkommen faßlichen Form zu Tage zu fördern, so daß es sich zu Vorträgen an die Arbeiter eignet — eine Aufgabe, welche die sonst schon nicht geringen Schwierigkeiten des Unternehmens verzehnfacht — so vermag ich selbst durchaus nicht abzusehen, wann ich mit diesem Werk zu Ende sein werde. Es kann blos 6—8 Monate, es kann auch 3 Jahre dauern.

Meine Fichte-Rede kennen Sie, eben so meine Broschüre über Verfassungswesen, von der ich hier einige Exemplare beilege.

Meinen „Julian Schmidt" brauchen Sie nicht zu kennen, da die Pest, gegen die ich ihn gerichtet, glücklicherweise im Arbeiterstand nicht gewüthet hat.

Ich habe Ihnen diese Uebersicht gegeben, weil in dieser angestrengten sechszehnjährigen wissenschaftlichen Thätigkeit, hervorgegangen aus Einem und demselben unverrückbar festgehaltnen Gedanken, die einfachste und beste Garantie liegt, die ich Ihnen für den Ernst geben kann, mit welchem ich mich der Sache der Arbeiter gewidmet habe.

Ich halte es nicht erst der Mühe werth, näher zu erwähnen, daß ich sechszehn Jahre lang die Verfolgungen der Regierung getragen habe, ohne jemals in irgend einem Conflikt einen Fußbreit zu weichen.

---

1) Es handelt sich in dieser bekannten Anmerkung um jene Umrisse einer Rechtsphilosophie, die den kulturhistorischen Gang der Rechtsgeschichte in einer steigenden Beschränkung der Eigentumssphäre des Privatindividuums zu erkennen versuchen und darin die positive Entwicklung der menschlichen Freiheit erblicken; die parallele Tendenz der ökonomischen Entwicklung wird nur angedeutet. Immerhin betrachtete LASSALLE diese Skizze als seinen vorläufigen Rechtstitel als sozialistischer Denker.

Ich halte mich somit im Stande den Anforderungen des Platzes zu entsprechen, den Sie mir anbieten und erkläre mich daher im Allgemeinen bereit, die Forderung zu erfüllen, die Sie an mich stellen, und die Führung der Arbeiterbewegung in meine Hand zu nehmen.

Ich bin ebenso bereit, zur näheren Besprechung nach Leipzig zu kommen, aber nicht mehr im Laufe dieses Monats. Dies ist schon deshalb unmöglich, weil ich vor meinem Proceßtermine, also vor dem 16. Januar, Berlin nicht erst verlassen kann. Ich muß in diesem Proceß der Regierung eine entschiedene moralische Niederlage beibringen, der Sache der Arbeiter einen großen moralischen Dienst thun, und meine Zeit ist ohnehin von den verschiedensten wissenschaftlichen Thätigkeiten so in Anspruch genommen, daß es einer Konzentration meiner Kräfte bedürfen wird, um bis zum 16. Januar ganz schlagfertig zu sein.

Wenn ich aber selbst hiervon absehen wollte, so finde ich es doch nothwendig, daß Herr Schulze-Delitzsch vor mir spricht. Sie haben hierüber in einem früheren Schreiben an Löwe[1]) das ganz Richtige entwickelt.

Ich bemerke übrigens, daß wenn ich erst eine officielle Stellung zu der Arbeiterbewegung eingenommen hätte, Herr Sch.-D. dann überhaupt nicht mehr eingeladen werden könnte. Vor Allem ist es mir Pflicht, auf die Reinheit meines Namens zu halten und nicht zu dulden, daß er mit Leuten von der politischen Richtung von Schulze-Delitzsch — ich beziehe mich auf seine vor Kurzem in Frankfurt gehaltene Rede — in einen Topf geworfen werde.

Schreiben Sie mir hiernach also, wann Sie mich in Leipzig erwarten. Schreiben Sie mir dies aber bei Zeiten, da Sie ja nicht nur mündliche Besprechung, sondern auch einen Vortrag wünschen.

Ich glaube übrigens, daß es das beste ist, wenn ich in meinem Vortrage nichts anderes als das nächste practische Ziel der Bewegung und das Mittel dazu entwickle. — Wir müssen eben so vorsichtig als kühn und bestimmt auftreten.

Mit Gruß und Handschlag Ihr F. Lassalle.

NB. Sind die Züricher Exemplare der Arbeiterbroschüre bei H. Dr. Dammer angelangt? P. S. Daß Sie die erforderliche Discretion eben so gut in Bezug auf diesen Brief beobachten, wie Sie dieselbe für den Ihrigen wünschen, ist selbstredend.

II.

Berlin, 20. Decbr. 1862.

Geehrter Herr! Ich finde es gleichfalls sehr zweckmäßig eine Absprache mit Ihnen oder H. Vahlteich hier zu nehmen und erwarte daher mit Vergnügen, daß Sie oder er oder Sie beide — bei Löwe könnten Sie beide wohnen — hier eintreffen. Die Hälfte der Reisekosten zu tragen bin ich gern erbötig. Ich erwarte Sie im Lauf der nächsten Woche, am liebsten kurz vor Neujahr.

Wegen des Preises der Broschüre bemerke ich: es ist richtig, daß die Broschüre 4 sgr. netto kostet. 3 sgr. war der Preis bei jener Auflage, die confiscirt worden ist, welche mir gehörte und auf meine Kosten erschienen war. Ich konnte sie nur

1) Der damals mit Lassalle befreundete Fabrikant Ludwig Löwe hatte die erste Verbindung zwischen ihm und den Leipziger Vertretern herbeigeführt.

deshalb so billig geben, weil mir auch ein Verlust zum Zweck der Verbreitung gleichgültig war. Der Züricher Verleger konnte natürlich nicht von demselben Gesichtspunkte ausgehen und so hat er den Preis auf 4 sgr. noch äußerst billig angesetzt, denn es kommt 1⅓ sgr. auf den Bogen! Der Arbeiter, der sich durch den einen Silbergroschen abhalten ließe — von dem ist noch kein rechter Ernst zu erwarten! — Mit Gruß und Handschlag F. Lassalle.

III.

Berlin, 28. Januar 1863.

Werther Herr Dr.! Herr Löwe hat mir von dem Inhalt Ihrer Mittheilung Kenntnis gegeben.

Ob das Komité es mit Recht oder Unrecht bedenklich findet, schon jetzt mich aufzufordern, ihm brieflich meine Ansicht mitzutheilen, ist nicht meine Sache zu entscheiden. Das aber steht fest, daß ich ohne eine solche Aufforderung nicht daran gehen werde, die gewünschte Broschüre zur Zeit zu schreiben. Ich habe Ihnen meine sehr gewichtigen Gründe hierfür mündlich mitgetheilt und Sie selbst haben sie vollkommen stichhaltig gefunden. Ich muß nichts mehr vermeiden, als selbst den falschen Schein, daß ich mich in die Leipziger hineinzudrängen suchte. Dieser Grund allein ist für mich vollkommen entscheidend.

Noch andere kommen hinzu. Wenn ich jetzt scheinbar von freien Stücken eine Broschüre über jenen Gegenstand schreibe, so bin ich zu einer ganz andern theoretischen Vollständigkeit verpflichtet, als wenn ich nur eine briefliche Anfrage durch eine briefliche — wenn auch gedruckte — Antwort beantworte und ev. würde sich hieraus die Nothwendigkeit eines Umfangs ergeben, für den ich gegenwärtig bei meinen vielfachen Belastungen auch durchaus nicht die erforderliche Zeit habe.

Gestatten Sie mir endlich als letzten und sehr gewichtigen Grund noch die Bemerkung: daß wenn der Arbeiter noch Anstand nimmt, mich brieflich um meine Ansicht zu befragen und mich zu einem brieflichen Aussprechen derselben aufzufordern — beiläufig: nur hiervon, nicht von der Aufforderung zu einer Broschüre war die Rede — hierin für mich der beste und durchschlagende Beweis liegt, daß die Zeit noch durchaus nicht gekommen ist, wo ich die Arbeiterbewegung in die Hand nehmen könnte! — Mit besonderer Hochachtung

F. Lassalle.

IV.

o. D. [ca. 12. Februar 1863.][1])

Lieber Dammer! In großer Eile! Jetzt kommen Sie also und wünschen die Broschüre resp. das Antwortschreiben. Sie haben eine kostbare Zeit ver-

1 Antwort auf das offizielle Einladungsschreiben des Zentralkomitees zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses vom 11. Februar 1863, das LASSALLE am 28. Januar zur Bedingung seines Hervortretens gemacht hatte. (B. BECKER, Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles, Braunschweig 1874. S. 17f.)

streichen lassen, innerhalb welcher ich dieselbe gerade sehr gut hätte verfassen können! Jetzt aber kommt gerade Alles bei mir zusammen. Denn

1.) habe ich jetzt vor wenigen Tagen die Ausfertigung des Strafurtheils erhalten, und bin in der Arbeit begriffen, dasselbe mit Anmerkungen drucken zu lassen und herauszugeben [1]);

2.) muß ich eine neue und große Rede für die Verhandlung in 2. Instanz ausarbeiten;

3.) hat die Staatsanwaltschaft jetzt meine Vertheidigungsrede wegen Beleidigung angeklagt und muß ich, sobald ich diese Anklage erhalte, gegen dieselbe gleichfalls einen Feldzug vorbereiten.

Kaum weiß ich, was ich jetzt zuerst thun soll!

Nichtsdestoweniger steht fest, daß ich bereit bin, Ihr Verlangen zu erfüllen und zu antworten. Aber Sie müssen mir — und darum schreibe ich Ihnen diesen Brief — anzeigen, bis wie lange spätestens ich mit meiner Antwort warten kann. Ich gedenke sie, so wie ich mit no. 1 fertig bin, zu entwerfen, falls mir no. 3 nicht so schnell auf den Leib rückt, daß ich wieder daran gehindert werde. Also antworten Sie mir genau und bestimmt, wie lange es Zeit hat und suchen Sie mir möglichst lange Zeit zu geben. Daß ich's, wenn ich irgend kann, früher thue, versteht sich von selbst.[2])

Ihre Nachrichten sind gut! An mir soll's nicht fehlen!

Verboten ist also das „Arbeiterprogramm" in Leipzig noch immer nicht, sondern blos die Erlaubniß es zu colportiren ist zurückgenommen. Nicht? Können Sie mir nicht aber einen legalen Nachweis schicken, daß wenigstens so und so lange diese Erlaubniß, durch Colporteurs vertrieben zu werden, der Broschüre ertheilt war. — Mit bestem Gruß Ihr F. Lassalle.

V.

18. Februar 1863.

Lieber Dammer! In Eile:

1.) Gestern Abend habe ich die Antwort an das Central-Comité begonnen. Da ich vielfach gestört werde, kann es noch 10 Tage vielleicht dauern, bis sie fertig wird, worauf sie sofort — Vorbereitungen schon getroffen — nach Leipzig zum Druck abgeht. Das ist doch jedenfalls früh genug?

2.) Es entsteht folgende Frage: Schulze-Delitzsch hat in seinen unglaublich schlechten hiesigen Arbeitervorträgen versprochen, im nächsten Vortrag die Mittel anzugeben, wie den Arbeitern geholfen werden könne. Soll ich vielleicht diesen — in unbestimmter Zeit erst stattfindenden — Vortrag abwarten, um was er da sagt, gleich kritisieren zu können? Oder halten Sie die Verzögerung für unvortheilhafter, als den Gewinn für erheblich?

3.) Ihre mir soeben mitgeteilte Ansicht in Bezug auf den Kassenbeschluß theile ich ganz. Die Bedenken R.'s sind übertrieben und können durch eine vor-

1) Der LASSALLEsche Kriminalprozeß. Drittes Heft. Das Urteil erster Instanz mit kritischen Randnoten zum Zwecke der Appellations-Rechtfertigung bearbeitet von F. L. Zürich 1863. 2) Antwort des Zentralkomitees vom 16. Februar bei B. BECKER a. a. O. S. 18.

sichtige Fassung des Beschlusses vollständig beseitigt werden. Sollte R. dies jedoch zu einer „Spaltung“ machen, zu einem casus belli, so kann der Beschluß im Nothfall noch bis zum Kongreß verschoben werden. Dann muß er aber jedenfalls gefaßt werden. Ich spreche mich auch in meiner Broschüre dafür aus. Fügt sich R., so ist es gut. Wenn nicht, so ist es besser Spaltungen jetzt zu vermeiden und Alles in statu quo zu erhalten, bis meine Broschüre ankommt, die auch, wie ich glaube, auf R. die Wirkung haben wird, ihn entschiedner zu machen. [1])

4.) Gestern schickte ich Ihnen 1 Ex. von meiner Broschüre „Macht und Recht“. [2]) Sie können Ex. von Köhler bekommen zum Vertriebe à 2 sgr. (Ladenpreis ist 3 sgr.). Können Sie aber eine große Masse vertreiben und halten Sie nur den Preis zu theuer, so würde, denke ich, auch der Verleger nichts dagegen haben, daß Sie sie zu 1 sgr. vertreiben. Jedenfalls wäre ich erbötig, Ihnen 200 Ex. auf Wunsch von hier zu diesem Preis direct zu übergeben.

5.) Betreffs der Rheinischen Arbeiter richten Sie alle Ihre Mittheilungen &c. an Herrn Gustav Lewy, Düsseldorf, Dammstraße 12. Das ist die beste Adresse. Beziehen Sie sich auf mich. — Ganz Ihr F. Lassalle.

VI.

o. D. Donnerstag [19. Februar 1863]. [3])

Lieber Dammer! Ihren Brief durch Löwe erhielt ich gestern Abend erst nachdem meiner bereits zur Post war. Ich replicire also in Kürze:

1.) Die Vorversammlung muß jedenfalls möglichst hingeschoben werden, damit meine Broschüre in der Zwischenzeit nicht nur erschienen sein, sondern auch gehörig gewirkt haben kann. — 2.) Ob es gut ist, wenn ich mich an der Versammlung betheilige, wollen wir zusammen berathen, werden dies aber erst dann können, wenn Sie meine Broschüre gelesen haben werden. — 3.) Anbei 100 Ex. von Macht und Recht.

Hoffentlich kommt morgen schon Antwort auf meinen gestrigen Brief. — Herzlichst F. Lassalle.

VII.

Berlin, 13. März 1863.

Lieber Dammer! Obgleich ich noch immer — der Druck dauert diesmal ungewöhnlich lang — die Broschüre nicht von Wigand empfangen habe, bereite ich doch schon jetzt, damit dann nicht der geringste Aufenthalt eintritt, den Brief an Sie vor, mit welchem ich die Uebersendung derselben begleiten muß.

---

1) Es handelt sich augenscheinlich um die Aufforderung des Zentralkomitees, zur Aufbringung der Kosten kleine regelmäßige Beiträge von den Arbeitern zu erheben, wogegen anscheinend ROSSMÄSSLER sich in Leipzig ausgesprochen hatte. 2) Am 13. Februar als Flugblatt ausgegeben.

3) Antwort auf das Schreiben des Zentralkomitees vom 16. Februar. B. BECKER a. a. O. S. 18.

Vor Allem lesen Sie die Broschüre (das „offene Antwortschreiben") mit welcher ich Ihnen diesen Brief zusende, aufmerksam und wiederholt durch. Sie werden finden, daß ich Alles gethan habe, um dieselbe zu einem Eisbrecher zu machen! Die Schwierigkeiten waren wirklich immens und ich hätte gezweifelt, daß es mir gelingen würde, sie so vollständig zu überwinden. Ich mußte weit mehr in die ökonomische Materie eingehen, als ich selbst noch, als ich die Feder zur Hand nahm, beabsichtigt hatte. Ich mußte tiefer eingehen, denn ich fühlte, daß nichts gethan sei, so lange die Arbeiter nicht zu einem Verständniß ihrer ökonomischen Lage gebracht seien; daß nichts gethan sei, so lange Schulze-Delitzsch oder irgend ein anderer Schwätzer den Arbeitern Brei ums Maul schmieren kann. Es handelte sich darum die Arbeiter fest zu machen, von innen heraus, nicht nur gegen Alles, was Sch.-D. schon gesagt hat, sondern noch sagen könnte, sie ein für allemal in den Stand zu setzen selbst Alles zu widerlegen, womit man sie täuschen will.

Andrerseits konnte ich natürlich in einem kurzen Brief auch entfernt nicht ein national-ökonomisches Werk schreiben, in eine Zergliederung und Analyse der national-öconomischen Functionen eingehen.

Es handelte sich also darum, irgend einen festen und unwidersprechlichen Punct zu nehmen und von diesem aus die gesammte Frage, soweit es erforderlich, den Arbeitern zum Verständniß zu bringen.

Endlich war die höchste Klarheit und Leichtigkeit in der Behandlung nöthig. Das Ding mußte so geschrieben und entwickelt sein, daß es jeder Arbeiter, wie wenig er auch von National-Oeconomie wisse, nicht nur vollkommen versteht, sondern, wenn er es ein oder einigemal gelesen hat, ihm so ist, als hätte er das seit je gewußt, gedacht, gesagt!

Dies waren die Anforderungen, die ich an die Schrift stellte und denen ich allerdings vollkommen genügt zu haben glaube. Schulze-Delitzsch und sein ganzer Standpunkt ist aufgeschlitzt und seine Eingeweide an's Licht gekehrt. Alle Illusionen sind aufgelöst und das unerbittliche Gesetz der Lage ohne Schonung aufgezeigt und endlich eine eben so kurze als practische Parole und Formel zur Aenderung dieser Lage den Arbeitern in die Hand gegeben.

Der Haß, der mich dafür treffen wird, wird beispiellos sein! Das weiß ich wohl, und meine besten Freunde riethen mir deswegen ab oder sehen mit Unruhe dem Erscheinen entgegen. Mir ist das gleichgültig. Ich hatte die Pflicht, Wahrheit zu geben, schonungslose, nackte Wahrheit und ich gab sie. Alles andere ist mir einerlei!

So gleichgültig mir aber der Haß der Bourgeoisie ist, und wenn sie mich vor Wuth auffräße, so wenig gleichgültig ist mir die Wirkung unter den Arbeitern. Die Schrift wird eine entscheidende Probe für mich sein, wie weit es bereits mit der Reife des Arbeiterstandes gekommen ist oder nicht. Da die Schrift in eine ohnehin bereits bestehende praktische Bewegung fällt, so müßte sie, falls der Arbeiterstand nicht noch sehr träge und gedankenlos ist, eigentlich eine Wirkung hervorbringen analog derjenigen der Theses an der Wittenberger Schloßkirche von 1517! Wenn sie nicht eine ungeheure Agitation im Arbeiterstand erzeugt, so ist damit der beste Beweis geliefert, daß mit demselben auch nichts zu machen ist.

Die Agitation, welche die Schrift erzeugen soll, hängt natürlich ganz von ihrem massenhaften Vertrieb ab und wird sich nach diesem bemessen lassen. Ich habe nun auch in dieser Hinsicht alles gethan, um der Schrift die größte Expansion zu sichern. Sie kostet für die Arbeiter, wie mir der Verleger fest versprochen, nur 1 sgr., was unerhört ist, da es 2½ Bogen sind. (Der Verleger dachte freilich wie ich selbst, daß es nur 1½ Bogen werden würde.) Der Ladenpreis dagegen wird ein viel höherer sein, ich glaube 5—6 sgr. Ihnen aber, da Sie die Verbreitung für den Arbeiterstand übernommen haben, wird das Ex. nur à 1 sgr. berechnet. Wiegand ist angewiesen, Ihnen sofort 2000 Ex. zu verabfolgen, die Ihnen so berechnet werden, und ebenso können Sie weiter soviel Exemplare Sie brauchen von Köhler zu dieser Berechnung erhalten. Zwischen 10 und 12 Tausend Ex. sind gedruckt. Gleichwohl betrachte ich, wenn nicht binnen 6 Monaten eine 2. Auflage der Schrift nöthig wird, den Erfolg derselben für vollständig verfehlt. Ich setze voraus — bitte übrigens mir darüber näheren Bericht zu geben —, daß Sie auch in Süddeutschland die erforderlichen Verbindungen haben, an die Sie Massen der Schrift versenden können, damit sie unter den dortigen Arbeitern à 1 sgr. vertrieben werden kann. Denn alle Arbeiter, die sie nicht durch Sie erhalten, würden ja den unerschwinglichen Preis von 5 sgr. zu bezahlen haben. Es ist also von der größten Wichtigkeit daß Sie sofort den Vertrieb überallhin sorgfältig und umfassend organisiren. Nur für den Regierungsbezirk Düsseldorf habe ich den Vertrieb einem dortigen alten Bekannten von mir überwiesen. Wie steht es mit Wien? Haben Sie für dort keine Verbindungen? Eine Verbreitung unter die dortigen Arbeiter wäre sehr nöthig!

Berichten Sie mir über alles das.

Ferner gebe ich anheim, was nun das Central-Comité in Leipzig in Bezug auf die Schrift zu thun hat. Ich würde es für passend erachten, wenn dasselbe in officiellen Zuschriften alle Arbeitervereine, mit denen es in Verbindung steht, auf die Schrift hinwiese, derselben beizutreten erklärte und so die Schrift zum officiellen Manifest der Bewegung erhöbe. Offenbar ist das auch wohl der Zweck und die Absicht des Comités gewesen, als es die Schrift von mir gefordert hat. Diese Absicht muß nun mit dem höchsten Nachdruck ausgeführt werden.

Ich komme jetzt zu der Frage, die Sie neulich anregten: ob ich die Wahl der Leipziger zu ihrer Vertretung bei einer demnächst abzuhaltenden Vorversammlung annehmen will. Ich antworte hierauf:

1.) Die Wahl der Leipziger wird mir angenehm sein und noch mehr, ich betrachte sie für nützlich.

2.) In demselben Sinne würde es gut sein, wenn Sie auch noch andere Arbeitervereine veranlassen könnten, mich zu ihrem Delegirten für jene Vorversammlung zu wählen, und zwar so viele wie möglich.

3.) Annehmen aber werde ich dieses Mandat nicht, so wenig für Leipzig als für andere Städte, sondern ich werde es dann dankend durch eine Zuschrift aus folgendem Grunde ablehnen: Ich habe den Arbeitern jetzt meine Gedanken und mein Programm entwickelt. Ob sie diese zu den ihrigen machen wollen — ist ihre, der Arbeiter Sache; muß Sache ihrer freien theoretischen Ueberzeugung bleiben. Hier, in diesem Punct darf ich, um sie zu bestimmen,

keinen persönlichen Einfluß auf einer Vorversammlung üben. Jeder Beschluß, der von der Vorversammlung gefaßt würde, würde, wenn ich zugegen wäre, als bloßer Ausfluß meiner persönlichen Einwirkung und Ueberlegenheit von der Bourgeoisie verschrien und verkleinert werden.

Die große Sache, die große Bewegung der Deutschen Arbeiter würde man damit auf die Agitation Eines Mannes, auf den Einfluß seiner Persönlichkeit zu reduciren versuchen. Darum muß ich persönlich von der Vorversammlung, die jetzt ja noch dazu gänzlich von der Debatte beherrscht sein wird, ob meinem Programm beizutreten oder nicht, wegbleiben. Tritt ihm die Versammlung bei, hat sie, ohne daß ich persönlich zugegen, diese Principien für die ihrigen erklärt, so ist ein hoher Erfolg errungen! Dann kann und werde ich im Congreß resp. wenn dieser mir das Präsidium des Vereins anträgt, nun auch die Ausführung dieser Principien vertreten, mit derselben Entschiedenheit, mit der ich sie hier entwickelt. Aber die Arbeiter mit persönlicher Bemühung — auf andere Weise als durch die in der Schrift geschehene theoretische Entwickelung — bestimmen, auf diese Gedanken einzugehen, das würde mir nach persönlicher Aufwiegelei aussehen. Zwar sagen Sie in Ihrem letzten Briefe: Wenn ich nicht zugegen wäre, so würde die Versammlung im Sinne von Schulze-Delitzsch ausfallen! Allein dagegen habe ich nun als Waffe und absolutes Mittel das Manifest geliefert. Dies muß Schulze-Delitzsch zerschmettern, wenn die Arbeiter reif sind. Ich könnte ohnehin auf der Vorversammlung nur dasselbe wiederholen oder näher ausführen. Sind die Arbeiter zur Klarheit reif, so ist ihnen hier eine Klarheit gegeben, von der ihnen die Augen übergehen müssen und die ihnen kein Schulze-Delitzsch mehr verdunkeln kann!

Und nun drittens: dies, daß ohne mein weiteres persönliches Zuthun meine in dem Manifest entwickelten Gedanken in den Arbeiterversammlungen über Schulze-Delitzsch triumphiren, — dies brauche ich gerade als die einzige objective Garantie, daß ich etwas Nützliches und Vernünftiges thue, wenn ich mich darauf einlasse die Bewegung in meine Hand zu nehmen. Denn bedenken Sie: wenn in der Vorversammlung meine Gedanken nur deshalb triumphirten, nicht weil die Arbeiter sie sich zu eigen gemacht haben, sondern weil es meiner Persönlichkeit gelänge durch Wärme und Macht des Wortes die Schulze-Delitzsch 2c. niederzuschlagen — in welchen Selbstbetrug würde ich mich da nicht hineingearbeitet haben? Ich würde glauben, eine Masse hinter mir zu haben, die so denkt wie ich, während ich nur eine Masse hinter mir hätte, die einen Moment von dem Athem meines Mundes fortgerissen ist. Ich würde glauben, eine selbständige Bewegung hinter mir zu haben, für die ich nur ihr bewußter Ausdruck bin — und ich würde nur das Schattenspiel meiner eigenen Beweglichkeit und Rührigkeit hinter mir haben! Eine solche Bewegung würde mit Blâme und Ohnmacht schließen müssen! Nein, ich brauche, wenn ich mich an Eure Spitze setzen und Eure Sache in meine Hand nehmen soll, den Beweis, daß die Arbeiter auf demselben Gedankenboden stehen, daß ihnen diese Dinge innerliches Eigenthum geworden sind und daß sie meine persönliche Anwesenheit nicht mehr nöthig haben, um zu wissen, wie sie denken sollen. Dann kann ich mit irgend welcher Hoffnung die Ausführung übernehmen. Sonst

aber ist alles eitel Schein und Wind, die Arbeiter zur praktischen Agitation in meinem Sinne noch nicht reif, und ich thäte im Arbeiterinteresse selbst dann viel besser, mich noch in die theoretische Arbeit und Propaganda zurückzuziehen.

Soviel wie nöthig ist, werde ich von diesen Gründen auch in den Ablehnungsschreiben entwickeln. Lieb wäre mir die Wahl aber doch, besonders wenn sie an möglichst vielen Orten erfolgte, weil dies eben jetzt, nach dem Manifest, eine offenbare, wichtige Manifestation und Demonstration der Arbeiter wäre. —

Nun zu der unangenehmen Geschichte von Vahlteich, die ich vor 3 Tagen in der Coburger Arbeiterzeitung gelesen habe. Vahlteich, den ich herzlichst grüße, hat einen unüberlegten, ungeschickten Streich gemacht (in Dresden). Zwar werden Sie sagen: er hat ja nur dasselbe gefordert, was ja auch in dem Manifest gefordert ist. Zwar werden Sie sagen: er hat nur eben das gefordert, was ich Ihnen selbst, als Sie von mir gingen in aller Eile — während General v. Pfuel schon da war — als das mot d'ordre ankündigte, welches ich in meinem Briefe den Arbeitern geben würde. Aber es giebt gewisse mots d'ordre, die nicht ohne ihre Begründung, die nur mit ihrer erschöpfenden Begründung gegeben werden dürfen. Deswegen hätte Vahlteich ruhig noch davon schweigen und die Sache meinem Brief überlassen sollen.

Indessen, das ist das Wenigste. Das Schlimme ist, daß Vahlteich, so recht er in der Sache hat, eine große Ungeschicklichkeit, eine möglicherweise sehr nachtheilige begangen hat: indem er die sociale Selbsthülfe angriff und sagte, es sei nichts mit derselben.

Dies ist höchst ungeschickt, denn

1.) ist etwas ganz Wahres an der socialen Selbsthülfe — und so weit sie wahr ist, fällt es ja auch weder Vahlteich noch mir ein, dagegen anzugehen;

2.) muß man sich nie unnöthig dem Geist banaler populärer Phrasen, die eigentlich gar nichts sagen (und das ist mit der „socialen Selbsthülfe" der Fall) entgegenstemmen.

Wir schütten das Kind mit dem Bade aus und werden nie durchdringen, wenn wir sagen: es sei nichts mit der socialen Selbsthülfe. Wir müssen vielmehr durchaus sagen: Das, was wir wollen, das sei eben die wahre sociale Selbsthülfe, die wirkliche und richtige. Und dies ist auch durchaus wahr.

Sie werden sehen, daß ich in meinem Manifest ganz prophetisch — denn es war schon am 1. März in die Druckerei gesandt, also lange ehe die Geschichte mit Vahlteich statt hatte und mir bekannt war — diesen Punct entwickelt und betont hatte. Ganz natürlich! Es war nicht schwer, das Stichwort vorauszusehen, das mir Schulze-Delitzsch entgegenschleudern würde! Es handelte sich also darum, den Gegnern im Voraus das Stichwort wegzunehmen und seinen Gebrauch unmöglich zu machen, indem ich zeigte, daß es gar nicht gegen uns steht. Und da kommt Vahlteich und erklärt, während ich dies eben drucken lasse, daß dies Stichwort allerdings gegen uns stünde und daß wir allerdings Dinge wollten, die der socialen Selbsthülfe entgegengesetzt seien und daß es nichts sei mit dieser!

Höchst schädlich! Kaum weiß ich, ob es meiner Entwickelung jetzt gelingen wird, die Wirkung dieser Ungeschicklichkeit zu pariren! Hätte ich wenigstens von

derselben gewußt, als ich das Manifest schrieb, so würde ich diesen Punct noch ausführlicher und eingehender entwickelt haben. Jetzt ist es zu spät. Und nun werden freilich Viele Mißtrauen fassen und sagen: ich vergolde nur geschickter, was Vahlteich ungeschickter, aber ehrlicher eingestanden habe. So daß der Schade ein bleibender sein kann.

Merken Sie Sich also und verbreiten Sie überall: das mot d'ordre ist zu sagen, was in dem Manifest gefordert sei, das sei eben die richtige sociale Selbsthülfe. Das Princip der socialen Selbsthülfe sei sehr richtig; aber diese Forderung fließe eben aus ihr hervor und stimme ganz mit ihr überein. Dies sei die sociale Selbsthülfe. Ja, dies allein sei sociale Selbsthülfe, denn was Schulze-Delitzsch wolle, das sei gar nicht sociale, sondern blos individuelle Selbsthülfe. Sociale Selbsthülfe sei eben nur jenes. Dies muß überall gepaukt werden! Vahlteich selbst muß im Interesse der Sache — und ihm kömmt es doch gewiß nur auf diese an — diese Erklärung als Selbstberichtigung abgeben, muß seine Dresdner Erklärung zurücknehmen und gestehen, daß er sich nur in der Form habe hinreißen lassen, etwas zu sagen, was er gar nicht sagen wollte 2c. 2c. 2c.

Nun Adieu! Ich erwarte jetzt von Ihnen fortlaufende Berichte über den guten oder schlechten Erfolg meines Manifests. Was bedeutete Ihr neulicher Satz in einem Brief an Löwe: „die Arbeiterbewegung sei in eine neue Phase getreten?" — Herzlichst F. Lassalle.

P. S. Ich schicke Ihnen den Brief, um Zeit zu gewinnen doch lieber noch ehe ich das Manifest habe. Gehen Sie Sonntag zu Wigands Druckerei (Rosplatz 3) und lassen Sie Sich — es muß dann schon fertig sein — ein Exemplar in meinem Namen geben. So werden 2 Tage gewonnen. —

VIII.

Berlin, 28. März 1863.

Lieber Vahlteich und Dammer! Ihre beiden Briefe [1]) habe ich ziemlich gleichzeitig empfangen. Beide haben mich sehr erfreut. Absoluter Zeitmangel zwingt mich, Beide in Einem zu beantworten — was wegen des gemeinschaftlichen Inhalts ganz zulässig — und auch hier nur mich auf das practisch Nothwendige zu beschränken:

1.) Daß ich nach Leipzig komme, ist unmöglich und wird vor Mitte Mai nicht möglich sein. Ich habe erst vor Kurzem an meine Vertheidigungsrede für die 2. Instanz gehen können. Ich muß diese mit größter Sorgfalt machen, nicht nur meiner Freiheit wegen, sondern weil sie einen neuen Feldzug für die Arbeiter bilden soll. Bereits halte ich auf Seite 90 derselben; es werden aber noch 90 Seiten, viel gräulich zu arbeitendes statistisches Material, so daß ich kaum noch weiß, ob mir die Zeit zur Arbeit, zum Druck, zum Memoriren bleibt. Kann

1) Der Brief DAMMERS vom 26. März, der LASSALLE aufforderte nach Leipzig zu kommen, ist abgedruckt bei B. BECKER a. a. O. S. 20ff. Am 25 März hatte LASSALLE bereits „in großer Verwunderung" gemahnt, Antwort und Bericht nicht länger zu verschieben.

also nicht von der Stelle. Sonst würde ich diesmal ausnahmsweise und gegen meine Neigung, der persönliche Ovationen sehr zuwider sind, mich allerdings darauf eingelassen haben, des Nutzens der Sache wegen. Es wäre nehmlich allerdings ganz nützlich gewesen, eine solche Demonstration loszulassen, weil dadurch Viele, die an und für sich gut sind und sich blos zurückhalten, weil sie glauben, die Fortschrittspartei habe das ganze Volk hinter sich, Muth bekommen und weil dadurch der Glaube, den die hiesigen Fortschrittsblätter zu verbreiten suchen, als sei ich isoliert mit den Meinigen, widerlegt wird. Aus diesem Grunde wäre es mir sogar recht, wenn Sie, da ich doch nicht kommen kann, die damals beantragte und von Ihnen zurückgehaltene Danksagungsdemarche der Arbeiter nachträglich zu Stande bringen könnten. Hauptsache ist dabei die Zahl der Arbeiter (z. B. durch Unterschrift einer Adresse) zu constatieren. 1350 würde sehr imponiren. Keine der Zeitungen hat hier die Nachricht gebracht, daß es 1350 Stimmen gegen 2—5 waren. Durch eine von einer Versammlung von 1350 Arbeitern unter Angabe dieser Zahl und mit Angabe der für- und gegenstimmenden Anzahl beschlossenen Adresse würde das constatirt werden. Aus den besagten Gründen also würde ich eine solche möglichst große Demonstration jetzt nützlich finden.

2.) Ziegler[1]) hat übernommen, das Statut auszuarbeiten — was mir, da ich die Rede auf dem Hals habe, äußerst lieb ist — und hat versprochen es in 8—10 Tagen zu liefern. Nur wünscht er zur Vergleichung die Statuten des Nationalvereins zu haben. Bitte mir diese sofort einzuschicken.

3.) Es ist ganz möglich, daß Sie nothwendig mit mir zu sprechen haben. In diesem Falle kommen Sie zu mir herüber. Ist es in Leipzig noch nicht so weit, daß die Arbeiter die Reise bezahlen, auch nicht, wenn Sie es z. B. damit verbinden, daß Sie die Dankadresse überbringen sollen, so werde ich Ihnen die Kosten ersetzen und wir können dann hier das Erforderliche beplaudern.

4.) Ich muß wissen, an wieviel und an welche Vereine Sie die Broschüre abgesandt haben, und wieviel Exemplare jedem. Die Verbreitung der Broschüre und die möglichst größte Mühe für diesen Zweck bleibt fürs Nächste die Hauptsache. Von ihr wird abhängen, ob die vorgeschlagenen Schritte — Verbreitung der Statuten, Versammlung zur Feststellung derselben und Constituierung des Vereins — die ich ganz billige, Erfolg haben oder nicht.

5.) Sind die 1500 abgesetzten Ex. blos in Leipzig allein abgesetzt?

6.) Von aus andern Orten einlaufenden Bestellungen bitte mich zu benachrichtigen.

7.) Hat sich bestätigt, was der Hausknecht von Köhler erzählte, daß die Broschüre bei Köhler mit Beschlag belegt sei? Dies würde mich sehr wundern. Es ist mir dringend nöthig dies zu wissen.

8.) Die gewünschten Adressen von Freunden von mir, die hier in Betracht kommen können, sind folgende: a) Kaufmann Gustav Lewy[2]) in Düsseldorf, Damm-

---

1) Der mit LASSALLE befreundete frühere Oberbürgermeister von Brandenburg FRANZ ZIEGLER. Über seine Mitwirkung bei der Ausarbeitung des Statuts: BECKER a. a. O. S. 31 f. 2) Über LEWY: BECKER a. a. O. S. 276.

straße 12. Dies ist die wichtigste. Der Mann ist der zuverlässigste und mit der ganzen Arbeiterpartei im Regierungsbezirk Düsseldorf (Solingen, Elberfeld rc.) eng verbunden. b) Photograph Nothjung[1]), Breslau, Ring 34, 3 Treppen. c) Dr. jur. Gustav Schönberg[2]) in Stettin, Louisenstr. no. 4. Je mehr Sie mit diesen Leuten für Dinge, die sie besorgen sollen, direct correspondiren, desto lieber ist es mir. Ich erliege so schon unter der Last meiner Correspondenz.

9.) Vahlteichs Erklärungen in der Coburger Arbeiterzeitung haben mich ganz zufrieden gestellt. Ich drücke ihm herzlichst die Hand. Dieser Brief ist nur vertraulich für Sie Beide und zu einer Vorlage an das Comité natürlich nicht geeignet. — Soviel für heut. Mit Gruß und Handschlag F. Lassalle.

IX.

Montag [30. März 1863].

Lieber Dammer! Ich erhalte soeben Ihren Brief. Lösen Sie Sich ja nicht auf!! Sondern halten Sie mit aller Zähigkeit der Polizei gegenüber folgenden Standpunkt fest:

1.) Unterwerfen Sie Sich bereitwillig der polizeilichen Ueberwachung, die überhaupt nicht das Geringste schadet.

2.) Erklären Sie, daß es Ihnen nicht einfiele, Filialen an anderen Vereinen und Comités zu haben oder gründen zu wollen rc. rc.

3.) Behaupten Sie, daß Sie keine Politik treiben und das allgemeine Wahlrecht, das der Verein auf friedlichem und gesetzlichem Wege erstrebe, eben nur zu dem Behufe gemeint sei, eine legale Vertretung der materiellen Interessen des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern zu gewinnen, und

4.) daß endlich, falls man dies schon als Politik auffassen wolle, politische Vereine ja gesetzlich durchaus erlaubt seien und die Auffassung des Vereins als eines politischen ja gar keine andere gesetzliche Folge habe, als eben die, daß der Verein unter polizeiliche Ueberwachung gestellt wird, wogegen Sie nichts hätten.

Bewaffnen Sie sich sofort mit dem sächsischen Vereinsgesetz, welches alles dies bestätigt, eilen Sie persönlich zu dem Polizei-Director, stellen ihm das vor und entwickeln ihm, welche nachtheilige und erbitternde Wirkung ein gesetzlich ganz ungegründetes Verbot des Vereins auf die Arbeiter ausüben würde, die jetzt ganz friedlich gestimmt seien und überhaupt nichts wollten, als mählich immer mehr in der Oeffentlichen Meinung die Ueberzeugung von der Gegründetheit ihrer Ansprüche verbreiten. Suchen Sie in diesem Gespräch zugleich herauszubekommen, ob man Sie wirklich ausweisen will und das auf alle mögliche Weise zu hintertreiben. Ihre Ausweisung wäre ein harter Schlag, aber selbst dann darf die Auflösung des Vereins nicht erfolgen, denn verbieten kann man ihn nicht, auch wenn er sich offen als politischer gerirt, ohne in seinen Statuten Gesetzwidriges zu haben, und dann müßte Vahlteich also, wenn Sie fort müßten, die Sache mit verdoppelter Energie fortführen. Werden Sie ausgewiesen, was

1) Über Nothjung: Becker a. a. O. S. 75, 274. 2) Der mit Lassalle befreundete Nationalökonom.

wie ich hoffe, noch zu verhindern ist, so würde ich am liebsten sehen, Sie gingen nach Berlin. Denn die rheinischen Arbeiter sind gut. Die hiesigen aber stecken noch sehr im Argen. —

Löwe hat mich gestern auch sehr gequält nach Leipzig zu gehen und so wäre es möglich, daß ich mich entschlösse den dritten Osterfeiertag dort zu sein. Gewiß ist es aber nicht. Und erscheint es Ihnen daher wichtig, mich früher zu sprechen, so kommen Sie und Vahlteich nur herüber. Reisekosten werde erstatten. Kommen Sie direct dann vom Bahnhof zu mir.

Jedenfalls rapportiren Sie mir sofort über Ihre Unterredung mit dem Polizeidirector. Ohne mit ganz gesetzlosem Terrorismus aufzutreten, kann die Polizei den Verein auch als politischen nicht aufheben, wenn er sich den gesetzlichen Vorschriften für politische Vereine unterwirft. — Ihr F. Lassalle.

X.

Donnerstag, 9. April 1863.

Lieber Dammer! Ich werde am 16ten mit dem ersten Zuge in Leipzig eintreffen. Den „offnen Brief" habe ich nicht. Wollen Sie mir ihn umgehend schicken (mich überhaupt immer möglichst au fait halten, sonst entgeht mir Vieles). Wer ist Louis Büchner [1])? Welches sind seine Bedenken? Wollen Sie mir das Alles schnellstens melden. In meiner Rede in Leipzig will ich alles, was von Einwürfen und Bedenken nur irgend in den Mund genommen zu werden verdient, widerlegen. Es wäre deshalb sehr gut, wenn Sie am 16ten in der Versammlung einen Stenographen haben könnten. Denn ich habe nicht die Zeit, eine Rede vorher aufzusetzen, habe also kein Manuscript der Rede Zudem spreche ich, wenn ich extemporisire, so schnell, daß Schreiber nicht folgen können. Suchen Sie also Alles anzuwenden, um einen Stenographen zu beschaffen, damit wir dann die Rede vollständig haben und in die Deutsche Allg.-Ztg. geben können. Antworten Sie mir auch recht bald, ob Sie einen Stenographen beschaffen können. Die Bestellungen auf die Broschüre, die Sie melden, sind eben nicht zahlreich. Aber es sind doch immer welche. Wir müssen einige Geduld haben. — Gruß an Vahlteich. — Ihr F. Lassalle.

Haben Sie den Protest des Arbeitervereins von Nürnberg gelesen? „Gedungnes Werkzeug der Reaction." Es ist stark, mir das von Arbeitern sagen lassen müssen. Wie steht es denn mit Hamburg?

XI.

o. D. [12. April 1863].

Lieber Dammer! Sagen Sie meinen besten Dank den Männern des Vereins „Vorwärts", die so freundlich waren, sich meiner gestern zu erinnern.[2])

1) BÜCHNER war von dem Zentralkomitee der Arbeiter des Maingaus aufgefordert worden, auf einem zum 19. April nach Rödelheim ausgeschriebenen Arbeitertage über LASSALLES „Offenes Antwortschreiben" Bericht zu erstatten. Vergl. LUDWIG BÜCHNER, Meine Begegnung mit FERDINAND LASSALLE (Berlin 1894) S. 4.

2) Vermutlich Glückwunsch zu LASSALLES Geburtstage am 11. April.

Es kommt mir darauf an, Louis Büchner zu gewinnen, damit in Darmstadt derselbe Beschluß erfolge. Ich habe ihm also beifolgenden Brief geschrieben, den Sie und Vahlteich lesen und ihn dann sofort — noch am Tage, an welchem Sie ihn empfangen — zusenden wollen [1]). Eile ist nöthig, denn es könnte alle Tage in Darmstadt ein anderer Beschluß ergehen. Anbei der Brief Perls retour, der mir sehr gefiel.

In der heutigen Sitzung der hiesigen Arbeiter ist vorläufig erst beschlossen worden (ich war nicht da), meine Broschüre zu lesen. Massenhafte Bestellungen sind eingegangen. Ich habe Ihnen daher sofort um 2000 Exemplare telegraphirt. Diese müssen sofort, spätestens Dienstag, hier sein. Denn schon nächsten Sonntag soll nun hier der Arbeiter-Verein definitiv beschließen. Ganz sicher scheint mir noch nicht zu sein, daß Schulze siegt. Wahrscheinlich ist es freilich noch.

Soviel für heut. A propos. Wollen Sie für mich ein Zimmer mit 3 Betten im Hôtel de Bavière bestellen auf Donnerstag? Denn außer Löwe hat Herr von Bülow — der berühmte Künstler — sich erboten mit mir zu kommen, wenn ihm nicht wesentliche Abhaltung kommt. — Ganz Ihr F. Lassalle.

XII.

o. D. [ca. 14. April 1863].

Lieber Dammer! Bekomme soeben einen Brief von Rodbertus [2]). Er hat Ihnen geschrieben. Sein Brief muß absolut gedruckt werden und unter den Arbeitern verkauft. Für die Kosten komme ich auf, falls sie nicht durch den Verkauf eingehen. Die Correctur will ich selbst besorgen, ist mir deshalb zuzusenden.[3])

Sieg in Düsseldorf, Solingen (an beiden Orten einstimmig) und Sieg in Cöln auf dem Provinzialhandwerkertag! Ich brauche umgehend sofort noch 1000 Ex. des Offenen Antwortschreibens. Bringen Sie sie, ich bitte, selbst auf die Bahn (Eilfracht). Berlin hängt von der Schnelligkeit dieser Besorgungen ab. Die 2000 von Köhler, die gestern abgegangen, sind noch nicht da!

Ich bin auf den Tod erkältet und ganz heiser. Ich schwitze Tag und Nacht und brauche tausend Medicinen zugleich, um die Heiserkeit los zu werden. Jedenfalls aber komme ich nach Leipzig, und wenn ich auch nur ¼ Stunde dort sprechen können sollte und so heiser wie ein Todtenvogel.

Rodbertus Brief eiligst drucken lassen, er ist **sehr** wichtig. Anzahl Exemplare an Lewy schicken. — In Eile F. Lassalle.

Alle Nachrichten von Beschlüssen in unserem Sinne müssen sofort an mich abgehen, denn diese kann ich in Folge eines drohenden Briefes, den ich neulich an die hiesigen großen Blätter geschrieben und dem die Herren einstweilen sich gefügt haben, in diese Blätter bringen.

---

1) Dieser, vom 13. April datierte Brief LASSALLES an BÜCHNER ist gedruckt: LUDWIG BÜCHNER a. a. O. S. 5—10 2) Das Schreiben von RODBERTUS an die Leipziger Arbeiter. 3) Über die Weglassung, die LASSALLE sich bei der Lesung der Korrektur erlaubte, vergl. seinen Briefwechsel mit RODBERTUS, hg. von ADOLF WAGNER S. 41 f., 46.

XIII.

Sonntag [19. April 1863].

Lieber Dammer und Vahlteich! Ich bin gestern Abend [1]) krank wie ein Hund hier angelangt. Ich war es schon gestern und vorgestern und die Gewalt, mit der ich dies zurückhalten mußte, hat es natürlich noch sehr verschlimmert. Bei meiner Natur hoffe ich gleichwohl in 5—8 Tagen wieder wohl zu sein. Am Schreiben bin ich natürlich dadurch nicht gehindert. Ich habe noch gestern Abend an Freiligrath nach London geschrieben und eine poetische Beistimmungserklärung verlangt, die wohl nächstens bei Euch einlaufen wird [2]).

Im Ganzen scheint, daß in Leipzig die Fortschrittspartei gerade noch in politischer Beziehung relativ festern Anhang hat als in socialer und der politische Bruch mit ihr am meisten Bedenken erzeugt. Gründlich — und viel gründlicher als in den kurzen Schlagworten einer Rede geschehen kann — wäre dem entgegen zu wirken durch die Verlesung meiner beiden Vorträge „Ueber Verfassungswesen" und „Was nun". Ich glaube, daß alle Arbeiter, welche die beiden Vorträge kennen, überzeugt sein werden, daß auch in politischer Hinsicht nichts besser als der Bruch mit den Fortschrittlern. Wollen Sie nicht den ersten Vortrag in einer in 8 Tagen und den 2ten in einer in 14 Tagen zu haltenden Versammlung vorlesen? (In 3 Wochen kommt Bucher.) Ich sehe nicht ein, warum nur alle 3 Wochen Versammlungen statthaben sollen? Alle 8 Tage, wenn man Stoff hat, sie mit anregenden Dingen auszufüllen, würde die Agitation meines Erachtens nur steigern. Doch überlasse ich das Eurer eignen Entscheidung, die auf bessere Local-Kenntniß gestützt ist. Nur bitte ich mir dieselbe mitzutheilen. Ich werde Ihnen auch nächstens 100 Ex. der Verfassungsbroschüre schicken, zum Vertrieb. Da diese in meinem eignen Verlag erschienen, so könnt Ihr sie mit 2 sgr. p. Ex. absetzen, obgleich ich dabei Einbuße habe. Aber das „Was nun", welches noch wichtiger ist, kann ich Euch, da es im Verlag von M. & Z. erschienen, nicht billiger als zu 3 sgr. schaffen, zu welchem Preis Ihr es von Koehler beziehen könnt.

Bei meiner Rückkunft habe ich Einiges angenehme vorgefunden: unter anderm ein Leipziger Wochen-Blatt „der Zeitgeist" von einem Dr. E. Löwenthal herausgegeben bei Otto Voigt, Petersstraße 13 erscheinend, welches für mich gegen Schulze auftritt. Ferner einen Brief eines Arbeiters aus Pforzheim, trotz H. Müller. Schickt mir sofort die Nummern der „Deutschen Allgemeinen", welche Berichte über die vorgestrige Sitzung bringen. Schnellstens! Eben so die stenographische Ausarbeitung für den Druck. Eiligst! Und Rodbertus Brief gleichfalls. Muth und Ausdauer! Euer F. Lassalle.

XIV.

Sonntag [19. April 1863].

Lieber Dammer und Vahlteich! Ihr schicktet mir die „Deutsche Allgemeine", auf die es allein ankommt, weil sie von allen andern Zeitungen ausgeschrieben

1) Nachdem er am 16. April eine Rede in einer Arbeiterversammlung in Leipzig („Zur Arbeiterfrage") gehalten hatte. 2) Von den Briefen Lassalles an Freiligrath und überhaupt von ihren Beziehungen in dieser Zeit ist nichts Näheres bekannt.

wird, nicht. Eure kleinen Localblätter sind gleichgültig, kommen nicht nach außen und in Leipzig weiß man ja die Sache besser. Jetzt braucht Ihr mir die „Deutsche Allgemeine" nicht zu schicken. Denn ihr Bericht war, wie vorherzusehen war, von der Volksztg, Nationalztg und allen hiesigen Blättern abgedruckt. Eben so wird es in ganz Deutschland der Fall sein. Es kommt bei solchen Gelegenheiten, merkt Euch das, immer nur auf die Deutsche Allgemeine an. Diesmal war ihr Bericht, wenn er auch nicht die ganze Wahrheit enthielt, immer doch ganz günstig und constatirte, daß die Majorität auf unsrer Seite war. Meine nachdrückliche Rücksprache mit Brockhaus wird wohl die Veranlassung dazu gewesen sein.

Anbei folgt das Manuscript zurück. Ich kann heut leider nicht frankiren. weil Sonntag ist und der Brief dadurch einen Tag später ankäme.

Sind die 100 Ex. von Harburg gefordert worden und was habt Ihr denn für Nachricht aus Bremen? Von dem Rodbertus'schen Brief und von dem Bericht der neulichen Sitzung (Rede etc.) muß ich 100 Druckexemplare — von jedem — erhalten. Rodbertus Brief habe noch nicht erhalten. Haben Sie mit Wigand wegen des Commissionsverlags für die in den Buchhandel zu bringenden Exemplare gesprochen? Warum keine Antwort? Die „Mitteldeutsche Zeitung" läßt mich eine Masse Dinge sagen, von denen ich kein Wort gesagt. Diese Fälschungen werfen Sie ihr besonders vor. — F. L.

XV.

Dienstag, 21. April 1863.

Lieber Dammer! 1. Sehr böse, daß Sie mir noch nicht geantwortet, ob Wigand sich zu dem Kommissionsverlag verstanden, oder wie das sonst geordnet ist. Sie machen mir dadurch dreifache Schreiberei.

2. Beiliegenden Brief an Wigand lesen Sie mit Vahlteich durch und bringen ihn ihm sofort.

3. Elberfeld hat sich für uns erklärt.

4. Von der Gemeinheit der hiesigen Sonntagssitzung[1]) (400 Arbeiter) haben Sie keinen Begriff. Ich habe veranlaßt, daß an Brockhaus ein Bericht für die „Deutsche Allgemeine" gesandt werde. Weiß nicht, ob er ihn bringt. Passen Sie auf und schicken mir sofort das Blatt.

5. Sie werden von Lothar Bucher einen Brief bekommen haben. Dieser muß gleichfalls, wie Wuttkes Brief, in der Broschüre, die meine neuliche Rede enthält, abgedruckt werden.

6. Schon vorher aber muß er in der Deutschen Allgemeinen — und zwar sofort — erscheinen. Zu diesem Zweck schicke ich Ihnen beiliegenden Brief an Dr. E. Brockhaus. Gehen Sie mit ihm, dem Brief Buchers und einer Abschrift die Sie vorher von demselben nehmen müssen zu Brockhaus und lassen diesem Abschrift — oder, wenn er darauf besteht, auch das Original — zum Zweck des Abdrucks in der Zeitung.

7. Von dem Brief Rodbertus muß ich **sofort** 8 Exemplare per Kreuzband und gleichzeitig etwa 80 Ex. als Paket zugesandt erhalten. Fragen Sie

1) Eine Versammlung der Berliner Arbeiter am 19. April 1863.

übrigens Brockhaus, ob er nicht vielleicht auch diesen Brief in der Beilage zu seiner Zeitung abdrucken will. Jedenfalls geben Sie ihm ein Exemplar, um darüber zu berichten. Aber ich muß die ersten haben. An Rodbertus werde ich davon einschicken.

8. Noch heut Abend sende ich Ihnen das Manuscript der Rede corrigirt. Freilich muß ich die Druckbogen zur Correctur erhalten. Schleunigst!

Ich habe soeben die Correctur der Rede beendigt und lege sie bei. Wenn meine Entgegnung ganz wegbliebe, so hätte das nichts zu sagen. Wie Ihr das besser findet. Bleibt sie weg, so folgt also auf meine Rede gleich der Brief Wuttkes und darauf der Brief von Bucher. — In Eile F. L.

XVI.

o. D. [22. April 1863].

Lieber Dammer! Beiliegenden Bericht über die hiesige Arbeiter-Versammlung wollen Sie Perl schicken, damit er ihn — ich weiß seine Adresse nicht — in den Nordstern in Hamburg bringe, damit die dortigen Arbeiter nicht irre werden. Hat Brockhaus den ihm von mir übersandten Bericht gebracht? Antwort und Einsendung der Zeitung. Wo bleibt der Brief von Rodbertus? Wo die Correctur meiner Rede? Einsendung von mehreren Exemplaren der Deutschen Allgemeinen, die den Brief von Bucher bringt, und resp. eines von der, die den Brief von Rodbertus bringt.

Die Gemeinheit der hiesigen Arbeitersitzung war so schmachvoll, daß sie alle Vorstellung überschreitet, — und dennoch habe ich die Arbeiterversammlung in einer Erklärung, die Sie morgen oder übermorgen in den Zeitungen lesen werden, provocirt mich vorzuladen! Es ist ein schweres Opfer, denn der Ekel über soviel Nichtswürdigkeiten steigt mir bis zum Hals.

Von Büchner[1]) habe einen Brief bekommen, der darauf hinausläuft, daß er eigentlich mit mir einverstanden, aber aus Klugheitsrücksichten gegen mich habe berichten müssen!! Ich werde nach Frankfurt zur Sitzung gehen, hoffe dort gewiß Büchner ganz auf meine Seite zu bekommen und das Möglichste zu thun. Sorgen Sie dafür, daß Buchers Brief auch in Hamburg erscheint. — F. L.

XVII.

o. D. [25. April 1863].

Lieber Dammer! Ich habe heut um 10 die Correctur der Rede bekommen schon jetzt um 12 schicke ich sie direct an Wigand — gleichzeitig mit dem gegenwärtigen. Wie ist der Punkt mit dem Commissionsverlag? Traurig ist, daß Sie mir darauf nicht antworten und mich so oft umsonst [fragen lassen][2]).

Wie soll der Titel sein? Das Titelblatt fehlt beim Correcturbogen. Ich möchte vorschlagen: Zur Arbeiter-Angelegenheit. Rede des Herrn Lassalle in Leipzig. 16. April. Briefe des Herrn Professor Wuttke und Lothar Bucher.

1) Die Antwort LASSALLES auf diesen Brief von L. BÜCHNER ist gedruckt bei: L. BÜCHNER, Meine Begegnung mit Ferdinand Lassalle, Berlin 1884, S. 10.

2) Im Text verschrieben: antworten.

Aber auch jeder andere Titel, den Sie für besser halten ist mir recht. Von der Rede schicken Sie mir dann **sofort** 100 Exemplare.

Herr Baist, Buchdruckereibesitzer in Frankfurt, Bornheimerstraße 9, der für mich ist schreibt mir, er wolle Exemplare des Antwortschreibens. Schreiben Sie ihm und fragen ihn: wieviel, und schicken sie dann. Oder schicken Sie ihm gleich eine Anzahl der Reden und Broschüren zum Vertrieb. Seinen Brief, der nicht unwichtig ist wegen verschiedener Adressen, werde ich Ihnen copirt einsenden. Sehen Sie schleunigst die neue Rede und die Broschüre (Antwortschreiben) in dem Maingau zu verbreiten, damit ich am 17. Mai dort siege. — In Eile F. L.

XVIII.

Sonnabend Abend [25. April 1863].

Lieber Dammer! Ich muß einen Nachtrag zu meinem heutigen Schreiben machen:

1. Wird Brockhaus den Rodbertus'schen Brief abdrucken? Darauf haben Sie mir gleichfalls nicht geantwortet.

2. Wie werden Sie denn den Rodbertus'schen Brief, da er keinen Verleger hat, im Buchhandel vertreiben? Darauf habe ich gleichfalls keine Antwort. Ihr beharrliches Nichtantworten auf die wichtigsten Punkte erschwert meine Thätigkeit sehr.

3. An den Baist, Buchdruckereibesitzer in Frankfurt, könnten Sie eine Anzahl a) meines Antwortschreiben, b) des Rodbertus'schen Briefes, c) meiner Rede zum Vertrieb schicken (à 1 Sgr. p. Exemplar). Der Mann ist sicher und die Exemplare, die er nicht absetzt, soll er, schreiben Sie ihm, Ihnen wieder retourniren.

Von meinem Antwortschreiben wird eine 2. Auflage gedruckt. Endlich einer ausführlichen Antwort entgegensehend, mit Gruß F. Lassalle.

XIX.

o. D. [26. April 1863].

Lieber Dammer! Ich bekomme soeben Ihren Brief.

1. Nach Frankfurt muß ich! früher mochte es am Ort sein, mich persönlich keiner Niederlage auszusetzen. Jetzt, nach der Lügenhaftigkeit, mit welcher die Presse die Beschlüsse der hiesigen halb besoffnen Versammlung von 400 Arbeitern auszubeuten sucht, steht die Sache umgekehrt! Ihr müßt Euere ganze Kraft einsetzen, um diesen Eindruck zu zerstören, müßt Euere Garden vorrücken lassen, und folglich muß ich vor. Da gilt kein Diplomatisiren mehr, sondern Tapferkeit. Ich werde die Schlacht annehmen überall, wo man mir sie bietet! Darum habe ich ja sogar — Ihr werdet ja meine Erklärung in den Zeitungen gelesen haben — sogar die hiesige Arbeiterversammlung **provozirt**, mich vorzufordern. Aber die Leiter sind viel zu feig, es zu thun. Seien Sie übrigens wegen Frankfurt im Ganzen unbesorgt. Ich bin gerade in einer Laune, den Sieg zu erzwingen und wenn die Versammlung einstimmig entschlossen wäre, gegen mich zu **votiren**! Ich habe das oft in meinem Leben fertig gebracht und glaube, es soll mir auch

diesmal gelingen. Freilich muß ich dazu nicht krank und heiser sein, wie in Leipzig. Aber mein Zustand bessert sich, und ich denke in 8 Tagen bin ich wieder ich selbst.

Sicher ist der Sieg freilich nicht. Denn wer kann gegen Coterie? Aber selbst wenn ich überstimmt werde, soll der moralische Sieg für uns sein. Ich will eine Rede halten, welche durch ganz Deutschland jeden Arbeiter aufrütteln soll, in dem noch eine Fiber von Mannheit ist! — Büchner war schwankend, denn eigentlich ist er, wie sein Brief zeigte, für mich.

2. Wer ist der Matthes, der den Vertrieb von Rodbertus' Brief übernimmt? Warum steht er nicht als Verleger oder Commissionär auf der Broschüre? Dies soll bei meiner Rede geschehen.

3. Ich wußte gar nicht, weil mir dies nicht gesagt wurde, daß Ihr den Correcturbogen von Sommers Broschüre zurückverlangt. Anbei folgt er.

4. Geben Sie Streckfuß keinen Raum in Ihrer Zeitung gegen mich. Das wäre höchst schwächlich. Mag er in die Blätter schreiben, in die er nach seiner Ansicht gehört. An denen ist kein Mangel.

5. Gestern habe ich der hiesigen Vossischen Zeitung einen Aufsatz gesandt: „Die französischen Nationalwerkstätten von 1848. Eine historische Rückschau von F. Lassalle", in welchem ich mit Einem Faustschlag 2 meiner Gegner, Faucher und die Volkszeitung, auf das Pflaster lege. Ich werde die Lacher auf meiner Seite haben. Dienstag wird ihn die Vossesche bringen. Gehen Sie also Dienstag Nachmittag zu Brockhaus und verlangen, daß er ihn in extenso abdrucke. Er wird auch für Leipzig sehr gut wirken.

6. Jetzt habe ich natürlich die 100 Ex. von Rodbertus erhalten.

7. Nun wegen Hildebrand [1]). Vor allen Dingen schicken Sie ihm den Brief von Rodbertus. Es wäre allerdings sehr wichtig, daß er sich für uns ausspricht. Frägt sich nur: ist es besser, daß Sie (ich kann nicht) zu diesem Zweck hingehen oder etwa ihm noch einmal einen dringenden Brief schreiben, Ihre Nichthinkunft mit äußerer Unmöglichkeit entschuldigen und ihn unter Bezugnahme auf Reodbrtus' Brief dringend bitten, Sich gleichfalls auszusprechen. Wobei Sie hervorheben müßten, ich hätte neulich in der Arbeiterversammlung erklärt, daß er nach jenem von mir angezogenen Aufsatz gleichfalls auf unserem oeconomischen Standpunkt stehe. Antwortet er auf einen Brief, so hat man gleich etwas Schriftliches und Druckbares. Reisen Sie hin und Sie werden gar mit

1) Den Jenenser Nationalökonomen BRUNO HILDEBRAND hatte LASSALLE schon in der Leipziger Rede vom 16. April als Verbündeten in der Theorie des Arbeitsvertrages zitiert. HILDEBRAND hatte in dem Aufsatze „Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie", mit dem er damals den ersten Band seiner „Jahrbücher für Nationationalökonomie und Statistik" (1863) einleitete, die ADAM SMITH'sche Lehre vom Arbeitsvertrage in einer Weise kritisiert, die LASSALLE sehr willkommen sein mußte; besonders wenn er S. 24 urteilte: „so ist es auch unvermeidlich, daß der Schwächere von beiden Kontrahenten in dem Kampfe um den Arbeitspreis stets unterliegen muß und daß er oft durch die Not gezwungen wird, einen Lohn zu akzeptieren, der außerhalb der supponierten Preisgrenzen liegt."

ihm eins, so müssen Sie dann noch eine zweite Anstrengung machen, daß er Ihnen eine schriftliche Beitrittserklärung schreibt. Im Ganzen, Alles wohl erwogen, halte ich es doch für besser, Sie reisen hin, schicken ihm vorher Rodbertus Brief, und nehmen ihm mit meine Leipziger Rede. (Sie hätten mir übrigens seinen Brief schicken sollen. Vielleicht hätte ich manches daraus ersehen können.)

8. Kennen Sie den Dr. Löwenthal vom Zeitgeist? Was ist er?

9. Meine 100 Verfassungsbroschüren müssen Sie erhalten haben. Wann ist die Sitzung, wo Sie sie verlesen? Berichten Sie mir dann gleich darüber.

10. Wegen Frankfurt muß ich noch hinzufügen, daß die Sitzung dort vielleicht vorher noch verschoben wird, was mir lieb wäre.

11. Hat man sich noch nicht vom Maingau aus wegen des Antwortschreibens an Sie gewandt? Warten Sie es nicht ab. Sondern schicken Sie von dem Antwortschreiben, Rodbertus Brief und meine Rede, von jedem mindestens 100 Stück an Baist, mit dem Ersuchen, sie à 1 sgr. zu vertreiben.

12. Ich grüße Vahlteich bestens. Alle meine Briefe für Sie sind auch für ihn. Warum schreibt er mir gar nicht einmal?

Adieu, wenn Schimpfen den Sieg geben könnte, so wären wir freilich lange unterlegen. — Was hört Ihr von Harburg? Reden und Rodbertus' Brief hinschicken. — Ihr F. Lassalle.

Seht doch so schnell als möglich irgend eine, wenn auch kleine, Sächsische Stadt zu bekommen, die sich wieder für uns ausspricht.

Es versteht sich von selbst daß wenn Sie zu Hildebrand reisen, Sie durchaus von ihm einen Brief erobern müssen, worin er seinen Beitritt erklärt. Früher gehen Sie ihm nicht vom Halse!

XX.

Montag [27. April 1863].

Lieber Dammer! Auf Büchners Rath, von dem ich soeben Brief empfangen, schicke ich gleichzeitig 200 Antwortschreiben direct für Frankfurt-Mainz.

Dagegen müssen Sie ähnliche Sendungen nach Hanau und Offenbach an die Vorstände der Arbeiter-Vereine machen, da ich deren Adressen nicht kenne. Haben Sie keine Exemplare mehr, so theilen Sie mir einfach die Adressen der Vorstände in Hanau und Offenbach mit, damit ich selbst sie hinsende.

In Ponicke's Schulbuchhandlung können Sie, wie mir Wigand eben schreibt, weder Rodbertus' Brief noch meine Rede in Verlag geben. Besser lassen Sie letztere in Ihrem Selbstverlag (resp. „Selbstverlag des Comités zu beziehen bei Otto Dammer, Leipzig, Hospitalstraße 12") erscheinen. Für Sommers Schriften kann ich Wigand gegenüber die Garantie der Kosten nicht übernehmen. Dies kann ich nur bei Schriften, deren Erscheinen unbedingt nothwendig ist. Sonst werden die finanziellen Verbindlichkeiten für meine Kräfte zu groß. Uebrigens habe ich an meinen Verleger Meyer & Zeller in Zürich geschrieben, ob er ein für allemal alle in der Arbeiter-Angelegenheit zu publicirenden Schriften in Verlag nehmen will. Beiläufig wäre es eben so am Ort, wie vortheilhaft und überhaupt in der Ordnung, wenn Sie an M. & Z. den Erlös für die bisher

von Ihnen abgesetzten Schriften (Arbeiterprogramm, Vertheidigungsrede, Antwortschreiben) einsenden wollten. Er schrieb mir deswegen.

Ich empfange soeben die Statuten. Was soll ich mit dieser übergroßen Zahl? Nach Düsseldorf werde ich zum Vertrieb im Rheinland an Lewy die Hälfte schicken, zum Verschenken. Schicken Sie an alle Maingauer Vereine und besonders an Baist in Frankfurt, Buchdruckereibesitzer, Bornheimer Str. 9, gleichfalls eine große Masse. Die Leipziger Allgemeine Arbeiter-Versammlung zur Beschlußnahme über die Statuten darf übrigens nicht stattfinden, bis ich in Frankfurt gesprochen. — In Eile F. Lassalle.

XXI.

o. D. [ca. 30. April 1863].

Lieber Dammer! An Wigand habe telegraphirt, daß die Rede in meinem Selbstverlag erscheinen kann aber angegeben sein muß, daß sie bei Ihnen (Adresse und Wohnung) zu beziehen ist. —

Von Rodbertus erhalte soeben Brief, worin er mir ganz von selbst schreibt, er bitte mich, zu veranlassen, daß Wigand ihm die Rechnung für die Druckkosten seines Briefes übersende. Ich finde das auch in der Ordnung und wollen Sie daher Wigand ersuchen, unter Bezugnahme auf meine ausdrückliche Ordre, sie ihm zu senden. Brockhaus habe ich den Aufsatz [1]) geschickt, den die Voß mir nach 3 Tagen ungedruckt retournirt.

Am 13. Mai kann die constituirende Arbeiter-Vers. noch keinesfalls statthaben. Erst muß ich die Frankfurter Schlacht geschlagen und die dortigen Vereine gewonnen haben. Sonst sind wir ja viel zu wenig.

In Leipzig werde ich überdies am 13. keinesfalls sein können, da ich am 13. gerade nach Frankfurt fahren werde. Ich muß vor dem 17. noch etwas das Terrain rekognosciren, was mir Baist auch sehr an's Herz gelegt. Büchner hat mich auf einen Tag zu sich nach Darmstadt geladen, was ich auch acceptiren will. Hat Büchner Ihnen denn geschrieben, er wolle am 13. nach Leipzig kommen? Aus einem Satze Ihres Briefes scheint das hervorzugehen? Antwort hierüber wichtig. Bitte um den Löwenthalschen Brief, oder Copie. Woher, bitte, soll ich reisende Agitatoren „schaffen"? Wenn Einer von Euch am 17. nach Frankfurt wollte — das wäre auch gut. — In Eile F. Lassalle.

XXII.

Donnerstag Abend [30. April 1863].

Lieber Dammer! Es ist heut der Abend des 30. und noch sind die Exemplare meiner Leipziger Rede nicht da. Diese Langsamkeit schadet uns **unendlich**! Die Sache ist dann so alt, daß sie alles Interesse verloren hat und von keiner

1) Der vom 24. April datierte Aufsatz LASSALLES: „Die französischen National-Werkstätten von 1848. Eine Historische Rückschau." (Werke II, 446—455), zuerst erschienen in der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Zeitung verlangt werden kann, daß sie davon spricht. Gleichwohl versuchen Sie Brockhaus in meinem Auftrag ein Exemplar zu übersenden, mit der Bitte einen Auszug davon in seiner Zeitung zu geben. Ich rechne, daß Sie an Lewy, Baist direct schicken, ersterem 500 oder mehr, letzterem mindestens 200, 100 an Büchner. Mir selbst schicken Sie 800 Stück.

Gestern habe ich an Hildebrand geschrieben. Hoffe, daß es nützt. — Ihr F. Lassalle.

XXIII.

o. D. [Nach 2. Mai 1863.][1])

Lieber Dammer! Ihren Brief von gestern, die 400 Broschüren und Brief von heut nebst Zeitungen habe erhalten.

Vor allen Dingen bitte ich Sie, mir den erwähnten Brief von Baist zu senden, da es für mich wichtig ist, Alles über das Frankfurter Terrain möglichst genau vorher zu wissen.

Es wäre schon gut, wenn Löwenthal nach Frankfurt ginge, Sonnemann zu gewinnen etc. Büchner will ich schon auf mich nehmen. Wie mir Lewy schreibt, geht man in Frankfurt sogar damit um, mich nur vor Delegirten der Vereine — einer Handvoll Menschen — statt vor den Arbeitern im Allgemeinen sprechen zu lassen. Dessen würde ich mich dann aber mit der höchsten Bestimmtheit weigern und lieber gar nicht sprechen. Wegen der Kosten von Rodbertus' Brief erhalten Sie nächstens von mir Bescheid. (Ich habe unter der Hand bei Rodbertus angefragt, ihm die Weigerung des Comités mitteilend [2]).) — Werdet Ihr nicht irgend einen Delegirten nach Frankfurt schicken zum 17.? Wäre doch in der Ordnung. Auch vom Rhein wird Jemand da sein. — Mit herzlichem Gruß F. Lassalle.

XXIV.

Berlin, 8. Mai [1863].

1. Lieber Dammer! 1. Die zweiten 400 Reden gleichfalls erhalten.

2. Wenn Arbeiter von uns abfallen wegen der Schmähungen der Presse, so ist an solchen Arbeitern nichts verloren. Die ganze Frage ist nur: wie viel es sind? Hierauf antworten Sie mir. An Einzelnen liegt nichts.

3. Was ist das für eine Verdächtigung aus Merseburg? Ich lese nur die hiesigen Zeitungen. Kommt sonst etwas vor, was der Rede wert ist und wovon Sie erfahren, müssen Sie es gleich mir einsenden.

4. Die Sache geht gut. Viele günstige Facta. Die Presse bläst hier, und wie man mir schreibt, auch im Süden, schon zum Rückzug. Der „National-Werkstätten-Artikel" ist in vielen Blättern abgedruckt worden und hat gut gewirkt. Die heutige Volkszeitung bringt das — sehr nützliche — Votum Hubers, das ich ihr gesandt hatte, mit meinen Randbemerkungen.[3]) Letztere freilich nur sehr theil-

---

1) Eine neue Mahnung des noch immer auf die Exemplare seiner Rede wartenden LASSALLE vom 2. Mai fordert energisch um Erklärung, „wie dies ganz unbegreifliche Faktum zugeht". 2) In dem Briefe an RODBERTUS vom 2. Mai: bei AD. WAGNER S. 55. 3) Werke II, 496—500.

weise. Ich hatte schon Tags vorher das Votum Hubers mit meinen Randbemerkungen an Brockhaus geschickt. Hat er es noch nicht gebracht? Rücken Sie ihm doch gleich auf die Bude! Er muß es bringen. Dieser Aufsatz wird sehr nützlich wirken. Auch ein neues Blatt ist für uns erstanden. Die „Schwäbische Volkszeitung" zu Stuttgart, Red. Paul Hoffmann, Ludwigsstraße 32. Diese ist also bei allen unsern Veröffentlichungen zu berücksichtigen. Eine Broschüre ist hier von einem mir unbekannten Verf. (R. Anders, kennen Sie den?) für mich erschienen etc. etc.

5. Rodbertus schreibt, er sei einverstanden, daß Ihr die Broschüre bezahlt, wenn Ihr die Kosten erlöst. Ueberschuß natürlich für Eure Kasse. Ihr habt doch Rodbertus für den 23. Mai eingeladen? Wenn nicht, muß gleich geschehen.

6. Wenn die Leipziger Arbeiter so flau im Steuern sind, so wird die Sache schwer gehen.

7. Prof. Rau soll in der „Süddeutschen Zeitung" eine Erklärung halb gegen mich, halb für mich erlassen haben [1]). Habe sie nicht gelesen. Sehen Sie doch diese von Brockhaus oder sonst aufzutreiben und mir zu schicken.

8. Fast scheint mir aus Ihrem Brief hervorzugehen, als ob die Leipziger Arbeiter schon lässig würden in der Sache! Das wäre sehr unrecht, denn die Sache geht sogar verhältnismäßig ganz gut. Wenn die Leute solcher Triebsand sind, so läßt sich freilich nichts mit ihnen machen! Geben Sie mir doch Bescheid hierüber, wie es dort mit der allgemeinen Physiognomie steht.

9. Der Chef des Frankfurter Arbeiter-Bildungsvereins, Dr. Müller, hat sich gleichfalls für mich erklärt wie der beil. Ausschnitt der (feindlichen) „Rheinischen Zeitung" berichtet. Der Brief von Baist folgt hier zurück. — Herzlichst grüßend F. Lassalle.

XXV.

o. D. [12. Mai 1863].

Lieber Dammer! Gewiß müssen Sie sofort direct nach Frankfurt schreiben (an Baist, Heymann etc.) und zum 23. direct einladen. Ebenso nach Mainz an Scheppler. —

Vorgestern kam mir in der Voß. Ztg.[2]) der Art. von Rau zu Gesicht, den ich sofort beantwortet habe. Ich schicke Ihnen einige Exemplare der Antwort noch heute. Lassen Sie sie in unseren verschiedenen Blättern abdrucken. Es ist mir lieb, daß der „Adler" für uns paukt. Senden Sie mir solche Artikel. An den Großdeutschen ist immer mehr gewesen als an den andern.

Sie sind sehr im Irrthum, wenn Sie glauben, daß die Kreuzzeitung meine Stange hält! Sie hat sich vielmehr in ihren Correspondenzen wie in ihrem neulichen Leitartikel gegen mich ausgesprochen, wie natürlich. Daß sie das aber mit weit mehr Verstand, Sachkenntniß und hieraus hervorgegangenem Anstand thut als die liberalen Blätter, ist sehr natürlich.

1) Die Auseinandersetzung mit Rau in der Frankfurter Rede vom 17. Mai. Werke 2, 519—521. 2) In der Vossischen Zeitung vom 10. Mai. Die Antwort Lassalles in seinen Werken II, 491—495.

An Arbeitern, die sich durch Schmähungen oder Verleumdungen mit Bismarck irre machen lassen, ist nichts verloren. Solche Arbeiter müssen sehr dumm sein. Es ist übrigens kein günstiges Zeichen für dort, wenn unsere Zahl dort erheblich schwächer wird. Sie sollten vielmehr dadurch wachsen, wie ja neulich die „Süddeutsche Zeitung" selbst eingestanden, daß durch die dummen Schmähartikel der Volkszeitung mein Anhang unter den Fabrikarbeitern sehr gewachsen sei (der Art. war im Zeitgeist abgedruckt). Die Frage ist nur: wie stark erachten Sie den zuverlässigen Kern in Leipzig? Das möchte ich wissen. Wie heißt der Besteller der 360 Broschüren in Frankfurt? Auf die blödsinnige Behauptung in der Coburger Arbeiterzeitung habe ich — obgleich es kaum der Mühe wert war — durch eine Erklärung geantwortet, die, wie mir die Redaction anzeigte, in Nr. 20 der Coburg. Arb.-Ztg. erscheinen wird.

Theilen Sie mir doch Perls Adresse mit. Er wird wohl am 23. in Leipzig sein? Lewy wird da sein. Morgen — Mittwoch — früh 7 Uhr reise ich nach Frankfurt, wo ich mindestens bis zum 18. bleiben werde. Ihre Antwort senden Sie mir also nach Frankfurt a. M. poste restante oder etwa auch an Baist. Alles Interessante, was in der Zwischenzeit vorfällt, berichten und senden Sie mir dorthin. Morgen wird wohl meine Verfassungsbroschüre verlesen werden bei Ihnen, falls Buchers Arbeit noch nicht da ist. Die Verlesung der Verfassungsbroschüre und des „Was nun" wären die besten Gegenmittel gegen die elenden Verdächtigungen, die Reaction zu begünstigen.

Von Hildebrand noch keine Antwort. Aber antworten wird er mir müssen, wenn er es auch noch etwas verschiebt.

XXVI.

Bad Tarasp, Sonntag, 12. Juli 1863.

Lieber Dammer! Endlich kommt Ihr Brief v. 29. Juni [1]) in meine Hände:

1. Die Schweizer-Einladung (beiläufig hätten Sie mir sie einsenden sollen, wenn Sie wollten, daß ich etwas darauf thue) ist also in Gemäßheit meines vorgestrigen Schreibens an Herwegh zu senden und überhaupt ganz nach jenem Brief zu verfahren [2]). Es ist ein Glück, daß wir durch die Anstellung Herweghs jeder Schwierigkeit in dieser Sache enthoben sind. Denn wo wollen Sie denn, daß der Verein die Geldmittel für die Reise von Vahlteich, Perl und Heymann hätte aufbringen sollen? Der Verein hat bisher nichts als beträchtliche Schulden.

2. In der Polensache kann zunächst nichts geschehen. [1])

3. Es wird ganz gut sein, wenn Sie den Leipziger Antrag bezüglich der Reiseunterstützungscasse soweit fördern, wie irgend möglich.

4. In Bezug auf den Hamburger Antrag p/o Arbeiterversicherung dagegen bin ich gleichfalls der Ansicht, daß noch nichts geschehen kann. Wir sind noch viel zu wenig und müssen uns erst zählen.

---

1) Vgl. Becker a. a. O. S. 77. Dammer hatte am 29. Juni gefragt „Was soll aus der Polenfrage werden?" 2) Vergl. Lassalles Schreiben an Herwegh vom 12. Juli 1863, Ferd. Lassalles Briefe an Herwegh S. 60 f.

5. Schinden Sie den Bevollmächtigten durch Briefe, für Füllung der Listen zu sorgen. Mit Ausnahme einer Handvoll Individuen ist alle Welt faul. Schinden Sie sie!

6. In Bezug auf Heymann glaube ich Vahlteich schon geschrieben zu haben, daß er nicht annimmt. Wir brauchen auch für Frankfurt noch kein Vorstandsmitglied. Dagegen ist Mätzner für Berlin dem Vorstand vorzuschlagen.

7. Es ist nicht wahr, daß die Broschüre von Huber ehrlich ist[1]). Im Gegentheil! Er fälscht dies mal wie ein liberaler Zeitungscorrespondent. Denn er sagt — und zwar in Anführungsstrichen — Dinge, die ich nicht gesagt und von denen ich sogar das Gegentheil gesagt (in Bezug auf die Konsumsbenachtheiligung der Arbeiter). Und zwar besteht in dieser Fälschung der einzige „Beweis", mit welchem er seine Behauptungen über mich belegt. Ich habe mich in einer eigenthümlichen Weise an ihm gerächt. Ich habe ihm nehmlich, obwohl ich ihn nicht kenne, noch von Berlin aus einen sehr ruhigen Brief geschrieben[2]), in welchem ich ihm alles dies und anderes nachwies und zeigte, wie wenig sich dies für ihn schicke und dann damit schloß: Ich müßte ihm eigentlich mit Härte antworten. Aber ich wollte durchaus nicht wegen einer momentanen Ungerechtigkeit hart gegen einen Mann werden, den ich sonst aus so manchen Schriften wegen seiner Ehrlichkeit achten gelernt und so würde ich ihm gar nicht öffentlich antworten, sondern zöge es vor mich bei ihm selbst über seine Ungerechtigkeit zu beschweren und sie ihm nachzuweisen. (Eben deshalb müssen Sie auch über diese meine Mittheilung an Sie volle Discretion beobachten und nicht etwa weiter erzählen, daß ich einen solchen Brief an Huber geschrieben.) Übrigens verdient die Broschüre auch sonst keine Antwort. Es ist dummes Larifari, das einzig darauf hinausläuft, daß er den revolutionären Weg nicht will.

8. Ich empfange hier von Wigand einen Brief, worin er die Berichtigung der beiliegenden Nota fordert, die Sie mir nach Berlin retourniren müssen, wenn ich erst wieder dort bin. Wollen Sie in Folge dessen: a) an Wigand von mir bestellen, daß es mir leid thut, erst hier den Brief vom 29. empfangen zu haben. Von der Reise aus könnte ich ihm kein Geld schicken und müßte das daher bis zu meiner Rückkunft bleiben, b) daß ich eine Garantie für Sommer nicht übernommen und daher die 3 Rtlr. 22 sgr. 5 Pf. aus der Rechnung ausfallen müssen. c) Suchen Sie energisch bis zu meiner Rückkunft schon so viel als möglich durch ungesäumte, nachdrückliche Einziehung der Außenstände, auf die Rechnung abgetragen zu haben. Denn die Ausgaben fangen an, mir über den Kopf zu wachsen. d) Schreiben Sie gleich an Rodbertus, er möchte in Folge seiner freundlichen Offerte, die 26 Rtlr. 27 sgr. 5 Pf. einsenden, denn der Drucker fordere jetzt den Betrag und die Erträge seien noch nicht eingelaufen. Wenn das einträte und die Kosten deckte, würde das Comité (behandeln Sie es, wie es ist, nicht als Vereinssache, sondern als Sache des alten Comité) sich erlauben ihm

1) V. A. HUBER, Die Arbeiter und ihre Ratgeber. Berlin 1863.

2) Dieser Brief LASSALLES an V. A. HUBER ist zuerst in dessen Biographie von ELVERS abgedruckt und darnach kürzlich von G. MAYER wiederholt in diesem Archiv I, 187—189.

seine Vorlage zu remboursiren. (Es ist ganz überflüssig, daß ich noch für Rodbertus zahle, der 10 mal reicher ist als ich und durchaus nicht, wie ich, nach allen Seiten und Weltgegenden hin in Anspruch genommen ist.

9. Vahlteich, den ich herzlichst grüße, soll unter Kreuzcouvert ein Exemplar meiner „Ansprache“ vom 17. Juni (aus einer beliebigen Ztg.) und ein dito Exemplar einer Zeitg., welche mein Decret p/o Herwegh und dessen Brief bringt, an Freiligrath senden, Adresse: F. Freiligrath, Esqu. London, Bank of Switzerland, 2 Exchange-Buildings, City.

Nun lebt beide herzlich wohl und knöchelt die Bevollmächtigten, alle Tage durch neue Rippenstöße. Ich muß heute noch 6 Briefe schreiben.

XXVII.

Bad Tarasp, 20. Juli 1863.

Lieber Dammer! Anbei schicke ich Ihnen die den Brief Herwegh's enthaltende Berliner Reform wegen des auf Bucher bezüglichen Schlusses des Artikels. Derselbe ist durchaus und in jeder Hinsicht unwahr. Bucher ist gerade erst dann in seinem bekannten Brief mit seiner Beistimmung aufgetreten, nachdem ich mit meinen Ansichten vollends heraus getreten war — nicht umgekehrt. Er ist aufgetreten, lange nach meinem Antwortschreiben und sogar nach meiner Leipziger Rede vom 16. April, wie das Datum seines Briefes zeigt. Überhaupt bin ich seit meinem Antwortschreiben nicht weiter gegangen, auch in meiner Frankfurter Rede nicht, sondern habe nur das im Antwortschreiben Gesagte näher entwickelt und begründet. Zudem wissen Sie, wie Bucher fortlaufend bis in die neueste Zeit in seinen Briefen an Sie oder Vahlteich die Broschüre zu liefern versprochen hat. Jener Satz der Reform ist also wieder durchaus und vollständig erlogen, und in der perfidesten Weise, wie denn überhaupt die Reform in der Lüge und Perfidie allen anderen Blättern den Rang abläuft. Allein sie hat uns eben dadurch diesmal wieder einen dankbaren Anlaß gegeben, ihre Perfidie zu constatieren. Schreiben Sie also sofort an H. Lothar Bucher (Berlin, Jägerstr. 43), übersenden Sie ihm den hier beigefügten Artikel der Reform und nehmen Sie hiervon Anlaß ihn aufzufordern:

1. baldmöglichst doch endlich die zugesagte Broschüre einzusenden, zumal er sehe, zu welchen Mißdeutungen die Verzögerung Anlaß gebe, und

2. jedenfalls die lügenhafte und perfide Insinuation der Reform durch eine öffentliche Erklärung zu desavouiren. Sagen Sie ihm, Sie fühlten Sich im Namen des Vereins zu dieser Bitte für ebenso genöthigt als berechtigt, einmal weil jener Artikel vollständig auf Unwahrheit beruhe, zweitens weil es dem Verein nothwendig schaden müsse, wenn er, Bucher, jene Behauptung undesavouiert lasse.

Sagen Sie Bucher aber mit keiner Sylbe, daß ich Sie zu diesem Schritte aufgefordert, sondern thun Sie denselben rein von selbst, als Vice-Präsident des Vereins. Wenn Bucher, wie ich nicht zweifle, die gewünschte Erklärung erläßt, so ist die Sache nur nützlich gewesen. Sollte er sich wider Erwarten dessen weigern, oder sollte er verreist und seine Adresse **nicht zu erfahren** sein — über Beides können Sie ja durch Arndt ganz genaue Auskunft einziehen lassen — so können Sie auch selbst als Vice-Präsident des Vereins durch ein Schreiben an

die Reform durch die oben erwähnten Momente die Unwahrheit jener Behauptung nachweisen. Viel besser aber, wenn der Brief von Bucher selbst ausgeht. Berichten Sie mir gleich über diese affaire [1]).

Ferner sende ich Ihnen vertraulich einen schon vor einiger Zeit erhaltenen Brief von Dr. Büchner, der sich auf die Forderung der Reisekosten für meine Frankfurter Reise bezieht, die ich, wie Ihnen bekannt, der Vereinskasse überwiesen habe. Ich habe schon vor ca. 8 Tagen Abschrift dieses Briefes bis zu dem von mir gemachten Strich an Baist nach Frankfurt gesandt mit dem Auftrag: die Herren Sonnemann und Wohlfahrt zur endlichen Berichtigung des Betrages binnen 3 Tagen aufzufordern und, falls dieser nicht in 3 Tagen einläuft, jenen Theil des Büchnerschen Briefes im Volksfreund mit einem beißenden Artikel Beckers veröffentlichen zu lassen, wodurch das Central-Comité sehr blamirt und unserer Sache in Frankfurt ein großer Nutzen erwachsen würde. Ist eins von Beiden geschehen? Lassen Sie Vahlteich sofort an Baist schreiben und energisch darauf dringen, daß nach jenem Brief von mir sofort verfahren werde. Wenn Baist in Folge meines Briefes damals an Sonnemann und Wohlfahrt geschrieben hat und die Zahlung noch nicht erfolgt ist, so soll nun sofort mit der Veröffentlichung des Büchnerschen Briefes — bis zum Strich — vorgegangen werden. Vahlteich soll dringlichst an Baist und Becker schreiben und die Sache überwachen. Baist muß immer gedrängt werden. — Sie ersehen übrigens aus Büchners Brief, daß er sich wieder liebes Kind bei mir machen will und eigentlich auf meine Seite tritt. — Mit herzlichem Gruß an Sie und Vahlteich Ihr F. Lassalle.

XXVIII.

Tarasp, 31. Juli [1863].

Adresse von jetzt ab: Samaden, Schweiz, poste restante.

Lieber Dammer! Ich antworte sofort auf Ihren gestern Abend erhaltenen Brief.

Der Vorschlag Engel's [2]), Arbeiterbörsen zu errichten, ist ganz gut und ist zu begünstigen. Die unmittelbar practischen Resultate derselben muß man sich zwar durchaus nicht als zu groß vorstellen — es wäre eben nur ein Gesindevermiethungs-bureau im Großen, welches nur in gewissen Fällen einen hier herrschenden Mangel an Arbeitern und einen dort herrschenden Überfluß an solchen mit einander ausgleiche. Allein die Hauptsache liegt in Folgendem:

Es würde das zu einer statistisch-wissenschaftlichen Feststellung der Arbeits- und Lohnverhältnisse führen. Und dies würde eins der mächtigsten Agitations-mittel für uns werden. Je mehr die Verhältnisse der Arbeit klar gelegt sind, desto weniger kann die Gesellschaft sich weigern, einzugreifen. Soviel in Kürze. (Es ist übrigens durchaus nicht gut, wenn Sie in Ihrem Brief an Engel dies

---

1) Vahlteich schreibt am 13. August 1863 an Lassalle: „Mit Bucher scheint es doch schlecht zu stehen, denn er antwortet nicht" (B. Becker a. a. O. S. 60). 2) Ernst Engel, Direktor des Kgl. Preußischen Statistischen Bureaus.

sagen. Dort muß nur im Allgemeinen die Nützlichkeit der Sache **anerkannt** werden.)

Schreiben Sie also an Engel etwa folgenden Brief:

Auf seine geehrte Zuschrift v. . . . (Ihr Brief muß sich durchaus als Antwort ankündigen) hätten Sie ihm zu erwidern, daß sein Vorschlag zur Notirung oder Cotirung der Preise der Arbeit Arbeitsbörsen zu errichten, schon vor Eintreffen seines geehrten Schreibens v. . . . in hohem Grade die Aufmerksamkeit des Allg. Deutsch. Arb. Vereins auf sich gezogen habe. Es sei von selbst klar, daß dieser Vorschlag nicht umhin gekonnt habe, die Sympathie des A. D. A. Vereins zu erregen, da dieser Verein die „Alliance der Wissenschaft und der Arbeit“ zu seiner Devise gemacht habe. Der Verein selbst sei ein Product der Agitation, welche von diesem Wahlspruch, von der Vereinigung der Wissenschaft im Allgemeinen und der Statistik im besonderen mit den Interessen der Arbeit ausgegangen sei. Er könne somit nicht anders als sich mit lebhaftem Beifall zu einem Vorschlage verhalten, welcher, ausgegangen von dem wissenschaftlichen Chef der deutschen Statistik, derselben Richtung folgt und durch die Feststellung der Arbeitspreise einen der wichtigsten Beiträge für die wissenschaftliche Betrachtung der Arbeiterverhältnisse liefere, so wie andererseits manche unmittelbar wohlthätige practische Folgen haben müsse. Die Sympathie des Vereins und das Anrecht auf practische Hülfsleistung seien somit als nothwendig erworbene zu betrachten für jene Institution, wenn und so lange sie unter der Oberleitung eines Mannes wie Engel stünde, von dem zu erwarten sei, daß er dieselbe im Interesse wahrer Wissenschaftlichkeit und nicht zum Zwecke illusionärer Selbsttäuschung über große gesellschaftliche Fragen gebrauchen werde. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend seien Sie bereit:

1. durch Beschlüsse in den Arbeiterversammlungen aller Städte jener Sympathie einen weiteren Ausdruck geben zu lassen, sowie

2. in den Arbeiterversammlungen Namens des Präsidiums einen Antrag zur Abstimmung bringen zu lassen dahin gehend: daß sich die Arbeiter sämtlich bereit erklären und resp. durch Beschluß verpflichten, den zum Zweck jener Börsen, im Falle der Ausführung seines Projects, zu errichtenden Büreaus alle Auskunft über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu geben, die gewünscht werden kann. Auf diese Weise würde ihm die enquete wesentlich erleichtert werden und die mangelnde gesetzliche Zwangsbefugniß zu einer solchen durch die Spontaneität der Arbeiterbevölkerung zum Theil ausgeglichen werden. Dies sei es, wodurch Sie vorläufig seinen Zwecken am besten förderlich sein zu können glaubten und was im Laufe der nächsten Zeit veranlaßt werden solle, falls er sich damit einverstanden erkläre. Möglich, daß er noch andere Mittel sähe, durch welche sein Zweck Seitens der Arbeiter unterstützt werden könne. In diesem Falle möchte er Ihnen seine Wünsche nur in Gestalt bestimmt formulirter Vorschläge mittheilen und gewiß sein, daß mit Bereitwilligkeit darauf eingegangen werden solle. Sie könnten dies um so gewisser in Aussicht stellen, als Sie zu der Erklärung autorisirt seien, daß das Vorstehende wie Ihre und der Leipziger Arbeiter Gesinnungen, so auch diejenigen des ordentlichen Präsidenten des Vereins ausdrücke und somit nicht zu bezweifeln sei, daß der Verein überall und mit der-

selben Energie sich der Verwirklichung alles dessen unterziehen werde, was auf diesem Gebiete irgend möglich und wünschenswert sei. Sie überließen ihm jeden beliebigen Gebrauch von diesem Briefe zu machen.

So der Brief, den Sie unterzeichnen: Das Präsidium des A. D. Arbeitervereins, der Vicepräsident Dr. O. Dammer.

(Beiläufig: Schon vor meiner Abreise sprach mir Engel von seiner Idee der Arbeiterbörsen und gab mir sein für den statistischen Congreß bestimmtes Werkchen[1]). Ich ging schon damals mit dem Gedanken um, einen Brief deshalb an ihn zu richten, unterließ das aber, weil er p. 112 seines Werkchens ein höchst ungeschickt übertriebenes Lob über Schulze ausspricht. Nicht daß ich deshalb an ihm irre geworden wäre. Denn ich weiß, daß er Schulze und seine Bande tief verachtet und nun sich im Interesse seiner Sache sowie aus gewissen Rücksichten — die er zum Theil auch wirklich nehmen muß — zu dieser „Anerkennung" veranlaßt sah, wobei er nur ungeschickt die Linie verfehlte. Allein ich wollte vermeiden, daß man nur etwa die Ansicht verbreite, ich wolle mich bei ihm durch Zuvorkommenheiten einschmeicheln. Deshalb schrieb ich ihm nicht, und deshalb ist es besser, daß Sie schreiben. Einerseits ist auch Ihnen dadurch eine gewisse Moderation in der Haltung Ihres Briefes auferlegt, andrerseits will ich ihm wieder durch denselben zu verstehen geben, daß ich mich dadurch nicht abhalten lassen werde, ihn zu unterstützen. Aus diesen und manchen andern für später berechneten Gründen habe ich Ihnen den Brief so wörtlich vorgeschrieben, den Sie nur aus der indirecten in die directe Rede zu übersetzen haben. Selbstredend müssen Sie von dem Brief eine Abschrift behalten, von der wir später Gebrauch machen werden. Von seiner Antwort theilen Sie mir sofort Copie mit. (Immer Copie, nicht Relation.)

Über die Zustimmungs-Adressen nach meiner Rückkunft. Das Circular an den Vorstand, das mir Vahlteich geschickt hat, ist ganz gut. Besser, viel besser geschrieben als der Nordstern ist der Frankfurter Volksfreund. Hadermann[2]) ist eine vortreffliche scharfe Feder. Alle seine Leitartikel in der ganzen letzten Zeit über Fortschrittler und Nationalverein haben mir wahrhaftes Vergnügen gemacht. (Wenn nur der verd . . Aufsatz von Becker „Das Centr. Comité etc." nicht gewesen wäre! Ich habe mich zu sehr geärgert! Vahlt. wird Ihnen von dieser Geschichte, über die ich ihm schrieb, erzählt haben.) Wenn Ihnen also der Nordstern nicht genug zusagt, so verbreiten Sie auch noch den „Volksfreund". Wenn

1) Ernst Engel, Bericht an die Vorbereitungs-Kommission der fünften Sitzungsperiode des internationalen statistischen Kongresses in Berlin, in der Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus Jahrg. 1863, S. 109—129, 137—158. S. 125: „Die Notierung des Preises der Arbeit auf Börsen, und zwar der Angebot- und Nachfragepreise, die regelmäßige öffentliche Notierung dürfte gewiß auch einen vorteilhaften Einfluß auf die soziale Seite der Arbeiterfrage haben."

2) Vergl. über ihn: V. Valentin, Frankfurt a. M. und die Revolution von 1848/9 (Stuttgart 1908) S. 366 ff., sowie G. Mayer, I. B. v. Schweitzer (Jena 1909) S. 46 u. a.

Sie Sich als Probe nur die Artikel seit 1. Juli kommen lassen, werden ihm dieselben viele Abonnenten gewinnen. Es ist übrigens nicht zu vergessen, daß der Nordstern sich große Verdienste um uns erworben und manchen ganz guten Art. gebracht hat. — Mit herzlichen Grüßen an Sie und Vahlt. Ihr F. Lassalle.

P. S. Ich sende Ihnen beil. eine Erklärung des Schweizer Central-Comité, woraus Sie ersehen, daß die Sache dort nicht so schlimm gemeint war. Die Leute sind nur dumm, nicht böswillig.

XXIX.

Berlin, 15. November [1863].

Lieber Dammer! Meinen Brief [1]) haben Sie sehr schlecht gelesen. Ich hatte in demselben vielmehr erklärt daß ich den einen Fall eben so wenig für möglich halten könne wie den anderen und daß ich daher gar nicht wisse, wie mir die Sache erklären. — Genug davon! Sie hätten doch wahrlich die Einsicht haben sollen, mir meinen Brief nur sehr hoch aufzunehmen. Gegen Sie persönlich kann ich doch offenbar nicht das geringste, nichts als den freundlichsten Willen haben und Sie konnten Sich daher sagen daß mir jener Brief große Überwindung gekostet haben müsse und diese Unannehmlichkeit, die Sie mir auferlegt, nun nochmals durch protestierende Briefe zu verstärken und so die ohnehin so zahlreichen Annehmlichkeiten meiner Stellung noch überflüssig zu vermehren — entspricht das wirklich dem Verstande und der Einsicht, die ich von Ihnen gerade sollte fordern können? Doch, genug davon. Ich überlasse Ihnen das zur eigenen ruhigen Überlegung.

In Sachen des Vereins habe ich Ihnen mitzutheilen

1. Die Rubrik „Wohnort" in den Listen muß unbedingt mit der Wohnung ausgefüllt werden. Sonst wäre sie sogar ganz überflüssig. Ferner ist das absolut nöthig, schon um die Mitglieder in gewissen Fällen brieflich benachrichtigen resp. auch, wo nöthig, durch unfrankirte Briefe mahnen zu können, — ein vortreffliches Mahnmittel.

2. Die Leipziger Mitgliederzahl ist auffallend gering gegen den Anfang. Es ist von allen Orten derjenige, wo die allergeringste Vermehrung des ursprünglichen Stockes eingetreten.

3. Nirgends auch gehen die Beiträge der Mitglieder so schlecht ein, sind die Rückstände so groß wie dort. Denken Sie sich etwas aus, das zu ändern.

4. Erinnern Sie Wuttke an sein Versprechen, Vorträge in diesem Winter zu halten. Dringen Sie darauf und schreiben Sie mir darüber.

5. Anbei ein andres Ex. meines Sickingen für Sie.

Sorgen Sie für rasche Vermehrung Ihrer Gemeinde. Ich hätte Ihnen schon lange geschrieben, wenn nicht Überarbeit und Krankheit — ich rekonvalescire eben an einer Halsentzündung etwas — gehindert.

---

1) Der lange und scharfe Mahnbrief Lassalles vom 21. Oktober bei: B. Becker a. a. O. S. 135 ff.

XXX.

Sonntag Abend [29. Novbr. 1863][1]).

Lieber Dammer! Sie haben die Depeschen in umgekehrter Reihenfolge erhalten. Die erste war eine Stunde früher abgesandt als die zweite. Es ist aber gar kein malheur dabei. Die erste Depesche „nein, der Verein soll nicht als solcher etc." erließ ich sofort, weil mir der ganze Schleswig-Holstein Dusel in vieler Hinsicht höchst unangenehm ist. Später fiel mir ein, daß dies doch mißverstanden werden könnte und da erließ ich die Depesche „umgekehrt". Aber in der Eile, in der ich nun war, hatte ich diese der Kürze halber so undeutlich oder ungeschickt formulirt, daß sie meine wirklichen Gedanken eigentlich weit mehr verhüllte als ausdrückte und von Ihnen sehr leicht hätte mißverstanden werden können. Jetzt habe ich einen Circular-Antrag an alle Gemeinden gerichtet — es ist durch die Verhaftung[2]) die Lithographische Vervielfältigung ins Stocken gerathen — den Sie jetzt morgen oder übermorgen erhalten und in welchem ich meinen ganzen Gedanken hinreichend explicire. Halten Sie darauf, daß diese Resolution mit möglichster Einstimmigkeit beschlossen wird und senden Sie sie mit Angabe der Votantenzahl in alle möglichen Zeitungen[3]).

Meine „Hochverraths" Anklage beruht gar nicht, wie Sie zu glauben scheinen, auf der Rheinischen Rede, sondern auf der „Ansprache an die Arbeiter Berlins". Sie ist übrigens ein reiner Blödsinn und hat ihren Quell blos in persönlicher Rachsucht des Staatsanwalts v. Schelling.

Daß wie Sie in Ihrem vorigen Briefe schreiben, meine Rheinische Rede in Leipzig wenig gewirkt hat, wundert mich und ist kein günstiges Zeichen. Gerade diese Rede hätte ganz besonders wirken sollen. Assisenreden kann ich Ihnen nicht mehr schicken; ich habe im Ganzen nur noch etwa 20—25. Mit der Idee einer statistischen Tabelle beschäftige ich mich und theile Ihnen später das Resultat mit.

Ihre Ratschläge zu Decreten ohne Unterlaß etc. etc., lieber Dammer, sind sehr gut gemeint und haben gewiß in der Stimmung der dortigen Arbeiter ihren Grund. Aber einerseits wollen Sie den Leuten zu Gemüthe führen, daß ich leider schon bis weit über die Ohren in der unerquicklichsten Schreiberei und Arbeit sitze. Zu dem was ich Arbeit nenne, zu theoretischen, komme ich schon gar nicht mehr. Und das ist es, was mir am härtesten wird. — Andrerseits müssen die Leute durchaus von der Anschauung abgebracht werden, daß bei einer viel-

1) Von diesem Briefe sind einzelne Stücke schon zerstreut an verschiedenen Stellen bei B. BECKER a. a. O. S. 112, 125, 164 gedruckt. Ein 8 Tage später geschriebener Brief LASSALLES, Sonntag Nacht 12½ Uhr (6. Dezember 1863), der die Stellung der Arbeiter zum Malthusianismus und zur Kindererzeugung betrifft, ist bereits in den Werken II, 937 f. gedruckt, mit Ausnahme der die Datierung ermöglichenden Schlußwendung: „Wir haben heut eine glänzende triumphierende öffentliche Vortragssitzung gehabt. Die Fortschrittler konnten nicht mucksen." 2) Am 22. November 1863.

3) Resolution in der Schleswig-Holsteinischen Frage, Werke 2, 933—937.

geschäftigen, unnützen Kleinthätigkeit etwas herauskomme. Dies ist noch ein Rest vom Fortschrittstic in ihnen. — Mit herzlichem Gruß F. Lassalle.

Ich suche jetzt noch Ihren noch unbeantworteten Brief vom 23. Nov. hervor und sehe, daß ich noch verschiedene Dinge daraus zu beantworten habe. Wie können denn die Leute und sogar Sie selbst glauben, ich hätte jetzt bei dieser Agitation, Kampf und Verwaltung Zeit, theoretische national-ökonomische Vorträge auszuarbeiten! Ich muß wirklich bitter darüber lachen. Das ist es ja, weshalb ich mich weigerte und sträubte, das Amt des Präsidenten anzunehmen, weil ich sofort sah, wie mir alle und jede Zeit zu theoretischer Arbeit dadurch zu Grunde gerichtet wurde. Wenn Ihr theoretische Arbeiten wollt, dann kann ich nicht Präsident sein. Dann kann ich Theorie machen, was eine wahre Wollust für mich wäre. Ich komme nicht einmal dazu, ein Buch gegen Schulze zu schreiben, was viel dringender wäre als die eigentlichen ökonomischen Vorträge. Setzen Sie den Leuten die Köpfe zurecht! Sie scheinen wirklich so wenig Vorstellung von meiner Lage zu haben, wie von der des Mannes auf dem Monde! Sie verlangen mehr als hexen. Denn wenn ich auf das sehe, was ich diese Zeit über Alles thun mußte und gethan habe, so ist das schon vollständig gehext! Nach Leipzig kann ich auch nicht kommen. Ich muß alle Kräfte darauf concentriren, Berlin zu erobern was das wichtigste.

Wenn die Leute Mittheilungen über Möglichkeit und Einrichtungen von Productiv-Associationen wollen, so schaffen Sie Sich aus der Kasse an: Etudes sur les associations ouvrières von Lemercier, Paris 1857, Preis 1 fr. 50 cs (12 Sgr.), lesen Sie es zuvor selbst durch und lesen dann die Stellen oder Kapitel, die Sie Sich anstreichen, den Leuten deutsch vor. Obgleich der Mann ein Reactionär ist und die Associationen eigentlich haßt, finden Sie darin doch das trefflichste Material; gerade das was Ihre Leute wollen; viele Thatsachen werden sie sehr ergreifen.

Wenn Sie die Mahnbriefe für so gefährlich halten, so unterlassen Sie sie. Aber es muß doch Vorsorge getroffen werden, daß dort pünktlicher gezahlt wird. Warum ist man gerade dort so lässig, wie nirgends anders. Vielleicht halten Sie einmal den Leuten eine Rede darüber. Machen Sie den Leuten auch, aber in geeigneter Form, Mittheilungen über den Inhalt dieses Briefes. —

XXXI.

Berlin, 5. April 1864.

Lieber Dammer! Ich will Ihren Brief eingehend beantworten:

1. Es ist unrichtig, wenn Sie schreiben: „allerdings soll der Vorstand im Mai neu gewählt werden.“ Nach § 4 der Statuten soll, wie auch selbstredend, die Wahl des Vorstandes immer „in der Generalversammlung“ vor sich gehen. Und in § 16 des Reglements heißt es: „Die erste regelmäßige Generalversammlung findet vor Ende 1864 statt“. Erst in dieser vor Ende dieses Jahres stattfindenden Generalversammlung kann und muß also zur Neuwahl des Vorstandes geschritten werden, nicht im Mai. Der vernünftige Sinn dieser Bestimmungen ist auch sehr klar. Da der Verein nicht mit dem Beginn eines Kalenderjahres ins Leben trat, da er in den ersten Monaten natürlich auch nur sehr langsam um sich greifen konnte, so sollten die Monate des Jahres 1863 noch

dem ersten Vereinsjahre 1864 zugerechnet werden, so daß das erste Vereinsjahr aus ca. anderthalb natürlichen Jahren bestehen sollte, wodurch wir ein für allemal mit dem Kalenderjahr in Ordnung kommen uud wobei dann die Generalversammlung von Ende 64 in jeder Beziehung (Bericht, Rechnungslage etc. etc.) die Thätigkeit der ersten $1^1/_2$ Jahre zu umfassen hat. Dies die ratio legis. Jedenfalls ist aber der Wortlaut derselben klar und entscheidend, und nach diesem hat die Vorstandswahl in der Generalversammlung vor sich zu gehen, und diese tritt zur festgesetzten Zeit ein, wenn sie nur vor Ende 1864 eintritt.

2. Vor Ende 1864 muß und soll also auch eine Generalversammlung stattfinden; dadurch ist schon von selbst auf die Monate December oder November hingedeutet. Eine frühere Zusammenberufung derselben würde ich für nachtheilig und unklug betrachten, einmal aus den sub 1 angeführten Gründen, zweitens besonders auch deshalb, weil es vorteilhaft ist, wenn sie so spät stattfindet als nach Statut und Reglement nur irgend möglich, damit der politische Horizont möglichst bestimmte Gestaltung bis dahin angenommen hat, was für alle auf der G. V. zu fassenden Beschlüsse von großer Wichtigkeit ist. Und auch besonders deshalb ist es gut, wenn die G. V. so spät als zulässig ist, stattfindet, damit wir dann so sehr als möglich mit uns ins Reine gekommen sind über die noch keineswegs definitiv gelöste Frage: ob der Verein überhaupt fortgesetzt werden kann, eine Frage, die von der Masse der Betheiligung und den finanziellen Verhältnissen abhängt.

3. Bei der G. V. haben sich alle Gemeinden, die vertreten sein wollen, nach § 15 des Reglements durch Delegierte vertreten zu lassen. Natürlich müssen diese Gemeinden auch die Reisekosten der Delegierten bestreiten, sofern die Delegierten etwa nicht auf eigene Kosten die Reise zurücklegen wollen oder können.

4. Über den Ort der ersten G. V. bin ich noch nicht entschieden. Entweder eine rheinische Gemeinde, was sehr billig wäre, da im Rheinland die meisten Mitglieder, oder Leipzig als Sitz des Vereins.

5. Vahlteichs Antrag auf „Decentralisation des Vereins“ ist einfach wahnsinnig. Ich wundere mich um so mehr, daß er darauf zurückkommt, als er mir schon in den letzten Tagen seines hiesigen Sekretariats davon sprach, aber zugleich hinzufügte: „er werde diesen Antrag nur dann stellen, wenn ich mit demselben einverstanden sei“. Und ich erwiderte ihm sofort: ein solcher Antrag sei einfach ein Todesstoß für den Verein und bedeute nichts anderes als Aufhebung des Vereins. Nur dann könne davon die Rede sein, wenn man den Verein überhaupt fallen lassen und diese Auflösung durch irgend eine Form maskiren wolle.

6. Endlich aber kann dieser Antrag ja nicht einmal zur Diskussion gebracht werden, denn in § 7 der Statuten heißt es in fine ausdrücklich, daß jede Änderung der Statuten „erst nach 3jährigem Bestehen des Vereins eintreten kann.“ Der Antrag verletzt also die Statuten und ist unmöglich. Ich wundere mich daher um so mehr, daß gerade diejenigen, welche an Sie schreiben „auf die Statuten pochen“, mit einer so groben Verletzung derselben hervortreten. Schreiben Sie Vahlteich und ertheilen Sie ihm einen ernsten Verweis, daß er Motionen colportirt, welche die Statuten verletzen.

7. Sollte das, was Sie an verschiedenen Stellen Ihres Briefes über Vahlteich andeuten, die Bedeutung haben — ich bitte daher, mir dies offen zu schreiben — daß

er intriguirt, so würde mich das in sofern wundern, als er gerade am wenigsten Veranlassung dazu hätte! Denn ich habe ihn mit vielleicht nur zu großer Milde behandelt! Auch drückte er mir selbst, als er fortging, scheinbar mit großer Aufrichtigkeit, seine große Reue über sein Ihnen noch erinnerliches Circular an die Vorstandsmitglieder aus und war sehr froh, als ich ihm sagte, daß ich es ihm verzeihe. Ich sagte ihm zwar, ich würde noch in Folge dieses Circulars gezwungen sein, eine Schilderung des wirklichen Hergangs, welcher den Grund seines Austritts bildete, an die Vorstandsmitglieder gelangen zu lassen, und [er] erklärte auch, daß so leid ihm das sei, er doch vollkommen begreife, daß ich das thun müsse. Ich habe es nichtsdestoweniger unterlassen, weil es mich bei meiner vielbesetzten Zeit anekelt, erst noch auf persönliche Geschichten Zeit zu verwenden. Er hätte also viele Gründe, sich zu freuen, daß er so gut weggekommen ist. Ein Anderer in meiner Stelle würde wohl anders gehandelt haben! Um so schlimmer für ihn, wenn er jetzt noch intriguirt[1]).

8. Sollten gar in unserm Verein Reibungen, Kleinlichkeiten, Intriguen, Streitigkeiten in Fortschrittler-Weise um sich greifen, so würde ich — ich bin ohnehin des Ekels voll, sehr voll — mein Amt sofort niederlegen und es den Herren überlassen, sich untereinander zu zanken! Die Disciplin, die unser Verein bisher im Ganzen beobachtet hat, war noch das Einzige, was mich davon abhielt und bestimmte, Ekel und Ärger weiter in mich hineinzuwürgen. Diese Disciplin ist das Einzige, wodurch wir nach Innen bestehen — und wodurch wir nach Außen imponieren. Geht die auch zum Teufel und in Querelen à la Fortschrittspartei unter — dann ist mein Entschluß unwiderruflich gefaßt!

9. Ich habe Ihnen das Vorstehende so ausführlich erörtert, einmal damit Sie schon jetzt davon den geeigneten Gebrauch machen können, und zweitens weil die Zeit sehr nahe ist, wo ich Ihnen wieder die Vice-Präsidentur übertragen werde. Anfang Mai reise ich nehmlich von hier ab. Zwar werde ich mich dann noch längere Zeit auf deutschem Boden aufhalten, im Rheinland etc. etc. agitiren, ehe ich wieder auf einige Monate in's Bad und die Schweiz gehe, aber sowie ich Berlin verlasse, werde ich Ihnen sofort die Vice-Präsidentur übertragen. Es ist daher ganz gut, daß mir Ihr Brief schon jetzt Gelegenheit gab, Ihnen meine Ansichten ausführlich zu entwickeln. Denn Sie werden vom Mai bis mindestens in den October hinein statt meiner fungieren. Bei meiner Abreise von Berlin werde ich dann wahrscheinlich zuerst nach Leipzig kommen, mich dann aber nur 2 bis höchstens 3 Tage dort aufhalten und eine Versammlung unserer Mitglieder besuchen. Ist es Ihnen deshalb wünschenswerth vorher genau den Tag meiner Ankunft zu wissen? Und wie viel Tage vorher?

Was das Zeitungsunternehmen betrifft, so steckt mir die Gründung eines solchen, wie Sie denken können, schon seit lange im Kopf. Aber ohne Geld resp. ohne einen die Kosten auf sich nehmenden Verleger ist es nicht herzustellen. Nun hat unser hiesiges Mitglied H. Buchhändler Schlingmann den Plan, als Verleger ein Organ für uns zu gründen, das zuerst 2mal in der Woche erscheinen soll.

---

1) Der vorstehende Passus des Briefes (7) ist bereits bei B. Becker a. a. O. S. 248 gedruckt.

Doch hat er sich Besinnzeit bis 1. Mai ausgebeten. Dann also erfahren Sie Näheres. Bis dahin muß jedenfalls der Nordstern auf alle Weise gestützt werden. — Herzlichst Ihr F. Lassalle.

XXXII.

18. April 1864 [1]).

Lieber Dammer! Auf Ihre Anfrage an Willms erwidere ich: Große Reden jetzt zu halten liegt keineswegs in meiner Absicht. Was zu sagen ist für jetzt, habe ich gesagt, und die ewige Widerhohlung ist das, woran sich die öffentlichen Sprecher so leicht verlumpen. Ich mache diese Rundreise durch den größten Theil unserer Vereine diesmal weit mehr um die Vereine zu sehen, den Geist der in ihnen lebt kennen zu lernen, als um große Reden zu reden. Natürlich werde ich mich nicht dessen entschlagen können, auch meinerseits eine kurze Anrede zu halten. Diese wird interna des Vereins berühren, über seinen Stand Auskunft geben soviel wie nöthig, und schließlich ganz kurz und scharf die gegenwärtige politische Situation in's Auge fassen. In der öffentlichen Anzeige läßt sich das nicht eine „Rede" nennen, höchstens „Ansprache". Am besten aber vermeiden Sie auch das, und sagen nur in der Anzeige, daß ich gegenwärtig sein werde, wobei sich ja von selbst versteht, daß ich eine kurze Rede halte.

Zum Stiftungsfeste bin ich, wie ich Ihnen schon schrieb, nicht mehr in Leipzig, sondern lange am Rhein. In Leipzig denke ich zwischen dem 4. und 9. Mai einzutreffen. — Gruß Ihr F. Lassalle.

XXXIII.

Montag [2. Mai 1864].

Lieber Dammer! Meine Gründe nur Mitgliedern resp. Solchen, die sich sofort zu Mitgliedern aufnehmen lassen, Zutritt zu gewähren, sind diese:

1. Sind viele Neugierige, so würden sie eben dadurch gezwungen Mitglieder zu werden. Mindestens scheuen sie das einmalige Lösen einer Beitrittskarte zum Verein und den ersten Wochenbeitrag nicht, was uns $2^1/_2$ sgr. pro Mann bringt und somit eine Finanz-Maßregel zu Gunsten des Vereins darstellt. — Viele bleiben wohl auch Mitglieder.

2. An und für sich liegt nur diesmal nichts dran, ob die Versammlung groß oder klein wird. Ich will diesmal keine große lange Rede halten, ich will nicht auf die Leute außerhalb des Vereins sowohl, als auf die Mitglieder des Vereins wirken und den Geist der Gemeinden kennen lernen. Es wäre mir lieb, wenn viel Gemeinde-Mitglieder sprächen, kleine Vorträge hielten etc. [2]).

3. Gegen persönlich von Mitgliedern eingeführte Gäste würde ich nichts haben, wenn nicht die Bedingung, daß diese eine Beitrittskarte von $2^1/_2$ sgr.

---

1) Ein Schreiben LASSALLES an DAMMER vom 16. April ist bereits in einzelnen Stücken und mit geringfügigen Ungenauigkeiten abgedruckt bei B. BECKER a. a. O. S. 247/8 u. 245. 2) LASSALLE sprach in dem Leipziger Vereine am 8. und 9. Mai 1864.

lösen, — die sie ja dann nicht zu continuiren brauchen — so einfach, billig und leicht zu erfüllen wäre, daß nicht abzusehen ist, warum wir von unserem Princip abweichen sollen, um den Leuten die 2 1/2 sgr. zu ersparen. Wir sind eine Welt für uns. Stellen wir uns auf uns und schauen nicht nach Außen. Um so mehr werden die Leute von Außen auf uns schauen.

4. Wie Sie es aber mit der Gallerie gehalten wissen wollen, überlasse ich Ihnen. Ebenso will ich auch in Bezug auf No. 3 — die Einführung von Gästen — Ihnen freie Hand lassen, falls Sie aus localen Gründen die Maßregel für überwiegend besser erachten. Meine Ansicht ist es nicht; nach meiner Ansicht ist auch an Gästen, die nicht die 2 1/2 sgr. geben wollen, nichts gewonnen und der Verein giebt nur damit seine feste und geschlossene Haltung auf, an der weit mehr gelegen ist, als an einem stärkeren Besuch. Da ich indeß nicht alle localen Verhältnisse genau genug kennen kann, so will ich Ihnen, wie gesagt, freie Hand dabei lassen, obwohl von einer Änderung abrathend. Keinesfalls dürften Andere als persönlich eingeführte Gäste zugegen sein.

Ich hoffe beiläufig, bei dieser Gelegenheit auch die Arbeiterhymne von Herwegh von Euch zu hören. Schlingmanns Bedenken dagegen waren nicht gegründet. Das Singen von Liedern ist durch keinen Gesetzartikel verboten. Ob wir Sonntag oder Montag die Versammlung haben, überlasse ich ganz Ihnen. — Eiligst Ihr F. Lassalle.

XXXIV.

Ems, 3. Juni 1864 [1]).

Lieber Dammer! 1. Das Wichtigste ist Folgendes:

a) Schreiben Sie sofort dem Bevollmächtigten im Plauenschen Grunde, daß wenn nicht binnen 10 Tagen die dortigen Mitglieder besondere Statuten, falls sie solche wirklich gebildet haben, fallen ließen und sich rückhaltlos den Statuten und der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Leipzig als bloße Mitglieder desselben, nicht als eine besonders constituirte Gemeinde anschlössen: wir sie sämmtlich aus dem Verzeichniß unserer Mitglieder streichen und in keiner Weise als zu uns gehörig betrachten würden. Dieses Schreiben soll der Bevollmächtigte sofort zur Kenntniß der dortigen Mitglieder bringen. b) Eine Abschrift dieses Ihres Schreibens nehmen Sie zu Ihren Urschriften. c) Eine andere Abschrift desselben reichen Sie sofort bei der Leipziger Polizeibehörde ein und lassen Sich Empfangsbescheinigung über seinen Inhalt ertheilen. Dann sind wir gegen jedes Präjudiz gesichert. d) Gleichzeitig mit diesem officiellen und peremtorischen Schreiben schreiben Sie dem Bevollmächtigten im Plauenschen Grunde einen Privatbrief, worin Sie ihm die Nothwendigkeit dieser Maßregel erklären — und ihn zur Raison zu bringen suchen. e) Schreiben Sie mir auch, wer der Bevollmächtigte dort ist und woher die Sache kommen mag.

---

1) Zwei kurze Mitteilungen LASSALLES an DAMMER vom 15. Mai, Solingen und 23. Mai, Düsseldorf, welche die von ihm selbst bezw. B. BECKER verfaßten Berichte über seine Aufnahme in Düsseldorf für den Abdruck im „Adler" und andern Zeitungen übersenden, finden sich abgedruckt in der Ausgabe seiner Werke II, 873 f.

2. Den Martin'schen Brief — ich habe ihn sofort beantwortet — haben Sie mir sehr spät geschickt.

3. Die fortgesetzten Wühlereien Vahlteichs, die Sie melden, sind wirklich empörend: Er verdiente vollständig, daß ich jetzt diesen wie die früheren Hergänge mit ihm dem Vorstand circularisch anzeigte und ihn wegen fortgesetzter und hartnäckiger statutenwidriger Haltung und Unterwühlung des Geistes des Vereins aus dem Verein zu stoßen beantragte. Soll ich es thun, oder halten Sie für besser, wenn ich die Sache ignorire, statt ihr so ein größeres Geräusch zu geben? Hat er jene Rede in öffentlicher oder in einer Mitglieder=Versammlung oder am Stiftungsfest oder nur zu Einzelnen gehalten? — Herzlichst F. Lassalle.

Ich erwarte Nachricht über die Erfolge in den Dörfern. Gemeinden stiften! Von den neuen Bevollmächtigten werden Sie durch Willms wissen.

XXXV.

Ems, 10. Juni 1864.

Lieber Dammer! 1. Sie können mit Bezug auf die Weberangelegenheit natürlich nur das sagen, was ich öffentlich in meiner Rede gesagt habe und was daher in meiner gedruckten Rede steht, die Sie binnen 8 Tagen haben werden. Darin ist auch der Auszug aus der Petition, den ich besitze, abgedruckt. Diese Broschüre bitte ich Sie also abzuwarten.

2. Dagegen dürfen Sie natürlich auch **kein Wort** von dem sagen, was ich Ihnen aus den Berliner Briefen in meinem Zimmer mitgetheilt habe. Das wäre nach allen Seiten hin das größte Unrecht gegen Florian Paul und würde uns **sehr** großen Schaden thun: Beides, daß Sie no. 1 sagen dürfen und no. 2 nicht, war eigentlich ganz selbstredend und ohne jede Anfrage klar[1]).

---

1) FLORIAN PAUL war der Führer der schlesischen Weberdeputation, die im April 1864 mit einer Petition an den König nach Berlin gekommen war; nach der Angabe in LASSALLES Ronsdorfer Rede, ohne vorher in irgend einer Verbindung mit dem Arbeiterverein zu stehen. Im Laufe der vier Wochen, die sie auf die Audienz warteten, wurden sie auch LASSALLE zugeführt, nach G. MAYER, SCHWEITZER S. 128 durch ein Faktotum HERMANN WAGENERS, namens KARL PREUSS. Am 6. Mai erfolgte die Audienz der Deputation beim Könige. Am 9. Mai, am Tage nach der Abreise LASSALLES von Berlin, empfing Bismarck die Deputation. Über diesen Empfang berichtete der Vereinssekretär WILLMS am 10. Mai an LASSALLE: „Was den Deputierten vom Staatsminister mitgeteilt wurde, ist mir noch nicht bekannt, doch sagte mir Herr PAUL, es sei ihm eine augenblickliche Macht in die Hand gegeben, die er zum Verderben des Kapitals ausbeuten könne und werde, und wird er selbst hierüber genaue Mitteilung machen. Soviel aber schließe ich aus seinen Andeutungen, daß ein Überlaufen unserer Feinde zur Regierung von dieser selbst mit aller Macht zurückgewiesen wird, und es dagegen für uns Zeit ist zu fordern und zu unterhandeln" (B. BECKER a. a. O. S. 237). Die „Berliner Briefe", die LASSALLE während seines vom 8.—11. Mai dauernden Leipziger Aufenthaltes erhielt, sind danach als die Berichte von WILLMS und PAUL zu deuten.

3. Wenn nicht binnen 7 Tagen die Sache mit der Gemeinde im Plauenschen Grunde, so wie Sie es dem Bevollmächtigten vorschrieben, geordnet ist, so bleibt nichts übrig, als daß Sie sofort den Bevollmächtigten absetzen, ein anderes dortiges Mitglied dazu ernennen, damit dieser der Gemeinde die Sache vortrage und falls diese nicht sofort wörtlich den nöthigen Beschluß faßt, sämmtliche dortigen Mitglieder aus unsern Listen auf Grund eines von Ihnen zu erlassenden Decretes zu streichen und sowohl der Polizei zu Döhlen wie zu Leipzig anzuzeigen, daß diese Streichung effektiv geschehen sei. Wir dürfen in dieser Sache nicht im Geringsten spaßen und den Behörden nicht die allerleiseste Möglichkeit lassen. Ich erwarte ungeduldig Bericht von Ihnen über die definitive Erledigung der Sache.

4. Der Magdeburger Bevollmächtigte Münze kann keineswegs weitere Broschüren unentgeltlich bekommen. Er hat nur schon zu viel unentgeltlich bekommen. Die Magdeburger können bezahlen, so gut wie Andere. Ich sehe von seiner Thätigkeit kein Resultat.

Die Dinge gehen nicht übel: Nur bin ich — ich Ärmster muß auch hier bei dieser so angreifenden Cur von früh bis Abend schreiben — so auf dem Hund, daß ich wie am ganzen Körper zerschlagen bin. Und dabei das große Plaidoyer am 27. d. M. — Mit herzlichem Gruß Ihr F. Lassalle.

XXXVI.

Rigi-Kaltbald 27. Juli 64.

Lieber Dammer! Hier empfangen Sie endlich die Antwort auf Ihren Brief vom 3. Juli, der mir sehr verspätet zukam!

Sie empfangen nämlich hierbei mein Circular an den Vorstand, bezüglich Ihres Circulars p/o. General-Versammlung und des Vahlteichschen Antrages.[1])

Eigentlich haben Sie, Lieber, durch einen Mißgriff den Antrag V's selbst erst möglich gemacht. Sie sollten gar nicht beim Vorstand anfragen, sondern ihm durch ein Circular anzeigen, daß so in Bezug auf die Generalversammlung verfahren werden würde. Denn es kann gar nicht anders verfahren werden. Ihr Mißgriff kam daher, daß Sie den § 9 des Reglements falsch auslegen, indem Sie ihn auch auf die Delegirten beziehen, von denen er gar nicht handelt. Hätte ich gewußt, daß Sie anfragen wollen — wovon mir nichts bekannt war — oder hätten Sie mir Ihr Circular vorher zur Einsicht eingeschickt, so hätte ich Ihnen das gleich gesagt. So also haben Sie Sich Vahlteichs impertinente Antwort und mir die unsägliche Schreiberei eigentlich Selbst zugezogen.

Indessen es ist gut so. Denn die Schreiberei liegt in diesem Augenblick doch bereits hinter mir, und den Umtrieben Vahlteichs mußte doch endlich einmal ein Ziel gesetzt werden. Sie hätten, wie jeder innere Schaden, sonst nur mehr und mehr um sich gefressen!

Es wird angemessen sein, wenn die Initiative zu dem Beschluß, den der Vorstand p/o. Vs. zu fassen hat, von Ihnen und Niederley, als den Leipziger Vorstandsmitgliedern ausgeht. Fassen Sie also einen solchen Antrag —

1) Gedruckt: Werke 2, 911—927.

ganz nach Ihrem Ermessen — ab und unterzeichnen Sie ihn, aber ausdrücklich nur als einfaches Vorstandsmitglied (nicht als Vicepräsident) ebenso wie Niederley. Dann senden Sie das Actenstück mit einem Begleitschreiben zunächst am besten an Becker in Frankfurt — den ich soeben erst, wie auch Schweitzer, zum Vorstandsmitglied ernannt habe — damit dieser ihn gleichfalls unterzeichne und das Actenstück dann weiter an Lewy schicke. Und so geben Sie gleich die ganze Reiseroute des Actenstücks — mit Rücksicht auf die geographische Lage — an, so daß Jeder es nur zu unterzeichnen und seinem ihm vorgeschriebenen Nachmann zu übersenden, der letzte dann es dem Sekretär einzusenden hat. Dies ist viel kürzer, schneller, amtlicher, und man hat dann ein Actenstück mit allen Originalunterschriften, während wir jetzt immer die Zustimmungen aus x Briefen zusammenzusuchen und mit ihnen zu belegen haben. Wir wollen diese Form also von nun an überhaupt für alle Fälle beibehalten, wo der Vorstand sich rückäußern und abstimmen soll. Hätte einer etwa eine abweichende Ansicht, so kann er sie gleichfalls unter das Actenstück setzen. Schlimm ist bei diesem modus nur, daß wenn ein Einziger das Ding liegen läßt, es nie wieder in unsere Hände kommt und wir nicht wissen wo es ist. Es ist also in dem Begleitschreiben jedem Vorstandsglied noch vorzuschreiben, außer der Unterzeichnung und Weitersendung des Bogens, zur Controlle noch dem Sekretär sofort zu melden, ob er es weiter gesandt und in welchem Sinne er unterzeichnet hat. Mit Becker und Willms können Sie, wenn Sie wollen, zuvor über den zu stellenden Antrag selbst berathen, aber es ist höchste Eile nöthig. Es würde nicht gut sein, wenn nach Empfang meines Circulars der Antrag und Beschluß des Vorstandes lange auf sich warten ließ. Soviel für heut. — Gruß Ihr F. Lassalle.

P. S. Ich bitte mir umgehend durch Willms zu berichten, wieviel Mitglieder des Vorstandes bereits ihre Zustimmung zu Ihrem Circular ausgesprochen haben, und welche Mitglieder noch rückständig sind etc.

Der alte und der neue Saint-Simon[1]).

Von

Gustav Eckstein.

Wenige Jahre nach SAINT-SIMONS[2]) Tod, zwei Jahre nach der Julirevolution und unmittelbar nach der Zersplitterung und Auflösung der S.-S. schen Schule gab OLINDE RODRIGUES eine Sammlung von Werken seines Meisters heraus, in der er diejenigen Schriften zusammenfaßte, die ihm den Kern der Lehre zu enthalten schienen[3]). Die Sammlung umfaßt außer den selbstbiographischen Fragmenten die ersten beiden Hefte des „Catéchisme politique des Industriels", die „Vues sur la propriété et la legistation", die „Lettres d'un habitant de Genève", die „Parabole politique" und den „Nouveau Christianisme". Diese Zusammenstellung sowie das kurze Geleitwort des Herausgebers wurden von der größten Bedeutung für die Auffassung von Wesen und Bedeutung der Lehre S.-S.s, eine Auffassung, die noch besonders dadurch gefördert wurde, daß die S.-S. sche Schule ihre Lehren auf eben jene Schriften ihres Meisters gestützt hatte, und daß die meist in einzelnen Lieferungen, oft von verschiedenem Format und bei verschiedenen Verlagen in kleinen Auflagen erschienenen Werke S.-S.s zu buchhändlerischen Seltenheiten geworden waren.

So hat denn auch schon LOUIS REYBAUD in seinen „Études" (1840), die die Gurndlage der meisten späteren Darstellungen werden sollten, zwar erklärt

---

1) FRIEDRICH MUCKLE, Henri de Saint Simon. Die Persönlichkeit und ihr Werk, Jena 1908, gr. 8°. VI u. 384 S. 2) Im Folgenden abgekürzt mit S.-S. 3) Oeuvres de Saint-Simon, publiés en 1832 par OLINDE RODRIGUES. Paris 1841. 4) Dies wird durch folgenden Umstand besonders wahrscheinlich gemacht: S. 160 seines „Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs" (1842) zitiert er nach REYBAUD die Reihenfolge der Schriften S.-S.s. Für das Jahr 1817 findet sich dort: „L'Industrie . . . . " Motto: Tout par l'industrie, tout pour elle", vier Bände in Lieferungen gemischten Formats. Für 1818 gibt er dann folgendes an: „Vues sur la propriété et la legislation. Dasselbe Motto. (Diese Schrift hat REYBAUD übersehen)." Diese von RODRIGUES in die „Oeuvres" aufgenommenen „Vues" sind aber nichts anderes als der zweite Teil des vierten Bandes von „L'Industrie". Es scheint also, daß STEIN dieses Werk nicht oder wenigstens nicht ganz gelesen hat.

(I. 324) die S.-S.sche Hierarchie sei nur eine sehr freie Interpretation, vielleicht selbst eine Abweichung (déviation) von den Ideen S.-Ss., trotzdem aber ganz im Sinne der Schule das Hauptgewicht auf die „Briefe eines Genfers" und das „Neue Christentum" gelegt, die anderen Schriften kaum erwähnt. Etwas mehr ging LORENZ STEIN auf diese ein, aber auch bei ihm stehen jene beiden Werke stark im Vordergrund, neben ihnen kommt nur noch der „Katechismus" einigermaßen zur Geltung; so weit er auf die früheren historisch-politischen Schriften S.-S.s überhaupt zu sprechen kommt, macht seine Darstellung nicht den Eindruck, als ob STEIN jene Schriften durchweg aus eigener Lektüre gekannt hätte.[4]) Jedenfalls ist seine ganze Auffassung der Lehre S.-S.s in demselben Sinne gehalten, der RODRIGUES zu jener Auswahl vermocht hatte. Dieselbe Anschauungsweise beherrscht KARL GRÜNS heute mehr benutztes als zitiertes Buch „Die soziale Bewegung in Frankreich und in Belgien" (1845), und auch MARX wandte sich in seiner scharfen Kritik dieses Werks nicht dagegen, daß GRÜN nur die von RODRIGUES zusammengestellten Werke und Bruchstücke von solchen seiner Darstellung zugrunde gelegt hat. Diese Auffassung, die in S.-S. vor allem den Begründer der S.-S.schen Schule erblickt, beherrscht auch die Darstellung LOUIS BLANCS in seiner „Histoire de dix ans 1830—1840."[1])

So wurde S.-S. zum utopistischen Sozialisten deklariert; als solcher erscheint er auch im „Kommunistischen Manifest" neben FOURIER und OWEN angeführt; und diese Charakterisierung ist bis in die letzte Zeit ziemlich unangefochten geblieben, wenn sich auch schon vereinzelter Widerspruch geltend machte.[2])

Es ist das große Verdienst FRIEDRICH MUCKLES, in seiner sorgfältigen und liebevollen Darstellung der Persönlichkeit und des Werks S.-S.s. dieser Auffassung mit großer Energie und Sachkenntnis entgegen getreten zu sein und gerade die bisher so stiefmütterlich behandelten historisch-politischen Schriften S.-Ss wieder in den Vordergrund geschoben zu haben. Allerdings hat auch er sich noch nicht ganz von der alten Tradition los machen können und sich damit das Verständnis von S.-S.s Lehren doch teilweise noch verschlossen.

---

1) Deutsche Übersetzung, Cassel 1852, III, 101 ff. 2) Vgl. Wörterbuch der Volkswirtschaft, Art. Sozialismus. Das wissenschaftliche Charakterbild keines andern sozialen Forschers dürfte so in der Geschichte schwanken wie das S.-S.s. Werden doch selbst in modernen Werken der Wissenschaft manchmal gerade über ihn die erstaunlichsten Märchen verbreitet. So erzählt z. B. DIETZEL in seinem Buch über Rodbertus (1886/88) II, 67 nicht nur: S.-S. selbst habe das bekannte Wort geprägt „A chacun selon sa capacité et à chaque capacité selon ses oeuvres", er spricht auch von einem „Staate S.-S.s", in dem die Güterverteilung dem „arbitrium der Oberen" überlassen ist, und erzählt schließlich sogar: „S.S. und BAZARD, LOUIS BLANC und PROUDHON wollen die politische, formale Gleichheit zur materiellen steigern". Man vergleiche damit nur die entrüstete Erklärung, die die S.-S.sten am 1. Oktober 1830 gegen eben diesen Vorwurf erließen.

Diese so verdienstvolle Arbeit wurde sehr wesentlich dadurch erleichtert ja erst ermöglicht, daß im Jahre 1859 eine größere Sammlung von Werken S.-S.s[1]) und 1865—1878 die große von ENFANTIN testamentarisch verfügte 46bändige Ausgabe der „Oeuvres de Saint Simon et d'Enfantin" erschienen waren, die eine, wie es scheint, vollständige Bibliographie der Werke S.-Ss. und in 12 Bänden den Text der meisten seiner Werke enthält. Insbesondere wurde hier zum ersten Male das „Mémoire sur la science de l'homme der größeren Öffentlichkeit vorgelegt, ein Werk, das von S.-S. selbst nur handschriftlich verbreitet, eines der interessantesten und wichtigsten Dokumente zur Kenntnis und zum Verständnis des geistigen Entwicklungsganges S.-S.s darstellt.[2])

Nach der von den S.-Sisten vertretenen und dann im wesentlichen akzeptierten Auffassung hat der Meister in seinem ersten Werk, den Briefen eines Genfers, das Programm seines Lebens angedeutet, indem er die Gelehrten zur Leitung der geistigen Gewalt (pouvoir spirituel) berief. Der „Katechismus" brachte das notwendige Gegenstück, die Übertragung der weltlichen Gewalt (pouvoir temporel) an die Industriellen. Das ganze Werk wurde zusammengefaßt und gekrönt durch das Neue Christentum, das über der geistigen und der weltlichen Gewalt eine moralische Gewalt aufrichtet, durch die das Glück der zahlreichsten und ärmsten Klasse der Gesellschaft verwirklicht werden soll. Die anderen Schriften spielen nach dieser Auffassung nur eine untergeordnete Rolle, sie sind als unvollkommene Vorarbeiten jener Meisterwerke zu betrachten.

MUCKLE stellt dieser Auffassung eine neue gegenüber. Er bewundert in S.-S. vor allem den eigentlichen Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung. Er legt das Hauptgewicht gerade auf die bisher vernachlässigten Schriften, besonders das erst 1876 veröffentlichte „Mémoire sur la science de l'homme". S.-S. geht nach ihm von der Forderung aus, eine wissenschaftliche Erfassung der Geschichte müsse deren gesetzmäßige Zusammenhänge zu erkennen suchen. Die Menschheit hat eine Reihe von Phasen durchlaufen, die gesetzmäßig aufeinander folgten. Die Erkenntnis dieser Gesetze ermöglicht die Erforschung der Zukunft. Die Geschichte seit dem Mittelalter zeigt das Emporkommen der Industriellen gegenüber dem Feudaladel und seinem Anhang von Geistlichen, Advokaten usw. Verfolgt man diese Richtung weiter, so gelangt man zu einem Zustand der Herrschaft der Industriellen, d. h. der Werktätigen. Diese sind bestimmt, sich in Assoziationen zusammen zu schließen, in denen der Geist der Harmonie und der brüderlichen Liebe walten

1) Oeuvres choisies de C. H. DE SAINT-SIMON. Bruxelles, VAN MEENEN & Co. 1859. 3 Bde. 2) JOHANN PLENGE fand es allerdings, als er seine „Gründung und Geschichte des Crédit mobilier" (Tübingen 1903) schrieb, noch überflüssig (vgl. das. S. 24) mehr als die Rodriguessche Sammlung zu lesen, bevor er folgendes vernichtende Urteil fällte: Ein ungenügendes, verspätet nachgeholtes Wissen machte den Erlöser zum Charlatan, den Vollender der Wissenschaft zum Narren; ein naives Altersgenie mit fehlender Hemmung im Wollen und Denken. Und weiter nennt er S.-S. einen faselnden Phantasten.

wird. Das neue Christentum wird die Gemüter beherrschen, zum Wohle der zahlreichsten und ärmsten Volksklasse.

In den Angaben über das eigentliche Entwicklungsprinzip der Geschichte hat S.-S. nach MUCKLE wiederholt geschwankt, wie es ihm überhaupt nicht gelungen sei, die gewaltigen Gedankenmassen seines Genius einheitlich zu beherrschen. Anfangs stand er ganz auf dem Standpunkt einer rein intellektualistischen Geschichtsauffassung, die MUCKLE (S. 74) folgendermaßen karakterisiert: „Das geschichtliche Dasein gewinnt in allen Phasen seine Eigenart durch den Grundimpuls der geistigen Entwicklung, die im starken Verlauf ihres immanenten Fortschreitens alle übrigen Äußerungsformen des kulturellen Lebens durchdringt und den universalhistorischen Ablauf je nach der Beschaffenheit der Richtung gebenden intellektuellen Momente in eine Anzahl Kulturzeitalter zerlegt. Diese, in dem Stadium höchster Ausprägung scharf voneinander getrennt, leiten aber zueinander über, unter den erschütternden Wehen eines sozialen Antagonismus, der, hervorgerufen durch die Verschiebung des geistigen Unterbaues, verschwindet, sobald die religiösen, politischen und sittlichen Anschauungen sich wieder in harmonischem Einklang mit der neuen Grundlage der Zivilisation befinden". Doch habe S.-S. diese Geschichtsauffassung, die besonders scharf im „Memoire sur la science de l'homme" hervortrete, nicht konsequent festgehalten. Er gewann immer mehr die Überzeugung, daß es die materiellen Verhältnisse, die Gestaltung des Eigentums in erster Linie, seien, die die Wandlungen der Gesellschaft beherrschen. So wurde er der eigentliche Schöpfer der materialistischen Geschichtsauffassung.

MUCKLES mit sehr viel Wärme vorgetragene sorgfältige und mit zahlreichen Belegstellen ans S.-S.s Werken ausgestattete Darstellung hat sicherlich viel Gewinnendes. Prüft man sie aber an der Hand der Werke S.-S.s genauer, so muß man doch zur Überzeugung gelangen, daß MUCKLE noch immer zu sehr im Banne der Tradition gestanden ist und infolgedessen seinem Helden nicht gerecht wurde.

Seit vielen Dezennien gilt S.-S. fast unbestritten als einer der drei großen sozialistischen Utopisten. MUCKLE hat viel Mühe auf den Nachweis verwandt, daß er kein Utopist war; tatsächlich aber war S.-S. noch weniger Sozialist. Wäre die Entscheidung dieser Frage mit einigen Zitaten abzutun, so wäre sie rasch erledigt. In den „Briefen eines Genfers" — (1803), also im ersten Anfang der litterarischen Tätigkeit S.-S.s — heißt es von den Zuständen in der glücklichen Gesellschaft der Zukunft: [1]) die Hände des Armen werden fortfahren, den Reichen zu ernähren". Der Reiche wird nur dann körperlich zu arbeiten brauchen (ohne aber seinen Reichtum zu verlieren), wenn er zu geistiger Arbeit untauglich ist. — Im Prospekt des III. Bandes von „L'Industrie" (1817) heißt es[2]): Die Erhaltung der Besitzverhältnisse ist das Hauptziel der Politik (La conservation des propriétés est le grand objet de la politique). Der einzige Damm, den die Eigentümer den Proletariern entgegenstellen können,

1) Oeuvres (RODRIGUES) II. 63. 2) Oeuvres de Saint-Simon et d'Enfantin, XVII, 21.

ist ein Moral-System. Und als solchen Damm eben empfiehlt S.-S. sein System. — Im II. Bande des „Système Industriel“ (1821) spricht er von der wahren anzustrebenden Gleichheit und definiert sie als die „industrielle Gleichheit, die darin besteht, daß jeder von der Gesellschaft Vorteile im genauen Verhältnis zu seinen gesellschaftlichen Einlagen (à sa mise sociale) erhält, d. h. im Verhältnis zu seinen positiven Fähigkeiten, zu der nützlichen Verwendung, die er von seinen Mitteln macht, unter die man, wohl verstanden, seine Kapitalien rechnen muß“.[1] — Und in demselben Sinne äußert er sich schließlich auch noch in einem seiner letzten Werke, im „Katechismus“. „Von der Erhaltung des Eigentumsrechtes hängt die Existenz der Gesellschaft ab“[2]).

Welche immer von den zahlreichen Definitionen des Sozialismus man nun akzeptieren mag, die ausdrückliche Anerkennung des Eigentums als Grundlage der Gesellschaft und das Versprechen, daß auch in der künftigen Gesellschaft die Armen die Reichen ernähren werden, sind jedenfalls mit dem Begriff des Sozialismus schlechthin unverträglich[3]). Aber wieso konnte dann so lange der Glaube bestehen bleiben, S.-S. sei einer der größten Väter des Sozialismus? Kannte man seine Lehre so schlecht, oder ist diese so widerspruchsvoll, daß sie neben jenen eigentumsfreundlichen auch sozialistische Tendenzen enthält?

Das sind die ungemein interessanten Fragen, die sich dem Biographen jenes merkwürdigen Mannes aufdrängen. Ihre Beantwortung kann nicht in einigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten bestehen; sie ergibt sich nur aus der Betrachtung der Grundtendenzen und des Werdeganges der Lehre.

S.-S. hat selbst diese Grundtendenz seines Forschens und Strebens angegeben: „Den Gang des menschlichen Geistes zu begreifen, um sodann für die Vervollkommnung der Civilisation zu arbeiten, das war der Zweck, den ich mir vorsetzte“. Den hier angedeuteten Grundgedanken, daß die Zukunft in gesetzmäßigem Zusammenhang mit der Vergangenheit steht und daher auch nur beeinflußt werden kann, wenn man die Gesetze der Entwicklung genau kennt, hat er immer wieder in den verschiedensten Formen vorgetragen. Nirgends aber gelangt derselbe zu so scharfem und prägnantem Ausdruck wie im „Organisateur“:[4]) „Zu keiner Zeit hat die Vervollkommnung der Civilisation einen Weg verfolgt, der von vornherein von einem genialen Menschen vorgezeichnet und von der Masse befolgt worden wäre. Das ist auch durch die Natur der Sache selbst gänzlich ausgeschlossen; denn das höhere Gesetz des Fortschritts des menschlichen Geistes zwingt und beherrscht alles; die Menschen sind für dieses nur Werkzeuge. Obgleich diese Macht von uns herrührt, liegt es nicht mehr in unserer Gewalt, uns ihrem Einfluß zu

---

1) Oeuvres, XXII, 17. 2) Oeuvres (Rodrigues) I, 265. 3) Auch Fourier hat bekanntlich in seinem Phalanstère für Reiche und Arme verschieden vorgesorgt und bei der Verteilung der Produkte auch auf das Kapital Rücksicht genommen; aber es kommt ihm nicht zum Bewußtsein, daß dann der Arme den Reichen ernährt, während S.-S. dies mit dürren Worten erklärt. 4) Oeuvres, XX, 118.

entziehen oder ihr Wirken zu beherrschen, als willkürlich die Urkraft zu ändern, die unsern Planeten um die Sonne kreisen läßt. Die sekundären Wirkungen sind die einzigen, die wir beeinflussen können. Alles, was wir vermögen, ist: diesem Gesetz (unserer wahren Vorsehung) mit dem Bewußtsein des Ursächlichen zu folgen, indem wir uns Rechenschaft ablegen über den Weg, den es uns vorschreibt, statt uns blind von ihm leiten zu lassen. Und gerade darin wird, nebenbei bemerkt, der große philosophische Fortschritt bestehen, der unserem Zeitalter vorbehalten ist".

An keiner anderen Stelle tritt der geniale Grundgedanke S.-S.s mit gleicher Kraft und Schärfe hervor wie hier. Dieser Grundgedanke liefert aber den Schlüssel zum ganzen Lebenswerk des Mannes, obwohl die schroffe Abweisung alles Welterlösertums den hergebrachten Anschauungen über Ziel und Wesen S.-S.s geradezu widerspricht.

MUCKLE behauptet (S. 63) S.-S.s Auffassung der Philosophie als der höchsten geistigen Zusammenfassung der durch die Einzelwissenschaften erforschten Tatsachen habe wenig mit der vorherrschenden seines Zeitalters zu tun gehabt. Das ist aber ein Irrtum. MUCKLE selbst zeigt im Verlaufe seiner Darstellung, wie auch die Geschichtsauffassung TURGOTS und CONDORCETS von diesem Gedanken einheitlicher Zusammenfassung des Gesetzmäßigen beherrscht war; aber diese Idee machte sich damals mit ungeheurer Kraft auf allen Wissensgebieten geltend. War es doch die Zeit, in der die kosmogonischen Theorien von KANT und LAPLACE entstanden, wo der hier auf die astronomischen Erscheinungen angewandte Entwicklungsgedanke auch die Erscheinungen des Lebens ergriff, die Zeit eines ERASMUS DARWIN, TREVIRANUS, OKEN, GEOFFROY und vor allem LAMARCK.

Gerade ein Vergleich mit diesem genialen Zeitgenossen und Landsmann ist für das Verständnis S.-S.s sehr lehrreich. LAMARCK, ebenfalls ein der Aristokratie entstammender Autodidakt, von dem leidenschaftlichen Streben beherrscht, die ganze Natur unter einheitlichen Gesichtspunkten zu begreifen, war nicht der erste, der den Gedanken der einheitlichen Entwicklung auf das Gebiet der belebten Natur anwandte. Aber während seine Vorgänger und auch seine großen Zeitgenossen wie GOETHE und GEOFFROY von der Annahme eines Weltgeistes ausgingen, der die Lebewesen nach einem einheitlichen Plan geschaffen, fand LAMARCK das Entwicklungsmoment in dem von den Lebensbedürfnissen beherrschten Streben der Tiere selbst, das zwar nicht auf die Ausbildung der betreffenden Organe gerichtet ist, sondern auf Befriedigung der materiellen Bedürfnisse, gerade dadurch aber zur Entstehung und Vervollkommung jener Organe führt.

Zur selben Zeit, als S.-S.s „Katechismus" erschien, begann HEGEL seine Vorlesungen über Philosophie der Geschichte. Dort erklärte er:[1] „Der einzige Gedanke, den die Philosophie mitbringt, ist aber der einfache Gedanke der Vernunft, daß die Vernunft die Welt beherrsche . . . Diese Überzeugung und Einsicht ist eine Voraussetzung in Ansehung der Geschichte als solcher überhaupt".

1) G. W. F. HEGELS Werke, Berlin 1840, IX, 12.

Hegel steht hier also auf ähnlichem teleologischen Standpunkt wie Herder. der in den natürlichen Notwendigkeiten die fortschreitende und zweckvolle Verwirklichung der in der Menschheit von vornherein gegebenen Anlagen zur Humanität sah.

Dieser Auffassung gegenüber ist es S.-S.s gewaltiges Verdienst, dieselbe Umkehrung vorgenommen zu haben, die Lamarck in der Naturwissenschaft geübt hatte. S.-S. sagte der Metaphysik ab und stellte sich auf positivistischen Standpunkt.[1]) Nicht ein außerweltlicher, metaphysischer Geist ist es, der die Geschichte der Menschheit regiert, sondern der Menschen eigener Geist, der sie vorwärts treibt.

Im „Memoire sur la science de l'homme“ (1813) teilt S.-S. die Geschichte der Menschheit seit Sokrates in zwei große Epochen von je etwa 1100 Jahren. Die erste Epoche ist die der Herrschaft des platonischen deduktiven, die zweite die des aristotelischen induktiven Geistes. Nun komme die Zeit der Koordination der beiden Prinzipien. Politische Krisen entstehen, wenn der allgemeine geistige Zustand einer Epoche mit der herrschenden Philosophie nicht mehr übereinstimmt. Sobald eine neue Theorie gefunden ist, die der geistigen Verfassung der Gesellschaft entspricht, tritt wieder Ruhe ein.[2]) Es handelt sich also im gegebenen Augenblick darum, aus der furchtbaren Krise, die die Gesellschaft mitmacht (1813!), dadurch einen Ausweg zu finden, daß ein System aufgezeigt wird, das dem geistigen Zustand der Gesellschaft angemessen ist, und dieses findet S.-S. in der englischen Verfassung (im Jahre 1813!), die er begeistert preist. „Die Engländer, — sagt er[3]) — haben den Organisationstypus gefunden, der allmählich bei allen Völkern Europas das feudale Regiment verdrängen wird ... Diese Verfassung sichert jedem die größtmögliche individuelle Freiheit, die man in einem übervölkerten Lande nur genießen kann“. — Diese Gedanken führt er im nächsten Jahr noch weiter aus in der Schrift „De la réorganisation de la société Européenne“, in der es heißt[4]): „Der englischen Nation bleibt nichts mehr

1) Diese Abwendung von der reinen Spekulation und Würdigung der positiven Forschung kommt schon in den „Briefen eines Genfers“ klar zum Ausdruck in der fast göttlichen Verehrung, die dort dem Geist Newtons gezollt wird. Es wurde vielfach als eine Schrulle S.-Ss sowohl als Fouriers angesehen, daß sie als das Ziel der Wissenschaft hinstellten, alles auf das Gravitationsgesetz zurück zu führen. Man vergißt dabei, welch' ungeheure Bedeutung für jene Zeit Newtons gewaltige Konzeption hatte, die die Geister damals mindestens in demselben Maße beherrschte, wie heute der Selektionsgedanke Darwins. Man verkennt dabei aber noch mehr, daß diese Forderung der Zurückführung aller Erscheinungen auf Gravitation nichts anderes ist als des Postulat der mechanistischen Naturauffassung überhaupt, wie sie am deutlichsten in dem fast allgemein bewunderten Ausspruch Laplaces zum Ausdruck gelangt, daß die Bewegungsgleichung aller Weltmolekel alles künftige Geschehen verraten würde. 2) Oeuvres, XL, 303 ff. 3) ebenda, 152. 4) ebenda, XV, 168.

für ihre Freiheit und für ihre Größe zu tun". Und an anderer Stelle:[1] „Ein Volk (die Engländer) ist durch sie (die ideale Verfassung) frei und das mächtigste Volk Europas geworden".

MUCKLE, der in den im Mémoire angekündigten Reorganisationsplan der europäischen Gesellschaft den Idealplan eines Zukunftstaates hineingelesen hat, gerät nun angesichts der in der „Réorganisation" unverkennbar zutage tretenden Begeisterung S.-S.s für die uns heute nichts weniger als ideal anmutende englische Verfassung jener Zeit und für die Politik der englischen Whigs in die größte Verlegenheit und kann sich den „Abfall" S.-S.s nicht erklären (S. 77 ff[2]). Hier offenbart sich eben der Grundfehler der fast allgemein akzeptierten, auch von MUCKLE geteilten Auffassung, die aus S.-S. durchaus einen Sozialisten machen will.

S.-S. hat in fast allen größeren Werken den Nachweis zu führen versucht, daß die Zeit, in der er lebte, eine Übergangszeit sei, daß der Feudalismus sich überlebt, aber seinen eigenen Totengräber, das Bürgertum, großgezogen habe. Dieses sei nun im Begriffe, die Herrschaft anzutreten. Der Feudalismus mit seinen militaristischen Herrschaftsformen, mit seinem Gefolge von Klerikern und Advokaten sei dem unmittelbaren Tode verfallen, eine neue Gesellschaftsordnung bereite sich vor, die Herrschaft der Industriellen, zu denen S.-S. bekanntlich alle Werktätigen rechnete: Unternehmer wie Arbeiter, Bankiers wie Künstler, Landwirte wie Kaufleute. Diese neue Gesellschaft, deren Geburtswehen sich in der englischen und französischen Revolution ankündigte, wird eine Zeit der Harmonie sein, des Zusammenarbeitens, der internationalen Eintracht. Die Regierungen, die Staatsmacht werden aufgehoben und ersetzt durch eine von den Industriellen selbst geregelte Verwaltung der Produktion.

In dieser Ausmalung der Zukunft hat man die Vorhersagung eines bevorstehenden sozialistischen Gemeinwesens erblickt und infolgedessen S.-S. so verstanden, als ob er als die Zeit des Überganges, der Krise, die ganze Epoche des Kapitalismus verstanden hätte. Das ist aber nichts als ein großes Mißverständnis. In der Tat hat S.-S. unter der kritischen Übergangsperiode nichts

---

1) ebenda, 188. 2) Bei der Besprechung der „Reorganisation" ist übrigens MUCKLE ein sinnstörender, aber bezeichnender Übersetzungsfehler unterlaufen. S. 103 spricht er von dem von S.-S. proponierten internationalen Parlament und sagt: „Die Abgesandten . . . werden auf 10 Jahre ernannt und erhalten 25000 Franken Rente. Die Pairs . . . beziehen 500000 Franken Rente". Tatsächlich aber heißt es im Original (Oeuvres, XV, 200): „Chacun des membres de la chambre devra posséder 25000 francs de rentes au moins en fonds de terres". Und genau entsprechend heißt es von den Pairs (S. 201), jeder von ihnen müsse mindestens 500000 Franken Grundrente besitzen. Es handelt sich also nicht um Diäten, sondern um einen sehr hohen Zensus. Nach der Theorie Prof. SIGM. FREUDS würde dieser auffallende Lapsus beweisen, wie sehr sich das Unterbewußtsein MUCKLES gegen die Anerkennung des plutokratischen Charackters der von S.-S. vorgeschlagenen Reformen gesträubt hat.

anderes verstanden als die von ihm miterlebten Zeiten des Kaisertums und der Restauration, und jene ideale, mit so viel Liebe und Hoffnung erwartete Epoche der Harmonie ist tatsächlich der von ihm allerdings völlig verkannte und falsch beurteilte Kapitalismus selbst.

MUCKLE beruft sich (S. 143) zur Unterstützung seiner Auffassung, die ihm allerdings als ganz selbstverständlich erscheint, noch besonders auf eine Stelle im „Systéme Industriel"[1]), die aber, genauer und im Zusammenhang besehen, gerade das Gegenteil beweist. Dieser tatsächlich sehr wichtige Passus lautet: „Der Augenblick, in dem die industrielle Verfassung reif ist, kann ziemlich genau nach folgenden Anzeichen bestimmt werden: Erstens, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Nation die Individuen in mehr oder weniger zahlreichen Assoziationen gebunden (engagés) und unter einander zu zweit, zu dritt usw. durch industrielle Beziehungen verknüpft sind, so daß es ermöglicht ist, ein allgemeines System zu begründen, indem man sie nach einem großen gemeinsamen industriellen Ziel hinlenkt, zu dessen Erreichung sie sich unter einander je nach ihren respektiven Funktionen von selbst verbinden; zweitens daß die Beobachtung der Gesetze der Natur in voller Wirksamkeit ist".

Das sieht allerdings so aus, als ob S.-S. einen noch fernen Zustand der allgemeinen Vergesellschaftung im Auge gehabt hätte, und MUCKLE stellt denn auch damit die MARXsche Behauptung in Parallele, daß in der Zukunft alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert sein wird. Er hat aber dabei übersehen, daß S.-S. nur zwei Seiten später fortfährt: „Endlich ist Frankreich heute auf dem Punkt angelangt, die industrielle Verfassung ergreifen zu müssen: denn die oben aufgezeigten Grundbedingungen sind heute in vollem Umfang erfüllt (car les conditions fondamentales ci-dessus énoncées sont ajourd'hui pleinement remplies)"[2]).

Wie konnte aber S.-S. zu dieser merkwürdigen Behauptung gelangen? Der „Organisateur" beantwortet diese Frage. Dort stellt S.-S. dem feudalen System, in dem das Volk von den militärischen Führern in Untertänigkeit gehalten und beherrscht wurde, das industrielle gegenüber, in dem es mit seinen Führern vereinigt ist (combiné), wo es von ihnen nur geleitet wird. „In dem ersteren Falle war das Volk Untertan, im zweiten ist es Gesellschafter (sociétaire)". Und er fährt fort[3]). „Aber in einer Genossenschaft (coopération), wo alle Teilnehmer Fähigkeiten und Einlagen (mise) mitbringen, herrscht wahre Assoziation, und es gibt keine andere Ungleichheit als die der Fähigkeiten und die der Einlagen, die beide notwendig, d. h. unvermeidlich sind, und die beseitigen zu wollen unsinnig, lächerlich und verderblich wäre. Jeder erhält das Maß von Bedeutung und von Gewinn (bénéfices), das seiner Fähigkeit und seiner Einlage entspricht."

1) Oeuvres, XXII, 185. 2) Ähnliche Äußerungen sind häufig. Vgl. z. B. im „Katechismus" (Oeuvres (RODRIGUES), I, 228 ff.), wo S.-S. erklärt, die seit Luther währende Krise werde durch den Katechismus beendet werden, da nun die Vorbedingungen des Industriestaates gegeben sind. 3) Oeuvres, XX, 151.

Es ist klar, daß dieser Zustand, wie ihn das industrielle System verwirklichen soll, nichts anderes ist als der Kapitalismus in der Auffassung des Manchestertums. Daß aber damit nicht etwa nur ein Übergangszustand geschildert werden soll, geht u. a. besonders deutlich aus den „Opinions philosophiques" hervor, die derselben Zeit entstammen wie das „Neue Christentum". Hier heißt es z. B.[1]) „das ursprüngliche Ziel des Christentums war die Aufhebung der Sklaverei. Sobald dieses Ziel erreicht ist, muß sich die Religion ein anderes setzen, das weiter geht als das erste; das ist die Aufrichtung einer sozialen Organisation, welche allen Proletariern Arbeit ohne Unterbrechung, allen Mitgliedern der Gesellschaft positive Belehrung und Genüsse gewährt, die geeignet sind, ihren Verstand zu entwickeln." — Es ist also nicht die Aufhebung des Systems der Lohnarbeit, die S.-S, vielmehr ausdrücklich für unsinnig erklärt, was das Ziel der neuen Religion sein soll; das neue Gemeinwesen soll nur, wie es im „Système Industriel" heißt[2]), den Kräftigen Arbeit und den Invaliden Unterstützung gewährleisten.

Wie vertragen sich aber mit diesem recht bescheidenen Ziel die schwungvollen Prophezeiungen des Reichs der Harmonie und des Gottesfriedens, die unter dem industriellen System herrschen sollen? Zur Zeit als S.-S. schrieb, war der Kapitalismus in Frankreich erst unentwickelt und auf allen Seiten zuerst durch die furchtbaren Kriege der napoleonischen Zeit und die Kontinentalsperre, dann durch die Restauration der feudalen Herrschaftsformen behindert und gehemmt. Die ihm innewohnenden Tendenzen konnten daher nicht an die Oberfläche treten. Die Arbeitslöhne waren zu jener Zeit trotz der schon damals verbreiteten Arbeitslosigkeit noch nicht so weit gesunken. Ihr furchtbarer Sturz erfolgte erst nach der gewaltigen Krise von 1825, besonders nach der Julirevolution. Den Proletariern schien also mit der Beschaffung genügender Arbeitsgelegenheit vollkommen geholfen. Diese konnte aber nur erfolgen, wenn sich der industrielle Kapitalismus frei und ungehemmt durch feudale Schranken entfalten konnte. S.-S. konnte sich daher der Illusion hingeben, daß die Verwirklichung des industriellen Systems, d. h. der ungehemmten Herrschaft des Kapitalismus, auch für das Proletariat eine goldene Zeit heraufbringen werde. Er konnte das umso eher, als es ihm an ökonomischem Wissen und Verständnis völlig gebrach. In dieser Hinsicht war ihm z. B. OWEN weit überlegen, und er besaß auch nicht den intuitiven Scharfblick FOURIERS, der wenigstens die inneren Widersprüche des kapitalistischen Handels durchschaute. Vereinzelte Bemerkungen in diesem Sinne finden sich allerdings auch bei S.-S.[3]), aber er hat keine Ahnung von den notwendigen Klassengegensätzen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft selbst. In seinem Aufsatz, „Le parti national ou industriel comparé au parti antinational" (1819)[4]) rechnet er z. B. zur industriellen Partei alle, die 1. direkt gesellschaftlich nützliche Arbeiten verrichten; 2. diese Arbeiten dirigieren,

1) Oeuvres, XXXIX, 85. 2) Oeuvres, XXI, 107. Vgl. auch ebenda 41 und passim. 3) Vgl. Oeuvres, XV, 239 und Oeuvres (RODRIGUES) I, 108. 4) Oeuvres, XIX, 195.

oder deren Kapitalien in industriellen Unternehmungen angelegt sind; 3. durch solche Arbeiten zur Produktion beitragen, die den Produzenten nützlich sind. (Gemeint sind die Gelehrten und Künstler). Die antinationale Partei besteht aus denen, die: 1. konsumieren, ohne zu produzieren; 2. unnütze Arbeiten verrichten (gemeint sind wohl in erster Linie die Kleriker) 3. den politischen Gegnern der Industriellen. Hier sind also die Interessen der Kapitalisten mit denen der Arbeiter vollkommen identifiziert.

Allerdings behaupten STEIN sowohl als MUCKLE an einzelnen Stellen [1]: S.-S. hätte den Klassengegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter erkannt, sie geben jedoch keine Belege dafür, und es dürften sich auch keine finden lassen. MUCKLE selbst muß übrigens zugeben (S. 187), daß S.-S. „den tiefen Gegensatz, der in der „industriellen Klasse“ verborgen, den Widerstreit des Unternehmertums und des Proletariats übersehen habe“, und er erklärt dies aus der Unentwickeltheit des Kapitalismus im Frankreich jener Zeit. Aber dieses Verkennen der wahren Natur des Kapitalismus ist für jene Zeit gar nichts Erstaunliches. S.-S. hatte, wie gesagt, kein selbständiges Urteil über ökonomische Fragen. Er war daher auf die offizielle Wissenschaft angewiesen, und diese wurde damals in erster Linie durch J.-B. SAY repräsentiert, den S.-S. dann auch sehr bewunderte und über ADAM SMITH stellte [2]. Daß S.-S. die Lehren SISMONDIS direkt oder indirekt gekannt hat, ist wohl wahrscheinlich, sie konnten ihm aber vermöge ihrer rückwärts gewandten Tendenz nicht sympathisch sein. SAY aber war geradezu der Apostel der Interessenharmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter. War doch selbst der größte und aufrichtigste Ökonom jener Zeit, RICARDO, erst 1820 zur Erkenntnis gelangt, daß die Maschine das Los des Arbeiters nicht verbessert, sondern verschlechtert [3], eine Lehre, die ihm die schwersten Vorwürfe von seinen Freunden eintrug. SAY aber befand sich in dieser entscheidenden Frage auf entgegengesetztem Standpunkte [4].

---

1) STEIN a. a. O. S. 169, MUCKLE, a. a. O. S. 113, 121, 205. 2) Vgl. Oeuvres (RODRIGUES). I, 344. 3) Vgl. N. RJASANOFF, Owen und Ricardo („Die Neue Zeit“, XXVII/1, 372 ff.). 4) Vgl. J. B. SAY, Ausführliches Lehrbuch der Politischen Ökonomie. Deutsch von MAX STIRNER, Leipzig 1845, I, 237 ff. — Der charakteristischeste Beweis der zu jener Zeit allgemeinen Verkennung der Natur des Kapitalismus ist wohl, daß ein so scharfsinniger Kritiker der bürgerlichen Ökonomie wie HODGSKIN in seiner 1825 erschienenen „Verteidigung der Arbeit“ („Hauptwerke des Sozialismus“, Heft 10, Leipzig 1909, S. 72) sagt: „Heute scheint der Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter oder zwischen zwei verschiedenen Arten der Arbeit ausgefochten zu werden; doch wird er sich bald in seinem wahren Charakter offenbaren und sich zu erkennen geben als ein Kampf der ehrlichen Arbeit gegen die widerwärtige Trägheit“. Hier finden wir also dieselbe Gegenüberstellung der Werktätigen und der Müßigen wie bei S.-S., und das war auch noch die herrschende Auffassung bei den radikalen englischen Chartisten. Vgl. TH. ROTHSTEIN, Verkünder des Klassenkampfes vor Marx („Die Neue Zeit“, XXVI/1, 885 ff.).

Allerdings, in den „Briefen eines Genfers“ hatte S.-S. noch die Scheidung zwischen Besitzenden und Besitzlosen gemacht und diesen empfohlen, jenen zu gehorchen, da das geistige Übergewicht auf deren Seite sei. Aber RODRIGUES hat sicherlich recht, wenn er den Übergang von dieser aus den Verteilungsverhältnissen des Reichtums abgeleiteten, ganz äußerlichen Gegenüberstellung zu der aus der Produktion abgeleiteten von Werktätigen und Müßigen als Fortschritt bezeichnet[1]).

Da also S.-S. nur den Klassengegensatz zwischen den Industriellen und den aus der feudalen Gesellschaftsverfassung herüberragenden Müßigen, besonders den Großgrundbesitzern, erkannte und zugleich von der Interessenharmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter fest überzeugt war, mußte er gerade zufolge seiner Geschichtsauffassung zu dem Schlusse kommen, daß die anbrechende Periode des Industrialismus eine Zeit des allgemeinen Glücks, der allgemeinen Harmonie sein werde, und daß es die Aufgabe der Gelehrten, in erster Linie S.-S.s selbst, sei, diese Wandlung vorzubereiten und zu beschleunigen, ihr die notwendige Ideologie zu schaffen.

Pflichtet man der verbreiteten Auffassung bei, daß S.-S. Sozialist war, daß insbesonders das „Neue Christentum“ die Anbahnung eines sozialistischen Gemeinwesens bezweckt habe, dann kommt man notwendig in Konflikt mit S.-S.s Geschichtsauffassung. MUCKLE erinnert (S. 224) an dessen Bemerkungen über die Proletarierunruhen in England und fährt fort: „Angesichts solcher Symptome wachsender Verschärfung des Interessengegensatzes zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft mußte S.-S. zuletzt die Religion als Werbekraft für seine Reformideen dienen“. Das „Neue Christentum“ wäre also ein Bruch mit der wissenschaftlichen Vergangenheit S.-S.s; und tatsächlich gerät auch MUCKLE bei der Würdigung dieses berühmtesten, wenn auch durchaus nicht bedeutendsten Werks des Meisters in die größte Verlegenheit[2]). Nach seiner Auffassung hätte S.-S. im „Neuen Christentum“ geglaubt, „die besitzenden Schichten mit der Gewalt seiner Worte antreiben zu können, den Prozeß einer Überleitung des Kapitalismus in ein Wirtschaftssystem sozialistischen Gepräges zu vollziehen“. Dieser Gedanke stände natürlich mit der Geschichtsauffassung S.-S.s im schreiendsten Widerspruch. Ein solcher besteht aber nur bei MUCKLE und nicht bei S.-S.

Zunächst hat MUCKLE jene Bemerkungen S.-S.s ganz irrig aufgefaßt. Denn dieser führt die Unruhen ausdrücklich darauf zurück, daß die englischen Industriellen es im Vertrauen auf die staatliche Zwangsgewalt verabsäumt haben, die Proletarier über ihre wahren Interessen (leur véritables intérêts) aufzuklären[3]). Es ist also keine Rede davon, daß eine besondere Religion nötig wäre, um eine nicht bestehende Harmonie künstlich herzustellen. Vielmehr sind die Industriellen die „geborenen Beschützer der Arbeiterklasse“[4]). Um

---

1) Oeuvres (Rodrigues) I, 13. 2) Vgl. insbes. MUCKLE a. a. O. S. 235 und Einleitung zur Übersetzg. des „Neuen Christentum“, („Hauptwerke des Sozialismus“ N. Flg. I. Bd. Leipzig 1911). S. 22. 3) Oeuvres (RODRIGUES). I, 221. 4) ebenda.

aber die wirkliche Bedeutung und den wahren Zweck des „Neuen Christentums" zu verstehen, müssen wir auf die Geschichtsauffassung S.-S.s noch etwas näher eingehen. S.-S. ging, wie gezeigt, von dem Grundsatz der strengen Gesetzmäßigkeit auch des sozialen Geschehens aus. Bestimmend für die historische Entwicklung ist nicht irgendein außerweltlicher Geist, sondern der Geist der handelnden Menschen. Zeiten der Ruhe herrschen, wenn die politischen Zustände in Übereinstimmung sind mit der herrschenden Geistesverfassung. Ist das nicht der Fall, so kommt es zu kritischen Perioden, zu Revolutionen. Nun mußte sich S.-S. die Frage aufdrängen, wodurch denn die Herrschaft irgendeiner Geistesverfassung jeweils bedingt ist, zunächst, wer der Träger jener geistigen Bewegung ist. Die Beantwortung dieser entscheidenden Frage bedeutet den gewaltigen Fortschritt von dem „Mémoire sur la science de l'homme" bis zum „Organisateur" (1813 bis 1819). Dort sind es noch ganz abstrakt der platonische und der aristotelische Geist, die die beiden Hauptepochen der Geschichte seit Sokrates bestimmen, und der Geist dieses „größten Mannes", der je gelebt, ist es, der sich in beiden Systemen auswirkt. Im „Organisateur", dem meiner Ansicht nach bedeutendsten Werk S.-S.s, ist bereits die auch schon in „L'Industrie" hervorbrechende Erkenntnis zur vollen Klarheit gediehen, daß die Gesellschaftsklassen und nicht Einzelindividuen die Träger der geistigen Entwicklung sind. Hier findet sich eine wahrhaft glänzende Darstellung der Geschichte der Gesellschaftsklassen im Mittelalter [1]), insbesonders des Emporkommens des Bürgertums. Den wesentlichen Unterschied zwischen den englischen und den französischen Klassenkämpfen erblickt S.-S. darin, daß sich dort das Bürgertum mit dem Adel gegen das Königtum, hier bis zur Zeit Ludwigs XIV. mit dem Königtum gegen den Adel verbündet hatte, in beiden Fällen scheinbar Werkzeug jener Mächte, in Wirklichkeit aber selbst das treibende Element [2]).

Welches ist aber nun die Rolle der Philosophen, der Gelehrten in der Geschichte? Ist ihr Denken, ihr Forschen zwecklos? S.-S. spricht sich darüber besonders im „Organisateur" mit großer Deutlichkeit aus. „Man schafft keineswegs ein soziales Organisationssystem, — heißt es da [3]) — man erfaßt die neue Verkettung von Ideen und Interessen, die sich gebildet hat und zeigt sie auf; das ist alles. Ein soziales System ist eine Tatsache, oder es ist überhaupt nichts. Nicht ich bin es, der den Verfassungsentwurf gebildet hat, dessen Grundlagen ich eben dargelegt habe; es ist die Masse der europäischen Bevölkerung, die an seiner Vollendung während der letzten 8 Jahrhunderte gearbeitet hat. Wenn man sie nicht gefunden hat, so ist es, weil sie sich hinter der Fassade des alten sozialen Gebäudes verborgen hält, das noch besteht."

Die Aufgabe der positiven Philosophie ist es also, den gesetzmäßigen Lauf der historischen Entwicklung zu studieren, die Gesetze aufzuzeigen und jeweils die Verfassung zu finden, die den neuen Verhältnissen entspricht, sowie die Ideologie zu formulieren, die dem neuen Geist angemessen ist [4]). Die

1) Oeuvres, XX, 80 ff. 2) ebenda, 90, 96, 116. 3) ebenda, 179.
4) Vgl. ebenda, 181.

scheinbaren „Schöpfer" neuer Systeme sind weiter nichts als die Sammler der bereits vorhandenen Entwicklungskeime [1]). Die Ideologie folgt den Bedürfnissen der Gesellschaft. So entdeckt eine industriell organisierte Gesellschaft sehr bald, daß ihre Beschäftigung mit den Begriffen der Theologie nichts mehr zu tun hat. Sie gewöhnt es sich ab, sich bei den Priestern Rats zu erholen [2]). „Die großen Entdeckungen sind niemals dem Zufall zuzuschreiben; sie sind stets das Ergebnis von Arbeiten, die den menschlichen Geist vorbereitet haben, sie zu erfassen oder sie aufzunehmen" [3]. — Das alte Gesellschaftsgebäude kann stets erst fallen, wenn die Philosophie die Mittel entdeckt hat, um ein neues aufzuführen. Diese Mittel müssen aber aus dem genauen Studium der Geschichte, der Entwicklungstendenzen gewonnen worden und von der öffentlichen Meinung akzeptiert sein [4]).

Nun hatte die Rückkunft der Bourbonen nach Frankreich die Einführung einer neuen, der damaligen englischen nachgebildeten Verfassung zur Folge gehabt und S.-S. mußte sich bald davon überzeugen, daß sie dem Idealbild, das er sich in der „Reorganisation" von dieser Verfassung gebildet hatte, recht wenig entsprach, daß sie erst recht zur Herrschaft der Feudalen führte. Das erkannte er denn auch im „Organisateur" an und schlug zugleich, in weiterer Ausführung der in „L'Industrie" gegebenen Ratschläge Reformen vor [5]), die aber in ihrem Wesen so ziemlich übereinstimmen mit der englischen Parlamentsreform des Jahres 1832, nur daß sie einen noch plutokratikcheren Charakter tragen. Diese wäre demnach die ideale Verfassung des Zukunftsstaates gewesen, der die rein manchesterliche Forderung verwirklichen sollte, daß die Regierung auf die Aufgabe beschränkt sein sollte, jede Störung der industriellen Arbeiten zu verhindern [6].) Ja, die blinde Begeisterung S.-S.s für das industirelle England geht so weit, daß er im „Katechismus" (1824!) die Behauptung aufstellt: „In England ist die zahlreichste Klasse (also das Proletariat) am besten behaust, am besten genährt, am besten gekleidet" [7]).

Allerdings, vollkommen waren die Zeitstände Englands, wie wir gesehen, auch nach S.-S.s Meinung damals noch nicht. Dazu war die völlige Befreiung der Industrie von allen feudalen Banden notwendig, und dieser politischen Reform sollte Frankreich näher sein als England. S.-S. sollte es beschieden sein, den entscheidenden Schritt in dieser Richtung zu tun. Der „Katechismus" sollte die Grundlinien der neuen politischen Organisation

---

1) ebenda, 178. 2) Oeuvres, XXXIX, 78. — Woher PLENGE die Berechtigung zu folgender Charakterisierung S.-S.s nimmt, ist mir vollkommen unerfindlich. Er sagt (a. a. O. S. 42): „An den sachlich unvermeidbaren ethischen Problemen drückt er sich herum, vor dieser Tiefe graut ihm: er zweifelt im Innersten keinen Augenblick an der allerbanalsten Willensfreiheit". — Es dürfte allerdings schwer sein, heute festzustellen, was S.-S. „im Innersten" gedacht hat. 3) Oeuvres, XX, 153. Fast noch schärfer dieselben Gedanken im „Système Industriel". Oeuvres, XXII, 188, 224. 4) „Prospectus des Organisateur". Oeuvres, XX, 7, 5) Oeuvres, XX, 45, 48. 6) Oeuvres, XX, 42. 7) Oeuvres (RODRIGUES) I, 83.

aufzeigen, das „Neue Christentum", eine populäre Agitationsschrift, die Ideologie bieten, die, wie gezeigt, notwendig war, um die Bewegung in Fluß zu bringen. Der einen Anforderung, daß sie aus dem genauen Studium der Entwicklungstendenzen der Gesellschaft geschöpft war, glaubte S.-S genügend entsprochen zu haben. Die andere, daß sie von der allgemeinen Meinung akzeptiert werden müsse, sollte durch die Propaganda seiner Schüler geschaffen werden.

So zeigt sich das System S.-S.s wie es vollendet in den Schriften der Jahre 1819—1825 vorliegt, trotz einiger Widersprüche in Details, wie sie wohl bei fast jedem Denker zu finden sind, als ein geschlossener und imponierender Bau. MUCKLE hat hauptsächlich dadurch, daß er seinen Helden zum Sozialisten machen wollte, die einfachen, großen Linien dieses Bauwerks gebrochen. Obgleich er das Genie S.-S.s nicht genug bewundern kann, findet er doch überall Widersprüche, Ungeklärtheiten und Unsicherheit, und nach seinen Voraussetzungen mußte er diese auch finden [1]).

Doch nicht nur die völlige Verkennung des Charakters der von S.-S. propagierten Verfassungsänderungen hat MUCKLE den Weg zum Verständnis seines Gedankensystems versperrt [2]). Dazu kommt eine gelinde Begriffsverwirrung über die Natur der materialistischen Geschichtsauffassung und über S.-S.s Verhältnis zu ihr. Nach MUCKLE (S. 120, 136, 148) neigte S.-S. zuerst zu einer rein ideologischen Geschichtsbetrachtung, neben die später auch wirtschaftliche Vorgänge als mitbestimmend traten. Aber damit nicht genug, weist er auch noch (S. 169) auf die Rassenidee hin, die sich „als fremder, und man kann sagen, störender Bestandteil bei ihm bemerkbar macht".

Wäre diese Darstellung richtig, dann könnte S.-S.s Geschichtsauffassung wohl kaum jemand imponieren, wie es MUCKLE fortwährend verlangt.

---

1) S. 229 faßt der glühende Bewunderer S.-S.s sein Urteil in folgende Worte zusammen: „Als Ganzes betrachtet ist das Ideensystem S.-S.s von einer außerordentlichen Ungeklärtheit, und die konstruktiv befriedigende Anordnung seiner lose zerstreuten, buntschillernden Bestandstücke bereitet dem Biographen nicht wenig Schwierigkeiten". S. 232 behauptet er gar, „die Fähigkeit zu einer auch logisch befriedigenden Anordnung seiner Ideen sei ihm völlig versagt gewesen". S. 247 nennt er ihn eine dem Wahnsinne nahe psychopathische Natur. 2) KARL MARX hat bereits den rein bürgerlichen Charakter der historisch-politischen Schriften S.-S.s erkannt (Vgl. Kapital III/2, 144). Er beschäftigte sich in den 60er Jahren eingehend mit der Geschichte des Crédit Mobilier und wurde dadurch vermutlich auch zu einem genaueren Studium jener Schriften S.-S.s angeregt, soweit sie damals erreichbar waren. Darin aber tut er an jener Stelle S.-S. unrecht, daß er behauptet, dieser sei erst im „Neuen Christentum" als Wortführer der arbeitenden Klasse hervorgetreten. Vielmehr zieht sich gerade der Gedanke, daß das industrielle System besonders der Arbeiterschaft zum Segen gereichen werde, durch alle Schriften seiner reifen Zeit. Vgl. besonders Oeuvres, XXI, 107, 167, 171; XXII, 81, 241; XXXIX, 56, 85 usw.

Hat nun S.-S. tatsächlich, wie MUCKLE wiederholt mit größtem Nachdruck behauptet, die materialistische Geschichtsauffassung vorweggenommen? S.-S. hat in Übereinstimmung mit den späteren Lehren MARX' erklärt: Daß auch das soziale Geschehen durchweg gesetzmäßig vorläuft, daß die Geschichte nicht durch eine außerweltliche Macht, sondern durch die Menschen selbst bestimmt wird, jedoch nicht nach deren freiem Belieben, sondern nach Entwicklungsgesetzen, die die Geschicke und damit die Ideologie der Klassen der Gesellschaft beherrschen, daß es die Aufgabe des sozialen Forschers ist, diesen Gesetzen nachzuspüren, so daß wir, um S.-S.s Worte nochmals zu zitieren, imstande sind, ihnen mit dem Bewußtsein des Ursächlichen zu folgen, indem wir uns Rechenschaft ablegen über den Weg, den sie uns vorschreiben, statt uns blind von ihnen treiben zu lassen", daß daher der Theoretiker die zur Herrschaft bestimmte Klasse über ihre wahren Interessen aufzuklären, die alten Ideolgien zu überwinden und die geistigen Waffen zu bereiten hat, die im Entscheidungskampfe zu führen sind.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Übereinstimmung sehr weit geht, daß insbesonders alle wichtigen Bestandstücke der Auffassung S.-S.s mit denen MARX' identisch sind; andererseits aber zeigt sich zugleich, daß gerade ein Moment der Auffassung S.-S.s fehlt, das für MARX das Entscheidende wurde, das wirtschaftliche. Allerdings behauptet MUCKLE ebenso und mit denselben Argumenten wie vorher schon PAUL LOUIS:[1]) S.-S. habe Ansätze zu einer ökonomischen Geschichtsauffassung gezeigt, indem er die Gesetze über das Eigentum als jeweilige Grundlage der Gesellschaft angesehen habe. Betrachtet man aber die zum Beweise angeführten Stellen im Zusammenhang, so zeigt sich sofort, daß sie eine ganz andere Bedeutung haben. So schreibt S.-S. z. B. im Prospekt zum letzten Heft von „L' Industrie"[2]): „Das Gesetz, welches das Eigentum konstituiert, ist das wichtigste von allen; es dient als Grundlage des sozialen Gebäudes." Sofort aber folgt der Satz: „Das Eigentum muß in der Weise konstituiert werden, daß der Besitzer angeregt wird, es möglichst produktiv zu gestalten". MUCKLE zitiert den ersten Satz[3]), übersieht aber den Zusammenhang mit dem zweiten, der zeigt, daß S.-S. sagen will, bei der Neuregelung der Gesellschaftsform komme es in erster Linie auf die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse an, ein Gedanke, der mit der ökonomischen Geschichtsauffassung nicht viel zu tun hat. Die anderen beigebrachten Zitate sind ganz analog: überall zeigt sich, daß S.-S. die Frage im teleologischen und nicht im kausalen Sinne stellt und beantwortet.

Auf der anderen Seite glaubt MUCKLE wieder, daß S.-S.s „ideologische" Geschichtsbetrachtung seiner „materialistischen" widerspreche. Er verwechselt aber dabei zwei Dinge, die wohl zu scheiden sind. Daß die Menschen denken und sich von ihren Gedanken bestimmen lassen, leugnet auch die materialistische Geschichtsauffassung durchaus nicht, wenn ihr das auch oft imputiert wird. Die Divergenz entsteht bei der Frage, wodurch jene Gedanken maßgebend be-

1) PAUL LOUIS, Les Étapes du Socialisme. Paris 1903, S. 31. 2) Oeuvres (RODRIGUES). I, 248. 3) MUCKLE S. 150; ebenso dessen Geschichte der sozialistischen Ideen (1909). II, 46.

stimmt werden. Die ideologische Geschichtssauffassung nimmt an, es seien logische Argumente, die den fremden Willen lenken; die materialistische geht dahin, daß das Denken und Wollen der Menschen durch ihre ökonomische Position, durch die Rolle, die sie im gesellschaftlichen Produktionsprozeß zu spielen haben, bestimmt ist, und daß sie in der Regel nur den Argumenten zugänglich sind, die mit jenen ökonomisch bestimmten Gefühlen und Gedanken verträglich sind. S.-S. war, wie gezeigt, ein entschiedener Anhänger dieser letzteren Betrachtungsweise. Aber er blieb bei der Erkenntnis stehen, daß es die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse in einer bestimmten Zeit ist, die das Denken determiniert. Auf die Untersuchung, wieso es zur Bildung jener Klassen und zu den Machtverschiebungen unter ihnen kommt, ging er nicht systematisch ein; für die theoretische Ökonomie hatte er, wie wir schon gesehen haben, wenig Verständnis. Trotzdem aber ist er praktisch auch hier fast durchwegs konsequent geblieben. Allerdings führt er neben den ökonomischen Faktoren unvermittelt auch kriegerische Ereignisse, wie die Unterwerfung der Gallier durch die Franken, als Bestimmungsgründe für die Klassenschichtung an, ohne diese beiden heterogenen Elemente in ein systematisches Verhältnis zu bringen.

Daneben finden sich freilich auch Stellen, die höchst ideologisch aussehen. So dort, wo S.-S. die große Bedeutung der Reformation Luthers oder der Entdeckung des Kopernikanischen Sonnensystems für die Geschichte der Menschheit hervorhebt. Aber gerade solche Stellen sind oft bei näherem Zusehen höchst lehrreich für das Verständnis von S.-S.s Geschichtsbetrachtung. So bezeichnet dieser z. B. im „Organisateur“[1]) die Reformation ausdrücklich als geistige Begleiterscheinung des Kampfes des Bürgertums gegen den Feudaladel; sie hatte die feudale Ideologie des Katholizismus zu überwinden, während das Bürgertum selbst die materiellen Schlachten zu schlagen hatte. In diesem geistigen Kampf fand das Bürgertum mächtige Hilfen in der Erfindung der Buchdruckerkunst und in der Entdeckung des kopernikanischen Sonnensystems. — Gerade hier sehen wir einen interessanten Versuch, die Bedeutung dieser verschiedenen Entwicklungsfaktoren in ihrem Verhältnis zu einander zu würdigen. Aber systematisch durchgeführt hat S.-S. diese Untersuchung nicht. Hier liegt der Mangel in seinem System, hier war die Lücke, die erst Marx mit seiner ökonomischen Kritik ausfüllte. S.-S. konnte die Fragen, wie die Klassen entstehen, und welche Faktoren ihre Ideologie bestimmen, nicht einheitlich beantworten, er hat sich sie nicht einmal systematisch gestellt.

Allerdings war die Geschlossenheit von S.-S.s Gedankenbau durch sein Verkennen des Klassengegensatzes zwischen Unternehmer und Arbeiter geradezu bedingt. In seinem Todesjahre, 1825, brach die erste jener furchtbaren internationalen Krisen herein, die von da an in ziemlich regelmäßigen Intervallen das Wirtschaftsleben Europas erschüttert haben. 1830 wurde das feudale Joch der Restauration vom Bürgertum mit Hilfe des Proletariats abgeschüttelt 1831 kam es zum ersten rein proletarischen Aufstand in Lyon, und während

1) Oeuvres, XX, 97 ff.

dieser Zeit der beginnenden Herrschaft des industriellen Bürgertums trat ein förmlicher Zusammenbruch der Löhne ein[1]). Unter diesen Verhältnissen war die Illusion von der Identität der Interessen der Unternehmer und Arbeiter, der Glaube, daß die Herrschaft des Bürgertums das Glück des Proletariats verbürge, nicht aufrecht zu erhalten. Nun konnte das Neue Christentum nicht mehr als die Ideologie der Herrschaft des Bürgertums aufgefaßt werden, deren tatsächlicher Betätigung es in jedem Punkte widersprach, sondern nur mehr als der Hinweis auf einen erst künstlich zu verwirklichenden Zukunftsstaat der allgemeinen Harmonie. An den Tatsachen des Kapitalismus zerbrach das Gedankensystem S.-S.s. Die S.-S.isten machten es zur Utopie, und diese ihre Auffassung ist seither die herrschende geblieben. Es ist das große Verdienst MUCKLES, in seinem liebevollen Buch, dessen Lektüre trotz der oft schwerfälligen Ausdrucksweise des Autors ein Genuß ist, diese alte Auffassung erschüttert zu haben, wenn es ihm auch nicht gelungen ist, sie ganz zu überwinden.

Es liegt eine eigentümliche Tragik darin, daß sich als die wahren Verwirklichungen dessen, was S.-S. mit so heißen Sehnen erstrebt hatte, drei historische Erscheinungen zeigten, deren jede er selbst nur als Karikatur seiner Pläne hätte bezeichnen können: Das Bürgerkönigtum, das die Herrschaft der Bankiers und Industriellen verwirklichte, der Crédit Mobilier, der jene internationale planmäßige Ausbreitung des Kapitalismus inszenierte, deren beredter Anwalt S.-S. gewesen war, und der „christliche Sozialismus“[2]), der die im „Neuen Christentum“ ausgesprochenen Ideen, losgelöst von der positiven Grundlage, die sie dort im industriellen System hatten, als reaktionäre Utopie weiterführte.

Die Zeit zwischen 1830 und 1848 ist in Frankreich wie in England ausgefüllt von den ersten, noch dunklen Regungen des proletarischen Klassenkampfes. S.-S., der die Interessen aller Industriellen noch identisch glaubte, konnte an eine friedliche Lösung des sozialen Konfliktes glauben; denn gegenüber der vereinten Macht der Industriellen, die $^{24}/_{25}$ der Nation ausmachen[3]) und, wie S.-S. meinte, mit dem Königtum Hand in Hand vorgehen, wäre natürlich jeder Widerstand der dünnen Feudalschicht vollkommen aussichtslos gewesen. Bei den S.-S.isten, denen sich der Kampf zwischen Kapital und Arbeit als der die Zeit bestimmende aufdrängen mußte, konnte diese friedliche Lösung nur ein utopischer frommer Wunsch bleiben, dessen Erfüllung durch die Tatsachen selbst immer mehr als unmöglich erwiesen wurde. Die Schüsse auf der Croix Rousse bei Lyon haben den S.-S.ismus getötet.

1) Vgl. darüber LOUIS BLANC, Organisation du travail, deutsche Ausg. Berlin 1899, S. 35 ff. 2) S.-S. hat übrigens dessen reaktionäre Tendenz selbt noch ausdrücklich als „im Wesen verfehlt“ verurteilt. Vgl. Oeuvres (RODRIGUES) I, 200. 3) Oeuvres (RODRIGUES) I, 62.

Bebels Memoiren. [1])

Von

Gustav Mayer.

I.

Der Mitschöpfer und erfolgreichste Organisator einer Massenpartei, die Millionen deutscher Staatsbürger beeinflußt, empfand beim Herannahen des biblischen Alters das Bedürfnis, in die Vergangenheit zurückzublicken: auf die unscheinbaren Anfänge einer Bewegung, die ihn als Zweiundzwanzigjährigen in ihre Kreise gezogen hatte, auf deren erst langsamen, dann aber immer schneller sich vollziehenden Aufstieg, an dem er seit fast einem halben Jahrhundert bestimmenden Anteil nimmt.

Erinnerungen wollte B. schreiben. Aber er gönnte sich nicht die Muße, die dazu gehört, um sich in die Stimmung entschwundener Zeiten zurück zu versetzen. Noch immer hält seine Kämpfernatur ihn in der vordersten Schlachtreihe, während die Gedankenbilder sich doch erst recht abklären, wenn man als nicht mehr unmittelbar Beteiligter den Geist der Vergangenheit zuwendet! Da aber Beschaulichkeit nicht im Wesen dieses Mannes liegt, dessen Persönlichkeit längst restlos in die Sache aufgegangen ist, der seine Lebenskraft gehört, so griff er, der vielbeschäftigte Politiker, in den knappen Tagesstunden, die er sich für die Abfassung der Memoiren absparen mochte, auf die Briefe und Urkunden zurück, die er zu allen Zeiten seiner Laufbahn fleißig gesammelt hatte Da ereignete sich denn, was unter solchen Umständen leicht zu befürchten war: er gelangte nicht dahin, frei mit dem Stoff zu schalten; und die Ansätze, die er nahm, ihn persönlich zu färben, erlagen der Fülle des exakten Materials, dessen grelle, unvertriebene Farbe keine Beschaulichkeit aufkommen läßt. Aber der bleibt im Nachteil, der Memoiren abfassen will und Geschichte schreibt; zumal wenn es einem Manne begegnet, der bloß über solche Eigenschaften verfügt, die dem Antipoden des Historikers zukommen!

Unter den geschichtlichen Führern der deutschen Sozialdemokratie ist B der einzige, der jene kritische Zucht, die akademische Bildung nun doch einmal verleiht, niemals kennen gelernt hat. Was seines Wesens Inhalt ist und was er als geistige Persönlichkeit bedeutet, verdankt er ausschließlich einem not-

1) August Bebel: Aus meinem Leben I. Teil VIII — 221 S. Stuttgart Dietz 1910. (II. durchges. Aufl. VIII — 236 S. 1911); II. Teil VIII — 421 S. ebenda 1911.

gedrungen unsystematischen Privatstudium, für das besonders im Gefängnis und auf der Festung dem Vielbeschäftigten die Muße zuteil wurde. MARX, ENGELS, LASSALLE waren hervorragende Männer der Wissenschaft, und auch SCHWEITZER und LIEBKNECHT hatten von der Alma mater gelernt. Sie alle trennte intellektuell eine tiefe Kluft von jenem Proletariat, dessen Sache sie führten. Zwischen B. und der geistigen Elite der Arbeiterschaft bestand in Hinsicht auf methodologisch-kritische Schulung bloß ein gradueller Unterschied; seine Begabung, nicht sein Bildungsgang hob ihn über die andern hinaus. Diese größere Verwandtschaft in der intellektuellen Formation bedeutete für seine politische Laufbahn eher eine Quelle der Kraft und des Erfolges. Bei der Abfassung seiner Memoiren freilich wäre B. besser beraten gewesen, wenn er von der Schule oder der Universität her einen tieferen Einblick in das Wesen der Geschichtsschreibung besessen hätte. Der dieses Urteil ausspricht, will damit keineswegs einen Dithyrambus auf fachmännische Geschicklichkeit anstimmen. Aber es erfreut nicht, wenn man sieht, daß dieser hervorragende Politiker, der aus eigenem Erleben viel Wissenswertes und wohl auch Beherzigenswertes mitteilen könnte, statt zu sprechen, wie er heute zurückblickend denkt, vor seinen Lesern vielfach nur Material ausbreitet, das ein Unbeteiligter mindestens ebenso gut verarbeitet hätte. Wenn es B. wirklich vorgeschwebt hat, seiner Schrift den Charakter einer Geschichtsdarstellung zu geben, so ist ihm dieses nicht gelungen. Ja, weite Teile des Werkes sind nicht einmal über das Puppenstadium regestenhaft aneinandergereihter Annalen hinausgelangt.

Freilich weiß ich wohl, was B. erwidern könnte. Nicht für zünftige Historiker oder für Liebhaber spannender Memoirenliteratur habe er sein Werk niedergeschrieben, nicht für sie würde er sich dieser immerhin mühevollen Aufgabe unterzogen haben, sondern der Arbeiterklasse, der sein Herz gehört, wollte er ein Geschenk darbringen. Wie all sein übriges Wirken sollten auch seine Lebenserinnerungen dem Ideal dienen, für dessen Sieg noch heute der Siebenzigjährige unermüdlich kämpft. Sie sollen den schlichten Arbeiter mit der Geschichte der Sozialdemokratie vertraut machen und für ihn, dem andere Quellen fehlen, druckt B. auch die unzähligen Resolutionen und Reden ab, mit denen wir anderen die Darstellung ungern belastet sehen. Torheit wäre es, mit einem Mann wie B. über die Aufgabe rechten zu wollen, die er sich mit seinen Erinnerungen gesteckt hat. Einem jeden steht es frei, das Publikum zu wählen, für das er schreiben will, und auch in dem jetzigen Gewand werden diese Aufzeichnungen einen so andächtigen und dankbaren Leserkreis finden, wie nicht viele andere Memoiren der Weltliteratur. Dem Wissenschaftler freilich bleibt das Recht vorbehalten, die bisher vorliegenden beiden Bände, denen ein abschließender dritter erst in einiger Zeit folgen soll, nüchterner einzuschätzen.

II.

Wären LASSALLE oder SCHWEITZER in jenes Alter gekommen, wo nach einem wirkensreichen Leben an den Parteiführer der Wunsch herantritt, die Vergangenheit, die er mitschuf, einer jungen Generation von Genossen zu deuten, sie hätten kein Bedenken getragen, ihre schillernde Persönlichkeit in

den Mittelpunkt der Ereignisse zu stellen und die gewaltigen Erfolge der Partei in reichem Maße ihrem persönlichen Verdienst zuzuschreiben. Bescheidener, aber mehr in Übereinstimmung mit der Geschichtsauffassung der Partei urteilt der Überwinder der durch jene beiden Namen gekennzeichneten cäsaristischen Richtung in der Sozialdemokratie über die Leistungsmöglichkeit der Führerschaft, wie überhaupt über die Wirksamkeit prominenter Persönlichkeiten im historischen Leben. Dem Leser seiner Erinnerungen zeigt sich dies besonders deutlich an einer jener nicht häufigen Stellen, wo des Verf. individuelle Lebensauffassung klarer durchschimmert. Dort erklärt B., daß er blutwenig von dem Satze halte, der Mensch sei der Schmied seines Glückes. Nach seiner Meinung folgen wir stets nur den Umständen und Verhältnissen, die uns umgeben und uns zu unserm Handeln nötigen. Mit der Freiheit des Handelns sei es deshalb auch windig bestellt. Der self made man existiere nur in sehr bedingtem Maße: „Hundert andere, die weit ausgezeichnetere Eigenschaften haben als der eine, der obenauf gekommen ist, bleiben im verborgenen, leben und gehen zugrunde, weil ungünstige Umstände ihr Emporkommen, d. h. die richtige Anwendung und Ausnutzung ihrer persönlichen Eigenschaften verhinderten. Die ‚glücklichen Umstände' geben erst dem einzelnen den richtigen Platz im Leben . . . Sind aber die Umstände günstig, muß allerdings die nötige Anpassungsfähigkeit vorhanden sein, sie auszunutzen. Das kann man als das persönliche Verdienst des einzelnen ansehen". Diese höchst demokratische Maxime wendet B. auch auf sein eigenes Leben an, und so ist es ihm nur ein glücklicher Zufall, der über seine Zukunft entschied und den Handwerksgesellen auf seiner Walze, deren Beschreibung ein kulturgeschichtlich überaus reizvolles Kapitel füllt, im Mai 1860 in Leipzig landen läßt, just im Mittelpunkt der nach zwölfjährigem Schlummer eben wieder erwachenden Arbeiterbewegung.

Bei seinem Eintreffen in Sachsen hatte der junge Drechsler noch niemals einer politischen Versammlung beigewohnt. Wie er aber hier in die Zeitkämpfe hineingerissen wurde, wie er, anfangs ein gläubiger Anhänger von Schulze-Delitzsch, den Weitlingianern Vahlteich und Fritzsche die Gefolgschaft verweigerte, als sie die Arbeiterbewegung aus dem Gehege zahmer Bildungsbestrebungen auf das Feld radikaler Politik hinübertrieben, seine Gegnerschaft gegen Lassalle und seine Beziehungen zum Nationalverein — von allen diesen Dingen handelte B. schon früher einmal in seinem recht gelungenen Essai: „Aus dem Anfang der Arbeiterbewegung". Was man für seine politische Frühzeit von den Lebenserinnerungen erhoffen mußte, das waren Aufschlüsse über die psychologische Entwicklung seiner politischen Denkweise bis zu ihrer Fixierung unter dem Einfluß von Lassalle und Liebknecht. Doch B. ist einmal keine Bekennernatur; nicht der eigne Werdegang, sondern jener der Partei hat für ihn wirkliche Bedeutung. So erhalten wir auch jetzt keine intimen Aufschlüsse darüber, weshalb er einige Jahre später zur Sozialdemokratie kam als jene Leipziger Arbeiter, die Lassalles Aktion in Bewegung setzten. Immerhin hat die in diesen Memoiren herrschende Atmosphärelosigkeit wenigstens das Gute, daß der beigebrachte Stoff

nirgends verschleiert wird; alle Umrisse, alle Einzelheiten bleiben deutlich erkennbar, und so vermag sich der Historiker aus ihnen doch manches zusammenzudeuten.

Politische Erwägungen mochten im Vordergrunde stehen, wenn es B., ebenso wie manchem anderen Demokraten, anfänglich nicht ratsam erschien, durch die Aufstellung besonderer Arbeiterforderungen die Einigkeit der preußischen Opposition in ihrem schweren Verfassungskampf zu gefährden. Daneben stand bei ihm aber noch ein anderes. Versetzt man sich in die Seele des zweiundzwanzigjährigen Handwerkers, so bemerkt man, daß der Leipziger Arbeiterbildungsverein, in dessen Kursen er eben Buchhaltung und Stenographie erlernte, ihm um jene Zeit für seine persönliche Ausbildung noch etwas zu bieten vermochte. Seine eigene Erfahrung mußte VAHLTEICH und FRITZSCHE widersprechen, als diese jetzt mit unverkennbarem Hochmut die Unterrichtszwecke zurück in die Schule und aus einem Verein für Erwachsene heraus verwiesen. B.s persönlicher Entwicklungsgang läßt sich als typisch auffassen für die Elite der deutschen Arbeiter jener Zeit. Sein ungebrochener Instinkt bemerkte richtig, daß seine innerlichen Bedürfnisse der Entwicklungsstufe der Klasse, der er sich zugehörig fühlte, entsprachen. Er empfand sich 1862 als noch nicht reif genug, einer Bewegung zu folgen, die das Bildungsbedürfnis der Arbeiterklasse zurücktreten ließ hinter Bestrebungen die unmittelbar auf die Erringung politischer Macht abzielten. Deshalb führte ihn auch das Jahr 1863 in den Verband der Arbeitervereine hinein, statt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, so brachte es ihn in die Gesellschaft SONNEMANNS, FRIEDRICH ALBERT LANGES und BÜCHNERS, statt in die Gesellschaft LASSALLES.

Über den Einfluß, den zwei Jahre später die Verbindung mit LIEBKNECHT auf B. ausübte, über seine entschiedene Parteinahme gegen Preußen in der deutschen Krisis und über die Stellung, die ihm in der Volkspartei zuteil wurde, bis er sich 1870 endgültig von ihr lossagte, habe ich mich in meinen Schriften „Schweitzer und die Sozialdemokratie" (Jena 1909) und „Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie (in dieser Zeitschrift II, 1,67)[1]) ausführlich verbreitet. In bezug auf diese Dinge bleibt mir nur festzustellen, daß B.s Darlegungen mit den meinigen im einzelnen wie im allgemeinen übereinstimmen.

III.

Anders verhält es sich mit dem Problem „Schweitzer". Hier besteht zwischen unseren Auffassungen eine Kluft, die nicht zu überbrücken ist So schwer es mir fällt, in einer Frage noch einmal das Wort zu ergreifen, die ich erschöpfend behandelt zu haben glaubte, so sehe ich mich doch dazu gezwungen, um so mehr als eine Reihe von Tageszeitungen, ohne durch Sachkenntnis belastet zu sein, die Beweisführung B.s für unwiderleglich erklärt hat.

1) Auch als S.-A. Leipzig 1911 erschienen.

Man kann sagen, daß es gegenwärtig drei Auffassungen SCHWEITZERS gibt, deren jede sich aus der Zeit, in der sie sich bildete, erklären läßt. Noch heute wie vor 45 Jahren hält B. den gefährlichsten Gegner, den er in seinem Leben zu bekämpfen hatte, für ein von BISMARCK bestochenes Subjekt, das die sozialdemokratische Bewegung mit unehrlichen Mitteln niederzuhalten suchte. Ihm gegenüber steht MEHRING, der Parteihistoriograph, der als der erste SCHWEITZER in die ihm auch nach meiner Auffassung gebührende historische Stellung einsetzte, wobei er dartat, daß B. und LIEBKNECHT für die schweren Beschuldigungen, die sie gegen den Rivalen bei Lebzeiten wie nach seinem Tode erhoben, stichhaltige Beweise niemals beigebracht hätten. Da aber MEHRING in Ermangelung ausreichenden Materials allein der Politiker SCHWEITZER und auch dieser nur seit seinem Eintreten in die Arbeiterbewegung bekannt war, so traf ihn das Apologetenschicksal, daß er zugleich mit dem entstellenden Firniß auch berechtigte Schatten von dem historischen Porträt herunterkratzte. So kommt in seiner Darstellung nicht hinreichend zum Bewußtsein, daß neben den von ihm mit anerkennenswerter Sachlichkeit geschilderten politischen Gegensätzen doch auch Mängel in SCHWEITZERS Charakter dazu beitrugen, daß seine Feinde für seine politische Handlungsweise immer wieder unwahre und schimpfliche Beweggründe suchten. Zuletzt wurde der heißumstrittene Prozeß SCHWEITZERS von mir nachgeprüft, und da glückliche Funde seine Jugendgeschichte rekonstruieren halfen, so wurde es nun erst möglich, diesen überaus komplizierten Charakter psychologisch zu erfassen. Da zeigte sich's, daß MEHRINGS Auffassung nach Wiedereinfügung der von ihm herausgewischten Schatten im wesentlichen die richtige war. Aber nun erklärte sich auch deutlicher, wie die Ansicht B.s und LIEBKNECHTS sich bilden nud Glauben finden konnte.

Der zweite Band der vorliegenden Erinnerungen behandelt auf mehr als 130 Seiten „Die Periode des Herrn von SCHWEITZER in der proletarischen Arbeiterbewegung". B. benutzt das von mir beigebrachte neue Material und verweist auch einige Male ausdrücklich auf meine Schrift. Aber an seinem Urteil über SCHWEITZERS politischen Charakter, das sich bei ihm in acht Jahren unerhört erbitterter Kämpfe gebildet und seit mehr als einem Menschenalter fest krystallisiert hatte, ist meine Analyse, wie ich erwarten mußte, spurlos vorübergegangen, Für ihn unterliegt es noch heute „nicht dem geringsten Zweifel", daß der Rivale, im Kampfe gegen den er „ein gut Teil seiner besten Kräfte" (II 313) aufgebraucht hat, ein Bismarckscher Spitzel gewesen ist. „Der eigentliche Zweck seiner Tätigkeit war, eine der Regierung politisch gefügige Arbeiterbewegung zu schaffen. Daß man die Summen nicht kennt, die er für seine Rolle bezog, beweist nichts . . . Gegen seine Bestechung spricht auch nicht, daß er beständig und bis an sein Lebensende sich mit Gläubigern herumschlagen mußte. In der ersten Zeit des Bismarckschen Preußens waren die Summen nicht allzu hoch, die man für Dienste zahlte, wie SCHWEITZER sie leistete" (sic!).

Gegen einen Politiker läßt sich keine schwerere Beschuldigung erheben als diese, und dennoch bleibt B. heute wie vor vierzig Jahren den ernsthaften

Beweis für sie schuldig. Er bleibt ihn schuldig, obgleich er schon damals seine Anhänger in Versammlungen aufforderte, SCHWEITZER mit Spionen zu umgeben, welche die Blößen seines öffentlichen und privaten Lebens erspähen sollten; und auch seither hat er sicherlich alles aufgeboten, um dem Anklagematerial, das er in seinen Erinnerungen niederlegen wollte, eine erdrückende Beweiskraft zu verleihen. Als wie schwankende Gestalten aber erweisen sich die Gründe, die der Kläger als Belege für seine These an unserem kritischen Auge vorüberziehen läßt! Meist sind es alte Ladenhüter, mit denen ich durch meine Biographie SCHWEITZERS endgültig aufgeräumt zu haben hoffte! Da treffen wir wieder den Stammgast bei Kroll und den Verehrer der Demimonde, die Champagnergelage und die Equipage mit galoniertem Diener, kurz den „Lebemann ersten Ranges", der dreimal so viel Geld ausgab, als er bezog, und der dieses Geld natürlich von niemand anders erhalten haben konnte als von einer Regierung, die „nicht allzu hohe Summen für Dienste zahlte wie SCHWEITZER sie leistete."!! Da hören wir wieder von der rücksichtsvollen Behandlung, deren der Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sich im Gefängnis erfreute, und von dem banalen Gespräch, das eines Tages im Couloir des Reichstages ein Preußischer Prinz, der diesem Hause ebenfalls angehörte, mit ihm führte. Der völlig kritiklose und in bezug auf SCHWEITZER gänzlich unglaubwürdige TOELCKE wird als Kronzeuge vorgeführt, und die Freilassung aus dem Gefängnis im Mai 1866 muß zu übertriebenen Folgerungen herhalten. Auch ungehörige Beziehungen zum Berliner Polizeipräsidium sagt B. SCHWEITZER nach, obgleich ich die Unrichtigkeit gerade dieser Beschuldigung mit Bestimmtheit behaupten kann, da ich die betreffenden Akten einsehen durfte. Die Gründe für diese mir erwiesene Gefälligkeit legt B. auf eine gar naive Weise aus, wobei er sein eigenes Interesse für SCHWEITZER mit dem eines Beamten verwechselt, der offenbar bis dahin nicht einmal dessen Namen kannte. Übrigens möchte ich ihm als einen unbekannten Beweis für SCHWEITZERS Schuld noch verraten, daß dieser im Jahre 1870 oder 71 mit einem badischen Diplomaten, der zufällig sein Vetter war, bei Borchardt in der Französischen Straße eines Abends Austern geschlemmt hat!

Diese ganze Kategorie von Beschuldigungen verflüchtigt sich alsbald, wenn man den, der sie erhebt und den, welchen sie vernichten sollen, einmal psychologisch ins Auge faßt. B.s persönliches Erleben wurde von der politischen Mission, die ihn besessen hält, frühzeitig aufgesogen. Zwischen ihm und der Partei hat — wie BERNSTEIN es ausdrückt — niemals „eine seelische Distanz" bestanden. Seine sittlichen Anschauungen wurzeln im Boden eines tüchtigen Kleinbürgertums, und nur schwach entwickelt ist in ihm jener mehr künstlerische Zug, mit Hilfe dessen der Mensch auch ihm wesensfremde Mitmenschen in ihrer Besonderheit und biographischen Berechtigung zu begreifen vermag. Von hoher und unantastbarer Solidität im persönlichen wie im geschäftlichen Leben, beglückt durch die treue Kameradschaft einer ihm innerlich nahestehenden Gattin, besaß er zu allen Zeiten ein fast pittoreskes Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit jedes Politikers, der kein geregeltes Familienleben führte

und in dessen Kassenverhältnissen keine peinliche Ordnung herrschte. Solchem „Sybariten“ bereitet es nach seiner Meinung keine großen Gewissenskrupel, „seine Grundsätze zu opfern, sobald er seine lebemännischen Bedürfnisse durch die Vertretung seiner Grundsätze nicht mehr befriedigen“ kann. Mit solchen Worten (II 104) zielt nun B. nicht etwa auf SCHWEITZER, sondern auf einen anderen Gegner, mit dem er die Klinge gekreuzt hat, auf den großdeutschen Sozialistentöter FRESE, gegen den seine Erstlingsbroschüre „Unsere Ziele“ gerichtet ist. — August B. war eben Zeit seines Lebens ein guter Hasser. „Mit seinem Hasse hat er mir immer imponiert,“ bemerkt er dort, wo er von BISMARCK spricht!

Nun konnte einem so gearteten Charakter kaum eine unsympatischere Persönlichkeit begegnen als JOHANN BAPTIST VON SCHWEITZER, dieser deklassierte Patriziersohn, der wegen eines Sittlichkeitsdelikts im Gefängnis gesessen hatte, der immer tief in Schulden steckte und doch von der Lebenshaltung des Standes, in dem er wurzelte, nicht lassen konnte. Und dieser Mensch, der nicht einmal die ihm von früher her verbliebenen privaten Beziehungen zu Personen aus anderen sozialen Sphären gänzlich aufgab, wollte als Diktator über die deutschen Arbeiter herrschen, forderte von seiner Gefolgschaft blindes Vertrauen, gab sich für den providentiellen Mann aus, dessen hohen Fähigkeiten allein das deutsche Proletariat seine Befreiung danken sollte! B. übersah keineswegs die intellektuelle Befähigung SCHWEITZERS für die Rolle, die er sich anmaßte, und auch heute erkennt er ohne Einschränkung an, daß jener der erste Führer der Partei bis an sein Lebensende hätte bleiben müssen, wenn es ihm nicht an „Selbstlosigkeit, Ehrlichkeit und voller Hingabe an die zu vertretende Sache“ gefehlt hätte. Im Besitze dieser Eigenschaften wäre er unter den damaligen Verhältnissen der gegebene Mann gewesen! Jedoch eine Partei sei nicht der Führer, sondern die Führer der Partei wegen da! SCHWEITZER hätte es nicht genügt, der erste Vertrauensmann der Arbeiterklasse zu sein, der erwählte Verfechter ihrer Forderungen und der Dolmetsch ihrer Sehnsucht! Die unbeschränkte Herrschaft über die Bewegung habe er angestrebt, und getrieben habe ihn dazu, daß er zu ihr kein inneres Verhältnis besaß und sie immer nur als das Fußgestell ansah, auf dem er selbst zu politischer Macht emporsteigen wollte!

Mit Betrachtungen dieser Art gelangt B. aus der Sphäre seiner verunglückten direkten Beweise für SCHWEITZERS Verräterei zu Anklagen von mehr psychologischer Natur, die sich auf die ethische Unzulänglichkeit des Gegners stützen. Aber gerade weil ich in der psychologischen Bewertung dieses Charakters vielfach mit B. übereinstimme, muß ich genau die Grenze präzisieren, an der unsere Auffassungen sich völlig trennen. Auch ich habe ausgesprochen, daß SCHWEITZER als ethische Persönlichkeit nicht ausreichte für die große Mission, die er sich angemaßt hatte, und daß er in dieser Hinsicht vor dem Richterstuhl der Geschichte nicht bestehen könne, die von einem Arbeiterführer fordern müsse, daß er sein Wohl, sein Glück, sein Leben und, wenn es not täte, selbst seinen Ehrgeiz der heiligen Sache zum Opfer brächte. Auch habe ich mich nicht gescheut, auszusprechen, daß die

Macht, die SCHWEITZERS Leben bestimmend formte „von Tatendrang und Genußsucht geschwellt ein von keinem kategorischen Imperativ im Zaum gehaltener Ehrgeiz“ gewesen ist. Aber seine historische Schuld hat SCHWEITZER schon bei Lebzeiten gebüßt, als die Bewegung die seinen glänzenden Fähigkeiten Bleibendes verdankt, ihn einem verbrauchten Werkzeuge gleich von sich stieß. Hybris brachte ihn zu Fall; die Herrschsucht, die dieses für geschichtliche Notwendigkeiten sonst so klare Auge blendete, ließ ihn nicht erkennen, daß die Sozialdemokratie unter seiner Führerschaft dem Stadium entwachsen war, in welchem ein einzelner noch so überlegener Politiker sie hätte gängeln kennen. Um sich im Besitz der Macht zu erhalten, hat SCHWEIZER, als es mit seiner Diktatur bergab ging, Schritte getan, welche die Kluft zwischen der preußischen und außerpreußischen Sozialdemokratie, deren Überbrückung ihm Pflicht gewesen wäre, vertiefen mußten. Und auch schon vorher ist er in der Wahl der Mittel, die seine politischen Zwecke fördern sollten, oftmals nicht wählerisch gewesen!

Aber besteht nicht ein himmelweiter Unterschied zwischen ehrgeiziger Herrsucht und gemeiner Verräterei? Will man einem Manne von so hoher Intellektualität, einem politischen Kopfe ersten Ranges ohne Beweise zutrauen, daß er die geistigen Kräfte seiner besten Jahre einer weltgeschichtlichen Bewegung widmete, die er im geheimen, um weniger Silberlinge willen, dadurch am Fortschreiten hinderte, daß er sie bewußt hemmte und schädigte? Stände es so, wir befänden uns vor einer psychologischen Anomalie! Die zerrütteten Familienverhältnisse, aus denen er herkam, die chronische Finanznot, die ihn durch sein ganzes Leben verfolgte, mögen ihn in Geldfragen zu Gewohnheiten getrieben haben, die eine streng bürgerliche Nachprüfung für recht weitherzig erachten muß. Schätze hat er trotzdem niemals gesammelt. Und obgleich seine Theaterstücke ihm nach seinem Rücktritt von der Politik viel Geld einbrachten, hat dieses doch nicht hingereicht, um die alten Schulden zu decken und seine Witwe vor dem Verhungern zu bewahren. Der Historiker vollends würde seine Pflicht verletzen, wollte er auf der einen Seite die geschäftliche Laxheit des verarmten Adligen aufbauschen, ohne gleichzeitig hervorzuheben, daß in diesem ungewöhnlichen Manne eine ehrliche Hochschätzung für alle bedeutenden Leistungen im Reiche des Geistes lebendig war. Diese ließ ihn auch vor der eignen Begabung Respekt empfinden und hätte ihm niemals gestattet, sie zu feilen Dirnendiensten zu erniedrigen! Gleich MEHRING und BERNSTEIN bin ich der Ansicht, daß B. auch in seinen Erinnerungen den Beweis für SCHWEITZERS politische Unehrlichkeit nicht erbracht hat. —

IV.

Sehr viel wertvolles Material für einen Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie wurde ihren Parteigängern unter dem Sozialistengesetz von untergeordneten Polizeiorganen fortgeschleppt und niemals zurückgestellt. Aus den Tiefen der Archive der Polizeipräsidien sind diese Dokumente bisher nicht wieder aufgetaucht. B.s vorsorglicher Art ist es gelungen, trotz zahlloser Haussuchungen seine Brief- und Dokumentensammlung in ihren wertvollsten

Bestandteilen vor der Konfiskation zu schützen. So vermag er uns jetzt manches unbekannte Schriftstück vorzuweisen, das über einzelne Fragen der Parteigeschichte ein aufklärendes Licht verbreitet. Dies gilt z. B. von den Vorgängen im Ausschuß des Vereinstages Deutscher Arbeitervereine, dessen Archiv B., als der letzte Vorsitzende des Verbandes, zur Aufbewahrung erhalten hat. Es gilt ebenfalls von den gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Partei und denen, die zwischen den Führern im Lande und den beiden in England lebenden klassischen Parteihäuptern in den 70er Jahren auftauchten; auch unsere schon ziemlich vollständige Kenntnis der Geschichte der Verschmelzung zwischen den Eisenachern und den Lassalleanern erfährt eine weitere Bereicherung. Dabei läßt sich jedoch nicht sagen, daß die bisher gültige Auffassung der Zusammenhänge in irgend einer Frage wirklich umgestoßen wird. Man wußte z. B. schon, daß MARX und ENGELS der Einigungsaktion von 1875 skeptisch gegenüberstanden und daß LIEBKNECHT dabei die treibende Kraft war. Man kannte MARXens scharfe Kritik des Gothaer Programms, und wichtige Stellen aus LIEBKNECHTS Korrespondenz während dieser für die Partei so bedeutsamen Wochen wurden in meinem „Schweitzer“ mitgeteilt. Jetzt lernen wir auch die Briefe kennen, die B. und ENGELS bei diesem Anlaß mit einander wechselten. ENGELS dachte genau wie MARX und klagte über das „kaudinische Joch“, unter dem die Partei „zum größten Ruhme des heiligen LASSALLE“ durchgekrochen wäre. Bekanntlich hatte seine lange Haft B. an einer aktiven Teilnahme bei den Verhandlungen mit den Lassalleanern verhindert. Nach seiner Freilassung tadelte auch er ENGELS gegenüber LIEBKNECHTS zu weitgehende Nachgiebigkeit. Vielleicht aber zeigte er sich hierbei der theoretischen Kapazität der Partei gegenüber noch ungehaltener, als er in Wirklichkeit war. Denn im Grunde begriff er zu gut die großen Vorteile des Einigungswerks und billigte den Optimismus LIEBKNECHTS, den die Zukunft bestätigen sollte. Auch B. erkannte, daß die Marxisten über die Lassalleaner siegen mußten, sobald deren straff zentralistische Organisation einmal zerstört war.

Für ihn und LIEBKNECHT war es übrigens kein leichtes Stück, wie er hinterher jetzt selbst leise seufzend zugesteht, mit den beiden Alten in London fertig zu werden. Daß die jahrzehntelange Abwesenheit von Deutschland es MARX und ENGELS häufig erschwerte, die heimischen Verhältnisse richtig zu beurteilen, was SCHWEITZER schon 1865 behauptet hatte, will B. jedoch nicht recht wahr haben, obgleich er dem alten JOHANN PHILLIP BECKER gegenüber, der ebenso lange im Exil gelebt hat, diesen Umstand zur Geltung bringt. Wohl aber gibt auch er zu, daß das Mißtrauen, das MARX und ENGELS gegen „alles Lassallesche“ hegten, nicht von Übertreibung frei war.

Es nimmt nicht Wunder, und man wußte auch schon, daß zwischen den beiden anerkannten Führern der Sozialdemokratie im neuen Reich zeitweise Meinungsverschiedenheiten vorkamen. Der Achtundvierziger LIEBKNECHT ließ sich durch demokratische Fanfaren leichter entflammen, als sein in der Reaktionszeit aufgewachsener Genosse, der überhaupt nüchterner veranlagt war. B. teilte weder die Verhimmelung des österreichischen Bürgerministeriums, zu der sein Preußenhaß LIEBKNECHT nach 1866 hinriß, noch dessen Freu-

dentränen, als den Franzosen ihre dritte Republik beschert wurde. In der Beurteilung der parlamentarischen Wirksamkeit der Sozialdemokratie stimmte B. sogar mehr als mit LIEBKNECHTS parlamentsfeindlichem Radikalismus mit SCHWEITZER überein. Wo es am Platze war, wollte er wohl „protestieren und negieren", gleichzeitig aber auch zu anderen Zeiten durch positive Anträge zeigen, wie er sich die Gestaltung der Dinge dachte. Das tat er schon 1868 bei der Beratung der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund. Bei allem Radikalismus besaß B. nämlich immer auch eine tüchtige Portion von common sense und sah ein, daß man im politischen Leben nicht mit dem Kopfe durch die Wand geht.

Der dritte und letzte Band der „Erinnerungen" soll die Zeit behandeln, in der das verhängnisvolle Ausnahmegesetz die deutsche Sozialdemokratie in eine unterirdische Betätigung hineinzwängte. Um so eher ist anzunehmen, daß B. uns gerade für diese Epoche sehr wertvolles und neues Material schenken wird, als er seinen in dieser „Heroenzeit" der Partei besonders gehaltvollen Briefwechsel mit MARX und ENGELS der Darstellung zugrunde zu legen beabsichtigt. Möge es dem alten Kämpen vergönnt sein, sein Werk zum Abschluß zu bringen![1]

---

1) PS. Im Begriff, diesen Aufsatz dem Druck zu übergeben, erhalte ich B.s polemischen Aufsatz in „Die Neue Zeit" vom 10. November 1911, der sich gegen MEHRINGS und meine Auffassung von SCHWEITZERS politischer Integrität wendet. Wer die vorstehenden Darlegungen gelesen hat, sieht ohne weiteres ein, daß B. völlig im Irrtum ist, wenn er annimmt, ich glaubte nur deshalb an SCHWEITZERS politische Ehrlichkeit, weil er mir „die Zahl der Silberlinge nicht zu bezeichnen" vermöge, „die SCHWEITZER für seine Rolle empfing".

Literaturbericht.

Friedrich Muckle, Die Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert. 2 Bde. (Aus „Natur u. Geisteswelt“, No. 269/270). Leipzig, Teubner 1909. 157 u. 151 S. (à 1 Mk.)

Eine ausgezeichnete Leistung liegt in den zwei kleinen von M. verfaßten Bäden vor: eine knapp gefaßte, im besten Sinn des Wortes populäre und doch streng wissenschaftliche Darstellung der wichtigsten sozialistischen Systeme des 19. Jahrhunderts. Ich wüßte kein Werk zu nennen, welches in so knappem Rahmen eine so reiche Belehrung auf diesem Gebiete gibt. Was der Darstellung der einzelnen Systeme besonderen Reiz verleiht, ist die Schilderung des Milieus, aus dem heraus sie entsanden sind. Die Lebensschicksale der wichtigsten Begründer dieser Systeme werden uns vorgeführt. Die einzelnen Sozialisten treten uns dadurch auch menschlich näher. Der Zusammenhang ihrer Ideen mit den wirtschaftlichen Zuständen ihrer Zeit wird überall in prägnanter Weise klargelegt. — Nicht nur die bekannteren Systeme von Rodbertus, Marx, Saint-Simon usw. sondern auch weniger bekannte Autoren, wie Gray, Hall, Hodgskin werden in ihren wesentlichsten Besonderheiten charakterisiert.

Der Darstellung der einzelnen Systeme schickt M. eine Definition des Sozialismus und seiner Abarten, sowie eine neue Art der Klassifikation der verschiedenen sozialistischen Systeme voraus. Er sagt, daß durch den Sozialismus der kapitalistischen Gesellschaft eine Gesellschaft gegenübergestellt werde, „in der durch eine genossenschaftliche Ordnung der Produktion, durch Beseitigung des Klassencharakters des Staates und durch die Verpflichtung aller zur Arbeit der Ertrag der sozialen Arbeit der Gesamtheit zugute kommt“.

Ich kann mich dieser Definition nicht anschließen und möchte wiederholen, was ich schon öfters betont habe, daß man immer noch am besten zu einer schlüssigen Definition kommt, wenn man als das wesentliche Charakteristikum nimmt die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. M. meint allerdings, mit der Angabe dieses Charakteristikums sei die Eigenart des sozialistischen Gesellschaftssystems nur in einer Hinsicht herausgestellt, nicht aber in allen ihren in die Augen springenden Ausprägungen. Sobald man aber konkrete Einzelziele in die Definition aufnimmt, wie es M. tut, kommt man zu unhaltbaren Sätzen. Denn nach der M.schen Definition würden auch z. B. genossenschaftliche Sozialreformer unter den Sozialismus einzubegreifen sein. Andererseits ist der Zusatz „durch Be-

seitigung des Klassencharakters des Staats" zu sehr zugeschnitten auf die MARX sche Anschauung. Bei Sozialisten wie etwa FICHTE und RODBERTUS wird man nicht sagen können, daß sie von einem Klassencharakter des Systems ausgegangen sind.

M. unterscheidet dann die zwei Hauptarten des Sozialismus. Eine nennt er dann im Anschluß an SOMBART den rationalen, die andere den entwicklungsgeschichtlichen Sozialismus. Rational sei derjenige, der das soziale Endziel als ein eindeutig bestimmtes, der Natur der Dinge entsprechendes auffaßt, der also aus der Vernunft (ratio) heraus deduziert wird; entwicklungsgeschichtlich dagegen derjenige, der nicht von naturrechtlichen Voraussetzungen ausgeht, sondern den Sozialismus als eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit begreift, der also auf nüchterner Ergründung der gesellschaftlichen Lebensvorgänge beruht. — Diese Zweiteilung scheint mir im wesentlichen zweckmäßig zu sein. Es ist durchaus richtig, auf die eine Seite den sogenannten evolutionären Sozialismus zu setzen, der den Sozialismus als ein natürliches Entwicklungsprodukt ansieht, und auf die andere den idealistischen Sozialismus, der ihn auf Grund eines Ideals fordert. M. E. ist der Name idealistischer Sozialismus vorzuziehen vor dem Namen rationaler Sozialismus, weil dieser Name zu leicht die Auffassung aufkommen läßt, die übrigens auch M. vertritt, daß er seine Hauptentstehung aus der Naturrechtsphilosophie, besonders aus der französischen Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts entnimmt. Dies ist jedoch nur eine Wurzel dieses idealistischen Sozialismus, teilweise geht er auch auf die antike Philosophie und teilweise auf religiöse Ideen zurück. Auch scheint mir nicht richtig, wenn M. den entwicklungsgeschichtlichen Sozialismus so weit faßt, daß er darunter alle Sozialisten begreift, die ihre sozialistischen Ideen in mehr oder minder großem Maße mit der ganzen geschichtlichen Entwicklung in Zusammenhang gebracht hat. Er rechnet dahin nicht nur MARX, sondern auch SAINT-SIMON und RODBERTUS. Richtiger ist es, MARX als typischen Vertreter der einen Art dieses evolutionären Sozialismus zu betrachten, deren Charakteristikum die Ablehnung jeder ethischen und idealistischen Begründung des Sozialismus ist. Hierdurch unterscheidet sich aber MARX wesentlich von SAINT-SIMON und RODBERTUS, die richtiger zum idealistischen Sozialismus zu zählen sind. Von der Gruppe MARX und ENGELS würde ich noch eine besondere Gruppe des evolutionären Sozialismus trennen, die im Gegensatz zur materialistischen Geschichtsauffassung sich auf die DARWIN sche Entwicklungslehre (z. B. WOLTMANN) stützt. Auch die Untereinteilung des rationalen Sozialismus in föderalistischen und zentralistischen scheint mir nicht ohne Bedenken zu sein. M. nennt föderalistischen Sozialismus denjenigen, der auf die Gründung von kleinen sozialistischen Gemeinwesen abzielt, zentralistischen den, der umgekehrt durch eine feste zentralistische Organisation der zersplitterten Kräfte ein soziales Gebäude errichten wolle.

Wie schwer es ist, derartige Einzelziele zu Klassifikationsmerkmalen zu machen, ergibt sich, wenn man einzelne Autoren in die beiden Gruppen unter-

bringen will. Zu den Föderalisten rechnet M. Männer wie OWEN und FOURIER, zu den Zentralisten Männer wie BABEUF, CABET und WEITLING. Zweifellos würde aber ein Mann wie CABET auch zu den Föderalisten zu rechnen sein, denn er gerade hat ja besonders die Neugründung von kleinen sozialistischen Gemeinwesen propagiert. Andererseits war bei OWEN die Gründung solcher Gemeinwesen nur eine Phase in einer großen Entwicklung, in der er alle möglichen Gesellschaftspläne entworfen hat. Es würde durchaus vorzuziehen sein, die Frage nach den konkreten Einzelzielen der vielen idealistischen Sozialisten immer von Fall zu Fall zu behandeln. Es ist das schon deswegen rätlicher, weil so viele dieser Sozialisten in bezug auf die praktischen Vorschläge zur Verwirklichung ihrer Ideale oft tiefgreifende Wandlungen durchgemacht haben. Es würde jedoch weit den Rahmen einer Rezension überschreiten, wenn ich auf diese Fragen der Definition und Klassifikation näher eingehen wollte. Gewiß wäre es aber wünschenswert, wenn einmal dieses ganze Problem gründlich untersucht und dadurch doch vielleicht eine größere Einheitlichkeit der Systematik angebahnt würde. Man wird dabei auf die originellen und beachtenswerten Ausführungen von M. sicher zurückgreifen müssen, auch wenn man sie nicht als endgültige Lösung des Problems betrachten kann.

Freiburg i. B. K. DIEHL.

OTTO HUE, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Stuttgart, DIETZ 1910. I. Band, 8°. 455 S. (5 Mk.)

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands hat H. beauftragt, eine Geschichte der Bergarbeiterbewegung zu schreiben. H. begnügte sich aber nicht damit, eine in sich abgeschlossene Verbandsgeschichte zu verfassen, sondern ging ein erkleckliches Stück weiter. Er war der Ansicht, daß es zum Verständnis der Bewegung nötig sei, ein Totalbild von dem Erdenwallen des Bergarbeiters zu geben. Man müsse, sagt er, den Bergarbeiter betrachten in seinen Beziehungen zum Arbeitsplatz und zur zeitweiligen Produktionstechnik. Auch den Wechselwirkungen zwischen Besitz- und Rechtsverhältnissen sah H. sich veranlaßt nachzugehen. So ist ein Buch entstanden, das eine eigenartige Mischung von gelehrter Beschreibung und agitatorischer Beredsamkeit darstellt. Es hat sich ein großes Ziel gesteckt: Die Bergarbeit und die Bergarbeiter sollen in ihrer ganzen Bedeutung historisch erfaßt werden. Und soweit der vorliegende I. Band, der bis zu den Anfängen der kapitalistischen Produktionsweise reicht, zu einem Urteil berechtigt, ist dieses Ziel erreicht worden. H. hat so ziemlich das meiste, was über die Bergarbeiter geschrieben wurde, exzerpiert und zu einem übersichtlichen Ganzen verwebt.

Seine Darstellung beginnt mit einer Beschreibung der ersten Bergbauversuche in vorgeschichtlicher Zeit. Daran schließt sich eine knappe Geschichte des Bergbaues und der Bergarbeiter im Altertum. Wir lernen die Leiden der griechischen und römischen Bergwerkssklaven kennen und auch ihre ohnmächtigen Versuche, sich zu befreien. Dann wird geschildert, wie es

schließlich doch zur Freilassung der Sklaven kann, als einer wohlerwogenen Spekulation der Sklavenbesitzer auf die vermehrte kommerzielle Aktivität der Freigelassenen. Der Geschichte des Altertums folgt die des Mittelalters. Diese ist vorwiegend eine Geschichte der deutschen Bergarbeiter und ungemein breit angelegt. Eine Fülle wertvollen Materials ist da zusammengetragen, um das Leben der mittelalterlichen Bergknappen anschaulich zur Darstellung zu bringen. Bergrechte, Bergfreiheiten, Berggewohnheiten und auch die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bergleute sind recht ausführlich beschrieben. H. versuchte auch die Beziehungen der Bergknappen zu den großen politischen und religiösen Ereignissen ihrer Zeit aufzuhellen, was ihn in vielen Fällen zu sehr beachtenswerten Schlüssen führt. Dann geleitet das Buch zu dem Beginne der Neuzeit. Der Kapitalismus bemächtigt sich des Bergbaues und nun wandelt sich der freie Bergknappe in den gedrückten Lohnarbeiter. „Solange es noch ziemlich leicht möglich war, ohne erhebliche Kapitalanlage in den Besitz einer Zeche oder Hütte zu gelangen und sie zu betreiben, kam es wohl kaum zu der Ausbildung einer von den Gewerken scharf geschiedenen Lohnarbeiterklasse." Dieser Zustand währte aber in den meisten Gegenden Deutschlands nur bis zum Beginne des 17. Jahrhunderts. Von da ab drang die kapitalistische Wirtschaftsweise im Bergbau stets rascher vor und schuf jene traurigen Zustände für die Arbeiter, welche die Frühzeit des Kapitalismus in allen Ländern kennzeichnet.

H.s Buch ist für Arbeiter geschrieben. Das veranlaßt den Verf., oft recht weit auszuholen und Dinge zu erklären, die dem gebildeten Laien ohnehin verständlich sind. Die Lektüre ist deshalb an manchen Stellen etwas langatmig, aber trotzdem nie langweilig. Wer sich für die Geschichte der Arbeiterbewegung interessiert, der wird H.s Buch mit großem Genuß lesen. Ihn wird es auch nicht weiter stören, wenn an einigen Stellen der Agitator den Gelehrten ablöst, denn eine Meinung zu haben, bewahrt oft den Historiker vor dem kritiklosen Versinken in der Fülle des Materials.

Wien. JULIUS DEUTSCH.

Dr. ANTON ACHT, Der moderne französische Syndikalismus. (J. PIERSTORFFS „Abhandlungen d. staatsw. Seminars zu Jena", IX/3.) Jena, Fischer 1911 8°. 185 S. (4,80 M.)

Im Jahre 1909 hat FÉLICIEN CHALLAYE ein (hier, I. 497, von WEILL bereits angezeigtes) vortreffliches Schriftchen „Syndicalisme révolutionnaire et syndicalisme réformiste", veröffentlicht. Es ist ANATOLE FRANCE gewidmet und ist wegen seines durchsichtigen Aufbaues und seiner schönen Form nicht unwert, diesen großen Namen an der Stirn zu tragen. M. E. klärt es am besten über das innerlich vielfach so widerspruchsvolle Wesen des Syndikalismus in seinen beiden Erscheinungsformen auf und vermittelt auch einen kritischen Überblick über die wichtigste in Betracht kommende Literatur über den Gegenstand. Es ist zu bedauern, daß es bisher nicht in deutscher Übersetzung vorliegt. Um so mehr, als uns sonst wohl das ACHTsche Buch erspart geblieben wäre.

Dieses zerfällt in eine Einleitung: Die Entwicklung der sozialen Bewegung in Frankreich (S. 1/6); einen Allgemeinen Teil (S. 7/69), der eine Übersicht über die Literatur des Syndikalismus, eine Wort- und Sacherklärung dieses Ausdruckes, eine Schilderung der geschichtlichen Entwicklung der syndikalistischen Bewegung, der Syndikate und ihrer Organisationen, sowie der Vertreter des Syndikalismus bringen will; einen Besonderen Teil (S. 70/178), in dem nacheinander dargestellt und kritisiert werden sollen: der revolutionäre Syndikalismus (seine Philosophie, sowie seine Grundsätze und Mittel — Klassenkampf, Antietatismus, Antipatriotismus, Antimilitarismus, direkte Aktion durch Streik, Sabotage, Boykott, Label, Generalstreik, Prinzip der Minderheiten und Mythentheorie); der reformistische Syndikalismus (seine Aktion, seine Stellung zur direkten Aktion, besonders zum Streik und Generalstreik, seine Auffassung von Nation und Staat); und das Stärkeverhältnis beider zueinander.

Die Einleitung besteht so gut wie ausschließlich aus Zitaten aus Jaurès (Histoire socialiste I.) und Leroy (Syndicats et services publics).

Die kritische Literaturübersicht wieder ist fast zur Gänze und wörtlich abgeschrieben aus — dem nur nebenbei erwähnten — Challaye (a. a. O. S. 135/54). Wie mechanisch A. dabei verfahren ist, zeigt in drolliger Weise, daß er sogar die Angabe über den — übrigens schon seit Jahren erhöhten — Abonnementspreis von „Le mouvement socialiste" Challaye (a. a. O. S. 140 Anm.) entnommen hat! Aus eigenem hat er nur fälschlich mitzuteilen, daß die Verschmelzung zwischen „La revue syndicaliste" und „La revue socialiste" im Februar 1910 stattgefunden hat, daß die Sammlung syndikalistischer Propagandaschriften „Bibliothèque du mouvement socialiste" nunmehr u. d. T. „Bibl. syndicaliste" (richtig: „Bibl. du mouvem. prolétarien") erscheint u. a. m. Wo ihn Challaye im Stich läßt, hört auch A.s Literaturkenntnis auf. Außer den von Challaye benutzten Schriften weiß er nur einige wenige, meist deutsche Zeitschriftenaufsätze und Büchertitel, zu nennen, während ihm beispielsweise so wichtige Publikationen vollständig unbekannt bleiben wie: die II. Aufl. der „Histoire du mouvement syndical en France" von Paul Louis (1911), sowie dessen Buch: „Le syndicalisme contre l'état" (1910); die feinen „Essais sur le mouvement ouvrier" von Daniel Halévy (1901); Mermeix, „Le syndicalisme contre le socialisme (1908); die gründliche „Histoire du mouvement social en France" von Georges Weill (1900, II. Aufl. 1911); und sogar Karl Diehl, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus (II. Aufl. 1911).

So nimmt es denn nicht Wunder, daß er seine Ausführungen über die geschichtliche Entwicklung der Syndikate und des Syndikalismus ausschließlich aus Seilhacs, „Syndicats ouvriers" usw. (1902) schöpft — soweit diese Quelle zeitlich reicht. Den Versuch, sich über die Verhandlungen auf den Arbeiterkongressen seit 1876 unmittelbar zu unterrichten, hat A. nicht gemacht, und von dem Vorhandensein der beiden Sammelwerke: Seilhac, „Les congrès ouvriers en France de 1876 à 1897" (Paris 1899) und Blum, „Les congrès ouvriers et socialistes français. 1876—1900" (Paris 1901) hat er offenbar keine Ahnung.

Nun liegt allerdings der Hauptnachdruck der A.schen Darstellung auf dem „Besonderen Teil“, in dem er eine — angesichts der „noch recht spärlichen bis jetzt erschienenen Literatur“ um so notwendigere — „Darstellung des modernen französischen Syndikalismus nach den Äußerungen und Schriften der syndikalistischen Schriftsteller geben und durch diese Zusammenfassung, sowie Gegenüberstellung der beiden Richtungen, der revolutionären und der reformistischen, eine Bewertung des Syndikalismus ermöglichen“ will (S. 6). Allein gerade dieser Teil ist erst recht ein Plagiat. Mit der CHALLAYEschen Darstellung zusammengehalten, zeigt er nicht nur nicht die vollkommen gleiche Stoffgliederung wie diese, sondern stimmt mit ihr auch inhaltlich in weitestgehendem Maße überein — bis auf zahlreiche Verballhornungen und Einschiebsel, die das Verständnis eher hindern als fördern. Dabei darf man es als so gut wie gewiß annehmen, daß A., was er zitiert, nur zum allergeringsten Teil aus erster Hand hat. — Ein paar Stichproben! ED. DOLLÉANS, erzählt A. (S. 20), hat es sogar verstanden, im Syndikalismus eine eigene religiöse Seite herauszuschälen, und zitiert dazu in der Anmerkung: „Le caractère religieux du socialisme (Mouvement socialiste 1906. Oct.-Dec. S. 287)“. Nun aber ist der erwähnte Artikel gar nicht von DOLLÉANS, wie man daraufhin meinen sollte, sondern eine Besprechung von dessen gleichbetitelter Schrift aus der Feder LAGARDELLES, in der auch jene Äußerung vorkommt, die A. — gerade soweit LAGARDELLE sie wiedergibt — flugs übersetzt. — S. 54 reproduziert A. eine Kategorisierung der Aufgaben, wie PELLOUTIER sie für die Arbeitsbörsen formuliert hat und zitiert als Quelle: „Pelloutier, Histoire des bourses du travail. S. 85ff.“. Es stimmt die Aufzählung hier und bei A. nicht ganz überein: wohl aber deckt sich die A.sche vollkommen mit der bei CHALLAYE S. 35ff.; und insbesondere hat A. von diesem als eines der Mittel des „Service de resistance“ auch „Suppenanstalten“ übernommen, deren PELLOUTIER keine Erwähnung tut und die nun Zeugnis dafür ablegen, daß A. das Buch PELLOUTIERS jedenfalls nicht gelesen hat. Ein Zeugnis, das auch von anderer Seite her verstärkt wird. A. beruft sich nämlich noch zu zwei anderen Malen (S. 114 u. 115) auf „Pelloutier, Hist. d. B. S. 13“, resp. „... S. 9“ als Quelle. Man wird jedoch die betreffenden Äußerungen PELLOUTIERS vergeblich am angegebenen Ort suchen. Dagegen finden sie sich auf S. **XIII** u. **IX** der dem Buche vorangestellten PELLOUTIER-Biographie von VICTOR DAVE. Nur ist CHALLAYE bei deren Zitierung (S. 57, Anm. 1 u. S. 58, Anm. 3) ein lapsus calami unterlaufen: er führt im Zitat die arabische statt der lateinischen Seitenzahl an — und A. hat auch diesen Irrtum mechanisch mit abgeschrieben!

Nicht minder charakteristisch für des Verf. Selbständigkeit als die bisher besprochenen sind die Abschnitte über: „Die Vertreter des Syndikalismus“ (S. 65/69) — ein Auszug aus der bereits genannten PELLOUTIER-Biographie DAVES, während im Übrigen bloß einige wenige Namen von Wortführern des Syndikalismus zitiert werden, der Wandlungen SORELS und BERTHS aber mit keinem Wort gedacht wird; die „Lex Briand“ (S. 178/185) — ein Auszug aus einem Artikel v. MACKAYS in „Soziale Praxis“; die Syndikate und ihre Organisation (S. 47/64).

Doch genug und übergenug! Dagegen ist wohl noch eine Erklärung dafür am Platze, daß ich an diese wertlose Schrift soviel Mühe — und Raum gewandt habe.

Sie ist eine Anfängerarbeit. An eine solche dürfen natürlich keine hohen Anforderungen gestellt werden. Vielmehr gebührt ihnen nachsichtige Beurteilung. Eine so abfällige, wie sie hier ausgesprochen wurde, bedarf daher spezieller Begründung. Nun wohl, Nachsicht gegenüber Anfängerarbeiten ist nur am Platze, wenn aus denselben Begabung, Fleiß und Gewissenhaftigkeit sprechen. Andernfalls, namentlich aber wo die letztgenannte Eigenschaft fehlt, ist Schonungslosigkeit Pflicht. Eine Pflicht allerdings, die nur selten erfüllt werden kann, weil es noch dringendere Aufgaben gibt. Aber immerhin: es ist besser, sie selten, um des Exempels willen, zu üben, als gar nicht; und gar schon auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften, auf dem sich leider zu oft nur lauteste Unfähigkeit breit macht.

Wien. CARL GRÜNBERG.

LILY BRAUN, Memoiren einer Sozialistin. Kampfjahre. Roman. München, Albert Langen o. J. (1911). 8°. 657 S. (6, geb. 7,50 M.)

Wenn an diesem Ort von dem B.schen — sehr geschickt gemachten und zum Teil glänzend geschriebenem, im ganzen aber recht unsympathischen — Buche gesprochen wird, so bedarf das wohl eines Wortes der Rechtfertigung. Bezeichnet es sich ja selbst im Untertitel als „Roman", als zu einer Literaturgattung gehörig also, von der nur die Spezies Staatsromane im „Archiv" gewürdigt werden sollen. Allein es repräsentiert sich anderseits im Obertitel als „Memoiren" — Memoiren einer Sozialistin. Es läßt demnach einen Beitrag zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie erwarten, der sich die Verf. nach dem Tode ihres ersten Gatten, GEORG VON GIZYCKI, angeschlossen hat und der sie formell auch heute noch zugehört. Man braucht sich in dieser Erwartung auch keineswegs von vornherein dadurch beirren zu lassen, daß die Verf. aus unverständlichen Gründen (die aber jedenfalls mit Diskretion nichts zu tun haben können) einen Großteil der handelnden oder behandelten Personen, sich selbst mit eingeschlossen, unter erdichteten Namen auftreten läßt. Das macht keinen gerade angenehmen Eindruck. Der Wert ihrer Denkwürdigkeiten braucht aber dadurch noch nicht beeinträchtigt zu werden. Ist ja die Maske, die sie anderen vorhängt, nicht minder durchsichtig als die eigene.

Unsere deutsche Memoirenliteratur ist nicht so reich wie etwa die französische. Jede neue Erscheinung auf diesem Gebiete ist daher zu begrüßen — unter der Voraussetzung selbstverständlich, daß es wirklich Memoiren sind. Wir wüßten viel mehr über die menschliche Natur und über die allgemeinen geschichtlichen Entwicklungen, wenn sich uns ein tieferer und eindringenderer Blick eröffnete in die Einzelleben und deren Ablauf, sowie über die Art, wie die Außenwelt auf sie wirkt und wie sie selbst sich zu ihr stellen und in ihr zu wirken glauben: trotzdem oder vielmehr sogar weil jedes Sonderleben und

-Erleben in gewissem Sinne an sich ein Einzigleben und -Erleben ist. Anderen gegenübergestellt, zeigt es neben dem Individuell-Einzigen auch Gemeinsames und bietet so die Unterlage für allgemeinere und vielleicht zuletzt allgemeingültige Schlüsse. — Daß Mitteilungen vom Eigenerleben ihrem Wesen nach primär nur subjektiv wahr sind und sein können, entfernt sie oft genug von der objektiven Wahrheit, die nur durch ihren Zusammenhalt mit sonstigem Material festzustellen ist. Dazu kommt, daß man es bei jeder von ihnen mit einer Reihe von Fehlerquellen zu tun hat, die überhaupt nicht und auch nicht bei weitestgehender Selbstkontrolle vollständig verstopft werden können. Auch unterhalb der Schwelle des Bewußtseins sprechen mit und machen sich geltend: die Weltanschauung mit ihren im Laufe des Lebens wechselnden Abtönungen; die Verschiebung der Perspektive sowie des Urteils über die Einzeltatsachen und deren Kausalverhältnis infolge des zeitlichen Abstandes zwischen Erlebnis und Bericht über dasselbe; Zorn, Haß, Verbitterung, Liebe, Eitelkeit, persönliches Interesse. — Damit soll und muß jeder rechnen, dem Memoiren nicht bloß Unterhaltungslektüre sind: daß sie immer Wahrheit und Dichtung enthalten. „Denkwürdigkeiten" tragen aber diesen Namen zu Unrecht, wenn, wer sie abfaßt, bewußt oder doch fahrlässig, unter Verzicht auf Selbstkontrolle, jene Fehlerquellen reichlicher sprudeln läßt als sie ohnehin selbsttätig fließen.

In diesem Sinne scheinen mir die B.schen Memoiren in der Tat das zu sein, als was die Verf. selbst sie bezeichnet: ein Roman. Womit auch schon gesagt ist, daß man in den „Kampfjahren" jenen Beitrag zur Parteigeschichte nicht findet, an den man denkt, wenn man sie zur Hand nimmt. Deshalb schon, weil die Verf., wie ihre Denkwürdigkeiten jeden Unbefangenen überzeugen, Parteigeschichte — die Geschichte nicht nur der sozialdemokratischen Partei — niemals innerlich-organisch mitgelebt hat. Sie besitzt offenbar gar nicht die Fähigkeit, einer Partei sich hinzugeben.

Solche Hingabe aber und nicht bloßer Anschluß ist notwendig, wenn man — wie die Verf. es ja wollte — in einer Partei und zuletzt auch auf sie wirken möchte. Das Ziel mit ihr gemeinsam haben, genügt nicht. Man muß auch denselben Weg zum Ziele gehen wie die anderen alle. Es sei denn, daß man imstande ist, sie auf neue Bahnen mit sich zu reißen. Mag das nun auch jeder zu versuchen befugt sein: er muß doch stets damit rechnen, daß er hierbei und auch schon, wenn er nur die anderen im gewohnten Gleichtakt stört, auf Widerstand stoßen wird. Das gilt gleichermaßen auf politischem, religiösen, sozialen, wirtschaftlichen Gebiete; und ebensowohl für Zwangs- wie für freie Verbände. Es würde auch alle historische Kontinuität aufhören, wäre es anders und wäre jeder derartige Organismus auf Flugsand gebaut, den ein Lufthauch schon verwehte und anders schichtete. Folglich darf, wer als Reformator oder Neuerer auftritt, sich nicht über Intoleranz und unverdiente Härte beklagen, wenn die Auffassungen, die er zu revidieren oder zu beseitigen wünscht, sich als die stärkeren erweisen und es ihn trifft, kaltgestellt oder beseitigt zu werden. Natürlich obwalten in bezug auf die Zulässigkeit solcher Reaktionen nach Maß und Art bedeutsamste Unter-

schiede zwischen Zwangsverbänden und solchen, die überhaupt oder mindestens in dem Sinne auf Freiwilligkeit beruhen, daß man sie auch dann verlassen kann, wenn die Zugehörigkeit zu ihnen (wie z. B. bei der Kirche) originär nicht auf freier Eigenentschließung beruht. Genau aber wie in solchen Fällen jeder Verbandsangehörige volle Bewegungsfreiheit außerhalb der Organisation sich zu sichern berechtigt ist, darf hinwiederum dieser nicht das Recht abgesprochen werden, ihr nur äußerlich Zugehörige, die ihr unbequem werden und ihr Normalleben stören, zu exkomunizieren, auszuschließen. Macht sie von diesem Rechte Gebrauch, so übt sie nur, was ihr der Selbsterhaltungstrieb gebietet. Namentlich dann, wenn ihr aus dem Verhalten der Mitglieder reflex Verantwortlichkeiten erwachsen oder von Gegnern aufgebürdet werden könnten, die sie um ihrer selbst willen nicht tragen darf.

Jene, die davon betroffen werden, sehen sich nun freilich in der Regel als Opfer unleidlicher Intoleranz an. Daß sie über solche klagen, beweist nur ihr eigenes Unverständnis, und daß sie mit ungleichem Maß zu eigenen Gunsten messen. Auch die B.schen Memoiren bilden einen interessanten Beleg für diese Tatsache, die aber doch auch ohnehin schon zur Genüge bekannt ist.

Wien. CARL GRÜNBERG.

Dokumente des Separatismus. Hrsg. v. Österreichischen Metallarbeiterverband zum X. ordentl. Verbandstag. Wien, Verlag des Österr. Metallarbeiterverbandes 1911. 8⁰. 166 S. (2 Kr.)

Die Revolte des Separatismus. S.-A. aus d. Rechenschaftsbericht des Österr. Metallarbeiterverbandes für 1908—1910, ebda. 1911. 8⁰. 52 S. (1 Kr.)

Memorandum der Brünner Parteiorganisation an den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs in Innsbruck (1911). 8⁰. 32 S. (0,50 Kr.)

Die Entwicklungsgeschichte des Separatismus in Österreich wird in einem der nächsten Hefte dieses „Archivs“ zu pragmatisch-ausführlicher Darstellung gelangen. Vorläufig seien nur — unter Hinweis auf die in der „Chronik“ des Archivs (II. Bd. S. 191/198 u. 214/233) mitgeteilten Beschlüsse der Internationale, sowie der nationalen, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in Österreich zum Problem des Separatismus — nachfolgende Tatsachen in Erinnerung gebracht. Die auf dem Parteitage zu Hainfeld (30–31. XII. 1888 u. 1. I. 1889) ins Leben gerufene „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs“ war einheitlicher Struktur — trotz der eigentümlichen nationalen Verhältnisse in der Monarchie. Denn die sozialdemokratische Bewegung hatte zunächst die industriell höchst entwickelten deutschen Länder und die deutschen Arbeitermassen erfaßt. Bald aber wurde es anders. Schon zu Beginn der 90er Jahre machten sich nationale Bestrebungen innerhalb der Partei bemerkbar, denen schließlich auf dem VI. Parteitage zu Wien (6.—12. VI. 1897) und auf dem I. Gesamtparteitage zu Brünn (24.—29. IX. 1899) Rechnung getragen wurde. Seither setzt sich die „Gesamtorganisation der Sozial-

demokratie Österreichs“ aus je einer deutschen, tschechoslavischen, polnischen, ruthenischen, südslavischen und italienischen Teilorganisation zusammen, die sich zwar prinzipiell auf gleicher Grundlage aufbauen, sich aber verhältnismäßig bedeutender Autonomie erfreuen; oder richtiger erfreut haben. Denn der Gesamtorganismus ist bereits gesprengt. Seit dem Jahre 1905, in dem die Massenaktion zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes einsetzte, die mit der Wahlreform vom 26. Januar 1907 siegreich abschloß, ist es zu keinem Gesamtparteitag mehr gekommen. Die stetig fortschreitende Nationalisierung des öffentlichen Lebens in Österreich — eine an sich unvermeidliche Tatsache in einem Gemeinwesen, in dem das Staatsvolk in eine Reihe untereinander sich bekämpfender und um ein Höchstmaß von Bewegungsfreiheit einerseits und von Anteil an der Ausübung der Staatsgewalt, sowie der Vorteile aus ihr ringender Nationen zerfällt — hat das Gefüge der Internationalität auch innerhalb der internationalen Sozialdemokratie gelockert und untergraben. Speziell die politische Organisation der *tschechoslavischen* Sozialdemokratie hat sich mit Maß und Art, wie dieser Entwicklung im Gesamtorganisationsstatut von 1897 Rechnung getragen worden ist, nicht begnügt. Vielmehr wurde in ihr das Streben lebendig und lebendiger, sich auch die *gewerkschaftlichen* Organisationen anzugliedern — was nur möglich ist durch Sprengung der auf internationaler Grundlage beruhenden gewerkschaftlichen Zentralverbände und durch Bildung tschechischer Sondergewerkschaften. Wie nun diese *separatistischen* Bestrebungen bereits eine bedenkliche Schwächung der gesamtgewerkschaftlichen Stoßkraft bedeutet, die auch der bürgerliche Sozialpolitiker beklagen muß, so hat hinwiederum die Verbitterung über diese Überspannung der nationalen Ideologie und die Furcht vor ihren weiteren unheilvollen Folgen zu *politischen* Spaltungen innerhalb der tschechoslavischen Sozialdemokratie geführt; und bei den letzten Reichsratswahlen vom 13. Juni 1911 standen einander in den Sudetenländern tschechische *Separatisten* und *Zentralisten* gegenüber, wobei auf jene 352041, auf diese 20522 Stimmen entfielen, so daß die *Gesamtzahl* der Stimmen, die auf tschechisch-sozialistische Kandidaten entfallen sind, gegenüber 1907 einen Rückgang um 27736 = 6,9% erfahren hat.

Das Ergebnis all dieser Kämpfe ist zunächst: daß der bisher einheitliche Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichsrate in mehrere selbständige Klubs auseinandergefallen ist, die zwar vereint schlagen wollen, wenngleich sie getrennt marschieren, von denen aber der tschechoslavische vielfachst, auch was das vereinte Schlagen anbetrifft, bereits eigene Wege wandelt. Ferner aber nötigt die angedeutete Entwicklung den nichttschechischen sozialistischen Parteien die Frage auf: ob sie die tschechoslavische fürderhin noch als Glied der Internationale — der allgemeinen, wie der österreichischen — ansehen sollen? Und weiterhin: wie sie sich zu der neugebildeten tschechisch-zentralistischen Partei zu stellen haben, die natürlich von den Separatisten verfehmt wird?

Mit dem Problem: *Anerkennung auch der Zentralisten neben den Separatisten, oder nur dieser oder* — wie vielfach innerhalb der

deutschen Sozialdemokratie gewünscht wird — nur jener allein, als Glied der österreichischen und sodann der allgemeinen Internationale hat sich auch der vom 29. X.—2. XI. 1911 in Innsbruck stattgefundene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs befaßt. Und diese Entscheidung vorbereiten helfen und beeinflussen, darüber hinaus aber auch überhaupt die Öffentlichkeit über das Wesen, die Denk- und Kampfesweise sowie die Wirkungen des Separatismus aufklären, wollen nun die drei angezeigten Schriften.

In der an erster Stelle genannten wird vor allem gezeigt, wie die tschechoslawischen Sozialdemokraten noch 1898 und sogar 1902 gedacht und gesprochen haben und sodann, an der Hand einer Auslese von möglichst wortgetreu übersetzten Artikeln, „die in der tschechischen Parteipresse in den letzten zwei Jahren erschienen sind", die eingetretene Wandlung veranschaulicht. Erklärt wird dieselbe im wesentlichen — rein mechanisch und daher gewiß nicht zutreffend — damit, daß nach 1897 „aus der ehemaligen ‚Omladina' zahlreiche junge Leute (in die Partei) kamen, ohne ihre Anschauungen geändert zu haben, bloß weil die anderen tschechischen Parteien ihrem revolutionären Betätigungsdrang kein Feld boten, . . . nicht als Sozialisten, sondern als bloße Revolutionäre, nicht als Internationale, sondern als Nationale", die sie auch fernerhin blieben (S. 8/9). — „Die Revolte des Separatismus" schildert speziell die Sprengung des zentralen Metallarbeiterverbandes durch Gründung eines tschechischen separatistischen Metallarbeitervereins in Böhmen, dem übrigens von den 10254 Mitgliedern, die jener hierdurch verlor, nur 8940 beitraten, so daß der gewerkschaftliche Indifferentismus eine nicht unwesentliche Verstärkung erfuhr; die — vergeblichen — Einigungsverhandlungen nach dem Gewerkschaftskongreß von 1910; die seither erfolgte politische und gewerkschaftliche Entwicklung. Das „Memorandum" schließlich bringt die Geschehnisse speziell auf mährischem Boden und namentlich in Brünn zur Darstellung und klingt in die Erklärung aus: daß eine weitere Zusammenarbeit mit den Separatisten unmöglich, dagegen die Anerkennung der neugebildeten zentralistischen „tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei" unbedingt erforderlich sei. Der Innsbrucker Parteitag hat, nebenbei bemerkt, nach ebenso langer wie in die Tiefe gehender Verhandlung, in letzterem Sinne Beschluß gefaßt und den Separatismus auf das schärfste verurteilt, ohne jedoch auszusprechen, daß der tschechoslavischen Sozialdemokratie nicht mehr der Charakter einer sozialistischen Partei eigne.

Keine der drei angezeigten Schriften ist bloß objektiv berichtender Natur. Vielmehr tragen sie insgesamt, die „Dokumente des Separatismus" mit eingeschlossen, auch polemischen Charakter, wenngleich die Verfasser speziell der letzteren im allgemeinen nur die tschechische Partei mit deren eigenen Worten sprechen lassen und nur dort polemisieren wollen, „wo krasse Unwahrheiten eine Widerlegung erfordern oder wo vermutet werden kann, daß den Genossen die Situation, aus der die (reproduzierten) Artikel entsprangen, nicht mehr völlig in Erinnerung ist". Sie sind eben dem Tageskampf und dessen Bedürfnissen entsprungen und spiegeln die Stimmungen beider kämpfen-

den Gruppen wieder: derjenigen nicht minder, die berichten, wie derjenigen, über die berichtet wird. Gerade das aber macht sie doppelt wertvoll· als Sammlung von Material zur Geschichte der Sozialdemokratie, das sonst — sprachlich ebensowohl wie weil in Tagesblättern erschienen — so gut wie unzugänglich bliebe; und als Dokument zur Erkenntnis der Haltung derjenigen dem Separatismus gegenüber, die unter ihm politisch und gewerkschaftlich zu leiden haben.

Wien. CARL GRÜNBERG.

Dr. JOHANN HÜPPY, Geschichte des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Mit Geleitwort von HERMANN GREULICH. Zürich, Grütlibuchhandlung 1910. 8°. VIII—198 S. (2 Fr.)

Vom VIII. Kongreß des alten schweizerischen Arbeiterbundes, am 6.—8. November 1880 wurde der Beschluß gefaßt, diesen Arbeiterbund, der eine lose Organisation von Arbeitervereinen und Gewerkschaften war, aufzulösen, und an seine Stelle eine rein gewerkschaftliche Organisation auf der Grundlage sozialistischer Prinzipien zu stellen. Leichter gesagt, als getan! Die 1879 einsetzende Krise schädigte die auf schwachen Füßen stehenden Gewerkschaften sehr und brachte viele zur Auflösung. Das Genfer Komitee, das den Gewerkschaftsbund leiten sollte, besaß keine Mittel und war auch wohl zu weit vom Sitz der Industrie entfernt. Sicher hat ihm auch das Verständnis für diese rein gewerkschaftliche Organisationsform gefehlt, die zudem für die Leitung besondere Schwierigkeiten bot, weil sie — eine Folge des Mangels an Berufs- oder Industrieverbänden — unzusammengehörige Interessen zusammenkoppelte. 1882, also ein Jahr, nachdem das Genfer Komitee seine Arbeiten aufgenommen hatte, zählte der schweiz. Gewerkschaftsbund 17 Sektionen mit 470 Mitgliedern. Das war ein kläglicher Erfolg. 1884 trat dann das Genfer Komitee zurück, und der Sitz der Zentralleitung kam nach Zürich. Dieser Übergang nach Zürich, der geschäftliche Aufschwung und reges Kampfleben brachten neuen Schwung in den Bund hinein, der im Jahre 1888 doch schon 84 Sektionen mit 3350 Mitgliedern umfaßte. Das Schweizerische Arbeitersekretariat hat die Streiks dieser Jahre nachträglich einer Untersuchung unterzogen, und es ist nicht uninteressant, hier diese Zahlen zu konsultieren [1]).

Es fanden statt im

Jahr	Lohnbewegungen	Offensivstreiks	Defensivstreiks
1875/1879	10	2	2
1880/1884	—	2	8
1885/1889	44	44	44

Der Schlosserstreik von Zürich im Jahre 1886, in dem die Polizei allzuoffensichtlich für die Unternehmer Partei ergriff, weckte die Solidarität der Arbeiter-

1) Anhang zum 8. Jahresbericht des Schweiz. Arbeitersekretariates. Zürich 1894. S. 56ff., Lohnbewegungen und Streiks in der Schweiz seit d. J 1860. S. 61/207.

schaft ganz besonders und gab den Anstoß zur Gründung der schweizerischen Arbeiterreservekasse. Diese hatte den Zweck, die Arbeiterschaft im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen und ihr speziell in Streikfällen Rat und finanzielle Hilfe zu sichern, wenn alle anderen Mittel versagten. Die Leitung der Reservekasse und ihre Speisung lag beim Grütliverein, der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund, der aber allein regelmäßig die Zahlungen leistete. 1891 wurde denn auch die Reservekasse an den Gewerkschaftsbund angegliedert, der damals 196 Sektionen mit 6950 Mitgliedern zählte. Die Reservekasse sollte erst angegriffen werden, wenn sie 15 000 Fr. enthielt. Auf Anstellung eines eigenen Sekretärs wurde bereits Bedacht genommen. Die Reservekasse übte einen streikhindernden Einfluß aus. Darob Unzufriedenheit bei den radikalen Elementen, die die Taktik des Komitees des Gewerkschaftsbundes bekämpften und schließlich den Sieg davon trugen. Mit der Beseitigung des Komitees wurde eine energischere Kampftaktik eröffnet, die in kurzer Zeit die ganze Reservekasse leerte. Diese Verhältnisse finden wieder ihren Ausdruck in den Zahlen einer Fortsetzung der zitierten Streikstatistik des Arbeitersekretariates [1]).

Es fanden statt Lohnbewegungen im Jahre:

1890	53	1896	94
1891	64	1897	55
1892	38	1898	72
1893	24	1899	88
1894	37	1900	82
1895	90		

Die Leistungen der Reservekasse sind nicht nur zu bemessen nach dem, was aus ihr an die Mitglieder abfloß, sondern auch vom Gesichtspunkte ihrer erzieherischen Wirksamkeit aus. August Merk schreibt darüber in einem beachtenswerten Artikel [2]) der „Arbeiterstimme", dem seit 1881 bestehenden Organ des Gewerkschaftsbundes: „Die Beiträge der Mitglieder an ihre Vereine und Verbände waren bisher, mit Ausnahme beim Typographenbund, sehr gering gewesen, so gering, daß alle diese Vereine und Verbände ziemlich wenig leisten konnten. Es war darum stets das Bestreben des Züricher Komitees gewesen, die Arbeiter an höhere Beiträge zu gewöhnen, aber es hielt ungemein schwer, dies durchzusetzen. Eine Besserung trat nun ein mit der Gründung der Reservekasse; hier mußten eben einfach gewisse regelmäßige Beiträge geleistet werden, wenn ein eventueller Unterstützungsanspruch Erfolg haben sollte.... Als dann die allgemeine Arbeiterreservekasse einging, waren die Leute einmal an die höheren Beiträge gewöhnt und hatten eingesehen, daß ohne gewisse Opfer auch nichts erreicht werden könne."

Im Jahre 1896 wurden die Bundesstatuten revidiert und ein er-

1) Monatsblätter 1901. S. 185ff. 2) Arbeiterstimme vom 6. Januar 1906. Vgl. auch Merks Artikel „Gewerkschaftsbewegung" in Reichesbergs Handwörterbuch d. Schweiz. Volkswirtschaft.

weitertes Bundeskomitee geschaffen, in dem die verschiedenen Berufe vertreten sein sollten. 1897 trat dann endlich das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes ins Leben. Während der Gewerkschaftsbund bis 1902 auf 512 Sektionen mit rund 27 000 Mitgliedern stieg, gingen auch andere Veränderungen in der Arbeiterbewegung vor sich. Die Berufsverbände wurden stärker und stärker. Und parallel dazu wuchs ihr Wunsch nach größerer Unabhängigkeit vom Gewerkschaftsbund. Dieser hatte bis dahin Einheitscharakter aufgewiesen. Nach dem Willen der erstarkenden Verbände sollte er ein Föderativverband werden, wozu die Ansätze schon durch die 1896 erfolgte Erweiterung des Bundeskomitees nach Berufen gegeben waren.

Im Berner Kongreß (1902) siegte zwar diese Richtung, in der Urabstimmung aber unterlag sie. Seither krankte der Gewerkschaftsbund. Das Schwergewicht der ganzen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung lag de facto bereits bei den einzelnen Verbänden. Die einzelnen Verbandsorgane waren so erstarkt, daß die Bedeutung der „Arbeiterstimme" stetig zurückging. 1904 wurde eine Sekretärin angestellt, die die Agitation unter den Arbeiterinnen zu betreiben hatte. Unglückliche Personalverhältnisse und wenig zielklare Arbeit ließen den Gewerkschaftsbund mehr und mehr in unfruchtbare Diskussionen verfallen, bis im Kongreß in Biel 1908 eine Reorganisation auf Basis des Föderativprinzips zustande kam. Mit dem alten Gewerkschaftsbunde verschwand auch die „Arbeiterstimme" und machte der „Gewerkschaftlichen Rundschau" Platz. Diese Reorganisation hob den Gewerkschaftsbund mit einem Schlage, gab den Verbänden die wünschenswerte Freiheit und stellte den leitenden Organen und namentlich dem Sekretariat des Gewerkschaftsbundes klare Aufgaben: Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung unter Wahrung der Autonomie der Verbände; Berichterstattung über die Erscheinungen in der Arbeiterbewegung in der „Rundschau"; Agitation für Arbeiterschutz; Pflege der Gewerkschaftsstatistik; Verständigung von Gewerkschaftsverbänden, Partei und Genossenschaften über das Zusammenwirken bei Aktionen; Regelung der Beziehungen zwischen den Verbänden sowie Bereinigung von Grenzstreitigkeiten; Propaganda. Die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes ist von 44 552 im Jahre 1907 bis heute auf 63 863 gestiegen.

Das ist das Gebiet, das Hüppys Buch, eine Berner Dissertation, behandelt, zu der der Nestor der schweizerischen Arbeiterbewegung, Arbeitersekretär Herman Greulich, ein Geleitwort schrieb, in dem er sich aber keineswegs mit den von H. ausgesprochenen Ansichten identifiziert.

„Die Zeit ist noch nicht gekommen", schreibt Greulich, „für eine völlig objektive Geschichte der Arbeiterbewegung; einstweilen wird sie noch mit Herzblut geschrieben." Dieser Umstand gibt auch H.s Arbeit ihren Charakter. Sie ist keine objektive Geschichte, die ruhig den Gang der Dinge schildert, und in der die Meinung des Autors zurücktritt und nur die Tatsachen sprechen. Aber die Subjektivität, die ihr anhaftet, tritt doch vorteilhaft in Erscheinung gegenüber der kleinlichen Betrachtungsweise der schweizerischen

Arbeiterbewegung, wie sie etwa bei BERGHOFF-ISING zu treffen ist[1]). H. macht aus seiner sozialdemokratischen Weltanschauung kein Hehl und steht gerade dank ihr dem Stoff mit ganz anderem Verständnis gegenüber als BERGHOFF. Nichtsdestoweniger muß gesagt werden, daß durch sorgsame Überarbeitung bei einer II. Auflage, die dem Buche zu wünschen ist, da und dort der Agitationsjargon ausgemerzt werden sollte. — Es ist für den, der nicht die ganze Geschichte selbst durchlebt hat, schwierig, ja beinahe unmöglich, zu beurteilen, ob H. allen Richtungen gerecht geworden ist. Gegen die Fassung einzelner Partien hat sich sogar Protest seitens Beteiligter erhoben. Nur das — in einer Rezension unmögliche — Studium aller einschlägigen Akten könnte Klärung bringen. Jedenfalls ist sicher, daß auch von beteiligter und protestierender Seite kein Versuch aktenmäßiger Widerlegung H.s gemacht worden ist.

Was die Stoffgliederung anbelangt, so hätte m. E. die Schilderung der Entstehung der Gewerkschaften und des alten schweizerischen Arbeiterbundes besser in der Einleitung ihren Platz gefunden als die von H. gebrachte Übersicht über die früheste Arbeiterbewegung in der Schweiz. Denn infolge ihrer Verweisung in einen eigenen Abschnitt A hat das Buch eigentlich eine doppelte historische Einleitung. Sollte es aber schon bei der gewählten Gliederung verbleiben, so wäre eher eine einleitende Besprechung gewerkschaftlicher Verfassungsprobleme erwünscht gewesen, die dem Buche sehr gut angestanden hätte. — Bei den Ausführungen über die Geschichte des Gewerkschaftsbundes (Teil B) wäre es der Übersichtlichkeit sehr zugute gekommen, wenn eine noch reinlichere Scheidung stattgefunden hätte in: 1. eine zusammenhängende Geschichte des Gewerkschaftsbundes 1880—1908 und 2. eine Darstellung der verschiedenen Probleme, die der Gewerkschaftsbund zu behandeln hatte und der Art, wie dies geschehen ist. Die großen Schwierigkeiten einer solchen ganz reinlichen Ausscheidung sind allerdings nicht zu verkennen. — Verschiedene Anmerkungen wären besser im Text, andere besser an anderer Stelle angebracht worden. (Vgl. z. B. S. 40. Anm. 2.)

Sachlich zum Widerspruch reizen einige theoretische Erörterungen, z. B. über das Wesen der Gewerkschaft (S. 1), die z. T. mit späteren Ausführungen S. 7, 19 usw.) im Widerspruch stehen. Geändert werden sollten in einer II. Auflage die zum Teil ganz unrichtigen Ausführungen über die katholische Kirche (S. 118ff.). Der Katholizismus ist doch keine aristokratische Monarchie sondern im Gegenteil eine demokratische! Der Satz: die Kirche habe den Kommunismus nur für den beschränkten Teil ihrer Diener beibehalten, ist durchaus falsch. Diese und andere Ungereimtheiten sollten eine wissenschaftliche Arbeit, die auch dem Gegner gegenüber objektiv bleiben soll, nicht verunzieren.

Eine Bemerkung noch zum Literaturverzeichnis! ROBERT MICHELS hat im XX. Bde. „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ für die Schweiz einige ganz unzulängliche Angaben über die Arbeitsmittel für

1) Die sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz. Leipzig 1895.

historische Darstellungen über die Arbeiterbewegung gegeben, in denen er das Allerwichtigste nicht aufführte und das Unwichtige an erste Stelle schob. Man kann ihm das schließlich verzeihen. Denn gerade die schweizerische Literatur ist sehr unzugänglich. Es wäre daher eine dankbare und nicht zu umgehende Aufgabe H.s gewesen, seinem Buche einen wertvollen Literaturanzeiger über die Geschichte des Gewerkschaftsbundes beizugeben. Statt dessen begnügt er sich mit 23 Zeilen summarischer Angaben über seine „Hauptquellen", ohne jeden Hinweis darauf, wo diese zu finden sind. Und doch ist ein solcher gerade bei Flugschriftenliteratur von größter Wichtigkeit. Zu einem Buche wie dem vorliegenden hätte schließlich auch ein alphabetisches Inhaltsregister gehört.

Diese Aussetzungen sollen aber dem hohen historischen Wert des Buches in keiner Weise Eintrag tun. H. hat eine Unmenge Material bewältigt und aus dem wirren Stoff ein sehr brauchbares und interessantes Bild gestaltet. Es ist dies umso anerkennenswerter, als es Mut und Ausdauer brauchte, an eine Untersuchung zu gehen, zu der keinerlei Vorarbeiten vorhanden waren. Niemand wird an H.s Buch vorbeigehen können, der die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Schweiz in den letzten 30 Jahren studieren will; und für die Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung überhaupt ist es sozusagen das einzig Brauchbare, was einen Blick in diese Kulturbewegung in ihrem Zusammenhange vermittelt.

Zürich. JACOB LORENZ.

Dr. G. FALTER, Staatsideale unserer Klassiker. Leipzig, HIRSCHFELD 1911. 8°. 162 S. (3 Mk.)

Nach der Vorrede beabsichtigt der Verf. „die Ansichten unserer großen Männer über Staat, Recht, Erziehung aus der Einheit ihrer philosophischen Systeme heraus klarzulegen". Dabei faßt er den Begriff der „Klassiker" sehr weit, indem er darunter nicht nur unsere klassischen Dichter, sondern auch die ganze deutsche Philosophie (KANT, FICHTE, SCHELLING, HEGEL) subsummiert; ja die Darstellung der klassischen Dichter in Bezug auf die Staatslehre nimmt gegenüber der Schilderung der spekulativen Philosophie einen ganz kleinen Raum ein.

Der I. Abschnitt ist betitelt: „Überblick über Staat und Recht (soll wohl heißen: der Ansichten über Staat und Recht) von der Renaissance bis zur Zeit Leibnizens." Diese Geschichte des Naturrechtes auf 20 Seiten wäre besser weggeblieben; sie ist dürftig und nicht frei von Irrtümern. So will F. (S. 9) ROSSEAU aus sich selbst korrigieren, um in der angeführten Stelle eine Wahrheit zu erkennen; er scheint die umfangreiche Literatur über die volonté générale nicht zu kennen. Von ALTHUSIUS behauptet er (S. 12), daß dieser die Souveränität der Volksgewalt energisch bekämpfe; eher ist das Gegenteil richtig. — Der II. Abschnitt ist der Staatslehre IMANUEL KANTS gewidmet. Hier findet sich (S. 22 Anm. 1) über SPINOZA die vollkommen irrige Bemerkung, derselbe habe Staat und Recht in Zusammenhang mit der Religion gebracht. Ferner wird (S. 25) der alte Irrtum wieder vorgebracht

daß mit Hilfe des ROUSSEAU schen Gesellschaftsvertrages die Menschenrechte entdeckt wurden. Ebenso erstaunlich ist die Bemerkung (S. 28), daß KANT die Methode der platonischen Hypothesis in ihrer Reinheit wieder erstehen lasse; gibt es doch kaum einen schärferen Gegensatz als die Methoden von KANT und PLATO. — Übrigens finden sich im folgenden einige gute kritische Bemerkungen über KANTS Staatsphilosophie. — Der III. Abschnitt behandelt SCHILLER und GOETHE, ersteren ziemlich ausführlich, letzteren allzu dürftig; die reiche Literatur über GOETHE als Politiker, insbesondere die Schrift von LORENZ wird nicht erwähnt. WIELAND wird von F. völlig ignoriert, obwohl gerade dieser Dichter für die Staatslehre am meisten in Betracht kommt: hat ja WIELAND neben dem bekannten Werke „Der goldene Spiegel" im „Deutschen Merkur" zahlreiche politische Aufsätze veröffentlicht, die zur Zeit der französischen Revolution in Deutschland viel gelesen wurden. Befriedigend ist die Darstellung der politischen Ideen von WILHELM VON HUMBOLDT (Abschn. IV) und GOTTFRIED HERDER (Abschn. V).

Weniger günstig ist der Eindruck des VI. Abschnittes, welcher die Staatslehre FICHTES behandelt. Gewiß bietet der Stoff infolge der häufigen Meinungsänderungen dieses Philosophen manche Schwierigkeiten. Dennoch erscheint eine Behauptung wie die, daß im Mittelpunkte der FICHTE schen Schriften der Gedanke der Volkssouveränität stehe, dessen Prophet FICHTE wurde (S. 91), unhaltbar. Merkwürdig ist auch die Meinung des Verf., daß in unserer Zeit noch immer das allgemeine Stimmrecht und und die Bildungspflicht den Kernpunkt der sozialen Frage bilden. FICHTES Erziehungslehre wird hingegen vortrefflich dargestellt, wie überhaupt der Verf. mehr die ethischen und pädagogischen Lehren der großen Denker zu untersuchen pflegt als die Staatslehre im engeren Sinne. — Daß SCHELLING (Abschn. VII) unter die Klassiker gerechnet wird, während er doch zur romantischen Schule die innigsten Beziehungen hat, zeigt wieder, daß F. dem Worte „Klassiker" einen ziemlich weiten Begriff unterlegt. — Die Darstellung der Staatsphilosophie HEGELS (Abschn. VIII) ist wohl gar zu dürftig ausgefallen. — Der Schlußabschnitt bringt statt einer Zusammenfassung der Staatsideale unserer Klassiker, wie man es wohl erwarten könnte, eine Darstellung der eigenen Ansichten des Verf. Er will zwischen Recht und Sittlichkeit die innigste Verbindung, sucht den Gegensatz zwischen Naturrecht und positivem Recht zu beseitigen und erblickt die höchste Aufgabe des Staates in der Erziehung zur Humanität.

Wien. AD. MENZEL.

EDUARD BERNSTEIN, Die Arbeiterbewegung. Frankfurt a. M., Rütten & Loening 1910. 8°. 203 S. (3 M.)

ADOLF WEBER, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Versuch einer systematischen Darstellung mit besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen deutschen Verhältnisse. Tübingen, Mohr 1910. gr. 8°. XVI — 579 S. (12 M.)

Charles W. Eliot, The future of trades-unionism and capitalism in a democracy. New York, Putnam 1910. 8°. 128 S. (1 Doll.)

Die propagandistischen Schriften der Vorkämpfer der heutigen Arbeiterbewegung, ihre oder ihrer Darsteller und theoretischen Kritiker, bilden heute den Gegenstand der Geschichtschreibung; die literarischen Erzeugnisse unserer Generation werden der zukünftigen Geschichtschreibung Stoff bieten. Von diesem Gesichtspunkte aus scheint es wenig Berechtigung zu haben, in dieser historischen Zeitschrift die drei genannten Bücher zu besprechen. Nimmt auch in denen Webers und Bernsteins die Schilderung des Werdeganges der heutigen Arbeiterbewegung einen mehr oder minder großen Raum ein, so behandeln sie doch vorwiegend Kämpfe der Gegenwart; die Schrift des Amerikaners Eliot gar ist rein propagandistisch. Es scheint aber nicht, als ob die zeitliche Entfernung vom Forschungsobjekt die Objektivität des Historikers verbürgen würde. Diese ist vielmehr eher durch individuelle geistige und gemütliche Anlage als durch äußere Umstände bedingt. Abstammung, Parteistellung, Vorbildung usw. verschieben den Blick selbst für die fernsten Ereignisse, und in der Geschichtswissenschaft sind einander sich deckende Anschauungen und Urteile ebenso selten, wie auf dem Kampffelde der heutigen Gesellschaftswissenschaft oder Politik. So möge es denn erlaubt sein, hier auch über Lebende zu referieren.

Dieses scheint in concreto um so mehr angebracht, als alle drei Schriften ganz charakteristische Erscheinungen von Richtungen sind, die in der heutigen Arbeiterbewegung nach klarem Ausdruck ringen. So befremdend es im ersten Augenblick auch klingen mag, Namen wie Bernstein, Weber und den eines amerikanischen Universitätsprofessors in einen solchen Zusammenhang gebracht zu sehen, so ist die Sache gar nicht unbegründet. Unverkennbar steht die auf die sog. revolutionäre Periode der Arbeiterbewegung folgende, mit gesetzlichen Mitteln auf die Schaffung eines öffentlich und privatrechtlich gesicherten, relativen Gleichgewichtszustandes hinstrebende Gewerkschaftsbewegung heute vor einer schweren Krise. Die Ansätze zeigen sich vorerst in Amerika. Wir sehen die konzentrierte Großindustrie, die durch Ausschaltung der Konkurrenz nicht nur auf dem Arbeitsmarkt eine herrschende Stellung sich zu erringen im Begriffe ist, sondern auch auf dem Warenmarkt durch eine fast unbegrenzte Preistreiberei die Errungenschaften der Arbeiterbewegung stark in Frage stellt. Die Erhöhung der Warenpreise findet in anderen, der Vertrustung vorerst noch weniger heimgefallenen Ländern an der Konkurrenz eine Grenze; in den Vereinigen Staaten ist dieser Faktor auf vielen Gebieten beinahe völlig lahm gelegt. Es bleibt aber ein zweites — vorläufig und über gewisse Grenzen hinaus auch künftig unbesiegbares — Hindernis: die Kaufkraft und der Widerstand der Konsumenten. Angesichts desselben ist eine Profitsteigerung nur möglich durch Herabsetzung der Herstellungskosten. Hat man nun bisher dieses Ziel vornehmlich durch Ersetzung der lebendigen durch mechanische Arbeitskraft angestrebt, so wird jetzt der doch nicht entbehrliche Produktionsfaktor Mensch nach genau denselben Prinzipien mechanisiert wie die Maschine. Erst sehen wir eine Betriebsorganisation aufkommen, in der

alle leitende Arbeit, alle im Industriebetrieb nur entferntest geistige, schöpferische Tätigkeit aus der Werkstatt ausgeschieden und in das streng gesonderte Bureau verlegt wird, wo jede Phase des Produktionsprozesses genau vorgeschrieben und der Werkstatt nur die strikte Ausführung übertragen wird. Der ganze Verkehr wird schriftlich und durch Formulare abgewickelt, die den vielgeschmähten Bureaukratismus der öffentlichen Verwaltung in den dunkelsten Schatten stellen. Immerhin läßt dieses System dem Arbeiter wenigstens in der Ausführung einige Selbständigkeit: im Tempo der Arbeit, Bewegungen usw. Doch nicht für lange. F. W. TAYLOR, dessen Name heute einer der meistgenannten in Amerika ist, hat ein System eingeführt, „scientific management" heißt es, nach welchem ursprünglich nur die kleinsten Zeiteinheiten für die einzelnen, hergebrachten, gewohnten Bewegungen festgestellt und vorgeschrieben waren; später ging man daran, jede einzelne Teilarbeit erst durch scharfsinnige und geübte Ingenieure verrichten zu lassen, die das Minimum an Kraftaufwendung und die Art zu dessen Erzielung festzustellen haben. Diese Bewegungsstudien (motion study) liefern ganz unglaubliche Ergebnisse. F. B. GILBRETH bringt es zuwege, die notwendigen Bewegungen des Maurers von 16 auf 2 zu reduzieren usw. Die so vereinfachte, das Gelerntsein überflüssig machende, rationelle Arbeitsmethode wird nun für alle Arbeiter vorgeschrieben. Es leuchtet auf den ersten Blick ein, was all das für die Gewerkschaften bedeutet. Einerseits den Bankerott des Kollektivvertrags, der übrigens an den Toren des Großbetriebs auch bisher selten Einlassung gefunden hat, und die Konkurrenz der Legionen ungelernter Arbeiter, andererseits die wachsende wirtschaftliche und politische Macht des konzentrierten Kapitals. Kriegerischer denn je treten die Blätter und Agitatoren der mächtigen Unternehmerverbände auf; und auch auf Seite der Arbeiter entstehen der alten Gewerkschaftsbewegung Gegner, die neue Organisationformen und andere Kampfmethoden fordern. Die Krise ist da.

Von diesen neuen Entwicklungswahrscheinlichkeiten ist in den angezeigten Büchern vorerst allerdings noch keine Spur zu finden. Trotzdem kann man sie in eine Entwicklungsreihe stellen, die ihren logischen Abschluß in der von uns dargelegten neuen Phase findet.

Entspricht nämlich die Darstellung, die BERNSTEIN von der Arbeiterbewegung gibt, ziemlich genau der Stellung, die sie sich heute in der öffentlichen Meinung der vorgeschrittenen Gebildeten und Gelehrten errungen hat, so sehen wir in dem Buche WEBERS den ersten, größer angelegten Versuch, die Gesichtspunkte der erstarkenden Unternehmerinteressen in die wissenschaftliche Behandlung des Gegenstandes einzuführen. Diesen Versuch braucht der Amerikaner ELIOT gar nicht mehr zu machen; mit einer unbesorgten, oft naiv klingenden Aufrichtigkeit stellt er die Gewerkschaftsbewegung in Gegensatz zur Demokratie und identifiziert das Kapital schlangweg mit den Postulaten des Fortschritts. Macht W. noch Vorbehalte, wägt er noch beide Parteien vorsichtig ab, so kündet sich in dem selbstverständlichen Ton des Amerikaners das siegreiche Vordringen des vertrusteten Großkapitalismus an. Wir nehmen sie der Reihe nach vor.

1. B.s Schrift zeigt alle Vorzüge dieses Schriftstellers. Trotz seiner Parteistellung immer streng sachlich, mit einem offenen, aufs Tatsächliche gerichteten Blick, ohne Übertreibungen, ja vielleicht gar zu gerne geneigt, Zukunftsmöglichkeiten weniger Kredit einzuräumen, als selbst die allerpositivste Wissenschaftlichkeit gestatten würde, beherrscht er seinen Stoff mit mehr Wissen, als eine lückenlose, klare und einwandsfreie Darstellung erfordert, aber mit weniger Phantasie, als daß man sich an ihr erwärmen könnte. Mit diesen Eigenschaften ist er der berufenste literarische representative man der heutigen deutschen Arbeiterbewegung.

Er beginnt mit der Bestimmung des Begriffes Arbeiterbewegung und es ist, gegenüber der Konfusion, die in dieser Hinsicht noch vielfach herrscht, durchaus richtig, wenn er sie von den mittelalterlichen, zünftlerischen Gesellenbewegungen, denen kein proletarisches Klassenempfinden zugrunde lag, streng scheidet.

In der vorgeschrittenen Epoche gesellen sich noch andere Merkmale dazu: Eigene politische und sozialpolitische Tendenzen, Verzichtleistung auf produktiv-wirtschaftliche Experimente, und Akzeptierung des Großbetriebes als der normalen Wirtschaftsform. Es werden die ersten Formen beschrieben, die die Arbeiterbewegung auf dem Wege zu ihrer heutigen Stufe der Reihe nach durchgemacht hat: die utopistische Sektiererei, die revolutionäre Sektiererei, die Assoziationen und die Koalitionen. Dieser Teil gehört in seiner Klarheit und Knappheit zu den besten des Buches. Von den Koalitionen entwickelt sich die Arbeiterbewegung zu ihren heutigen Formen, deren vorgeschrittenster Typus der Verf. in der deutschen erblickt; so wird denn die Organisation und die Tätigkeit der „Arbeiterbewegung als Partei“ d. h. der Sozialdemokratie, „als vorgeschrittene Koalition“, d. h. der Gewerkschaften, schließlich „als Organ der Verwaltung“ geschildert. Der Rest des Buches, kaum weniger als die Hälfte, ist dem Recht und der Ethik der Bewegung gewidmet.

Es entspricht durchaus den heute grundlegenden Tendenzen und Bestrebungen der deutschen Arbeiterbewegung, daß B. diese Fragen mit besonderer Sorgfalt herausarbeitet, indem er eine scharfe Scheidelinie zieht zwischen dem von allen hergebrachten gesellschaftlichen, sittlichen und moralischen Banden losgelösten Proletarier des Kommunistischen Manifestes und dem im Staatsleben und in der Kultur der bürgerlichen Gesellschaft mitschaffenden organisierten Proletariat. Indem er an dessen positiven Tätigkeit in Staat, Gemeinde und sozialpolitischen Selbstverwaltungskörpern nachweist, daß nur eine, von der Möglichkeit positiver Mitarbeit ausgeschlossene Klasse — jede Klasse — gesellschaftsfeindlich sein kann, hingegen die Arbeiterbewegung heute schon ein Faktor der Kraft des Staates geworden ist, trägt er nur seinen Teil bei, um die noch starken Vorurteile zu zerstreuen, die im halbabsolutistischen Deutschland mehr denn anderwärts dem Vordringen der Arbeiterbewegung in die leitenden Stellungen der Staats- und Verwaltungsmaschinerie im Wege stehen. Ohne Zweifel ist die deutsche Sozialdemokratie — getragen durch die deutsche Gewerkschaftsbewegung — auf dem besten

Weg, in demselben Sinne „Verantwortung tragendes“ Organ des demokratischen Staates zu werden, wie die französische, italienische, englische Arbeiterbewegung. B. macht bei der Behandlung der zentralistischen und föderalistischen Tendenzen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung die sehr treffende Bemerkung, „daß in bezug auf das Verhältnis von Mehrheitsrecht und -Pflicht der Unterwerfung die Bewegung in allen Ländern, so verschieden auch die Ausgangspunkte sind, einem funktionellen Gleichgewichtszustand zustrebt, der jedesmal bestimmt wird durch den Höhenstand der Gesamtentwicklung. Man darf sich nur nicht durch die äußeren Formen täuschen lassen.“ (S. 164.) Das ist sehr richtig, kann aber noch ergänzt werden. Man darf sich auch durch Worte und Gesten nicht täuschen lassen. Keinem aufmerksamen Beobachter des französischen Syndikalismus kann es z. B. entgehen, daß er trotz der individualistisch-revolutionären Phraseologie mancher ihrer Führer (von dem angeblichen „geistigen Vater“ Sorel garnicht zu reden) dem deutsch-englischen Typus ganz konsequent immer näher kommt. Ebensowenig bedeutet die noch immer starke Mehrheit der sog. Radikalen auf den Kongressen der deutschen Sozialdemokratie irgendwie eine funktionelle Verschiedenheit dieser Partei gegenüber der französischen oder englischen. Ist erst die deutsche Demokratie so weit wie die englische oder französische, so wird auch die deutsche Sozialdemokratie so weit kommen, und sie ist heute gar nicht weniger „praktisch“, als sie nur sein kann. Denn es gehört zum Wesen jeder Massenbewegung, daß sie auf die Dauer nur „praktisch“ d. h. gegenwärtigen Interessen dienend sein kann. Ob freilich die von B. nicht nur festgestellte, sondern auch sehnlichst gewünschte Mitarbeit sich „immer wieder in der gleichen Richtung“ fortentwickeln wird, ob tatsächlich „nur seichte Köpfe heute noch davon träumen können, daß ein wirkliches ‚Rückwärts‘ der Arbeiterbewegung möglich ist“ (S. 200), das erscheint uns, nach dem, was wir einleitend vorausgeschickt haben, keineswegs so sicher. B. ist noch genug „Marxist“, um die Wirkung technischer und organisatorischer Umwälzungen in der Volkswirtschaft auf die soziale und politische Struktur der Gesellschaft würdigen zu können; und wir glauben, daß auch die deutsche Arbeiterbewegung sich bald zu einer neuen Orientierung in dieser Richtung wird bequemen müssen.

2. Weniger zuversichtlich als Bernstein, sieht Weber der Zukunft entgegen. Bei einem Schriftsteller, der von einer entschiedenen Absage an die deutsche ethische Nationalökonomie ausgeht, ist das auch nicht weiter verwunderlich. Auch andere haben schon oft die Empfindung gehabt, als ob sie sich „um des lieben Friedens willen“ über tiefe und schwere Gegensätze allzu leicht hinwegsetzen würde. Man kann deshalb W. nur zustimmen, wenn er die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre neu formuliert. „Die wissenschaftliche Sozialökonomik — erklärt er S. IV — kann allgemeingültige Urteile über das Seinsollen im praktischen und politischen Leben nicht abgeben . . . Sie kann und muß aber mehr geben als sie bisher gegeben hat . . . Grade dadurch, daß die sozialökonomische Wissenschaft ihre eigenen Zwecke als Wissenschaft verfolgt, dadurch daß sie den bloß intellektuellen Besitz der

Wahrheit erstrebt, wird sie in ganz hervorragender Weise dem praktischen Leben nützlich sein können, weit mehr als heute, wo die Grenzen zwischen Wissenschaft und Politik von den sozialökonomischen Gelehrten nur allzuhäufig übersehen werden." Wenn das in abstracto durchaus richtig ist, so so muß man bei dem Umstande, daß es in Deutschland heute gerade die EHRENBERGsche Schule ist, die so auffallend die Objektivität der Wirtschaftswissenschaft fordert, Büchern gegenüber auf der Hut sein, die Objektivität so ausdrücklich betonen. Doch gibt sich W. alle Mühe, den Schein der Parteilosigkeit und Unvoreingenommenheit zu wahren und trägt zu allen Fragen ein reiches induktives Material zusammen, das jeden Leser in die Lage versetzt, seine Folgerungen zu kontrollieren.

Das W.sche Werk zerfällt in zwei Bücher. Das I., die Grundlegung, handelt erst von den Faktoren der sozialen Bewegung — Technik, Bevölkerung, Ideenumwälzung —, um dann auf den theoretischen Ausgangspunkt des Kampfes — Leistungen und Gegenleistungen der Volkswirtschaft — überzugehen. Die sozialen Leistungen der Arbeiter und der kapitalistischen Unternehmer werden einzeln beleuchtet. In einem dritten Abschnitt schließlich wird der tatsächliche Ausgangspunkt des Kampfes: die materielle und rechtliche Lage der Arbeiter in Deutschland, eingehend beschrieben. Das II. Buch bildet den eigentlichen Kern des Werkes. Es handelt vom Kampf. Und hier ist es besonders der erste, „der Aufmarsch der Parteien" betitelte Abschnitt, der für diese Zeitschrift hauptsächlich in Betracht kommt, in dem sehr eingehend (S. 192/355) sowohl die Gewerkschaften als auch die Arbeitgeberverbände in ihrem Werdegang und ihrer gegenwärtigen Bewegung und Verfassung geschildert werden. — Im zweiten Abschnitt: „Der Zusammenhang in den Organisationen" (S. 356/444), finden wir eine eingehende Darstellung all der Probleme, die gerade in jüngster Zeit Theoretiker und Praktiker der Gewerkschaftsbewegung lebhaft beschäftigen: die Psyche der Massen; das Prinzip der Demokratie und das Beamtenelement in den Gewerkschaften; das differenzierte Gewerkschaftsinteresse; das Unterstützungswesen usw. — Unter dem Titel „Die Kampfmittel", (S. 445/526), werden im dritten Abschnitt behandelt: die Kampfmittel erst der Arbeiter — Entziehung der Arbeitskraft und der Kaufwilligkeit (Boykott) —; so dann der Arbeitgeber — Entziehung der Arbeitsgelegenheit und Forderung der Arbeitswilligkeit; endlich als beiderseitiges Kampfmittel der Arbeitsnachweis. — Nach einer mehr theoretischen Betrachtung über „die Wirkungen des Kampfes" (S. 527/566) schließt der Verf. mit Ausblicken in „Die Zukunft."

Trotz seines Strebens nach Objektivität ist es W. nicht immer gelungen, den Eindruck zu verwischen, daß er auf Seiten der Arbeiter den Schatten williger wahrnimmt als bei den Unternehmern. Im einzelnen ließe sich das an vielen Stellen nachweisen. Mehr aber als einzelne Beispiele, über die uns zu verbreiten der Rahmen dieser Zeitschrift verbietet, beweißt das der Sehlußakkord, der auch die Tendenz des ganzen Werkes illustriert. Ganz im Gegensatz zu BERNSTEIN, schließt W. damit: es bestehen keine Hoffnungen auf einen möglichen Friedensschluß; immer weitere Kreise würden in den Kampf hineingezogen werden; noch

größere Opfer als die Gegenwart würde die Zukunft fordern — „einer irrigen Theorie wegen“ (S. 566). Die Arbeiter wollten den Frieden nicht, „weil er im Widerspruch steht mit ihrer Theorie“ (S. 572). Und so gäbe es „nur ein Mittel, mit dem es möglich sein mag, einen Ausgleich zu finden, einen sozialen Frieden anzubahnen: Klare und unbefangene Erkenntnis des volkswirtschaftlichen Seins und Werdens!“ (S. 575.) W. mag noch so pessimistisch über die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Arbeiterbewegung denken; der Glaube, daß eine Theorie die riesenhaften Kämpfe verursachen könnte — eine Theorie zumal, die ja bekanntlich der mit genau denselben Mitteln und für dieselben Ziele kämpfenden englischen oder amerikanischen Gewerkschaftsbewegung durchaus mangelt – und daß richtige Erkenntnis einen solchen Kampf eindämmen könnte, wirkt in einem Buche, das die technischen, demographischen und ökonomischen Faktoren der Arbeiterbewegung sonst nicht wenig zu würdigen versteht, wie eine Naivität. Glaubt W. vielleicht, daß die $1^1/_2$ Millionen der von Gedankenblässe wirklich nicht angehauchten Mitglieder der American Federation of Labor seit 30 Jahren, die 2 Millionen, ach so hausbackenen und theoretisch unschuldigen englischen Organisierten seit zwei Menschenaltern „einer Theorie wegen“ jährlich Millionen und Abermillionen Mark Arbeitslöhne aufs Spiel setzen? Für Deutschland, für das „Volk der Denker“, könnte ja ein solcher Beweggrund immerhin noch angenommen werden. Aber sagt der Verf. nicht selbst vom Marxismus: „Und trotz alledem, der Theorie, die dauernden Wert behalten will, nützen alle Zufallsstützen auf die Dauer nichts, wenn ihr das starke Fundament der Wahrheit fehlt?“ (S. 77.) Das ist durchaus richtig.

Und deshalb ist es nicht die Theorie der Arbeiter, sondern die Theorie des Verf. von der Aussichtslosigkeit der Gewerkschaftsbewegung (eine Theorie übrigens, die er mit einigen der allerorthodoxesten sog. Marxisten teilt), die uns brüchig scheint. Denn es gibt für eine soziale Theorie keinen gültigeren Wahrheitsbeweis, als die Wirklichkeit, die Praxis. Und daß die Gewerkschaftsbewegung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt lebt und wächst, scheint uns ein zureichender Beweis ihrer wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeit und Nützlichkeit.

Trotz all dem und trotz vieler ähnlicher Voreingenommenheiten zählt W.s Buch doch zu den besten Handbüchern der Arbeiterfrage, ist es ein richtiges Nachschlagebuch.

3. Das Büchlein des gewesenen Präsidenten der Harvard Universität besteht aus zwei Festvorträgen über die Zukunft der Gewerkschaften und des Kapitalismus in der Demokratie. Dem Verf. fällt es gar nicht ein, daß die Zukunft der Demokratie selbst ein Problem darstellen könnte, er merkt nicht — oder scheint nicht zu merken — daß umgekehrt die amerikanische Demokratie im Zeitalter der Gewerkschaften und des Kapitalismus eine grundlegende Umwandlung erfährt. Er geht einfach von dem Begriff der Demokratie aus, wie er uns etwa in der Verfassungsurkunde der Vereinigten Staaten entgegentritt. Objekt und Zweck der Demokratie sind: „Freiheit und angemessene Möglichkeit für den Einzelnen, weite, doch nicht gleiche Verteilung

des Eigentums und die ungehinderte Verfolgung der dauernden Lebensbedürfnisse" (S. 7). Er findet, daß das Aufkommen der großen Monopole: Arbeitsmonopol einerseits, Kapitalmonopol andrerseits, mit dem demokratischen Ideal in Widerspruch steht, und untersucht die Frage, wie die Demokratie, indem sie „unvermeidliche" Monopole regelt, die andern daran hindern könnte, die Produktion zu beschränken und die Preise ohne Rücksicht auf die Gesellschaft zu erhöhen.

Zeigt er sich so in der Einleitung als gleichen Gegner sowohl der Arbeitsals auch der Kapitalmonopole, so gleitet er in weiterer Folge unbemerkt auf einen Standpunkt hinüber, der nichts anderes bedeutet, als daß alles, was die Gewerkschaften tun, antidemokratisch ist, und daß es die Trusts sind, die wenn sie nur einige unschuldige Reformen an sich vornehmen, die Demokratie repräsentieren. Nichts von dem, was den wesentlichen Inhalt der Funktionen der Gewerkschaften macht, findet vor seinen Augen Gnade. Die Beschränkung der Lehrlingszahl, die Opposition gegen die Gewerbeschulen, die Verlängerung der Lehrlingszeit, die Erschwerung des Sichselbständigmachens, die Grenzstreitigkeiten usw. sind allerdings mehr zünftlerische und von der vorgeschrittenen europäischen Gewerkschaftsbewegung mehr oder minder aufgegebene Kampfmittel. Sie sind aber nicht weniger „demokratisch", als etwa die Forderung der „ungehinderten Verfolgung der dauernden Lebensbedürfnisse" ist. Geht man aber davon aus, daß jede Kampfgenossenschaft die individuelle Freiheit ihrer Mitglieder in großem Maße beschränkt und daß deshalb Gewerkschaftswesen und Demokratie sich widersprechen, so wird man die eigentlichen gewerkschaftlichen Kampfmittel: Streik und Boykott, die Weigerung mit Nichtorganisierten zu arbeiten (closed shop), die Gewerkschaftsmarke (union label) und — nicht zuletzt — die willkürliche Beschränkung der Arbeitsleistung als die eigentlichen Verstöße gegen die Demokratie auffassen. E. findet auch nicht genug Worte gegen diese „degenerierenden" Lehren und Praktiken. Er fordert vorerst die Konsumenten zum Kampf auf, und es ist sehr bezeichnend, wie er u. a. die häufige Anrufung der bewaffneten Macht gegen Streikende begründet: „Bei der Unterdrückung von öffentlichen Ruhestörungen jeder Art wird eine demokratische Regierung oft schneller und strenger zur bewaffneten Macht greifen, als es eine despotische oder aristokratische Regierung wagen würde; u. zw. deshalb, weil die bewaffnete Macht selbst eine demokratische Macht ist, die sich auf die Sympathie und Mithilfe des großen Teiles des Volkes stützt" (S. 49). Er fühlt aber selbst, daß diese und ähnliche Mittel (Gesetzgebung usw.) nicht genügen, und wendet sich an die Korporationen um Abhilfe.

Was verlangt die Demokratie „von ihren Kapitalisten?" (S. 73). Sicherlich, E. setzt auch an ihnen manches aus. Sie sollten: das autokratische und feudale Ideal verlassen und ihren Arbeitern Schutz gewähren; das Recht des Einzelnen dem Gemeinwillen unterordnen nnd die Lebensmittel und Waren nicht verfälschen; die Lebensverhältnisse ihrer Arbeiter verbessern, sie erziehen usw. All das ist aber nichts gegen die wichtigste Forderung: „Die Demokratie verlangt vom Kapital immer deutlicher und deutlicher,

erstens, daß es kein Monopol für sich suchen soll, und zweitens, daß es den verschiedenen Arten von Arbeitsmonopolen widerstehe, die der Tradesunionismus zu schaffen liebt. Denn jedes Arbeitsmonopol verkürzt ernstlich die gebührende Freiheit des einzelnen Arbeiters". Und nun folgt der köstlichste Ausspruch, der nur im Munde eines Amerikaners ernst klingen kann: „Mehr und mehr erkennt das Kapital in diesem Land die Gerechtigkeit dieser Forderung der Demokratie" (S. 79). Dasselbe Kapital, das in der Erklärung des Präsidenten des Stahltrusts die „wahre demokratische Lehre des Wettbewerbes gegen Monopole anerkennt" und damit „eine schlagende Manifestation der Wirkungen der Demokratie auf den Kapitalismus liefert" (S. 82), erfüllt somit „die wieder und wieder betonte Forderung der demokratischen Gesellschaft, daß das Kapital sie in ihrem Kampf gegen die Arbeit unterstützen müsse" (S. 83).

Und nun folgt eine Aufzählung dieser Kampfmittel der Unternehmer gegen ihre Arbeiter, mit einer ungeschminkten Offenheit, wie man sie in Europa, und gar im Namen der Demokratie, selten hört. Die vielgerühmten Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen werden u. a. hier ganz offen als Kampfmittel enthüllt. Von den Gartenstädten z. B. heißt es: Die weite Verteilung der mechanischen Kraft durch Elektrizität, der allgemeine Gebrauch der Telegraphie und des Telephons erlauben dem Unternehmer, seine Fabrik außerhalb der Stadt zu verlegen. „Eine aufs Land verpflanzte Arbeiterbevölkerung ist viel mehr zur Unabhängigkeit und Genügsamkeit geneigt, und ist an ihren Wohnort viel anhänglicher, als eine in Mietwohnungen und Stadtstraßen gedrängte. Das Zerstreuen einer industriellen Bevölkerung über große Gebiete unter der Führerschaft von kapitalistischen Assoziationen wird im Laufe der Zeit einen starken Wall gegen Arbeitsmonopole bilden" (S. 11). — In diesem Tone geht es fort über alle anderen Kampfobjekte und Probleme der Arbeiterbewegung: Kapitalismus ist = Demokratie.

Bernard Shaw sagt irgendwo, Amerika sei ein freies Land, denn jeder amerikanische Bürger habe das Recht, die Freiheit der anderen zu unterdrücken. E. scheint anderer Meinung zu sein: Amerika ist ein freies Land, so lange jeder, der Besitz hat, die Freiheit der Besitzlosen unterdrücken kann. Daß es aber der Rektor einer der angesehensten Universitäten des Landes ist, der die Identität von Trustismus und Demokratie im Tone der größten Selbstverständlichkeit verkündet, ist ungemein bezeichnend für die überragende Macht des Großkapitalismus in der amerikanischen Gesellschaft. Ob auch dieser „Demokratie" gegenüber der soziale Optimismus stand hält?

Budapest. ERWIN SZABÓ.

MAX QUARCK, Soziale Kämpfe in Frankfurt a. Main vom Mittelalter bis an die Schwelle der großen Revolution. Frankfurt a/M. Buchhandlung Volksstimme 1910. gr. 8°. 38 S.

Zu dem stattlichen Buche von H. WENDEL über Frankfurts Entwicklung von 1789 bis 1866, das ich jüngst hier (I. Bd. S. 166ff.) angezeigt habe, bietet WENDELS Parteigenosse in einem schmalen Heft eine Art Vorspiel.

Das Heft gibt beinahe unverändert Vorträge wieder, die sich an ein ganz breites, nur elementar gebildetes Publikum gewandt haben. Diese Entstehung rechtfertigt viel: die Dinge werden vereinfacht, Gleichartiges wird praktisch zusammengerückt, Anspielungen auf Aktuelles werden nicht verschmäht, selbst wenn sie mehr verdunkeln als erhellen. Trotzdem kann auch der Gelehrte aus diesem Versuch lernen, und der Nutzen lockt ihm Anerkennung ab. Denn die energisch-scharfe Art, in der Qu. die Geschichtsauffassung seiner Partei am lokalen Objekt in Anwendung bringt, wirkt hier nicht so verletzend einseitig wie sonst, weil dieses Objekt — das geschichtliche Frankfurt — in seinem Dasein eben immer durch die wirtschaftlichen Momente maßgebend bestimmt war. Der wichtigste Gegensatz, den der Verf. eindringlich erfaßt hat, ist der von Stadtjunkern und Kleinbürgern, Grundbesitzergeschlechtern und Handwerkerorganisationen. Vier Stufen hatte der dauernde Machtkampf dieser Gruppen. Die erste fällt in die Mitte des 14. Jahrhunderts: für kurze Zeit bemächtigen sich die Zünfte des Stadtregimentes, ein für ganz Deutschland typischer Vorgang, der von dem Verf. mit allgemein wirksam historischen Mächten der Epoche in Verbindung gebracht und dadurch hätte erklärt werden sollen. — Die kausalen Bedingungen der drei anderen Stufen sind rein frankfurtisch; die Reformation brachte flüchtende Niederländer in die Stadt und durch sie die Anfänge einer großindustriellen Entwicklung. Dank der Engherzigkeit der Herschenden und der Eifersucht der Zünftigen bedeutete das nur eine Episode: Frankfurt blieb eine altmodische Landstadt, deren Bevölkerungsmasse handwerklich verknöcherte und deren obere maßgebende Schicht, aufgeblasen und hochmütig wie sie war, ihren durch Landbesitz begründeten Reichtum durch gutangelegte Zwischenhandels- und Geldgeschäfte kapitalistisch vermehrte.

Der Fettmilch-Aufstand von 1612 vermochte diese Verhältnisse nur für kurze Zeit zu erschüttern, nicht zu verändern. Eine Modifikation trat schließlich Anfang des 18. Jahrhunderts ein durch die Bewegung, die Qu. die kleinbürgerliche Revolution nennt. Bis auf den heutigen Tag sind diese Vorgänge im Dunkel geblieben. Die maßgebenden Personen haben im Bewußtsein der unwürdigen Rolle, die damals die herrschenden Geschlechter spielten, die betreffenden Akten bis 1866 verborgen. Und erst jetzt sollen die Vorgänge wissenschaftlich erforscht und behandelt werden. Will man sie vorläufig im Zusammenhang der Entwicklung charakterisieren, so läßt sich etwa sagen, daß damals die neuen bürgerlichen Elemente, die aus den handwerklichen Sphären emporgestiegen waren, also Kaufleute, Doktoren, Juristen, sich von den alten Patriziern Anteilnahme an den Geschäften erzwangen. Sie erreichten dieses Ziel, weil die Finanzwirtschaft der Geschlechter erbärmlich war und hier Ordnung geschaffen werden mußte. Es handelt sich also um eine Erweiterung der aristokratischen Oberschicht, nicht um eine prinzipielle Umwandlung der hergebrachten Zustände etwa im Sinne moderner Selbstverwaltung, wie Verf. es ansieht. — Endlich muß auch die Manier, mit der Goethe, der Schneiderenkel und der Sohn des eigensinnigen kaiserlichen Rats als der „aristokratische Führer der deutschen Kunstrebellion" in Gegensatz zu Schiller, dem „plebejischen" gestellt wird, als nicht sehr glücklich bezeichnet werden.

Freiburg i/Br. Veit Valentin.

A. BARDOUX, G. GIDEL, KINZO GORAI, G. ISAMBERT, G. LOUIS-JARAY, A. MARVAUD, DA MOTTA DI SAN MIGUEL, P. QUENTIN-BAUCHART, M. REVON, A TARDIEU, Le socialisme à l'étranger. Avec une préface de ANATOLE LEROY-BEAULIEU et une conclusion de JEAN BOURDEAU. Paris, Alcan 1908. 12°. VII—420 S. (3,50 Fr.)

VICTOR CATHREIN, S. J., Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit. 10. Aufl. Freiberg, Herder 1910. 8°. XVIII—520 S. (5 M.)

HENRY JOLY, L'Italie contemporaine Enquêtes sociales. Paris, Bloud & Co. 1911. 12°. VII—315 S. (3,50 Fr.)

A. LANZILLO, Le mouvement ouvrier en Italie. Traduit par S. Piroddi. Paris, Rivière & Co. 1911. 61 S. (0,60 Fr.)

PAUL LOUIS, Histoire du mouvement syndical en France 1789—1910. II[e] édit. Paris, Alcan 1911. 12°. VIII—283 S. (3,50 Fr.)

CHARLES VÉRECQUE, Dictionnaire du socialisme. Paris, Giard & Brierè 1911. 12°. 502 S. (5 Fr.)

GEORGES WEILL, Histoire du mouvement social en France, 1852—1910. II[e] édit. refondue. Paris, Alcan 1911. 8°. III—531 S. (10 Fr.)

ALEXANDRE ZÉVAÈS, Histoire des partis socialistes en France, publiée sous la direction de. Paris, Rivière & Co. seit 1911: I. A. CHABOSSEAU, De Babeuf à la Commune. 88 S.; II. ALEXANDRE ZÉVAÈS, De la semaine sanglante au Congrès de Marseille (1871—1879). 88 S.; IV. SYLVAIN HUMBERT, Les Possibilistes. 88 S.; VI. CHARLES DA COSTA, Les Blanquistes. 69 S.; VIII. ALBERT ORRY, Les Socialistes Indépendants. 82 S. (jeder Band 0,75 Fr.).

Das an erster Stelle genannte Sammelwerk ist nach der Absicht des Herausgebers, des Direktors der Pariser „École des Sciences politiques“ LEROY-BEAULIEU, vornehmlich für das französische Publikum bestimmt. Es soll dasselbe mit der Tatsache vertraut machen, daß die Bestrebungen in der Richtung der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung sich durchaus nicht auf die eigene Demokratie beschränken, sondern daß eine gleichartige Bewegung allüberall in der weiten Welt sich vollzieht, in Europa sowohl wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und daß sie bereits über die weiße Kulturmenschheit hinaus auch den mongolischen Kulturkreis erfaßt hat. LEROY-BEAULIEU wirft bei dieser Gelegenheit seinen Landsleuten vor: gerade sie seien in die Vorstellung eingesponnen, daß Frankreich eine Welt für sich, mit eigenen Daseinsbedingungen bilde, und ihr Unvermögen, über die Landesgrenzen hinauszublicken, enge ihren geistigen Horizont ein und verleite sie zu falschen Urteilen über die in der Gegenwart universell lebendigen sozialen, wirtschaftlichen und zuletzt auch politischen Kräfte, sowie über deren Verknüpfung mit der Vergangenheit und Wirken an der Zukunft. Dieser Vorwurf ist gewiß gerechtfertigt. Nur richtet er sich nicht allein an die Adresse der Franzosen. Auch in anderen Ländern steht es nicht besser. Bücher wie das angezeigte — das die Entstehung und den bisherigen Ablauf der sozialistischen Bewegungen in England, Deutschland, Österreich-Ungarn,

sichtigt werden, die der „Parti unifié" angehören. Außerdem aber bringt es auch noch eine bequeme Zusammenstellung der Parteiprogramme und Beschlüsse seit 1898, die schließlich die Vereinheitlichung der früher so zersplitterten sozialistischen Bewegung gezeitigt haben. Wer sich für die französische Parteigeschichte interessiert, findet also das Material aus den letzten anderthalb Jahrzehnten übersichtlich beisammen. Allerdings auch nicht mehr. Denn neben den Artikeln: „Comité d'entente socialiste" (S. 79/87), „Congrès des organisations socialistes françaises" (S. 104/124), „Parti ouvrier français" S. 283/295), „Parti socialiste de France" (S. 327/358), „Parti socialiste français" (S. 358/394) und „Parti socialiste. Section française de l'Internationale ouvrière" (S. 297/327), vermißt man ähnliche Materialübersichten auch für die anderen Teilparteien, aus denen der gegenwärtige Gesamtorganismus erwachsen ist.

Kurzum, V. hätte sein Buch nicht „Dictionnaire du socialisme" überschreiben sollen, sondern „Dictionnaire du socialisme français unifié". Gewiß, auch dieser Titel wäre ungenau, weil zu eng dann, aber genauer doch als der gegenwärtige.

In der These enger als beim VÉRECQUEschen Wörterbuch, tatsächlich aber weiter gezogen ist der Rahmen der „Histoire des partis socialistes en France" (8), die unter Leitung von ZÉVAÈS erscheint und von der bisher 5 Bändchen herausgekommen sind — auf 12, auf die das ganze Werk berechnet ist. In den zwei ersten behandeln CHABOSSEAU und ZÉVAÈS selbst die Entwicklung des Sozialismus und der Sozialdemokratie in Frankreich von BABEUF bis zum Marseiller Kongreß vom 20.–31. Oktober 1879, auf welchem erstmals wieder nach der Niederwerfung der Kommune der Kollektivismus innerhalb der neuerwachten französischen Arbeiterbewegung siegreich vordrang und die Gründung der „Fédération du parti des travailleurs socialistes de France" sich vollzog. Damit setzt dann jene Entwicklung ein, die auf dem Pariser Kongreß vom 23.—25. April 1905 mit dem Zusammenschluß der militanten Sozialisten zur Einheitspartei, die „programmatisch nicht eine Reform-, sondern eine Klassenkampf- und Revolutionspartei sein will", ihren Höhepunkt erreicht. Diese selbst soll in einem besonderen Bändchen behandelt werden (VII), das zu schreiben J. L. BRETON übernommen hat. Sonderdarstellungen werden auch gewidmet der Geschichte der Guesdisten (III, von ZÉVAÈS), der Possibilisten (IV, von HUMBERT), der Allemanisten (V, von MAURICE CHARNAY), der Blanquisten (VI, von DA COSTA), aber auch der Gruppe der „Unabhängigen Sozialisten", die im wesentlichen den Anschauungen des MILLERANDschen „reformistischen Sozialismus" huldigt (VIII, von ORRY), den Kommunistischen Anarchisten (X, von A. IBELS) und der Gewerkschaftsbewegung (IX, von MARIUS ANDRÉ. In einem letzten Heft will sodann der Herausgeber die Schlußergebnisse zusammenfassen.

Eine Parteigeschichte im doppelten Sinne! Im ganzen von Parteiangehörigen geschrieben, sind auch die einzelnen Partien Schriftstellern anvertraut, die den von ihnen zu schildernden Sondergruppen noch zugehören oder früher angehört haben. Das bleibt natürlich nicht ohne Einfluß auf die

Art, in der sie an den Stoff herantreten und ihn zu meistern versuchen, und zeigt sich auch in den schon ausgegebenen Bändchen, die insgesamt sehr frisch geschrieben sind — wohl auch gerade wegen der subjektiven Note, die in ihnen mitklingt. Was ihren Hauptwert bildet, ist das — vielfach sehr schwer zugängliche — Quellenmaterial, das sie ausgiebiger vorführen, als dies eine gesamtmonographische Darstellung vermöchte. Ich werde auf die Publikation, sobald sie abgeschlossen sein wird, noch ausführlicher zurückkommen.

Haben wir es vorstehend mit lauter Schriften zu tun gehabt, deren Gegenstand der Sozialismus bildet, so greift Georges Weills (6) vortreffliches, gleichermaßen durch Fülle und Zuverlässigkeit des Mitgeteilten, durch Übersichtlichkeit in dessen Anordnung, sowie durch strenge — allerdings nicht selten bis zur Nüchternheit sich steigernde — Sachlichkeit hervorragende Geschichtswerk weit darüber hinaus. Es will nicht bloß die sozialistische Bewegung Frankreichs während der zwei letzten Menschenalter in stetem Zusammenhang mit den ihr zugrundeliegenden und aus ihr herausgewachsenen Theorien erfassen, sondern in gleicher Art die soziale Bewegung überhaupt. D. h. sämtliche Bestrebungen zur Verbessernng des Loses der arbeitenden Klassen; mögen ihre Träger nun sein die Bourgeosie im Wege der Patronage, das Proletariat selbst vermittelst solidarischen Zusammenschlusses oder endlich der Staat mit seiner Gesetzgebung und Verwaltung. Der Nachdruck ruht hierbei natürlich auf den immer tieferen staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben und auf den proletarischen Organisationen behufs Eroberung der politischen Macht, also auf der Sozialdemokratie.

Die vorliegende zweite Auflage weist gegenüber der ersten, 1904 erschienenen, zahlreiche Ergänzungen auf, die dadurch notwendig geworden sind, daß die Darstellung nun bis zu den Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften von April-Mai 1910 fortgeführt wurde, und daß seit 1902 eine Reihe von Erscheinungen in den Vordergrund getreten sind, die vor acht Jahren noch wenig oder weniger entwickelt waren, vor allem der Syndikalismus. — Eine gut ausgewählte systematische Bibliographie (S. 506/513) und ein Namen-Index vervollständigen das Buch, das jedem wissenschaftlich arbeitenden ein willkommenes Hilfsmittel sein wird.

Eine zweite Auflage auch hat die Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung von Paul Louis (5) erlebt. Ich habe sie schon anläßlich des Erscheinens der ersten (1907) in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft", XI, S. 655, als sehr beachtenswert bezeichnet, namentlich auch die Ausführungen über den Syndikalismus. Dieses Urteil kann ich auch heute und mit noch größerem Nachdruck wiederholen. Die Bedeutung des Syndikalismus scheint mir der Verf. allerdings stark zu überschätzen.

Vom Boden Frankreichs weg nach Italien führen uns Joly (3) und Lanzillo (4).

Jener war von der Volkswirtschaftlichen Sektion der Académie des sciences morales mit der Untersuchung betraut worden „der Kämpfe zwischen Groß- und Kleingrundbesitz in Oberitalien, ihrer Ergebnisse sowie ihrer Rückwirkungen auf die Kriminalität", und hat sich dieser Aufgabe durch eine

Reihe von Abhandlungen entledigt, deren eine über sein eigentliches Thema hinausgreifend sich speziell mit den süditalienischen Verhältnissen beschäftigt und so ein wirksames Relief zu der Schilderung der norditalienischen bildet. Sie sind alle sehr lebendig und plastisch geschrieben und schildern nacheinander: die Kämpfe des Großgrundbesitzes in Norditalien (II); den Teilbau und Kleingrundbesitz in Oberitalien (III); die Preise und Löhne, sowie die Lebensbedingungen (IV); die süditalienischen Zustände (IX); die Entwicklung der Kriminalität im Norden Italiens (VIII); die Reformbestrebungen unter spezieller Rücksichtnahme auf die Kollektiv-Pachtverträge (V—VII) und schließlich den Stand des öffentlichen Geistes im italienischen Volk (I). Auch wer die katholisch-soziale Grundauffassung des Verf. nicht teilt oder sie sogar entschieden ablehnt, wird aus JOLYS Buch viele positive Belehrung und Anregung schöpfen — der negativen nicht zu gedenken.

LANZILLOS Schriftchen ist speziell der italienischen Arbeiterbewegung gewidmet. Bei seinem geringen Umfange kann von einer pragmatischen Geschichte derselben keine Rede sein. Auch hat der Verf. ebensowenig wie eine solche Vollständigkeit beabsichtigt. Setzt ja seine Darstellung erst mit der politischen und sozialen Krise von 1898—1904 ein! Er selbst ist revolutionärer Syndikalist nnd kritisiert daher heftig den Zustand der Zersetzung und des Niederganges, in dem sich die italienische Sozialdemokratie dank dem Reformismus, dem opportunistischen Moderatismus der der Bourgeosie entstammenden Berufspolitiker befinde, die in der Partei das große Wort führten. Nicht minder ablehnend aber steht er dem Syndikalismus gegenüber, der aus dem Gegensatz zu dieser Entwicklung erwachsen ist. Denn auch dieser sei in seiner gegenwärtigen Verfassung lediglich eine Bewegung von politischorientierten Intellektuellen, die von der Sozialdemokratie herkommend, nun mit deren Fehlern auch wieder die syndikalistischen Bildungen angesteckt und vergiftet hätten (S. 59). Was LANZILLO an Stelle des von ihm Bekämpften gesetzt sehen möchte, wird aber nicht klar. Auf die Mitwirkung von Intellektuellen zur Revolutionierung der Massen und innerhalb deren revolutionärer Organisation will er jedenfalls nicht verzichten, da er das italienische Proletariat für unfähig hält, sich selbständig zu konstituieren. Anderseits soll durch „revolutionäre Intransigenz“ mit dem „demokratischen Pazifismus“ aufgeräumt werden. Ein Mittel jedoch, die Intellektuellen fürderhin von der Hinneigung zu diesem demokratischen Pazifismus oder zu dessen offener Befürwortung zu heilen, weiß LANZILLO nicht anzugeben. So verschwimmt denn auch bei ihm, wie überhaupt beim revolutionären Syndikalismus, alles in fließenden Nebel.

Wien. CARL GRÜNBERG.

ROGER PICARD, La philosophie sociale de Renouvier. Paris, Marcel Rivière 1908. 8o. (6 frcs.).

CHARLES RENOUVIER, dessen schriftstellerische Wirksamkeit von den 40er Jahren des vorigen bis an den Anfang unseres Jahrhunderts reicht, ist auch außerhalb seiner französischen Heimat als erfolgreicher Anhänger des Kriti-

zismus bekannt. Er hat von kantischen Grundsätzen aus ein ausführliches System der Sozialphilosophie und Sozialpolitk entwickelt, das eine Mittelstellung zwischen altem Liberalismus und Sozialismus einnimmt und wegen ihres heute viel erörterten Verhältnisses zum Kantianismus besonderes Interesse erweckt. Sachlich und persönlich ist beachtenswert, daß RENOUVIER vor diesem Standpunkt strenger sozialistisch, dagegen später, bei zunehmendem Alter pessimistisch geworden, strenger individualistisch dachte. PICARD hat in dem angezeigten Buche diesen Teil seiner Lehren unter Berücksichtigung seiner Entwicklung in klarer Disposition erschöpfend dargestellt. Eine Kritik der Prinzipien war nicht beabsichtigt; doch spürt man überall, auch an gelegentlichen Beanstandungen, eine warmherzige Anhängerschaft.

P. beginnt mit einer Übersicht über die zahlreichen Werke RENOUVIERS und seine sehr geringe politische Tätigkeit. Die ersten Arbeiten tragen rein utopisch-sozialistischen Charakter, wurzelnd in dem Glauben an eine plötzliche Umwandlung des Menschengeschlechts. Die Approbation des „Manuel républicain" durch den Minister CARNOT i. J. 1848 trug nicht wenig zu seinem Sturze bei. — In den Untersuchungen der nachfolgenden Hauptwerke ist die Moral stets das wichtigste. RENOUVIER befehdet die Positivisten und Evolutionisten wegen ihrer Fortschrittsgesetze. Die moralische und soziale Natur des Menschen sind ursprünglich solidarisch; der primitive Mensch ist gut. Aber Autorität und Disziplin waren die Feinde seiner Freiheit; so trat die Entartung ein, deren Folge die ethische und alsdann ethnische Differenzierung war. Es gibt keinen ununterbrochenen Fortschritt, da das Individuum überall geopfert ist, die Herrschaft nach dem Gesetz der Succession wechselt, das RENOUVIER PLATOS bekannter Stufenfolge nachbildet. An sozialen Ursachen, bes. wegen der ungerechten Besitzverteilung, ist das Altertum zugrunde gegangen. Der Fortschritt, an dem man arbeiten und an dessen Möglichkeit man glauben soll, ohne seine Notwendigkeit zu behaupten, hat zum alleinigen Maßstab die Moral, der auch die Wissenschaft und Religion als regelmäßige Gegnerin der Selbstbefreiung untergeordnet sind. Das Sittengesetz, die Idee der Pflicht überhaupt, ist eine nicht empirische Tatsache, die man wie ihre Voraussetzung, die Freiheit, als subjektive Wahrheit, als unmittelbare Gewissenstatsache annehmen muß. Aus dem Willen der vernünftigen Wesen ist die Gesellschaft hervorgegangen, die also kein Naturprodukt ist. Deshalb bildet das Individuum die Elementarsphäre der Moral; hier lautet das Gesetz: bilde dich nach deiner Natur, von KANTS Imperativ nur durch die Abwehr der Gleichheit verschieden und mit ihm zum Postulat der Unsterblichkeit und des Daseins Gottes führend. In der höheren Sphäre der sozialen Moral geht das Gesetz auf die Verwirklichung der Gerechtigkeit, jedem das Seine zu gewähren, Rechte und Pflichten in Proportion zu setzen. Wahrheit und Freiheit treten an Stelle der Liebe; Arbeit ist nur ein anderes Wort für Pflicht. Neben der Gewissenssanktion steht jedoch merkwürdigerweise die des wohlverstandenen Interesses. Die reine Moral paßt indes nur für die gerechte Gesellschaftsverfassung; KANT hat die Leidenschaften nicht berücksichtigt, die im Zustand der wirklichen Verbindung die Modifikationen der angewandten Moral

erlauben. Grundlegend ist demnach die Unterscheidung zwischen dem Stande des Friedens und dem des Krieges. Der erste ist gleich der Verwirklichung aller Ideale, der Gesellschaft unbeschränkt freier Persönlichkeiten, während der zweite die tatsächlichen Verhältnisse umspannt und das fundamentale Recht der Verteidigung erzeugt. So entsteht eine Reihe von Regeln, nach denen nur nach Möglichkeit dem Ideal gefolgt zu werden braucht, nach der Richtung der größten Friedensverstärkung. Hieraus bildet sich das Recht i. eng. S., die Politik, die mit der angewandten Moral identisch ist und deshalb von der Gerechtigkeit bestimmt sein muß. Der Staat ist nur eines ihrer Instrumente, selbständig nur, sofern es diese ethische Beziehung nicht nur zwischen Individuen, sondern auch zwischen ihm und dem einzelnen gibt; er hat zwischen extremem Individualismus und Kommunismus zu vermitteln, ist aber doch nur im eigentlichen Sinne eine Versicherung auf Gegenseitigkeit als der Vollstrecker der Einzelwillen, die ihn gegründet haben und die das alleinige Subjekt der Rechte und Pflichten sind. Jedoch ist im Individuum seine soziale Natur einbegriffen. Deshalb ist die Freiheit des Eigentums einschließlich der der Produktion und Konsumtion ein persönliches Recht, während Handel und Verkehr, die Verteilung überhaupt, staatlich sind. Neben dem Recht auf physische und geistige Freiheit und andern durch den Staat eingeschränkten Rechten ist das wichtigste die Teilnahme an der Gesetzgebung. Da jeder die Moral kennt und infolgedessen auch die Politik, so ist die einzig gerechte Staatsform die demokratische Republik mit gleichem Stimmrecht; die politische Soziologie ist nicht nur Tatsachenwissenschaft, sondern stellt sich zugleich die ethische Aufgabe, alle nicht natürlichen Ungleichheiten zu beseitigen. Von der anfänglichen Idee der direkten Volksregierung ist Renouvier aus Furcht, die Volkssouveränität möchte im Sinne Rousseaus die individuellen Rechte aufheben, soweit abgekommen, daß er sich sogar für das indirekte Wahlrecht einsetzt, da so die Wahl moralischer zugehe. Das ursprüngliche Programm bezüglich der Exekutive ist dagegen aufrecht erhalten worden. Renouvier will eine Dezentralisation in staatliche und kommunale Funktionen; die ersteren werden anstatt von Ministern durch Komitees der Nationalversammlung ausgeübt, die zweiten durch den selbstgewählten Rat der möglichst kleinen Kommunen, bei denen der Präfekt die Zentralgewalt vertritt. Überall herrscht größte Öffentlichkeit. Die gesamte Rechtsprechung, auch die bürgerliche, geht auf das Volk über, womit der Berufungsapparat überflüssig wird. Die Strafe gründet sich nicht auf Prävention, sondern auf das Recht der Verteidigung, die Handlung des Verbrechers zu unterdrücken und Wiederherstellung zu verlangen; die moralische Besserung ist nicht Sache des Strafverfahrens. Wie Renouviers Individualismus, so erinnert auch sein Kosmopolitismus an das 18. Jahrhundert. Die wahre Heimat des Menschen ist die Moral; ein Krieg nur nach dem Recht der Verteidigung gestattet, das die Intervention zu Gunsten der gerechten Partei, selbst im innerstaatlichen Verhältnis, einschließt. Das Individuum hat gegen den ungerechten Staat das Recht der Auswanderung, des passiven Widerstandes und das, später allerdings geleugnete, der Revolution. Hinsichtlich der ökonomischen Soziologie

bekennt sich Renouvier zum socialisme libéral. Die Vorwürfe gegen den Kapitalismus sind die üblichen, aber nicht weniger stark ist der Kampf gegen den Sozialismus, der die Staatsautorität nicht vermeiden kann und, w. z. B. der Marxismus, materialistisch geworden ist. Renouviers Meinungen sind sehr von Fourier und Proudhon beeinflußt. Das Eigentum ist die Garantie aller Rechte, und deshalb mit seinen Konsequenzen, Zins und Erbrecht, gestattet; freie Assoziationen aller Art halten das Gegengewicht; starke Progressivsteuer und Krediterleichterung durch Genossenschaften mit Staatshilfe gleichen die Bedingungen des Aufsteigens aus. Die Republik erkennt zur Tilgung der dette sociale das Recht auf Arbeit an; das Grundeigentum kann bei schlechter Benutzung genommen werden; die Zirkulation muß nach Fouriers Kritik staatlich sein. Die Taktik zur Herbeiführung der Reform ist die Eroberung der politischen Macht. Die „Moral in der Demokratie" zeigt Renouvier als Anhänger der Monogamie bei freier Scheidung und Gleichheit der Geschlechter. Der Staat hat für seine Lehre zu kämpfen und feindliche Ansichten zurückzuweisen. So ist mit der Trennung von Staat und Kirche nicht genug getan; der Staat kann sich die seine Autonomie leugnende Doktrin des Katholizismus nicht gefallen lassen; die liberale Partei befindet sich gegenüber der theokratischen in der Defensive. Deshalb darf die Kirche nicht wie die Gewissen der einzelnen absolut frei sein; nichts in ihren Dogmen darf der öffentlichen Moral widersprechen. So ist der Unterricht nicht frei, sondern der weltliche des Staates für alle unentgeldlich und obligatorisch, während die religiöse Unterweisung Sache der Familie ist. Der Protestantismus hat dagegen auch in sozialer Beziehung Vorteile herbeigeführt. Alle Beschränkungen gelten natürlich nur für den Kriegszustand.

Daß Renouvier als Kritizist nicht Feind der Religion ist, beweist seine letzte Entwicklung. Er verzweifelt an der Möglichkeit, dem Ideale näherzukommen; das individuelle Heil, die Soziologie des Personalismus, wird wichtiger als die soziale Umwandlung. Sein Problem ist jetzt die metaphysische Bedeutung von Gut und Böse. Das irdische Leben ist eine Aussöhnung mit Gott, den der ursprünglich gute Mensch durch den Mißbrauch der Freiheit beleidigt hat; der Persönlichkeit, die sich gerechtfertigt hat, winkt die Unsterblichkeit, ein neues drittes Reich, während die andern auf immer vergehen. Die Bedeutung der Autorität kann nun besser gewürdigt werden.

Vielleicht wird man an Renouvier eine gewisse Weltfremdheit tadeln die große Rolle, die er den Assoziationen zuweist, als falsch, seinen teilweisen Sozialismus als ökonomisch nicht haltbar ansehen. Eine hier nicht zu erörternde Prinzipienfrage ist, ob der abstrakte Individualismus ethisch und soziologisch möglich ist. Hat ihn doch der Autor selbst in letzterer Hinsicht durch die Aufnahme der sozialen Natur in das Individuum fast verlassen. Doch hat Renouviers System durch sein heute allgemein geteiltes Streben, zwischen individueller Freiheit und sozialer Bindung einen versöhnenden Mittelweg zu suchen, prinzipiell und auch im Vorschlag seiner Mittel Anspruch auf große Bedeutung. Obwohl m. E. zwischen Tatsachen- und Normerkenntnis noch schärfer getrennt werden muß, sehe ich als das wichtigste an die

kritische Befehdung des naiven Fortschrittglaubens und die Strenge der Lehre, daß die Sozialreform wie die Politik überhaupt nicht aus Utilitarismus, sondern wenn auch unter Kompromissen mit der Wirklichkeit aus Gerechtigkeit fließen soll und erst zum Ziele gelangt, wenn nicht die Umstände, sondern die Menschen andere, bessere geworden sind. Die vortreffliche Darstellung PICARDS ist jedenfalls sehr verdienstvoll.

Bonn. EMIL HAMMACHER.

EDOUARD PFEIFFER, La société fabienne et le mouvement socialiste anglais contenporain. Paris, Girard & Brierè 1911. 170 S.

Die angezeigte recht interessante ausführliche Monographie über die fabische Gesellschaft und deren Beziehungen zur sozialistischen und Arbeiterbewegung Englands beruht auf mehrmonatlichen Studien im fabischen Archiv und auf Gesprächen mit Führern des englischen Sozialismus. Sie ist jedoch nur in den allgemeinen Umrissen zuverlässig. Denn dem Verf. eignet die unglückliche Gabe der Ungenauigkeit, und seine Darstellung ist daher zu beträchtlichem Teil völlig falsch. So hebt er z. B. die im Dezember 1910 für Wolwich erfolgte Wahl von WILL. CROOKS hervor, die in der Tat in den Annalen der Gesellschaft denkwürdig ist, weil sie die erste Gelegenheit war, bei der dieselbe offiziell eine — erfolgreiche — Parlamentskandidatur unterstützt hat. Wenn aber PF. CROOKS als den ersten Arbeiter bezeichnet, dem sich die Pforten des Parlaments geöffnet haben, so denkt man lächelnd der Tatsache, daß ein Bergarbeiter aus Northumberland der „Vater" des Hauses der Gemeinen gewesen ist. Nicht minder heißt es die Wahrheit auf den Kopf stellen, wenn die Einsetzung einer kgl. Kommission als Gipfelpunkt einer langen Reihe von Ereignissen während der jüngsten Bewegung für eine Armengesetz-Reform geschildert wird, während sie diesen Ereignissen vorangegangen ist. — Wiederholt werden Namen verwechselt: so wird der berühmte Präsident des Londoner County Council WILL. COLLINS als JESSE COLLINGS (das weltbekannte Birminghamer Parlamentsmitglied) bezeichnet. — SIDNEY WEBB soll bereits 1884 in das erst 1888 geschaffene Londoner County Council gewählt worden sein, u. a. m. — Auch in bezug auf die programmatischen Bestrebungen der Fabier obwalten bei PF. Irrtümer. So lebt er der ganz unrichtigen Vorstellung, daß die Gesellschaft speziell die Bodenverstaatlichung auf ihre Fahne geschrieben habe — während in Wirklichkeit ihre einzige wichtige Äußerung über dieses Problem dem Nachweis gewidmet ist, daß sich überhaupt keine deutliche Grenzlinie zwischen Kapital und kultiviertem Boden ziehen läßt, und daß es absurd ist, mit HENRY GEORGE diesen verstaatlichen zu wollen, jenes aber für sakrosankt zu erklären. — Wenn ferner PF. erzählt, die Arbeits- und Pachtgemeinschaftsbewegung gehe auf eine „Durchdringung" mit fabischen Ideen zurück, so ist zu erwidern, daß die Gesellschaft die Urheber dieser Bewegungen jederzeit und entschieden verlacht hat und nie etwas hat mit ihnen zu tun haben wollen.

Immerhin wird, wer bei der Lektüre genug skeptisch bleibt, um nicht noch so kategorische Behauptungen, die unwahrscheinlich klingen, für bare

Münze zu nehmen, und wer weiß, daß Pf. augenscheinlich seine ganze Kenntnis der englischen Arbeiter- und sozialistischen Bewegung einzig aus dem Material der Fabiergesellschaft gefaßt hat, im besprochenen Buch viel Wertvolles und Interessantes finden.

Der Verf. versucht in demselben den Anteil der Fabier an der Theorie und Praxis des englischen Sozialismus festzustellen. In ersterer Beziehung trifft seine Darstellung im allgemeinen zu. Denn die Anschauungen der Gesellschaft sind in deren Publikationen niedergelegt, und zudem hat bis in die jüngste Zeit herein keine andere Vereinigung sich viel mit Nachdenken über Sozialismus abgegeben. Weniger zuverlässig ist Pf.s Darstellung der sozialistischen Aktion. Da er manchen von den Fabiern vertretenen Reformplan nach wenigen Jahren durchgeführt findet, nimmt er an, daß der Gesellschaft das Verdienst an der Reform gebühre und daß sie es auch beanspruche — um aber dann doch wieder daran zu erinnern, daß die Welt Fortschritte gemacht hätte, auch wenn die Fabier nicht existierten. — Deren Veröffentlichungen und Bemühungen, sich selbst zu erziehen sowie offenen Sinnes die sozialen Fragen zu studieren, zollt Pf. hohes Lob und vindiziert ihnen das Verdienst, die — für den modernen Sozialismus so charakteristische — Bewegung gegen den Dogmatismus der Marxisten in Fluß gebracht zu haben — wobei er übrigens den Einfluß der Gesellschaft in der Welt eher über- als unterschätzt.

Nicht glücklicher denn als Geschichtschreiber ist Pf. als Prophet. In dem von der Independent Labour Party gebilligten Bergarbeiterstreike in Wales erblickt er ein Anzeichen dafür, daß der englische Sozialismus die Bahnen des extremen kontinentalen einschlägt. Nichts ist unrichtiger. Pf. versteht die walisischen Bergarbeiter durchaus nicht. Vielleicht dürfte es ihn überraschen, daß in dem Augenblick, wo ich dies niederschreibe (Juli 1911), Keir Hardie, der Veteran unter den Führern der Int. Lab. Party, die liberale Regierung unterstützt und sich weigert, gegen deren Entwurf über die Sozialversicherung an der Seite der Fabiergesellschaft eine Agitation anzufachen — worin ich übrigens mit Keir Hardie übereinstimme.

London. Edw. R. Pease.

Jan van den Tempel, De Nederlandsche Vakbeweging en haar toekomst. Voorwoord van Henri Polak (Sociale Bibliotheek Nr. 12). Rotterdam, H. A. Wakker & Co. 1910. 153 S. (1,25 fl.).

Schon aus der hervoragenden Stellung des Verf. in der niederländischen Gewerkschaftsbewegung — er ist Schriftführer des (sozialdemokratischen) niederländischen Gewerkschaftsbundes — erhellt deutlich die Tendenz seines Buches über die Geschichte, den augenblicklichen Stand und die Zukunft der holländischen Gewerkschaftsbewegung. Die Schrift ist eine Entwicklung der These: daß die Gewerkschaftsbewegung nur auf planmäßig eingehaltenem sozialdemokratischem Wege, d. h. auf dem Wege des marxistisch aufgefaßten Klassenkampfes wird gedeihen können.

Hätte sich T. auf die Entwicklung dieser These beschränkt, so erschiene freilich das Buch überflüssig. Denn Behauptungen, wie die in ihm vertretenen, sind oft und allüberall schon ausgesprochen worden. Nur die Argumentation zur Begründung der alten These hätte dann etwas Neues bringen können. Nun ist zunächst anzuerkennen, daß die Beweisführung des Verf. zwar nicht das Unmögliche leistet und Originelles weder bietet noch zu bieten beansprucht, aber dennoch die schon bekannten Argumente klar gruppiert und aus der jüngsten sozialen Geschichte der Niederlande zu vervollständigen verstanden hat.

Ein Zweites aber noch kommt hinzu. Bisher fehlte in der holländischen volkswirtschaftlichen Literatur ein Buch, das knapp und klar den ganzen Zustand der Gewerkschaftsbewegung analysierte. Diese Lücke füllt, wie Henri Polak, der eminente Führer und Organisator der Amsterdamer Diamantarbeiter, in seinem fesselnden Vorwort mit Recht hervorhebt — T. aus.

Die holländische Arbeiterbewegung hat ihre nationalen Eigentümlichkeiten. Sie ist relativ jung, wie ja auch der industrielle Großkapitalismus in diesem Lande. Die Zeit der Jugendkrankheiten ist daher für sie noch nicht vorüber. Ein unfruchtbarer Anarchismus und eine bisher unausrottbare Zersplitterung nach religiöser und — hiermit im engsten Zusammenhange — politischer Gesinnung haben die Organisationskraft der Arbeiter latent gehalten und gelähmt. Teilweise sind diese Ursachen der Schwäche im Verschwinden. Die anarchistische Arbeiterbewegung wird täglich bedeutungsloser, während ihr gefährlichster Feind, die „moderne", das heißt die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ständig erstarkt. Das alles war nun zwar so ungefähr bekannt. Auch wußte man, daß die politischen Führer der christlichen Parteien, der Calvinisten sowie der Römisch-Katholischen, sich bemühen, die Bewegung der christlichen Arbeiter in eigene Bahnen zu lenken.

Aber eine Gesamtübersicht der heutigen Sachlage, eine aus nüchternen Tatsachen aufgebaute Beschreibung des Prozesses ihrer allmählichen Entwicklung tat Not. Diesem Mangel ist jetzt abgeholfen.

Die Sozialdemokraten und die auf sozialdemokratischem Boden stehenden Gewerkschafter sehen ihre Parteiliteratur durch ein wertvolles und flott geschriebenes Buch bereichert. Die Gegner aber der Sozialdemokratie, die nichtsdestoweniger in der Arbeiter- und in der Gewerkschaftsbewegung einen kräftigen Hebel des sozialen Fortschrittes erblicken, sind dem Verf. dafür dankbar, daß er ihnen das Studium der Wirklichkeit erleichtert und durch Beschaffung genauer Ziffern und Tatsachen die Kontrolle seiner Beweisführung ermöglicht hat. Sie werden überdies manche Partie aus diesem — nur an wenigen Stellen agitatorisch, im allgemeinen jedoch wissenschaftlich gehaltenen — Buche unterschreiben können. Daß z. B. Gewerkschaftsbewegung und Sozialgesetzgebung keine Gegensätze, sondern dazu berufen sind, sich gegenseitig zu stützen und zusammen gleichartige Zwecke zu erstreben, ist eine in Holland gemeinverständliche Wahrheit, die nicht einmal sozialdemokratischen Anstrich besitzt. Bloß den anarchistischen Nurgewerkschaftlern und

einigen Konservativen gegenüber — zwei Extreme, die bisweilen an unserer Nordseeküste sich zusammenfinden — braucht man sie zu betonen.

Delft. D. van Blom.

Dr. W. van Ravesteyn jr., De Stand der Socialdemocratie in verschillende landen (Kleine bibliotheek voor arbeiders). Rotterdam, H. A. Wakker & Co. 1910. 65 S. (0,35 fl.)

Der Verf. ist einer der tüchtigsten Vertreter des Marxismus in Holland und als solcher auch jenseits der Grenzen nicht unbekannt: seine Doktorarbeit z. B. über die ökonomische und soziale Entwicklung von Amsterdam im 16. und im ersten Viertel des 17. Jahrhunderts, einen interessanten Versuch materialistischer Geschichtsforschung, hat er selbst in deutscher Sprache („Die Neue Zeit" XXVI/1) verkürzt wiedergegeben. — In der hier angezeigten Schrift beschränkt er sich hauptsächlich darauf, die Artikel Karl Kautskys über den amerikanischen Arbeiter („Die Neue Zeit" XXIV/1) den holländischen Arbeitern zugänglich zu machen, um ihnen so ein richtiges Verständnis zu ermöglichen der Ursachen, die das Wachstum der Sozialdemokratie in den verschiedenen Großstaaten bestimmen, von dem ja das Los des niederländischen Sozialismus schließlich abhängt. In den Aufsätzen Kautskys werden nämlich nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern namentlich auch Rußland vom Gesichtspunkte der sozialistischen Entwicklung beschrieben und werden diese zwei Länder West-Europa als Spiegel vorgehalten.

Als Originalarbeit ist also diese Broschüre kaum zu betrachten. Aus den nicht zahlreichen Seiten, die R. seiner Wiedergabe der Kautskyschen Betrachtungen anfügt, erhellt aber, daß ihm die Revisionisten unter den Sozialdemokraten nicht viel sympathischer sind als die Bourgeoisparteien selbst. Er spricht von „einer gewissen Zahl sozialdemokratischer Kandidaten" in Frankreich und Deutschland, die „zwar noch das sozialistische Parteiprogramm unterschreiben müssen und auf dasselbe gewählt werden, aber sowohl in Worten wie in Taten der bürgerlichen Gesellschaft sehr weit entgegenkommen. Wir meinen natürlich die Revisionisten." Und an einer anderen Stelle vergleicht er die niederländische Arbeiterpartei [1]) mit der englischen Independent Labour Party: „schwach, was innere Kraft und innere Bedeutung betrifft".

Ob diese Schrift sich dazu eignet, von Arbeitern verstanden zu werden, ist zweifelhaft. Schon der vielen, Arbeitern gewiß nicht geläufigen, Fremdwörter wegen. Wenn z. B. der Verf. aus den bekannten „Grundproblemen des Marxismus" von G. Plechanow zitiert: der historische Materialismus bilde die Prolegomena zu jeder künftigen Soziologie wissenschaftlichen Charakters, so läßt sich freilich darüber streiten, ob der Kantische Ursprung dieses Zitats in einer für die geistige Entwicklung der Arbeiter bestimmten Schrift erwähnt oder verschwiegen werden mußte. Jedenfalls aber hätte das

1) Die Revisionisten bilden in dieser Partei die Mehrheit; daher vollzog sich in ihr vor einigen Jahren eine Spaltung: eine kleine Gruppe Marxisten, unter deren Führern sich auch R. befindet, hat seitdem eine eigene Partei gegründet.

Wort „Prolegomena“ Erläuterung verdient. Noch bedauerlicher sind die zahllosen Druckfehler, die doch gerade in einer „Bibliothek für Arbeiter“ hätten vermieden werden sollen.

Delft. D. VAN BLOM.

AGOSTINO LANZILLO, GIORGIO SOREL. Con una lettera autobiografica di SOREL, Bibliografia, Ritratto ed Autografo. Roma, Libr. Editr. Romana 1910. 114 S. (1 Lira.)

SOREL gilt in bestimmten Kreisen des internationalen Proletariats heute als eine umstrittene Größe. Dem Kenner der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung wird die Parallele mit ENGELS auffallen. Wie einst ENGELS vom fernen London aus, vom hohen Olymp seines Greisenalters und seiner dem Vulgus unnahbaren Persönlichkeit herab seine Sendschreiben erließ und das Objekt der Verehrung weiter Massen und das Ziel der Pilgerfahrten eines ergebenen Kreises von Intellektuellen war, so jetzt GEORGES SOREL in seinem stillen Häuschen in Boulogne sur Seine. Auch viele andere Züge sind beiden gemeinsam: die Weltabgeschiedenheit, das sich durchaus in bourgeoisen Formen bewegende Privatleben — hier ENGELS, der wohlhabende Kaufmann, dort SOREL, der hohe Beamte außer Diensten, der ehemalige Ingénieur en Chef des Ponts et Chaussées —, ferner die Abkehr vom eigentlichen Parteileben und Parteigetriebe — keiner von beiden war je „aktiver Genosse“ —, endlich ihre Ehrwürdigkeit und ihr etwas energischer und eigenwilliger Fanatismus, sowie der feste Glaube an die eigene Unfehlbarkeit. Nur eines trennt sie, wenigstens äußerlich. ENGELS war so ganz Deutscher, seine Bildung und sein Wesen steckten tief im Deutschtum und sein Herz war letzten Grundes patriotisch; seine Liebhaberei für Militärfragen hat selbst reichliche literarische Früchte getragen. SOREL dagegen ist ganz Franzose, und man wird ihm und seinen Neigungen nur gerecht, wenn man berücksichtigt, daß alle seine Gedanken sich im letzten Grunde nur um das Wohl Frankreichs drehen.

Diese Note, die Bodenständigkeit SORELS im französischen Milieu, der zufolge er als ein feiner Kenner des Wesens und der literarischen und philosophischen Geschichte seines Volkes betrachtet werden muß, ist der Analyse von ihm, die einer seiner eifrigsten Famuli aus jenem Süditalien, in welchem SOREL einen größeren Namen und einen beträchtlicheren Schülerkreis gewinnen sollte als in Frankreich selbst (wo sein literarischer Einfluß auch schon durchaus bedeutend und weitgehend ist), nämlich der junge Rechtsgelehrte AGOSTINO LANZILLO angestellt hat, zwar nicht völlig entgangen, aber doch unterschätzt worden, vielleicht gerade weil der Verf. als Italiener nicht sehen konnte, was an SOREL individuell und was als ambiental-französisch gewertet werden muß. Die Analyse, die LANZILLO von seinem Meister gibt, läuft im Grunde auf eine, wenn sich auch zumeist von Überschwang fern haltende und sehr anregend geschriebene Apotheon heraus. So sagt er auf S. 51: Von MARX, ENGELS und PROUDHON wird der künftige Historiker unseres Erachtens sofort zu ANTONIO LABRIOLA und GEORGES SOREL übergehen müssen. Alles andere wird fallen oder ist bereits gefallen. LASSALLE, BAKUNIN, die Männer der

Internationale, die ersten Parteisozialisten und die Epigonen MARXens, „alle die sind weit davon entfernt, sich mit den von uns Genannten messen zu können“. Erst SOREL habe die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für den Sozialismus erkannt. Dabei versteigt sich der Verf. zu der Behauptung, MARX habe diese Bedeutung noch nicht völlig erfaßt, weil er diesen neuen Faktor, der den Schlüssel zur Zukunft gebe, noch nicht habe genügend beobachten können, nämlich das Wirken der Gewerkschaften (S. 50); dabei hat MARX bekanntlich die englischen Trade Unions zumal in ihren Kampfesleistungen mit großer Liebe und Sachkenntnis verfolgt. Richtiger, wenn auch immer noch nur bedingt richtig, wäre es gewesen, hätte der Verf. seine Behauptung so formuliert: SOREL sei der erste gewesen, der das revolutionäre, auf geradem Weg auf ihr Ziel steuernde, daher die „direkte Aktion“ der parlamentaristischen Sackgasse bevorzugende Wesen der modernen Gewerkschaft gekennzeichnet habe, womit er allerdings nur die knappe Majorität der französischen und einige kleine Minderheiten der schweizerischen, holländischen und italienischen Gewerkschaftsbewegung „in ihrem wahren Wesen“ richtig erkannt haben würde. SOREL ist stolz darauf, daß seine Theorien sich aus den Fakten selbst ergäben und verzichtet deshalb offiziell darauf, als Schöpfer eines neuen Dogmas zu gelten. Er hat sich stets mit vieler Heftigkeit gegen die Anarchisten gewandt, denen er vorwarf, die Tatsachen ihren vorgefaßten Ideen zu beugen und diese den Arbeitern aufpfropfen zu wollen, insbesondere die Gewerkschaften bloß als geeignete Objekte zur Tragung ihrer Dogmen und nicht als Selbstzweck mit Selbstzielen zu werten. LANZILLO rühmt SOREL nach, der konsequenteste Sozialist zu sein. Selbst PROUDHON habe sich, unklar und unschlüssig, in die Wolfshöhle des Parlamentes begeben. Nur SOREL habe seine Negierung des Wahlapparates und der modernen Demokratie nie durch Kompromisse irgend welcher Art abgeschwächt. Das ist an sich richtig, hängt aber vorwiegend mit dem privaten und gelehrtenhaften Charakter, den SOREL seiner Wirksamkeit gibt, zum Teil auch wieder mit dem grimmigen Haß zusammen, mit dem SOREL nicht nur die Regierung sondern die Republik verfolgt und der ihn schließlich sogar den Monarchisten der Action Française in die Hände getrieben. Inwieweit SOREL, seitdem er mit der Gründung der Zeitschrift „Devenir Social“ 1900 und der Schrift „L'Avenir Social des Syndicats“ die reine Philosophie verlassen und den Syndikalismus, dem von PELLOUTIER und anderen schon theoretisch vorgebaut worden war, als Gedankenrichtung mitgründen half, mit dieser seiner eigenen Schöpfung gebrochen und sich den Richtungen der Camelots du Roy und der Katholiken genähert hat, ist freilich weder dem Verf. (vgl. S. 88) noch, wie es die dem Bändchen vorangeschickte Vorrede, sowie ein Brief, den SOREL im Giornale d'Italia gegen LAGARDELLE geschrieben (1911), hervorgeht, dem Meister selber völlig klar. Daß der Bruch aber erfolgte, geht nicht nur aus der Tatsache des Austritts SORELS aus dem Mouvement Socialiste und der Parteigruppe, die nunmehr von LAGARDELLE und ERNEST LAFONT geleitet wird, sondern auch aus seiner Verurteilung des Auftretens HERVÉS und der von den revolutionären Arbeitern veranstalteten Pro-Ferrer-Kundgebungen in Paris, sowie auch aus seinem Begrüßungs-

schreiben an den Kongreß der italienischen Syndikalisten 1910 in Bologna hervor, in welchem er mitteilte, er wolle, enttäuscht, nunmehr aller Tätigkeit für den Syndikalismus entsagen und den Rest seines Lebens anderen wissenschaftlichen Studien widmen; wobei die kurz darauf erfolgte Äußerung, der Syndikalismus sei heute bereits so sehr herangereift, daß er in der Geschichte der Gedanken einen Platz einnehme, der ihm nicht wieder geraubt zu werden vermöge (S. 72), doch nur als Ausdruck einer matten Selbstbefriedigung, wenn nicht gar einer Selbsttäuschung, gelten kann.

Bei alledem repräsentiert SOREL zweifellos viele der Seiten, die der Kulturfreund an französischem Wesen am meisten schätzt: er ist ein ungemein feiner Kenner der Literatur und voller literarischer Finessen, dabei ein Mann mit einem tiefen Interesse für alle Seiten des geistigen Lebens. Kunst und Religion, Geschichte und Moral liegen ihm in gleicher Weise am Herzen. Zumal aber ist seine politische Gewissenhaftigkeit zu betonen. Man kann sogar sagen, daß er oft ein Opfer derselben ist. Darum ist er häufig bemüht gewesen, nicht zwar seine revolutionären Theorien abzuleugnen, wohl aber ihre praktische Durchsetzung aufzugeben, wenn er wahrzunehmen geglaubt hat, daß sie sozial unpädagogisch wirkten oder von den Massen unrichtig angewendet würden. Zum Schluß möge noch betont werden, daß sich SOREL, der ein sehr glückliches, wenn auch kinderloses Eheleben geführt hat und seiner Frau in wahrhaft rührender Weise nachtrauert (s. seine Vorrede zu vorliegendem Band), im Gegensatz zu den Saint-Simonisten und den Marxisten, indes bis zu einem gewissen Grade im Anschluß an PROUDHON, dem Faktor der Ehe einen sehr hohen Platz unter den Faktoren, welche die Zukunft bestimmen, anweist. Sein sittlicher Leitsatz lautet: Sage mir, wie dein Geschlechtsleben beschaffen ist, und ich werde dir sagen, wer du bist! Darum sieht er den künftigen Sieg des Proletariats über die Bourgeosie auch durch dessen größere geschlechtssittliche Kraft gewährleistet. Wer historisch-materialistisch denkt nicht nur, sondern auch wer mehr in der Wirklichkeit steht als der Eremit von Boulogne sur Seine, wird diese Annahme für einen schweren Rechenfehler halten. Aber niemand wird sich darüber wundern, der weiß, daß die Politik, die Soziologie, die Literaturkritik, für SOREL nur Ausdrucksformen sind, um, wenn auch dem Laien nicht immer als solche scheinende, so doch stets moralische Theoreme zu vertreten.

Turin. ROBERT MICHELS.

LUIGI PEREGO, L'idealismo di Fichte e il socialismo contemporaneo. Modena, A. F. Formiggini 1911. Gr. 8°. XI—268 S. (3,50 L.)

P., ein Schüler des Bologneser Philosophen GIUSEPPE TAROZZI, will den Geist der FICHTEschen Philosophie zur Darstellung bringen und ihre Lebenskraft in der ethisch-religiösen Entwicklung des Sozialismus aufzeigen. Nach Anschauung des jungen Verf. vermag „die Freiheit als dynamischer Ausdruck der Gerechtigkeit“, wie FICHTE sie verstand, im modernen Sozialismus fruchtbare Anregung zu geben zu einer sittlichen Erneuerung und zu intellektueller Befreiung ebensowohl von materialistischem Fatalismus wie vom neu-

kantianischem Kritizismus; und er meint, in einer so gerichteten Bewegung die Grundlage einer neuen und wahrhaften Religiosität wahrzunehmen.

In einem einleitenden Kapitel: „Socialismo religioso e religione socialista“, weist P. darauf hin, daß, wenn die Parole „Zurück auf KANT“ dem lebhaften Bedürfnis der Kritiker des Sozialismus entsprang zu wissenschaftlicher Formulierung des neuen, auf dem alten Boden der marxistischen Ökonomie entsprossenen moralischen Elements, einem Bedürfnis, das im historischen Determinismus und in der Kathastrophentheorie keine Befriedigung fand, das Zurückgreifen auf FICHTE einem noch lebhafter empfundenen und tiefer wurzelnden Gefühl entspringe. Denn FICHTE nimmt teilweise auf und erneuert wesentlich den großen philosophischen Bau KANTS. Indem nun P. den Zwiespalt zwischen dem deterministischen und dem idealistischen Sozialismus untersucht, will er nicht so sehr auch schon die Umrisse eines religiösen Sozialismus entwerfen als die allmählich zwar nur, aber unausweichlich zugleich sich vollziehende Ausbildung einer sozialistischen Religion erfassen und dessen noch embryonale Manifestation dem lebendigen Teile eines großen philosophischen Systems einordnen; wobei er vermeint, daß diese sozialistische Religion einerseits das Studium der Tatsachen in neue methodische Bahnen lenken und zugleich neue Möglichkeiten zu ihrer Erklärung bieten werde.

Nach diesen sehr ideologischen und gar wenig mit der Wirklichkeit übereinstimmenden Ausführungen geht P. zu seiner eigentlichen Darstellung über, die er in acht Kapitel teilt. Das I. ist dem Versuch gewidmet, die Stellung FICHTES in der Entwicklungsgeschichte des menschlichen Denkens zu umschreiben und nachzuweisen, daß FICHTE zwar unbestreitbar von KANT herkommt, jedoch über diesen hinausgeschritten ist, indem er Metaphysik und Moral vereinheitlichte. — Im II. Kapitel will P. die antimoralistische Reaktion im Sozialismus aufzeigen: durch seinen Sturmlauf wider die rationalistische Moral KANTS und indem er deren Unfähigkeit zur Beseitigung der Ungerechtigkeit im Gesellschaftsleben klarlegte, habe der Sozialismus die religiöse Moral des Christentums durch eine neue — auf neuen Affekten basierte — religiöse Moral ersetzen wollen; und gerade in dieser Reaktion sieht P. FICHTES Gedanken wirksam. — Im III. Kapitel prüft der Verf. die FICHTEsche Auffassung von der Freiheit, sowie den Konflikt zwischen Sozialismus und politischem Liberalismus. Nach FICHTE ist die Freiheit der allbewegende Faktor und ist als solcher nur dynamisch zu begreifen: Handeln heißt, sich befreien. Der Sozialismus erklärt jedoch wahre Freiheit ohne Solidarität für unmöglich. Statt wie die kantisch orientierte Bourgeoisie mit der abstrakten Vernunft will und muß der Sozialismus die Freiheit durch positive und einträchtige Aktion Aller, durch die Solidarität nähren. Auch hierin trifft sich der FICHTEsche Gedanke, wie er in der Formel: „Frei sein ist nichts, frei werden ist der Himmel“, zusammengefaßt ist, mit der sozialistischen Bewegung. — Im IV. Kapitel untersucht P. die Rechtstheorie FICHTES und das juristische Element im Sozialismus. Aus der wahrhaft organischen Struktur jener fließt das Recht eines jeden und aller, die eigene Existenz in freier Gemeinschaft mit den Mitmenschen zu entfalten; und zwar nicht bloß in rein

ästhetischem und materialistischem Sinne, sondern vielmehr und vornehmlich in integral-geistigem Sinne: an FICHTES Auffassung gemessen, ist das Recht für den Sozialismus nicht mehr noch weniger als das — vermittelst vernunftgemäßer Ableitung aus den Prinzipien der menschlichen Erkenntnis — objektivierte ethische Ideal, d. h. die gesellschaftliche Bedingung für die Verwirklichung der Freiheit.

Damit sind wir zum V. Kapitel gelangt, das — unter stetem Hinweis auf die Untersuchungen BERNSTEINS — sich speziell mit der Krise im wirtschaftlichen Sozialismus befaßt. Wie alle anderen Organismen mußte auch dieser seine „Wachstumskrise“ haben, die durch den Widerspruch zwischen der realen und der hypothetischen Entwicklungsreife gekennzeichnet ist, während deren die gesamte politische Bewegung des Proletariats sich in der rein ästhetischen Eroberungsarbeit zu erschöpfen schien. Das Prinzip, nach dem der Staat die ihm von den Individuen überlassene Zwangsgewalt gebrauchen muß, um jedem seine Tätigkeitssphäre zu sichern, gestaltet sich in der Praxis des Gesellschaftslebens dahin: jedem die ausschließliche Befugnis zu einer für seine Existenz notwendigen Arbeit zu garantieren. Es läßt sich jedoch nicht behaupten, daß der Sozialismus ganz in den Formeln und Programmen zu finden sei: er besteht vielmehr in der lebendigen Kraft einer seelischen Stimmung, die größer und umfassender ist als jene, die handelnde Gruppierungen bestimmter Kategorien von Menschen in gewissen Formen und mit bewegten Zielen hervorruft. Eben deshalb wird der Sozialismus die Krise siegreich überwinden, und auf neuen Wegen zu immer hellerer Beleuchtung der dunklen Flächen des großen Polyeders der modernen Gesellschaft gelangen.

Im VI. Kapitel wird der Moralbegriff FICHTES und das Erziehungsproblem im Sozialismus erörtert. Gegenstand der Moral ist nach FICHTE die *Pflicht*; die Sittlichkeit besteht in einem steten Streben in der Richtung einer Überführung der formellen in reale Freiheit. Da nun dieses Ziel in der gesamten Menschheit sich verwirklichen läßt, so ist die Pflicht, kraft ihres eigentlichen Wesens, soziale Pflicht; und die Sittlichkeit besteht in der sozialen Pflicht jener, welche die Form der Freiheit begriffen haben, zur Erziehung der übrigen. Denn in dieser Erziehung entfaltet sich ständig die konkrete Freiheit: der Mensch wird frei, indem er sich selbst und andere erzieht. Nach P. besteht das Erziehungsproblem des Sozialismus hauptsächlich darin, einen neuen Glauben ins Leben zu rufen. Er muß den kalten Bereich der Gesellschaftskritik, die seine Tätigkeit lähmt, verlassen, und den Blick auf eine neue Menschheit lenken, die frei ist von dogmatischen Vorurteilen und deren Herz und Kopf von idealen Bestrebungen glühen.

Die Gegenüberstellung der sozialistischen und der FICHTEschen Religion im VII. Kapitel wirft helles Licht auf die Auffassung P.s. Der ethische Idealismus FICHTES enthält, meint er, Elemente einer konkreten, vom Übersinnlichen freien Religion, die lediglich eine Regel für unsere Gefühle oder besser ein System von Regeln darstellen würde, dem sich unser Affektiv-Leben anpaßte. In FICHTE vereinigen sich Moral und Religion zum gleichen Zweck: die Religion nimmt das Endziel und den Glauben an das Ideal vor-

weg, bestärkt das sittliche Handeln und ermutigt es zu immer größeren Anstrengungen. Und damit das Ideal des Sozialismus positiv in der Richtung einer Reform der Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wirksam werde, ist die Annahme unerläßlich einer vollkommenen Vereinigung von — absolut aufgefaßter — sozialer Gerechtigkeit und bedeutsamster Kollektiverscheinung menschlichen Handelns, der Politik.

Das letzte Kapitel behandelt FICHTE und die Freiheit in der zeitgenössischen Philosophie. Das höchste und das Leben beseelende Prinzip, die wahre und tiefste Wirklichkeit ist für FICHTE in der Freiheit gegeben: allerdings nicht der Freiheit als Formalausdruck der menschlichen Tätigkeit, sondern der Freiheit, die wird und sich selbst durch sich selbst verwirklicht. So erscheint unser Bewußtsein nur als ein Augenblick in diesem ewigen Freiwerden, das durch unser Handeln genährt, durch den Kampf zwischen Geist und Erscheinungswelt zu pochendem Leben gebracht wird. Dieses ewige Freiwerden im Handeln, in dem Wille und Erkenntnis zu einem höchsten Lebensprinzip verschmelzen, war in FICHTES Werk kühne idealistische Intuition der Wahrheit, während es in der Gegenwart auf dem Wege wissenschaftlicher Induktion erfaßt wird.

Ich habe den Inhalt der P.schen Schrift möglichst getreu und mit den eigenen Worten des Verf. wiedergegeben. Dem Leser wird es hierdurch möglich, selbst zu urteilen, mir aber die Kritik erspart. Die Methode P.s ist sehr einfach. In jedem Kapitel wird erst kurz FICHTES Gedankengang skizziert und sodann mit dem des modernen Sozialismus verglichen. Daß ist nicht ungefährlich. Denn der Verf. wird hierdureh nur zu oft verleitet, unbewußt die sozialen Tatsachen durch das Prisma der ihn beherrschenden philosophischen Idee zu beurteilen. Gewiß sind die hervorragendsten Vertreter der sozialistischen Doktrinen von bestimmten philosophischen Systemen beeinflußt worden. Ebenso sicher aber ist, daß der Sozialismus, nach seinem Übergang aus den Formeln zur realen Welt von der die politische Bewegung und die in den Volksmassen lebendige Ungeduld fortgerissen worden ist und sich jeder Direktive durch eine bestimmte sozialistische Theorie entzogen hat. So schwebt denn P.s Versuch einer philosophischen Rekonstruktion — bei all seinen Vorzügen — ganz in der Luft.

Siena. FILIPPO VIRGILII.

ARCHIBALD HENDERSON, George Bernard Shaw, his life and works. A critical biography. London, Hurst & Blackett 1911. 503 S. (21 sh.)

Es gibt zwei Klassen berühmter Sozialisten: berühmte Männer, die — wie WILLIAM MORRIS — sich zum Sozialismus bekehrt haben, und Sozialisten, die berühmte Männer geworden sind. SHAW gehört in ausgesprochenster Weise zu diesen letzteren. Er war Sozialist, lange bevor er irgend etwas anderes war. Die ersten Schriften, die er veröffentlichte, waren fabische Flugschriften: die „Fabian Essays in Socialism“ waren das erste Buch, das

seinen Namen trug, und mit Recht betont Professor H., daß jede Phase in Shaws Laufbahn sich als logisch-folgerichtige Entwicklung aus seinem Sozialismus darstellt.

Shaw ist — wenn man seinen Ruhm an der Zahl der ihn behandelnden Schriften aus der Feder von Landsleuten ebensowohl, wie von Deutschen, Amerikanern u. a., abmißt — wohl der berühmteste unter den jetzt lebenden Engländern. International ist er vornehmlich als Dramatiker bekannt; in England aber auch als ein in den vordersten Reihen stehender Verfechter sozialistischer Ideen, sowie als einer der Hauptbegründer der englischen Schule des Sozialismus, der unermüdlich für die Sache, die ihm am Herzen liegt, in Wort und Schrift wirkt und organisatorisch tätig ist.

Historisch betrachtet, ist das angezeigte Werk von besonderem Interesse. Shaw stand in der sozialistischen Bewegung auf englischem Boden von deren Anbeginn, in den Jahren 1883—1884, an. Der Fabiergesellschaft hat er sich wenige Monate nach ihrer Entstehung (1888) angeschlossen und auf ihr Bitten die zweite ihrer berühmten Flugschriften verfaßt. Zugleich war er einer der Führer in der fabischen Revolte gegen die Mehrwertslehre Marx', die in jenen Tagen als das Schiboleth des orthodoxen Sozialismus galt. Unter seiner und Sidney Webbs Leitung weigerten ihr die Fabier die Anerkennung und nahmen überhaupt die marxistischen Doktrinen nicht anders auf, als die von Mill, Henry George oder Gladstone. Hatten sie ja auch weder auf Anhänger Rücksicht zu nehmen, noch Ansehen zn verlieren, sondern waren entschlossen, sich ihre Anschauungen selbständig zu bilden und dieselben jedem, der sie hören wollte, vorzutragen. Wer nun diese ältere Phase des modernen englischen Sozialismus verstehen will, wird H.s Buch nicht entbehren können. Der Verf. ist Amerikaner: es unterlaufen ihm daher naturgemäß hier und da Unrichtigkeiten in bezug auf Zeitangaben sowie Personen und deren Rolle in den geschilderten Ereignissen. Die Biographie Shaws ist wohl von diesem autorisiert; er hat aber in der Presse erklärt, er habe, nachdem er sein Leben gelebt, dessen Beschreibung nicht auch noch lesen wollen und es daher unterlassen, H.s Korrekturbogen zu überprüfen. Der größte Teil dieses Buches ist kritischer Würdigung von Shaws Schauspielen und der in ihnen niedergelegten Lebensphilosophie gewidmet. Ein großer Teil dieses Abschnittes ist von H., ein anderer von Shaw selbst; und dieser letztere — zusammengeholt aus Zeitungen, Zeitschriften-Artikeln und sonstigem schwer zugänglichen Material — ist immer angenehm zu lesen.

Shaw hat sich sein Lebenlang damit beschäftigt, das englische Publikum zu überraschen, seine festwurzelnden Traditionen zu erschüttern, es aus seiner dumpfen Philisterhaftigkeit zu erwecken und es zu einer Revision seiner überkommenen Anschauungen zu zwingen. Denjenigen, die Shaw in den Zeiten gekannt haben, da er noch unberühmt war, erscheint daher der Versuch, in jedem seiner Sätze eine tiefe und systematische Philosophie zu finden, ein wenig gezwungen. Das ist die Buße, die jede Größe kostet. Professor H. kann alle Dramen Shaws lesen: unmöglich aber kann es ihm gelingen, dessen Einfluß auf die Entwicklung des modernen Sozialismus in England und auf

dem Kontinent voll zu erfassen. Was das vorliegende Buch für jeden künftigen Historiker der sozialistischen Bewegung in Europa dauernd wertvoll macht, ist denn auch seine Darstellung des Tatsächlichen aus SHAWS Laufbahn als Sozialist.

London. EDW. R. PEASE.

AYLMER MAUDE, The life of Tolstoi. Vol. II. Later years. London, Constable & Co. 1910. 8⁰. 712 S. (10/6 sh.)

Der I. Band des vorstehend angezeigten Werkes (The first fifty years) ist 1908 erschienen und liegt nun auch in zweiter Auflage vor. Wenige Wochen vor TOLSTOIS Tode ist auch der II. und Schlußband der großen Biographie herausgekommen, für die der Verf. bei einem Ausländer ganz ungewöhnliche Eigenschaften besitzt. Er hat lange Jahre in Rußland gelebt, eine Russin geheiratet, TOLSTOI und dessen Familie gekannt und ihn wiederholt in seinem Heim besucht; er hat gemeinsam mit seiner Gattin viele Werke TOLSTOIS übersetzt und mit dessen Propaganda sympathisiert, sowie an ihr teilgenommen; er hat schließlich die Korrekturbogen seiner Schrift der Gräfin TOLSTOI und teilweise auch dem Grafen selbst unterbreitet. Dabei ist das Buch durchaus unparteiisch geblieben und erscheint stellenweise streng kritisch.

M., als englischer Sozialist, kann die Welt nicht mit denselben Augen ansehen wie ein russischer Mystiker. Wohl war er anfänglich von der Macht des TOLSTOIschen Enthusiasmus mit fortgerissen; er ist sich aber rechtzeitig seines Irrtums bewußt geworden und schreibt demnach nicht nur als Freund sondern auch als Kritiker. BERNARD SHAW hat in einer Besprechung die M.sche Biographie „unter die größten der Literatur" gereiht, und in der Tat wird jeder Leser zugestehen, daß sie als Kunstwerk einfach ausgezeichnet ist und fast über aller Kritik steht.

TOLSTOI war als Persönlichkeit unfraglich der größte Mensch zu Ende des letzten Jahrhunderts. Er war der einzige große Europäer, der den Zeitungslesern ebenso bekannt war wie den Literaten. Er allein war stärker als die mächtigste moderne Autokratie: er trotzte der russischen Regierung und sie wagte nicht, ihn anzutasten. Er war sozialer Reformer und in gewissem Sinne Sozialist, so gut wie Schriftsteller, und kein Sozialhistoriker wird seinen Einfluß unbeachtet lassen dürfen. M.s Biographie ist daher ein Dokument von größter Bedeutung für die Geschichte des modernen Sozialismus.

Es ist sonderbar, daß zwei Nationen, die eine im äußersten Osten, die andere im äußersten Westen von Europa, die eine der Pionier der Demokratie, die andere ein halbes Jahrhundert hinter jeder anderen zivilisierten Regierung zurück, zwei Nationen, die überdies politisch sich als Erbfeinde gegenüberstehen, vielleicht mehr charakteristische Kennzeichen gemeinsam haben als irgendwelche andere Nationen. Vermutlich hat deshalb TOLSTOIS mystischer Sozialismus in England mehr Einfluß geübt als sonst in Europa. Ich kann freilich nicht mit Sicherheit von Frankreich, Deutschland und Öster-

reich sprechen; aber es ist mir nicht bekannt, daß Tolstoische Gemeinden in jenen Ländern gegründet worden währen, wie es in England der Fall war; und wahrscheinlich haben die meisten sozialistischen Parteien des Kontinents in ihrem Dogmatismus und bei ihrer oft starreren Organisation schwerlich erkannt, daß Tolstoi unter die Faktoren des Sozialismus zählt.

Tolstois Größe besteht darin, daß er erstens ein hervorragender phantasiereicher Schriftsteller und zweitens eine gewaltige Persönlichkeit war. Jener ist leicht genug zu erklären, diese spottet jeder Analyse. Im 18. Jahrhundert war in England die größte Persönlichkeit, mit der keine andere den Vergleich aushalten konnte, der Lexikagraph Samuel Johnson. Er hatte das Glück einen Biographen ohnegleichen zu finden. Dieser aber hat uns nur mit dem vertraut gemacht, was in Johnsons Leben offen zutage tritt. Wodurch aber ist Johnson der große Engländer seiner Zeit geworden? Seine hochtrabenden Gedichte und seine schwerfällige Prosa sind heute unlesbar und kein Mensch liest sie. Durch ihn ist die Menschheit mit keinem neuen Gedanken bereichert worden. Als Politiker war er ein gewöhnlicher Tory und in religiöser Beziehung hing er treu an der anglikanischen Kirche, jenem wohl unvernünftigsten religiösen Kompromiß, und das in jener Periode ihrer Geschichte, in der sie am wenigsten begeistern konnte. Allein er beherrschte seine Zeit durch die Kraft seines einfachen Glaubens, die Gewalt seiner banalen Anschauuugen, sein großartiges Selbstvertrauen und seine schlichte Redlichkeit. — Tolstoi war ein großer Künstler, Johnson dagegen nur ein großer Gelehrter. Aber ebensowenig wie dieser hat auch jener als Morallehrer den Gedanken seines Zeitalters irgend etwas neues hinzugefügt. Vielmehr hat er aus dem Schutthaufen abgetragener Sittenlehren jegliche Wunderlichkeit aufgelesen, die seine Phantasie fesselt, und übermenschliche Mühe verschwendet, um zu entdecken und zu verkünden, daß die Dogmen der griechischen Kirche nicht mit den Lehren Christi übereinstimmen. Mit unvernünftiger Energie hat er — wie unzählige religiöse Fanatiker vor ihm, seit es eine Kirche gibt — sich bemüht, die Vorschriften des Evangeliums zu buchstäblicher Wirklichkeit zu gestalten, und als er bemerkte, daß dieser Buchstabengehorsam nicht den erstrebten Erfolg zeitigte, seine Pläne von Jahr zu Jahr geändert, ohne indessen dabei aufzuhören, von jedem Befolgung seiner Lehre zu fordern. Seiner Lehre — nicht seines Beispiels, da dieses zu unvollkommen war und vielfach von jener komisch abstach: er stritt mit seinen Freunden, lebte mit seiner Familie in Unfrieden, behandelte seine Frau mitunter mit großer Härte — wie es Fanatiker stets getan haben. Und weil er sich selbst so ernst nahm, an seine verschiedenen Evangelien so vollständig glaubte und jene wunderbare Gabe der Persönlichkeit besaß, die ihn hoch über die Mitmenschen erhebt, fand er den Beifall Tausender, nein, Hunderttausender als großer Morallehrer, und Hunderte folgten seinem Beispiel und bestrebten sich, ein Leben nach seinen Vorschriften zu führen. Und das Seltsame dabei ist, daß die Moral- und politischen Anschauungen dieses großen phantasiereichen Schriftstellers völlig beherrscht waren von seiner unmittelbaren Umgebung. Weil in Rußland die Regierung despotisch ist, hielt er alle Regierungen für

schlecht; weil er zufällig unter einfachen, unwissenden Bauern lebte, vergötterte er das einfache bäuerliche Leben. Er bildete sich ein, ewige Wahrheiten zu lehren, aber bei all seinem Wissen und all seiner Phantasie war sein moralischer Ausblick durch ein russisches Dorf begrenzt, wie der JOHNSONS durch die „Fleet Street".

Für die sozialistische Bewegung in England war der unmittelbare Einfluß TOLSTOIS durchaus schädlich. Weil er die Regierung des Zaren und dessen unverantwortliche Bureaukratie anklagte, glaubten gewisse englische Sozialisten sich der Teilnahme an der demokratischen Selbstregierung unserer Städte und Dörfer enthalten zu sollen. Die TOLSTOIaner gaben das fruchtbare Streben nach praktischen Reformen auf, isolierten sich in zänkischen Gemeinden, versuchten vergeblich, ein erhabeneres Leben zu führen, und vergeudeten ihre Kräfte in schmutzigen Verfehlungen. — Obgleich aber TOLSTOIS Lehre so unmittelbar durchaus verderblich wirkte, blieb doch seine wunderbar starke Anklage gegen die herrschende Ordnung nicht erfolglos. So verkehrt seine religiösen Ansichten waren, so nutzlos seine Ideen einer sozialen Neuordnung: es ist kein geringer Gewinn, seine unvergleichliche Autorität auf unserer Seite gegen die Stützen der bestehenden Ordnung zu haben. In jedem Fall war er Revolutionär. Immer erhob er seine Stimme für die Armen und gegen die Reichen, für die Bedrückten gegen die Bedrücker, für das Volk gegen die Herrscher und Aristokraten, die Kirche und die Armee. Als Schriftsteller und Lehrer nützte er jederzeit seine Kraft, „um die Mächtigen von den Thronen zu stürzen und die Niedrigen zu erheben. Er sättigte die Hungrigen mit guten Dingen und sandte die Reichen leer weg".

London. EDW. E. PEASE.

HENRYK KAMIENSKI, Filozofja ekonomji materjalnej ludzkiego spoleczenstwa. Biblioteczka dziel spoleczno-ekonomicznych redakcya dra Zofji Daszynkiej-Golinskiej. (Philosophie der materiellen Ökonomie der menschlichen Gesellschaft). Warschau, M. Arct 1911. 8°. III-120 S.

Ein stark gekürzter, billiger Neudruck eines der Hauptwerke des polnischen Sozialisten H. KAMIENSKI, dessen Blütezeit in die 40er Jahre fällt, jäh unterbrochen von seiner Verhaftung und Verschickung nach Nordostrußland. K.s jüngerer Vetter und ein Anhänger seiner Lehren war, nebenbei bemerkt, jener Kommunist EDWARD DEMBOWSKI, der mit seinem Gesinnungsgenossen TYSSOWSKI die Krakauer revolutionäre Regierung von 1846 leitete, aber von den Österreichern gefangen genommen und bei einem Fluchtversuch erschossen wurde. In der vorliegenden, zuerst 1843 in Posen erschienenen Schrift erscheint jedoch K. noch nicht als jener Verkünder des Klassenkampfes, als welchen ihn seither Geschichte und Dichtung verewigt haben; er droht noch nicht, wie er es ein Jahr später tun sollte, dem an seinen Privilegien festhaltenden Adel mit einem blutigen Bauernaufstand[1]). Vielmehr ist seine

1) Die betreffende Äusserung K.s gab dem konservativ gesinnten Dichter KRASINSKI Anlaß zu einem berühmt gewordenen Entrüstungsgedicht, auf

„Philosophie der materiellen Ökonomie“ eine rein akademisch gehaltene Abhandlung, der Methode nach unverkennbar junghegelianisch, inhaltlich stark von SAINT-SIMON beeinflußt. Der Verf., selbst von aristokratischer Geburt und der Sohn eines bei Ostrolenka gefallenen Generals, scheint noch alles Heil von der in den privilegierten Klassen zu erweckenden vernünftigen Einsicht zu erwarten. Durch die sehr abstrakt gehaltenen deduktiven Gedankengänge schimmert übrigens deutlich genug das konkrete Reformprojekt hindurch, das dem Autor zunächst am Herzen lag: die Ablösung der Frohnpflicht der polnischen Bauern. Es sollte allgemein uud obligatorisch geschehen, was bis dahin nur eine Minderzahl reformfreundlicher Gutsherren freiwillig getan hatte: die Bauern sollten anstatt zur Frohnarbeit fortan nur mehr zur Zahlung eines Geldzinses verhalten, im übrigen aber im ungestörten Genuß der von ihnen innegehabten Grundstücke belassen werden. Bekanntlich ging die mittelbar von K. inspirierte Krakauer Revolution von 1846, auf welche auch das kommunistische Manifest Bezug nimmt, noch beträchtlich weiter, indem sie nicht nur die Frohnarbeit, sondern auch den Geldzins für abgeschafft und die Bauern zu lastenfreien Grundeigentümern erklärte. Als Theoretiker geht aber K. seinerseits noch viel weiter als selbst diese radikale Reform, nämlich, um in der Sprache unserer Tage zu reden, bis zur Forderung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, und darüber hinaus bis zum Zukunftsideal des Kommunismus im heutigen Sinne. Die Produktivität der menschlichen Arbeit, behauptetete er, wächst im geraden Verhältnis zu dem jeweils in der Gesellschaft verwirklichten Quantum sozialer Gerechtigkeit (der „Einigkeit zwischen den Menschen“). Die Arbeit des unfreien, ausgebeuteten Menschen ist unproduktiv; der höchste Grad von Produktivität wird erst erreicht werden, wenn allen die vollste Freiheit und ein gerechter Anteil am Nationaleinkommen gesichert wird; dieser gerechte Anteil ist aber nichts anderes als der volle Arbeitsertrag. Als das vornehmste Mittel hierzu befürwortet K. mit großem Nachdruck das „Recht auf Arbeit“. Er versteht aber darunter im gewissen Sinne mehr, als man heute darunter versteht, nämlich das Recht auf Ausstattung mit Produktionsmitteln, sei es individuell, sei es gruppenweise. Auf solchem Wege soll die Gesellschaft schließlich dahin gelangen, daß unter Ausschaltung jeglicher Ausbeutung von Menschen durch Menschen die Entlohnung eines jeden genau seiner Leistung gleichwertig erscheine. Dieses Ziel soll mit politischen Mitteln angestrebt werden, also durch legislativen Zwang. Darüber hinaus wäre es freilich noch ein weit vollkommnerer Zustand, meint K., wenn nicht mehr der einzelne nach seiner Leistung entlohnt, sondern jeder freiwillig nach Maßgabe seiner Kräfte arbeiten und nach seinen Bedürfnissen genießen würde. Solch einen idealen Zustand aber kann keine Gesetzgebung mehr erzwingen. Er wird jedoch durch freiwillige Übereinkunft verwirklicht werden, sobald dank einer tiefgreifenden Läuterung der Gemüter der einzelne gelernt haben wird, auf sein Eigeninteresse als auf

---

welches wiederum der freiheitlich gesinnte Dichter SLOWACKI eine nicht minder berühmte Erwiderung schrieb.

etwas Niedriges zu verzichten und das Gemeinwohl zur einzigen Richtschnur seines Handelns zu machen. —

Durch die Popularisieruug dieser halbvergessenen, denkwürdigen Schrift hat sich die emsige Frau D. Daszynska-Golinska ein neues Verdienst erworben. Der Wert des Büchleins wird durch eine Biographie des Autors, die aus der kundigen Feder Limanowskis geflossen ist, wesentlich erhöht.

Krakau. Dr. Wladyslaw Gumplowicz.

Boleslaw Limanowski, Szermierze wolnosci. (Vorkämpfer der Freiheit). Krakau 1911, (Ksiazka 1911). 8°. 285 S.

Eine Serie von Biographien polnischer Insurgentenführer und Verschwörer, von einem Sozialisten geschrieben und demgemäß das Verhältnis dieser Revolutionäre zu Sozialreform und Sozialismus besonders ausführlich beleuchtend. In dieser Hinsicht deckt das Buch, dank dem unermüdlichen Fleiß des greisen Verf., viele neue und selbst unerwartete Tatsachen auf, während in anderen Fällen unsere Aufmerksamkeit auf schon bekannte, aber zu wenig gewürdigte Umstände hingelenkt wird.

So erfahren wir von dem Helden der zweiten Biographie, dem Juristen und Großlandwirt Jan Olrych Szaniecki (1783—1840), daß er etwa um 1815 auf seinen ausgedehnten Gütern die Frohnarbeit der Bauern zu Geld schlug, als Mitglied des polnischen Landtags aber am 28. Februar 1831 den Antrag auf obligatorische Abschaffung der Frohndienste und Erhebung der Bauern zu Grundeigentümern stellte; insofern kann er als Vorläufer Dembowskis gelten. Über die theoretischen Anschauungen dieses Mannes der Tat und der Praxis ist wenig bekannt; immerhin geben die Worte zu denken, die er am 9. Juni 1831 einer gegnerischen Landtagsmehrheit zurief: „Es irrt sich, wer da meint, daß die nationale Revolution der sozialen nicht bedürfe; die soziale ist das Mittel zur nationalen, durch sie allein kann die letztere bestehen“.

Aus den Lebensbeschreibungen von Jozef Zaliwski (1797—1855) und Karol Bogumil Stolzman (1793—1854) sei hier nur hervorgehoben, daß der von jenem geleitete Insurrektionsfeldzug von 1833 im Einvernehmen mit der Zentralleitung der Carbonari, wo nicht geradezu im Auftrag dieser internationalen Revolutionsbehörde ins Werk gesetzt wurde, während Stolzman dem Zentralkomitee des „Jungen Polens“, d. h. der polnischen Sektion des mazzinianischen „Jungen Europas“ angehörte.

In Wiktor Heltman (1796—1874), dem langjährigen Leiter der 1832 von in Frankreich lebenden polnischen Emigranten gegründeten „Demokratischen Gesellschaft“, haben wir einen der entschiedensten Vorkämpfer der Bauernbefreiung, gleichzeitig aber einen bewußten Gegner des Sozialismus vor uns. Allerdings war Heltman in politischer Hinsicht revolutionärer als die meisten derjenigen, die sich in den 30er Jahren Sozialisten nannten. Sowohl dem unpolitisch-friedlichen Utopismus der Saint-Simonisten und Fourieristen als auch dem katholischen Sozialismus von Buchez stellte er Erkämpfung der

vollen Demokratie und Abschaffung aller Feudallasten als ein volksverständliches, für eine zu kriegerischer Aktion aufrufende Massenpartei geeignetes Programm gegenüber. Er machte aber auch theoretische Bedenken geltend. Seiner Ansicht nach führt zwar der reine Individualismus zur Anarchie, der reine Sozialismus aber zur Knechtschaft; beide Systeme seien an sich undurchführbar, und nur ihre Synthese schaffe Gleichgewicht und Harmonie. Von 1846 an jedoch, nachdem die leitenden Kreise der „Demokratischen Gesellschaft" durch ausgesprochene Sozialisten wie Worcell, Verstärkung erfahren hatten, wird auch Heltman's Verhältnis zum Sozialismus ein freundlicheres. 1848 betont auch er, daß mit der Bauernbefreiung die soziale Frage noch lange nicht gelöst sei. In seinen im Greisenalter geschriebenen Briefen kommt er dem Sozialismus noch näher. Über die Pariser Kommune von 1871 schreibt er: „... An einem solchen Kampfe teilzunehmen, ist also keine Sünde, im Gegenteil ein Verdienst, mehr noch: ein heiliges Opfer. Einst wird Frankreich neben den Helden, welche ihm die demokratische soziale Republik erkämpfen werden, auf eine Vendômesäule die Namen Dabrowski und Wroblewski schreiben".

Der Warschauer Türsteherssohn Wojciech Darasz (1808—1852), Heltman's einflußreicher Kollege im Zentralkomitee der „Demokratischen Gesellschaft", war zeitlebens ein rüchsichtsloser Feind aller Adelsprivilegien. Zwar war er weder Kommunist noch Kollektivist, aber auch sein demokratisches Ideal schloß die Beseitigung nicht nur aller politischen, sondern auch der sozialen Ungleichheit ein. Die politische Revolution ist für ihn untrennbar von der sozialen.

Der Held der folgenden Biographie ist Ludwik Mieroslawski (1814 bis 1878), der Gefangene von Moabit, den das Berliner Volk im März 1848 befreite und im Triumphe durch die Straßen geleitete, der Befehlshaber der polnischen Streitkräfte im Herzogtum Posen im April 1848, der Feldherr des badischen Aufstandes von 1849, der Direktor der polnischen Kriegsschule in Genua, der Eintagsdiktator von 1863. Er war von Jugend auf ein Verehrer des Saint-Simonismus, wiewohl ihm die einseitige Beschäftigung mit militärischen Dingen nicht Zeit ließ, über die sozialen Probleme zu voller Klarheit zu gelangen.

General Walery Wroblewski (1836—1908), einer der tapfersten Insurgentenführer von 1863, war schon als Jüngling auf das Krakauer Manifest von 1846 eingeschworen. Dieser Gesinnung blieb er auch später treu. „An ein anderes Polen als jenes, das unseres Volkes arbeitsgewohnte Hände aus dem Grabe heben werden, glaube ich nicht; ein anderes Polen als jenes, das nicht nur seine historischen Rechte ganz wahren, sondern auch das ganze Bürgerrecht allen seinen Söhnen verleihen wird, begehre ich nicht; für ein anderes Polen als in dem die Herrschaft von Menschen über Menschen der Herrschaft der Freiheit, der Vernunft und des Rechtes weichen, wo die Unwissenheit in den Strahlen allgemeiner Volksbildung dahinschwinden, die Armut aber in der gewissenhaften Verteilung der sozialen Güter untergehen wird, für ein anderes Polen kann ich weder leben noch sterben" — bekannte

Chronik.

V. Frankreich.

Parti Socialiste (Section française de l'Internationale ouvrière).

A. 7e Congrès National tenu à Paris les 15 et 16 juillet 1910 [1]).

Die Tagesordnung war — in Gemäßheit eines auf dem Kongresse zu Nîmes (6.—9. II. 1910) gefaßten Beschlusses — auf die Fragen beschränkt, die auf dem Intern. Sozial. Kongreß zu Kopenhagen (s. oben S. 189 ff.) zur Verhandlung gelangen sollten. Beschlossen wurden demgemäß Resolutionen gegen: die Todesstrafe, die Vergewaltigung Finnlands, die Verfolgung von Sozialisten durch die Regierung, und für die Freiheit der soz. Organisation in jedem Staat. Ferner folgende Resolutionen:

I. De l'exécution des décisions internationales.

„En tout cas où il y aurait menace de conflit entre deux ou plusieurs pays, s'il y a hésitation ou retard de décision de leurs partis nationaux consultés, le secrétaire du Bureau socialiste international, sur la demande d'au moins un des prolétariats intéressés, convoquera d'urgence le B. s. i. et la Commission interparlementaire, qui devront aussitôt se réunir, soit à Bruxelles, soit en tout autre lieu qui, suivant les circonstances, paraîtrait mieux convenir". (einstimmig).

II. Le chômage [2]).

„Le congrès constate que le chômage est inséparable du mode de production capitaliste et notamment du développement du capitalisme, de l'industrialisation de la femme et de l'enfant, ainsi que des fluctuations qui se produisent dans l'immigration des travailleurs; il ne disparaitra qu'avec lui. Le congrès estime cependant qu'il appartient à la classe ouvrière, fin d'ac-

---

1) Compte-rendu sténographique. Paris, Au siège. du Conseil national 1911. 2) Vgl. oben S. 201.

croître sa force de résistance et de combat, de travailler à atténuer et réduire les effets de ce fléau. Cette action doit s'exercer par l'action internationale des travailleurs.

C'est dans ce but que le Parti a réclamé et continuera à réclamer l'établissement d'enquêtes menées par des organisations syndicales ou, comme en Allemagne, par les organisations syndicales et les administrations publiques d'accord, á l'effet de dresser des statistiques qui déterminent l'étendue du mal, ses modalités et ses causes. — C'est dans ce but aussi que le Parti doit mettre les pouvoirs publics en demeure de procéder à une meilleure ordonnance des travaux publics de l'Etat, des departements, des communes et des travaux privés qui en dépendent, afin d'éviter les crises resultant d'un brusque appel de la main d'œuvre sur un point donné du territoire. — C'est dans ce but encore que le Parti doit mener une agitation incéssante en faveur de la réduction des heures de travail contre le marchandage, contre le travail aux pièces et contre les primes patronales à la surproduction. — C'est dans ce but enfin, que le Parti doit faire campagne en vue de l'institution d'une vaste assurance sociale, étendue non seulement à la vieillesse, mais à tous les risques sociaux dont le chrômage demeure le plus nocif et le plus meurtrier".

III. L'arbitrage international et le désarmenent[1]).

„Après avoir affirmé une fois de plus que la guerre ne saurait prendre fin qu'avec l'ordre capitaliste, le Congrès déclare que l'Internationale ouvrière constitue, en attendant, la meilleure ligue pour la préservation de la paix. — Elle a déjà mené et mènera pour cet objet une action d'autant plus énergique et efficace qu'elle grandira elle-même en force et en cohésion et pourra d'une façon plus suivie et plus ferme traduire dans les faits les résolutions de ses Congrès et du Congrès de Stuttgart, notamment dans le cas de menace de conflits armés entre nations. — Mais c'est précisément parce que l'Internationale ouvrière est la meilleure ligue pour la préservation de la paix, qu'elle ne saurait se désintéresser même des tentatives faites en dehors d'elle pour garantir cette même paix.

Sans s'illusioner sur l'étendue des résultats qui, dès maintenant, peuvent être ainsi acquis, mais persuadée! que le progrès total est fait des progrès journaliers incessament réalisés, l'Internationale agira donc pour obliger les gouvernements à prendre eux-mêmes au sérieux les tentatives de plus en plus nombreuses de règlements à l'amiable des conflits entre nations et assurer le fonctionnement le plus régulier et le plus généralisé possible des cours d'arbitrage que la bourgeoisie capitaliste a été contrainte d'instituer, en grande partie du reste sous la pression grandissante de l'opinion socialiste. — Elle agira de même pour favoriser, dans tous les pays, le développement d'un enseignement à base pacifique, à donner par les instituteurs à l'enfance et à la jeunesse, afin de préparer des générations qui, tout préjugé militariste et chauvin aboli, embrassent dans une commune sympathie tous les membres de la grande famille humaine. — Dans le même esprit encore elle fera effort incessant pour poursuivre le

1) Vgl. oben S. 170 f.

désarmement simultané des nations et la substitution aux armeés permanentes, instruments d'invasion et de conquête, des milices nationales, simples forces de défensive."

(Angenommen mit 292 gegen 34 Stimmen[1]); 19 Delegierte waren abwesend, 9 absentierten sich).

IV. Des rapports de la coopération et du socialisme[2]).

„Le parti socialiste, fidèle à ses déclarations antérieures, rappelle „qu'il reconnaît l'importance essentielle de la création et du développement des organismes ouvriers de lutte et d'organisation collective" et qu'à ce titre, il place la coopération au nombre des „éléments nécessaires à la transformation sociale." Il lui assigne donc une valeur propre dans l'effort général d'éducation et d'organisation des prolétaires. — Elle les protège dans leurs moyens de subsistance contre l'avidité sans serupules d'intermédiaires onéreux. Elle leur offre de puissants moyens d'action pour améliorer leurs conditions de vie, de travail ed de lutte et pour se rendre aptes eux mêmes à la lourde et complexe tâche d'administration collective. — Elle est d'autant plus féconde en résultats bienfaisants, qu'emportée par son principe même vers des formes plus amples, elle élargit sans cesse son domaine et s'élève par degrés du groupement des individus jusqu'a la fédération générale des forces coopératives. — En dirigeant dans ce sens la puissance de la consommation, la classe ouvrière atteint, dans ses œuvres vives, le parasitisme commercial, se crée, contre la concurrence capitaliste elle-même, des débouchés vastes et certains pour une production organisée par elle, et se ménage d'importantes réserves en prévision des crises économiques. — Elle est encore, pour les producteurs agricoles, un précieux instrument de défense contre la spéculation, et de progrés technique par l'achat et l'emploi en commun des instruments de travail.

Le Parti socialiste, parti de la classe ouvrière et de la Révolution sociale, a donc, comme tel, le devoir de favoriser le libre développement de la coopération. Il lui appartient d'en signaler par sa propagande, les avantages incontestables. Mais, désireux d'éveiller les institutions ouvrières à la conscience de leurs intérêts de classe et de faire rayonner en elle la pensée libératrice du socialisme, il est conduit, en même temps qu'il convie les salariés à l'action coopérative, à leur en marquer les limites imposées par la concurrence capitaliste elle-même, afin qu'avertis par lui des difficultés complexes du combat social, ils ne négli-

---

1) Der Resolutionsentwurf der Minorität hatte folgenden Wortlaut: „Considérant que l'éducation pacifiste opérée par le livre, la conférence, le dessin etc., est un moyen de propagande excellent, mais insuffisant pour obtenir le désarmement général que réclament tous les socialistes; que la question de l'arbitrage ne peut être résolue par le tribunal de la Haye, lequel n'est qu' une comédie imaginée par la bourgeoisie qui essaie, une fois de plus, de duper le prolétariat; Le congrès déclare ne point se soucier des mesures législatives, lesquelles demeurent toujours impuissantes, et s'en rapporte uniquement à l'action révolutionnaire de la classe ouvrière pour empêcher tout conflit international". 2) Vgl. oben S. 201.

l'État bourgeois. — La recherche de l'organisation des travaux et services municipaux qui donne le plus grand avantage à la fois à la commune, aux travailleurs qui y sont employés et à la classe ouvrière, est un des premiers éléments de l'action des socialistes et de leurs conseillers dans les municipalités. — C'est, dans les circonstances actuelles, et chaque fois que cela est possible, par la municipalisation des travaux et services municipaux gérés avec la collaboration de la classe ouvrière syndicalement et coopérativement organisée, que cette organisation peut être au mieux réalisée. — Les travailleurs qui y sont employés doivent, avec leur part de gestion, avoir les meilleures conditions possibles de travail, de repos, d'hygiène et de sécurité, et le droit entier de coalition. — Cette organisation ainsi substituée aux monopoles privés, aux cartels et trusts capitalistes, doit rechercher et organiser le contrôle des consommateurs et usagers prolétaires. — Les services municipaux peuvent et doivent dans ces conditions être établis d'abord au profit de la population ouvrière et pauvre pour qui ils doivent être au plus à prix de revient s'ils sont remunérés; et s'ils donnent des bénéfices par l'usage des autres classes de la population, ces bénéfices doivent être utilisés à l'extension des services municipaux d'intérêt ouvrier et, avant tout, à la création et au développement des services gratuits d'éducation, d'enseignement, d'hygiène, d'assurance, d'assistance et d'alimentation."

VI. Gross-Britanien.

11th. Annual Conference of The Labour Party (Leicester, 1—3 February 1911).*)

Labour Party Policy.

Ein von C. A. Glyde eingebrachter Resolutionsantrag:

„That in order to establish the authority of the elected representatives of the people in Parliament, as against the overpowering political influence now exercised by Ministers, who treat nearly every important decision of the House of Commons as a vote of confidence, on the refusal of which a Dissolution may follow as a penalty, the Labour Group in the House of Commons be requested to ignore all such possible consequences, and declare their intention to force their own issues and to vote steadfastly on the merits of the questions brought before them",

wurde von Ramsay Mac Donald bekämpft und sodann abgelehnt. Nur 5 Hände erhoben sich zu seinen Gunsten.

* * *

1) Report of the, London, The Labour Party 1911.

In der der Jahreskonferenz vorausgegangenen

Special Conference on Disarmement and the International Situation (31 january 1911).[1])

wurde auf Antrag von J. R. Clynes folgende Resolution einhellig beschlossen:

„That this Conference, believing that Militarism and War are subversive of civilisation and national well-being, protests strongly against the heavy and growing burden of Armaments, which arrests social reform and endangers international solidarity, goodwill, and peace. It further affirms that Militarism, whilst profitable to certain financial interests, to the activities of which not a little of our scaremongering can be traced, imposes a needless tax on the lives and the wages of the workers, and threatens to infiict on Great Britain the evils of compulsory military service. The Conference, therefore, declares that disputes between nations should be settled, not by brute force, but by reason and arbitration, and urges the workers of this country to take organised action with their fellows in Germany and other lands in counteracting the influence of scares and in bringing about an understanding between all nations to secure international peace and to advance social justice.“ [2])

Abgelehnt wurde gegen wenige Stimmen der Antrag Egerton P. Wakes, nach den Schlußworten des ersten Satzes „and peace“ einzufügen:

„But this Conference also recognises that the establishement by statute of the principle of the Right to Work or Maintenance is a necessary preliminary to any reduction or limitation of armaments, in order that the unemployement caused by the dislocation of industry consequent upon such reduction or limitation may not inflict unnecessary suffering upon the impoverished workers.“

Ferner beantragte Keir Hardie folgenden Zusatz zur Resolution Clynes:

„Further as the best means of securing this, we indorse the findings on the subje ctof the International Labour and Socialist Congress held recently at Copenhagen, namely: a) That the principles of peace and international fraternity be taught in the public schools; b) That working class organisations engage in an active peace propaganda; c) That the Labour and Socialist Parliamentary Parties in every country exert all their influence with their respective Governments in favour of the holding of an International Convention to consider proposals for mutual gradual reductions of armaments with a view to the ultimate disbandment of all armies and navies; d) That treaties be subject to Parliamentary ratification before beineg signed; e) That the

1) Ebenda S. 111 ff. 2) Vgl. oben S. 190 f.

International Bureau of the Congress take the opinion of the organised working class movement of the world on the utility of the strike as a means of preventing war".

Dieser Zusatz wurde — mit Ausnahme von e)[1]) der mit 125 gegen 119 Stimmen abgelehnt wurde — angenommen.

* * *

Independent Labour Party. 19th Annual Conference (Birmingham, April 17th and 18th 1911).[2])

Als programmatisch wichtig hervorzuheben ist, daß auch auf dieser Konferenz die auf dem Kongreß der Arbeiterpartei von GLYDE vertretene Resolution über die parlamentarische Taktik der Labour Party neuerdings von LEONARD HALL eingebracht wurde.[3])

Zu derselben stellte PAUL CAMPBELL folgendes Amendement:

„That this Conference recognises that the Labour Party, in order effectually to carry out its objects, must continue to regard all the possible consequences and effects, immediate or otherwise, of any line of action before adopting it, bearing in mind that its decision must be guided solely by considerations for its own interest as a Party and by a desire to increase its opportunities for attaining its ends."

Schließlich wurden nach langer Debatte die Resolution sowohl wie das Amendement zurückgezogen, und zwar auf den Apell KEIR HARDIES hin: „Let us leave here as comrades, not as victors and defeated, united in fighting for our common cause".

VII. Italien.

XI Congresso Nazionale del Partito Socialista Italiano (Milano 21—25 Ottobre 1910[4])).

Vertreten waren auf dem Kongreß 24413 Stimmen. Angenommen wurde — bei 932 Enthaltungen — mit 13006 folgende von FILIPPO TURATI eingebrachte reformistische Tagesordnung

„Sui criteri generali dell'azione politica:

II Congresso:

«mentre riafferma che la rivoluzione socialista non sarebbe che un nome senza contenuto, quando non la preparassero le successive conquiste, da parte

---

1) Siehe oben S. 191 Amendement VAILLANT-KEIR HARDIE. 2) Report of the, London, Independent Labour Party 1911. 3) Siehe oben S. 512. 4) Resoconto stenografico. Roma, Officina poligrafica italiana 1911.

del proletariato, di tutte quelle riforme, che, pur essendo compatibili col presente assetto economico, ne spostino gradatamente l'asse, creando condizioni sempre più favorevoli al proletariato nella sua lotta di classe e rinforzando le capacità tecniche, morali, politiche, ad esso necessarie per dominare tanto la pubblica amministrazione quanto la gestione delle aziende economiche;

mentre afferma del pari che la finalità dell'azione socialista sono gli interessi generali del vero proletariato, e che perciò la difesa di interessi di gruppo, di categorie o di interessi proletarî regionali, vuol essere sempre coordinata alla politica socialista generale, per modo che essa non danneggi nè ritardi le maggiori rivendicazioni necessarie al risveglio politico ed economico delle energie di classe del proletariato rurale e meridionale, condizione imprescindibile della forza del movimento socialista e proletario veramente nazionale;

riconosce e proclama che, nel presente momento storico del Paese, l'azione politica del Partito, pur proseguendo la difesa di una politica generale favorevole agli interessi del lavoro e le riforme che via via si presentino possibili nella accennata direttiva, vuol essere sopratutto imperniata sui quattro sequenti capisaldi:

1. suffragio universale per ambo i sessi — integrato con l'allargamento delle circoscrizioni, la rappresentanza proporzionale, l'indennità ai deputati, la guarentita libertà e sincerità delle urne;

2. arresto assoluto nell'incremento delle spese militari e successiva loro diminuzione;

3. sviluppo, il piu esteso possibile — ad opera dello Stato, degli Enti locali, dello stesso Partito e delle organizzazioni lavoratrici — della scuola e di tutte le opere di cultura proletaria;

4. assicurazioni sociali — comminciando dall'assicurazione per la vecchiaia e la invalidità di tutti i lavoratori;

constatato, poi, come il Partito non risieda isolatamente in alcuno dei suoi organi, ma viva e prosperi del loro armonico funzionamento, come l'affievolimento della sua azione politica dipenda essenzialmente dal reciproco isolarsi ed ignorarsi delle funzioni specifiche — resistenza e cooperazione proletaria, azione amministrativa, azione parlamentare — prodotti dalla divisione interna del lavoro e dalla inanità della propaganda data la incoltura delle masse; come, in ispecie, l'azione parlamentare — che vuol essere libera nei suoi atteggiamenti occasionali ma informata sempre alle supreme finalità socialiste — stia in ragione del fervore, con cui essa è intesa, stimolata, assistita dall'opinione pubblica del Partito e del movimento proletario:

impegna la Direzione del Partito e tutte le Sezioni a intensificare l'opera di propaganda, di agitazione, di istruzione del proletariato su tutto ciò ch'è azione generale e parlamentare del socialismo italiano, e a preparare pel prossimo Congresso un rendiconto esatto e specificato, località per località, di codesto lavoro, dal quale soltanto può il Partito trarre le energie necessarie — quali che siano, a volta a volta, gli obbiettivi della tattica — al successo della sua opera riformatrice:

ed impegna le Sezioni tutte del Partito socialista, ogni qualvolta siano chiamate a decidere di tattica elettorale locale, a ricordarsi che l'opera reazionaria e crumira dei repubblicani di Romagna sul terreno economico non fu sconfessata né dalla Direzione, nè dalla stampa, nè da una sola Sezione del Partito repubblicano italiano, e a regolarsi di conseguenza;

ritenuto, da ultimo, che, cessate le urgenze della lotta per la libertà, le alleanze elettorali, amministrative o politiche, se non risultino giustificate da motivi eccezionalissimi (cui provvede l'autonomia della tattica) e se tendano a diventare sistema, scemano ed adulterano, per l'illusione di benefizî ristretti ed effemeri, la forza e il carattere del Partito, perpetuando situazioni politiche artificiali, in contrasto colle esigenze della lotta di classe.

il Congresso invita le Sezioni a considerare i pericoli del perdurare della politica dei blocchi, tanto più dove nel Partito e nelle organizzazioni proletarie si insinuino influenze di corporazioni fondamentalmente estranee allo spirito della lotta die classe proletaria:

dà espresso mandato alla Direzione del Partito di vigilare e intervenire energicamente anche, ove occorra, con diritto di *veto*, affinchè questi criterî di tattica vengano lealmente osservati".

Außerdem erklären sich 4547 Stimmen für den dissentierend-reformistischen Tagesordnungsantrag von Modigliani:

»Il Congresso: ritenuto che il Partito socialista è il partito dei lavoratori in quanto si propone la loro emancipazione economica, politica e morale, e che per la lotta di classe che ha adottato onde conseguire questo scopo che lo differenzia da ogni altro partito, non può e non deve escludere nessun metodo di lotta nell'opera di continua conquista della classe lavoratrice,

considerando che i metodi di azione devono essere adattati periodo per periodo non solo allo stato delle forze naturali ma anche alle condizioni di sviluppo intellettuale e morale della classe lavoratrice;

rifiuta tanto il sistematico convulsionismo così detto rivoluzionario, quanto l'abbandono di ogni contenuto e metodo socialista nell' opera politica ed economica;

riafferma che l'azione per la conquista delle riforme in tanto ha carattere socialista, in quanto tiene presenti i diritti della intera classe lavoratrice e in quanto suscita per l'opera di conquista lo sforzo cosciente del proletariato;

dichiara pertanto, che le sole riforme di cui il Partito socialista possa farsi iniziatore, devano essere sempre tali da promuovere l'elevamento economico, politico e morale della intera classe lavoratrice, e tali che abbiano la capacità di suscitare intorno a sè lo sforzo assiduo e solidale della classe;

che gli organi direttivi e rappresentativi del Partito contravvengono ai doveri dell'azione socialista, allorchè sacrificano ad una determinata riforma, sia pure di generale interesse immediato, le necessità permanenti e superiori, ideali e morali, dell'azione socialista: oppure abbandonano la conquista di una riforma generale per dichiararsi soddisfatti, o per farsi iniziatori di provvedimenti frammentarî, paralizzando e compromettendo la conquista della riforma completa;

che alle iniziative delle organizazzioni economiche per il raggiungimento di riforme interessanti singoli geuppi o categorie, il Partito ed i suoi rappresentanti hanno il dovere di dare il loro appogio, solo in quanto tale aiuto non contrasti e non turbi l'azione generale, che in quel momento il Partito compie nell'interesse dell'intera classe lavoratrice;

il Congresso afferma che il Partito socialista, come partito di classe, non può avere cogli altri partiti della democrazia alleanze elettorali se non in via eccezionale, per la conquista di determinate riforme di interesse generale ed urgente, e pur lasciando all'autonomia delle Sezioni di decidere sulla tattica elettorale amministrativa, le mette in guardia contro le alleanze che non risultino giustificate da motivi eccezionalissimi;

riserva in modo assoluto alla Direzione del Partito di indicare la tattica elettorale nelle elezioni politiche, sia generali, sia parziali;

nell'attuale momento politico la Direzione del Partito si atterrà all'indirizzo intransigente, autorizzando la continuazione delle alleanze attuali o la costituzione di alleanze nuove, in via eccezionalissima, in quei luoghi nei quali dalla intransigenza possano evidentemente derivare danni gravi e permanenti alla classe lavoratrice, e dopo avere consultato, ove esista, la Federazione locale";

und 5928 Stimmen für die revolutionäre Tagesordnung COSTANTINO LAZZARI:

„Il Congresso:

ricordando i principî fondamentali del Partito socialista;

afferma che la rivoluzione socialista si va maturando dalla classe lavoratrice, colle conquiste che essa può realizzare fin d'ora, di quelle condizioni che valgono a spostare l'asse del presente regime borghese, assicurandole delle posizioni sempre più favorevoli per lo svolgimento della sua lotta di classe e per l'acquisto delle capacità tecniche, morali, politiche necessarie per dominare nella vita della nazione; e convinto che la lotta continua e la propaganda contro le *cause* della ingiustizia sociale deve essere l'obbiettivo costante della politica socialista, da cui ne conseguono le riforme che la borghesia è costretta ad adottare per nascondere gli *effetti* della sua tirannide;

dichiara che in tutti i momenti del dominio borghese l'azione politica del Partito, pur esplicando una politica generale per la difesa degli interessi del lavoro e per le trasformazioni che via via si presentano possibili nell'accennata direttiva, deve essere costantemente diretta a combattere il funzionamento e l'incremento delle istituzioni politiche ed economiche (religiose, laiche, militari) colle quali la borghesia mantiene il suo predominio nella vita nazionale e perciò rifiuta il ministerialismo e ogni forma diretta od indiretta di collaborazione coi governi della borghesia, e riconosce che a tale scopo necessita di immediatamente rivendicare:

1. il suffragio universale;

2. la diminuzione continua dei bilanci di guerra e marina per raggiungere l'abolizione degli eserciti permanenti;

3. lo sviluppo costante della scuola e di tutte le opere di coltura proletaria;

4. le provvidenze sociali che assicurino la vita ai lavoratori vecchi ed invalidi;

considerando poi come l'affievolimento della vitalità del Partito dipenda sopratutto dal sacrificio costantemente fatto della sua vera azione politica a favore di quelle funzioni specifiche del movimento operaio, che sono ispirate al concetto della pacificazione e della conciliazione sociale e che sono ancora oggi possibili data la deficienza della propaganda e della incoltura delle masse;

si propone di indirizzare la sua azione in modo da ispirare al proletariato la fiducia nelle sue forze e nei suoi mezzi, compreso lo sciopero generale quando le gravi circostanze della vita politica o sociale lo rendano necessario, aiutando e sostenendo sempre i movimenti di sciopero proclamati dai lavoratori, spingendo le organizzazioni operaie sulla via della lotta di classe, propagando i principî antimilitaristi ed antinazionalisti in mezzo alle masse, opponendosi ad ogni provvedimento legislativo tendente a menomare la piena libertà dei movimenti proletarî (arbitrati obbligatorî) reclama un'azione parlamentare, la quale ispirandosi alle finalità socialiste sia vincolata ad una lotta continua contro le formazioni e le emanazioni del governo borghese;

e impegna la Direzione del Partito e tutte le Sezioni ad intensificare l'opera di propaganda e di agitazione e di istruzione del proletariato in tutto ciò che è azione generale e parlamentare del socialismo italiano, e a preparare pel Congresso futuro un rendiconto esatto e specificato, località per località, di codesto lavoro, dal quale soltanto può il Partito trarre le energie necessarie al trionfo della sua opera rivoluzionaria;

ritenuto da ultimo, che le alleanze elettorali, amministrative e politiche, con tutti i partiti borghesi, dal meno radicale al più repubblicano, contrastano col carattere specificio della azione socialista per la conquista dei pubblici poteri e diventando sistema perpetuano situazioni politiche artificiali, contrarie alle esigenze politiche della lotta di classe;

il Congresso dichiara essere la politica dei blocchi esiziale agli interessi del Partito socialista, tanto più dove hanno potuto infiltrarsi nelle nostre file le influenze massoniche, fondamentalmente estranee allo spirito della lotta di classe proletaria;

ed invoca da tutto il Partito il più vivo spirito di disciplina per l'applicazione e lo svolgimento dei suesposti criterî di azione"

Mit Rücksicht auf die Annahme der Tagesordnung Turati wurde von Givoanni Lerda im Namen der revolutionären Fraktion des Parteitages folgende Erklärung abgegeben:

„La Frazione rivoluzionaria del Partito, dopo il voto sui criterî generali dell'azione socialista, richiamandosi ai concetti espressi nella discussione dai propri rappresentanti, mentre dichiara di rimanere nel Partito, ispirandosi agli alti interessi dell' unità del proletariato e per impedire che esso definitivamente sia trascinato a diventare un partito di governo e di adattamento borghese; dichara altresì di separare nettamente la propria responsabilità da quella della parte riformista, di fronte al proletariato".

VIII. Vereinigte Staaten.

National Congress of the Socialist Party held at Chicago May 15 to 21 1910 [1]).

Attitude of the PARTY toward LABOR Organizations.

„Resolved, That this national convention of 1910 reaffirms the attitude of the Socialist PARTY toward the labor-union movement as declared by the national convention of 1908, in brief as follows:

1. That the party has neither the right nor the desire to interfere in any controversies which may exist within the labor-union movement over questions of form of organisation or methods of action in the industrial struggle, but trusts to the labor organizations themselves to solve these questions and to evolve in the direction of ever closer solidarity and even more effective action on the industrial field.

2. That it is the interest and the duty of the party to give moral and material support to the labor organizations in all their defensive or aggressive struggles against capitalist oppression and exploitation, for the protection and extension of the rights of the wage-workers and the betterment of their material and social condition."

(Angenommen mit 54 gegen 29 Stimmen).

Abgelehnt wurde mit dem gleichen Stimmenverhältnis die Minoritäts-resolution:

„Whereas, The movement of organized labor is the natural result of the antagonism between the interests of employers and wage-workers under the capitalist system, and is a factor to be considered in the propaganda of Socialism, it being an important as well as so often the first step in the development of class consciousness; therefore be it.

Resolved, by this congress in session assembled, that we recommend the organization of labor along industrial lines based on the recognition of the irrepressible class conflict in society, but we do not oppose labor in any form of organization in its struggle against the capitalist class while envolving along class lines to economic and political action whereby in time it will demonstrate by such intelligent action its solidarity and internationally matling for its final emancipation and overthrow of wage slavery."

---

1) Stenographic Report by WILSON E. MC DERNUT. Chicago, The Socialist Party 1910.